Friedensstifter

Anthony von Boston

Friedensstifter

Inhaltsverzeichnis

Band III: Russlands Komfort (Wie US-Straffreiheit den Standard setzt)
(geschrieben am 22. Juni 2022)
Inhaltsverzeichnis
Einführung
Kapitel 1: US-Beteiligung und Heuchelei
Kapitel 2: Humanitäres Völkerrecht
Kapitel 3: Russische Kriegsverbrechen
Kapitel 4: Kriegsverbrechen der Ukraine
Kapitel 5: Amnesty International
Kapitel 6: Söldner in der Ukraine
Kapitel 7: Kriegsgefangene und Flüchtlinge
Kapitel 8: Der Gefangenentausch

Vorwort

Dieses Buch ist eine Zusammenstellung von vier Büchern, die zwischen Dezember 2021 und September 2022 geschrieben wurden. Es legt die Dynamik dar, die zum Krieg in der Ukraine geführt hat, sowie vier Lösungen, die darauf abzielen, die Probleme zu lösen, die einer Deeskalation im Wege stehen. Offensichtlich ist die Ukraine standhaft bei der Rückeroberung ihrer international anerkannten Gebiete, während der Rest der Welt über die Aussicht gespalten ist, hauptsächlich aufgrund des Potenzials entweder des Dritten Weltkriegs oder eines nuklearen Harmagedon, das aus einem umfassenden Krieg zwischen Russland und Russland resultieren würde Nato. sollte die NATO beschließen, im Namen der Ukraine zu kämpfen. Während viele die Ukraine unterstützen, befürworten andere, dass die Ukraine ihr Territorium an den Aggressor abtritt.

Wir können nur hoffen, dass der Bürgerkrieg in der Ukraine, wie er vor der russischen Invasion stattfand, kein Vorbote des Schicksals der Vereinigten Staaten ist. Aber man muss im Lichte der Geschichte davon ausgehen, dass die exzessive Förderung der Behauptung ethnischer Identität – die sich auf allen Ebenen grundlegend von anderen Demografien innerhalb der USA unterscheidet – letztendlich zu einem großen Nachteil werden wird. Dies betrifft vor allem die Critical Race Theory und die Replacement Theory. Der Grund, warum man diese kritischen Rassentheorien erwähnen sollte, liegt darin, wie relevant das Wollen in der Ukraine ist. Rückblickend, insbesondere in die 1990er Jahre, als die Ukraine ihre Unabhängigkeit von Russland genoss, muss man sich fragen, wie ethnische Ukrainer und ethnische Russen koexistierten? Die Antwort liegt wahrscheinlich in der Tatsache, dass die Rasse zwar in einigen Aspekten unterstützend war, aber dennoch weitgehend depriorisiert wurde, wobei ein Großteil der Bevölkerung den Aspekt der doppelten

Sprache / Kultur dort akzeptierte. Das lässt sich für Amerika zwischen der Nixon- und Obama-Ära sagen – Rasse war zwar immer noch ein Thema, hatte aber nicht die gleiche Priorität wie seit 2016. Dieser Mangel an Priorität vor 2016 sorgte für ein gewisses Gefühl der Anonymität in Bezug auf den komparativen Vorteil jeder Bevölkerungsgruppe, wodurch die Aussicht auf Separatismus und radikalen Rassenhass gedämpft wird, die beide zu einer existenziellen Bedrohung für den ukrainischen Staat wurden. Die Entpriorisierung von Rasse ist nicht Teil der Critical Race Theory – im Gegenteil, was katastrophale Folgen haben kann, wenn die Trennung, die oft dem vollständigen demografischen Verlust der Anonymität folgt, auch dem Territorialismus weicht. Separatismus und Teilung sind das eine, Territorialismus das andere. Der Territorialismus führte schließlich zum Krieg in der Ukraine.

Alle Formen der Kritischen Theorie sind eine Art, die Welt zu betrachten und Verteilungsungleichheiten zwischen den verschiedenen in einer Gesellschaft lebenden Gruppen zu beobachten. Diese Gruppen können in Bezug auf Rasse, Klasse, Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion usw. beobachtet werden. Die kritische Theorie untersucht die Machtdynamik zwischen Gruppen und identifiziert, wie eine Gruppe im Vergleich zu einer anderen Gruppe weniger Vertretung oder Macht in einer Institution haben kann. Es wird angenommen, dass die Gruppe, die in einem bestimmten Bereich oder einer bestimmten Branche überrepräsentiert ist oder ein höheres Maß an Macht besitzt, bestimmte Vorurteile und Annahmen trägt, die ihnen vielleicht bewusst sind oder nicht, aber diese Vorurteile in das Gesellschaftssystem einfließen lassen. Kritische Theoretiker versuchen, diese Voreingenommenheit aufzudecken, um sie zu kritisieren, zu untersuchen oder in einem durchsetzungsfähigeren Szenario abzubauen und zu stürzen. Im marxistischen Sinne der kritischen Theorie, wo die kritische Theorie ihren Ursprung hat,

sind die Machtgruppen die Kapitalisten oder die Bourgeoisie, wo die Verteilung von Macht, Reichtum und Eigentum am höchsten ist. Die Arbeiterklasse, wo diese Verteilung von Reichtum, Eigentum und Macht geringer ist, ist die ausgebeutete Klasse. Wenn die Gesellschaft angesichts dieser Ungleichheiten stagniert, behaupten kritische Theoretiker, dass die mächtigen Klassen auch bestimmen, wie die Menschen denken sollen. Die kritische Theorie untersucht diese Dynamik und versucht, sie zu beheben – und im Fall des Marxismus – indem sie einen Diskurs einführt, in dem Arbeiter die Produktionsmittel kontrollieren würden. Die Critical Race Theory behauptet, dass in Amerika Ungleichheiten, die die Notlage der Schwarzen unterstreichen, in das System eingebettet sind und nicht nur jene Institutionen aufrechterhalten, in denen Macht, Reichtum und Eigentum viel mehr durch ihre eigenen Vorurteile und Annahmen in weißen Händen konzentriert sind, sondern durch die Art und Weise, wie das System versucht, alle in der Gesellschaft dazu zu bringen, ihm zuzustimmen. Auf diese Weise hält das System die Menschen in ihrer Situation glücklich.

Die Nazis wandten nach dem Ersten Weltkrieg eine Form der kritischen Rassentheorie gegen die Juden in Deutschland an. Ein Schlüsselelement der Propaganda für das nationalsozialistische Pogrom gegen Juden war der Hinweis darauf, wie Juden in bestimmten Branchen wie Film, Theater, Journalismus und Bankwesen. In einer Rede auf dem ersten Nürnberger Parteitag 1933 erklärte Goebbels:

„Ist es verwunderlich, dass die Deutsche Revolution auch dieses unerträgliche Joch gebrochen hat? Bedenkt man weiter die Entfremdung des deutschen Geisteslebens durch das internationale Judentum, seine Korruption der deutschen Justiz, die schließlich dazu führte, dass nur noch jeder fünfte Richter

Deutscher war, die Übernahme der Ärzteschaft, ihre Dominanz unter den Universitätsprofessoren, kurz gesagt, die Tatsache, dass fast alle intellektuellen Berufe von den Juden dominiert wurden, das muss man zugeben, dass das kein selbstbewusster Mensch auf die Dauer ertragen konnte, es war nur ein nationaler Akt Erneuerung, als die nationalsozialistische Revolution in diesem Bereich aktiv wurde.

Die wahren Ursachen der deutsch-jüdischen Gesetzgebung sind im Ausland oft nicht bekannt. Am überzeugendsten sind die Statistiken.

Dennoch hielten wir uns zu Beginn unserer Arbeit zurück. Wir hatten Wichtigeres zu tun, als uns mit einem Problem dieser Größenordnung zu befassen. Dass es anders gekommen ist, ist allein die Schuld des Judentums. Die Boykott- und Gräuelpropaganda, die sie in anderen Ländern machten, war ein Versuch des internationalen Judentums, durch die öffentliche Meinung in anderen Ländern zu erreichen, was in Deutschland durch unsere Machtübernahme unmöglich gemacht worden war. Mit einer weltweiten Boykottkampagne versuchten sie, Deutschlands Wiedergeburt zu erschweren und wirkungslos zu machen.

Wir haben in dieser kritischen Zeit endlich zu einem Gegenboykott gegriffen. Dass ihre noch in Deutschland lebenden Volksgenossen Verluste erlitten haben, liegt an ihren Volksgenossen jenseits unserer Grenzen, die versucht haben, uns Schwierigkeiten zu bereiten. Sie verursachten nur wirtschaftliche Schwierigkeiten für ihre eigene Rasse. Wir können die zukünftigen Folgen für das Judentum vorhersagen. Wir haben nichts getan, um sie zu fördern, sie sind eiufach ein Produkt der Zeit. Viele weise Juden haben bereits erkannt, was sie getan

haben, insbesondere diejenigen, die in Deutschland am unmittelbarsten betroffen waren. Sie riefen ihre Warnungen. Aber sie konnten den radikalen Flügel nicht überwinden und mussten schließlich den Dingen ihren Lauf lassen, im Guten wie im Schlechten. Dieser radikale Flügel hat dem Weltjudentum und seinen Verbündeten einen außerordentlich harten Schlag versetzt. Sie stellen das Judenproblem zur Debatte, und wo darüber debattiert wird, können die Ergebnisse nur unangenehm sein. Die Stärke des Judentums liegt in seiner Anonymität; Wenn es das verliert, können die Ergebnisse nur nachteilig sein.
Quelle: "Rassenfrage und Weltpropaganda", Reichstagung in Nürnberg 1933 (Berlin: Vaterländische Verlag CA Weller, 1933), S. 131-142.

Für den Zusammenhalt verschiedener Gruppen unter einem System ist ein gewisses Maß an Anonymität erforderlich. Unter der Meritokratie weicht diese Anonymität einer ungleichen Verteilung, schützt aber gleichzeitig den Einzelnen davor, in eine Formation zu geraten, die sein Streben nach Fleiß einschränken würde. Unter der Meritokratie dürfen ethnische Gruppen sowohl einen komparativen Vorteil als auch einen Nachteil haben. Sogar Schwarze in Amerika haben es angesichts ihrer Nachteile geschafft, sich in bestimmten Branchen einen komparativen Vorteil zu verschaffen. Und dies muss dem Aspekt der Meritokratie und der Farbenblindheit des Liberalismus zugeschrieben werden. Diese Anonymität führte im 19. Jahrhundert auch zum jüdischen Aufstieg in Westeuropa . Wenn diese Anonymität durch nationalistische Elemente innerhalb einer Gruppe antagonisiert oder weggenommen wird, wird der jeweilige komparative Vorteil jeder Gruppe auf die Probe gestellt. Diese Gruppe weist auf den komparativen Vorteil dieser Gruppe hin und umgekehrt, und dies führt zu einer Kettenreaktion von Sektierertum und Isolationismus und schließlich

Territorialismus, die direkt zu gewalttätigen Konflikten führt. Durch die Beseitigung des Anonymitätsfaktors des Liberalismus und der Meriokratie bringt die kritische Rassentheorie Gruppen in Konflikt und zwingt sie in den Selbsterhaltungsmodus.

Da dieser Diskurs über Rassenunterschiede so tief in das amerikanische Leben eingebettet ist, gibt es wahrscheinlich kein Zurück zu einer Bahn der vollen Meritokratie. Aus diesem Grund wird es wichtig, vielleicht den Weg zum Territorialismus zu verlangsamen, der direkt zum Separatismus führt. Die Critical Race Theory (CRT) öffnet im Wesentlichen die Tür zum Separatismus. CRT basiert weitgehend auf der Kritischen Theorie, einem philosophischen Ansatz, der eine kritische Bewertung von Kultur und Gesellschaft beinhaltet und versucht, die Ansichten, die sie vertreten, in Frage zu stellen. Sie geht auf Theoretiker der Frankfurter Schule wie Herbert Marcuse, Theodor Adorno, Walter Benjamin, Erich Fromm und Max Horkheimer zurück. Auch Friedrich Nietzsche wandte die kritische Theorie auf seinen philosophischen Ansatz an. Kritische Theorie will eine selbstbestimmte Gesellschaft fördern, die nicht den Mainstream-Ideologien versklavt ist. Die Critical Race Theory folgt dem gleichen Weg und würde unter das extrem linke Paradigma fallen. Wenn wir uns den Hintergrund der zeitgenössischen amerikanischen Mainstream-Ideologie von Präsident Richard Nixon (1969) bis Präsident Barack Obama (2016) ansehen, können wir einen wachsenden Trend erkennen, der allmählich versucht, ein Konzept in der amerikanischen Psyche zu schüren, ein Konzept, das seinen Höhepunkt erreicht die Wahl von Präsident Barack Obama und die Erklärung, dass die Rasse selbst im öffentlichen Bewusstsein der Amerikaner depriorisiert werden sollte. Dieses Konzept und die liberale Haltung haben die Bereitschaft geschaffen, Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe zu akzeptieren, solange sich alle einig sind, dass die Hautfarbe nicht im Mittelpunkt steht. Diese Perspektive wurde

durch Bilder und Reden von Dr. Martin Luther King Jr. unterstützt, dem schwarzen Bürgerrechtler, der bekanntermaßen von einer Zeit sprach, in der Menschen nach ihrem Charakter und nicht nach ihrer Hautfarbe beurteilt wurden, wurde von ihnen feierlich vorgestellt und verherrlicht Haut. Obwohl dies in dieser Nixon-Obama-Ära nie perfektioniert wurde, wurde es weitgehend als der Mantel hochgehalten, den die Gesellschaft tragen möchte. Dies war das Paradigma, nach dem Amerika strebte. Sogar die meisten Mainstream-Konservativen hatten im Laufe der Zeit langsam eine liberalere Herangehensweise an ihre konservativen Einstellungen angenommen und sie allmählich als Amerikas Status quo behauptet. Dann kamen die extremistischen Archetypen: The Alternative Right und Critical Race Theorists, die beide eine gemeinsame Ansicht teilen, die glaubt, dass mit der Entwicklung und dem Unterhalt „Amerikas" eine gewisse Weiße einhergeht, und das ist der Grund, warum schwarze Menschen werden niemals an seiner Kultur und Geschichte teilhaben können und daher ist Segregation die einzige Lösung. Beide Denkrichtungen sind, obwohl entgegengesetzt, in der Philosophie ähnlich; im Grunde behaupten, dass der Liberalismus fehlerhaft sei und durch etwas anderes ersetzt werden sollte, vielleicht durch Separatismus.

Mein Kampf gibt einen Hinweis auf die Dynamik, die eine kohäsive multiethnische Gesellschaft zerbricht. Grundsätzlich haben Sie eine Minderheitsgruppe, in der es eine kleinere Gruppe von Nationalisten gibt, die Ethnozentrismus und in einigen Fällen offenen Separatismus fördern. Mit zunehmender Verbreitung dieses Aspekts nimmt die Wahrnehmung der unmittelbaren Umgebung im Laufe der Zeit ethnische Züge an. Natürlich wird die größere Gruppe die Last haben, die Behauptungen der kleineren Gruppe zu tolerieren, anders als der Rest der Bevölkerung zu sein. Aber ist es gerechtfertigt anzunehmen, dass diese Toleranz auf unbestimmte Zeit angewendet werden kann? ....besonders wenn

wir weiterhin sehen, wie diese Komponente des Nationalismus nur dazu führt, dass Minderheitengruppen aufgrund des Zusammenbruchs der Wahrnehmung von Vielfalt immer mehr an den Rand gedrängt werden. Wenn wir Mein Kampf betrachten, sehen wir, dass sogar Hitler in seinen frühen Jahren einmal keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Völkern gesehen hat, die in Wien lebten. Es scheint einen Zusammenbruch gegeben zu haben, als er begann, nationalistischen Elementen innerhalb der jüdischen Bevölkerung zu begegnen, aber schon damals war ihm bewusst, dass liberale Juden diesen nationalistischen Elementen in ihrer eigenen Bevölkerung nicht glaubten. . Hitler schreibt in Mein Kampf:

„Einmal, als ich durch die Innenstadt ging, begegnete ich plötzlich einem Phänomen in einem langen Kaftan und mit schwarzen Schläfenlocken. Mein erster Gedanke war: Ist das ein Jude? Diesen Auftritt hatten sie in Linz sicher nicht. Ich beobachtete den Mann heimlich und vorsichtig; aber je länger ich das fremde gesicht betrachtete und merkmal für merkmal untersuchte, desto mehr formte sich die frage in meinem kopf: ist das ein deutscher? Wie es bei solchen Erfahrungen immer meine Gewohnheit war, wandte ich mich Büchern zu, um meine Zweifel zu zerstreuen. Zum ersten Mal in meinem Leben kaufte ich einige antisemitische Flugblätter für ein paar Cent. Aber leider gehen alle davon aus, dass der Leser im Prinzip zumindest über gewisse Informationen zur Judenfrage verfügt oder sich damit auskennt. Auch der Ton der meisten dieser Broschüren war so, dass ich wieder meine Zweifel hatte, weil die gemachten Behauptungen manchmal oberflächlich und die Beweise grob unwissenschaftlich waren. Wochenlang, ja sogar monatelang, fiel ich in meine alte Denkweise zurück. Das Thema schien so umfangreich und die Vorwürfe so weitreichend, dass ich Angst hatte, unfair damit umzugehen, also wurde ich wieder ängstlich

und unsicher. Natürlich konnte ich nicht mehr daran zweifeln, dass es sich nicht um Deutsche handelte, die zufällig einer anderen Religion angehörten, sondern um ein ganz anderes Volk. Denn sobald ich anfing, den Dingen auf den Grund zu gehen und die Juden zu beobachten, erschien mir Wien in einem anderen Licht. Überall, wo ich hinkam, sah ich Juden, und je mehr ich von ihnen sah, desto klarer und deutlicher hoben sie sich als ein anderes Volk von den anderen Bürgern ab. Vor allem in der Innenstadt und im Viertel nördlich des Donaukanals wimmelte es von einem Volk, das auch äußerlich keine Ähnlichkeit mit den Deutschen hatte. Aber jede Unentschlossenheit, die ich in diesem Punkt empfunden haben mag, wurde schließlich durch die Aktivitäten eines bestimmten Segments der Juden selbst beseitigt. Unter ihnen entstand eine große Bewegung namens Zionismus. Ihr Ziel war es, den nationalen Charakter des Judentums zu bekräftigen, und die Bewegung hatte eine starke Präsenz in Wien. Nach außen hin schien es, als vertrete nur eine Gruppe von Juden diese Bewegung, während die überwiegende Mehrheit sie missbilligte oder sogar ablehnte. Eine Untersuchung der Situation ergab jedoch, dass diese Äußerlichkeiten bewusst irreführend waren. Diese Äußerlichkeiten entsprangen einem Nebel von Theorien, die aus Zweckmäßigkeitsgründen, wenn nicht sogar aus reiner Täuschung, aufgestellt wurden. Denn jener Teil des Judentums, der als liberal bezeichnet wurde, verleugnete die Zionisten nicht als keine Angehörigen ihrer Rasse, sondern als jüdische Brüder, die ihren Glauben unbequemerweise öffentlich bekennen, um eine Bedrohung für das Judentum selbst zu schaffen.

Beachten Sie, wie Hitler, selbst nachdem er zum ersten Mal auf antisemitische Literatur gestoßen war, immer noch dazu zurückkehrt, die Spaltung in seiner unmittelbaren Umgebung nicht wahrzunehmen, selbst nachdem er auf Juden gestoßen ist,

die sich von der typischen deutschen Kultur zu unterscheiden schienen. Aber was passiert dann? Er trifft auf eine nationalistische Bewegung im jüdischen Volk, ist sich jedoch bewusst, dass nur ein Teil dieser Bevölkerung diese Ideen fördert, während der Rest des jüdischen Volkes ihm fern bleibt. Dies war im Wesentlichen der Stand der Dinge nicht nur in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, sondern auch in den USA und der Ukraine, wenn es darum ging, wie die Menschen Vielfalt in ihren jeweiligen Ländern wahrnahmen. Die Sichtweise war..."Sicher, es gibt Menschen mit anderen Charakteren, aber ich sehe sie nicht als grundlegend verschieden von mir." Daher waren die Interaktionen in der unmittelbaren Umgebung während dieser Zeit nicht so mit ethnischen Untertönen behaftet wie heute. Sogar Hitler hatte eine Zeit lang diese Einstellung. Doch dann beginnt er schließlich zu vermuten, dass liberale Juden nicht genug getan haben, um dieser ethnozentrischen Bewegung innerhalb ihrer jüdischen Gemeinde Widerstand zu leisten, und dann ändert sich seine Wahrnehmung seiner Umgebung. Natürlich wurde er von antisemitischen Diskursen unterstützt, aber das allein kann nicht als einziger Faktor herausgegriffen werden, wenn Ethnozentrismus sogar unter Minderheitengruppen alarmierend sein kann. Und ja, es funktioniert auch umgekehrt, wenn Minderheiten die Mehrheitsgruppe nicht als ausreichend empfinden, um ihrer eigenen Version des Nationalismus zu widerstehen. Infolgedessen begann für Hitler alles, was Juden betraf, ethnische Züge anzunehmen. Wohlgemerkt, hier stehen die Vereinigten Staaten im Moment in Bezug auf all die verschiedenen ethnischen Gruppen, von Juden bis zu Schwarzen, von Hispanoamerikanern bis zu Arabern und so weiter. Jeder ist sich der Spaltung bewusst, selbst diejenigen, die versuchen, ein Gefühl der Toleranz aufrechtzuerhalten. Alle Unannehmlichkeiten, denen man jetzt begegnet, werden als ethnisch konnotiert empfunden. Und jede Gruppe beginnt

langsam, jene Komponenten innerhalb einer Bevölkerung aus den Augen zu verlieren, die keine separate nationale Identität definieren. So war die Ukraine im Jahr 2004, nach der Orangenen Revolution, als die Menschen anfingen, die Ukrainer aus den Augen zu verlieren, die keine Nationalisten sind, oder die russischen Ukrainer, die auch nicht ethnozentrisch, aber ziemlich resistent gegen Nationalismus sind. In den USA gibt es immer noch Liberale, die versuchen zu verhindern, dass sie die nächste kritische Stufe erreichen, wo antinationalistische Elemente innerhalb einer demografischen Gruppe nicht mehr existieren. Eine solche Perspektive würde also Separatismus auslösen. Menschen wie Michael Moore und Candance Owens sind gute Beispiele für Archetypen, die sie daran hindern können, diese nächste kritische Phase des Separatismus und Territorialismus zu erreichen. Leider war die Ukraine bereits in die Phase des Separatismus und Territorialismus eingetreten, was uns dahin bringt, wo wir heute stehen. Selbst Selenskyj macht sich keine Sorgen mehr darüber, dass ethnische Russen im Donbass nicht zu Nationalismus und Separatismus neigen, und hat sie bereits dafür geißelt, dass sie nicht genug tun, um prorussischen Separatisten Widerstand zu leisten. Und die prorussischen Separatisten in der Ukraine wussten lange im Voraus, was sie unterschrieben, nicht nur sie selbst, sondern auch die Frauen, Alten und Kinder, die in der Donbass-Region leben.

Band I: Anthonys Vertrag
(geschrieben im Dezember 2021)

Inhaltsverzeichnis

Anmerkung des Verfassers

Am 24. Februar 2022 startete das russische Militär eine umfassende Invasion der Ukraine, nachdem sich die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland wegen der Krim-Frage, des Donbass-Konflikts in der Ostukraine und der Möglichkeit eines NATO-Beitritts der Ukraine verschlechtert hatten. 15 Jahre NATO- und US-Provokation Russlands hatten endlich einen Wendepunkt erreicht. Die Osterweiterung der NATO, ihre ungerechtfertigte Destabilisierung des Irak, Libyens und Syriens, aggressive Militärübungen in der Nähe der russischen Grenzen und die Aufgabe der USA aus einem Nuklearabkommen mit Russland aus der Zeit des Kalten Krieges haben die Welt an den Rand eines Atomkriegs gebracht. Dieses Buch, das bis zu zwei Tage vor der Invasion geschrieben und veröffentlicht wurde, sollte Lösungen skizzieren, die dazu beitragen würden, die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland in Bezug auf die Probleme zu deeskalieren, die sich aus der Revolution der Würde 2014 ergaben. Eine solche Lösung bestand darin, dass die Ukraine ein Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 40 Jahren vermeidet. Wie die Zeit zeigen würde, gaben die USA jedoch eine Strategie auf, die von der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel anmutig verfolgt wurde, nämlich dass die NATO-Mitglieder einen proaktiven Ansatz verfolgen müssten, um die Ukraine von Russlands Zorn fernzuhalten, indem sie sich weigerten, die Ukraine in das EU-Bündnis aufzunehmen. Diese Strategie funktionierte gut genug, um die Möglichkeit zu mindern, dass Russland die Donbass-Region jemals als unabhängig von der Ukraine anerkennt, geschweige denn eine massive Invasion des Landes startet. Aber wie es der Zufall wollte, haben die USA dem nie nachgekommen und darauf bestanden, dass die Ukraine sich gegen Russland stellen und für sich selbst stimmen sollte, während sie behaupteten, sie würden die Ukraine

unterstützen, wenn Russland sich für eine Aggression entscheiden würde. Nichts hätte weiter von der Wahrheit entfernt sein können, wie Präsident Selenskyj der Ukraine sagen würde: „Wir wurden allein gelassen, um unseren Staat zu verteidigen."

Anfang 2021 begann Russland mit der Mobilisierung seiner Truppen an den südlichen, östlichen und nördlichen Grenzen der Ukraine, eine Aufrüstung, die zum großen Teil auf die gefährliche und kämpferische Rhetorik der Vereinigten Staaten zurückgeführt wird, einem Land, das sich seit vielen Jahren darum bemüht der Ukraine die NATO aufzuzwingen, eine Aussicht, die Russland selbst von anderen NATO-Mitgliedern wie Frankreich und Deutschland als unnötig provozierend angesehen wird. Nachdem sich die USA 2019 aus einem Atomabkommen mit Russland aus der Zeit des Kalten Krieges zurückgezogen hatten, befürchtete der russische Präsident Wladimir Putin, dass die NATO ballistische Mittelstreckenraketen an die Ukraine liefern würde. Diese Befürchtungen wurden geweckt, als Präsident Selenskyj der Ukraine ankündigte, dass er beabsichtige, dass die Ukraine die NATO-Mitgliedschaft anstrebe. So hat Putin im Februar 2022 die Volksrepublik Donezk und die Volksrepublik Lugansk anerkannt, zwei abtrünnige Regionen in der Ostukraine, die im Zuge des 2014 beginnenden ukrainischen Bürgerkriegs von prorussischen Separatisten für autonom erklärt wurden. Die Russische Föderation genehmigte den Einsatz militärischer Gewalt und den Einsatz russischer Truppen in beiden Gebieten. Schließlich erklärte Putin am 24. Februar, russische Truppen würden eine „spezielle Militäroperation" durchführen, die darauf abzielt, die Ukraine zu „entmilitarisieren" und zu „entnazifizieren". Innerhalb von Minuten nach dieser Erklärung begannen russische Raketen, Ziele in der ganzen Ukraine zu treffen, sogar in der Hauptstadt Kiew. Präsident Zelensky der Ukraine erklärte sofort das Kriegsrecht und leitete eine vollständige Mobilisierung des Landes ein, um Waffen für jeden verfügbar zu machen, der bereit

ist zu kämpfen.

Als sich Berichte über die Invasion zu verbreiten begannen, wurde Russland international verurteilt, da Sanktionen gegen den russischen Bankensektor zum Zusammenbruch der russischen Währung, des Rubels, führten. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge flohen in der ersten Woche der russischen Offensive mehr als eine Million Ukrainer aus dem Land. Gleichzeitig brachen in vielen Ländern der Welt Anti-Russland-Proteste aus, darunter auch in Russland, wo die russische Polizei massenhaft Demonstranten festnahm. Die Ukraine erhielt massive humanitäre und militärische Hilfe, was Putin dazu veranlasste, die russischen Nuklearstreitkräfte in höchste Alarmbereitschaft zu versetzen und die Möglichkeit eines umfassenden Atomkriegs ins Gespräch zu bringen. Bereits im März und April 2021 begann Russland mit einer großen militärischen Aufrüstung in unmittelbarer Nähe der russisch-ukrainischen Grenze und später im Oktober 2021 erneut. Trotzdem bestritt Russland wiederholt, Pläne für einen Einmarsch in die Ukraine zu haben. Die Ukraine war auch zuversichtlich, dass Russland keine groß angelegte Invasion plante; dies trotz der Tatsache, dass der US-Geheimdienst darauf bestand, dass eine Invasion unmittelbar bevorstehe. Russland beschuldigte die USA, Hysterie zu schüren und Desinformationstaktiken anzuwenden, um Russland als Aggressor darzustellen. Nichtsdestotrotz würden die USA Beweise für eine russische Invasion veröffentlichen, wie Satellitenbilder der russischen Ansammlung nahe der Grenze und Enthüllungen über die Existenz einer Liste von Personen und Orten, die Russland angreifen wollte. In den Monaten vor dem Konflikt hatte Russland der Ukraine vorgeworfen, Russophobie zu schüren, und sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die Ukraine die Beziehungen zur NATO und zu den USA abbricht. Putin hatte der ukrainischen Regierung auch vorgeworfen, erzwungene kulturelle Assimilation

und Völkermord an russischsprachigen Personen in der Donbass-Region durchgeführt zu haben, was von einer großen Mehrheit der internationalen Gemeinschaft bestritten worden war. Die USA nannten es eine glatte Unwahrheit, während das US-Außenministerium die russischen Anschuldigungen als Vorwand betrachtete, um eine russische Invasion in der Ukraine zu rechtfertigen. Putin verfolgte jedoch weiterhin die Vorstellung, dass die Ukraine während des Putsches 2014 und der Absetzung des pro-russischen Präsidenten Viktor Janukowitsch von Neonazi-Gruppen regiert wurde, die von den USA unterstützt wurden. Das Asow-Bataillon, eine Milizgruppe in der Ukraine, die dafür berüchtigt ist, Nazi-Symbolik zu übernehmen und Neonazi-Kämpfer aus dem Ausland zu rekrutieren, war in das ukrainische Militär integriert worden. Ein ehemaliger Führer einer der rechtsextremen Gruppen war Mitglied des ukrainischen Parlaments geworden. Viele sind jedoch der Ansicht, dass die Vorstellung einer ukrainischen „Nazifizierung" aufgegeben werden sollte, da der ukrainische Präsident Selenskyj Jude und russischer Muttersprachler ist, der erklärt hat, sein Großvater habe mit der Sowjetunion gegen die Nazis gekämpft. Tatsächlich starben drei seiner Verwandten im Holocaust.

Dennoch bleibt Putin unnachgiebig, dass die Ukraine der NATO nicht beitreten wird und dass die NATO Truppen, militärische Übungen und Ausrüstung, die in Osteuropa stationiert sind, reduziert. Er drohte auch mit Militäraktionen, falls die NATO ihre aggressive und provozierende Taktik fortsetzt. All diese Bedenken und Forderungen wurden anschließend von den USA und der NATO ignoriert.

Die Kämpfe im Donbass würden ab dem 17. Februar 2022 eskalieren, da die Gesamtzahl der Angriffe an diesem einen Tag die Gesamtzahl der ersten sechs Wochen des Jahres 2022 übersteigen würde. Sowohl Russland als auch die Ukraine würden sich gegenseitig für die Eskalation verantwortlich machen. Die

Separatisten gaben an, dass ukrainische Regierungstruppen ihre Stellungen angegriffen hätten, während ukrainische Regierungstruppen Beweise dafür vorgelegt hätten, dass die Separatisten einen Kindergarten beschossen hätten. Als Folge dieses erneuten Beschusses erklärten die Volksrepubliken Donezk und Lugansk am 18. Februar die Zwangsevakuierung der Zivilbevölkerung aus diesen Gebieten und befahlen ihnen, nach Russland zu fliehen. Die Ukraine würde berichten, dass die Zunahme des Beschusses die ukrainische Armee provozieren sollte. Am 21. Februar berichtete der FSB, Russlands föderaler Sicherheitsdienst, dass der Beschuss durch ukrainische Regierungstruppen eine FSB-Grenzanlage nahe der russisch-ukrainischen Grenze zerstört habe. Am selben Tag wurde berichtet, dass die russische Armee fünf Saboteure in der Nähe des Dorfes Mitjakinskaja getötet hatte. Diese Saboteure sollen versucht haben, mit Militärfahrzeugen die Grenze nach Russland zu durchbrechen. Die Ukraine bestritt die Beteiligung und betrachtete den Vorwurf als nichts weiter als eine falsche Flagge. Mehrere Analysten waren sich einig, dass viele der mutmaßlichen Angriffe, Granaten und Bombenanschläge von russischen Streitkräften inszeniert wurden. Später an diesem Tag erkannte Putin jedoch die Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängig von der Ukraine an. Anschließend beorderte er im Rahmen einer Friedensmission russische Truppen in die Donbass-Region. Der Schritt wurde vom UN-Sicherheitsrat verurteilt und von den USA als "Beginn einer russischen Invasion in der Ukraine" angesehen. Der ukrainische Präsident Selenskyj ordnete die Einberufung der ukrainischen Reservisten an, während er die vollständige militärische Mobilisierung zurückhielt. Am 23. Februar erklärte die Werchowna Rada, das Parlament der Ukraine, den vorübergehenden Ausnahmezustand. Russland ordnete daraufhin die Evakuierung seiner Botschaft in Kiew an, als russische Hacker Cyberangriffe auf ukrainische Regierungs-

und Bankenwebsites starteten. Selenskyj beharrte darauf, dass er nicht die Absicht habe, in die Donbass-Region einzudringen, und widerlegte weiterhin die Vorstellung, dass das ukrainische Parlament aus Neonazis bestehe. Dennoch haben die Führer der Volksrepubliken Donezk und Lugansk Russland um militärische Unterstützung gebeten, um ukrainische Regierungstruppen abzuwehren, die sie beschuldigt haben, auf Zivilisten geschossen und terroristische Schüsse abgegeben zu haben. Die Ukraine forderte sofort eine UN-Intervention und forderte sie auf, eine Notsitzung des UN-Sicherheitsrates einzuberufen. Dort flehte UN-Sekretär Antonio Guterres Putin an, über Frieden nachzudenken. Kurz nach dem Treffen würde Russland jedoch den Einmarsch in die Ukraine ankündigen.

Am 24. Februar 2022 gab Putin bekannt, dass er beschlossen habe, eine, wie er es nennt, „militärische Spezialoperation“ in der Ostukraine zu starten. Hier ist seine offizielle Ansprache an die Nationen:

Präsident Russlands Wladimir Putin: ***Bürger Russlands, Freunde, ich halte es für notwendig, heute noch einmal über die tragischen Ereignisse im Donbass und die Schlüsselaspekte der Gewährleistung der Sicherheit Russlands zu sprechen. Ich werde mit dem beginnen, was ich in meinem Vortrag am 21. Februar 2022 gesagt habe. Ich habe über unsere größten Bedenken und Sorgen gesprochen und über die grundlegenden Bedrohungen, die unverantwortliche westliche Politiker Jahr für Jahr konsequent, grob und offen für Russland geschaffen haben. Ich beziehe mich auf die Osterweiterung der NATO, die ihre militärische Infrastruktur immer näher an die russische Grenze bringt. Tatsache ist, dass wir uns in den vergangenen 30 Jahren geduldig bemüht haben, mit den führenden NATO-Staaten eine Einigung über die Grundsätze gleicher und unteilbarer Sicherheit in Europa zu erzielen. Als Reaktion auf unsere Vorschläge sahen***

wir uns ausnahmslos entweder zynischem Betrug und Lügen oder Druck und Erpressung ausgesetzt, während die Nordatlantische Allianz trotz unserer Proteste und Bedenken weiter expandierte. Seine Militärmaschinerie bewegt sich und nähert sich, wie gesagt, unserer Grenze. Warum passiert das? Woher kam diese freche Art, ihre Außergewöhnlichkeit, Unfehlbarkeit und alle Freizügigkeit herunterzuspielen? Was ist die Erklärung für diese verächtliche und geringschätzige Haltung gegenüber unseren Interessen und völlig legitimen Forderungen? Die Antwort ist einfach. Alles ist klar und offensichtlich. In den späten 1980er Jahren schwächte sich die Sowjetunion ab und löste sich anschließend auf. Diese Erfahrung sollte uns eine gute Lehre sein, denn sie hat uns gezeigt, dass die Lähmung von Macht und Willen der erste Schritt zur völligen Demütigung und Vergessenheit ist. Wir haben nur für einen Moment den Glauben verloren, aber das hat ausgereicht, um das Kräftegleichgewicht in der Welt zu stören. Dadurch sind die alten Verträge und Vereinbarungen nicht mehr wirksam. Betteln und Betteln hilft nicht. Alles, was nicht zum herrschenden Staat, den Herrschenden passt, wird als archaisch, obsolet und nutzlos denunziert. Gleichzeitig wird alles, was sie für nützlich hält, als die ultimative Wahrheit präsentiert und anderen um jeden Preis, missbräuchlich und mit allen verfügbaren Mitteln untergeschoben. Wer sich weigert, wird gewaltsam eingesetzt. Was ich gleich sagen werde, betrifft nicht nur Russland, und Russland ist nicht das einzige Land, das sich darüber Sorgen macht. Das hat mit dem gesamten System der internationalen Beziehungen und manchmal sogar mit den Verbündeten der USA zu tun. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu einer Neuaufteilung der Welt, und die Normen des Völkerrechts, die sich damals entwickelten – und die wichtigsten von ihnen, die Grundnormen, die nach dem Zweiten Weltkrieg verabschiedet wurden und dessen Ausgang weitgehend formalisierten – kamen

ins Spiel, weg von denen, die sich zu den Gewinnern des Kalten Krieges erklärt haben. Natürlich mussten die Praxis, die internationalen Beziehungen und die Regeln, die sie regierten, die Veränderungen berücksichtigen, die in der Welt und in den Machtverhältnissen stattfanden. Dies sollte jedoch professionell, reibungslos, geduldig und unter Berücksichtigung und Achtung der Interessen aller Staaten und der eigenen Verantwortung geschehen. Stattdessen erlebten wir eine Euphorie des absoluten Überlegenheitsgefühls, eine Art modernen Absolutismus, gepaart mit dem niedrigen kulturellen Anspruch und der Arroganz derer, die nur für sie passende Entscheidungen formulierten und durchsetzten. Die Situation nahm eine andere Wendung. Dafür gibt es viele Beispiele. Erstens wurde eine blutige Militäroperation gegen Belgrad durchgeführt, ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates, aber mit Kampfflugzeugen und Raketen, die im Herzen Europas stationiert waren. Die Bombardierung friedlicher Städte und lebenswichtiger Infrastruktur dauerte mehrere Wochen. Ich muss diese Tatsachen in Erinnerung rufen, weil einige westliche Kollegen sie lieber vergessen, und wenn wir das Ereignis erwähnten, vermeiden sie es, über internationales Recht zu sprechen, und betonen stattdessen die Umstände, die sie interpretieren, wie sie es für notwendig halten. Dann kamen der Irak, Libyen und Syrien. Der illegale Einsatz militärischer Macht gegen Libyen und die Verzerrung aller Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates zu Libyen haben den Staat ruiniert, ein riesiges Hauptquartier des internationalen Terrorismus geschaffen und das Land in eine humanitäre Katastrophe, in den Strudel eines andauernden Bürgerkriegs getrieben seit Jahren dort. Die Tragödie, die nicht nur in Libyen, sondern in der gesamten Region für Hunderttausende und sogar Millionen von Menschen geschaffen wurde, hat zu einer groß angelegten Flucht aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Europa geführt. Ein ähnliches

Schicksal wurde auch für Syrien vorbereitet. Die von der westlichen Koalition in diesem Land ohne Zustimmung der syrischen Regierung oder der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates durchgeführten Kampfhandlungen können nur als Aggression und Intervention definiert werden. Aber das Beispiel, das sich von den oben genannten Ereignissen abhebt, ist natürlich die Invasion des Irak ohne jegliche Rechtsgrundlage. Sie benutzten den Vorwand angeblich zuverlässiger Informationen, die in den Vereinigten Staaten über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak verfügbar waren. Um diese Behauptung zu beweisen, hielt der US-Außenminister öffentlich ein Fläschchen mit weißer Kraft für die ganze Welt hoch und versicherte der internationalen Gemeinschaft, dass es sich um einen im Irak hergestellten chemischen Kampfstoff handele. Später stellte sich heraus, dass dies alles eine Fälschung und Täuschung war und dass der Irak keine chemischen Waffen hatte. Unglaublich und schockierend, aber wahr. Wir haben Lügen miterlebt, die auf den höchsten Regierungsebenen gemacht und von der hohen UN-Tribüne geäußert wurden. Infolgedessen sehen wir enorme Verluste an Menschenleben, Schäden, Zerstörung und einen kolossalen Anstieg des Terrorismus. Insgesamt scheint es, dass dies fast überall in vielen Regionen der Welt, in denen die Vereinigten Staaten für Recht und Ordnung sorgten, blutige, nicht heilende Wunden und den Fluch des internationalen Terrorismus und Extremismus geschaffen hat. Ich habe nur die eklatantesten, aber keineswegs die einzigen Beispiele für Völkerrechtsverletzungen genannt. Dazu gehört das Versprechen, die NATO nicht einmal einen Zentimeter nach Osten auszudehnen. Um es noch einmal zu sagen, sie haben uns getäuscht, oder eiufach gesagt, sie haben uns gespielt. Natürlich hört man oft, Politik sei ein schmutziges Geschäft. Es könnte sein, aber es sollte nicht so schmutzig sein wie jetzt, nicht in diesem Ausmaß. Diese Art von betrügerischem

Verhalten verstößt nicht nur gegen die Grundsätze der internationalen Beziehungen, sondern vor allem gegen allgemein anerkannte Normen der Moral und Ethik. Wo ist hier Gerechtigkeit und Wahrheit? Ringsum nur Lügen und Heuchelei. US-Politiker, Politologen und Journalisten schreiben und sagen übrigens, dass in den USA in den letzten Jahren ein wahres „Lügenimperium" entstanden ist. Es ist schwer zu widersprechen - es ist wirklich so. Aber seien Sie nicht bescheiden: Die Vereinigten Staaten sind immer noch ein großes Land und eine systembildende Macht. Alle seine Satelliten sagen nicht nur demütig und gehorsam Ja zu ihm und plappern beim kleinsten Vorwand nach, sondern ahmen auch sein Verhalten nach und akzeptieren begeistert die Regeln, die er ihnen bietet. Daher kann man mit gutem Grund und mit Zuversicht sagen, dass der gesamte sogenannte westliche Block, der von den Vereinigten Staaten nach seinem eigenen Bild und Gleichnis gebildet wurde, in seiner Gesamtheit genau dasselbe "Lügenreich" ist. Unser Land hat nach dem Zusammenbruch der UdSSR angesichts der ganzen beispiellosen Offenheit des neuen, modernen Russlands, seiner Bereitschaft, ehrlich mit den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Partnern zusammenzuarbeiten, und seiner fast einseitigen Abrüstung sofort versucht, es endgültig zu unterdrücken Setzen Sie uns unter Druck, machen Sie uns fertig und zerstören Sie uns vollständig. Dies war in den 1990er und frühen 2000er Jahren der Fall, als der sogenannte kollektive Westen aktiv Separatismus und Söldnerbanden in Südrussland unterstützte. Welche Opfer, welche Verluste und welche Prüfungen mussten wir ertragen, bevor wir dem internationalen Terrorismus im Kaukasus das Rückgrat gebrochen haben! Daran erinnern wir uns und werden es nie vergessen. Tatsächlich haben die Versuche, uns für ihre eigenen Interessen zu benutzen, bis vor kurzem nie aufgehört: Sie haben versucht, unsere traditionellen Werte zu zerstören und uns ihre falschen Werte aufzuzwingen,

was uns, unserem Volk, die Einstellungen, die sie aggressiv auferlegt haben, zu Einstellungen führt, die direkt führen zu Degradation und Degeneration würden ihre Länder unterminieren, weil sie der menschlichen Natur zuwiderlaufen. Das wird nicht passieren. Niemand war jemals in der Lage, dies zu tun, und sie werden es auch jetzt nicht können. Trotz alledem haben wir im Dezember 2021 einen weiteren Versuch unternommen, uns mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten auf die Grundsätze der europäischen Sicherheit und der Nichterweiterung der NATO zu einigen. Unsere Bemühungen waren vergebens. Die Vereinigten Staaten haben ihre Position nicht geändert. Sie hält es nicht für notwendig, sich mit Russland in einer für uns kritischen Frage zu einigen. Die Vereinigten Staaten verfolgen ihre eigenen Ziele, während sie unsere Interessen vernachlässigen. Natürlich wirft diese Situation eine Frage auf: Was kommt als nächstes, was können wir erwarten? Wenn die Geschichte ein Leitfaden ist, wissen wir, dass die Sowjetunion 1940 und Anfang 1941 große Anstrengungen unternahm, um einen Krieg zu verhindern oder zumindest seinen Ausbruch zu verzögern. Zu diesem Zweck versuchte die UdSSR, den potenziellen Angreifer nicht bis zum Ende zu provozieren, indem sie die dringendsten und offensichtlichsten Vorbereitungen, die sie treffen musste, um sich gegen einen bevorstehenden Angriff zu wehren, unterließ oder hinausschob. Als es schließlich handelte, war es zu spät. Iufolgedessen war das Land nicht bereit, sich dem Einmarsch Nazideutschlands zu stellen, das am 22. Juni 1941 ohne Kriegserklärung in unser Vaterland einfiel. Das Land stoppte den Feind und besiegte ihn weiter, aber dies war mit enormen Kosten verbunden. Der Versuch, den Angreifer vor dem Großen Vaterländischen Krieg zu besänftigen, erwies sich als Fehler, der unser Volk teuer zu stehen kam. In den ersten Monaten nach Ausbruch der Feindseligkeiten haben wir riesige Gebiete von strategischer Bedeutung und

Millionen von Menschenleben verloren. Diesen Fehler machen wir kein zweites Mal. Dazu haben wir kein Recht. Diejenigen, die nach globaler Dominanz streben, haben Russland öffentlich als ihren Feind bezeichnet. Sie taten dies ungestraft. Täuschen Sie sich nicht, sie hatten keinen Grund, sich so zu verhalten. Es stimmt, dass sie über beträchtliche finanzielle, wissenschaftliche, technologische und militärische Fähigkeiten verfügen. Wir sind uns dessen bewusst und haben eine objektive Sicht auf die wirtschaftlichen Drohungen, die wir gehört haben, sowie auf unsere Fähigkeit, dieser dreisten und nie endenden Erpressung entgegenzuwirken. Lassen Sie mich noch einmal betonen, dass wir uns diesbezüglich keinen Illusionen hingeben und mit unseren Einschätzungen äußerst realistisch sind. Militärisch bleibt das heutige Russland auch nach der Auflösung der UdSSR und dem Verlust eines erheblichen Teils ihrer Fähigkeiten eine der mächtigsten Atommächte. Darüber hinaus hat es einen gewissen Vorteil bei mehreren hochmodernen Waffen. In dieser Hinsicht sollte niemand daran zweifeln, dass jeder potenzielle Angreifer mit einer Niederlage und schlimmen Konsequenzen rechnen muss, wenn er unser Land direkt angreift. Gleichzeitig verändert sich die Technologie rasant, auch im Verteidigungsbereich. An einem Tag gibt es einen Anführer und morgen einen anderen, aber eine Militärpräsenz in Gebieten an der Grenze zu Russland wird jahrzehntelang oder vielleicht für immer bestehen bleiben und eine ständig wachsende und völlig inakzeptable Bedrohung für Russland schaffen. Schon jetzt, mit der Nato-Osterweiterung, wird die Lage für Russland von Jahr zu Jahr schlimmer und gefährlicher. Darüber hinaus haben die NATO-Führer in den letzten Tagen unverblümt gesagt, dass sie die Bemühungen beschleunigen und intensivieren müssen, um die Infrastruktur des Bündnisses näher an die Grenzen Russlands zu bringen. Mit anderen Worten, sie haben ihre Position verhärtet. Wir können diesen Entwicklungen nicht tatenlos

zusehen. Das wäre für uns absolut unverantwortlich. Wir können keinen weiteren Ausbau der Infrastruktur des Nordatlantischen Bündnisses oder laufende Bemühungen akzeptieren, auf ukrainischem Territorium militärisch Fuß zu fassen. Natürlich geht es nicht um die NATO selbst. Es dient nur als Instrument der US-Außenpolitik. Das Problem ist, dass in den an Russland angrenzenden Gebieten, die, wie ich hinzufügen muss, unser historisches Land ist, ein feindseliges „Anti-Russland" Gestalt annimmt. Vollständig von außen kontrolliert, tut es alles, um NATO-Streitkräfte anzuziehen und modernste Waffen zu erhalten. Für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ist es eine Politik der Eindämmung gegenüber Russland mit offensichtlichen geopolitischen Vorteilen. Es ist eine Frage von Leben und Tod für unser Land, unsere historische Zukunft als Nation. Das ist keine Übertreibung; Das ist Fakt. Es ist nicht nur eine sehr reale Bedrohung unserer Interessen, sondern auch der Existenz unseres Staates und seiner Souveränität. Es ist die rote Linie, über die wir bei zahlreichen Gelegenheiten gesprochen haben. Du hast es überquert. Das bringt mich zur Situation im Donbass. Wir sehen, dass die Kräfte, die den Putsch 2014 in der Ukraine orchestriert haben, die Macht an sich gerissen, sie mit Hilfe von Kleinwahlen gehalten und den Weg der friedlichen Konfliktlösung verlassen haben. Acht Jahre lang, acht endlose Jahre lang, haben wir alles getan, um die Situation mit friedlichen politischen Mitteln zu regeln. Alles war umsonst. Wie ich in meinem vorherigen Vortrag sagte, können Sie nicht ohne Mitgefühl auf das schauen, was dort passiert. Es wurde unerträglich. Wir mussten diese Gräueltaten stoppen, diesen Völkermord an den Millionen von Menschen, die dort leben und die ihre Hoffnungen auf Russland setzen, auf uns alle. Ihre Bestrebungen, Gefühle und Schmerzen gegenüber diesen Menschen waren die Hauptmotivation für unsere Entscheidung, die Unabhängigkeit der Volksrepubliken des Donbass

anzuerkennen. Ich möchte auch folgendes hervorheben. Konzentriert auf ihre eigene Agenda unterstützen die NATO-Führer die rechtsextremen Nationalisten und Neonazis in der Ukraine, die den Menschen auf der Krim und in Sewastopol niemals verzeihen werden, dass sie sich freiwillig für die Wiedervereinigung mit Russland entschieden haben. Sie werden zweifellos versuchen, Krieg auf die Krim zu bringen, wie sie es im Donbass getan haben, um unschuldige Menschen zu töten, wie es Mitglieder der Strafeinheiten ukrainischer Nationalisten und Hitlers Komplizen während des Großen Vaterländischen Krieges taten. Sie haben auch offen Anspruch auf mehrere andere russische Regionen erhoben. Wenn wir uns die Abfolge der Ereignisse und die eingehenden Berichte ansehen, ist der Showdown zwischen Russland und diesen Kräften unvermeidlich. Es ist nur eine Frage der Zeit. Sie bereiten sich vor und warten auf den richtigen Moment. Außerdem gingen sie so weit, nach Atomwaffen zu suchen. Das werden wir nicht zulassen. Ich habe bereits gesagt, dass Russland die neue geopolitische Realität nach der Auflösung der UdSSR akzeptiert hat. Wir behandeln alle neuen postsowjetischen Staaten mit Respekt und werden dies auch weiterhin tun. Wir respektieren und werden ihre Souveränität respektieren, wie die Hilfe zeigt, die wir Kasachstan geleistet haben, als es mit tragischen Ereignissen und einer Herausforderung seiner Staatlichkeit und Integrität konfrontiert war. Russland kann sich jedoch nicht sicher fühlen, entwickeln und existieren, während es einer ständigen Bedrohung durch das Gebiet der heutigen Ukraine ausgesetzt ist. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in den Jahren 2000-2005 unser Militär zur Abwehr von Terroristen im Kaukasus eingesetzt und für die Integrität unseres Staates gekämpft haben. Wir haben Russland gerettet. 2014 haben wir die Menschen auf der Krim und in Sewastopol unterstützt. 2015 haben wir unsere Streitkräfte eingesetzt, um einen zuverlässigen

Schutzschild zu schaffen, der Terroristen aus Syrien daran hindert, nach Russland einzudringen. Hier ging es darum, uns zu verteidigen. Wir hatten keine Wahl. Das gleiche passiert heute. Sie haben uns keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als das, wozu wir heute gezwungen sind. Unter diesen Umständen müssen wir mutig und sofort handeln. Die Volksrepubliken Donbass haben Russland um Hilfe gebeten. In diesem Zusammenhang gemäß Artikel 51 (Kapitel VII) der UN-Charta, mit Zustimmung des Rates der Russischen Föderation und in Ausführung der Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk, am 22. Februar von der Bundesversammlung ratifiziert, beschloss ich, eine militärische Spezialoperation durchzuführen. Der Zweck dieser Operation besteht darin, Menschen zu schützen, die acht Jahre lang der Demütigung und dem Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt waren. Zu diesem Zweck werden wir uns bemühen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren und diejenigen vor Gericht zu stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen Zivilisten, einschließlich Bürger der Russischen Föderation, begangen haben. Es ist nicht unser Plan, ukrainisches Territorium zu besetzen. Wir wollen niemandem etwas aufzwingen. Gleichzeitig hören wir immer mehr Erklärungen aus dem Westen, dass es nicht länger notwendig sei, sich an die vom totalitären Sowjetregime unterzeichneten Dokumente zu halten, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs darlegen. Wie können wir darauf reagieren? Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und die Opfer, die unser Volk bringen musste, um den Nazismus zu besiegen, sind heilig. Dies widerspricht nicht den hohen Werten der Menschenrechte und Freiheiten in der Realität, die in den Nachkriegsjahrzehnten entstanden sind. Dies bedeutet nicht, dass Nationen das in Artikel 1 der UN-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung nicht genießen können.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass bei der Gründung der UdSSR oder nach dem Zweiten Weltkrieg die Menschen in den Gebieten der heutigen Ukraine nicht gefragt wurden, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Freiheit leitet unsere Politik, Freiheit, unabhängig über unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder zu entscheiden. Wir glauben, dass alle Völker, die in der heutigen Ukraine leben, alle, die wollen, dieses Recht auf freie Wahl genießen können sollten. In diesem Zusammenhang möchte ich mich an die Bürger der Ukraine wenden. 2014 war Russland verpflichtet, die Menschen auf der Krim und in Sewastopol vor denen zu schützen, die Sie „Nats" nennen. Die Menschen auf der Krim und in Sewastopol haben sich entschieden, in ihrer historischen Heimat Russland zu bleiben, und wir haben ihre Entscheidung unterstützt. Wie gesagt, wir konnten nicht anders. Die aktuellen Ereignisse haben nichts damit zu tun, den Interessen der Ukraine und des ukrainischen Volkes schaden zu wollen. Sie sind mit dem verteidigenden Russland derjenigen verbunden, die die Ukraine als Geisel genommen haben und versuchen, sie gegen unser Land und unser Volk einzusetzen. Ich wiederhole: Wir handeln, um uns gegen die Bedrohungen zu verteidigen, die für uns geschaffen wurden, und gegen eine noch schlimmere Gefahr als die, die jetzt passiert. Ich bitte Sie, so schwierig es auch sein mag, dies zu verstehen und mit uns zusammenzuarbeiten, um diese tragische Seite so schnell wie möglich aufzuschlagen und gemeinsam voranzukommen, ohne zuzulassen, dass sich jemand in unsere Angelegenheiten und unsere Beziehungen einmischt, sondern sich unabhängig voneinander zu entwickeln, um günstige Bedingungen zu schaffen dafür, all diese Probleme zu überwinden und uns als Ganzes trotz bestehender nationaler Grenzen von innen heraus zu stärken. Daran glaube ich, an unsere gemeinsame Zukunft. Ich möchte mich auch an das Militärpersonal der Streitkräfte der Ukraine wenden. Genosse Offiziere, Ihre Väter, Großväter und

Urgroßväter haben nicht gegen die Nazi-Besatzer gekämpft und unser gemeinsames Vaterland nicht verteidigt, damit die heutigen Neonazis die Macht in der Ukraine ergreifen können. Sie haben dem ukrainischen Volk Treue geschworen und nicht der Junta, dem Volksfeind, der die Ukraine ausplündert und das ukrainische Volk demütigt. Ich fordere Sie auf, sich zu weigern, Ihre kriminellen Befehle auszuführen. Ich fordere Sie auf, die Waffen niederzulegen und sofort nach Hause zu gehen. Ich werde erklären, was das bedeutet: Militärangehörige der ukrainischen Armee, die dies tun, können die Zone der Feindseligkeiten frei verlassen und zu ihren Familien zurückkehren. Ich möchte noch einmal betonen, dass die gesamte Verantwortung für das mögliche Blutvergießen vollständig beim herrschenden ukrainischen Regime liegen wird. Ich möchte jetzt etwas sehr Wichtiges für diejenigen sagen, die versucht sein könnten, sich von außen in diese Entwicklungen einzumischen. Ganz gleich, wer versucht, sich uns in den Weg zu stellen oder noch mehr Bedrohungen für unser Land und unser Volk zu schaffen, er muss wissen, dass Russland sofort reagieren wird und die Konsequenzen so sein werden, wie Sie sie in Ihrer gesamten Geschichte noch nie gesehen haben. Egal wie sich die Ereignisse entwickeln, wir sind bereit. Alle notwendigen Entscheidungen in dieser Hinsicht wurden getroffen. Ich hoffe, dass meine Worte gehört werden. Bürger Russlands,

Innerhalb von Minuten nach dieser Ankündigung von Präsident Wladimir Putin waren Explosionen in ganz Kiew, Charkiw, Odessa und der Donbass-Region zu sehen und zu hören. Präsident Zelensky der Ukraine erklärte sofort das Kriegsrecht und befahl allen ukrainischen Männern zwischen 18 und 60 Jahren, die Waffen zu ergreifen, um die Ukraine gegen russische Streitkräfte zu verteidigen. Russische Truppen marschierten aus Nord-Weißrussland in die Ukraine ein und drangen bis nach Kiew vor.

Eine andere Gruppe russischer Truppen kam nordöstlich von Russland nach Charkiw; Einige waren aus der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk nach Osten gekommen. Eine weitere Welle russischer Truppen kam von der Krim nach Süden. Russische Truppen, die auf Kiew vorrückten, übernahmen die Kontrolle über Tschernobyl, das aufgrund der dortigen Atomkraftwerksexplosion von 1986 eine Geisterstadt war. Trotz starken Widerstands der ukrainischen Streitkräfte gelang es den Russen, die Kontrolle über das Kernkraftwerk zu übernehmen. Russische Truppen drangen dann in Ivankiv ein und besetzten den Flughafen Antonov. Am 26. Februar landeten russische Fallschirmjäger auf dem Luftwaffenstützpunkt Vasylkiv und verwickelten die ukrainischen Streitkräfte in schwere Kämpfe. Im Nordosten trafen russische Truppen auch auf heftigen ukrainischen Widerstand, als sie versuchten, die Kontrolle über Charkiw und Sumy zu übernehmen. Viele Ukrainer beteiligten sich an Guerilla- und Haus-zu-Haus-Kämpfen gegen den russischen Vormarsch. Von Osten drängten russische Truppen auf Mariupol zu, trafen aber auf ukrainischen Widerstand, wie im Dorf Pavlopil, wo die ukrainischen Kämpfer die russischen Truppen besiegen würden. Russland setzte dann eine massive Marine in einem amphibischen Angriff im Asowschen Meer ein, stieß durch die Küste und umzingelte fast die Stadt Volnovakha.

Am 24. Februar hatte Russland die Kontrolle über den Nordkrimkanal an sich gerissen, der es ermöglichte, Wasser auf die Krim zu fließen, ein Brennpunkt während des gesamten Donbass-Konflikts. Es folgte ein Vormarsch und eine Belagerung der Stadt Mariupol. Kurz darauf würden russische Truppen bis Anfang März Melitopol und Cherson einnehmen. Russische Truppen, die von der Krim eintrafen, versuchten, die Kontrolle über das Kernkraftwerk Saporischschja in Enerhodar zu übernehmen, aber ein Feuer brach aus und verursachte Angst vor Strahlung. Später wurde berichtet, dass es kein Strahlungsleck

gab.

Das bemerkenswerteste Ereignis in den Kämpfen zwischen ukrainischen und russischen Streitkräften ereignete sich, als der staatliche Grenzschutzdienst der Ukraine am 24. Februar bekannt gab, dass ein Angriff auf Snake Island durch Schiffe der russischen Marine im Gange sei. Nachdem die Insel auf schweres Feuer des vorrückenden russischen Kriegsschiffs gestoßen war, identifizierte sich das russische Kriegsschiff und befahl den ukrainischen Soldaten, sich zu ergeben, aber die Ukrainer antworteten, indem sie riefen: "Russisches Kriegsschiff, fick dich!" Russische Soldaten übernahmen schließlich die Kontrolle über die Insel.

In der Zwischenzeit hatte Präsident Selenskyj der Ukraine die westlichen Führer um mehr Hilfe bei der Verteidigung der Ukraine vor einer russischen Invasion gebeten, insbesondere durch die Bereitstellung von Luftverteidigungen durch die Schließung des ukrainischen Luftraums. Aber die NATO/USA lehnten seinen Antrag auf Kampfjets ab und sagten, dies könne den Konflikt zu einem globalen Atomkrieg eskalieren. Ein Großteil der vom Westen geleisteten Hilfe kam in Form von Sanktionen gegen Russland und der Lieferung tödlicher Militärwaffen an die Ukraine, wie Flugabwehr, Panzerabwehr, Drohnen und andere fortschrittliche Artillerie, sowie moralische Unterstützung und medizinische Versorgung . Trotz seiner unerfüllten Forderungen nach verstärkter militärischer Unterstützung durch die Westmächte ist es Präsident Selenskyj gelungen, eine Reihe von Waffenstillstandsgesprächen mit Russland zu orchestrieren und zu planen, während er sich an ausländische Führer gewandt hat, die sich bereit erklärt haben, in seinem Namen zu vermitteln. Er ist während der gesamten Krise in der Ukraine geblieben und hat eine weltweite Anhängerschaft gewonnen, darunter viele in Russland. Sympathisanten im russischen FSB haben ihm Informationen über Attentatspläne übermittelt, die es ihm und

seinen Beamten ermöglichen, sie aufzudecken und zu vereiteln. Wir können nur hoffen, dass diese Krise, die bereits Tausende von Menschenleben gefordert hat, sowohl ukrainische Zivilisten als auch Soldaten, ein Ende findet. Bis Anfang März 2022 wurden während des Konflikts 2.000 ukrainische Zivilisten und 2.800 ukrainische Soldaten getötet. Seit Beginn der russischen Invasion wurden auch 9000 russische Soldaten getötet. Beschuss und Raketenangriffe gehen weiter, obwohl die Ukraine und Russland Waffenstillstandsgespräche aufgenommen haben, und die Hoffnungen auf ein friedliches Ende des Krieges schwinden jeden Tag langsam, da Hunderte von Gebäuden wie Transporteinrichtungen, Apartmentkomplexe, Krankenhäuser, Kindergärten und Häuser weiterhin zerstört werden jeden Tag Tag durch unaufhörliches Raketenfeuer. Ohne direkte westliche Intervention oder einen sofortigen Waffenstillstand wird die Ukraine schließlich an Russland fallen, sobald alle großen Städte vollständig von russischen Streitkräften umzingelt sind. Dies ist eine willkommene Aussicht für viele, die glauben, dass eine NATO- oder US-Intervention einen Atomkrieg entfesseln wird, der weitere Millionen Menschen auf der ganzen Welt dezimieren würde. Aber wie es der Fall wäre, folgte an vielen Orten, wo Regierungen durch Invasionen oder Aufstände gestürzt wurden, immer irgendeine Form von Aufstand. Und das dürfte in der Ukraine der Fall sein, sollte Russland dort nach der Übernahme des Landes eine Regierung einsetzen. Die russische Invasion in der Ukraine markiert einen Übergang in der europäischen Sicherheit. Während sich die Ukrainer weiterhin einem Angriff einer viel schwerer bewaffneten und fortschrittlicheren russischen Invasionstruppe widersetzen, haben Experten vor einem anhaltenden ukrainischen Aufstand gewarnt, der sowohl von ukrainischen Militärangehörigen und privaten Milizgruppen als auch von regulären Bürgern angeführt wird. Diese Art von Konflikt würde die aufständische Kriegsführung widerspiegeln,

die im gesamten Nahen Osten stattfindet. Sie könnte sich in eine terroristische Bewegung verwandeln, sollten sich die ukrainischen Bürger damit zufrieden geben, die Agenda ihrer russisch beeinflussten Regierung voranzutreiben, wobei Separatisten, die gegen die russische Besatzung sind, bereit sind, die Mehrheitsbevölkerung anzugreifen, um einen Bürgerkrieg herbeizuführen und einen Regimewechsel zu provozieren. So wie Syrien immer noch mit kleinen Konzentrationen von ISIS-Kämpfern zu kämpfen hat, die sich in der gesamten Region im Untergrund verstecken und überraschende Hinterhalte auf syrische Soldaten verüben, wird Russland wahrscheinlich vor dem gleichen Problem stehen, sollte es die Ukraine besetzen – mit kleinen Konzentrationen gewalttätiger ukrainischer Aufständischer, die nicht bereit sind, sich zurückzuziehen und einzunehmen den Kampf aufnehmen oder die Souveränität der Ukraine der russischen Hegemonie überlassen.

Da die Russen über ein fortschrittlicheres und überlegeneres Waffenarsenal als die Ukrainer und auch über eine größere Streitmacht verfügen, sind viele Analysten zu dem Schluss gekommen, dass die Ukrainer die Russen wahrscheinlich nicht besiegen werden. Als aufständische Kraft können die Ukrainer jedoch eine russische Besetzung sehr schwierig machen. Die von den Aufständischen angewandten Taktiken werden viel brutaler sein als die Taktiken, die jetzt angewandt werden. Es wurde berichtet, dass der ukrainische Widerstand eine Reihe gefangener russischer Soldaten menschlich behandelt und vielen von ihnen sogar erlaubt hat, ihre Eltern zu kontaktieren. Dies wäre während eines Aufstands als Reaktion auf eine vorherrschende Innenpolitik, die eine Besetzung durch eine ausländische Streitmacht akzeptiert hätte, nicht der Fall. Die von den Aufständischen in diesem Szenario angewandte Logik würde nur dazu dienen, die Besetzung unerträglich zu machen; russische Soldaten in ständiger Alarmbereitschaft zu halten,

überzureagieren und schläfrig zu sein, ähnlich wie ISIS es mit syrischen Soldaten in Syrien tut. Die daraus resultierende Angst trägt dazu bei, die Moral der Aufständischen aufrechtzuerhalten, da diese Art der Kriegsführung tatsächlich dazu dient, die Entschlossenheit einer Besatzungsmacht zu ersticken.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Russen die Kontrolle über Kiew und andere Städte behalten werden, indem sie eine Marionettenregierung einsetzen. Und wenn sie erklären, dass der Krieg vorbei ist, ist es durchaus plausibel, dass viele Ukrainer in ihr Land zurückkehren und versuchen werden, eine Form von Normalität in ihrem täglichen Leben wiederherzustellen – und dieses Buch unterstreicht die Bedeutung dieser Suche. Wenn zugelassen wird, dass sich dieses neue Ordnungsgefühl in der Gesellschaft herauskristallisiert, wird es für Russland viel einfacher sein, die Aufständischen als störende Kraft im Leben der einfachen Bürger darzustellen, da die Aufständischen Selbstgefälligkeit wahrscheinlich als Feindseligkeit interpretieren und möglicherweise eine auferlegen Handlungsweise, die nicht zwischen Feind und Volk unterscheidet, solange ihre Handlungen das Ziel erreichen, die herrschende Ordnung zu stören. In dem Moment, in dem Russland in die Ukraine einmarschiert ist, steht die gesamte Ukraine in Formation gegen die russischen Besatzungsmächte, aber wenn sich die Dinge beruhigen und ein Großteil der Bevölkerung beginnt, ihrem täglichen Leben Vorrang vor dem politischen Paradigma zu geben, unter dem sie leben, nur noch die extremsten Elemente des Widerstands wird die Konfrontation mit den russischen Streitkräften weiter verfolgen und damit den Stabilitätsprozess in der Ukraine stören. Dies wird die Politik der Aufständischen verkomplizieren und könnte zu einer Verschiebung der Mainstream-Ansichten über einen anhaltenden ukrainischen Widerstand führen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Aufständischen auch von einem Ansatz, der nur auf militärische Kräfte abzielt, zu einem Ansatz übergehen

werden, der sowohl auf Militärs als auch auf Zivilisten abzielt. Die Realität ist, dass sowohl Russisch- als auch Ukrainischsprachige in der Ukraine in den kommenden Jahrzehnten gewaltsam gegeneinander antreten werden.

Die unerschütterliche Unterstützung des ukrainischen Aufstands, sollte er sich fortsetzen, wird sich letztendlich als unerschütterliche Unterstützung des Terrorismus in der Ukraine erweisen, denn alles, was von diesem Aufstand übrig bleibt, wenn die Mehrheitsbevölkerung beschließt, zu irgendeiner Form von Stabilität zurückzukehren, sind die extremsten Elemente, bereit, vor nichts zurückzuschrecken, um jede Chance zu vereiteln, dass die russische Herrschaft ein akzeptierter Teil des ukrainischen Lebens wird. Und dies wird weitreichende Auswirkungen darauf haben, wie wir uns an die geopolitische Sphäre anpassen.

Im Moment gibt es einen starken Kanal für die Lieferung von Geld und Waffen an ukrainische Aufständische, aber es sollte klargestellt werden, dass diese verbleibenden Elemente die Zusammenarbeit mit denen suchen werden, die ähnliche Interessen teilen, wenn sich dieser Konflikt hinzieht und der Aufstand zu schwinden beginnt. Viele rechtsextreme Gruppen in der Ukraine haben sich in den letzten Jahren mit Neonazi-Elementen identifiziert, die immer noch in geringem Maße in die westlichen Gesellschaften eingebettet sind, aber dies könnte sich ändern, da ein Großteil der bereitgestellten Finanzierung und Waffen überzeugend ist, dass dies der Fall ist ein Narrativ, das nur von antidemokratischer russischer Propaganda propagiert wird. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die ukrainischen Aufständischen starke Bündnisse mit aufständischen Gruppen im Nahen Osten wie ISIS haben, deren Hintergrund darin besteht, einer ungerechtfertigten militärischen Invasion ihres Landes entgegenzutreten. Ein Großteil der ISIS-Führung besteht aus Saddam-Loyalisten, die sich weigern, den Sturz ihres langjährigen Führers zu akzeptieren. Außerdem gibt es, was den ukrainischen

Aufstand betrifft, keine Möglichkeit, das zu stoppen, was durch die russische Invasion in Gang gesetzt wurde – das Konzept, dass Russischsprachige und Ukrainischsprachige im Herzen Feinde sind. Nun, da sich die ukrainische Zivilbevölkerung an die Vorstellung von Krieg und Tod gewöhnt hat, werden viele keine Bedenken haben, diese Realität für die kommenden Jahre zu verfolgen.

Einleitung

Separatismus und Terrorismus. Die meisten Nationen basieren auf einer realen Anwendung dieser Konzepte, und natürlich sind diese Echtzeit-Dinge nicht gerade die am höchsten angesehenen Beschäftigungen. Nur diejenigen Mitglieder der Öffentlichkeit, die solche spaltenden und brutalen Perspektiven aktiv fördern, halten diese Aktivitäten für weise und edel. Es ist so auf sie beschränkt, dass selbst die Menschen, von denen die Seperatisten sagen, dass sie sie vertreten, entsetzt und entsetzt darüber sind, in ihr eifriges Netz der Zerstörung eingebettet und verstrickt zu sein, das darauf abzielt, ihrem eigenen Volk einen Ort zum Leben und einen Ort zum um zu erschaffen Identität. Aber was sind die Ursprünge des Separatismus? Man würde annehmen, dass eine Person oder Gruppe von Menschen nicht über Nacht in diesen Gedankenbereich eindringt. Die Geschichte zeigt, dass die Unfähigkeit einer Nation, jedem innerhalb ihrer geografischen Grenzen das Gefühl zu vermitteln, dass alle ihre Bewohner einen Anschein von grundlegender Verwandtschaft haben, in erster Linie ein Grund dafür ist, warum Länder instabil werden und zusammenbrechen. Diese Instabilität wird oft durch sogenannte friedliche Proteste unterstützt. Darüber hinaus kann dieser Anschein einer grundlegenden Verwandtschaft, selbst wenn er gering ist, verhindern, dass Unterschiede zwischen Bevölkerungen zu einem totalen Schisma führen, in dem Identität und Land miteinander verbunden sind. Der Anschein einer grundlegenden Verwandtschaft war in der Ukraine nach ihrer Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 der Fall, wo ihre geografischen Grenzen eine Bevölkerung sowohl aus ukrainischsprachigen Ostslawen als auch aus russischsprachigen Ostslawen bildeten. Und inmitten der Größe ihrer historischen Hintergründe von Spannungen und Tragödien konnten beide trotz ihrer kulturellen Unterschiede eine Zeit lang recht effizient koexistieren. Dies muss den übergreifenden Bestrebungen des Mainstreams zugeschrieben werden, jede Vorstellung zu unterdrücken, dass solche Unterschiede im täglichen Leben des anderen priorisiert werden müssen. Dieser Aspekt kann jene Beschwerden unter Kontrolle halten, an denen Parteien mit

unterschiedlichem kulturellen Hintergrund beteiligt sind. Es ermöglicht den Menschen auch, sich von ihren Interaktionen – sowohl positiven als auch negativen – zu distanzieren und eine ethnische Konnotation zu unterdrücken, die sie – wenn sie sich in ihrem eigenen bewussten Rahmen herauskristallisiert – auf einen Weg der Distanzierung und Enttäuschung über die anderen Bevölkerungsgruppen bringen würde. Diese Maßnahmen zur Depriorisierung der Bevölkerungsunterschiede ermöglichen es jedem, sich in verschiedenen Institutionen zu behaupten, ohne das Gefühl zu haben, dass sein kultureller Hintergrund seine Bemühungen nur erstickt. Inmitten dieser Dynamik gibt es Ausnahmen, bei denen diejenigen, die auf Ressentiments stoßen, den Weg des Separatismus einschlagen, sogar anstelle eines Paradigmas, das etwas anderes ermutigt. Aber es muss gesagt werden, dass selbst in diesem Fall die Mainstream-Bemühungen, Unterscheidungen zu entpriorisieren, Separatisten davon abhalten, Streifzüge in den Mainstream zu unternehmen. Sie bleiben einfach beleidigt im Hintergrund, das heißt, bis ihre Gelegenheit kommt – die Gelegenheit, sich an die friedliche Protestbewegung zu klammern und Gewalt anzustacheln. Oft nutzt die extreme Version des Separatisten – der Terrorist – den öffentlichen Protest als Signal, um Maßnahmen zu ergreifen und brutale Angriffe auf die Mainstream-Bevölkerung zu starten, in der Hoffnung, der Bevölkerung Selbsterhaltung einzuflößen und sie zu zwingen, in ihrem eigenen zu bleiben, um sich zu positionieren eigene Bevölkerungsgruppe gegen den Rest. Aber die systemische Gefahr des öffentlichen Protests wird nicht immer auf den Nationalstaat reduziert. Er kann eine transnationale Restform annehmen, bei der Protest in einem Land Terrorismus in einem anderen fördern und auslösen kann. Ein Beispiel ist, wie Proteste gegen Black Lives Matter in den Vereinigten Staaten von Terroristen in Frankreich als Signal genutzt werden könnten, um Angriffe auf die dortige Mainstream-Bevölkerung zu starten. In

Frankreich gibt es kein etabliertes Rassenkonzept. Um also Treibstoff für ihre Agenda zu finden, müssen Separatisten auf soziale Entwicklungen außerhalb ihres eigenen Landes schauen.

Es muss so sein, dass anfänglicher Separatismus aus toxischer Vertrautheit entstehen muss, wo Ressentiments gegen eine Spezies von Menschen, die einen bestimmten kulturellen Rahmen repräsentieren, sich auf den Einzelnen häufen und ihn zwingen, eine feindliche Weltanschauung gegenüber denen zu pflegen, mit denen er zu vertraut geworden ist. Hier schlagen zu viele Versuche fehl, Völker mit unterschiedlichen Unterschieden zu vereinen. So wie es Menschen gibt, die dazu veranlagt sind, Feindseligkeit gegenüber denen zu entwickeln, die ihnen fremd sind, gibt es Menschen, die Feindseligkeit gegenüber denen hegen können, die ihnen zu vertraut geworden sind. Daher wird radikaler nationalistischer Terrorismus innerhalb der Grenzen eines genau definierten geografischen Raums oft von Menschen verübt, die mit dem kulturellen oder rassischen Hintergrund ihrer Opfer vertraut sind. Sie sind entweder in Umgebungen aufgewachsen, in denen sie diesen Typen stark ausgesetzt waren, oder hatten eine Vorgeschichte von Auseinandersetzungen mit Menschen dieser demografischen Gruppe und waren infolgedessen dieser bestimmten kulturellen Gruppe gegenüber zynisch geworden. Stellen Sie sich nun jemanden vor, der all diese Beschwerden und Frustrationen hegt, die aus direkter persönlicher Erfahrung mit einer bestimmten Art von Menschen entstanden sind, aber keine wirkliche Mainstream-Methode hat, um einen Ausdruck dieser Wut zu rechtfertigen. Er wird dann mit einer Massenbewegung konfrontiert, in der das, was seinen kulturellen Hintergrund ausmacht, gegen den kulturellen Hintergrund derer ausgespielt wird, die er nicht mehr mag. Jetzt hat er ein Umfeld bekommen, in dem er seinem Frust Luft machen kann. Aber da er zum psychologischen Rahmen „Vertrautheit führt zu Verachtung" gehört, werden seine Handlungen und seine Motivation nur so

lange anhalten, bis er die Trennung als vollständig wahrnimmt. Sobald das Schisma abgeschlossen ist, werden diejenigen mit der aufrührerischen, außerirdischen Gefahr-Denkweise den Kampf von dort aus aufnehmen und darauf bestehen, dass er fortgesetzt wird, ohne mit ihrem Ziel vertraut zu sein und kein Problem damit zu haben, ihn dadurch zu entmenschlichen. Diese Typen sind mit einer Denkweise ausgestattet, die von früheren Generationen weitergegeben und mühsam gepflegt wurde, auch wenn sich die Gesellschaft im Laufe der Jahre weiterentwickelt hat. In der Ukraine haben die kleinen kulturell definierten Gruppen, ob pro-ukrainisch oder pro-russisch, Jahrzehnte überdauert, eine von Generation zu Generation weitergegebene Tradition aufrechterhalten und es vorgezogen, in diesem isolierten Rahmen der Vertrautheit und Vorhersehbarkeit zu bleiben. Ihr Hauptziel ist die fortgesetzte Ausübung ihrer Kultur und Bräuche, und innerhalb ihres eigenen Bereichs der Abgeschiedenheit sind sie in der Lage, Ideen zu fördern, die sich auf die Bedeutung ihrer Mitglieder konzentrieren, während sie die Bedeutung derer außerhalb dieses Kreises herunterspielen. Zionisten, Ukrainophile, Russophile, muslimische Radikale, weiße Nationalisten, schwarze Nationalisten, Neonazis, Zeugen Jehovas, alle bewahren von Generation zu Generation eine gewisse Abgeschiedenheit und Exklusivität und fördern die Idee einer zukünftigen Revolution gegen die Masse der Menschheit, eine in ihren eine bestimmte Gruppe, selbst in ihrer kleineren Zahl, wird sich irgendwie durchsetzen. Sie sind immer bereit für Konflikte mit Fremden, sollte dieses Szenario eintreten. Aber die meisten geben sich damit zufrieden, im Hintergrund zu bleiben und nicht darauf aus, das Mainstream-Gleichgewicht zu stören, solange sie mit ihren jeweiligen Praktiken fortfahren können. Vielleicht kommen sie hier und da für kleinere öffentliche Demonstrationen heraus, aber nichts Großes. Es ist, wenn diese Person, die einen sehr persönlichen und direkten Groll gegen eine Gruppe hat, die

von der isolierten Gruppe weitgehend gemieden wird, hinausgeht und der isolierten Gruppe die Treue erklärt, bevor sie einen bösartigen Terrorakt gegen diejenigen begeht, mit denen sie Groll hegt und die es sind gleichzeitig von der isolierten Gruppe gemieden. In vielen Fällen hatte diese Person nur minimalen Kontakt mit der isolierten Gruppe. Aber seine Aktion hat die isolierte Gruppe auf das Radar gebracht und nicht nur sie, sondern auch diejenigen, die die isolierte Gruppe zu vertreten vorgibt, gegen den Rest der Gesellschaft aufgebracht. Ein Beispiel ist ein schwarzer Nationalist, der hinausgeht und einen Terrorakt begeht, während er sich mit Black Lives Matter solidarisiert. Damit bringt er sowohl die isolierte Black Lives Matter-Gruppe als auch die Bevölkerungsgruppe, die sie angeblich repräsentiert, auf das Radar der Feindseligkeit und stellt sie alle gegen den Mainstream. Dasselbe gilt für einen radikalen Muslim, der hinausgeht und einen Terrorakt orchestriert, während er gleichzeitig seine Solidarität mit einer isolierten fundamentalistischen islamischen Gruppe bekundet, die behauptet, alle Muslime oder den wahren Islam zu vertreten. Der Terrorist hat somit den fundamentalen Islam und diejenigen, die der fundamentale Islam zu vertreten vorgibt, mit seinen abscheulichen Taten gegen den Rest der Gesellschaft aufgebracht. Und in vielen Fällen waren die Verbindungen des Terroristen zur Fundamentalgruppe sehr schwach. Es wurde auch festgestellt, dass der Terrorist in einer Umgebung geboren und aufgewachsen war, die ihn stark denen aussetzte, denen er feindlich gesinnt war. Es gibt zahlreiche Beispiele für diese Dynamik, sogar historische. Und es ist wahrscheinlich, dass diese Dynamik bei dem, was sich in der Ostukraine entfaltete, eine Rolle spielte, aber es ist schwer zu sagen, von welcher Seite diese Dynamik zuerst zuschlug. Wir können vermuten, dass es vielleicht zu Beginn der Massendemonstrationen in der Ukraine sowohl 2004 als auch 2014 Menschen in der West- und Südukraine gegeben haben

könnte, die möglicherweise eine zynische Weltanschauung des eher pro-ukrainischen Elements entwickelt haben, die während ihrer ihr Leben lang unter ukrainischsprachigen Ukrainern. Diese Person wurde möglicherweise in der Schule gemobbt, bei der Arbeit übersehen oder hatte einen ernsthaften Mangel an Romantik / Dating-Erfolg. Nehmen wir an, diese Person hat einen grundlegenden Hintergrund des russischen Erbes, aber die meiste Zeit seines Lebens hat er diesem nie viel Bedeutung beigemessen und sich selbst nicht anders als ukrainischsprachige Menschen gesehen, auch wenn er technisch gesehen Teil der russischen Bevölkerung war. Jetzt kommen 2004 und 2014 mit ethnozentrischen/kulturellen/linguistischen Demonstrationen im ganzen Land und plötzlich beginnt diese Person, diese unangenehmen Situationen in ihrem Leben aus einer ethnischen Perspektive zu betrachten. Natürlich hat sich das immer unter der Oberfläche zusammengebraut, aber im Nachhinein hat es nie einen wirklichen Ausdruck gegeben, was vielleicht dem übergreifenden Paradigma zugeschrieben werden kann, das von den Ukrainern für einen Großteil der 1990er Jahre etabliert wurde und darauf bestand, dass der ethnische / sprachliche Faktor dies nicht ist eine Priorität. Aber jetzt, da diese Massendemonstrationen ethnische und kulturelle Probleme in den Vordergrund rücken, beginnt diese Person, jede ungünstige Interaktion in ihrem Leben als eine Unterart des ukrainischen Ethnozentrismus gegen die russische Kultur zu betrachten. Auf diese Weise wird er zum Sympathisanten des pro-russischen Elements und erlaubt den Massenbewegungen, sein Denken neu zu definieren. Er wird radikal und wütend, als seine Erinnerung ihn an all die Zeiten zurückführt, in denen er ungerecht behandelt wurde, und im Gegensatz zu früher, als er diese Interaktionen nicht als ethnisch konnotiert wahrnahm, tut er dies jetzt und beginnt, das Element der ukrainischen Wertschätzung abzulehnen. Er beginnt, Verbindungen zu pro-russischen Gruppen

zu suchen und beginnt, verschiedene Arten von Angriffen auf Ukrainer vorzuschlagen, von denen einige sie sogar freiwillig ausführen. Inzwischen gibt es auch während der Demonstrationen immer noch Teile der Bevölkerung, die sowohl mit russischsprachigen als auch mit ukrainischsprachigen Menschen fest an ihrer Gemeinschaft festhalten. Aber diese neu radikalisierte Person bereitet sich darauf vor, eine Veranstaltung zu inszenieren, die letztendlich die isolierte pro-russische Gruppe, mit der er Kontakt aufgenommen hat, und alle, die diese Gruppe zu vertreten vorgibt, gegen den Rest der ukrainischen Gesellschaft aufbringen wird. Der Rest der Bevölkerung hat also keine andere Wahl, als entsprechend in ihre Formation zu fallen. Der langjährige Antagonismus zwischen der isolierten Gruppe ukrainischsprachiger Nationalisten und der isolierten Gruppe russischsprachiger Nationalisten erreicht eine kritische Masse, wobei eine Seite in der Lage ist, auf ein terroristisches Ereignis als einen umfassenderen Krieg hinzuweisen, in dem eine Kultur versucht, sie zu überwältigen und auszulöschen Ein weiterer. Jetzt beginnen sich immer mehr Menschen in der Bevölkerung ihrer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Interaktionen bewusster zu werden und werden dadurch separatistischer. In der Ukraine ist diese Dynamik in beide Richtungen gegangen. Tausende ukrainische Polizisten und Militärs sind übergelaufen, nicht nur um sich der pro-russischen Seite anzuschließen. Es gibt einige russische Muttersprachler, die von der pro-russischen Seite zur pro-ukrainischen Seite übergelaufen sind. Schauen Sie sich das Asow-Bataillon an, eine pro-ukrainische Milizgruppe mit einem großen Kontingent russischsprachiger Ostukrainer. Da ein Großteil der Ostukraine russischsprachig ist, ist klar, dass ihre Zusammenstellung von Beschwerden ihr ganzes Leben lang ein sehr vertrautes russisches Element enthalten haben muss.

Wenn das Schisma das Ausmaß erreicht, das es in der Ukraine hat, ist eine Rückkehr zu einem Punkt, an dem diese kulturellen

Probleme nicht im Vordergrund des ukrainischen Lebens stehen, praktisch unbekannt. Proteste, Schäden, Terrorismus, wahrgenommene Diskriminierung auf Schritt und Tritt können nicht über Nacht rückgängig gemacht werden. Aber wenn nichts unternommen wird, um diese Gefühle einzudämmen, ist der nächste vorhersehbare Schritt eine Art Völkermord, oder sollte ich in Anlehnung an die ostslawische Geschichte sagen, Brudermord. Es ist leicht zu erkennen, dass diese nationalistischen Gruppen nicht verschwinden werden, da sie generationenübergreifend sind und ein Element der Tradition tragen und in vielen Fällen nur ihre kulturellen Praktiken beibehalten möchten. Wenn jedoch Einzelpersonen, die zu schwer geschädigten Radikalen werden, überwältigt von Massenbewegungen und vergangenen Krankheiten, sich diesen Gruppen anschließen und anbieten, in ihrem Namen schreckliche Aktionen durchzuführen, stürzt dies nicht nur die Gruppe in einen eskalierenden Konflikt, sondern zieht auch alle an, die die Gruppe beansprucht um einen größeren Krieg darzustellen. Würde es für eine Gruppe ausreichen, jemanden einfach abzulehnen, der behauptet, in ihrem Namen zu handeln? In vielen Fällen wird die Opposition der Gruppe eine solche Geste nicht zutrauen, da sehr leicht davon ausgegangen werden kann, dass Mitglieder der Gruppe an der Planung und Förderung des Angriffs beteiligt waren. Vielleicht kann die ukrainische Regierung als Mittelsmann zwischen den pro-russischen Nationalisten und den pro-ukrainischen Nationalisten fungieren und vielleicht einen Deal abschließen, bei dem jede Gruppe im Austausch gegen meldende Mitglieder, für die sie sich als radikal oder problematisch betrachtet, weiter bestehen darf . Natürlich müssten zunächst andere Faktoren geklärt werden, etwa die territorialen Fragen, die sich im Zuge des Konflikts in der ostukrainischen Region Donbass ergeben haben. Aber danach müssen nationalistische Gruppen zu einer Einigung kommen, bei der jede Gruppe der Versuchung

widersteht, der ganzen Gruppe die Schuld zu geben, wenn eine Person als einsamer Wolf im Namen einer Gruppe handelt, die seine Aktion nie geduldet oder ermutigt hat. Es gibt viele Faktoren, die ins Spiel kommen, wenn eine Gruppe jemanden ausliefern muss, der mit ihr in Verbindung steht, und rückblickend hing der Frieden zwischen zwei Nationen oft davon ab, dass eine Nation einen Einzeltäter auslieferte. Ein Beispiel sind die Kriege zwischen den englischen Siedlern in Neuengland und den Indianerstämmen im 17. Jahrhundert. König Phillip, ein indianischer Häuptling des Wampanoag-Stammes mit Mitgliedern anderer indianischer Stämme, startete Angriffe gegen englische Siedler zu einer Zeit, als die amerikanischen Ureinwohner aufgrund der positiven Beziehung und Allianz von König Phillips Vater mit den Siedlern dabei waren, englische Bräuche zu übernehmen . Es ist wahrscheinlich, dass Phillip einige Zusammenstöße und negative Interaktionen mit englischen Siedlern hatte, als er aufwuchs und dabei eine feindselige Intimität entwickelte. Offensichtlich verglich sich König Phillip mit dieser Verachtung damit, im Namen aller amerikanischen Ureinwohner zu handeln, stieß aber am Ende auf Widerstand nicht nur des Kolonisten, sondern auch von anderen amerikanischen Ureinwohnern, die ihn unbedingt ausliefern und den von ihm angezettelten Konflikt beenden wollten . Doch diese „Übergabe" erweist sich immer wieder als sehr schwierig, da es in vielen Fällen um die Beweisführung des Täters geht. Wir können auf die Terroranschläge von Osama Bin Laden auf das World Trade Center im Jahr 2001 zurückblicken. Nach dem Anschlag stellten die Vereinigten Staaten der Taliban-Regierung in Afghanistan, dem Land, in dem Osama bin Laden seit Jahren Zuflucht sucht, ein Ultimatum über Osama bin Laden oder eine US-Invasion. Die Taliban behaupteten, es gebe keine Beweise dafür, dass Osama Bin Laden beteiligt war, und erklärten auch, dass sie keine in ihrem Land lebenden Gäste ausliefern. Wenn die

Taliban beschlossen hätten, Osama bin Laden auszuliefern, hätte es aus Friedensperspektive niemals einen Krieg in Afghanistan gegeben. Diese Beispiele verdeutlichen potenzielle Probleme beim Versuch, Gruppen dazu zu bringen, Mitglieder auszuliefern, die in ihrem Namen handeln oder handeln würden, aber gleichzeitig starke Verbindungen zur Gruppe haben. Es ist ein Beweiselement beteiligt. Ein weiteres Beispiel ist die Ermordung von Erzherzog Ferdinand von Österreich durch einen bosnisch-serbischen Nationalisten im Jahr 1914. Darauf folgte, dass Österreich Serbien ein Ultimatum stellte, in dem Serbien entweder Österreich erlauben würde, eine interne Untersuchung der Verbindungen des Attentäters durchzuführen, oder selbst eine Invasion ihrer Land gegenüberstehen würde. Man muss sich fragen, was passiert wäre, wenn Serbien zugelassen hätte, dass Österreich Ermittlungen zu den Verbindungen des serbisch-nationalistischen Attentäters anstellte, der sich im Namen aller Serben verstand. Vielleicht hat es keinen Ersten Weltkrieg gegeben. Offensichtlich kann man sehen, dass Misstrauen ein großes Element in Gruppen ist, die einer anderen Einheit, oder in diesem Fall einer Oppositionseinheit, Zugang zu ihrer Domäne gewähren. Beweise können manipuliert werden, Ermittler können ohne angemessene Ethik handeln, nur um eine Rechtfertigung für militärische Aktionen vorzulegen. Angesichts all dieser Beispiele muss es etwas geben, das funktionieren würde, bei dem sich beide Seiten des Konflikts auf Maßnahmen einigen würden, die die Möglichkeit eines gewaltsamen Konflikts verringern würden, wenn es so ist, dass die Handlungen des Täters niemals direkt von den Angeklagten ermutigt oder geduldet wurden Gruppe. Ein weiterer zu berücksichtigender Aspekt ist die Kette von Ereignissen, die zur Tat des Täters führen. Unter Berufung auf diese obigen Beispiele kann man sich fragen, welche Fälle im Leben dieser einzelnen Täter sie dazu veranlasst haben, ihre jeweiligen Verbrechen zu begehen. War es eine gescheiterte Romanze? Gab es eine unfaire

Behandlung oder Diskriminierung in Rechts- oder Eigentumsangelegenheiten? Waren diese öffentlichen Ankündigungen von besagter Gruppe, die die Person von der Gruppe entfremdete und ihr das Gefühl gab, gemieden zu werden? Das einfache Gefühl, gemieden zu werden, ist ein oft übersehener Aspekt, der zu gefährlicher Hassrede führt. All dies ist der Punkt, über den man nachdenken muss, und der Diskurs muss eine kompliziertere Formel erstellen, um diese Komponenten zu messen.

Eines ist sicher, jeder Aspekt und jede Komponente davon, die zum Höhepunkt des ukrainischen Konflikts geführt haben, muss sich in Zukunft des einsamen radikalen Elements bewusst werden, das ihre Zwecke entführen und vermischen kann. Wer zum Beispiel öffentliche Proteste starten will, muss sich darüber im Klaren sein, dass selbst wenn seine Absichten friedlich sind, es nur eine radikale Person braucht, um seine Demonstration in einen gewalttätigen Aufruhr zu verwandeln. Gleiches gilt für nationalistische Gruppen. Selbst wenn ihre Absichten streng defensiv und traditionell sind, müssen sie sich der Gefahren bewusst sein, denen eine Person sie aussetzen kann, wenn diese Person sich entscheidet, hinauszugehen und zu behaupten, in ihrem Namen gewalttätig zu handeln. Sollte sich das Land schließlich wieder stabilisieren, muss die ukrainische Regierung selbst alle Anstrengungen unternehmen, um die Möglichkeit eines öffentlichen Aufschreis an jedem Punkt in Betracht zu ziehen, und wenn sich die Situation nach einer gewissen Zeit so weit abgekühlt hat, dass sich die Amtsinhaber möglicherweise wie niemand fühlen nicht mehr sucht, überdenken Sie ihre Perspektive und stellen Sie sicher, dass jeder Schritt einer ist, der eine Öffentlichkeit im Auge behält, die darauf besteht, dass ihre lokalen Behörden Verhaltensweisen einhalten, die ihren Standards entsprechen. Wenn die Dinge stabil und stagnierend werden, ist keine Institution vor Selbstgefälligkeit gefeit. Und diese

Selbstgefälligkeit kann als Initialzündung für die Unruhe dienen, die zu einer drastischen Umstrukturierung der selbstverständlich gewordenen Stabilität führt.

Kapitel 1: Die Entstehung der Ukraine

Hintergrundinformationen zu Ukrainern und ihrer Geschichte bieten einen Kontext zu dem, was derzeit mit dem ukrainisch-russischen Konflikt passiert, der mit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 begann und seit 2021 andauert. Es sollte klargestellt werden, dass es historisch einen Bruderhintergrund geben muss berücksichtigt werden, wenn die auslösenden Faktoren definiert werden, die zu dem Konflikt geführt haben. Dies sollte Klarheit über die Durchführbarkeit aller potenziellen Optionen schaffen, die zum Zweck der Einleitung von Friedenskonzessionen zwischen der Ukraine und Russland untersucht werden.

Die Ukrainer definieren sich selbst als eigenständige osteuropäische Rasse, die sich in Kultur und Temperament von Russen und Polen unterscheidet. Sie behalten eine Reihe von charakteristischen Merkmalen bei, die ihre vorherrschenden sozialen und moralischen Codes durchdringen. Es gibt tiefgreifende Unterschiede in Sprache, Bräuchen, Traditionen, Religion, Lebensweise und kommunalen Organisationen, die die Ukrainer von anderen osteuropäischen und slawischen Rassen unterscheiden. In Bezug auf die Verteilung der Haplogruppen entdeckten die Forscher jedoch, dass das genetische Muster der Ukrainer fast identisch mit dem der Russen ist. Die wichtigste Y-Chromosom-DNA-Haplogruppe im ukrainischen Genpool ist R1a und wird in 43% der ukrainischen Bevölkerung gefunden. Dieselbe Haplogruppe findet sich bei 46 % der russischen Bevölkerung. Aus diesem Grund basiert ein Großteil der Geschichte der Ukraine, sowohl in Bezug auf die Beziehungen zu Russland als auch auf interne Spaltungen innerhalb der Ukraine, weitgehend auf Sprache und Religion und nicht auf ethnischer Zugehörigkeit. Die enge genetische Verbindung zwischen Russen und Ukrainern macht es unmöglich, auf der Grundlage des

Genotyps zu argumentieren, insbesondere angesichts der historischen Natur des Konflikts zwischen den beiden Parteien. Fratris ist ein passenderer Begriff für die Geschichte der ostslawischen Völker.

Seit Jahrtausenden leben die Ukrainer in den Ländern, die sie weiterhin bewohnen. Ab dem 7. Jahrhundert gründeten die Ukrainer eine Regierungsbehörde in Kiew, und bald darauf wurde Kiew als Hauptstadt einer Föderation, die sich aus ostslawischen, baltischen und finnischen Völkern zusammensetzte, zum Zentrum des wirtschaftlichen, intellektuellen und politischen Lebens in Osteuropa . Dies würde vom späten 9. Jahrhundert bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts dauern. Die Föderation war als Kiewer Rus bekannt. Russland, die Ukraine und Weißrussland beanspruchen alle ihre angestammten Ursprünge aus dieser Region. Im 13. Jahrhundert wurde Kiew und ein Großteil der Ostukraine von den Mongolen überfallen und erobert. Im 14. Jahrhundert wurde ein Großteil der Westukraine durch Invasionen der Krimtataren geschwächt, bevor sie 1340 von den Polen erobert wurden. Tataren waren alle Turkvölker, die aus Nord- und Zentralasien kamen. Sie bewohnten Teile des mongolischen Reiches, waren aber keine Mongolen, da sie eine türkische Sprache sprachen. Viele von ihnen gründeten schließlich Siedlungen auf der heutigen Krim. Tataren wurden später Teil der mongolischen Armee. Als sich die geografische Überlagerung Osteuropas weiter entfaltete, wurde die Nordukraine mit den Litauern verbündet und später mit dem Polnischen Reich verbunden – durch die Heirat des Königs von Litauen mit der Königin von Polen, das später zum polnisch-litauischen Commonwealth wurde. Dies wurde natürlich hauptsächlich zur Abwehr tatarischer Invasionen eingerichtet. Diese neue hauptsächlich orthodoxe Bevölkerung im Commonwealth stimmte dann zu, sich 1595 mit der katholischen Kirche unter der Union von Brest zu vereinen, was den griechischen Katholizismus als Hauptkirche des Reiches etablierte

und ein Schlüsselfaktor für die eventuelle Errichtung der ukrainischen Staatlichkeit sein würde.

1599 befahl der De-facto-Zar von Russland, Boris Godunov, der sich selbst als Moskowiter betrachtete (Moskovy war der Name des Russischen Reiches vor der vollständigen Sammlung der Ländereien der Rus), den Bau einer Reihe von Befestigungen sowohl im Donbass als auch in den Regionen Russlands Ostukraine und Südrussland, um Russland vor Überfällen der Krimtataren zu schützen. Diese Gebiete wurden von einer Gruppe namens Don-Kosaken bewohnt, einer von Russland gefürchteten räuberischen militanten Gruppe. Russland hielt es damals für strategisch klug, das Land der Donkosaken zu befestigen, um Russland vor tatarischen Überfällen zu schützen. Auch viele Ukrainer hatten dort Zuflucht gesucht, nachdem sie versucht hatten, vor gescheiterten Kosakenaufständen in der Südukraine zu fliehen.

Die Union von Brest diente dazu, die Bewohner der ländlichen Grenze zu entfremden, insbesondere eine Gruppe orthodoxer Separatisten, die als Zaporozhian Cossacks bekannt sind. Die Don- und Zaporozhian-Kosaken waren eine Einheit, aber ihr politisches Zentrum wurde von der Zaporozhian-Gruppe bewohnt, die ihre Operationen in der Südukraine errichtete. Ihre Zahl wuchs im Laufe der Jahre und sie wurden auch zu einem wichtigen Aktivposten für die polnischen Armeen in ihren Kriegen gegen die Osmanen. Als die Kosaken jedoch an Macht zunahmen, wurde Polen besorgt und begann, die Einberufung in die Kosakenarmeen einzuschränken und auch die Löhne zurückzuhalten. Dies führte 1637 und 1648 zu Aufständen, die es der Ukraine schließlich ermöglichten, ihre Unabhängigkeit vom polnisch-litauischen Commonwealth zu erlangen. Dieser Aufstand wurde als Chmelnyzkyj-Aufstand bekannt. Der große Aufstand fand jedoch zwischen 1648 und 1657 statt. Die Kosaken, eine Gruppe ostslawischer christlich-orthodoxer Separatisten, angeführt von

Bohdan Khmelnytsky, führten eine Reihe von Kämpfen gegen Polen. Die Kosaken waren der Ansicht, dass ihre grundlegenden kulturellen Standards aufgrund der 1595 gegründeten Union von Brest mit der vorherrschenden Kultur des polnisch-litauischen Commonwealth nicht vereinbar waren . Die meisten Ukrainer und ein Großteil des Commonwealth waren zu diesem Zeitpunkt seit der Union von griechisch-katholisch oder uniert geworden Brest erklärte einen Religionswechsel von der orthodoxen Kirche zur katholischen Kirche. Bohdan Khmelnitsky war kürzlich den Kosaken beigetreten und stieg schnell in ihren Reihen auf. 1646 war er in einen Landstreit verwickelt, als sein Anwesen vom Sohn des Militärkommandanten, der es kontrollierte, angefochten wurde. Die Kosaken hatten ein eigenes System der Nachlassverwaltung. Darüber hinaus hatte der Sohn während des Streits Mitarbeiter geschickt, um Khmelnytsky zu belästigen und Razzien auf dem Grundstück durchzuführen. Folglich wurde Khmelnytskys eigener Sohn während der Razzien angegriffen und verletzt. Khmelnytsky bat die polnische Krone um Hilfe, aber sie weigerte sich einzugreifen. Also würde Khmelnytsky, jetzt wütend auf das Commonwealth, die Kosaken um Hilfe bitten und eine Rebellion starten. 1648 führte er eine Gruppe von 500 Kosaken zum Zaporizhian Sich und überholte es von Commonwealth-Streitkräften. (Saporizhische Sichs waren Verteidigungsformationen und Festungsentwicklungen, die von den Kosaken genutzt wurden, um Land zu erwerben und zu verteidigen und auch die Eigenstaatlichkeit zu beanspruchen. Einige davon wurden während der Kosakenzeit errichtet und zerstört.) Dort angekommen und nach erfolgreicher Verteidigung gegen die Rückeroberung durch die Commonwealth-Truppen, Khmelnitsky nutzte seine diplomatischen Fähigkeiten, um mehr Männer zu rekrutieren. Anschließend wählten ihn die Kosaken zum Hetman, der einfach der ranghöchste Militärkommandant ist. Khmelnytsky verbrachte einen Großteil seiner Energie damit,

seine Streitkräfte aufzubauen. Er schickte Delegierte auf die Krim und bat die Tataren, sich ihm anzuschließen, da sie nun einen gemeinsamen Feind im Commonwealth hatten. Die Nachricht von dem Aufstand verbreitete sich schnell in der gesamten Region und viele begannen, aus dem Commonwealth abzuwandern, um sich Khmenlnytskys Streitkräften anzuschließen. Die Streitkräfte von Khmenlnytsky errangen entscheidende Siege in den Schlachten von Zhovti Vody und Korsun. Khmenlnytsky forderte daraufhin die Krone von Polen auf, die Zahl der registrierten Kosaken zu erhöhen, ihnen die orthodoxen Kirchen zurückzugeben und sie auch für die über einen Zeitraum von fünf Jahren einbehaltenen Löhne zu entschädigen. Später ließ Khmenlnytsky seine Streitkräfte in der Schlacht von Pyliavtsi einem Bauernaufstand beitreten, was den polnischen Einfluss im Reich weiter schwächte. Infolgedessen mussten ukrainische Juden von Stadt zu Stadt fliehen, da viele von ihnen während des Aufstands abgeschlachtet wurden. Juden wurden von Bauern beschuldigt, Agenten des Commonwealth zu sein. In dieser Zeit waren viele Juden Pächter und wurden daher von der Bauernklasse als Unterdrücker angesehen. Nach den Schlachten von Zbarazh und Zboriv stoppte Khmenlnytsky seinen Feldzug, nachdem ihm der neue polnische König John Casimir II versprochen hatte, dass den Kosaken im ganzen Reich verschiedene Privilegien gewährt würden. An diesem Punkt erklärte Khmenlnytsky, er sei der einzige Autokrat der Rus, beanspruchte die Ukraine, Podolien, Wolhynien und verkündete, dass sich sein "Land und Fürstentum bis nach Lemberg, Cholm und Halych erstreckte". Der im August 1649 geschlossene Vertrag von Zborov erlaubte ihm, ein unabhängiges Kosakenfürstentum in der Ukraine zu gründen. Der Vertrag verbot Juden auch, in Lagern zu arbeiten oder zu leben, in denen Kosakentruppen stationiert waren. Als die Kämpfe 1651 wieder aufgenommen wurden, erlitten Khmelnytskys Streitkräfte eine Niederlage in der Schlacht von Berestechko, als sie von den

Krimtataren verraten wurden, die Khmenlnytsky verhaften würden, als die Polen vorrückten. Die Kosaken erlitten 30.000 Opfer, und nach der Schlacht ließen die Krimtataren Khmenlnytsky frei und zwangen ihn, den Vertrag von Bila Tserkva zu unterzeichnen, der die Zahl der registrierten Kosaken verringerte. Der Konflikt bestand nun aus 3 Parteien gegeneinander: Die Kosaken, die Krimtataren und das polnisch-litauische Commonwealth. Die Tataren erlaubten keiner Seite, sich während des Konflikts durchzusetzen. In der Zwischenzeit war der Vertrag von Bila Tserkwa vom polnischen Parlament nicht ratifiziert worden. In der Schlacht von Batih schlossen sich die Tataren den Kosaken an und halfen ihnen, den Sieg zu erringen, bevor sie ihnen 8000 polnisch-litauische Gefangene übergaben, die die Kosaken massenhaft abschlachten würden. Die Kosaken hatten die Ukraine schließlich unter Khmelnytsky als unabhängig vom polnisch-litauischen Commonwealth etabliert.

Auf der Suche nach Legitimität und Schutz für die Ukraine suchte Khmelnytskyi ein Bündnis mit einer ausländischen Regierung. Er trat erstmals 1651 an den osmanischen Sultan heran, aber nach beträchtlicher Missbilligung unter den Kosaken einigten sich Khmelnytsky und die Kosaken darauf, die Oberhoheit über den Zaren von Russland, Alexei Michailowitsch, zu akzeptieren. 1654 verpflichteten sich die Kosaken im Frieden von Perejaslaw zu Russland (Moskowy). Aus Angst vor dem wachsenden Einfluss Russlands schlossen sich die Tataren später den Polen an. Mit Hilfe Russlands konnte die Ukraine nun tatarische und polnische Einfälle abwehren. 1667, nach Chmelnyzkyjs Tod und anschließenden Machtkämpfen unter der Kosakenelite, teilten Russland und Polen die ukrainischen Länder auf. Polen erhielt die Ländereien westlich des Dnjepr, während Russland Kiew und Ländereien östlich des Dnjepr erhielt. Das polnisch-litauische Commonwealth erlebte einen langsamen Niedergang und wurde schließlich im 18. Jahrhundert zwischen

Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt. In der Zeit vor dem Bündnis zwischen Russland und der Ukraine im Jahr 1654 begannen viele Russen, sich in der Ost- und Südukraine niederzulassen.

Ein Großteil des historischen Diskurses Russlands weist auf den Vertrag von Perejaslaw im Jahr 1654 als Versuch der Ukraine hin, sich wieder mit Russland zu vereinen und die Anhäufung der Ländereien der Rus zu vollenden. Dies wurde als Versuch einer "ewigen Vereinigung" angesehen. Ukrainische Intellektuelle argumentieren, dass Chmelnyzkyjs kurze Herrschaft die Errichtung eines „Staates“ war, während sie die Rolle der Kosaken-Orthodoxie bei der Entscheidung Chmelnyzkyjs, die Ukraine zu einem Protektorat Moskaus zu machen, herunterspielen. Die Ukrainer erkennen jedoch zu Recht an, dass im mittelalterlichen Europa Unionen zwischen zwei Staaten üblich waren, in denen jeder Staat seine rechtliche und administrative Autonomie behielt.

Kapitel 2: Die Entstehung Russlands

Es ist bekannt, dass die Russen aus der ostslawischen Bevölkerung im alten Kiew stammten, bevor sie nach Westrussland in Richtung des heutigen Susdal und Murom zogen. Eine weitere Migrationswelle von Ostslawen nach Westrussland begann von Polozk auf dem Weg nach Nowgorod und Rostow. Ab dem 7. Jahrhundert stellten Ostslawen die Mehrheit der Bevölkerung in Westrussland. 860 war die Rus in Konstantinopel eingefallen, das damals Teil des Byzantinischen Reiches war. Die Rus nutzte die Gelegenheit zum Angriff, während die Byzantiner in ihren Konflikt gegen die vorrückenden Araber in Kleinasien verwickelt waren. Die Byzantiner kehrten jedoch schnell zurück und die Rus zogen sich sofort aus Konstantinopel zurück. Danach, im Jahr 863, sandte der Patriarch des Byzantinischen Reiches, Photius, die Missionare Kyrill und Methodius nach Rus, um die Slawen zum Christentum zu bekehren. Sowohl Kyrill als auch Methodius verstanden die slawische Sprache und halfen den Slawen, ihr glagolitisches Alphabet zu etablieren, das später durch das kyrillische Alphabet ersetzt wurde, das dem griechischen Alphabet ähnelte und in Bulgarien von Mönchen in Ohrid und Preslav entwickelt wurde. Bis 867 hatten die Rus einen Bischof akzeptiert. Dies sollte die Geburtsstunde der späteren Etablierung des orthodoxen Christentums in Russland sein.

Die Geschichte der Russen begann im Jahr 862, als im Norden bei Novgorod erstmals der Rus-Staat gegründet wurde. Es wurde dann von Varagianern (Wikingern) regiert. Die slawischen und finnischen Stämme vertrieben die Varagianer, luden sie aber kurz darauf aufgrund mangelnder Struktur und ständiger Kämpfe zwischen den Stämmen wieder ein. Sie wählten Rurick, einen varangianischen Häuptling, zum Herrscher ihres Rus-Territoriums. Zu dieser Zeit wurden die Gebiete der Ostslawen zwischen den Warägern und den Chasaren aufgeteilt. Als Prinz

Oleg von Novgorod 882 Kiew eroberte, wurden die nördlichen und südlichen Länder der Ostslawen unter einer einzigen Autorität vereint, als Oleg versuchte, die Verteidigung gegen die Eroberung durch die Khasaren zu stärken. Die südliche Ausdehnung der Rus übte erheblichen Druck auf die Khasaren aus und nachdem Oleg Zugang zum Schwarzen Meer erlangt hatte, verloren die Khasaren einen Großteil ihres Einflusses in der Region, als Oleg Exkursionen in die Gebiete der Khasaren entlang der Meeresküste startete und schließlich Handelsabkommen mit ihnen schloss Das Byzantinische Reich wurde 907 und 911 geschlossen. 912 bestieg Igor den Thron von Kiew. Es wurde angenommen, dass Igor der Sohn von Rurik, dem Wikingerhäuptling und Herrscher der Rus, war. Unabhängig davon war seine Regierungszeit weitgehend erfolglos. Er begab sich auf eine Expedition nach Transkaukasien, die einen Großteil seiner Streitkräfte auf den Kopf stellte. Seine Schiffe wurden auf einer anderen Expedition nach Byzanz angezündet, wo er versuchte, Byzanz unvorbereitet zu erwischen, als sie im Mittelmeer gegen die Araber kämpften. Während des Konflikts entwarf der byzantinische Kaiser Romanos I. Lekapenos einen Plan, in dem seine Schiffe Flammenwerfer, die als griechisches Feuer bekannt sind, auf ihren Schiffen montieren und damit Igors Flotte angreifen würden. Dies führte dazu, dass viele von Igors Streitkräften und Schiffen zerstört wurden. Ein zweiter Angriff wurde von Igor geplant und beinhaltete einen Überfall auf die Provinzen Bithynien und Paphlagonien, die östlich von Konstantinopel liegen. Die Byzantiner würden sie jedoch flankieren und Igor zum Rückzug zwingen. Sie überfielen auch Igors Streitkräfte, als sie nach Kiew zurückreisten, und setzten mehr ihrer Schiffe mit dem griechischen Feuer in Brand. Igor startete 944 einen weiteren Angriff und setzte sowohl Marine- als auch Fußsoldaten ein, um Konstantinopel anzugreifen. Aber dieses Mal entschied sich der byzantinische Kaiser, nachdem er von diesem umfassenden Angriff erfahren hatte, stattdessen

erneute Handelszugeständnisse anzubieten. Trotzdem war dieser nachfolgende Vertrag, der 944 geschlossen wurde, weniger vorteilhaft als der, den Oleg 911 von Byzanz erhielt. Schließlich unterzeichneten Igor und Byzanz 945 einen Friedensvertrag, der den Rus'-Byzantinischen Krieg beendete. Letztendlich gelang es Igor, Kiews Herrschaft über die Pechenegs, ein nomadisches Turkvolk, das oft als Söldner eingesetzt wird, auszudehnen. Er erweiterte auch Kiews Autorität über den ostslawischen Stamm der Drevlyane. Igor wurde später von den Drevlyanern getötet, nachdem er versucht hatte, Tribute von ihnen zu kassieren. Die von Oleg und Igor mit Byzanz aufgebauten Handelsbeziehungen würden schließlich der Christianisierung der Rus unter Wladimir dem Großen im Jahr 988 weichen.

Nach Igors Tod wurde er von seinem Sohn Sviatoslav I. abgelöst. Sviatoslav war entscheidend für die Ausweitung der Kontrolle der Rus über das Wolga-Tal und die pontische Steppenregion. Er eroberte auch Khazaria, das zu dieser Zeit vielleicht eines der stärksten Königreiche in Osteuropa war. Als der russisch-byzantinische Vertrag, der 945 von Igor geschlossen wurde, gültig war, lud der byzantinische Kaiser Nikephoros Phokas Sviatoslav ein, ihm 968 beim Kampf gegen die Bulgaren im Baltikum zu helfen. Sviatoslav stimmte zu und startete einen erfolgreichen Feldzug gegen die Bulgaren, wobei er den bulgarischen Herrscher Boris II und besiegte Eroberung ganz Nordbulgariens. Diese Expedition würde Kiew jedoch verwundbar machen. Also beschlossen die Byzantiner, die Gelegenheit zu nutzen, indem sie die Pechenegs überredeten und bestochen, Kiew anzugreifen. Als Sviatoslav davon Wind bekam, kehrte er sofort nach Kiew zurück und schlug die Pecheneg-Invasion zurück. Folglich weigerte sich Swjatoslaw infolge des Verrats der Byzantiner, ihnen die Ländereien zu übergeben, die er auf dem Balkan erobert hatte. Stattdessen machte er dort neue Eroberungen und eroberte die Stadt Philippopolis. In der

Zwischenzeit wurde der byzantinische Kaiser Nikephoros Phocas von John Tzimiskes gestürzt, der dann der neue Kaiser wurde. Nachdem Tzimiskes Sviatoslav angefleht hatte, seine Streitkräfte aus Bulgarien abzuziehen, mobilisierte Sviatoslav seine Männer für eine Invasion in Konstantinopel und eroberte Adrianopel. Diese Besetzung war jedoch nur von kurzer Dauer, da die Byzantiner Sviatoslavs Streitkräfte mit einer Gegenoffensive abwehren würden. Später besetzten Tzimiskes und seine Armee Bulgarien und überzeugten Sviatoslav, sich im Austausch für eine sichere Heimreise vom Balkan zurückzuziehen. Aus Angst, Sviatoslav würde sich neu formieren, überredete der byzantinische Kaiser die Pecheneg Kurya, Sviatoslav zu überfallen und zu töten, als er nach Kiew zurückreiste. Nachdem Sviatoslav 972 getötet wurde, kämpften seine 3 Söhne Oleg, Yaropolk und Vladimir um den Thron. Hier sehen wir, dass der Brudermord zu einem Hauptthema in den Angelegenheiten der Kiewer Rus wird.

Wladimir kam in Kiew an die Macht, nachdem er Novgorod von seinem Bruder Yaropolik zurückerobert hatte, der Rus' beschlagnahmt hatte, nachdem er seinen älteren Bruder Oleg ermordet hatte. Nach Jaropoliks Brudermord musste Wladimir, der damalige Fürst von Nowgorod, nach Skandinavien fliehen. Dann gelang es ihm, eine Armee von Wikingern in Norwegen zu sammeln und Rus' von Jaropolik zurückzuerobern. Während seiner Regierungszeit wollte Wladimir, nachdem er die Gebiete der Rus erweitert hatte, sein Reich unter einer Religion vereinen, da ein Großteil Kiews bereits aus vielen heidnischen Religionen bestand. Also schickte Wladimir Gesandte für Religionsstudien in die Nachbarländer, die versuchten, die Rus davon zu überzeugen, ihre Glaubenssysteme zu akzeptieren. Seine Gesandten betrachteten den islamischen, jüdischen und christlichen Glauben, entschieden sich aber schließlich für das Christentum, nachdem sie Konstantinopel besucht hatten und von der Pracht der dortigen Kathedralen beeindruckt waren. Zuvor praktizierte

Vladimir slawisches Heidentum. Nach der Eroberung der Stadt Chersonesos auf der Krim bat Wladimir darum, die Schwester des byzantinischen Kaisers Basilius II., Anna, zu heiraten, um die Christen in Byzanz zu besänftigen, die es für einen Heiden absurd fanden, eine byzantinische Kaiserprinzessin zu heiraten. Vladimir entschied sich dafür, in Chersones getauft zu werden, bevor er seine Gelübde ablegte. Als er nach Kiew zurückkehrte, zerstörte er alle heidnischen Denkmäler und etablierte das Christentum als Religion der Rus. Er baute auch die "Kirche des Zehnten" und weihte sie dem heiligen Basilius. Das in Kiew gegründete Christentum wurde schließlich als Metropolit von Kiew und der gesamten Rus bekannt und unterstand der Gerichtsbarkeit des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel.

Nachfolger von Wladimir wurde sein Sohn Swjatopolk I., den Wladimir wegen der Planung seines Sturzes inhaftiert hatte. Als Wladimir 1015 starb, wurde die Nachricht von seinem Tod vor Swjatopolk verborgen, um ihn daran zu hindern, den Thron zu besteigen. Als jedoch die Nachricht von Vladimirs Tod Swjatopolk erreichte, übernahm er schnell die Macht in Kiew. Dann zog er um, um seine Brüder Boris, Gleb und Sviatoslav zu töten – die er alle als Bedrohung seiner Macht ansah. (Wir sehen, dass dieses Element des Brudermords wieder auftaucht, was darauf hinweist, dass dies zu einem wachsenden Thema in der historischen Entwicklung der ostslawischen Ethnologie wird.) Die Nachricht vom Brudermord würde jedoch Wladimir's anderen Sohn Jaroslaw erreichen, der damals Prinz von Nowgorod war. Mit der Unterstützung der Bürger von Novgorod und der Wikinger führte Jaroslaw Krieg gegen Swjatopolk und besiegte ihn 1016, wodurch Swjatopolk gezwungen wurde, nach Polen zu fliehen. Dort sammelte Swjatopolk jedoch eine Armee und kehrte 1018 nach Kiew zurück und forderte sie von Jaroslaw zurück. Aber Jaroslaw kehrte zurück und besiegte Swjatopolk schließlich im Jahr 1019.

Ein Großteil von Jaroslaws Herrschaft konzentrierte sich

darauf, den Einfluss von Byzanz auf Kiew zu verringern. Er eroberte eine Reihe von Städten von den Polen, wie die Cherven-Städte, und schloss ein Bündnis mit dem polnischen König Kasimir I., der Jaroslaws Schwester Maria heiraten würde, als Gegenleistung dafür, dass die Cherven-Städte als Teil von Kiew anerkannt würden. Jaroslaw heiratete schließlich die Tochter des schwedischen Königs Olof. Nachdem Jaroslaw 1037 die Pecheneg-Bedrohung für Kiew beseitigt hatte, startete Jaroslaw einen Feldzug gegen das Byzantinische Reich, indem er 1043 in Konstantinopel einfiel. Aber nach dem Sieg über die byzantinische Flotte stießen Jaroslaws Schiffe auf heftige Stürme auf See, was dazu führte, dass sie mit leeren Händen nach Kiew zurückkehrten. Jaroslaws Vermächtnis war die fortgesetzte Verteidigung Kiews und der Bau neuer Denkmäler: die Sophienkathedrale, die Klöster St. Georg und St. Irene und das Goldene Tor von Kiew. Jaroslaw wurde von seinen drei älteren Söhnen Izyaslav, Sviatoslav und Vsevolod abgelöst. Zusammen bildeten sie das Yaroslavichi-Triumvirat, das 20 Jahre lang regierte. Ein Teil des Abkommens mit Polen, das während Jaroslaws Regierungszeit orchestriert wurde – das besagte, dass der polnische König Kasimir I. im Austausch dafür, dass Polen die Cherven-Städte als Kiewer Territorium anerkennt, Jaroslaws Schwester Anna heiraten würde – war, dass Iziaslav, Jaroslaws Sohn, Kasimir, Schwester Gertrud heiraten würde. Nachdem dies arrangiert war, bekam Iziaslav drei Söhne, Yaropolk, Mstislav und Sviatopolk. Später wurde Iziaslav während eines Aufstands im Jahr 1068 von der Macht entfernt, als der Polovtsy-Stamm die von Iziaslavs Vater errichteten Verteidigungslinien durchbrach. Nachdem Iziaslav die Polovtsy-Überfälle auf Kiew nicht gestoppt hatte, wurde er von einem Kiewer Mob von der Macht entfernt, der ihn durch Prinz Vseslav von Polotsk ersetzte, den Iziaslav kürzlich inhaftiert hatte. Der Mob war verärgert, dass Iziaslav ihnen keine Waffen geben würde, um gegen die Polovtsy zu kämpfen. Folglich floh Iziaslav

nach Polen. Nachdem es seinem Bruder Sviatoslav gelungen war, die Überfälle von Polovtsy zu unterdrücken, kehrte Iziaslav 1069 mit Hilfe der polnischen Armee auf den Thron zurück. Er wurde jedoch 1073 in nur wenigen Jahren von seinen Brüdern abgesetzt, wodurch das Triumvirat im Wesentlichen aufgelöst und das anhaltende Thema des Brudermordes wiederbelebt wurde, das den Aufstieg zur Macht früherer Herrschaften definierte. Vorerst hatte Sviatoslav kurzzeitig übernommen, aber Iziaslav konnte im Wettbewerb bleiben, indem er die Hilfe des deutschen Königs Heinrich IV., des Heiligen Römischen Kaisers, in Anspruch nahm, der ihn 1075 zum König der Rus krönen würde. 1076 kehrte Iziaslav nach Kiew zurück und eroberte den Thron zurück. Sviatoslav war jedoch bereits gestorben und wurde von seinem Bruder Vsevolod Iaroslavich abgelöst. Als Iziaslav den Thron wiedererlangte, machte er einen Deal mit Vsevolod, in dem Vsevolod auf Kiew verzichten, aber Tschernigow erhalten würde. Aber Oleg, Sviatoslavs Sohn, sammelte eine Armee aus Polovtsy und vertrieb Wsewolod aus Tschernihiw, weil er mit Wsewolod nicht auskam. Anschließend ging Vsevolod um Hilfe nach Iziaslav und beide würden sich zusammenschließen und gegen Tschernihiw marschieren, aber die Bürger dort widersetzten sich und Iziaslav würde später während des Konflikts sterben. Oleg wurde schließlich gezwungen, sich aus Tschernihiw zurückzuziehen, was es Vsevolod ermöglichte, den Thron zu besteigen. Wsewolod fuhr dann fort, Kiew, Tschernihiw und Perejaslawl als Kernfürstentümer zu vereinen, und vertraute seinem ältesten Sohn, Wladimir Monomakh, die Verwaltung in Tschernihiw an. Vsevolod starb 1093 und wurde von Iziaslavs Sohn Sviatopolk II abgelöst. Nachdem Oleg I Tschernihiw zurückerobert hatte, lieferten sich Swjatopolk und Monomakh einen langen mörderischen Kampf gegen Oleg. Swjatopolk starb 1113 und wurde durch seinen Nachfolger Wladimir Monomach (Wladimir II.) ersetzt, der ein Heiliger der östlichen orthodoxen

Kirche werden sollte. Er stellte eine Reihe von Reformen vor, die das politische Klima in Rus stabilisierten. Seine Regierungszeit zwischen 1113 und 1125 wird von vielen als das letzte der goldenen Jahre Kiews angesehen. Sein Nachfolger wurde später sein Sohn Mstislav I., der einen Großteil seines Lebens im ständigen Kampf gegen die Polovtsy, Esten, Litauer und das Fürstentum Polotsk verbrachte. Er würde auch der letzte Herrscher eines vereinten Rus-Königreichs sein. Mstislav starb 1132 im Alter von 55 Jahren und wurde von seinem Bruder Yaropolk II abgelöst.

Während seiner Regierungszeit wurde Yaropolk II gelegentlich von seinen Brüdern untergraben. Nachdem Jaropolk beispielsweise seinen Neffen Vsevolod Mstislavich, den damaligen Prinzen von Nowgorod, zu seinem Nachfolger im Fürstentum Pereyaslav ernannt hatte, vertrieb Jaropolks Halbbruder Dolgoruky später Vsevolod. Jaropolk ernannte dann seinen Sohn Iziaslav Mstislavich (der auch Turov erhielt) Pereyaslav. Auch dies ist umstritten. Yaropolk und Dolgoruky würden sich erst 1134 einigen, als sie beide vereinbarten, dass Yaropolks Bruder Viacheslav Vladimirovich Iziaslav ersetzen und Pereyaslav den Thron besteigen würde. Als es um Vsevolod ging, waren die Leute von Novgorod wütend auf ihn, weil er den Auftrag an Pereyaslav angenommen hatte, und betrachteten es als Verrat, da Vsevolod einen Eid geleistet hatte, in Novgorod zu sterben. Als Vsevolod versuchte, als Prinz dorthin zurückzukehren, nachdem Jaropolk beschlossen hatte, Viacheslav Pereyaslav zu ernennen, lehnten ihn die Nowgoroder ab. Dies führte zu einem Paradigmenwechsel in Nowgorod, auf den die Nowgorodianer im Laufe des nächsten Jahrhunderts erheblichen Einfluss ausüben und eine Reihe von Fürsten entlassen und einladen würden. Jaropolk starb 1139 und wurde von Vyacheslav Vladimirovich abgelöst, der bald von Vsevolod II vertrieben wurde. Vsevolod II wurde dann von Igor II abgelöst.

Igor II. stieß bei seiner Thronbesteigung auf erhebliche

Ablehnung in der Bevölkerung, da er weithin als korrupt und gierig galt. Aufgrund dieses Gefühls wurde sein Cousin Iziaslav II. Anschließend eingeladen, den Thron von Igor zu übernehmen. Nachdem Iziaslav Igor besiegt hatte, ließ er ihn in eine Grube werfen, wo sich sein Gesundheitszustand verschlechterte, und nachdem er sich über Krankheit beschwert hatte, bat Igor darum, stattdessen Mönch werden zu dürfen. Nachdem Iziaslav zugestimmt und seine Freilassung angeordnet hatte, ging Igor zum Kloster St. Feodor, um seine klösterlichen Gelübde abzulegen. Nach kurzer Zeit wurde er jedoch von einem Mob getötet, nachdem er verdächtigt wurde, geplant zu haben, den Thron von Iziaslav zurückzuerobern. Seine leblose Leiche wurde mit einer Reihe von Wundern in Verbindung gebracht und er wurde schließlich heiliggesprochen. Iziaslav II starb 1154. Yuri Dolgoruky ergriff später die Macht in Kiew, aber nur kurz bevor er 1157 bei einem Kiewer Fest vergiftet wurde. Seine Regierungszeit folgte der von Rostislav I, aber nach einer Woche wurde Rostislav von Izaislav III vertrieben. Später in diesem Jahr, im Jahr 1157, bestieg Mstislaw II. den Thron und blieb bis 1169 an der Macht, als Kiew von Andrey Bogolyubsky, dem Sohn von Yuri Dolgoruky, erobert wurde. Mstislav wurde nach Byzanz verbannt, bevor er 1172 starb.

Andrey wollte seinen Bruder Gleb zum Prinzen von Kiew machen und versuchte, alle Länder der Rus wieder zu vereinen, aber nachdem sein Bruder Gleb 1171 starb, verlor Andrey einen Großteil seiner Macht über Kiew. Seine Regierungszeit war geprägt von der Verlegung seiner Hauptstadt von Kiew nach Wladimir sowie dem Bau einer Reihe von Kirchen und Klöstern dort. Eine davon war insbesondere die Himmelfahrtskathedrale. Infolge einer von den Bojaren Susdal und Rostow inszenierten Verschwörung wurde Andrei am 29. Juni 1174 im Bett liegend getötet. Sein Nachfolger wurde Mikhail von Vladimir, der älteste Sohn von Yuri Dolgoruky.

Aus Angst vor den Bojaren würde Michail von Wladimir nach Tschernigow fliehen. Andreys Neffe, Roman I, wurde eingesetzt, bevor er verdrängt wurde, als Mikhail 1175 zurückkehrte, um den Thron zurückzuerobern. Mikhail starb dann 1176 und wurde von seinem Bruder Vsevolod III abgelöst. ersetzt, was die Bojaren zur Unterwerfung zwingen und die neue Hauptstadt weiterentwickeln würde. Wladimir. Er unternahm mehrere Razzien, wie die in Wolga Bulgarien. Er ernannte Preise in Nowgorod und verheiratete seine Töchter mit Fürsten in Kiew und Tschernihiw. Er starb schließlich im April 1212. Aber vor seinem Tod beabsichtigte Wsewolod, dass sein Sohn Juri ihm in Rostow nachfolgen würde, während sein anderer Sohn Konstantin ihm in Wladimir nachfolgen würde. Konstantin beanspruchte jedoch sowohl Rostow als auch Wladimir. Dies führte dazu, dass Vsevolod ihn enterbte und Yuri seinen Thron übergab. Es überrascht nicht, dass Konstantin, nachdem Yuri nach Wsewolods Tod den Thron bestiegen hatte, ihn anschließend aus Wladimir verdrängen wollte. Danach erlaubte er Yuri jedoch, Rostov zu haben. Konstantin würde 2 Jahre später sterben, was es Yuri dann ermöglichte, Vladimir zurückzufordern. Leider begannen die Mongolen während der Herrschaft von Yuri mit ihrer Invasion in der Region. Zuerst rückten die Mongolen 1232 nach Russland und dann 1237 nach Wladimir vor. Yuri wurde 1238 in der Schlacht am Fluss Sit getötet, als mongolische Streitkräfte die Armeen von Wladimir Susdal besiegten. Nach seinem Tod zog Juris jüngerer Bruder Jaroslaw II. von Kiew nach Wladimir und wurde zum Großherzog von Wladimir gekrönt. Nachdem Wladimir von den Mongolen zerstört worden war, traf Jaroslaw 1243 in seiner Hauptstadt Sarai mit dem damaligen Anführer der Mongolen, Batu Khan, zusammen und durfte nach Wladimir zurückkehren. Nachdem die Mongolen die Kontrolle über die Kiewer Rus erlangt hatten, mussten Ernennungen zum Thron in Wladimir vom Khan genehmigt werden. Zwei Jahre später wurde Yaroslav zu einer

Konferenz mit Güyük Khan in Karakorum eingeladen, wurde dort jedoch vergiftet und starb eine Woche später. Nach Jaroslaws Tod wurde Swjatoslaw III. zum Herrscher von Wladimir ernannt, aber seine Herrschaft war nur von kurzer Dauer, da er von seinem Neffen Mikhail Khorobrit aus Moskau vertrieben werden würde. Dies geschah, als Andrey II tatsächlich derjenige war, der von Guyuk Khan als nächster Großherzog von Wladimir genehmigt wurde. Und so stellte Andrei, der nach seiner Ernennung aus Karakorum in der Mongolei zurückkehrte, fest, dass der Thron bereits von Mikhail besetzt war. Letztendlich würde Mikhail Monate später im Kampf mit den Litauern getötet werden. Als Andrey die Macht übernahm, versuchte er, eine gewisse Unabhängigkeit von der Großen Horde der Mongolen auszuüben. Er heiratete die Tochter von Danylo von Halych. Danylo wurde von den Mongolen verachtet. In der Zwischenzeit näherte sich Sviatoslav mit Alexander Newski der Horde und bat darum, wieder auf den Thron gesetzt zu werden. Newski berichtete, Andrej habe der Horde Tribute vorenthalten. Als Ergebnis dieses Treffens beschlossen die Mongolen, nachdem sie von dieser Untreue gehört hatten, eine Militärexpedition zu entsenden, um Andrey von der Macht zu entfernen. Aber 1256 ging Audrey nach Sarai und bat um Vergebung für seine Übertretung, und als er nach Wladimir zurückkehrte, wies Newski ihm die östlichen Gebiete von Wladimir zu, zu denen die Städte Nischni Nowgorod und Gorodets an der Wolga gehörten. Als Newski starb, versuchte Andrey, ganz Wladimir zu beanspruchen, aber dieser Versuch wurde von Jaroslaw von Twer, seinem jüngeren Bruder, erstickt, den die Große Horde bereits zum Großherzog von Wladimir ernannt hatte. Andrey musste sich in Novgorod niederlassen. Jaroslaw starb 1271 und sein Nachfolger wurde Wladimir Wassilij von Kostroma, der fortan auch in Nowgorod den Thron bestieg. Er würde bis 1276 regieren und von Dmitri Alexanderovich abgelöst werden.

Dmitri war zuvor 1259 von seinem Vater Alexander Newski für Nowgorod verantwortlich gemacht worden. Aber nachdem Newski gestorben war, vertrieben die Nowgoroder Dmitri wegen seines jungen Alters. Die Nowgorodianer hatten zunehmend Einfluss auf die Entlassung und Zuweisung von Fürsten. In früheren Zeiten ernannte der Fürst von Kiew oder Wladimir den Fürsten von Nowgorod, aber seit 1139 luden die Nowgoroder, wenn sie beleidigt waren, ihre Wahl ein, nach Nowgorod zu kommen und den Thron zu besteigen. Nach einem Jahrzehnt des Ringens mit seinen Onkeln um den Thron in Nowgorod bekam Dmitri endlich seine Chance, sowohl in Nowgorod als auch in Wladimir an die Macht zu kommen, als seine beiden Onkel Jaroslaw III. Und Vasily von Kostroma starb 1276. Dmitri gründete später eine Festung namens Korporye, zum Entsetzen der Nowgoroder, die ihn schließlich aus Nowgorod vertrieben. Als Dmitri versuchte, die Spannungen mit den Nowgorodern zu entschärfen, ging sein jüngerer Bruder Andrey von Gorodets zur Goldenen Horde, um die Erlaubnis zu erhalten, Dmitri als Großherzog von Wladimir zu ersetzen. So kehrte Andrey 1281 nach Russland zurück und eroberte Pereyaslav, was Dmitri zwang, nach Skandinavien zu fliehen. Nachdem Andrej den Thron in Wladimir bestiegen hatte, wurde er von den Novgorodern eingeladen, den Thron in Nowgorod zu besteigen. In der Zwischenzeit wurde Dmitri 1283, nachdem er ein Bündnis mit Nogai Khan geschmiedet hatte, als Großherzog von Wladimir wieder eingesetzt. Andrey wetteiferte jedoch im nächsten Jahrzehnt mit Dmitri um den Wladimir-Thron und eroberte ihn schließlich 1293 zurück. Von diesem Zeitpunkt an war Andrey im Laufe des nächsten Jahrzehnts in einen Konflikt mit einer Koalition verwickelt, die von Daniel von Moskau, Michail von Tver und organisiert wurde Ivan von Pereslawl zur Wiedereinführung des Rotationssystems der sekundären Sukzession. Andrei regierte bis 1304.

Nach dem Tod von Andrey wurde Mikhail gemäß dem Rota-

System der sekundären Nachfolge Großherzog von Wladimir. Er wurde auch vom Khan der Goldenen Horde bestätigt. Er würde dann als Prinz von Nowgorod akzeptiert werden. Dort geriet Mikhail jedoch in Konflikt mit den Nowgorodern und reagierte, indem er weiterhin Getreidelieferungen in die Stadt unterbrach. Dieser Akt würde dazu führen, dass Moskau im ganzen Reich einflussreicher wird als Wladimir, da Yuri aus Moskau während Mikhails Abwesenheit einsprang, um die Kontrolle über die Angelegenheiten von Novgorod zu übernehmen. Als Mikhail 1316 mit mongolischer Hilfe die Kontrolle wiedererlangen würde, ernannte der Khan in Sarai Yuri von Moskau, um Mikhail als Großherzog von Wladimir zu ersetzen. Um das Dekret durchzusetzen, unterstützten die Mongolen Yuri militärisch. Mikhail besiegte jedoch Yuri und nahm seine Frau gefangen, die auch die Schwester des Khans war. Sie starb später in Mikhails Obhut. Kavgadii, der von Mikhail freigelassen wurde, kehrte nach Sarai zurück und berichtete, dass es Mikhail war, der die Ermordung der Schwester des Khans befahl und das mongolische Dekret untergrub. Die Große Horde rief dann Mikhail herbei und exekutierte ihn 1318. Trotzdem brachte ihm Mikhails Frömmigkeit während dieser Tortur die Heiligkeit in der russisch-orthodoxen Kirche ein.

1319 kam Yuri an die Macht, wurde aber von Mikhails Sohn "Dmitri the Terrible Eyes" abgelehnt, der der Horde berichtete, dass Yuri ihnen zustehende Tribute unterschlagen hatte. Als Yuri vom Khan gerufen wurde, tötete Dmitri ihn. Anschließend wurde Dmitri wegen einer solchen Tat von der Horde hingerichtet. Nach dem Tod seines älteren Bruders Yuri erlangte Iwan I. die Kontrolle über das Moskauer Fürstentum und wurde von der Großen Horde auch als Großherzog von Wladimir eingesetzt. Daher hatte Ivan I. wenig Probleme, mit den Mongolen zusammenzuarbeiten und in ihrem Namen Tribute von den anderen russischen Fürstentümern zu sammeln.

1327 wurde die Residenz des Großherzogs von Wladimir nach Moskau verlegt, wodurch Moskaus Einfluss auf die Region, die als Moskauer Staat bekannt wurde, gefestigt wurde. Hier würden ostslawische Geschichte und Ethnologie in die Entwicklung der russischen kulturellen Identität einfließen oder abzweigen. Im 14. Jahrhundert versuchten die Großherzöge von Moskau, alle Ländereien der Rus zurückzuerobern. Diese Bemühungen wurden am stärksten während der Regierungszeit von Ivan III demonstriert. Er eroberte 1478 Nowgorod und 1485 Tver. 1480 endete der mongolische Einfluss auf Moskau und Moskau erlangte die Souveränität für alle Länder der Rus, und zu Beginn des 16. Jahrhunderts war fast die gesamte Rus vereint. Ivan würde einen Teil von Rjasan und die Unterwerfung der Fürsten von Rostow und Jaroslawl erwerben. Die Stadt Pskow wurde später von seinem Sohn Vasiliy III erobert. Iwan III. war der erste Moskauer Herrscher, der sich „Zar“ und „Herrscher der ganzen Rus“ nannte. Er kämpfte mit Litauen um die Kontrolle über die Fürstentümer der ehemaligen Kiewer Rus und konnte nach Westen vordringen und die Dominanz Moskaus ausbauen. Als sich Muscovy zu konsolidieren begann, betrachteten alle Herrscher in Muscovy es als ihr kollektives Territorium. Prinzen würden die Gerichtsbarkeit und den Einfluss auf bestimmte Gebiete beanspruchen. Ivan III bestand jedoch darauf, dass kleinere Fürsten dem Großherzog von Moskau und seinen Nachkommen als unbestrittene Autorität über militärische, gerichtliche und auswärtige Angelegenheiten nachgeben. Die Moskauer Herrscher würden sich langsam zu einem mächtigen Autokraten entwickeln, der als "Zar" bekannt ist. "Zar" war anderen Bezeichnungen für mächtige Herrscher wie Kaiser oder Khan ebenbürtig. Nach Iwan III. Nachdem Muscovy Sophia Paleologue, die Nichte des byzantinischen Kaisers, geheiratet hatte, übernahm er viele byzantinische Symbole und Bräuche. Unter Ivan III implizierte "Zar" als Autokrat einen unabhängigen Herrscher. Als Iwan IV. an

die Macht kam, bedeutete das absolute und unbegrenzte Macht. 1533 wurde Iwan IV. „Zar“ und von der orthodoxen Kirche anerkannt. Ein Mönch würde erklären, dass der Zar von Moskau, als Konstantinopel 1453 vor den Osmanen kapitulierte, einen legitimen Anspruch als offizieller orthodoxer Herrscher hatte und dass Moskau das Recht hatte, sich als Nachfolger anderer zentraler Operationsbasen für das Christentum wie Rom zu betrachten und Konstantinopel. Diese Perspektive prägte die russische Sicht auf die Orthodoxie. Unter Iwan IV. erreichte das Zarenreich einen Höhepunkt seiner Macht. Infolgedessen wurde Iwan IV. Später als Iwan der Schreckliche bekannt, da er die Grenzen seiner Macht erheblich erweiterte. In Kombination mit seiner geistigen Instabilität orchestrierte Iwan der Schreckliche weiterhin Akte extremer Gewalt. Als Kind wurde er 1533 Großherzog von Moskau, während dieser Zeit versuchten die Bojaren, bis zu seiner Volljährigkeit 1547 als Regent zu dienen erinnert an die Krönung byzantinischer Kaiser. Seine Regentschaft markierte den Wechsel vom Großfürstentum Moskau zum „Zarentum Russlands“. Ivan IV leitete eine Reihe von Reformen für den Kodex, das Militär und die lokale Regierung ein, die alle darauf abzielten, Moskau gegen benachbarte Feinde zu stärken. Aber in den späten 1550er Jahren wurde Ivan seinen Mitarbeitern und Beamten feindlich gesinnt. Nachdem er Moskau in eine private und eine öffentliche Sphäre geteilt hatte, verbannte Ivan die private Sphäre für den größten Teil seines Terrors und seiner Grausamkeit. Seine Agenten exekutierten jeden, der Ivan misstrauisch machte. Ivans Wut auf die Bojaren würde dazu führen, dass er ihren Einfluss in Moskaus Angelegenheiten verringerte. Er ordnete die Beschlagnahmung ihres Eigentums an und ließ viele von ihnen öffentlich hinrichten. Diese Politik wurde "oprichnina" genannt. Bojaren waren normalerweise maßgeblich an der Entwicklung Moskaus beteiligt, und als sie von Ivan unterdrückt wurden, begann ein Großteil des Reiches zu leiden.

Der Handel wurde weniger effizient und die Bauern versuchten, Moskau zu verlassen. Dies würde den Ursprüngen der legalen Leibeigenschaft weichen, die die Bauern an ihr Land binden würde. 1572 reduzierte Ivan seine Oprichnina-Politik. Trotz der brutalen Innenpolitik Iwans IV. expandierte Moskau weiter. 1552 eroberte Iwan das Kasaner Khanat an der mittleren Wolga und anschließend das Astrachan Khanat. Dadurch erhielt Muscovy Zugang zur Wolga und nach Zentralasien. Die Herrschaft von Iwan IV markierte das Ende Moskaus und den Beginn dessen, was wir als "Russland" kennen.

Kapitel 3: Intellektueller Diskurs

Sowohl russische als auch ukrainische Nationalisten sind geteilter Meinung über das Erbe der Kiewer Rus. Um die historischen Grundlagen ihrer Staatlichkeit zu bestätigen, argumentieren ukrainische Nationalisten oft, dass Russland, ehemals Moskau, zwar aus Menschen besteht, die von finno-ugrischen Stämmen abstammen, sie aber die ethnische und authentische kulturelle Tradition der alten Kiewer Rus bewahren; dass, als sich Kiews kultureller Einfluss später auf Wladimir und dann auf Moskau ausdehnte, die eventuelle Herrschaft der Mongolen über die Region einen Großteil der ursprünglichen ostslawischen DNA-Signatur, die im alten Kiew existierte, stark verändert und ausgewaschen hat. Andererseits argumentieren russische nationalistische Historiker, dass die politische, sprachliche und religiöse Legitimität auf Moskau überging. Sie argumentieren weiter, dass viele der ostslawischen Kernkomponenten der Kiewer Rus nach Russland flohen, um der Großen Horde zu entkommen, als die Mongolen Kiew eroberten, während diejenigen, die blieben, aufgrund der polnisch-litauischen Dominanz assimiliert und mit anderen Rassen vermischt wurden und gingen die wahre kulturelle Tradition in Moskau. Ein weiterer Aspekt der Debatte über die Kiewer Rus ist das Ausmaß von Muscovys Versuch, die Ländereien der Rus einzusammeln. Die Tatsache, dass Moskauer Großherzöge sich diesem Ziel verschrieben hatten, bestätigt, dass Moskau der legitime Nachfolger der Kiewer Rus war. Dies, zusammen mit der Tatsache, dass die Großherzöge von Moskau Nachkommen von Wladimir dem Großen und anderen Herrschern der Rus waren. Russischen Intellektuellen zufolge war die Ukraine nie wirklich ein richtiger Staat, sondern eine „kleinrussische" Erweiterung der russischen Rasse, die letztendlich von der Vorsehung dazu bestimmt war, unter die Herrschaft Moskaus zu fallen. Während der Ära der Sowjetunion

wurde gelehrt, dass Ukrainer, Weißrussen und Russen historisch „Brudernationen“ seien, die alle von der alten Kiewer Rus abstammen. Im Laufe der Zeit präsentierte die Sowjetunion die Russen als großen Bruder der Gruppe. Nichtsdestotrotz fördert der Begriff „Bruder“ tendenziell die Vorstellung, dass die Ukraine im Wesentlichen keine unabhängige Einheit ist. Allerdings wird diese Art des Diskurses aus ukrainischer Sicht nicht ganz vermieden. Es gibt eine ukrainische nationalistische Bewegung namens Ukrainische Nationalversammlung und die damit verbundene Ukrainische Selbstverteidigungsorganisation, die sich auf die Einheit der ostslawischen Völker einigt. Diese Gruppe glaubt jedoch, dass die Ukraine und nicht Russland berechtigt ist, der dominierende Staat der Völker der Rus zu sein, da das ursprüngliche Zentrum des Reiches der Kiewer Rus Kiew war. Es gibt andere Intellektuelle, die die Vorstellung, Kiewer Rus sei entweder russisch oder ukrainisch, für weit hergeholt halten.

Nachdem die Mongolen im 13. Jahrhundert in die Kiewer Rus eingedrungen waren, wurde der Sitz des Metropoliten von Kiew und der gesamten Rus zwischen dem Großherzogtum Moskau in Moskau und dem Großherzogtum Litauen in Vilnius aufgeteilt. Als Kiew begann, seinen Einfluss auf die Gebiete der Rus zu verlieren, wurde der Sitz des Metropoliten von Kiew und der gesamten Rus 1299 zunächst nach Wladimir verlegt, bevor er 1325 nach Moskau verlegt wurde, wo der Patriarch von Konstantinopel weiterhin den Metropoliten ernennen würde. Der Name wurde später in Metropolit von Kiew, Galizien und der gesamten Rus geändert. 1458 beschloss das Großherzogtum Moskau jedoch, ohne Zustimmung des Patriarchen von Konstantinopel mit der Ernennung eigener Metropoliten zu beginnen. Dies förderte die Gründung der russisch-orthodoxen Kirche. Mit der Union von Brest in den Jahren 1595-1596 löste sich der Metropolit von Kiew, Galizien und der gesamten Rus von der orthodoxen Ostkirche und unterwarf sich dem Papst von Rom. Dies gründete die Ukrainische

Griechisch-Katholische Kirche oder Unierte Kirche. Die Russisch-Orthodoxen würden in Moskau bleiben. Gelehrte sind sich weitgehend uneinig darüber, welche Stämme zuerst die ostslawischen Gebiete bewohnten. Einige behaupten, dass die Wikinger oder Varagianer vor den slawischen und finnischen Völkern dort waren, von denen sie glauben, dass sie sich später mit den Varagianern assimilierten. Andere bestehen darauf, dass es Beweise dafür gibt, dass Slawen dort waren, bevor die Wikinger eintrafen. Die in Kiew und einem Großteil der Ukraine verbliebenen Ostslawen bestanden darauf, dass sie sich ethnisch von den Russen unterschieden, die ebenfalls ostslawischen Ursprungs sind, und behaupteten, dass das heutige Russland den Namen „Russland" erst nach dem Vertrag von Perejaslaw im Jahr 1654 annahm bekam, dass Russland als Muscovy bekannt war. Muscovys Expansion basierte auf einer Sammlung von Rus-Ländern. Als dies abgeschlossen war, änderte Muscovy den Namen in Russland. Die Ukrainer weisen jedoch darauf hin, dass der Vertrag mit Moskau die Ukraine als unabhängige Nation mit einem frei gewählten Führer namens „Hetman" etabliert hat. Der Vertrag gab der Ukraine auch das Recht, diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen, sowie die Freiheit, mit allen fremden Nationen Freihandel zu betreiben. Nicht nur das, sondern auch das Recht, ein unabhängiges Justizsystem aufrechtzuerhalten; das Recht, einen Führer für die Armee zu wählen, und schließlich das Recht, eine unabhängige ukrainische Kirche zu gründen. Als klar wurde, dass Moskau diese Bedingungen nicht erfüllen würde, rebellierte die Ukraine. Im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts teilten Russland und Polen die Ukraine auf und machten den Fluss Dnjepr zur Grenze zwischen ihren beiden Reichen. Die Ukraine am linken Ufer gehörte zum zaristischen Russland und die Ukraine am rechten Ufer gehörte zu Polen-Litauen.

Kapitel 4: Ende des Hetmanats und Beginn der Russifizierung

Peter I., Zar von Russland von 1682 bis 1725, versuchte, seine Kontrolle über das Reich zu zentralisieren, indem er die russische Armee reformierte, nachdem Russland im Großen Nordischen Krieg bedeutende Gebiete verloren hatte. Der Große Nordische Krieg war Russlands Kampf um die Vorherrschaft in Ost-, Mittel- und Nordeuropa gegen das schwedische Reich, das damals die dominierende Macht im Baltikum war. Russland wurde von Schweden überfallen, aber da die russischen Streitkräfte dies im Voraus wussten, zogen sie sich zurück, als die schwedische Armee bei Hrodna vorrückte. Russland verfolgte eine Politik der verbrannten Erde, verbrannte Gebäude und Ernten, bevor die schwedischen Streitkräfte eintrafen, und minimierte die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen, als der Winter kam. Somit würde der Winter 1709 die schwedischen Streitkräfte folglich erheblich erschöpfen. Kurz zuvor versuchte Russland, Reformen in der russischen Armee einzuführen, was folglich den Zorn der Ukraine auf sich zog und eine Rebellion auslöste. Ivan Mazepa, der Anführer dieser Rebellion, war der Meinung, dass diese Maßnahme von Peter I., in der historischen Literatur besser bekannt als Peter der Große, die Autonomie des Kosakenhetmenats bedrohen würde; eine Autonomie, die ihnen 1654 durch den Vertrag von Perejaslaw gewährt wurde. Der Schritt zur Zentralisierung der russischen Armee zwang die Kosakentruppen, in fernen Kriegen für Russland zu kämpfen, und ließ ihr eigenes Territorium für Tataren und Polen offen. Nachdem Mazepa infolge dieser neuen Anordnung schwere Verluste erlitten hatte, in denen Kosakentruppen ferne Schlachten führten, während sie schlecht bewaffnet waren, um sich an die immer fortgeschrittenere Kriegsführung anzupassen, wurde Mazepa einer intensiven Prüfung unterzogen, und es wurden zahlreiche Forderungen gestellt, ihn durch einen russischen

General zu ersetzen. Mazepa war 1687 Hetman der Ukraine am linken Ufer geworden, nachdem er Ivan Samoylovych verdrängt hatte, den er beschuldigte, versucht zu haben, sich vom Russischen Reich zu trennen. Nachdem die Ukraine am rechten Ufer einen Aufstand gegen Polen gestartet hatte, erlaubte Russland Mazepa einzugreifen. Mazepa konnte einen großen Teil der Ukraine am rechten Ufer von den Polen sichern. Polen wurde vom schwedischen König Karl XII. deutlich geschwächt worden. Und als der schwedische König 1705 die Wahl von Stanisław I. Leszczyński zum König von Polen durchsetzte, versuchten sowohl polnische als auch schwedische Streitkräfte, in die Ukraine einzudringen. Russland, das von diesem Plan im Voraus wusste, weigerte sich, die Ukraine vor der Invasion zu schützen. Mazepa betrachtete dies als Verletzung des Vertrags von Pereyasłav. Als polnische und schwedische Streitkräfte 1708 in die Ukraine vordrangen, beschloss Mazepa, sich mit ihnen zusammenzuschließen, in der Hoffnung, die Kontrolle über die Ukraine an Schweden zu übertragen. Ihm folgten jedoch nur 3000 Kosaken. Der Rest blieb dem russischen Zarenreich treu. Dieser Aufstand, angeführt von Mazepa, der mit Schweden verbündet war, wurde 1709 von Peter dem Großen in der Schlacht von Poltawa niedergeschlagen. Nach Mazepa verfolgte Russland eine brutale Unterdrückungspolitik, die offen und rücksichtslos verfolgt wurde. Peter leitete Aufsichtsmaßnahmen über die ukrainische Autonomieverwaltung ein. Alles, was die Verwaltung der Hetman-Kanzlei betraf, musste durch die Hände und wachsamen Augen der Moskauer Offiziere gehen. 1722 wurde die Macht der Hetmans aufgehoben. 1764 schaffte Katharina II. das Amt des Hetmans vollständig ab.

Langsam wurde die Behauptung der ukrainischen nationalen Identität in der Ukraine immer mehr unterdrückt. 1720 schränkte Russland den Druck ukrainischer Bücher und Literatur ein. 1775 wurde das „Zaporogian Sich" zerstört. Das „Zaporogian Sich" war

von 1500 bis 1700 eine Staatlichkeit der Kosaken und lag im Südosten der Ukraine. Sie wurden gebildet, um sich gegen Überfälle der Krimtataren zu verteidigen. Die Kosaken, eine ukrainische Selbstverteidigungstruppe, bauten eine Reihe von Befestigungen, um Tatarenhorden zurückzuhalten, und vereinten diese Befestigungen schließlich zu einer zentralen Festung, dem "Zaporogian Sich". Die ersten Zaporizhian Sichs wurden auf der Insel Small (Mala) Khortytsia und in der Nähe der modernen Stadt Marhanets gegründet. Tatarische Streitkräfte zerstörten beide 1558 bzw. 1593. Ein drittes Sich wurde auf der Insel Bazavluk gebaut. Es dauerte bis 1638, als ein polnisches Expeditionskorps – als Reaktion auf einen Kosakenaufstand – es zerstörte. Diese Siedlungen bildeten einen frühen Protostaat. 1648 übernahm Bohdan Khmelnytsky die Kontrolle über ein Sich in Mykytyn Rih, in der Nähe des heutigen Nikopol, um einen Aufstand gegen das polnisch-litauische Commonwealth anzuführen. Dies führte zur Gründung des ersten Kosaken-Hetmanats. Der Sich wechselte mehrmals den Standort und wurde schließlich 1775 vom russischen General Peter Tekeli auf direkten Befehl von Katharina II. zerstört. Bis 1780 organisierten sich die Kosaken nur auf freiwilliger Basis und verteidigten die Ukraine während des russisch-türkischen Krieges, der 1787 begann und bis 1793 dauerte, vor türkischen Überfällen. Die Russen begannen, die Kosaken entlang des Flusses Kuban umzusiedeln. So änderten die Kosaken im 19. Jahrhundert schließlich ihren Namen in Kuban-Kosaken. Aber ab 1783 wurden die Kosaken und Bauern der Ukraine von der russischen Regierung der Leibeigenschaft unterworfen. Die Leibeigenschaft war eine Form der indenturierten Knechtschaft, die die Bauern auf ihr Land beschränkte. Sie würden das Land bearbeiten, aber nicht verlassen können. Im Gegensatz zur Sklaverei hatten sie jedoch einen gewissen gesetzlichen Schutz, da sie nicht einzeln gekauft oder verkauft werden konnten. Sie waren einfach Parzellen und

wurden zusammen mit dem Land verkauft. Leibeigene, die ein Stück Land bewohnten, waren dem Herrn, dem es gehörte, untertan und mussten unter seiner Autorität arbeiten, aber im Gegenzug für diese Knechtschaft konnten die Leibeigenen einen Teil des Landes kultivieren, um zu versuchen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Ein Großteil der Leibeigenschaft war freiwillig, da während einer Hungersnot die einzige Möglichkeit darin bestand, zu verhungern oder Leibeigene zu werden. Und ein Großteil der Aristokratie, die von der Leibeigenschaft profitierte, war russisch. Während dieser Zeit erzwang Russland auch die Assimilation des ukrainischen Volkes in die russische Kultur. Leibeigene wurden gezwungen, Russisch zu sprechen und russische politische Ideale zu akzeptieren. Dies war ein vernichtender Schlag für den ukrainischen Widerstand gegen die Assimilation. Die Russifizierung der Ukraine würde bis 1991 ein starkes Merkmal der russischen und sowjetischen Politik bleiben.

Nach der Abschaffung des Kosaken-Hetmanats verwandelte Katharina II. es in das sogenannte "Kleine Russland". Es wurde in Vizeregenten aufgeteilt: Kiew, Tschernihiw und Nowhorod-Siverskyi. Die Rechtfertigung von Katharina II., Territorien zu beanspruchen, basierte größtenteils auf ihrem Studium der Geschichte der Rus, denn ihrer Ansicht nach waren die Polen feindliche Feinde und die Ukrainer ein brüderliches Bündnis. Zu diesem Zeitpunkt waren die Ukrainer gezwungen, den Interessen des Russischen Reiches zu dienen. Die russische Sprache wurde in Schulen und Veröffentlichungen obligatorisch. Es wurde auch die Verwaltungssprache in der orthodoxen Kirche. Die Politik der Russifizierung wurde auf alle Facetten des gesellschaftlichen Lebens ausgeweitet; in der Ukraine am linken Ufer, in Kiew, in der Slobidska-Ukraine und später in der Ukraine am rechten Ufer - die von Polen zurückerobert wurden, als Zar Nikolaus I. 1831 einen polnischen Aufstand erfolgreich unterdrückte. Nachdem seine

Armee 1831 auf Warschau vorgedrungen war, bildete sich Nikolaus I das „westliche Komitee". ", der den Auftrag erhielt, die von Polen übernommenen ukrainischen Provinzen zu prüfen und ihre Eingliederung in das Russische Reich zu planen. Die von Polen annektierten Gebiete, die jeweils eine große ukrainische Bevölkerung hatten, wurden zum Gegenstand der von Katharina II. initiierten Russifizierungspolitik. Es wurden alle Maßnahmen ergriffen, um die neuen Provinzen in die Domäne Rußlands zu bringen. 1840 schaffte Nikolaus I. den rechtlichen und selbstverwalteten Rahmen ab, der zu Zeiten des litauischen Commonwealth und Hetmanats verwendet wurde, und es wurden Richtlinien erlassen, um die Russifizierung im gesamten Reich durchzusetzen. Dazu gehörten die Konversion der ukrainischen Unierten (ukrainische Katholiken) zur Orthodoxie (russisch-orthodox) und der erzwungene Lehrplan historischer Erzählungen, der den russischen Nationalismus sowohl in Schulen als auch in Universitäten förderte. Nikolaus I. übertrug die Verantwortung für die Sicherstellung der Assimilation des ukrainischen Volkes in die russische Kultur seinem Bildungsminister, Graf Uvarov. Uvarov glaubte, dass der Erfolg dieses Unterfangens erfordern würde, Hoffnungen in zukünftige Generationen zu investieren, da sich junge Köpfe leichter durch frühe Bildung formen lassen. Jeder Lehrplan, der darauf abzielt, Geschichte darzustellen, die auf einer Gemeinsamkeit zwischen den Völkern der ostslawischen Rus basiert, würde sich leichter in das Bewusstsein einer neuen Generation junger Slawen einbetten. Dieser Ansatz, auf zukünftige Generationen abzuzielen, wurde sowohl von den Römern als auch von Napoleon nach ihren jeweiligen Eroberungen verschiedener Völker verwendet. Uvarov versuchte, Erzählungen einzuführen, die Russlands Annexion und Assimilation westlicher Provinzen in das Imperium rechtfertigen würden, aber dies erforderte eine Erklärung der Geschichte der nordöstlichen Rus (Russland) im Kontext der Geschichte der

südwestlichen Rus (Ukraine). Uvarov bot jedem, der diese Fusion erreichen konnte, eine Belohnung von 10.000 Rubel an. Es war Nikolai Ustrialov, der schließlich einen Weg fand, dies zu erreichen. Im Dezember 1836 vollendete er den ersten Band eines vierbändigen Werks, das später im ganzen Reich zum Standardlehrplan wurde. Das Buch bekräftigte Ideen, die während der Regierungszeit von Katharina II. etabliert wurden. Es befürwortete auch eine zentralisierte staatliche Kontrolle über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten.

Sprache und Kultur würden auch zu einem wichtigen Bestandteil der Umsetzung der russischen Politik. Russisch wurde als offizielle Schulsprache in den westlichen Provinzen eingeführt. Während es Herausforderungen bei der Vereinigung der ukrainischen und russischen Geschichte gab, war der Staat mehr besorgt über die polnische Nichtassimilation, da es sich als schwieriger erweisen würde, separatistische Vorstellungen zu unterdrücken, die Polnisch von Russisch unterschieden. Russische Archäologen haben daher Ausgrabungen an Orten wie dem Goldenen Tor in Kiew durchgeführt, um dort den historischen russischen Einfluss nachzuweisen. Nikolaus I. versuchte auch, die Russisch-Orthodoxe mit dem ukrainischen griechischen Katholizismus oder den Unierten zu vereinen. Er beauftragte Losif Semashko damit, einen Weg zu finden, dies zu erreichen. Semashko, ein ehemaliger Unierter, war beeindruckt von der Pracht der orthodoxen Kirchen und schlug vor, ein uniertes spirituelles College zu gründen, aber getrennt von seinem griechisch-katholischen Element. Er schlug auch die Einrichtung eines unierten Seminars vor, aber eines, das unierte Priester in einer Weise ausbilden würde, die der Orthodoxie entspricht. Als ehemaliger Unierter erwies sich Semaschko als die ideale Person, um die Unierten zum Beitritt zur Russisch-Orthodoxen Kirche zu bewegen. Dies wurde entscheidend, um dem Ziel des Imperiums der Russifizierung zu dienen. Semaschko überredete unierte

Priester, eine Reihe von Merkmalen zu berücksichtigen, die Teil der Politik der orthodoxen Kirche waren. Er überredete Priester, unierte Bücher durch russische zu ersetzen. Er riet auch unierten Priestern, sich Bärte wachsen zu lassen – die russisch-orthodoxe Kirche betrachtete das Rasieren als eine Form der Blasphemie. 1832 billigte Nikolaus I. Semashkos Idee, die unierte Kirche der orthodoxen Synode zu unterordnen. Am 12. Februar 1839 verabschiedete die Synode das von Semanshko entworfene Unionsgesetz, das die Eingliederung von 1,5 Millionen Gemeindemitgliedern in die orthodoxe Kirche vorsah.

Einige Ukrainer widersetzten sich der Russifizierung. Einer von ihnen war der Historiker Mykola Kostomarov. Als Assistenzprofessor am Institut für Russische Geschichte der Universität Kiew gründete er 1846 zusammen mit anderen Intellektuellen wie dem Dichter Taras Schewtschenko die Bruderschaft Kyrill und Methodius. In seinen Büchern Bücher über den Ursprung des ukrainischen Volkes und Das Statut der slawischen Gesellschaft der Heiligen Cyril und Methodius: Seine Hauptideen artikulierte und förderte Kostomarov Ideen gegen die Russifizierung; wie christliche Frömmigkeit, demokratischer Republikanismus, ukrainische nationale Renaissance, ukrainischer Messianismus und panslawischer Föderalismus. Infolgedessen geriet er unter politische Überwachung. 1847, zwei Tage vor seiner Hochzeit, wurde er verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis in der Peter-und-Paul-Festung in Sankt Petersburg mit anschließender Verbannung verurteilt. Andere Mitglieder der Kyrill- und Methodius-Bruderschaft wurden ebenfalls festgenommen und ins Exil geschickt. Diese ukrainischen Nationalisten und andere, die diesem Beispiel folgen würden, würden als „Ukrainophile“ bekannt werden. Dies führte zu einem massiven Vorgehen gegen die Förderung von Ideen, die den ukrainischen Separatismus aufrechterhalten. In einem Memorandum, das von Beamten der „Dritten Abteilung der

eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät", der Geheimpolizei des Russischen Reiches, herausgegeben wurde, heißt es: *„Vom Minister für Nationale Bildung, um alle zu warnen, die sich mit Slawismus, Altertum und Nationalität befassen, wie sowie Professoren, Lehrer und Zensoren, dass sie in ihren Büchern und Vorträgen jede Erwähnung Kleinrusslands, Polens und anderer Russland unterworfener Länder eifrig vermeiden, was in einem die Integrität und den Frieden des Landes gefährdenden Sinne aufgefasst werden könnte, im Gegenteil „Sie bemühen sich, alle Lehren aus Wissenschaft und Geschichte so sehr wie möglich auf die wahre Loyalität all dieser Stämme zu Russland zu lenken.* " Inzwischen standen die Polen zwischen den Russen und den Ukrainern umfasste viele Facetten der ukrainischen Identität. Diese polnischen Adligen wurden "Chlopomania" genannt. Diese Gruppe alarmierte das Russische Reich, das erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um die Polen in das Russische einzubetten Gesellschaft. Die Polen sind ein westslawisches Volk und bildeten wie die Russen und Ukrainer auch die gemeinsame slawische Gruppe, die im 7. Jahrhundert existierte. Sie wanderten später nach Mitteleuropa aus, bevor die Kiewer Rus entstand, das geografische Gebiet, in dem Russen und Ukrainer eine gemeinsame Abstammung haben. Während des polnischen Aufstands 1831 kämpften viele ukrainische Unierte an der Seite der Polen gegen den russischen Vormarsch. Für Russland wurde offensichtlich, dass die polnische Assimilation der ukrainischen Kultur die Russifizierungsbewegung bedrohte. 1859 begannen wichtige Führer der panrussischen Bewegung, wie Sylvestry Gogotsky, Doktrinen zu formulieren, die die ukrainische Bewegung untergraben könnten, Doktrinen, die darauf abzielten, alle Slawen unter einem Glauben und einer Sprache zu vereinen. 1862 wurden alle ukrainischen Sonntagsschulen aufgelöst. Innenminister Pjotr Walujew hat ein sogenanntes „Valuev-Rundschreiben" herausgegeben, das die Verwendung des

Ukrainischen in Dokumenten und gedruckten Veröffentlichungen einschränken soll, die sowohl an kleine Bevölkerungsschichten als auch an die breite Öffentlichkeit verteilt werden. Dazu gehört auch die ukrainische Übersetzung der Evangelien. Das Valuev-Rundschreiben würde sich als äußerst wirksam erweisen, um die Verbreitung der ukrainischen Sprache, Kultur und Identität einzudämmen. Trotzdem waren Ukrainer in Kiew weiterhin in kleineren Segmenten tätig. Am 18. Mai 1876 unterzeichnete Alexander II. während eines Urlaubs in Deutschland das Edikt von Ems, das darauf abzielte, die Aktivitäten der Ukrainophilen zu stoppen, die das Reich als Bedrohung für den Staat empfand. Eine Reihe von Verboten wurde eingeführt. Dazu gehörten Verbote der Einfuhr aller ukrainischsprachigen Veröffentlichungen in das Reich, Verbote der Veröffentlichung religiöser Texte, Grammatik und Bücher in Ukrainisch sowohl für das einfache Volk als auch für die Oberschicht, Verbote bestehender ukrainischsprachiger Veröffentlichungen aus Schulbibliotheken , und Verbote der Verwendung der ukrainischen Sprache in Theateraufführungen, Liedern und Gedichtlesungen. Alexander II. ordnete auch starke Repressalien gegen ukrainophile Aktivisten wie Mykhailo Drahomanov und Pavlo Chubynsky an, die beide aus der Ukraine verbannt wurden. Die Lehrstellen in der Ukraine wurden vollständig mit russischen Lehrern besetzt, während die ukrainischen Lehrer nach Russland versetzt wurden. Das Edikt von Ems genehmigte auch die Subventionierung einer Zeitung namens "Slovo", die in Galacia, einem Land innerhalb der österreichischen Monarchie, herausgegeben wird. Galacia war ein sehr vielfältiges Land, bestehend aus Polen, Ruthenen (Ostslawen), Ukrainern, Russen, Juden, Deutschen, Armeniern, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Roma und anderen. Aber die Zeitung „Slovo“ war entschieden gegen Ukrainer, und aus diesem Grund genehmigte Alexander II. persönlich die Subvention in Höhe von 2000 Gulden. Nach Österreichs siebenwöchigem Krieg

mit Preußen wurde Österreich eine Doppelmonarchie, bekannt als Österreichisch-Ungarisches Reich, und später stieß die Ernennung eines polnischen Gouverneurs in Galacia auf Feindseligkeit der ostslawischen Ruthenen. („Ruthenisch" war, wie sich das Volk der Rus in polnischen Gebieten identifizierte.) Als Reaktion auf die Assimilation Österreichs an den Polonismus begannen die „Slowenen", die Russophilie zu fördern, was dazu führte, dass viele russophile Priester in das Russische Reich einwanderten. Diese orthodoxen Konvertiten aus dem griechischen Katholizismus, die die Russifizierungspolitik unterstützten, ließen sich unter den verbleibenden Unierten nieder und zwangen sie, zur Orthodoxie zu konvertieren. Als Nikolaus II. 1894 Zar wurde, war das Russische Reich von Korruption und Unterdrückung durchsetzt. Gleichzeitig versuchte Russland, einen Schifffahrtshafen am Pazifischen Ozean für seinen See- und Schiffshandel zu errichten. Die Japaner waren des Imperialismus des Russischen Reiches überdrüssig und befürchteten, dass ein russisches Vordringen ihren Interessen in Korea und der Mandschurei schaden würde. Japan wollte auf das asiatische Festland expandieren. Also bot Japan an, den russischen Einfluss in der Mandschurei anzuerkennen, im Austausch dafür, dass Russland den japanischen Einfluss in Korea anerkennt. Das Russische Reich lehnte ab und bestand darauf, in Korea eine Pufferzone zwischen Russland und Japan einzurichten. Als die Verhandlungen scheiterten, griff Japan 1904 eine russische Flotte in Port Author, China, an und würde die russischen Streitkräfte erheblich schwächen. Nikolaus II. Weigerte sich, sich zu ergeben und berief 1905 eine Konferenz in St. Petersburg ein, um mehr Unterstützung für den Krieg zu gewinnen. Viele sozialistische Gruppen, die an der Konferenz teilnahmen, nahmen die bevorstehende Niederlage Russlands durch die Japaner jedoch als Hinweis auf die Notwendigkeit von Reformen. Als diese Forderungen auf der Konferenz ignoriert wurden, marschierten

die sozialistischen und Arbeitergruppen zum Zarenpalast in St. Petersburg. Dort nahmen die Dinge eine gewaltsame Wendung, als russische Streitkräfte das Feuer auf die Demonstranten eröffneten, Hunderte töteten und infolgedessen im ganzen Land Streiks und Demonstrationen ausbrachen. In einem Versuch, das Land zu stabilisieren, beschloss Nikolaus II., die Russifizierungspolitik zu lockern und den Menschen die Freiheit zu geben, ihre Religion zu wählen. Anschließend konvertierten 150.000 Ukrainer wieder zum griechischen Katholizismus, und viele der orthodoxen Geistlichen, die ihr Leben der Bekehrung der Unierten zur Orthodoxie gewidmet hatten, fühlten sich betrogen. Als Reaktion auf die Forderungen nach Reformen inmitten der Welle der Gewalt erklärte Nikolaus II. die Bildung der Duma als Unterhaus einer neuen gesetzgebenden Körperschaft. 1906 wurden Wahlen zur Duma abgehalten, und die Ukrainer konnten ihre eigenen Vertreter wählen, die die ukrainische Autonomie fördern konnten. In den Jahren 1906 und 1907 existierte in der 1. und 2. Duma ein ukrainischer Caucus. Die letzten beiden Dumas hatten jedoch ein anderes Wahlsystem, das 1907 per Gesetz eingeführt wurde und die Vertretung von Bauern und Minderheiten in den Dumas einschränkte. Dadurch verlor die ukrainische Stimme an Einfluss. Nikolaus II. hatte die russische Verfassung von 1906 erlassen, die als Grundgesetze bezeichnet wurde und ihr autokratische Macht und die Möglichkeit gab, die Duma nach Belieben aufzulösen. Als russische Nationalisten ihn vor dem Separatismus warnten, der unter anderen Gruppen wie den Weißrussen entstehen könnte, beendete Nikolaus II. die 1. und 2. Dumas. Die folgenden 3. und 4. Dumas würden Landbesitzer stark bevorzugen.

Russische Nationalisten gründeten 1905 die Union des russischen Volkes. Ihr Ziel war es, den russischen Nationalismus und die Unterstützung der Monarchie im ganzen Reich wieder zu stärken. Das kam natürlich bei Nikolaus II. gut an. Ihre

Operationsbasis befand sich im Westjordanland der Ukraine, und die Gewerkschaft hielt an der Idee fest, dass die Ostslawen eine Rasse bildeten und dass es keinen Unterschied zwischen Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen gab. Sie konnten die Unterstützung der ukrainischen Bauernschaft gewinnen, indem sie jüdische und polnische Grundbesitzer und Mittelsmänner zum Sündenbock machten. Infolgedessen opferten viele ukrainische Bauern ihre Identität und glaubten, die Gewerkschaft würde ihren wirtschaftlichen Interessen dienen. Es wurden eine Reihe von Broschüren produziert, die sich der Idee der ukrainischen Sprache als separater Sprache widersetzten. Andererseits wurden diejenigen, die an der ukrainischen nationalistischen Bewegung teilnahmen, als "Mazepisten" bezeichnet. Die Union wies auch auf die Gefahren der ukrainischen Bewegung für den russischen Staat hin. Es wies auf die Sinnlosigkeit des ukrainischen Nationalismus und seine Unfähigkeit hin, die Bauernschaft anzusprechen, da er hauptsächlich unter Studenten und Intellektuellen gepflegt werde.

Am 28. Juni 1914 wurden Erzherzog Franz Ferdinand, Erbe des österreichisch-ungarischen Throns, und seine Frau von bosnischen Serben in Sarajevo, der Provinzhauptstadt von Bosnien-Herzegowina, ermordet. Das Motiv für das Attentat war Österreichs Annexion von Bosnien-Herzegowina, der überwiegend slawischen Provinz. Dieser Schritt Österreichs störte das Kräftegleichgewicht auf dem Balkan und erstickte die Ambitionen panslawischer Nationalisten. Serbien war vielleicht am meisten verärgert über die Annexion. Nach dem Attentat forderte Österreich, dass sie eine interne Untersuchung in Serbien durchführen dürften. Nach Rücksprache mit Russland, einem Verbündeten Serbiens, lehnte Serbien den Antrag ab. Drei Tage später erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Als Reaktion darauf erklärte Russland Österreich den Krieg. Diese Ereignisse lösten den Beginn des Ersten Weltkriegs aus, der damals als der Große Krieg bekannt war.

Kapitel 5: Der Aufstieg der Bolschewiki

Am 18. August 1914 rückte Russland in Österreich vor. Folglich sahen russische Nationalisten darin eine Gelegenheit, dem ukrainischen Nationalismus ein endgültiges Ende zu bereiten, indem sie ukrainophile Elemente in der österreichisch-ungarischen Monarchie zerschlugen und sie in das russische Reich eingliederten. Am 19. August eroberte die russische Armee das östliche Galacia von Österreich aus. Griechisch-katholische (unierte) Ukrainer machten dort 65% der Bevölkerung aus. Polen machten 22% aus. Russland setzte sofort eine Politik durch, die darauf abzielte, Galacia in das Russische Reich zu integrieren, und zwang die ukrainischen griechischen Katholiken, sich in die russische Kultur zu integrieren, indem sie zur Orthodoxie konvertierten. Diese Russifizierung des östlichen Galacia könnte auch weitgehend durch Österreichs Verfolgung von Russophilen kurz vor der russischen Invasion provoziert worden sein. Russophile glauben, dass Ukrainer sich ethnisch nicht von Russen unterscheiden. Darüber hinaus widersprachen einige Russen der Entscheidung Russlands, Ost-Galakien zu annektieren, da sie die Folgen der Verbündeung eines überwiegend ukrainophilen Landes mit dem Russischen Reich befürchteten und glaubten, dass ukrainische Separatisten in Galakien, die den ukrainischen Separatismus überall erstickten, Reichtümer anregen könnten. Nichtsdestotrotz hat Russland seine Agenda in Galacia vorangetrieben. Straßen und öffentliche Plätze wurden nach Themen benannt, die die russische Kultur und Politik repräsentieren. Die ukrainische Sprache wurde nach und nach aus den Schulen entfernt. Bücher auf Ukrainisch wurden verboten. Ukrainophile Organisationen wurden geschlossen. Das Oberhaupt der ukrainisch-griechisch-katholischen Kirche wurde festgenommen und in ein orthodoxes Kloster verbannt. Im Gegensatz dazu wurden russophile Führer und Organisationen in

Galacia unterstützt, während russophile Aktivisten, die vom österreichischen Kaiserreich inhaftiert waren, anschließend freigelassen wurden. Unterdessen standen ukrainische Nationalisten im Russischen Reich außer Stande, einzugreifen, und wurden als mögliche Überläufer und Unterstützer des österreichischen Regimes untersucht. Russische Nationalisten warnten davor, dass ukrainische Nationalisten Russlands Bemühungen im Krieg untergraben könnten, da viele der Ukrainophilen in Galacia tatsächlich das österreichische Reich unterstützten. Infolgedessen glaubten viele Russophile, dass Ukrainophile im Russischen Reich diese Gefühle teilen könnten. Dies würde den ukrainischen Nationalisten in Russland die Pflicht auferlegen, dem Zaren Loyalität zu zeigen. Russlands früher Erfolg gegen Österreich-Ungarn wäre nur von kurzer Dauer. Als die deutsche Armee eingriff, wurde die russische Armee stetig zurückgedrängt. Der anschließende Rückgang der Moral in Verbindung mit schlechter Planung stellte das Russische Reich auf den Kopf. Während Russlands Rückschläge im Ersten Weltkrieg beklagten sich die Russen zu Hause über Lebensmittelknappheit und niedrige Löhne und forderten ein Ende des Krieges. Im ganzen Reich fanden Antikriegs- und Antikapitalismusdemonstrationen statt. Im Februar 1917 folgte eine Revolution, die dazu führte, dass Nikolaus II. seinen Thron abdankte. Es folgten weit verbreitete Unruhen in Petrograd und anderen russischen Städten. Mit der bedingten Unterstützung der Menschewiki, einer Fraktion der russischen sozialistischen Bewegung, wurde eine provisorische Regierung eingesetzt. Die anderen beiden waren die Bolschewiki und die Sozialrevolutionäre. Die Menschewiki wollten, dass die provisorische Regierung einen Friedensplan ohne Annexion verfolgt. Unterdessen erklärte die Ukrainische Volksrepublik ihre Unabhängigkeit und beanspruchte alle traditionell ukrainisch besiedelten Gebiete. Darauf folgte eine Welle von Kundgebungen

in der ganzen Ukraine.

Die Provisorische Regierung wiederholte ihre Absicht, die Kriegsanstrengungen mit Frankreich und Großbritannien fortzusetzen, aber nach weiteren Rückschlägen bei der Suche nach Wegen zur Beendigung des Krieges wurde die Provisorische Regierung im Oktober 1917 von den Bolschewiki unter Führung von Wladimir Lenin, Trotzki und Stalin gestürzt. Lenin wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts von der russischen Zarenregierung wegen seiner marxistischen revolutionären Aktivitäten verbannt. Er wurde verhaftet, wegen Aufstachelung zum Hass angeklagt und nach Sibirien verbannt. Später zog er nach Westeuropa, um seine theoretische Entwicklung des Marxismus fortzusetzen. Nach einer gescheiterten Revolution proletarischer Revolutionäre gegen das Russische Reich im Jahr 1905 forderte Lenin dann, den Ersten Weltkrieg in eine Weltrevolution gegen den Kapitalismus zu verwandeln. Da Lenin ein Antikriegsaktivist war, war Deutschland maßgeblich daran beteiligt, seine Rückkehr nach Russland zu erleichtern, in der Hoffnung, dass er Russlands Kriegsanstrengungen gegen Deutschland ersticken würde. Lenin kehrte zurück, um die Oktoberrevolution erfolgreich gegen das zaristische Russland zu führen. Von dort aus würde Russland schließlich unter sowjetische Kontrolle geraten. Die Ukraine weigerte sich jedoch, mit der neuen bolschewistischen Regierung in Petrograd zusammenzuarbeiten. Vor der Oktoberrevolution von 1917, als Anfang des Jahres im Februar und März die provisorische Regierung in Russland eingesetzt wurde, wurde in der Ukraine die Zentralrada gebildet, die Abgeordnete, Arbeiter und Bauern sowie Mitglieder der Ukrainischen Volksrepublik vereinte. Anfangs unterstützten sie die provisorische Regierung. Sie gratulierten sogar ihrem neuen Führer, Georgii Lwow. Aleksandr Kerensky, Justizminister, wurde ebenfalls von der Rada beglückwünscht. Doch kurz darauf, im Juni, beanspruchte die Zentralrada

Autonomie. Die Zentralrada verzichtete später auf Autonomie, da die Ukraine von internen Konflikten zwischen den aufkommenden bolschewistischen Bewegungen und dem ukrainischen Nationalismus betroffen war. Als sich jedoch die Loyalität der Bauernklasse von den ukrainischen Nationalisten zum Kommunismus verlagerte, wurde die Zentralrada den Bolschewiki feindlich gesinnt. Nachdem die Bolschewiki die Macht in Russland ergriffen hatten, nutzte die Zentralrada die Gelegenheit, um die Macht in Kiew zu übernehmen, die Ukrainische Nationalrepublik zu proklamieren, ihr Territorium festzulegen und ihre föderalen Beziehungen zu Russland zu bestätigen. Abgesehen von dieser Proklamation gab der Aufstieg des Bolschewismus in der Ukraine Russland die Gelegenheit, Forderungen an sie zu stellen. Die Weigerung der Ukraine zu kooperieren, führte zu einer bolschewistischen Invasion des Landes. Vor der Oktoberrevolution 1917 wollte Lenin die ukrainische Unabhängigkeit anerkennen, änderte danach aber seine Haltung. Lenins anfängliche Haltung zur ukrainischen Unabhängigkeit zielte hauptsächlich darauf ab, den Sturz der provisorischen Regierung zu erleichtern. Nachdem dies erreicht war, zog Lenin die Unterstützung für die Zentralrada zurück, da er glaubte, dass sie die antikapitalistische Haltung seiner bolschewistischen Bewegung nicht teilten. Unvermeidlich würden die Bolschewiki versuchen, die Macht in den ukrainischen Gebieten zu übernehmen. Lenin schickte russische Truppen nach Kiew, der Hauptstadt der Ukrainischen Volksrepublik. Diese Einheit wurde von Mikhail Muraviev angeführt, der im Januar 1918 die Hauptstadt eroberte und jeden auf der Straße, der Ukrainisch sprach, verhaftete und hinrichtete. Tatsächlich wurde jeder getötet, der verdächtigt wurde, ein Feind der bolschewistischen Revolution zu sein. Die Bolschewiki errichteten in Kiew eine Gegenregierung, das Volkssekretariat. Die Zentralrada schickte jedoch eine Friedensdelegation nach Brest, um mit den

Mittelmächten zu verhandeln. Im Wesentlichen suchte die Zentralrada heimlich österreichisch-deutschen Schutz vor den Bolschewiki. Aus diesem Grund würde die Zentralrada später ihre Unabhängigkeit von Russland beanspruchen. Nach dieser Erklärung drängte die Zentralrada auf die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen, die auf Wirtschafts-, Arbeits- und Landreformen abzielten. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk mit Deutschland, der Russlands Beteiligung am Ersten Weltkrieg beendete, war Russland gezwungen, die Zentralrada anzuerkennen und seine Truppen aus Kiew abzuziehen. Die deutsche Armee übernahm dann im Rahmen des Vertrags die von Russland gehaltenen ukrainischen Gebiete, und die Zentralrada wurde schließlich zu einer Marionettenregierung. Aber als die Zentralrada ihre Versprechen nicht erfüllte, wie beispielsweise die Lieferung von Getreide nach Deutschland, löste das deutsche Kommando die Zentralrada auf und setzte eine weitere Marionettenregierung unter der Führung von Hetman Skoropadsky ein. Er erklärte offiziell den Sturz der Zentralrada, suspendierte die Ukrainische Volksrepublik (UNR) und verbot die Kommunistische Partei in der Ukraine. Das sozialistische Direktorat der Ukraine stürzte jedoch schließlich das Kosaken-Hetmanat und gründete die UNR im November 1918 neu. Dies brachte Kiew wieder unter bolschewistische Kontrolle.

Im August 1919 eroberte die Weiße Armee, angeführt von General Anton Denikin und bestehend aus russischen Nationalisten, die sowohl die bolschewistische als auch die ukrainische Bewegung hassten, Kiew von den Bolschewiki. Sie führten dann eine weit verbreitete Russifizierungspolitik durch und machten Russisch zur Sprache sowohl staatlicher Institutionen als auch von Schulen. Bis Anfang 1920 würden Kämpfer aus der Ukrainischen Nationalrepublik Denikins Streitkräfte aus der Ukraine vertreiben. Als die ukrainische Armee

1920 im andauernden sowjetisch-ukrainischen Krieg in einen Guerillakrieg gegen die Bolschewiki verwickelt wurde, appellierten die Ukrainer an den Westen und beschwerten sich über die Einschränkungen ihrer bürgerlichen Freiheiten und kulturellen Rechte. Julian Batchinsky schrieb 1920 ein Memorandum an die Vereinigten Staaten, in dem er die Vereinigten Staaten aufforderte, die Ukrainische Volksrepublik anzuerkennen:

Washington, DC, 12. Mai 1920.

Der ehrenwerte Außenminister, Außenministerium, Washington. Mylord: Angesichts der aktuellen Lage in Osteuropa und aus Rücksicht auf die ungelösten Fragen auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches, die nun auf eine endgültige Lösung drängen, spreche ich als Vertreter der Regierung des ukrainischen Volkes Republik, halte es für meine Pflicht, Ihnen dieses Memorandum zur Prüfung vorzulegen, das die legitimen Ansprüche des ukrainischen Volkes auf politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit darlegt. Aufgrund der hier erläuterten Fakten fordere ich die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika respektvoll auf, die Anerkennung der Volksrepublik Ukraine als freien Staat zu verlängern. Zu den nationalen Bestrebungen der Ukraine gehören die politische Befreiung aller Ukrainer, die Vereinigung aller freien Ukrainer in einem Staat, die Errichtung einer konstitutionellen demokratischen Republik und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nachbar- und anderen Staaten. Der Anspruch der Ukraine auf Unabhängigkeit basiert auf den folgenden Hauptgründen: (1) Die Existenz der Ukrainer als klar definierte, separate, gruppenbewusste Rasse mit einer kontinuierlichen historischen und kulturellen Tradition; (2) Ihre Besetzung der Ländereien, die sie jetzt bewohnen, über einen

Zeitraum von Jahrhunderten; (3) ihre jahrhundertealten und immer beliebter werdenden Bemühungen, politische Unabhängigkeit zu erreichen und aufrechtzuerhalten; (4) Das offensichtliche Interesse und der Wunsch der gesamten ukrainischen Bevölkerung, ihr Wirtschaftsleben frei von Ausbeutung durch Nachbarn und ausländische Mächte zu organisieren und aufrechtzuerhalten; und (5) die dringende Notwendigkeit einer neuen Ordnung in Osteuropa und das endgültige Ende des historischen Kampfes zwischen Polen und Russland um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen der Ukraine.

Nach allen Regeln der Ethnologie und Geschichte bilden die Ukrainer eine eigene rassische Einheit. In Amerika hat sich der Eindruck verbreitet, die Ukraine sei lediglich eine Provinz Russlands, sprachlich und rassisch mit Russland identifiziert. Das ist ein Fehler. Führende Anthropologen, sogar unter den Russen, sind sich einig, dass die Ukrainer einen körperlichen Typ darstellen, der sich von den Großrussen, den Weißrussen oder den Polen unterscheidet. In Kultur und Temperament zeigen sie Besonderheiten, die ihre ganze soziale und moralische Natur durchdringen. Ihre Sprache ist eine eigene slawische Sprache und nicht nur ein Dialekt des Großrussischen. „Zwischen Ukrainern und Russen", sagt Sir Donald Mackenzie Wallace, ein gelehrter Student Russlands, „gibt es tiefgreifende Unterschiede in Sprache, Bräuchen, Traditionen, häuslicher Ordnung, Lebensweise und kommunaler Organisation, die unnötigerweise die patriotischen Sensibilitäten meiner Großen widerspiegeln Russische Freunde, die eine Lieblingstheorie haben, sollte ich sagen, dass wir hier zwei verschiedene Nationalitäten haben ...." „Die historische Entwicklung", heißt es in der offiziellen Erklärung der Russischen Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, „hat zur Entstehung von zwei Nationalitäten

beigetragen: Großrussisch und Ukrainisch Das geschichtliche Leben der beiden Völker hat für sie keine gemeinsame Sprache entwickelt, sondern im Gegenteil jene dialektischen Unterschiede vermehrt, mit denen die Vorfahren der Ukrainer einerseits und die der Großrussen andererseits gewachsen sind ging in die Geschichte ein, und natürlich lebte die großrussische Sprache, wie sie von Moskowitern, Ria Zan, Erzengel, Jaroslawl oder Nowgorod gesprochen wurde, im Gegensatz zum Ukrainischen von Poltawa, Kiew oder Lemberg (Lemberg), kann nicht als ‚panrussische' Sprache bezeichnet werden." Die ukrainische Rasse ist so nahezu autochthon wie alle anderen in Mittel- oder Osteuropa.Ein kurzer Überblick über die Geschichte zeigt, dass die Ukrainer und ihre Vorfahren seit mehr als tausend Jahren ungefähr die gleichen Länder bewohnten, die sie heute bewohnen, abgesehen von vorübergehenden Rezessionen und Umsiedlungen, die dadurch verursacht wurden Invasionen der Mongolen. Bereits im neunten Jahrhundert siedelten sie sich in den weiten und fruchtbaren Ebenen und Wäldern zwischen den Karpaten und dem Asowschen Meer an, zu denen die Täler des Dnjestr, Prut, Boh, Dnjepr und Donez gehörten. Die organisierte Regierung in der Ukraine begann mit der alten Staat Kiew. Der Aufstieg Kiews stellt auch die Zeit der größten politischen Expansion der Ukraine dar. Vom neunten bis zum dreizehnten Jahrhundert war Kiew das Zentrum des wirtschaftlichen, intellektuellen und politischen Lebens Osteuropas und vereinte alle ethnographischen Gebiete der Ukraine. Der Name unter dem dieser Staat bekannt war, war "Russ", abgeleitet vom Namen der herrschenden Dynastie. Dieser Begriff wurde später von den Großrussen übernommen. "Weil des byzantinischen Handels, Lernens und Handwerks", bemerkt der polnische Historiker Zakrzewski, "Kiew, die 'Mutter der russischen Städte', war für das Polen des 11. und 12. Jahrhunderts, was Rom für die früheren Deutschen war." Der französische Geograph Reclus bemerkt,

dass Akademien in Kiew und Ostrog gedieh, bevor die Großrussen ein einziges Gymnasium besaßen, und weist darauf hin, dass Russland während der Regenerationszeit von Peter dem Großen seine Lehrer aus der Ukraine erhielt. Der Fall von Kiew und der anschließende Verlust der ukrainischen Eigenstaatlichkeit im 14. Jahrhundert können nur dem alten System der militärischen Eroberung zugeschrieben werden. Die Angelegenheiten der Ostukraine wurden aufgrund des ständigen mongolischen Drucks, der im 13. Jahrhundert begann, verwirrt und dekadent. Hundert Jahre später fiel auch ein durch häufige Überfälle der Tataren geschwächter Teil der Westukraine Polen zum Opfer, für die es wegen seines reichen Bodens eine verlockende Beute war. Die polnische Eroberung der Ukraine begann 1340, und nach 35 Jahren des erbittertsten Krieges gelang es den Polen, ein Gebiet zu annektieren, das ungefähr so groß war wie die heutigen Provinzen Cholm und Ostgalizien. Trotz aller Bemühungen ist es ihnen nie gelungen, sie zu assimilieren. Gleichzeitig wurden Wolhynien und andere nordukrainische Gebiete zum Schutz vor den Tataren mit Litauen verbündet. Die Heirat des Königs von Litauen mit der Königin von Polen und die Vereinigung der beiden Reiche brachten diese ukrainischen Länder 1386 auch in eine informelle Union mit dem polnischen Reich, die trotz ukrainischer Proteste 1569 endgültig wurde und bis 1648 dauerte. In diesem Jahr erhob sich das gesamte ukrainische Volk unter der Führung von Bohdan Chmelnizki und machte dieser Vereinigung ein Ende, die mit seinen Interessen und seiner Zivilisation unvereinbar war. Dann, in Erwartung weiterer polnischer Bemühungen, die neu gewonnene Unabhängigkeit der Ukraine zu zerschlagen, und bedroht von anderen Feinden, insbesondere den Türken, der damals stärksten Militärmacht in Osteuropa, schlossen die Ukrainer 1654 ein Konföderationsabkommen mit dem Zaren von Moskau. Es ist interessant um sich daran zu erinnern, dass

Khmelnitsky ausdrücklich von diesem Schritt von Oliver Cromwell abgeraten wurde, der erklärte, dass der Zar niemals ein freies Volk dauerhaft anerkennen würde. Die wichtigsten Klauseln des Vertrags von 1654 garantierten dem ukrainischen Staat ein frei gewähltes Oberhaupt, genannt „Hetman"; das Recht, diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten als Polen und der Türkei aufzunehmen, wenn das Wissen des Zaren erforderlich war; Freihandel mit allen fremden Nationen; die volle Unabhängigkeit des Justizsystems; das Recht, einen Anführer für die Armee zu wählen, über den der „Hetman" die höchste Kontrolle hatte; und schließlich die Unabhängigkeit der ukrainischen Kirche. Moskau erfüllte diese Bedingungen nicht, und das Ergebnis war eine Reihe ukrainischer Aufstände, die sich jetzt gegen Russland richteten, wie sie sich früher gegen Polen gerichtet hatten. Im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts schlossen sich Russland und Polen zusammen und teilten die Ukraine auf, wodurch der Dnjepr zur Grenze zwischen ihren beiden Reichen wurde. Die wichtigste Rebellion gegen diese letzte Maßnahme war die von Mazeppa im Jahr 1709, die von Peter dem Großen niedergeschlagen wurde. Nach Mazeppas Zeit wurde die russische Repressionspolitik offen und rücksichtslos durchgeführt. Peter richtete die Aufsicht über die autonome ukrainische Verwaltung ein und delegierte die Befugnisse an Moskauer Offiziere, durch deren Hände alles ging, was mit dem Amt des Hetmans zu tun hatte. 1722 wurde die Macht der Hetmanen auf ein Minimum reduziert. 1764 schaffte Katharina II. das Amt ganz ab. Unterdessen bemühte sich die russische Regierung, das ukrainische Volk zu assimilieren, um den Besitz der Ukraine zu sichern. Ein Schritt dazu war die Unterdrückung der ukrainischen Literatur. 1720 wurde in Kiew eine besondere Zensur für die Veröffentlichung ukrainischer Bücher eingerichtet. 1769 wurde sogar der Druck ukrainischer Fibeln verboten und trotz der Proteste ukrainischer Lehrer russische

Lehrbücher eingeführt. Schritt für Schritt wurde das Nationalgefühl in der Ukraine erstickt. 1775 wurde der Zaporogian Sitch, die letzte Hochburg der ukrainischen Autonomie und der Stützpunkt der ukrainischen Armee, zerstört. 1783 wurden die Bauern der Ukraine, die seit 1648, als sie die polnische Herrschaft abgeworfen hatten, frei waren, von der russischen Regierung erneut der Leibeigenschaft in ihrer grausamsten Form unterworfen. Hunderttausende freie Bauern und Kosaken und Millionen Hektar ukrainischen Landes wurden unter den Schergen von Katharina II. verteilt. Infolge dieser Maßnahme wurde der Widerstand des ukrainischen Adels gegen die Russifizierung gebrochen und vom einfachen Volk entfremdet. Die Leibeigenschaft der Kleinbauern war für den Adel so einträglich, dass das Übergewicht der Aristokratie vordergründig russisch wurde. Unter dem Druck der russischen Schule, Verwaltung und des Militärdienstes übernahmen sie die russische Sprache und politische Ideen. Um dieses wünschenswerte Ergebnis zu erzielen, zögerte die Moskauer Regierung nicht, rücksichtslos alles zu verfolgen, was dem republikanischen Regime in der Ukraine ähneln könnte. Gleichzeitig wurde in der Westukraine eine analoge Polonisierung der Oberschicht durchgeführt. Das letzte Viertel des Jahrhunderts war Zeuge einer vorübergehenden Finsternis des ukrainischen Nationalgeistes. Die Französische Revolution setzte Kräfte frei, die in den Herzen und Köpfen der Menschen gefangen waren. Eine Welle nationalistischer Gefühle fegte durch Europa und inspirierte sowohl die Slawen als auch ihre westlichen Brüder. Jeder Zweig der slawischen Rasse erwachte zum Wissen um seine Geschichte, seine Traditionen und seine großen Männer. Die Ukrainer nahmen an dieser Renaissance teil. Bald entstand eine natürliche Allianz zwischen dem wiedererstarkenden Nationalismus und dem Geist der Demokratie. Besonders in der Dnjepr-Region begann ein

begeistertes Studium der Geschichte des Landes und das Studium alter Dokumente und Volkstraditionen. Größtes Interesse galt allem, was mit Ethnographie, Philologie und Populärkultur zu tun hat. Es war die späte Anerkennung des Volkes als Hüter der nationalen Kultur, die viel dazu beitrug, den Mangel an Sympathie zu brechen, der so lange zwischen den Adligen und den unteren Klassen geherrscht hatte. Aber die ukrainische Bewegung wurde mit einer erbittert feindseligen russophilen Bürokratie konfrontiert. Es ist bemerkenswert, dass die russisch-ukrainische Politik seit Peter dem Großen so statisch geblieben ist, während in den russisch-polnischen Beziehungen eine Reihe von Veränderungen stattgefunden haben. Aber so war es. Die ukrainische Sprache wurde wiederholt eingeschränkt. Das ukrainische Wirtschaftsleben wurde in vielerlei Hinsicht behindert. Als sie 1861 befreit wurden, wurden den ukrainischen Leibeigenen kleinere Grundstücke zugeteilt als den russischen Leibeigenen. Dies führte zu einer Überbevölkerung landwirtschaftlicher Distrikte, Entvölkerung und hohen Sterblichkeitsraten. Der Mangel an Schulen verhinderte die Möglichkeit, die landwirtschaftlichen Methoden zu verbessern. Die ukrainische Industrie erlitt einen Rückschlag durch die ungünstige Zollpolitik der russischen Regierung und durch die Tatsache, dass keine Banken, außer solchen mit Hauptsitz in Moskau oder Petrograd, Zweigniederlassungen in der Ukraine errichten durften. Dennoch erlebte das 19. Jahrhundert einen bemerkenswerten Anstieg des ukrainischen Nationalgefühls. Die frühen Jahre des Jahrhunderts markieren die Zeit der literarischen Wiedergeburt. Dann folgte die Aufklärungsarbeit beim einfachen Volk. Private Schulen wurden organisiert und Broschüren und Bücher verteilt. Kulturelle Organisationen wurden gegründet und ein starkes Interesse an Wissenschaft war offensichtlich. Diese ganze Wiederbelebung beunruhigte die russische Regierung so sehr, dass der Zar 1878 fast alle

Veröffentlichungen in ukrainischer Sprache durch Ukas verbot. Trotzdem wurde der literarische Impuls nicht unterdrückt. Sie zog nach Ostgalizien und in die Schweiz und schaffte es trotz schwerer Hindernisse, dem Ukrainischen einen würdigen Platz unter den slawischen Literaturen einzuräumen. Neben dem kulturellen Fortschritt fand eine politische Wiederbelebung des ukrainischen Volkes statt. Die Ukrainer erkannten, dass die politische Freiheit für ihr Land und ihre Rasse ausdrücklich vom Sturz der zaristischen Regierung abhing. Dementsprechend richteten sie ihre Bemühungen in diese Richtung. Die Ukrainer organisierten den Aufstand der Dekabristen von 1825 und spielten dabei eine führende Rolle. In der darauffolgenden revolutionären Bewegung waren sie wieder prominent, und zwei Drittel der Führer waren einheimische Ukrainer. Die Ereignisse vom März 1917 wurden weitgehend durch die in Petrograd stationierten ukrainischen Regimenter ermöglicht, die den Romanows jede weitere Gefolgschaft verweigerten und sich zu Unterstützern der neu geschaffenen Behörden machten. Später waren die Ukrainer die ersten der unterworfenen Nationen des Russischen Reiches, die ihre eigene Regierung organisierten. Am 20. November 1917 erklärte die Zentralrada, das provisorische ukrainische Parlament, die Ukraine zu einer unabhängigen Nation. Der Kampf um die Anerkennung dieser Unabhängigkeit dauert noch an. Die Zweckmäßigkeit des Anspruchs der Ukraine, als selbstverwaltete Nation zu existieren, beruht jedoch nicht nur auf rassischen, ethnologischen und historischen Grundlagen. Vor allem wirtschaftliche Erwägungen drängen anf die Aufnahme in den Kreis der freien Nationen. Das ukrainische Volk bewohnt ein Land mit einer Fläche von 330.000 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von 45.000.000. Dieses Gebiet ist nicht nur weitgehend selbsttragend, sondern ist tatsächlich eines der reichsten Gebiete auf der Erdoberfläche. Vier Fünftel der gesamten Fläche liegen in einem Gürtel aus tiefem, schwarzem

Boden, der reichlich Weizen, Gerste, Roggen, Hafer, Zuckerrüben, Obst, Tabak und Gemüse hervorbringt. Unter dem ukrainischen ethnografischen Territorium liegen Bodenschätze: Kohle, Erdöl, Eisen, Mangan, Salz, Phosphat, Kaolin, Graphit und viele andere Substanzen von kommerziellem Wert. In der normalen Vorkriegszeit lieferte die Ukraine jährlich etwa 5.000.000 Tonnen Getreide für den Export. Das meiste davon war Weizen. Die letzten drei Jahre, insbesondere 1919, haben in der Ukraine gute Ernten gebracht. Da Westeuropa derzeit nicht in der Lage ist, sich selbst zu ernähren, hat die Ukraine einen Überschuss von nicht weniger als 10.000.000 Tonnen verschiedener Getreidearten, die von den Ernten von 1917, 1918 und 1919 übrig geblieben sind. Darüber hinaus kann das Land einen jährlichen Mindestexport von 300.000 bis 600.000 Tonnen Zucker garantieren; 9.000 Tonnen Tabak; 17.000 Tonnen Zuckerrübensamen; und 10.000 Tonnen Flachs- und Hanfgarn. Außer diesen Produkten exportierte die Ukraine vor dem Krieg jährlich: 65.000 Tonnen Eier; 6.500 Tonnen Rohhäute; 12.000 Tonnen Schweinefleisch und zubereitetes Geflügel; 9.000 Tonnen Rindfleisch; 240.000 Rinder; 15.000 Pferde; 130.000 Schweine; und große Mengen an Wolle, Federn und Hopfen. In Bezug auf Mineralien kann die Ukraine schnell bis zu 100.000 Tonnen Manganerz jährlich exportieren; 500.000 Tonnen Eisenerz; und erhebliche Mengen an Phosphaten, Salz und Soda. Mit der Reorganisation der Transporteinrichtungen kann es 6.000.000 bis 10.000.000 Tonnen Kohle und Koks sowie Benzoltoluol, Anthracenphenol, Naphthalin und andere wertvolle Kohlenteerderivate liefern; etwa 90.000 Tonnen Steinkohlenteer; Schwefelsäure, Ammoniumsalze und viele weitere Roh- und Halbfabrikate. Die obige Aufzählung der materiellen Ressourcen der Ukraine zeigt den Irrtum der Vorstellung, dass die Ukraine eine von Russland unabhängige wirtschaftliche Existenz nicht aufrechterhalten kann. Wenn ein Land mit so

außergewöhnlichen natürlichen Vorteilen und Reichtum wie die Ukraine nicht alleine bestehen kann, wie kann man dann die Unabhängigkeit Italiens, Griechenlands, Polens, Jugoslawiens, Finnlands und anderer europäischer Nationen rechtfertigen, deren Autonomierecht nicht in Frage gestellt wird, deren natürliche Begabung jedoch weit entfernt ist ein Weg? weniger günstig für die wirtschaftliche Freiheit. Die Umkehrung desselben Satzes; dass Russland ohne die Ukraine nicht leben kann, wird einer unvoreingenommenen Kritik nicht standhalten. Obwohl ganz klar ist, dass andere Interessen als die der Ukraine an dieser Argumentation beteiligt sind, lohnt es sich dennoch, diesen Standpunkt zu untersuchen, um seine Ungenauigkeit aufzudecken. Die drei Grundprinzipien der Opposition, die normalerweise vorgebracht werden, sind: (1) Die Ukraine ist Russlands Kornkammer und für einen Großteil seiner Lebensmittelversorgung für Russland notwendig; (2) die Ukraine trennt Russland vom Schwarzen Meer und vom Asowschen Meer und sperrt damit den Zugang zum Mittelmeer; (3) Die Ukraine verfügt über Kohle- und Eisenvorräte, die Russland benötigt.

Der erste Einwand wird durch eine Prüfung der Statistik widerlegt. Die Zahlen für die Jahre vor dem Krieg zeigen durchweg, dass die Getreideexporte der Ukraine in andere Teile des Russischen Reiches nicht mehr als 10-15 % ihrer Gesamtexporte ausmachten; dh etwa 36.000.000 Scheffel jährlich. Fast alles davon war für Polen, Litauen und Weißrussland bestimmt. Das eigentliche Russland verbrauchte nie mehr als einen sehr kleinen Bruchteil des ukrainischen Getreides. Sie brauchte es damals nicht und sie wird es auch in Zukunft nicht brauchen. Es ist praktisch selbstversorgend mit Getreide, und der kleine Überschuss, der benötigt wird, kann leicht aus den Feldern Sibiriens und der Wolga-Region gewonnen werden. Der zweite Vorwurf, Russland brauche die ukrainischen

Häfen am Schwarzen Meer und am Asowschen Meer, lässt sich mit Verweis auf die russische Seefahrtserfahrung leicht entkräften. Mit Ausnahme von Rostow am Don weisen die amtlichen russischen Statistiken zum Eisenbahngüterverkehr keinen südlichen Hafen auf, der als Absatzmarkt für die Produkte der Gebiete nördlich der ethnischen Grenze der Ukraine diente. Novoroseysk war der Hafen der ukrainischen Kosaken von Kuban und dem Nordkaukasus. Bis heute ist das eigentliche Russland fast vollständig von den baltischen Häfen abhängig. Durch Sonderabkommen mit den neuen baltischen Staaten sichert sich Russland die weitere Nutzung ihrer Häfen. Es gibt keinen Grund, warum, sollte es notwendig und ratsam erscheinen, ein vergleichbares Aussöhnungsabkommen mit der Ukraine die gemeinsame Nutzung der Schwarzmeerhäfen nicht regeln könnte. In Bezug auf die Kohlevorkommen der Ukraine ist es richtig, dass das Donezbecken 70 % der gesamten Kohleproduktion des ehemaligen Russischen Reiches lieferte und das Donezbecken größtenteils innerhalb der ethnografischen Grenzen der Ukraine liegt. Fakt ist aber auch, dass vier Fünftel dieser Kohle in der Ukraine selbst verbraucht wurden und dass Nordwestrussland und die baltischen Provinzen die Kohle aus dem Donezbecken nie nutzten, weil sie preislich nicht mit englischer oder deutscher Kohle konkurrieren konnte. Außerdem sind Nord- und Zentralrussland gut mit Holz und Torf sowie Kohle aus der Nähe von Moskau versorgt. Die Ukraine hat sehr wenig Holz oder Torf, und die Erschöpfung des Donezbeckens zugunsten der russischen Industrie würde sie ohne Brennstoffressourcen zurücklassen. Auch der Ural und Sibirien werden mit heimischer Kohle versorgt, während es im westsibirischen Kusnezki-Distrikt riesige Vorkommen gibt, die mangels Eisenbahnverbindungen nach Sibirien kaum erschlossen sind. Die Eisenfelder des Urals und anderer eigentlicher Provinzen Russlands wurden nicht vollständig

ausgebeutet, und vor dem Krieg lieferte die Ukraine tatsächlich drei Viertel der gesamten Eisenversorgung des ehemaligen russischen Reiches. Aber die Eisenerzvorkommen in der Ukraine sind nicht sehr groß, und es wäre falsch anzunehmen, dass sie den Bedarf ganz Russlands für lange Zeit ausreichend decken könnten. Auf jeden Fall ist davon auszugehen, dass Russland bei fortgesetzter metallurgischer Entwicklung und konsequentem Abbau seiner Minen auf Eisenimporte aus der Ukraine verzichten kann. Denn einer ständigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Russland und einem regen Handel zwischen den beiden unabhängigen Staaten steht nichts im Wege. Aber politische Loslösung ist eine erste Voraussetzung. Der Reichtum der Ukraine hat sie immer zu einer verlockenden Region für die Ausbeutung durch Nachbarstaaten gemacht. Das gilt heute mehr denn je. Wenn eine solche Ausbeutung nicht auf Kosten und zu Lasten der ukrainischen Bevölkerung erfolgen soll, bedarf es einer eigenen staatlichen Organisation zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen. Es kann nicht genug betont werden, dass eine freie Ukraine nicht eine wirtschaftlich isolierte Ukraine bedeutet. Alle ukrainischen politischen Parteien wollen ständige Kommunikation mit befreundeten ausländischen Mächten. Der Ukraine mangelt es an Maschinen, Kapital und Fachkräften. Die Eisenbahnfrage ist von enormer Bedeutung. Vor der Revolution brachten alle Eisenbahnen der Ukraine erhebliche Gewinne ein, insbesondere die als Southwestern Railroads bekannten. Aber Russland hielt es nicht für angebracht, diese Erlöse für den Bau weiterer Straßen zu verwenden, und iufolgedessen hat die Ukraine ein sehr unbedeutendes Eisenbahnnetz: nur etwa 18.115 Meilen. Das ist viel weniger, als das Land braucht. Der Krieg hat selbst dieses unzureichende Transportsystem fast vollständig zerstört und demoralisiert. Die Eisenbahnen müssen wieder aufgebaut und die unterentwickelten öffentlichen Straßen müssen verbessert und

ausgebaut werden. Die Regulierung schiffbarer Flüsse ist ebeufalls von großer Bedeutung, und die enormen verfügbaren Kraftkapazitäten der Stromschnellen des Dnjepr und anderer Ströme müssen ausgenutzt werden. Zentrale Kraftwerke müssen gebaut, neue Bergbaumethoden eingeführt, Getreideheber gebaut und Landwirtschaft, Mühlen, Zuckerraffination und andere Industrien durch die Anwendung von wissenschaftlichem Management und frischem Kapital angekurbelt werden. Die Unfähigkeit, die Kraft der vorstehenden historischen und wirtschaftlichen Erwägungen zu bestreiten, hat einige Gegner der ukrainischen Unabhängigkeit dazu veranlasst, zu behaupten, dass die ukrainische Nationalbewegung künstlich stimuliert wird und die Unterstützung durch die Massen der Bevölkerung fehlt. Diese Behauptung wird durch die offensichtlichsten Tatsachen widerlegt. Seit mehr als zwei Jahren kämpfen die Ukrainer trotz fast unglaublicher Hindernisse aktiv für ihre Freiheit. Sie haben in diesem Kampf keinerlei Unterstützung aus dem Ausland erhalten; sie wurden gleichzeitig von den Bolschewiki und den Antibolschewiki angegriffen: sie wurden blockiert; Sie waren nicht in der Lage, Munition oder Hygieneartikel zu beschaffen. Sie gaben nicht auf, weil ihnen klar wurde, dass es um Leben und Tod ging. Keine andere moderne Nation hat unter so schwierigen Umständen für ihre Unabhängigkeit gekämpft, und keine hat ihren Freiheitsdrang stärker zum Ausdruck gebracht. Die Blutabstimmung ist der aufrichtigste Beweis des Willens zur Selbstbestimmung. Langwierige und hartnäckige Kämpfe waren jedoch nicht die einzige Art und Weise, wie das ukrainische Volk seinen Freiheitswillen gezeigt hat. Sie hatten mehrere Gelegenheiten, ihren Wunsch friedlicher und regelmäßiger auszudrücken. 1917 zum Beispiel proklamierte die Zentralrada, die alle Schichten der Ukrainer vertrat und auch Vertreter der verschiedenen nichtukrainischen Nationalitäten des Landes umfasste, die Unabhängigkeit der Ukraine. Als im Dezember

desselben Jahres die bolschewistischen Propagandisten den repräsentativen Charakter der Zentralrada in Frage stellten, wurde ein allgemeiner Kongress der Arbeiter und Bauern der Ukraine einberufen, und dieser nach der bolschewistischen Methode gewählte Kongress beeilte sich, seine Unterstützung für die Zentrale zu bekräftigen Rada mit einer Stimmenzahl von 2000 zu 70 im Jahr 1917 eine formelle Wahl der Abgeordneten zur Allrussischen Konstituierenden Versammlung. Die Ukraine hat insgesamt 230 Abgeordnete gewählt. Davon waren 75 % oder 175 Mitglieder ukrainische Nationalisten. Nach dem Sturz des deutschfreundlichen Hetman Skoropadsky 1918 und der Übernahme des Direktoriums erklärten sich sogar die ukrainischen Kommunisten für eine freie Ukraine und protestierten bei der russischen Sowjetregierung gegen ihren geplanten Einmarsch. Ihr Protest blieb unbeachtet, und als die russischen Bolschewiki Kiew besetzten und versuchten, ihr System der Ukraine aufzuzwingen, fanden sie keine Ukrainer, die bereit waren, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das Ergebnis war eine sogenannte "ukrainische Sowjetregierung", die eigentlich alles andere als ukrainisch ist. Der Chef ist ein Rumäne, Rakowski, und das Regime ist nichts als eine lokale Agentur der Moskauer Regierung. Es ist bemerkenswert, dass die Regierung der Volksrepublik Ukraine, angeführt von General Petlura, den zu vertreten ich die Ehre habe, die einzige Regierung ist, die bereit war, das ukrainische Volk zu unterstützen. Auf der anderen Seite haben sie gegen alle ausländischen Invasoren rebelliert, die versucht haben, den Ukrainern ihre eigene Herrschaft aufzuzwingen. Die Deutschen, die Bolschewiki und die Streitkräfte von General Denikin stießen alle auf erbitterten Widerstand. Wenn die polnischen Streitkräfte jetzt in der Ukraine sind und die Bevölkerung sich ihnen nicht widersetzt, dann deshalb, weil die Polen mit den ukrainischen Streitkräften unter Petlura als ihren Verbündeten zusammenarbeiten. Zu

berücksichtigen ist auch die in manchen Kreisen vertretene Auffassung, dass eine unabhängige Ukraine zwangsläufig unter deutschen Einfluss fallen und zu einem deutschen Außenposten in Osteuropa werden muss. Begründet wird dieser Verdacht damit, dass die Ukraine im Februar 1918 in Brest-Litowsk einen Separatfrieden mit Deutschland geschlossen habe. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Rumänien auch mit Deutschland einen Separatfrieden geschlossen hat. Trotzdem galt Rumänien weiterhin als Verbündeter der deutschen Gegner, und es ist weithin anerkannt, dass es nur wegen der bitteren Tatsache, dass es dazu gezwungen wurde, mit Deutschland verhandelte. Die Ukraine war in einem weitaus schlechteren Zustand als Rumänien, als es mit Deutschland Frieden schloss. Rumänien hatte zumindest einen organisierten Staat und eine loyale Armee. Die Regierung der Ukraine steckte noch in den Kinderschuhen, ihre Regierungsorganisation war schwach, und ihre Armee bestand hauptsächlich aus den Überresten der demoralisierten russischen Streitkräfte. Die ukrainischen Führer sahen sich mehreren Kriegen gegenüber; einerseits durch den Krieg mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien; und jetzt anf der anderen Seite durch den neuen Konflikt mit der russischen Sowjetregierung. Unter diesen Umständen musste die Ukraine wählen, ob sie sich vollständig den Bolschewiki unterwerfen würde, in diesem Fall würde das Land sowieso von den Deutschen überrannt werden, oder eine Art offenen Frieden mit Deutschland schließen und dann das Beste hoffen. Spätere Ereignisse bewiesen, dass Deutschland nie an einer dauerhaft unabhängigen Ukraine interessiert war. Gegen Ende des Krieges brauchte sie dringend Lebensmittel. Heute will sie nicht nur Lebensmittel, sondern auch ein neues und fruchtbares Feld für Bankgeschäfte, kommerzielle Verwertung und den Verkauf deutscher Waren. Deutschland betrachtet Osteuropa mittlerweile als natürlichen Absatzmarkt

für seine Produkte. Was sie wollen, ist ein Großrussland, sei es zaristisch, bolschewistisch oder konstitutionell. Unter diesen Umständen ist es plausibler, den Deutschen eine Verschwörung zur Wiederherstellung „eines und unteilbaren Russlands" anzulasten, als sie einer freien Ukraine gegenüber freundlich zu sehen. Derzeit ist die Anerkennung der Ukrainischen Volksrepublik eine Frage der internationalen Zweckmäßigkeit, weil es in Osteuropa keinen Frieden geben kann, solange die Ukraine einem Nachbarstaat unterstellt ist. Vorschläge, das ukrainische Volk so zu behandeln, als hätte es kein moralisches Recht auf Selbstbestimmung, stehen in krassem Widerspruch zu den von Präsident Wilson zum Zeitpunkt des Kriegseintritts Amerikas gegen Deutschland und seine Verbündeten proklamierten Prinzipien. Der Versuch, sie durchzusetzen, kann nur zu anhaltenden Unruhen in Osteuropa führen. Die Abschiebung der ganzen Ukraine nach Rußland würde allenfalls die willkürliche Zwangung der Ukrainer in eine Föderation bedeuten, die, wenn ratsam, aus eigener Initiative und freiem Willen zustande kommen sollte; nicht wegen Druck von außen. Im schlimmsten Fall würde es ihre Bindung erneuern. Die Teilung des Landes zwischen Polen und Russland wird nicht nur für anhaltende Unruhe und Unzufriedenheit in der Ukraine selbst sorgen, sondern auch Polen und Russland immer wieder dazu verleiten, Krieg gegeneinander zu führen, um ihre jeweiligen Einflusssphären zu erweitern. Ein unabhängiger ukrainischer Staat hingegen würde in Osteuropa ein Kräftegleichgewicht herstellen, das als sicherster Garant für Frieden in diesem Teil der Welt angesehen werden muss. Die obige Erklärung deckt im Großen und Ganzen die Hauptgründe ab, auf die die Ukraine ihren Anspruch auf Unabhängigkeit stützt. Dieses Memorandum wird Ihnen vorgelegt, Herr Sekretär, in der Hoffnung, dass die ukrainische Situation gründlich untersucht wird, und ich bin fest davon überzeugt, dass eine gründliche Untersuchung der

ukrainischen Angelegenheiten meinem Antrag auf Anerkennung der Volksrepublik Ukraine zur Unterwerfung entsprechen wird. Ich bin, mein sehr geehrter Herr, Ihr sehr gehorsamer Diener, Julian Batchinsky, Diplomatischer Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik.

Bis 1921 würde die sowjetische Rote Armee den größten Teil der Ukraine zurückerobern. Am 30. Dezember 1922 wurde in Moskau die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) offiziell gegründet. Lenin wurde zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses gewählt, weil er abwesend war, nachdem er Tage zuvor einen Schlaganfall infolge einer Bleivergiftung durch eine Schusswunde infolge eines Attentats erlitten hatte. Lenins ursprünglicher Wunsch, die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen, wurde auch durch die Tatsache in Frage gestellt, dass nur sehr wenige Mitglieder der Bolschewistischen Partei Ukrainisch sprechen konnten. Die bolschewistische Partei bestand hauptsächlich aus Russen und Juden. Trotzdem hielt Lenin es für praktikabler, Zugeständnisse in Bezug auf Sprache und Kultur zu machen, ohne den Ukrainern zu erlauben, einen unabhängigen Staat zu bilden. Religion war jedoch tabu, da ein wichtiger Grundsatz des Bolschewismus der militante Atheismus war, der in der gesamten Sowjetunion vorgeschrieben war. Sowohl orthodoxe als auch griechisch-katholische Kirchen wurden geschlossen.

Stalin, der Lenins Nachfolger werden sollte, wollte, dass die Ukraine eine unabhängige autonome Republik innerhalb der Russischen Föderation ist, aber Moskau untergeordnet ist. Stalin hielt Lenin für zu weich gegenüber Nationalisten, während Lenin Stalin für zu streng hielt. Ein Jahr nach Stalins Ernennung zum Generalsekretär 1922 machte er sich daran, die ukrainische und georgische Opposition zunächst mit politischen Methoden, später mit Gewalt zu zerschlagen. Nachdem der Regierungschef der Ukraine die „Übergabe" einiger Machtbefugnisse der

Zentralregierung an die Republiken gefordert hatte, eine Geste, die Stalin für absurd hielt, entfernte Stalin ihn und schickte ihn ins Exil. Lenins Vorschlag, Zugeständnisse für die ukrainische Sprache zu machen, stieß Anfang der 1920er Jahre auf Hindernisse. Die Parteimitgliedschaft in der Ukraine bestand zu 45 % aus Russen, zu 33 % aus Ukrainern und zu 14 % aus Juden. Ein großer Teil des Proletariats in der Ukraine war russisch oder russischsprachig. Dmitri Lebed, zweiter Sekretär des Zentralkomitees der Ukraine, behauptete, dass die russische Kultur und Sprache bereits in einem Großteil der ukrainischen Arbeiterklasse in den Städten verankert sei, während die ukrainische Sprache und Kultur eher auf das Land verbannt sei. Diese Idee verbreitete sich unter den Führern der ukrainischen Partei. Diese mangelnden Fortschritte bei der sprachlichen Ukrainisierung der Städte beunruhigten Oleksandr Shumsky, den ukrainischen Kommissar für Bildung. Er forderte Stalin auf, den Führer der ukrainischen Partei durch einen ethnischen Ukrainer zu ersetzen. Seine Bitten an Stalin würden jedoch mit Verachtung beantwortet. Stalin schrieb 1926 einen Brief an das politische Entscheidungsgremium in der Ukraine, in dem er Versuche zur Ukrainisierung der Arbeiterklasse kritisierte und erklärte, dass Versuche zur Ukrainisierung den Eindruck eines ukrainischen Separatismus und auch einen Eindruck der Feindseligkeit gegenüber der russischen Kultur erwecken würden. Lenin und die Sowjetunion. Stalin ersetzte Schumski schließlich durch den Bolschewiki Mykola Skrypnyk. Nachdem Stalin die Macht gefestigt hatte, wurde seine Position zur Ukrainisierung der Ukraine zunehmend pessimistischer. Stalins Geheimpolizei sagte, die Ukrainer seien zunehmend unzufrieden mit dem Regime und suchten die Gemeinschaft mit ukrainischen Nationalisten, Weißen und Polen. Dieser Bericht markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der "Nationalitäten"-Politik der Sowjetunion. Bis 1929 wurde korenizatsiya, die Politik der Sowjetunion,

nichtrussische Nationalitäten in die Regierungen ihrer jeweiligen Sowjetrepubliken zu integrieren, nicht mehr durchgesetzt. Korenizatsiya-Führer wurden entfernt und Säuberungen der nationalen Republiken folgten. 474 mutmaßliche ukrainische Nationalisten wurden festgenommen und vor Gericht gestellt. Die Kommunisten beschuldigten ukrainische Akademiker, einen Aufstand sowohl mit ukrainischen Nationalisten als auch mit Jozef Pilsudski, einem alten Feind der Bolschewiki, der 1926 in Polen an die Macht kam, geplant zu haben. Viele wurden verurteilt und in den Gulag, Stalins brutales System von Zwangsarbeitslagern, geschickt Viele starben entweder an Krankheit, Hunger oder Hinrichtung. Mykhailo Hrushevsky, der Gründer der Central Rada, wurde 1931 ebenfalls verhaftet und ins Exil geschickt und starb später 1934 unter mysteriösen Umständen in Russland. Stalin glaubte, dass die Ukrainisierungsbemühungen in der Ukraine von Extremisten und gewalttätigen Separatisten entführt worden waren, die darauf abzielten, die ukrainische Bauernschaft aufzuhetzen gegen die UdSSR, und vieles davon fiel mit Stalins Kollektivierungsbemühungen zusammen, um einzelne Bauernhaushalte in Kolchosen zu konsolidieren. Stalin glaubte, dass der ukrainische Nationalismus die Bauern zwang, sich der Kollektivierung zu widersetzen, und obwohl er befürchtete, dass sich ukrainische nationalistische Elemente außerhalb der Ukraine in andere Gebiete der UdSSR ausbreiteten, ergriff Stalin Maßnahmen, um die Entwicklung eines nationalen Bewusstseins unter den Außenstehenden zu fördern, um zu verhindern, dass Ukrainer in der Ukraine leben . Dies führte zur Russifizierung Tausender ethnischer Ukrainer. Zu diesem Zeitpunkt wurden die von Lenin vorgeschlagenen Sprachkonzessionen in der gesamten Sowjetunion nicht mehr verwendet.

Stalin machte den Bolschewisten Mykola Skrypnyk für den Aufstieg des ukrainischen Separatismus verantwortlich, den

Stalin zum Nachfolger von Oleksandr Schumski als Bildungskommissar der Ukraine ernannte. Mykola tötete sich schließlich selbst, weil er eine Verhaftung befürchtete. Oleksandr Schumski wurde später wegen Unterstützung der Anti-UdSSR-Propaganda verhaftet und in den 1940er Jahren auf Stalins Befehl hingerichtet.

Kapitel 6: Der Holodomor

Infolge des Kollektivismus und der anschließenden Großen Hungersnot (Holodomor), die in den 1930er Jahren Millionen von Ukrainern das Leben kostete, waren viele ukrainische Bauern gezwungen, vom Land in die Städte abzuwandern. Viele von ihnen mussten die russische Sprache lernen, weil Ukrainisch unterdrückt wurde. Der als Terror-Hungersnot bekannte Holodomor dauerte zwischen 1932 und 1933. Er wurde in der Ukraine weithin als ein vom Sowjetregime verübter Völkermord am ukrainischen Volk akzeptiert. Offizielle Schätzungen der Zahl der Todesopfer reichen von 7 bis 10 Millionen Ukrainern. In den späten 1920er Jahren versuchte Stalin, den privaten Landbesitz zu beenden. Also führte er ein landwirtschaftliches Kollektivierungsprogramm ein. Die Ukraine war damals aufgrund ihres fruchtbaren Bodens die wichtigste Kornkammer der Sowjetunion. Im Rahmen der Kollektivierung wurden die Getreidequoten erhöht, und da das Getreide vom Staat beschlagnahmt wurde, hatten die Bauern und die meisten ländlichen Ukrainer weniger Getreide zu konsumieren. Weil sich so viele Bauern weigerten, ihr Land an die Sowjetunion abzugeben oder ihr Land in einer kollektiven Koalition von Farmen zusammenzulegen, wurden viele schließlich verbannt. In der Zwischenzeit wurde jeder hingerichtet, der versuchte, seinen Hunger zu stillen, indem er Getreide von Feldern oder Lagerstätten nahm. Aufgrund von Getreideknappheit versorgte die Sowjetunion die Landwirte über ein Rationierungssystem mit Getreide. Bis 1933 waren die Berichte über Massenhunger in den Oblast Charkiw, Kiew, Dnipropetrowsk, Odessa, Winnyzja, den Oblasten Donezk und der Moldauischen SSR am höchsten. Viele griffen sogar auf Kannibalismus zurück. Viele Menschen machten die Kollektivierungspolitik für die Hungersnot verantwortlich, da die Bauern gezwungen waren, Farmen und Vieh an Staatsfarmen

abzugeben, wo sie als Arbeiter arbeiten würden. Dies führte zu Hunderten von Bauernaufständen. Außerdem hat sich die von den Landwirten erwartete Produktion vom typischen Getreide auf andere Feldfrüchte wie Zucker oder Baumwolle verlagert, was dazu führt, dass eine große Menge Getreide nicht geerntet wird. Rückblickend wird deutlich, dass die Einführung des neuen Kollektivierungssystems zu einem drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität geführt hat. Es wird auch allgemein anerkannt, dass die Hungersnot von der Sowjetunion bewusst orchestriert wurde, um die Ukraine und den Bauernaufstand durch den Einsatz von Hungertaktiken unter Kontrolle zu bringen.

1928 führte Stalin einen Fünfjahresplan ein, um die Industrialisierung zu beschleunigen und die Kollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe durchzusetzen. 1929 wurde die Umsetzung der Kollektivierung problematisch, da die landwirtschaftlichen Praktiken in der Ukraine und in Südrussland bereits gut etabliert waren. Die meisten Bauern waren unabhängige Bauern, eine Tradition, die durch die kosakische Lebensweise als selbstverwaltetes Volk verstärkt wurde. Ein weiterer Faktor, der diesen Individualismus verstärkte, war der allgemeine Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft zwischen 1917 und 1921. Stalins Kollektivierungsbemühungen fielen mit der Dekulakisierungskampagne gegen reiche Bauern und Rebellen zusammen, die sich der Kollektivierung widersetzten. Reiche Bauern würden als Kulaken bekannt sein. Es gab auch Getreidebeschaffungskampagnen, bei denen es sich um Getreidequoten handelte, die der Staat von den Landwirten zu einem sehr niedrigen Preis erwarten würde. Sowohl Dekulakisierungskampagnen als auch Getreidebeschaffungskampagnen schürten Angst bei Kleinbauern, die befürchteten, als Kulaken bezeichnet zu werden. Dies diente dazu, Angst einzuflößen, um die Bauern zu zwingen, sich

Kollektiven anzuschließen. Die Sowjets setzten Schikanen, Einschüchterung, Gewalt und Deportation ein, um diejenigen zu bestrafen, die sich widersetzten. Einige Ukrainer zögerten jedoch entschieden, Kolchosen beizutreten, da sie die Kollektivierung als eine Form der Enteignung betrachteten. Die beitretenden Bauern ließen im Wesentlichen zu, dass ihr Privateigentum beschlagnahmt wurde, und degradierten sie in den Status von abhängigen Landarbeitern. Viele ukrainische Bauern betrachteten dieses Schicksal als eine sekundäre Form der Leibeigenschaft. Der als Reaktion darauf erhobene Widerstand eskalierte oft zu Unruhen, bei denen Bauern Gewalt gegen Staatsbeamte anwandten. Dies würde dazu führen, dass die sowjetischen Behörden brutale Gewalt anwenden, um sich gegen bäuerliche Gewalt und Proteste zu wehren. Das wurde natürlich vom Widerstand erwartet. Alles in allem sehen wir, wie Zwangskollektivierung, Getreidequoten, Dekulakisierungskampagnen und die daraus resultierende Reaktion und Empörung unter der ukrainischen Bauernschaft verheerend sein können, wenn es darum geht, die für die Landwirtschaft benötigten effizienten Arbeitskräfte zu erhalten. Es ist also leicht zu erraten, was das Ergebnis einer massiven Getreideknappheit sein würde. Trotzdem propagierten die bolschewistischen Führer weiterhin die Kollektivierung als Weg zum wirtschaftlichen Fortschritt und als wahren Zweck des Sozialismus. Darüber hinaus hatte die Bildung staatlich kontrollierter Farmen einen aufsichtsrechtlichen Vorteil – sie ermöglichte die staatliche Überwachung der Bauernschaft zu einer Zeit, als Stalin zunehmend misstrauisch wurde. Außerdem galten Kolchosen bei der Erfüllung der Getreidesollquoten als vorteilhafter als Einzelbetriebe. Die Sowjetunion wollte die Industrialisierung durch Exporte beschleunigen und auch schnell wachsende Städte mit billigeren Lebensmitteln versorgen. Die Hauptlast dieser Last trugen jedoch die Bauern, da die

Getreideziele oft zu hoch waren, um sie zu erfüllen. 1930 war die Quote erreicht. Aber 1931 führten das Klima und die Unruhen wegen der Kollektivierung zu einer viel geringeren Ernte in diesem Jahr. Da die Ukraine die Getreidequoten nicht erfüllen konnte, drückten die Sowjets sowieso alles aus, was sie konnten, und beschlagnahmten sogar Getreide von hungernden Bauern. Bis Dezember 1931 wütete eine Hungersnot und die Zahl der Todesopfer würde in der ersten Hälfte des Jahres 1932 steigen. Dies alarmierte ukrainische Beamte. Sie schrieben an Stalin und forderten eine Reduzierung der Getreidebeschaffungsziele. Stalin war jedoch verärgert über diese Bitte und bestand darauf, die Getreidequoten beizubehalten, und machte dann ukrainische Beamte für die Krise verantwortlich. Er wurde auch paranoid, dass die Ukraine im Falle einer Verschärfung der Krise versuchen würde, sich von der Sowjetunion zu lösen. Es überrascht nicht, dass Stalin seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, die oberste Führung der Ukraine abzusetzen. Er verabschiedete auch das Fünf-Ähren-Gesetz, das das Eigentum der Kolchosen zum Staatseigentum erklärte und den Diebstahl von Getreide oder anderem Eigentum mit der Todesstrafe belegte. Obwohl die Getreidequote reduziert wurde, war sie immer noch unrealistisch und Ende 1932 brach in der Ukraine eine Massenhungerattacke aus. Trotzdem wandte Stalin Zwangsmaßnahmen an, um hungernde Bauern dazu zu bringen, ihre Ernte aufzugeben. Er verbot den Handel und sperrte ganze Dörfer ab, damit niemand gehen konnte. Stalin zielte auch auf Parteifunktionäre in der Ukraine ab, die versuchten, hungernde Bauern zu ernähren. Infolgedessen wurden viele Parteifunktionäre entlassen und einige inhaftiert und hingerichtet. Stalin schickte zwei seiner Leutnants, Molotow und Kaganowitsch, in die Ukraine, um die dortigen Parteiführer zur Einhaltung der Getreidequoten zu drängen. Im Oktober 1932 wurden Molotow und Kaganowitsch mit Tausenden von Kommunistischen Parteifunktionären in die

Ukraine geschickt, um jede Unze Getreide zu retten, sogar Vorräte, die von hungernden Bauern versteckt wurden. Diese Maßnahmen würden die Hungersnot weiter anheizen und Ende 1932 und in der ersten Hälfte des Jahres 1933 zu weiteren Hungertoten führen. Zusätzlich zur Hungersnot wurden im Dezember 1932 weitere repressive Maßnahmen gegen die Kultur ergriffen, als eine Resolution zum Widerruf der gewährten Rechte verabschiedet wurde in die Ukraine - Rechte im Zusammenhang mit der Einführung der ukrainischen Sprache in der Ukraine. Stalin hatte die ukrainischen Führer dafür kritisiert, dass sie Sprachkonzessionen benutzten, um den ukrainischen Nationalismus sowohl in der Ukraine als auch im Kuban zu schüren. Eine zweite Resolution wurde im Januar 1933 verabschiedet und hinderte die Bauern daran, die Ukraine zu verlassen, um anderswo Nahrung zu suchen.

Pavel Postyshev wurde zum persönlichen Vertreter Stalins in der Ukraine ernannt. Als Stalins Gesandter erhielt Pavel Postyshev diktatorische Vollmachten, um die ukrainische Partei von ukrainischen Nationalisten zu säubern. Er wurde 1933 mit der sowjetischen Geheimpolizei in die Ukraine geschickt, nachdem er der ukrainischen Parteiführung befohlen hatte, ihre Getreideexportquote zu erfüllen, trotz wiederholter Warnungen vor Massenhungern durch Kollektivierung. Dort würden er und über 100.000 vertrauenswürdige Parteimitglieder aus Russland Gesetze durchsetzen, die Staatseigentum schützen, und sich zwischen ukrainische Bauern und ihre Ernten und ihr Vieh stellen. Sie durchsuchten auch Häuser und Farmen und beschlagnahmten jegliches Getreide, das hungernden Ukrainern zurückgehalten wurde. Postyschew entfesselte eine Schreckensherrschaft gegen Funktionäre und Akademiker der Kommunistischen Partei in der Ukraine, die im Verdacht standen, Nationalisten zu sein.

Der Holodomor hätte verheerende Auswirkungen auf die

ukrainische nationale Identität. Die Ausbreitung der Hungersnot fiel mit einer Politik der Aufhebung der von der Sowjetunion eingeführten ukrainischen Sprach- und Kulturkonzessionen zusammen. Darauf folgte ein hartes Durchgreifen gegen nationalistische Elemente in der Ukraine, sowohl in Kreisen der Kommunistischen Partei als auch in der Wissenschaft. Die sowjetische Politik während dieser Zeit würde jedes Gefühl der Autonomie im ukrainischen Volk ersticken. Im Kuban wurden viele Kosakenbauern deportiert und große Teile der Region entukrainisiert. Der Holodomor-Zeitrahmen, der aus Massenhungern und sowjetischer Gewalt gegen ukrainische Beamte bestand, markierte die Verschiebung der sowjetischen Politik hin zu einem stärker russlandzentrierten Staat. Stalin war sich der nichtrussischen nationalistischen Elemente bewusst, die während der bolschewistischen Revolution auftauchten. Er wusste, dass jede ideologische Solidarität zwischen pro-russischen und nicht-russischen Elementen in der Kommunistischen Partei leicht durch den wachsenden Nationalismus unter den nicht-russischen Bolschewiki gebrochen werden konnte. Stalin beobachtete die Situation in der Ukraine während der revolutionären Periode zwischen 1917 und 1920. Er bemerkte ihren Schritt in Richtung Unabhängigkeit unter der Zentralrada und hatte immer in Betracht gezogen, dass dieser nichtrussische Nationalismus ein mögliches Hindernis für die Einführung des Bolschewismus in der Ukraine sein könnte. Stalin war gegenüber dieser Möglichkeit immer misstrauisch, aber vor der Hungersnot vertrat er öffentlich immer einen versöhnlichen Ansatz, um zu vermeiden, nichtrussische Nationalitäten in der Sowjetunion zu beleidigen. Er tat dies, indem er auf die Gefahren des russischen Nationalismus oder dessen, was er „großrussischen Chauvinismus" nannte, hinwies. Trotzdem war sich Stalin, soweit es Russland betraf, immer sicher, dass ganz Russland eine solide Basis für den Bolschewismus war, da das innere Russland mit

seiner homogenen russischen Bevölkerung die Basis der bolschewistischen Revolution war – während die meisten konterrevolutionären Komponenten lagen in den südlichen und östlichen Grenzgebieten, bestehend aus Kosaken, Tataren, Baschkiren, Kirgisen, Tschetschenen, Inguschen, Muslimen und Ukrainern. Stalin hat die Kollektivierung vielleicht nicht als etwas vorausgesehen, das die Ukrainer als eine Form des großen russischen Chauvinismus wahrnehmen würden, aber er war sich dennoch der Schwierigkeiten bei dem Versuch bewusst, die Republiken der Sowjetunion wirtschaftlich zu vereinen. Auf dem Zwölften Kongress der Kommunistischen Partei Russlands im April 1923 warnte Stalin vor der Gefahr, die der russische Nationalismus für die Union darstelle:

Grundlage dieses Vereins ist die Freiwilligkeit und die rechtliche Gleichstellung der Vereinsmitglieder. Freiwilligkeit und Gleichberechtigung - denn unser nationales Programm basiert auf der Klausel über das Existenzrecht der Völker als unabhängige Staaten, die früher als Selbstbestimmungsrecht bezeichnet wurden. Davon ausgehend müssen wir mit Gewissheit sagen, dass kein Zusammenschluss von Völkern zu einem einheitlichen Staat von Dauer sein kann, wenn er nicht auf absolut freiwilliger Zustimmung beruht, wenn nicht die Völker selbst einen Willen zur Vereinigung haben. Die zweite Grundlage ist die rechtliche Gleichstellung der Völker, die die Union bilden. Das ist natürlich. Ich spreche nicht von tatsächlicher Gleichheit – dazu komme ich später – denn die tatsächliche Gleichstellung zwischen fortgeschrittenen und rückständigen Nationen herzustellen, ist eine sehr komplizierte, sehr schwierige Angelegenheit, die mehrere Jahre dauern muss. Ich spreche jetzt von der rechtlichen Gleichstellung. Diese Gleichberechtigung spiegelt sich in der Tatsache wider, dass alle Republiken, in diesem Fall die vier Republiken Transkaukasien, Weißrussland,

Ukraine und die RSFSR, die die Union bilden, die Vorteile der Union in gleichem Umfang und gleichzeitig von einigen gleichermaßen genießen ihrer Unabhängigen auf Rechte zugunsten der Union verzichten. Sofern die RSFSR, die Ukraine, Weißrussland und die Transkaukasische Republik nicht jeweils ein eigenes Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten haben sollen, ist es offensichtlich, dass die Abschaffung dieser Kommissariate und die Einrichtung eines gemeinsamen Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten für die Union der Republiken einiges erfordert Einschränkung der Unabhängigkeit, die diese Republiken früher genossen, und diese Einschränkung wird für alle Republiken, die die Union bilden, gleich sein. Wenn diese Republiken früher ihre eigenen Volkskommissariate für Außenhandel hatten, und jetzt werden diese Volkskommissariate sowohl in der RSFSR als auch in den anderen Republiken abgeschafft, um einem gemeinsamen Kommissariat für Außenhandel der Union der Republiken Platz zu machen, dann auch das wird zu einer gewissen Einschränkung der Unabhängigkeit, die früher voll genossen wurde, jetzt aber zugunsten einer gemeinsamen Vereinigung eingeschränkt wird, und so weiter und so fort. Manche stellen eine rein scholastische Frage: Bleiben die Republiken nach der Vereinigung unabhängig? Das ist eine scholastische Frage. Ihre Autonomie ist begrenzt, weil jede Fusion eine gewisse Einschränkung der bisherigen Rechte der Verbandsparteien mit sich bringt. Aber die Grundelemente der Unabhängigkeit jeder dieser Republiken bleiben sicherlich bestehen, schon deshalb, weil jede Republik das Recht behält, sich nach eigenem Ermessen aus der Union zu lösen. Die konkrete Form, die die nationale Frage unter den gegenwärtigen Bedingungen in unserem Land angenommen hat, besteht darin, die Zusammenarbeit der Völker in wirtschaftlichen, außenpolitischen und militärischen Angelegenheiten zu erreichen. Wir müssen die Republiken in

diesem Sinne zu einer einzigen Union namens UdSSR vereinen. Das sind die konkreten Formen, die die nationale Frage jetzt angenommen hat. Aber das ist leichter gesagt als getan. Tatsache ist, dass es unter den in unserem Land herrschenden Bedingungen neben den Faktoren, die die Vereinigung der Völker zu einem Staat fördern, eine Reihe von Faktoren gibt, die diese Vereinigung behindern. Sie kennen die förderlichen Faktoren: vor allem die wirtschaftliche Vereinigung der Völker, die vor der Sowjetmacht geschaffen und durch die Sowjetmacht gefestigt wurde; eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Völkern, die vor unserer Zeit errichtet, aber von uns, von der Sowjetmacht, gefestigt wurde. Dies ist der grundlegende Faktor, der der Vereinigung der Republiken zu einer Union förderlich ist. Das Wesen der Sowjetmacht muss als der zweite Faktor angesehen werden, der der Vereinigung förderlich ist. Das ist natürlich. Die Sowjetmacht ist die Macht der Arbeiter, die Diktatur des Proletariats, die ihrem Wesen nach die werktätigen Elemente der Republiken und Völker, aus denen sich die Union zusammensetzt, dazu bestimmt, in freundschaftlichen Beziehungen miteinander zu leben. Das ist natürlich. Und der dritte Faktor, der der Union förderlich ist, ist die imperialistische Einkreisung, die ein Umfeld schafft, in dem die Union der Republiken operieren muss. Aber es gibt auch Faktoren, die diese Vereinigung behindern, die sie behindern. Die Hauptkraft, die die Vereinigung der Republiken zu einer einzigen Union verhindert, ist die Kraft, die, wie gesagt, in unserem Land unter den Bedingungen der NEP wächst: der großrussische Chauvinismus. Es ist kein Zufall, Genossen, dass die Anhänger von Smena Wech eine große Zahl von Anhängern unter den sowjetischen Beamten rekrutiert haben. Dies ist keineswegs zufällig. Es ist auch kein Zufall, dass die Herren Smena-Vekhiten die Bolschewiki-Kommunisten loben oder sagen: Sie können so viel über den Bolschewismus reden, wie Sie wollen, Sie können so viel über Ihre internationalistischen Tendenzen

schwafeln, aber wir wissen, dass Sie es schaffen werden was Denikin nicht erreicht hat, dass ihr Bolschewiki die Idee eines großen Russlands wiederbelebt habt oder auf jeden Fall wiederbeleben werdet. All dies ist kein Zufall. Es ist auch kein Zufall, dass diese Idee sogar in einige unserer Parteiinstitutionen eingedrungen ist. Auf dem Februarplenum, wo erstmals die Frage einer zweiten Kammer aufgeworfen wurde, habe ich miterlebt, wie einige Mitglieder des Zentralkomitees Reden gehalten haben, die mit dem Kommunismus unvereinbar sind - Reden, die nichts mit Internationalismus zu tun hatten. All dies ist ein Zeichen der Zeit, eine Epidemie. Die Hauptgefahr, die sich daraus ergibt, besteht darin, dass dank der NEP der Chauvinismus der herrschenden Nation in unserem Land in die Höhe schnellen wird und danach strebt, alles auszulöschen, was nicht russisch ist, alle Fäden der Regierung in die Hände der Russen zu ziehen und alles, um zu unterdrücken, was nicht russisch ist. Die Hauptgefahr besteht darin, dass wir bei einer solchen Politik Gefahr laufen, dass die russischen Proletarier das Vertrauen der ehemals unterdrückten Nationen verlieren, das sie in den Oktobertagen gewonnen haben, als sie die Gutsbesitzer und die russischen Kapitalisten stürzten, als sie die nationalen Ketten sprengten Unterdrückung innerhalb Russlands, zog Truppen aus Persien und der Mongolei ab, proklamierte die Unabhängigkeit Finnlands und Armeniens und stellte insgesamt die nationale Frage auf eine ganz neue Grundlage. Wenn wir uns nicht alle gegen diesen neuen, ich wiederhole, großrussischen Chauvinismus wappnen, der Tropfen für Tropfen in die Augen und Ohren unserer Beamten vordringt, schleicht und sie Schritt für Schritt korrumpiert, können wir bis zum letzten Fetzen verlieren das damals gewonnene Vertrauen . Diese Gefahr müssen wir um jeden Preis besiegen, Genossen. Andernfalls riskieren wir, das Vertrauen der Arbeiter und Bauern der ehemals unterdrückten Völker zu verlieren, wir riskieren, die

Bindungen zwischen diesen Völkern und dem russischen Proletariat zu zerreißen, und dies droht einen Bruch im System unserer Diktatur.

Ursprünglich sollte die Ukrainisierungspolitik in der UdSSR pro-sowjetische Gefühle wecken, sowohl unter den in der Ukraine lebenden Ukrainern als auch im Ausland in Polen. 1921, vor dem Holodomor, erließ die Kommunistische Partei die Neue Wirtschaftspolitik, die es den Bauern erlaubte, private Farmen zu unterhalten und überschüssiges Getreide gegen Zahlung einer Steuer an den Staat frei zu verkaufen. Diese Maßnahmen würden dazu beitragen, die Ukrainer zunächst dazu zu bringen, sich an die sowjetische Herrschaft zu halten. Anfängliche Versuche des Staates, Zugeständnisse an die ukrainische Sprache und kulturelle Entwicklung in der Ukraine zu machen, könnten jedoch von ukrainischen Nationalisten als grünes Licht für eine Überbetonung des ukrainischen Nationalismus und der ukrainischen Autonomie interpretiert worden sein. Dies führte zu Anschuldigungen, dass ukrainische kommunistische Führer versuchten, Gewalt anzuwenden, um das russische Proletariat in der Ukraine zu ukrainisieren. Obwohl Stalin seine Vorbehalte gegenüber der Ukraine hatte, glaubte er nicht, dass Zugeständnisse, die darauf abzielten, eine positive Reaktion auf die Sowjetherrschaft hervorzurufen, diese Art von extremem ukrainischem Nationalismus anstacheln würden. Bisher wurde immer wieder öffentlich behauptet, der russische Nationalismus sei der Übeltäter. 1926 verärgerte Stalin den ukrainischen Bildungsminister Oleksandr Schumski und den prominenten kommunistischen Schriftsteller Mykola Khvyliovy. Stalin hatte das Gefühl, dass Schumski durch den Versuch, das russischsprachige Proletariat dort zu ukrainisieren, die Ukrainer von der Sowjetunion und von den Russen im Allgemeinen entfremdete. Diese Angst eskalierte in den folgenden Jahren zu Paranoia und

machte einer harten Politik Platz, die tragische Folgen für das ukrainische Volk haben und alle wachsenden nationalistischen Gefühle unter ihnen auf den Kopf stellen würde. Während Stalin weiterhin auf die Gefahren des russischen Nationalismus hinwies, richtete sich ein Großteil des sowjetischen Vorgehens gegen den Nationalismus gegen dessen ukrainische Version. 1931 wurden ukrainische Intellektuelle, die verdächtigt wurden, Verbindungen zu ukrainischen Nationalisten in Polen zu haben, festgenommen und inhaftiert. 1933 beschloss Stalin, die oberste Führung der Ukraine zu ersetzen, und 1934 betrachtete Stalin den ukrainischen Nationalismus als die größte Bedrohung für die Sowjetunion. Abweichend von seiner früheren Haltung, dass der russische Nationalismus die größte Bedrohung für die Sowjetunion sei, identifizierte Stalin nun sowohl den russischen Nationalismus als auch den ukrainischen Nationalismus als die wirkliche Gefahr. In seinem Bericht an den Siebzehnten Parteitag im Januar 1934 erklärte Stalin:

Was ist die Abweichung vom Nationalismus, unabhängig davon, ob es eine Abweichung vom großrussischen Nationalismus oder eine Abweichung vom lokalen Nationalismus ist? Die Abweichung vom Nationalismus ist die Anpassung der internationalistischen Politik der Arbeiterklasse an die nationalistische Politik der Bourgeoisie. Die Abweichung vom Nationalismus spiegelt die Versuche der „eigenen", „nationalen" Bourgeoisie wider, das Sowjetsystem zu untergraben und den Kapitalismus wiederherzustellen. Wie Sie sehen können, ist die Quelle dieser beiden Diskrepanzen dieselbe. Es ist eine Abkehr vom leninistischen Internationalismus. Wenn Sie beide Abweichungen unter Beschuss halten wollen, zielen Sie zuerst auf diese Quelle, diejenigen, die vom Internationalismus abweichen – sei es die Abweichung vom lokalen Nationalismus oder die Abweichung vom großrussischen Nationalismus. (Lebhafter

Beifall.) Es ist umstritten, welche Abweichung die Hauptgefahr darstellt: die Abweichung zum großrussischen Nationalismus oder die Abweichung zum lokalen Nationalismus. Unter den aktuellen Bedingungen ist dies eine formale und daher sinnlose Kontroverse. Es wäre töricht, zu versuchen, fertige Rezepte zu geben, die für alle Zeiten und für alle Bedingungen größerer und kleinerer Gefahr geeignet sind. Solche Rezepte gibt es nicht. Die Hauptgefahr ist die Abweichung, die wir nicht mehr bekämpfen und die zu einer Bedrohung für den Staat werden kann. (Anhaltender Beifall) In der Ukraine war bis vor kurzem die Abweichung vom ukrainischen Nationalismus nicht die Hauptgefahr; aber als der Kampf gegen sie aufhörte und sie bis zu dem Punkt wachsen durfte, an dem sie sich den Interventionisten anschloss, wurde diese Abweichung zur Hauptgefahr. Die Frage, was die Hauptgefahr auf dem Gebiet der nationalen Frage ist, wird nicht durch vergebliche, formale Kontroversen bestimmt, sondern durch eine marxistische Analyse der Situation im gegebenen Moment und durch das Studium der Fehler, die auf diesem Gebiet gemacht wurden.

Es gab einen etablierten Hintergrund des ukrainischen Nationalismus und der sowjetischen Feindseligkeit, die einen zwangen, anzunehmen, dass Stalin ein Urheber des Völkermords am ukrainischen Volk war. Diese Spannung mag dadurch noch verstärkt worden sein, dass sich die Sowjetunion ständig daran erinnern musste, wie wichtig die Ukraine für ihr Ansehen als Nation war. Und nachdem er diese „terroristische Hungersnot" inszeniert hat, macht Stalin das Volk der Ukraine nicht zu einem Feind der Sowjetnation. Stattdessen präsentiert er den russischen Teil der Sowjetnation als den großen Bruder der anderen nichtrussischen Republiken. Insofern kann Stalin nicht als „Völkermord" bezeichnet werden. Er ist in der Tat und zweifellos brudermörderisch. Es muss zwischen beiden unterschieden

werden, da ein Völkermord einen Hintergrund ethnischer Spannungen hätte. Im Gegensatz dazu sehen wir, dass der Vorläufer des Holocaust eine Entfremdung einer kleineren Gruppe von Menschen (Juden) von einer größeren Gruppe von Menschen (Deutschen) war, die beide unterschiedliche ethnische Hintergründe haben. Hitler machte sich die Juden zu Feinden und hatte nicht die Absicht, sie im deutschen Staat unterzubringen. Die Feindseligkeit war von Anfang an klar und das Ergebnis vorhersehbar. Aber Stalin glaubte andererseits, dass er im Einklang mit brüderlichen Tugenden handelte, als er versuchte, sowohl die russische als auch die nichtrussische Republik innerhalb der Sowjetunion wirtschaftlich zu vereinen. Und als die Dinge nicht so liefen, wie er erwartet hatte, schlug er auf die Ukraine ein und brachte einen schrecklichen und tragischen Umstand auf sie los, während er die ganze Zeit darauf bedacht war, das zu wahren und zu behaupten, was er für seinen „großen Bruder" hielt. ", da die Russen den ethnischen Unterschied zwischen ihnen und den Ukrainern nicht sahen. Aus diesem Grund muss der Holodomor eher einem Brudermord als einem Völkermord zugeschrieben werden. Dieses brudermörderische Element spielte sich mikrokosmisch in der Zeit der Kiewer Rus ab, als Wladimir der Große an die Macht kam und mit dem brudermörderischen Element in seiner eigenen Familie zu kämpfen hatte. Mit dem Holodomor manifestierte sich dieses brudermörderische Element innerhalb der ostslawischen Ethnologie auf der makrokosmischen Ebene zwischen Russland und der Ukraine und führte zum Tod von Millionen Ukrainern.

Als die Russifizierung in den sowjetischen Gebieten wieder aufflammte, veröffentlichte die wichtigste sowjetische Zeitung Prawda am 30. Januar 1936 ein Titelseitenfoto von Joseph Stalin, der ein glückliches junges burjatisches Mädchen umarmte und einen Blumenstrauß in der Hand hielt. Das Bild sollte die führende Rolle und den Einfluss der Russen in der gesamten

Sowjetunion betonen. Darüber hinaus behielt Stalin einen Ton brüderlicher Unterwerfung bei, als er in einer Rede auf dem 17. Parteitag 1934 erklärte, er sehe nicht den Aufstieg des ukrainischen Nationalismus als Bedrohung für die UdSSR, sondern eher den Mangel an Widerstand dagegen ermöglichte es einer Bewegung, sich stärker von der Sowjetnation als Ganzes zu isolieren. Stalins Ziel war es hier, nach dem Holodomor, die UdSSR als eine von Russland geführte Familie verschiedener Nationen darzustellen und auch alle Maßnahmen zu rechtfertigen, die ergriffen wurden, um diese Familie zusammenzuhalten. In den 1930er Jahren ließ Stalin kaum eine Gelegenheit aus, die Sowjetunion und die Russen in einem Satz zu erwähnen. Wir sehen, dass sein Programm für die UdSSR zunehmend ethnozentrisch zugunsten des Russischen wird. Sogar die Zaren, die zuvor von den Bolschewiki exkommuniziert und gebrandmarkt worden waren, wurden für ihre Leistungen als Russen in dieser Zeit ermahnt. Es wurden eine Reihe von Filmen produziert, die die Zaren als große Russen darstellten. 1937 wurde der Film "Peter der Erste" von Stalin persönlich genehmigt.

Kapitel 7: Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Einige Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg, als Stalin die Nation auf eine mögliche Invasion vorbereitete, startete er ein Programm, um verschiedene Institutionen von Elementen und Personen zu säubern, die als potenzielle Verräter galten. Deutsche, Polen und Japaner wurden zuerst ins Visier genommen, gefolgt von ukrainischen Nationalisten. Zwischen 1937 und 1938 wurden 335.000 dieser Menschen festgenommen und inhaftiert. 73 % wurden hingerichtet. Stalin befürchtete auch, dass ukrainische Staatsangehörige, die außerhalb der UdSSR leben, feindlichen Streitkräften einen sicheren Durchgang bieten könnten. Infolgedessen marschierte die Sowjetunion von Osten her in Polen ein und schloss dann einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, der es den Deutschen ermöglichte, Polen über den Westen einzunehmen. Nachdem Hitler, Diktator Deutschlands, Paris erfolgreich überfallen und erobert hatte, machte sich Stalin daran, potenzielle Unterstützer einer deutschen Invasion in der Ukraine zu identifizieren. Ziel waren sowohl polnische als auch ukrainische Staatsangehörige. Nach der sowjetischen Invasion in Polen wurden 22.000 polnische Militär- und Geheimdienstmitarbeiter hingerichtet. 11.000 ukrainische Nationalisten wurden aus polnischen Gebieten nach Sibirien deportiert. Hitler würde im Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschieren und ihren Nichtangriffspakt brechen. Die Sowjets verfolgten während ihres Rückzugs eine Politik der verbrannten Erde – Evakuierung von Personal, Hinrichtung von Gefangenen, Zerstörung von Gebäuden, Ernten und Minen. Dies geschah, um den Zugriff der deutschen Armee auf Ressourcen im Winter zu minimieren. Im Herbst desselben Jahres wurden die Ukraine und viele nichtrussische Provinzen der UdSSR von den nach Osten vordringenden Deutschen eingenommen. Viele derjenigen, die für die Rote Armee (Armee und Luftwaffe der UdSSR) in

nichtrussischen Provinzen kämpften, hatten ein sehr geringes Loyalitätsgefühl gegenüber Moskau. Die Ukrainer begrüßten zunächst den Vormarsch der Nazis, da bereits der Glaube weit verbreitet war, dass Deutschland ein natürlicher Verbündeter sei, und viele Ukrainer in Galacia waren sowohl gegen Polen als auch gegen die UdSSR und betrachteten die Nazis als ihren Befreier. Nachdem Deutschland in Lemberg einmarschiert war, erklärten ukrainische Nationalisten die Unabhängigkeit. Dies wurde jedoch sofort von den Nazis widerrufen, die ukrainische Nationalisten, die das Dekret erlassen hatten, festnehmen und einsperren würden. Die Nazis führten daraufhin eine ethnische Säuberung der ukrainischen Juden durch und ließen auch die zuvor von Stalin errichteten Kolchosen intakt. Die verbleibenden Ukrainer wurden gezwungen, im Auftrag der deutschen Kriegsanstrengungen zu arbeiten, und viele wurden infolgedessen nach Deutschland verschifft. Teile der Ukraine wurden nach Polen und Rumänien verlegt, der Rest wurde von deutschen Truppen besetzt. Kulturelle Aktivitäten und Bildung wurden eingeschränkt. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche durfte jedoch ihre Operationen einberufen. Galacia war vielleicht einer der wenigen Orte in der Ukraine, denen die Nazis erlaubten, bürgerlich und kulturell zu funktionieren. Aufgrund politischer Restriktionen würden viele ukrainische Nationalisten ohnehin in den Untergrund gehen und ihre Ideologie verfeinern. Geheime kommunistische Parteigruppen wurden gebildet, ebenso wie die Ukrainische Aufständische Armee (UPA), die beide einen Guerillakrieg gegen die Nazis und gegeneinander führten. Die UPA kooperierte jedoch später mit den Nazis im Krieg gegen die sowjetischen und polnischen Streitkräfte. Nach dem sowjetischen Sieg über die Nazis in der Schlacht von Stalingrad im Jahr 1943 startete Stalin eine Gegenoffensive und vertrieb die Deutschen schließlich aus der Ukraine. Bis Oktober 1944 war die gesamte Sowjetunion von den Sowjets zurückerobert worden. Die polnisch-ukrainische

Grenze wurde neu gezogen und Polen erklärte sich bereit, auf Ansprüche auf Wolhynien und Galizien zu verzichten und die Ukrainer in ihr neues westliches Territorium zu deportieren. Während des Zweiten Weltkriegs kamen 5 bis 7 Millionen Ukrainer ums Leben. Über 700 Städte und Gemeinden wurden zerstört, 10 Millionen Menschen wurden obdachlos. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte die UPA bis Anfang der 1950er Jahre weiterhin Guerilla-Aktivitäten gegen die Sowjets durch.

Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg versuchte Stalin, die historische Erzählung des legendären ukrainischen nationalistischen Hetmans Bohdan Khmelnytsky wiederzubeleben. Film- und Theaterproduktionen durften die Erzählung in einer Weise präsentieren, die dem Modell des großen Bruders entsprach, das die Sowjetunion im ganzen Land förderte – die Russen sollten als der schützende große Bruder in einer Familie von Nationen wahrgenommen werden. Nach der Gründung der Ukraine appellierte Bohdan Khmelnytsky an den Zaren und unterstellte die Ukraine 1654 dem Schutz des Russischen Reiches. Dieser Schritt wurde von späteren Zaren als Khmelnytskys Absicht missverstanden, die ostslawischen Rassen und die Länder der Rus wieder zu vereinen. Der 1654 unterzeichnete Vertrag von Pereyeslav bestand jedoch darauf, dass die Ukraine ihre Souveränität und Unabhängigkeit behalten und sich dem Schutz des Russischen Reiches unterwerfen würde. Aber die Entscheidung der Ukraine, sich unter die Fittiche Russlands zu stellen, passte genau in die Propaganda der UdSSR, die die Russen als Beschützer der Nation darstellte. Film- und Theaterproduktionen durften nur diese Seite der Khmelnytsky-Erzählung darstellen. Als es nicht-russischen Mitgliedern der UdSSR nicht gelang, den Vormarsch der Nazis aufzuhalten, bekräftigte Stalin die kulturelle Dominanz Russlands und entfernte alle Film- und Theatervorführungen über Chmelnyzkyj. Stalin öffnete auch die russisch-orthodoxen Kirchen wieder für

den Gottesdienst, ließ aber zu, dass die griechischen Katholiken unterdrückt wurden. Stalin stellte schließlich die griechisch-katholische Kirche unter die Autorität der russisch-orthodoxen Kirche. Und als Russland im Zweiten Weltkrieg den Sieg über die Deutschen errang, war Stalin zuversichtlich, sowohl die UdSSR als auch die russische Ethnizität öffentlich als die Schlüsselfiguren anzuerkennen, die dem Erfolg der Nation förderlich waren.

Nach dem Tod von Joseph Stalin im Jahr 1953 kam Nikita Chruschtschow in der Sowjetunion an die Macht und diente von 1953 bis 1964 als Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die Politik definierte seine Amtszeit als sowjetischer Führer. Es wurde auch eine Initiative ergriffen, um die Russifizierung nichtrussischer Republiken zu beenden. 1937 hatte Stalin Chruschtschow zum Vorsitzenden der kommunistischen Partei in der Ukraine ernannt, die Schauplatz zahlreicher Säuberungen gewesen war. Und sobald Chruschtschow seine Amtszeit begann, die 1949 endete, nahm das Tempo dieser Säuberungen zu. Als er jedoch 1953 Chef der UdSSR wurde, erlaubte er der Ukrainischen Kommunistischen Partei, einen Parteivorsitzenden zu haben, der ethnisch ukrainisch war. Dann, 1954, startete Chruschtschow eine groß angelegte Feier zum Gedenken an Bohdan Khmelnytskys Annahme der russischen Herrschaft mit dem Pereyeslav-Vertrag von 1654. Diese Ehre war weit entfernt von dem, wie die russisch-ukrainische Union in den 1920er Jahren gesehen wurde, als ihre Verbindung existierte Verurteilt wurde in der russischen Literatur das Böse genannt. In den 1930er Jahren wurde ein Großteil des russischen Diskurses zu diesem Thema erheblich weicher. Unter Chruschtschow würde die Gewerkschaft jedoch als positiv für den russischen Staat angesehen werden.

Da es Stalin nicht gelungen war, den wahren Marxismus in der Sowjetunion zu verwirklichen, kündigte Chruschtschow an, er werde versuchen, den Kommunismus so zu verwirklichen, wie er

beabsichtigt war. Das Ergebnis davon wäre, wie das marxistische Dogma vermittelt, eine Auflösung nationaler Unterschiede. Diese Prognose beflügelte die Parteiführung, die Zusammenführung der Nationalitäten voranzutreiben. Auf dem 22. Parteitag 1961 erklärte Chruschtschow, dass die verschiedenen Nationalitäten innerhalb der UdSSR fortan als "Sowjetvolk" verstanden würden. Nichtsdestotrotz behauptete die Partei, dass dieser neue Zusammenschluss von Nationalitäten, der als „sowjetisch" bezeichnet wird, immer noch an den Grundlagen der russischen Sprache und Kultur festhalten sollte. Und doch diente dies dazu, den Staat erneut zu einer Russifizierungspolitik zu zwingen. Chruschtschows Ton änderte sich erheblich nach 1957, als er begann, die Ukraine von nationalistischen Elementen zu säubern und eine Politik einzuführen, die darauf abzielte, zahlreiche Facetten der russischen Kultur zu etablieren. 1958 widerrief die UdSSR das Recht nichtrussischer Kinder auf Unterricht in ihrer Muttersprache. Dadurch lernten alle standardmäßig Russisch, da Russisch die Hauptsprache war, die an Universitäten und in hochbezahlten Jobs gesprochen wurde. In der Ukraine gingen die ukrainischsprachigen Veröffentlichungen zwischen 1959 und 1965 allmählich zurück, während die russischsprachigen Veröffentlichungen zunahmen. Die Russifizierung des Bildungssystems in der Ukraine schreckte sogar das Interesse der Schüler am Ukrainischen als Fach ab.

Nikita Chruschtschow wurde 1964 durch einen Putsch von Parteimitgliedern unter der Führung von Leonid Breschnew, der später der neue Führer der Sowjetunion werden sollte, von der Macht entfernt. Während Chruschtschow die Absicht erklärte, einen wahren marxistischen Sozialismus in der UdSSR zu erreichen, bestand Breschnew darauf, dass dies bereits geschehen sei. Breschnew hielt jedoch an der Idee einer „sowjetischen" Nationalität fest. Dies wurde zum zentralen Thema seiner Politik. Seine Bemühungen würden darauf abzielen, die Lebensweise in

der Sowjetunion als Bestandteil der „sowjetischen“ Nationalität zusammenzufassen. Trotzdem beharrte die Partei darauf, die russische Sprache als Sprache der Sowjetnation zu beanspruchen. Breschnew begann mit der Einleitung von Richtlinien, die nichtrussische Sprachen weiter aus dem Bildungssystem entfernen würden. 1970 ordnete ein Erlass an, dass alle Diplomarbeiten in Russland geschrieben werden. Dies führte zu einem wachsenden russischen Nationalismus in der Sowjetunion inmitten von Versuchen, alle verschiedenen Nationalitäten unter einem sowjetischen Dach zu vereinen. Wenig überraschend störte dies Moskau nicht so sehr wie der nicht-russische Nationalismus. Als andere nichtrussische Nationalitäten begannen, ihre kulturelle Identität geltend zu machen, unternahm die UdSSR schnell Schritte, um sie zu unterdrücken und zum Schweigen zu bringen. Einige wurden in den Gulag geschickt. 1972 wurde der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine verhaftet, weil er die ukrainische Identität und andere angebliche Abweichungen behauptet hatte. 1954 wurde unter Chruschtschow eine als KGB bekannte Geheimpolizei gegründet, die maßgeblich an der Ausrottung nichtrussischer nationalistischer Elemente beteiligt war und sich nach 1972 sehr aktiv dafür einsetzte, ukrainische Nationalisten aus ukrainischen Institutionen zu säubern. Die Zahl der ethnischen Ukrainer mit Russisch als Muttersprache begann zu steigen, als sich die Russifizierung zwischen den 1970er und 1980er Jahren beschleunigte. Bis 1980 war es der UdSSR nicht gelungen, sowohl den wahren Marxismus als auch die Sache einer sowjetischen Nation zu verwirklichen. In der Zwischenzeit begann sich die nicht-sowjetische russische Identität durch die Literatur wieder zu behaupten. Ein neues Genre namens "Dorfprosa" verherrlichte das altrussische Dorfleben. Viele russische nationalistische Denker fanden ihr Identitätsgefühl in den alten russischen imperialen Regimen. Sie versuchten auch, die Geschichte der ostslawischen Rassen in

einen russischen Rahmen zu integrieren. Ukrainische Länder und alle Ostslawen wurden während dieser sich entwickelnden Perspektive als russisch bekannt. Als Reaktion auf diese zunehmende Russifizierung wurde 1975 die ukrainische Helsinki-Gruppe gegründet. Diese Gruppe argumentierte, dass Ukrainer die gleichen Rechte auf kulturelle Identität und Ausdruck haben wie Russen. Sie stellten auch die Befugnis Moskaus in Frage, über den Verlauf verschiedener Aspekte der ukrainischen Politik zu entscheiden. Viele Mitglieder der Helsinki-Gruppe wurden festgenommen und in den Gulag gebracht. Nach 1985 würde die Sowjetunion in ihre letzten verbleibenden Jahre als Nation eintreten.

Kapitel 8: Untergang der Sowjetunion

1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der Sowjetunion gewählt. Die Nation hatte bereits wirtschaftlich zu kämpfen und konnte in den letzten Jahrzehnten nicht mit den westlichen Ländern mithalten. Gorbatschow versuchte, Wirtschaftsreformen durchzusetzen, indem er Maßnahmen zur Begrenzung der staatlichen Kontrolle über die Produktionsmittel einführte. Die Sowjetunion gab früher enorme Geldsummen für die Rüstungsproduktion aus, während sie versuchte, eine Kommandowirtschaft aufrechtzuerhalten. Wenn die Regierung ein Produktionsziel vorlegte, würde sie normalerweise einen Großteil ihrer Ressourcen für Unternehmen ausgeben, die auf diese bestimmte Branche ausgerichtet sind. Unternehmen der Branche, die hinterherhinken, würden weitere Subventionen erhalten. Diese Strategie wich schließlich einer höchst ineffizienten Wirtschaft. Es erreichte einen Punkt, an dem in der Sowjetunion eine Dichotomie entstand, wo sich die realen wirtschaftlichen Ereignisse stark von dem unterschieden, was dargestellt wurde. Dabei versuchte Gorbatschow, eine Wirtschaft durchzusetzen, die vom Wettbewerb lebt, aber den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft nicht vollständig untergräbt. Er förderte auch eine „Glasnost"-Politik der Offenheit und Transparenz, die es den Bürgern der Sowjetunion ermöglichte, Redefreiheit auszuüben. Bei Wahlen durften die Bürger auch für andere Parteien stimmen. Gorbatschow war der Meinung, dass mehr Wettbewerb dem Sowjetstaat politisch und wirtschaftlich helfen würde. Diese neuen Freiheiten würden jedoch schließlich Unabhängigkeitsbewegungen weichen, die sich auf die gesamte Sowjetunion auswirken und schließlich zu ihrem Untergang führen würden. Während des Zusammenbruchs der Sowjetunion von 1988 bis 1991 unternahm Moskau einen letzten Versuch, die Wiederbelebung der Landessprache zu ersticken. Aber als sich

Estland und Litauen 1988 und 1990 von der Sowjetunion lösten, verlor Moskau die Kontrolle über die Nation. Dann übergab Generalsekretär Michail Gorbatschow, nachdem er einen Staatsstreich von 1991 als Reaktion auf seine gescheiterten Reformen überlebt hatte, seine Präsidentschaftsbefugnisse an Boris Jelzin, den Präsidenten der Russischen Föderation. Der Putschversuch führte dazu, dass die meisten Republiken ihre Unabhängigkeit beanspruchten. Die Ukraine erklärte im August 1991 ihre Unabhängigkeit. Im Dezember desselben Jahres wurden die Belovezh-Abkommen vom russischen Präsidenten Boris Jelzin, dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kravchuk und dem belarussischen Parlamentssprecher Stanislav Shushkevich unterzeichnet, wodurch die UdSSR offiziell beendet und eine Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) geschaffen wurde). Gegründet). Alle Sowjetrepubliken, mit Ausnahme von Georgien und den baltischen Staaten, traten der GUS bei. Vor dem Belovezh-Abkommen war Jelzin gegen die Unabhängigkeit der Ukraine und versuchte, eine Delegation in die Ukraine zu entsenden, um sich dort mit den neuen Führern zu treffen. Jelzin schlug der Ukraine vor, sich für die Staatsbürgerschaft des Commonwealth zu entscheiden. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Nach Jahrhunderten des russischen Einflusses lebte die ukrainischsprachige Bevölkerung der Ukraine hauptsächlich in der Zentral- und Westukraine. Während diejenigen, die in den östlichen und südlichen Teilen der Ukraine leben, russischsprachig sind und daher engere Beziehungen zu Russland haben. Dies sollte sich in den nächsten drei Jahrzehnten als entscheidender Faktor in der ukrainischen Politik erweisen.

Im Dezember 1991 fanden in der Ukraine Wahlen statt. Leonid Kravchuk soll Ende Dezember als Präsident vereidigt werden. 1992 wurden mit der Ukrainischen Volksrepublik verbundene Staatssymbole, die von 1918 bis 1920 existierten, in der Ukraine wieder eingeführt. Dazu gehörten die blau-gelbe Flagge, der

Dreizack als Staatswappen und die Nationalhymne mit dem Titel „Die Ukraine ist noch nicht gefallen". Viele der Institutionen aus der Sowjetzeit existierten jedoch nach dem Unabhängigkeitsreferendum von 1991 immer noch, wenn auch unter neuen Namen. Der Ministerrat war jetzt das Ministerkabinett. Der 1990 gewählte Oberste Sowjet der Ukrainischen SSR wurde 1991 zur Werchowna Rada und übte seine volle Amtszeit bis 1994 aus. Ein Großteil der alten Staatsmaschinerie war noch vorhanden.

Das Außenministerium würde ein erhebliches Wachstum verzeichnen, da die Ukraine begann, der internationalen Anerkennung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit Priorität einzuräumen. In der Zwischenzeit würde Russland eine Politik verfolgen, die die Wiedereingliederung ehemaliger Sowjetrepubliken in die neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fördert. Die Ukraine widersetzte sich solchen Ideen und widersetzte sich konsequent Vorschlägen für die GUS-Staatsbürgerschaft. Dies würde jedoch im Hinblick darauf, was die Spannungen mit Russland schüren würde, in den Hintergrund treten gegenüber den Problemen der Krim und der Schwarzmeerflotte. In den frühen 1990er Jahren stellten russische Beamte die Kontrolle der Ukraine über die Krim in Frage. 1954 übertrug Chruschtschow als Zeichen der Freundschaft zwischen Russland und der Ukraine die Kontrolle über die Krim an die Ukraine. Die Russen hielten die Übertragung jedoch für verfassungswidrig und illegitim.

1992 würden russische Separatisten im Parlament der Krim ausreichend vertreten sein, um die Unabhängigkeit zu erklären, aber die Ukraine würde diese Erklärung widerrufen. Gleichzeitig bemühte sich Russland, Chruschtschows Übergabe der Krim an die Ukraine offiziell für ungültig zu erklären. Die Krim bestand aus einer größtenteils ethnisch russischen oder russischsprachigen Bevölkerung, und viele hielten die Krim für

von historischer Bedeutung für die russische Geschichte. Es war ein Stützpunkt der sowjetischen Schwarzmeerflotte und Schauplatz einer Reihe wichtiger militärischer Ereignisse in der russischen Geschichte. Die Spannungen in dieser Angelegenheit wurden zwischen Russland und der Ukraine beigelegt, als Boris Jelzin und Krawtschuk vereinbarten, drei Jahre lang eine gemeinsame Kontrolle über die Schwarzmeerflotte zu errichten, bevor sie entschieden, wer sie später kontrollieren würde.

Während des Kalten Krieges, einer Zeit erhöhter Spannungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, hatte Russland eine große Anzahl von Atomraketen in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion – einschließlich der Ukraine – entwickelt und gelagert. Kurz vor seinem Tod im Jahr 1953 trieb Stalin eine Wirtschaftspolitik voran, die einen erheblichen Teil des sowjetischen Haushalts für die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der Ukraine vorsah. Damit wurde die Ukraine zum Zentrum der sowjetischen Rüstungsentwicklung. Viele der besten Wissenschaftler der UdSSR kamen aus der Ukraine. Dieses Vermächtnis wurde jedoch durch die Explosion des Kernkraftwerks Tschernobyl im Jahr 1986, den schlimmsten Kernreaktorunfall der Geschichte, getrübt. Der Reaktor stand in der Nähe der Stadt Pripjat im Norden der Ukraine.

In den frühen 1990er Jahren behauptete der Verteidigungsminister der Ukraine, dass die Ukraine 5.000 Atomwaffen unter ihrer Gerichtsbarkeit habe, zusammen mit 176 Interkontinentalraketen mit 1.240 Atomsprengköpfen. 1995 würde die Ukraine die Atomraketen an Russland zurückgeben, im Austausch dafür, dass Russland die ukrainische Souveränität anerkennt. Die Ukraine würde auch mit Treibstoff aus Russland und Hilfe aus den Vereinigten Staaten entschädigt, zusammen mit Garantien für ihre territoriale Integrität. Vor diesem Abkommen kam der Großteil der Unterstützung der Ukraine von ihren

westlichen Nachbarn: Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien, die alle die Unabhängigkeit der Ukraine als Schutzschild gegen die russische Außenpolitik betrachteten. Die USA würden diese Ansicht schließlich teilen und zur Stärkung der ukrainischen Souveränität beitragen. Unterdessen ging die Wirtschaft der Ukraine, die zu Beginn der Unabhängigkeit zunächst als gesund galt, im Laufe des Jahrzehnts der 1990er Jahre erheblich zurück. Ihr BIP fiel um 60 % und ihre Inflationsraten schossen in die Höhe. Die ukrainische Wirtschaft war von der Rüstungsproduktion für Russland abhängig, das keinen Bedarf mehr an veralteter Ausrüstung hatte. Auch Russland verlangte von der Ukraine hohe Preise für Öl und Gas. Es half auch nicht, dass der ukrainische Präsident Kravchuck Wirtschaftsreformen kaum Aufmerksamkeit schenkte, da sein Hauptaugenmerk auf Staatsaufbau lag.

Premierminister Vitoid Fokin würde sich dafür entscheiden, Fabriken zu subventionieren, um die steigende Arbeitslosigkeit einzudämmen. Dies würde eine Hyperinflation auslösen, auch in Russland, da die Währung der Ukraine damals der Rubel war. Die Rubelzone wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eingerichtet. Als Reaktion auf die von der Ukraine ausgelöste Inflation in Russland würde die Zentralbank von Russland von der Nationalbank der Ukraine ausgegebene Rubelkredite nicht mehr anerkennen. Anschließend würde die Ukraine eine temporäre Währung namens Karbowanets ausgeben. Dies führte jedoch nicht zu besseren Wirtschaftsreformen. Der neue Premierminister Loenid Kutschma versuchte, monetäre Kontrollen und Privatisierungen durchzusetzen, aber unbezahlte Renten und Löhne, die den Arbeitern im ganzen Land geschuldet wurden, lösten einen massiven Arbeiterstreik unter den Bergarbeitern im Donbass aus. Um ihre Forderungen zu erfüllen, musste die ukrainische Regierung große Geldsummen drucken, was die Inflation nur anheizte. Nach Kutschmas Rücktritt würde

der nächste Premierminister, Yukhym Zviahilsky, damit beginnen, marode Fabriken und Farmen zu subventionieren. Dies führte zu einem vollständigen Zusammenbruch der Karbowanets, als die Hyperinflation folgte. 1993 wurde die Währung für kurze Zeit wertlos. Steigende Preise machten Einsparungen zunichte. Die Gehälter konnten mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten, was dazu führte, dass ein Großteil der Bevölkerung auf ein Tauschsystem von Waren und Dienstleistungen zurückgreifen musste. 1993 lebten 75 % der Ukrainer unterhalb der Armutsgrenze. Die Lebenserwartung sank und die Auswanderung nahm zu. Viele Ukrainer machten sich auf den Weg nach Israel, in die USA oder nach Deutschland. Der Schwarzmarkthandel wuchs. Eliten begannen, Staatsvermögen zu plündern und subventioniertes russisches Öl und Gas in ganz Europa zu Weltmarktpreisen zu verkaufen. Die 1991 verbotene Kommunistische Partei tauchte in der Stadt Donezk wieder auf. Ihr Ziel war es, das alte Sowjetsystem wiederherzustellen und Russisch zur offiziellen Zweitsprache zu machen. Es gelang ihnen, bei den älteren Menschen ein Gefühl der Nostalgie hervorzurufen, als ihre Mitgliederzahl auf 130.000 anstieg. Viele der älteren Menschen hatten noch gute Erinnerungen an das Leben unter Sowjetherrschaft. Und so erschwerten diese Reste der Sowjetunion Kravchuk noch in der ukrainischen Regierung die Zusammenarbeit mit der Werchowna Rada. Es gab zahlreiche Machtkämpfe innerhalb der Regierung, als Kravchuk versuchte, eine nationalistische Sicht auf die ukrainische Geschichte zu übernehmen, die Russland als langjährigen Unterdrücker des ukrainischen Volkes darstellte. Dies sprach viele der neuen rechten Eliten der Ukraine an, die die Notwendigkeit der ukrainischen Sprache und Kultur beim Staatsaufbau verstanden. Ihr Blick auf die Ukraine war ein ethnozentrischer, der nicht-ukrainische Elemente unterdrücken musste. Trotz seiner pro-ukrainischen Haltung entschied sich Kravchuk jedoch dafür, die

ukrainische Sprache und Kultur nicht durchzusetzen. Sein Beharren auf der öffentlichen Verwendung der blau-gelben Flagge, des dreizackigen Staatsemblems und der Nationalhymne „Die Ukraine ist noch nicht tot" führte jedoch zu erheblichen Gegenreaktionen und entfremdete die meisten russischsprachigen Bevölkerungsgruppen in der Ostukraine. Er unterstützte auch die Unierte Kirche gegenüber der Russisch-Orthodoxen. Während seine Bemühungen die Durchdringung der ukrainischen Sprache in der gesamten Ukraine unterstützten, provozierten sie auch Verruf unter russischsprachigen Ukrainern in der Ost- und Südukraine.

Bis 1994 würde pro-russischer Separatismus auf der Krim aufflammen. Als Reaktion auf diese zunehmenden Entwicklungen begann die ukrainische Regierung, ihre Ukrainisierungsbemühungen einzuschränken, während Parlamentswahlen im Gange waren. Die Kommunistische Partei würde jedoch 25 % der Sitze gewinnen und die größte Partei in der Werchowna Rada werden. Später in diesem Sommer würde Kravchuk die Präsidentschaftswahl gegen den pro-russischen Leonid Kutschma verlieren. Aber nachdem er versprochen hatte, die russische Kultur und die Beziehungen der Ukraine zu Russland zu bewahren, beschloss Kutschma, sich einer stärker ukrainisch zentrierten kulturellen Behauptung zuzuwenden, da die pro-ukrainische Stimmung seiner Macht und Position als Präsident Legitimität verlieh. Verständlicherweise wollte er sich nicht den Ruf erarbeiten, eine Marionette Russlands zu sein. Nach seiner Amtsübernahme unterhielt Kutschma engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, was dazu führte, dass die Ukraine Ende der 1990er Jahre erhebliche Finanzhilfen von ihnen erhielt. Kutschma würde 1995 auch ein Kooperationsabkommen mit der NATO im Rahmen des Programms „Partnerschaft für den Frieden" abschließen. 1997 unterzeichneten die Ukraine und die NATO die „Charta einer unverwechselbaren Partnerschaft".

Besorgt darüber würde Russland einen Freundschaftsvertrag mit der Ukraine unterzeichnen, in dem Russland die Souveränität und die Rechte der Ukraine an der Schwarzmeerflotte anerkennt. Kutschma setzte 1996 auch der prorussischen Separatistenbewegung auf der Krim ein Ende. Nachdem in den 1990er Jahren Kriminalität und Korruption die Politik in der Ukraine dominierten und landesweite Proteste auslösten, begann sich das Land unter Kutschma als Staat zu stabilisieren. Die Ukraine führte 1996 auch eine neue Verfassung ein, die zur Stabilisierung ihres politischen Systems beitragen sollte. Im selben Jahr wurde eine neue Währung geschaffen, die Griwna. Die Regierung würde jedoch weiterhin zu viel ausgeben und versuchen, die Renten- und Gehaltsanforderungen rechtzeitig zu erfüllen. Diese Strategie diente teilweise dazu, die Unterstützung für die Kommunisten in Schach zu halten. Mehrausgaben haben die Öl- und Gasschulden gegenüber Russland erheblich erhöht.

Nachdem die Ukraine Wirtschaftsreformen angekündigt hatte, kam sie für die Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Frage. Die finanzielle Unterstützung des IWF basierte auf der Fähigkeit der Ukraine, die Inflations- und Steuererhebungsziele zu erreichen. Höhere Steuern würden kleine Unternehmen ertränken, und Bemühungen zur Privatisierung der Industrie wurden von den wohlhabenden Oligarchen entführt, die Unternehmen für kleine Summen aufkauften und dennoch von staatlichen Subventionen profitierten, die diesen Unternehmen gewährt wurden, wodurch wenig Anreize zur Verbesserung von Effizienz und Produktivität blieben. Sie profitierten auch von einer reduzierten Steuerpflicht. Diese Oligarchen waren größtenteils in der Lage, ihren Reichtum zu nutzen, um in der Ukraine einen bedeutenden politischen Einfluss zu erlangen. Während Kutschma maßgeblich zur politischen Stabilisierung der Ukraine beitrug, ließ die wirtschaftliche Situation während seiner Amtszeit zu wünschen

übrig, und folglich begannen 1998 viele, sich um die Kommunistische Partei zu scharen, die erneut die Mehrheit der Sitze in der Rada gewann. Die Präsidentschaftswahlen von 1999 gingen jedoch zugunsten von Kutschma aus, da er für eine zweite Amtszeit gewählt wurde und während dieser Zeit eine wirtschaftliche Erholung erfolgen würde. Die Kapitalisten in der Ukraine entdeckten neue profitable Geschäfte, wie den Stahlexport. Viele private Unternehmen würden ihre Marktnischen entdecken, was zu höheren Gehältern und damit höheren Konsumausgaben führen würde. Auch die russische Wirtschaft begann sich zu verbessern. Dies hatte einen positiven Trickle-down-Effekt für die Ukraine. Das einzige Hindernis für eine vollständige wirtschaftliche Erholung waren die hohen Schulden der Ukraine gegenüber dem IWF, der Weltbank und Russland. Kutschma würde Viktor Juschtschenko zum Ministerpräsidenten ernennen. Juschtschenko hatte bereits Bankerfahrung als Chef der Nationalbank. Zusammen mit seiner stellvertretenden Ministerpräsidentin Julia Timoschenko würde Juschtschenko gegen illegale Profitsysteme vorgehen, etwa den illegalen Weiterverkauf von gestohlenem russischem Öl in Europa zu Weltmarktpreisen. Er würde auch Oligarchen gewährte Steuerbefreiungen streichen. Das würde der ukrainischen Regierung Milliarden von Dollar einbringen. Juschtschenko ging dann dazu über, die Steuern für kleine Unternehmen zu senken. Diese Reformen würden der Ukraine 4 Mrd. USD einbringen. Das Jahr 2000 war das erste Jahr des Wirtschaftswachstums für die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991. Unerwarteterweise traf dies alles zur Bestürzung von Kutschma, dessen innerer Kreis aus wohlhabenden Oligarchen bestand, von denen viele von Juschtschenkos Niederschlagung betroffen waren. Unterdessen gewannen Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko in der Ukraine an Popularität.

Kutschmas Verbindungen zu wohlhabenden Oligarchen

führten zu Berichten über seine Rolle bei zahlreichen von ihnen begangenen Betrügereien. Eine dieser Personen, die über die angebliche Korruption in der Kutschma-Regierung schrieb, war der ukrainische Journalist Heorhiy Gongadze. Sein anschließendes Verschwinden löste Alarm aus, und im November 2000 wurde sein kopfloser Körper in einem Wald außerhalb von Kiew entdeckt. Kurz darauf tauchten Audioaufnahmen auf, die zu zeigen schienen, dass Kutschma seinen Untergebenen befohlen hatte, die Hinrichtung durchzuführen. Dieser Skandal löste Proteste in der ganzen Ukraine aus und warf ein Licht auf die Korruption, die in der ukrainischen Regierung verwurzelt ist. Später in diesem Monat enthüllte der sozialistische Führer Oleksandr Moroz die Existenz von 300 Stunden Aufnahmen, die Mykola Melnychenko heimlich gemacht hatte, und enthüllte, was sich anhörte wie Kutschmas Stimme, die seinen Sicherheitschef aufforderte, sich um Gongadse zu „kümmern", und schlug sogar vor, ihn nach Georgien zu deportieren, um von tschetschenischen Guerillas entführt zu werden . Melnychenko wurde später von den Vereinigten Staaten Asyl gewährt. Nach der Enthüllung von Melnychenko. einige Zweifel an der Echtheit der Stimmen blieben. Kutschma bestätigte später, dass er tatsächlich auf der Aufnahme sprach, behauptete aber auch, dass die implizierten Passagen manipuliert worden seien. Vieles von dem, was er auf den Bändern sagt, enthüllte jedoch eine private Seite, die in der Öffentlichkeit nicht zu sehen war. Diese private Seite von ihm war unflätig, frauenfeindlich und antisemitisch. Die Bänder bestätigten auch das Vorhandensein von Korruption innerhalb der ukrainischen Regierung, Verstöße wie Wahlbetrug, Geldwäsche und illegalen Waffenhandel. Es wurde entdeckt, dass Kutschma den Verkauf von Waffen im Wert von 100 Millionen Dollar an den Irak genehmigte, darunter High-Tech-Radarsysteme, die Stealth-Bomber erkennen konnten. Diese Enthüllungen entsetzten die ukrainische Öffentlichkeit und viele

begannen mit Protesten gegen Kutschma. Die Oligarchen versuchten jedoch, sowohl Timoschenko als auch Juschtschenko von ihren Positionen zu entfernen. Sie haben erfolgreich die Entfernung von Timoschenko durchgeführt. 2001 verbündeten sich oligarchisch geprägte Parteien in der Werchowna Rada mit den Kommunisten und schafften es erfolgreich, Juschtschenko zu stürzen.

Dennoch würde der Kutschma-Skandal ein gutes Geschäftsjahr für die Ukraine überschatten, da Russland nur einen Monat zuvor, im Oktober 2000, ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet hatte, in dem es sich bereit erklärte, das Recht der ehemaligen Sowjetstaaten anzuerkennen, Verträge mit anderen abzuschließen Nationen. Kutschma versuchte, seinen sich verschlechternden Ruf zu retten, indem er offiziell die Absicht der Ukraine erklärte, der NATO beizutreten. 2003 bot er sogar an, ukrainische Truppen in den Irak zu schicken. Kutschmas Versäumnis, seinen Ruf aufzupolieren, zog die Ukraine zurück in den Einflussbereich Russlands. Russlands staatliches multinationales Energieunternehmen Gazprom mischte sich ein und forderte Zahlungen für subventioniertes Öl und Gas. Auch russische Oligarchen mischten sich ein und drängten Kutschma, dem Verkauf anderer Vermögenswerte zuzustimmen. Dennoch würde dieser Zufluss russischen Kapitals die ukrainische Wirtschaft weiter stärken. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland hätten jedoch Bedingungen. Kutschma, der jetzt unter russischem Einfluss steht, setzte einen von Russland ausgehenden Vorschlag durch, mit Russland, Weißrussland und Kasachstan einen „gemeinsamen Wirtschaftsraum“ durch die Gesetzgebung der Werchowna Rada zu bilden.

Kapitel 9: Beginn des kulturellen und sprachlichen Konflikts in der Ukraine

Während die ukrainische Wirtschaft ein zunehmendes Wirtschaftswachstum verzeichnete, nahmen die Dinge eine negative Wendung, als der pro-russische Viktor Janukowitsch 2004 zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde Seine Kampagne konzentrierte sich auf Wirtschaftsreformen und eine saubere Regierung. Der anschließende Aufschrei in der ganzen Ukraine über die Wahlen führte zu einer verstärkten Unterstützung des Oppositionskandidaten Wiktor Juschtschenko. Während dieser Unruhen, die als Orange Revolution bezeichnet werden, erkrankte Viktor Juschtschenko jedoch, und Ärzte stellten fest, dass er vergiftet worden war. Wenig überraschend war Russland der Hauptverdächtige. Die Revolution ging jedoch weiter und brachte schließlich Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko als Präsidenten bzw. Premierminister an die Macht. 2006 sollte Janukowitsch jedoch wieder Ministerpräsident werden. Die Zusammenstöße der Orangen Revolution führten dazu, dass Russland die Gaslieferungen an die Ukraine stoppte, was zu Ölknappheit in anderen Ländern führte. Russland liefert Erdgas in die EU über eine Pipeline, die durch die Ukraine führt. Der Ukraine wird vorgeworfen, einen Teil dieses Gases gestohlen zu haben, um ihren eigenen Bedarf zu decken. Während der ukrainischen Finanzkrise 2008-2009 brach die ukrainische Wirtschaft innerhalb von zwei Jahren um 15 % ein. In einem offensichtlichen Versuch, Russland zu besänftigen, zog Juschtschenko ukrainische Streitkräfte ab, die zur Unterstützung der NATO in den Irak entsandt wurden. Doch Russland kaufte die Geste nicht ab, weil Juschtschenko bereits deutlich gemacht hatte, dass er beabsichtigt, die Ukraine in eine Partnerschaft sowohl mit der EU als auch mit der Nato zu integrieren. Ein weiterer Faktor, der Juschtschenko gegen Russland ausspielte, war, wie

Juschtschenko während des Russland-Georgien-Krieges 2008 mit Führern Polens und der baltischen Staaten zusammentraf, Orte, die Russland als Nährboden für die antirussische Politik der NATO betrachtete. Der russisch-georgische Krieg von 2008 war ein kurzer 12-tägiger Konflikt zwischen pro-russischen Separatisten in Georgien und der georgischen Regierung. Es begann im Gefolge der sich verschlechternden Beziehungen zwischen Georgien und Russland, gefolgt von prorussischen Separatisten in Georgien, die die Republiken Südossetien und Abchasien für autonom erklärten. Nach Spekulationen über das Ausmaß der russischen Militärbeteiligung wurde am 12. August 2008 ein Waffenstillstand erreicht. Darüber hinaus würden die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine ungelöst bleiben, da Juschtschenko auch die Entfernung von Symbolen aus der Sowjetzeit in der Ukraine fordern und gleichzeitig ukrainische Aufständische ehren würde, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Sowjets gekämpft haben. Diese Gesten würden Moskau beleidigen, und viele in Russland würden diese Aktionen als Versuch sehen, die Geschichte zu verfälschen. Yushchencko vermied auch Putins Vorschlag, gemeinsam des 300. Jahrestages der Schlacht von Poltawa im Jahr 1709 zu gedenken, und entschied sich stattdessen dafür, mit der schwedischen Regierung zu feiern und die Partnerschaft zwischen Kosakenführer Ivan Mazepa und Schwedens König Karl XII. gegen Russland während der Schlacht zu gedenken.

Janukowitsch wurde 2010 Präsident der Ukraine, und 2013 entschied er sich, kein EU-Abkommen voranzutreiben, das der Ukraine politische und finanzielle Unterstützung gegeben hätte. Stattdessen entschied er sich dafür, die Ukraine in Richtung einer auf Russland zentrierten eurasischen Wirtschaftsunion zu lenken. Diese Entscheidung löste weit verbreitete Proteste in der ganzen Ukraine aus. Diese Proteste wurden als Euromaidan-Proteste bekannt und führten 2014 zur ukrainischen Revolution. Während

der Euromaindan-Proteste äußerten sich Ukrainer empört über Janukowitschs Weigerung, ein Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Die Dinge würden jedoch eskalieren, als es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Bereitschaftspolizei und Demonstranten kam. 130 Menschen wurden während des Zusammenstoßes getötet. Am 21. Februar einigten sich Präsident Janukowitsch und die Führer der parlamentarischen Opposition offiziell darauf, vorgezogene Wahlen abzuhalten und eine Übergangsregierung der Einheit zu bilden. Am folgenden Tag, nachdem das Komitee der Werchowna Rada dafür gestimmt hatte, Viktor Janukowitsch vom Posten des Präsidenten der Ukraine zu entfernen, floh Janukowitsch nach Russland. Russland erkannte die Übergangsregierung nicht an und sagte, die Prozeduren der Ukraine, ihn zu verdrängen, seien nichts weiter als ein Putsch gegen Janukowitsch. Als die Demonstranten die Gebäude der Hauptstadt übernahmen, erklärte das Parlament, dass Janukowitsch offiziell nicht mehr Präsident der Ukraine sei. Die Abstimmung war 328 zu 0. Nachdem Janukowitsch anschließend aus dem Land geflohen und nach Russland gegangen war, erklärte er, dass er immer noch amtierender Präsident der Ukraine sei. Viele prorussische Separatisten in der Ost- und Südukraine unterstützten Janukowitschs Entscheidung, das EU-Abkommen nicht zu unterzeichnen. Janukowitsch würde jedoch durch Oleksandr Turtschinow ersetzt, der zum amtierenden Präsidenten der Ukraine ernannt wurde und den Russland nicht als legitim anerkennt. In der Zwischenzeit intervenierte Russland und schickte Spezialeinheiten auf die Krim, wo sich die Mehrheit der Ukrainer als Russen identifiziert und Russisch als Muttersprache spricht. In einem Referendum stimmten die Ukrainer auf der Krim dafür, die Ukraine zu verlassen und sich Russland anzuschließen, was Russland erlaubte, die Krim im Februar/März 2014 zu annektieren. Nach dem Referendum lehnten sowohl die Vereinten Nationen als auch die Ukraine die Abstimmung ab und

verwiesen auf von Russland unterzeichnete Abkommen, denen Russland zugestimmt hatte Anerkennung und Wahrung der Souveränität der Ukraine. Trotzdem rückte das russische Militär vor und belagerte ukrainische Militärstützpunkte auf der Krim und zwang die ukrainischen Streitkräfte zum Rückzug. Der russische Präsident Wladimir Putin hielt im März 2014 seine Siegesrede:

„In den Herzen und Köpfen der Menschen war die Krim schon immer ein untrennbarer Teil Russlands ... Alles auf der Krim spricht von unserer gemeinsamen Geschichte und unserem Stolz. Dies ist der Ort des alten Chersones, wo Prinz Vladimir getauft wurde. Seine spirituelle Errungenschaft, die Orthodoxie anzunehmen, formte die allgemeine Grundlage der Kultur, Zivilisation und menschlichen Werte, die die Völker Russlands, der Ukraine und Weißrusslands vereinen. Auf der Krim befinden sich auch die Gräber russischer Soldaten, deren Tapferkeit die Krim in das Russische Reich brachte. Dies ist auch Sewastopol - eine legendäre Stadt mit einer herausragenden Geschichte, eine Festung, die als Geburtsort der russischen Schwarzmeerflotte dient. Die Krim ist Balaklava und Kerch, Malakhov Kurgan und Sapun Ridge. Jeder dieser Orte liegt uns sehr am Herzen und symbolisiert russischen Militärruhm und herausragende Tapferkeit.“

Im März 2014 unterzeichnete Janukowitsch einen Brief, in dem Russland ermächtigt wurde, in der Ukraine militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu ergreifen. Und während die prorussischen Separatisten nach der Annexion der Krim durch Russland von ethnischen Konflikten bedroht waren, wurde ihnen befohlen, im Austausch für russisches Geld Unruhen in der gesamten Ukraine zu schüren. Das Hauptaugenmerk der russischen Regierung lag auf der Sicherung

der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk, die zusammen als Donbass-Region bekannt sind. Russland wollte, dass die prorussischen Separatisten dort einen Marionettenstaat errichten, damit Gas und andere Vorräte wie Wasser auf die Krim fließen können. Die Wasserkanäle im Donbass wurden zu einem Hauptherd des Konflikts, weil die Ukraine nach der Annexion der Krim die Wasserversorgung der Krim über den Nordkrimkanal blockierte und 90 % ihres Wassers daran hinderte, die Halbinsel zu erreichen.

Es kam zu Protesten zwischen pro-russischen Ukrainern und pro-ukrainischen Ukrainern. Die pro-russischen Demonstranten versammelten sich zwischen dem 1. und 6. März und versuchten, die Kontrolle über die Donetsk RSA zu übernehmen. Sie wurden dann vom Sicherheitsdienst der Ukraine zerstreut. Im April forderten etwa 2.000 pro-russische Ukrainer, die sich in Donezk versammelt hatten, ein Referendum ähnlich dem einen Monat zuvor auf der Krim. Bald brachen die Demonstranten in das RSA-Gebäude ein und besetzten die ersten beiden Stockwerke. Sie warnten dann, dass regionale Beamte, wenn sie kein Referendum abhalten, die Kontrolle über die regionale Regierung über ein „Volksmandat" übernehmen und alle gewählten Regionalräte und Abgeordneten anklagen würden. Als diese Warnung ignoriert wurde, trafen sich die Aktivisten im RSA-Gebäude und hielten eine private Abstimmung ab. Wie sich herausstellte, stimmten sie für die Unabhängigkeit von der Ukraine und kündigten am 7. April 2014 die Gründung der Volksrepublik Donezk (DVR) an.

Am 12. April übernahmen pro-russische Militante erfolgreich die Kontrolle über das Büro des Innenministeriums in der Stadt Donezk und zwei weitere Polizeidienststellen. Sie versuchten, die Kontrolle über das Büro des Generalstaatsanwalts und andere Polizeidienststellen zu übernehmen, stießen jedoch auf Widerstand. Nichtsdestotrotz setzten sie ihre Bemühungen fort, die Kontrolle über die lebenswichtige strategische Infrastruktur

im gesamten Gebiet Donezk zu übernehmen, und forderten, dass die Beamten der neuen Republik Treue schwören. Bis zum 14. April hatten prorussische Separatisten unter der Führung von Igor Girkin und Igor Bezler eine Reihe von Regierungsgebäuden in anderen Städten der Region beschlagnahmt, darunter Sloviansk, Mariupol, Horlivka, Kramatorsk, Yenakiieve, Makiivka, Druzhkivka und Zhdanivka. In Slowjansk im nördlichen Oblast Donezk belagerten prorussische Separatisten unter dem Kommando von Igor Girkin Verwaltungsgebäude, Polizeibüros und das SBU-Gebäude. Sie entfernten Nelya Shtepa als Bürgermeisterin und ersetzten sie durch Vyacheslav Ponomarev. Die Militanten griffen auch auf Polizeiwaffen und Schusswaffen zu und beschlagnahmten sie, was die ukrainische Regierung dazu veranlasste, eine Offensive zur Terrorismusbekämpfung zu starten. Dies führte zu einer Pattsituation zwischen den pro-russischen Separatisten und den ukrainischen Streitkräften und markierte den Beginn eines bewaffneten Konflikts zwischen den beiden. Die von Girkin angeführten pro-russischen Separatisten würden während ihrer Operationen in Slowjansk 4 ukrainische Staatsbürger hinrichten.

In Kramatorsk, ebenfalls in der nördlichen Oblast Donezk, übernahmen prorussische Separatisten nach einer Schießerei am 13. April die Kontrolle über eine Polizeistation und hissten die Flagge der Volksrepublik Donezk. Sie gaben den Beamten der Stadt bis zum folgenden Montag Zeit, der Republik die Treue zu schwören, und warnten, sie würden sie aus dem Amt entfernen, wenn sie sich nicht daran hielten. Die ukrainische Regierung griff jedoch ein und eroberte die Stadt von den Separatisten zurück, bevor sie sich zurückzog, was später dazu führte, dass Separatisten sie zurückeroberten. Die zeitweiligen Kämpfe dauerten bis Juli an, als die Separatisten ihr Personal aus Kramatorsk abzogen.

Die Separatisten würden auch die Kontrolle über städtische

Gebäude und Polizeibüros in einer Reihe anderer Städte im Oblast Donezk übernehmen. In Artemivsk konnten sie auf ein Waffendepot mit 30 Panzern zugreifen.

Am 12. April versuchten prorussische Kämpfer, das Polizeipräsidium in Horliwka zu übernehmen, wurden jedoch von der Polizei zurückgeschlagen. Der Zweck der Belagerung war es, auf der Station gelagerte Schusswaffen und Waffen zu erwerben. Einige Polizisten schlossen sich den Separatisten an und stellten ihnen genug Arbeitskräfte zur Verfügung, um zwei Tage später die Kontrolle über das Polizeipräsidium zu übernehmen. Der Polizeichef wurde geschlagen und der stellvertretende Stadtrat von Horlivka, Wolodymyr Rybak, entführt. Seine Leiche wurde später in einem Fluss mit Folterspuren gefunden. Das Rathausgebäude wurde am 30. April eingenommen. Dies bestätigte die Kontrolle der Separatisten über die Stadt.

Am 13. April besetzten die Separatisten das Gebäude der Stadtverwaltung in Mariupol. Die ukrainische Regierung forderte es jedoch später zurück. Die Zusammenstöße zwischen ukrainischen Streitkräften und prorussischen Separatisten eskalierten bis Mai, als die ukrainische Nationalgarde Mariupol besetzte. Kurz darauf eroberten die Separatisten es zurück und rückten auf eine örtliche Polizeistation vor. Die Ukraine würde mit dem Einsatz des Militärs reagieren, konnte die Separatisten jedoch nicht vertreiben, da Zusammenstöße zu einem Brand im Gebäude der Stadtregierung führten, in dem Separatisten ihr Hauptquartier der Volksrepublik Donezk (DVR) erklärten. Am 16. Mai übernahm eine vereinte Truppe aus Stahlarbeitern, der örtlichen Polizei und ukrainischen Sicherheitskräften die Kontrolle über eine Reihe von Regierungsgebäuden und einen Großteil der Stadt zurück. Als die ukrainische Nationalgarde zur Unterstützung eintraf, wurde das Hauptquartier der DVR zurückerobert und Mariupol zur provisorischen Hauptstadt des Gebiets Donezk erklärt, wodurch die Stadt Donezk ersetzt wurde,

die damals noch von Separatisten besetzt war.

Die Angehörigen der ukrainischen Armee wurden gefangen gehalten, während diejenigen, die für eine Freiwilligenarmee kämpften, auf der Stelle erschossen wurden. Igor Girkin und Igor Bezler wurden von der ukrainischen Regierung beschuldigt, den Mord an Volodymyr Ivanovych Rybak, einem Politiker aus Horlivka, inszeniert zu haben.

Nach der Eroberung der RSA von Donezk begannen die pro-russischen Militanten, ihre Besetzung auszuweiten. Sie übernahmen am 16. April 2014 die Kontrolle über das Gebäude der Stadtverwaltung. Später übernahmen sie im April das regionale staatliche Fernsehnetz und begannen mit der Ausstrahlung an russische Fernsehsender. Am 4. Mai haben sie eine Fahne der Volksrepublik Donezk gehisst. Als Reaktion darauf startete der ukrainische Präsident Oleksandr Turchynov eine Anti-Terror-Offensive gegen von Russland unterstützte Separatisten im Oblast Donezk. Optimistisch glaubte Innenminister Arsen Avakov, dass Unruhen und Gewalt entweder durch Gewalt oder durch Verhandlungen schnell niedergeschlagen würden. Präsident Oleksandr Turchynov erließ daraufhin ein Dekret, das die Beschlagnahmung des RSA-Gebäudes in Donezk anordnete. Er bot auch allen bewaffneten Separatisten, die ihre Waffen abgeben würden, Amnestie an.

Inspiriert von den Aktionen pro-russischer Separatisten in Donezk würden pro-russische Gruppen in der Oblast Luhansk diesem Beispiel folgen. Am 6. April übernahmen 1.000 pro-russische Aktivisten die Kontrolle über das SBU-Gebäude in der Stadt Luhansk und forderten dann die Freilassung von Separatisten, die derzeit von der ukrainischen Regierung festgehalten werden. Nachdem die Polizei eingegriffen und die Kontrolle über das Gebäude wiedererlangt hatte, versammelten sich Demonstranten vor dem Gebäude und kündigten die Bildung einer „Volksregierung“ an, die in die Russische Föderation

eingegliedert werden würde. Auf dieser Versammlung wählten sie Valery Bolotov zu ihrem „Volksgouverneur". Am 27. April wurde die Volksrepublik Lugansk (LPR) ausgerufen. Vertreter forderten die ukrainische Regierung auf, Demonstranten Amnestie zu gewähren und Russisch als Amtssprache anzuerkennen. Sie forderten auch, dass die ukrainische Regierung ein Referendum über den Status der Region abhält. Sie warnten die Ukraine, wenn diese Forderungen bis zum 29. April 2014 nicht erfüllt würden, würden sie den gleichen militanten Kurs einschlagen wie die pro-russischen Militanten, die die Volksrepublik Donezk gründeten. In der Folge wurden die Forderungen nicht erfüllt und am 29. April übernahmen die Aufständischen der Volksrepublik Lugansk die Kontrolle über das Gebäude der Stadtverwaltung in Perwomaisk und hissten weiterhin ihre Flagge darüber. Die prorussischen Separatisten würden auch das Gebäude der Stadtverwaltung in Altschewsk unter ihre Kontrolle bringen. In Krasnyi Luch gelang es den Separatisten, die Stadtbehörden davon zu überzeugen, ihren Forderungen nach Referenden über den Status von Donezk und Luhansk nachzukommen. Auch sie hissten später die russische Flagge über dem Gebäude der Stadtverwaltung. Das Gebäude der Stadtverwaltung in Stachanow wurde am 1. Mai von Separatisten erobert, gefolgt von der Polizeistation, dem Handelszentrum und dem SBU-Gebäude. Am 5. Mai beschlagnahmten prorussische Separatisten Polizeigebäude in Rovenky und Slovianoserbsk. Die Staatsanwaltschaft in Sievierodonetsk wurde am 7. Mai von Separatisten eingenommen. Am 8. Mai übernahmen pro-russische Separatisten die Kontrolle über Regierungsgebäude in Starobilsk.

Was als Proteste im Donbass-Gebiet begann, hatte sich zu einem bewaffneten Konflikt zwischen prorussischen Separatisten und der ukrainischen Regierung entwickelt. Die prorussischen Separatisten erklärten Donezk und Lugansk zu Volksrepubliken – DVR bzw. LVR. Hier sehen wir die Nachwirkungen, die

Jahrhunderte der Russifizierung auf die Fähigkeit der Ukraine hatten, eine stabile und dominante Staatlichkeit aufrechtzuerhalten.

Im Mai 2014 eskalierten die Kämpfe in der Donbass-Region weiter. Im selben Monat wählte die Ukraine einen neuen Präsidenten, Petro Poroschenko. Unterdessen wandte Russland verschiedene Taktiken an, um die Donbass-Region zu destabilisieren. Dazu gehörten Desinformation und der Einsatz irregulärer Kämpfer – russischer Kämpfer ohne Abzeichen. Am 12. Mai 2014 erklärte sich Igor Girkin zum „Oberbefehlshaber" der Volksrepublik Donezk und erließ ein Dekret, das alle Militärangehörigen der Region verpflichtete, ihm innerhalb von 48 Stunden einen Treueeid zu leisten. Er warnte auch davor, dass alle ukrainischen Militärangehörigen, die sich noch in der Region aufhalten, sofort hingerichtet würden. Anschließend forderte er die Russische Föderation auf, im Falle einer NATO-Intervention militärische Unterstützung zu leisten. Pavel Gubarev, Präsident der Volksrepublik Donezk, erklärte am 15. Mai das Kriegsrecht und gab dem ukrainischen Militär bis 21 Uhr an diesem Tag Zeit, sich aus Donezk zurückzuziehen. Valery Bolotov, Präsident der Volksrepublik Luhansk, tat dasselbe am 22. Mai. Zu diesem Zeitpunkt würden Separatisten mit Angriffen auf ukrainisches Militärpersonal in der Region beginnen. An einem Armeekontrollpunkt in der Stadt Volnovakha überfielen Separatisten ukrainische Soldaten und töteten 18. Am selben Tag wurde ein Konvoi von 100 ukrainischen Soldaten, die in Rubishne im Oblast Luhansk unterwegs waren und versuchten, in prorussisches Separatistengebiet vorzudringen, von 500 Separatisten überfallen Kämpfer. Die Kämpfe würden fast den ganzen Tag dauern. Über ein Dutzend der Kämpfer auf beiden Seiten wurden während des Zusammenstoßes getötet. Den Separatisten gelang es jedoch, einige gepanzerte Fahrzeuge zu erbeuten. Das Innenministerium sagte, einige der pro-russischen

Kämpfer hätten versucht, von Russland aus in die Region Luhansk einzudringen, bevor sie von Grenzschutzbeamten gestoppt wurden. Am 22. Mai einigten sich die Republiken Donezk und Lugansk auf die Bildung des sogenannten konföderierten Staates Noworossija und erklärten ihre Absicht, die Süd- und Ostukraine in die neue Konföderation einzugliedern. Sie etablierten auch die russische Orthodoxie als Staatsreligion. Freiwillige regierungsnahe Milizen, das Donbass-Bataillon, versuchten am 23. Mai, in separatistisches Gebiet vorzudringen, wurden jedoch von 200 pro-russischen Separatisten überfallen.

In Fortsetzung ihres Kampfes gegen pro-ukrainische Kräfte in der Donbass-Region übernahmen pro-russische Aufständische am 26. Mai die Kontrolle über das Hauptterminal des internationalen Flughafens Donezk und forderten den Abzug der Regierungstruppen aus der Donbass-Region. Die ukrainische Regierung reagierte mit Luftangriffen auf ihre Stellungen und tötete 40 pro-russische Separatisten. Eine weitere Runde von Luftangriffen ukrainischer Streitkräfte wurde am 2. Juni auf ein RSA-Gebäude in der Stadt Luhansk gestartet, wobei sowohl Separatisten als auch Zivilisten getötet und verwundet wurden. Die Kämpfe eskalierten im Juni erheblich, als russische Panzer die russisch-ukrainische Grenze nach Donezk überquerten. Der Konvoi aus Panzern und gepanzerten Fahrzeugen soll Raketenwerfer zu den pro-russischen Kämpfern transportiert haben. Die ukrainische Regierung hatte bereits angekündigt, die Kontrolle über die südlichen und westlichen Teile des Gebiets Donezk und den nördlichen Teil des Gebiets Lugansk wiedererlangt zu haben. Sie würden Ende Juni einen Waffenstillstand erklären.

Im Juli würden die Kämpfe in den östlichen Gebieten von Donezk eskalieren. Die Oblast Rostow wurde von ukrainischen Streitkräften intensiv beschossen. Nachdem gemeldet wurde, dass ein Zivilist getötet wurde, drohte Russland mit Luftangriffen auf

ukrainische Militärziele in der Region. Die ukrainischen Streitkräfte rückten dann weiter in Richtung separatistischer Hochburgen in Luhansk vor. Am 15. Juli tötete ein Luftangriff in Snizhne elf Menschen und zerstörte mehrere Wohnungen. Die Kämpfe an einem Kontrollpunkt der ukrainischen Regierung nahe der russischen Grenze im Dorf Marynivka gingen weiter. Ein Großteil der dortigen Infrastruktur wurde zerstört, als prorussische Separatisten das Gebiet mit einer Kombination aus Panzern, Panzerabwehrraketen und Flugkörpern beschossen. Die ukrainischen Wachen konnten die Separatisten jedoch nach Stepanivka zurücktreiben. Im Dorf Tarany wurden 11 ukrainische Soldaten von prorussischen Separatisten getötet. Am 17. Juli wurde ein malaysisches ziviles Passagierflugzeug, MH-17, über Hrabowe abgeschossen, wobei alle 298 an Bord getötet wurden. Eine Untersuchung ergab, dass der Absturz von einer Buk-Boden-Luft-Rakete verursacht wurde, die von pro-russischen Kämpfern abgefeuert wurde. Berichten zufolge stammte die Buk aus Russland und wurde am Tag des Absturzes von MH17 in ein von Separatisten kontrolliertes Gebiet transportiert. Unmittelbar nach dem Absturz wurde es nach Russland zurückgeschickt.

Luhansk wurde während des Konflikts infolge von Kämpfen zwischen ukrainischen Streitkräften und pro-russischen Kämpfern schwer beschossen. 20 Zivilisten wurden bei den Zusammenstößen getötet. Gleichzeitig eskalierten die Kämpfe in den nordwestlichen Distrikten Kyivskyi und Kuibyshevskyi weiter, und ein Großteil der Wasserversorgung des Gebiets wurde abgeschnitten.

Regierungstruppen würden Dzerzhinsk, Soledar und Rubizhne zurückerobern. Als die pro-russischen Separatisten unter schweren Verlusten ausdünnten, bemühte sich der Premierminister der Volksrepublik Donezk (DVR), Alexander Borodai, um ein Waffenstillstandsabkommen mit den ukrainischen Streitkräften. Der Kommandeur der DVR, Igor

Girkin, forderte Russland auf, in den Konflikt einzugreifen. In der Zwischenzeit setzten die ukrainischen Streitkräfte ihren Vormarsch fort. Sie eroberten Sievierodonetsk zurück und durchbrachen später am 23. Juli die separatistische Blockade, die in der Nähe des Flughafens Donezk errichtet worden war. Danach rückten sie in Richtung der nordwestlichen Ecke der Stadt Donezk vor. Viele prorussische Separatisten begannen mit dem Rückzug aus den umliegenden Gebieten, schafften es aber dennoch, zwei ukrainische Su-25-Kampfflugzeuge in der Nähe von Dmytrivka abzuschießen. In Horlivka flogen ukrainische Streitkräfte weiterhin Luftangriffe auf Stellungen der Separatisten. Trotzdem musste die Grenze zu Russland noch stabilisiert werden und Waffen aus Russland waren weiterhin zugänglich. Der Grenzübergang Izvaryne stand noch immer unter der Kontrolle prorussischer Kämpfer.

In mehreren Bezirken der Stadt Donezk werde es erneut Beschuss geben. In Horlivka führte der fortgesetzte Beschuss zum Tod von 30 Zivilisten. Der Beschuss würde in den Bezirken Leninskyi und Kyivskyi der Stadt Donezk fortgesetzt. Die Niederlagen der DVR zwangen Igor Girkin, Russland um Verstärkung zu bitten. Er argumentierte, dass die Niederlage der DVR die Russische Föderation in ein schlechtes Licht rücken würde, da es Präsident Wladimir Putin war, der die Republik "Neurussland" nannte. In der Zwischenzeit war Luhansk vollständig von ukrainischen Regierungstruppen umzingelt, wobei sowohl die Wasser- als auch die Stromversorgung fast vollständig abgeschnitten waren. Der Bürgermeister teilte mit, dass die Stadt infolge des endlosen Raketenbeschusses am Rande einer humanitären Krise stehe. Donezk hingegen war von anhaltenden Kämpfen und unablässigem Beschuss zwischen beiden Konfliktparteien betroffen, und die Versorgungsleitungen zwischen Luhansk und Donezk waren unterbrochen worden. Der Beschuss in Donezk wurde in den ersten 14 Augusttagen

fortgesetzt, als die ukrainischen Regierungstruppen ihren Vormarsch fortsetzten. Igor Girkin würde von seinem Posten zurücktreten und durch Vladimir Kononov ersetzt werden. Der hybride Krieg, den Russland ursprünglich gegen die Ukraine führte, wurde nun in eine konventionellere Form umgewandelt. Zuvor hatte Russland die prorussischen Separatisten mit irregulären Kämpfern verstärkt, aber bis zum 14. August würde Russland eine Standard-Militärinvasion in der Donbass-Region starten. Die äußerst geheimnisvollen russischen Beamten blieben dennoch vage in Bezug auf ihre Operationen dort und präsentierten keine klare Antwort auf die Angelegenheit, da die NATO und die US-Armee Einschätzungen vornehmen und die Invasion Russlands melden würden. Russland war in der Lage, viele seiner Truppen als pro-russische Separatisten zu tarnen, was einige Zweifel am tatsächlichen Ausmaß der russischen Intervention aufkommen ließ. Gepanzerte Mannschaftstransporter mit russischen Militärmarkierungen würden über den Grenzübergang Izvaryne, der immer noch von pro-russischen Kämpfern kontrolliert wird, nach Donezk einfahren. Der Ministerpräsident der DVR, Alexander Sachartschenko, berichtete, dass seine Streitkräfte rund 1.200 vom russischen Militär ausgebildete Kämpfer umfassten. In nur wenigen Tagen würden die ukrainischen Streitkräfte jedoch mehr Territorium in Luhansk und Donezk beanspruchen, da der verstärkte Beschuss mehr Zivilistenleben fordern würde. Nachdem sich die ukrainische Regierung an die Separatisten gewandt hatte, um einen Waffenstillstand zu erreichen, forderte der Premierminister der DVR, ermutigt durch russische Verstärkung, dass die Ukraine zunächst ihre Autonomie anerkennt.

Mit der Unterstützung Russlands würden prorussische separatistische Gegenoffensiven die ukrainischen Vorstöße in Luhansk und Donezk ersticken. Die Separatisten zielten auf

Stellungen der ukrainischen Regierung in Shchastia, das direkt am Fluss Siverskyi Donez in Luhansk liegt. Als russische Verstärkung eintraf, konnten die Separatisten die in Ilovaisk und Amvrosiivka im Oblast Donezk stationierten ukrainischen Regierungstruppen umzingeln, und der schwere Beschuss veranlasste die ukrainischen Regierungstruppen und andere Freiwilligenbataillone zum Rückzug, wobei das regierungstreue Donbas-Freiwilligenbataillon in Ilovaisk gefangen blieb gegen die Separatisten. Viele der ukrainischen Freiwilligenbataillone werden von ukrainischen Oligarchen finanziert und haben entscheidend dazu beigetragen, die Separatisten davon abzuhalten, die ukrainischen Regierungstruppen im Donbass zu dominieren. Es wird befürchtet, dass privat finanzierte Milizen, die Gebiete in der Ost- und Südukraine unter ihre Kontrolle gebracht haben, diese Gebiete möglicherweise nicht an die ukrainische Regierung zurückgeben. Die Oligarchen könnten ihre Kontrolle über die Gebiete einfach nutzen, um erheblichen Druck und Einfluss auf die Politik der ukrainischen Regierung auszuüben.

Während die Separatisten sich ihren Weg zum Asowschen Meer erkämpften, halfen russische Verstärkungen den Separatisten, Artilleriefeuer auf die Küstenstadt Nowoasowsk im südlichen Oblast Donezk zu entfesseln. Ein großer Teil des südlichen Donezk war bereits von ukrainischen Regierungstruppen zurückerobert worden. Aber jetzt könnten die Separatisten das Dorf Markyne benutzen, um Nowoasowsk zu bombardieren. Den ukrainischen Streitkräften gelang es jedoch, irreguläre russische Fallschirmjäger in einem nahe gelegenen Dorf festzunehmen. Aber Russland behauptete, die Fallschirmjäger seien wegen einer gescheiterten Militärübung dort gelandet. Während Russland weiterhin die Präsenz russischer Kämpfer in der Donbass-Region leugnete, rückten die pro-russischen Separatisten mit einem Konvoi von 100

gepanzerten Fahrzeugen, Panzern und Grad-Raketenlastwagen, von denen angenommen wird, dass sie alle aus russischem Personal bestanden, auf Nowoasowsk vor, die ihnen nicht folgten weit hinter sich . Die ukrainischen Streitkräfte in Novoazovsk waren daher gezwungen, sich zurückzuziehen und ihre Ressourcen für die Verteidigung von Mariupol zu schonen. Diese neue heimliche Invasion der Russischen Föderation würde die Dynamik des Konflikts verändern. In der Zwischenzeit würde das in Ilovaisk eingeschlossene Donbass-Bataillon mit den Separatisten ein Rückzugsabkommen aushandeln. Die Separatisten schossen jedoch auf sie, als sie sich entfernten, und töteten mehrere Dutzend. Ukrainische Regierungstruppen, die jetzt von russischer Artillerie angegriffen werden, würden sich vom internationalen Flughafen Luhansk zurückziehen – einen Tag nachdem ein ukrainisches Patrouillenboot von landgestützter Artillerie angegriffen worden war. Die ukrainischen Streitkräfte hätten Mariupol beinahe an von Russland unterstützte Separatisten verloren. Aber eine Kombination aus Kämpfern des Asowschen Bataillons und ukrainischen Regierungstruppen konnte die von Russland unterstützten Separatisten daran hindern, die Kontrolle über Mariupol zu übernehmen.

Das Asow-Bataillon hat erhebliche Kontroversen ausgelöst, obwohl es die Hauptkomponente bei der Unterstützung der Verteidigung von Mariupol gegen die pro-russischen Separatisten ist. Sie wurden ursprünglich im Mai 2014 als freiwillige ukrainische nationalistische Miliz gegründet, wurden aber schließlich im September 2014 in die Nationalgarde der Ukraine eingegliedert. Während das Asowsche Bataillon den Ruf erlangt hat, bei seinen Militäroperationen äußerst taktisch und präzise zu sein, haben sie es auch der Beteiligung an Plünderungen und anderen Taktiken wie Folter beschuldigt. Weitere Vorwürfe sind Verbindungen zu Neonazis. Ein Bataillonsvertreter gab an, dass etwa 10 % ihrer Kämpfer Neonazi-Gruppen angehörten.

Ironischerweise spricht mehr als die Hälfte des Asowschen Bataillons Russisch, und viele andere reisen aus dem Ausland an, um sich ihnen anzuschließen. Asow wurde als spezielle freiwillige Polizeieinheit eingerichtet, die vom Innenministerium reguliert wird. Sie wurde ursprünglich nicht als Neonazi-Gruppe gegründet, aber einige der Mitglieder, die sich später anschlossen, hatten Neonazi-Verbindungen und verwendeten ähnliche Symbole wie die der Nazis. Der Kommandeur des Asowschen Bataillons, Andriy Biletsky, hatte zuvor die Soziale Nationalversammlung und Patriot der Ukraine geleitet, die eine ähnliche Ansicht über den um 1933 in Deutschland installierten Nationalsozialismus teilt, wo die dominierende Rasse und Kultur Vorrang vor anderen ethnischen Gruppen innerhalb einer bestimmten Region hatte. Vor diesem Hintergrund muss gesagt werden, dass es einen historischen Hintergrund für die Ukraine gibt, der verstanden werden muss, wenn man die Übernahme der Nazi-Symbolik durch eine pro-ukrainische Milizgruppe bewertet. Und um es vom Neonazismus in Ländern abzugrenzen, in denen Gruppen sich Nazi-Symbole aneignen würden, nicht nur für antisemitische Zwecke, sondern vor allem wegen ihres Schockwerts. Damals im Zweiten Weltkrieg sahen viele Ukrainer Nazideutschland als den Befreier ihres Landes von einem Sowjetregime, das bis dahin bereits Millionen von ihnen während des Holodomor gefoltert und den Tod inszeniert hatte. Während die Nazis dort nach dem Vordringen in die Ukraine dennoch repressive Maßnahmen einleiteten, kämpften sie auch an der Seite der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) gegen eine spätere sowjetische Gegeninvasion. Dies spielt in einigen Segmenten der Perspektive des ukrainischen Nationalismus auf Nazideutschland eine herausragende Rolle. In Galacia, wo sich die Mehrheit der ukrainischen Nationalisten noch heute versammelt, erlaubten die Nazis den lokalen Ukrainern, einen Großteil ihrer kulturellen und bürgerlichen Praktiken beizubehalten. Angesichts von Stalins grausamer Politik

gegenüber der Ukraine in den 1930er Jahren war dies zweifellos eine Atempause für sie. Darüber hinaus war Karl Marx zu Beginn des Zweiten Weltkriegs für viele Ukrainer bereits das geworden, was Hitler für das jüdische Volk war, ein Anstifter ihres fast vollständigen Untergangs. Und die Tatsache , dass viele Symbole der brutalen Sowjetzeit immer noch in den östlichen Teilen der Ukraine kursieren , trägt nicht dazu bei , dass die Ukrainer vorankommen , während sie sich an die Gräueltaten der Vergangenheit erinnern müssen , die das Sowjetregime gegen sie verübt hat . Hitlers Gräueltaten gegen die Juden hatten eine entferntere entfremdende Konnotation. Während Stalins Gräueltaten gegen Ukrainer eine eher innenpolitische Konnotation hatten. Beide zielten jedoch auf eine bestimmte Gruppe von Menschen ab und hatten eine verheerende Wirkung auf sie. Als sich das Asowsche Bataillon der ukrainischen Nationalgarde anschloss, begannen sie, sich zu entpolitisieren. Eine Massenschießerei in einer Moschee in Christchurch, Neuseeland, durch einen weißen Nationalisten, der mit einem Mitglied des Asowschen Bataillons in Verbindung steht, würde die USA jedoch dazu veranlassen, auf Gesetze zu drängen, die das Asowsche Bataillon als ausländische Terrororganisation einstufen würden. Derzeit weigert sich die Nato, Militärübungen mit der Einheit durchzuführen. Trotz der antisemitischen Konnotation von Asows Plattform hat das Asowsche Bataillon einige jüdische Unterstützer und einige jüdische Mitglieder, die im Bataillon dienen. Asow-Führer Biletsky wurde inzwischen in das ukrainische Parlament gewählt und verließ die Fraktion 2016.

Nach einem Sommer intensiver Kämpfe einigten sich Russland, die Ukraine und die prorussischen Separatisten im September 2014 auf einen Waffenstillstand, als eine Grenze zwischen der prorussischen aufständischen Seite und der ukrainischen Regierungsseite gezogen wurde. Der Waffenstillstand hieß Minsker Protokoll und wurde in den

Folgejahren mehrfach verletzt. Im Oktober desselben Jahres verstießen die DVR- und LPR-Behörden gegen das Minsker Protokoll, indem sie Parlamentswahlen abhielten. Anschließend eskalierten die Kämpfe mit schwerem Beschuss und Opfern in der Donbass-Region. Außerdem waren mehr russische Truppen und schwere Artillerie zu sehen, die von Russland in das von Separatisten gehaltene Territorium in der Ukraine übergingen. Zwischen September und Dezember 2014 sollen im Donbass 1.000 Menschen an den Folgen der Gewalt gestorben sein. Präsident Poroschenko aus der Ukraine ermutigte zum Abschluss eines neuen Friedensabkommens, als sowohl die ukrainischen Streitkräfte als auch die separatistischen Kräfte vereinbarten, die Kämpfe am 9. Dezember einzustellen und die Bemühungen zur Einhaltung der Grundsätze des Minsker Protokolls, wie z. B. der Liste der Gefangenenaustausche, wieder aufzunehmen. Im Januar 2015 wurde der Waffenstillstand jedoch erneut gebrochen und die Kämpfe würden erneut eskalieren. Nach kurzen Meinungsverschiedenheiten zwischen Militanten der Separatisten kam es auf dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten internationalen Flughafen Donezk zu Gewalt, der von Artillerie der Separatisten bombardiert und am 15. Januar erobert wurde. Russische Verstärkungen begannen, für die Separatisten an Fahrt zu gewinnen. Denken Sie daran, dass das Minsker Protokoll eine Pufferzone zwischen dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet und dem von Separatisten kontrollierten Gebiet eingerichtet hat. Dieser Angriff auf den Flughafen wäre also ein massiver Vertragsbruch, der von den Separatisten inszeniert wurde, und sie weigerten sich sogar, an einer neuen Runde von Waffenstillstandsgesprächen teilzunehmen. Anschließend eroberten ukrainische Regierungstruppen am 17. Januar 2015 den internationalen Flughafen Donezk zurück, aber die Kämpfe breiteten sich dann auf andere Gebiete von Donezk aus, als die ukrainische Verteidigung des Flughafens die Russische

Föderation zwang, noch mehr Artillerie, Soldaten und gepanzerte Verstärkungen in der Donbass-Region einzusetzen. Diese Verstärkungen ermöglichten es den Separatisten, den Flughafen von ukrainischen Streitkräften zurückzuerobern. Nach dem Sieg rückten die Separatistenkämpfer an die Kontrolllinie vor, schossen auf dort stationierte ukrainische Soldaten und eroberten eine Reihe von Kontrollpunkten. Sie feuerten auch Artilleriefeuer auf Mariupol und Debalzewe ab. Die schweren Kämpfe und Verluste würden Frankreich und Deutschland veranlassen, sich dem Friedensprozess anzuschließen. Als die Vereinigten Staaten vorschlugen, US-Militärpersonal zu entsenden, um die Ukraine gegen den pro-russischen Vormarsch zu unterstützen, glaubte die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass dies die Lage nur verschlimmern würde. Der deutsch-französische Plan wurde dann als letzte Chance zur Beendigung des Konflikts ausgearbeitet. Am 15. Februar wurde jedoch das Minsk-II-Protokoll ausgearbeitet. Aber die Separatisten kämpften weiter in Debalzewe und eroberten es am 18. Februar 2015. Kleinere Scharmützel würden das ganze Jahr über ausbrechen, aber die Hauptgrundsätze des Protokolls würden aufrechterhalten, als die ukrainischen und separatistischen Streitkräfte begannen, schwere Artillerie abzuziehen. Die Scharmützel und Waffenstillstandsverletzungen, die in dieser Zeit ausbrachen, wurden fast ausschließlich von von Russland unterstützten Separatisten verübt. Nach Friedensdemonstrationen in von Separatisten besetzten Gebieten einigten sich beide Konfliktparteien schließlich im September 2015 auf eine drastische Begrenzung der Gewalt. Mit kleineren Gewaltausbrüchen hier und da würde die Lage im Donbass das ganze Jahr 2016 hindurch stabil bleiben.

Auf der Krim beschuldigte Russland 2016 die Ukrainer, Terror zu orchestrieren. Als Reaktion darauf verstärkte Russland seine Militärpräsenz. Die Ukraine begann daraufhin zu befürchten, dass

Russland eine umfassende Invasion des Landes plante. Bis 2017 würden die Kämpfe in der Donbass-Region erneut eskalieren. Im Februar desselben Jahres erließ der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret, wonach Russland von der DVR und LPR ausgestellte Personen- und Fahrzeugzulassungsdokumente anerkennen würde. Dies bedeutete, dass Russland diejenigen, die in der DVR und LVR lebten, als Bürger eines echten Landes anerkennen würde. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte jedoch, dass Russland die Donbass-Region immer noch als Teil der Ukraine anerkenne. Zuvor hatten diejenigen, die aus dem Donbass nach Russland geflohen sind, Schwierigkeiten, ihre von der DVR und LRP ausgestellten Dokumente als gültig nachzuweisen. Vor diesem Hintergrund hielten viele Putins Erlass für humanitär. Dennoch wurde im Februar ein neuer Waffenstillstand vereinbart. Ukrainische Streitkräfte berichteten jedoch, dass Separatisten immer noch gegen das Protokoll verstießen und kleinere Angriffe auf Kämpfer der ukrainischen Regierung verübten. Die im Juni, August und Dezember vereinbarten Waffenstillstände wurden alle von prorussischen Separatisten gebrochen, die Scharfschützen, Drohnen und Splittergranaten gegen ukrainische Regierungstruppen einsetzten. Dies führte dazu, dass die Ukraine im Januar 2018 einen Gesetzentwurf erließ, der die ukrainische Regierung aufforderte, von Separatisten gehaltene Gebiete zurückzuerobern. Russland betrachtete dies als Versuch, einen weiteren Krieg zu beginnen, und als Verletzung des Minsker Protokolls. Der neue Gesetzentwurf erklärte die DVR und die LVR zu besetzten Gebieten mit Russland als Angreifer. Der Gesetzentwurf gab Präsident Poroschenko das Recht, ohne Zustimmung des ukrainischen Parlaments militärische Gewalt anzuwenden.

Im Jahr 2018 wurden die im März, Juli und August vereinbarten Waffenstillstände von von Russland unterstützten Separatisten weitgehend verletzt. Im selben Jahr, am 31. August,

wurde der DVR-Führer Alexander Sachartschenko bei einer Explosion in einem Restaurant getötet. Im März 2019 wurde ein weiterer Waffenstillstand verletzt. Während die Kämpfe seit 2014 und 2015 deutlich nachgelassen haben, haben die von Russland unterstützten Separatisten immer wieder Waffenstillstandsvereinbarungen verletzt, indem sie Scharfschützenfeuer und Drohnenangriffe auf Stellungen der ukrainischen Regierung eingesetzt haben.

Im Mai 2019 wurde Wolodymyr Selenskyj zum Präsidenten der Ukraine gewählt, und bis Oktober desselben Jahres fanden umfangreiche Verhandlungen zwischen Russland, den von Russland unterstützten Separatisten, der ukrainischen Regierung und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. Das Steinmeier-Forum wurde gegründet. Es wurde nach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier benannt. Das Abkommen würde es der DPR und der LPR ermöglichen, Wahlen abzuhalten. Diese Gebiete würden auch einen „Sonderstatus" erhalten, um sie wieder in die Ukraine zu integrieren. Beide Seiten stimmten zu und begannen mit dem Abzug von Truppen aus der Donbass-Region, sowohl später in diesem Monat als auch erneut im November. Den Exerzitien folgte ein erfolgreicher Gefangenenaustausch. Im Dezember trafen sich der russische Präsident Wladimir Putin, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der französische Präsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Paris, um die Verhandlungen im Normandie-Format wieder aufzunehmen. Beide Seiten einigten sich darauf, die verbleibenden Gefangenen auszutauschen.

Die globale COVID-19-Pandemie, bei der es sich um die weltweite Ausbreitung eines tödlichen Coronavirus-Stammes handelte, der in Wuhan, China, begann. Das Virus begann sich um den 15. Januar 2020 auf den Rest der Welt auszubreiten und wirkte sich auf die anhaltende Situation im Donbass aus. Dort

hatten Versuche, die Ausbreitung des Virus zu verhindern, den zivilen Zugang zu verschiedenen Versorgungsgütern unterbunden, da sowohl die Ukraine als auch die DVR und die LVR Sperrverfahren für ihre jeweiligen Gebiete eingeführt und den Durchgang durch die Kontaktlinie unterbrochen hatten. Die Kämpfe eskalierten im März 2020 und forderten 18 zivile Todesopfer in der Donbass-Region. Im Juli wurde ein weiterer Waffenstillstand vereinbart, der die Gewalt erheblich reduzierte. Zwischen Juli und November wurden nur 3 ukrainische Soldaten getötet. Anfang 2021 eskalierten die Kämpfe erneut. Im Jahr 2021 wurden in den ersten drei Monaten 25 ukrainische Regierungsmilitante getötet. Zwischen Januar und Oktober dieses Jahres kamen 85 Soldaten und 30 Zivilisten infolge militärischer Auseinandersetzungen ums Leben. 2021 würde es auch eine große Versammlung russischen Militärpersonals auf der annektierten Krim und entlang der ukrainisch-russischen Grenze geben. Bis April befanden sich bereits 85.000 russische Soldaten auf der Krim und führten Militärübungen in der Nähe der Grenzen der Donbass-Konfliktzone durch. Sowohl die NATO als auch die Vereinigten Staaten warnten davor, dass Russland eine umfassende Invasion der Ukraine plane. Frankreich, Deutschland und die OSZE wandten sich alle für weitere Friedensgespräche an Russland, aber Russland lehnte eine Teilnahme ab. In der Zwischenzeit führte die Ukraine eine neue Drohnentechnologie ein, eine in der Türkei hergestellte Bayraktar TB2, mit der die Ukraine von separatistischen Kräften abgefeuerte Artillerie zerstören würde.

Eine vom Internationalen Republikanischen Institut im September 2014 durchgeführte Umfrage zur ukrainischen öffentlichen Meinung zur russischen Intervention zeigte, dass eine Mehrheit sowohl der russischsprachigen als auch der ukrainischsprachigen Bürger die russische Intervention in der Ukraine missbilligte. Eine spätere Umfrage des Internationalen

Republikanischen Instituts ergab, dass landesweit 80 % der Ukrainer glaubten, dass von Separatisten gehaltene Gebiete ein Teil der Ukraine bleiben sollten. 73%, die in von Separatisten kontrollierten Gebieten leben, waren ebenfalls der Meinung, dass diese Gebiete ein Teil der Ukraine bleiben sollten.

In den letzten Jahren, nach der Annexion der Krim durch Russland, gab es wachsende Unterstützung für den Beitritt der Ukraine zur NATO, der Organisation des Nordatlantikvertrags. Die Ukraine hatte bereits 2008 einen Beitrittsantrag gestellt, aber zwischen diesem Zeitpunkt und 2013 war die öffentliche Unterstützung für den Beitritt der Ukraine gering.

Seit der Annexion der Krim erhebt Russland Anspruch auf beide Seiten der Meerenge von Kertsch, die das Schwarze Meer mit dem Asowschen Meer verbindet. Sie trennt die Halbinsel Kertsch auf der Krim von der Halbinsel Taman in der russischen Krasnodar Krai. Russland und die Ukraine hatten 2003 ein Abkommen, das beiden Ländern erlaubte, die Meerenge zu nutzen. Die Ukraine hat einen Hafen im Asowschen Meer namens Mariupol. Im Jahr 2018, als ukrainische Schiffe auf dem Weg zum Hafen waren, blockierte Russland jedoch den Zugang der Ukraine zur Meerenge und feuerte dann weiter auf die ukrainischen Schiffe, als sie in Richtung Ukraine zurückkehrten. Russland beschlagnahmte die Schiffe und verhaftete die Besatzungsmitglieder.

Zwischen 2014 und 2018 wurden in der Ostukraine 10.000 Menschen von prorussischen Separatisten getötet. Viele weisen auf die Orange Revolution als Katalysator für die russische Aggression gegen die Ukraine hin. Nichtsdestotrotz könnte die Dynamik des politischen Wechsels Russlands von der Achtung der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 2000 zu einer feindlichen Sicht auf die Souveränität der Ukraine einen Ursprung in der Art und Weise haben, wie die Vereinigten Staaten und die NATO die Außenpolitik im Nahen Osten in der Zeit von 2003 bis 2014

handhabten und wie dies geschah Anwendung wurde vom russischen Staat und seinem Präsidenten Wladimir Putin wahrgenommen.

Wladimir Putin wurde in Leningrad geboren und studierte Jura an der Staatlichen Universität Leningrad. Von dort arbeitete er 16 Jahre lang als KGB-Offizier und erreichte den Rang eines Oberstleutnants, bevor er 1991 zurücktrat. Dann entschied er sich, in die Politik zu gehen, und trat 1996 in die Regierung von Boris Jelzin ein, wo er als KGB-Direktor des FSB fungierte (ehemals KGB) und Sekretär des russischen Sicherheitsrates. 1999 wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt. Nach dem Rücktritt von Boris Jelzin wurde Putin amtierender Präsident von Russland. Später im Jahr 1999 und erneut im Jahr 2004 wurde er formell gewählt. Während dieser Zeit war das Amt des Präsidenten in Russland auf zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten beschränkt. 2008, nach Ablauf seiner letzten Amtszeit, beschloss Putin, von 2008 bis 2012 Ministerpräsident zu werden. Putin wurde dann 2012 und 2018 erneut zum Präsidenten Russlands gewählt. Rückblickend können wir eine deutliche Verschiebung beobachten Putins Ansichten zwischen seinen ersten 8 Jahren als Präsident von Russland (1999-2008) und seinen nächsten 8 Jahren als Präsident (2012-heute). Während der ersten acht Jahre Putins legte er eine pro-westliche außenpolitische Agenda vor und liebäugelte sogar mit der Idee, dass Russland der NATO beitreten könnte, was Russland zu einem militärischen Verbündeten der Vereinigten Staaten gemacht hätte. Putin unterzeichnete im Jahr 2000 auch eine Strategische Partnerschaft mit der EU, in der er die Absicht Russlands erklärte, die Souveränitätsrechte der Ukraine anzuerkennen. Der illegale Krieg der Vereinigten Staaten und der NATO gegen den Irak im Jahr 2003 und ihre aggressiven und ungehinderten Militärinterventionen in Libyen und Syrien im Jahr 2011 alarmierten den russischen Staat jedoch angesichts dessen, was Russland als mutige Außenpolitik empfand, der die

Vereinigten Staaten nachzuahmen versuchten Position eine internationale Polizei. Es gab auch eine Doppelmoral, von der Putin glaubte, dass die Vereinigten Staaten ihre Rolle bei der Destabilisierung Libyens und Syriens rechtfertigten, einen Regimewechsel forderten, die Opposition der Regierung militärisch unterstützten und dennoch auf die moralischen Implikationen hinwiesen, dass andere Länder ihre eigenen regionalen Interessen verfolgen wollten durchzusetzen . Dies diente nur dazu, Moskaus Verdacht gegenüber der NATO zu bestätigen. Russland glaubte, dass die NATO nach dem Kalten Krieg keinen Zweck mehr erfüllte, da ihre ursprüngliche Gründung nicht nur dazu diente, Deutschland und Japan militärisch einzuschränken, sondern auch jeglichen expansionistischen Ambitionen der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenzuwirken. Nachdem die NATO Westdeutschland in das Bündnis aufgenommen hatte, unterzeichnete die Sowjetunion auch den Warschauer Pakt mit anderen osteuropäischen Ländern, um eine NATO-Erweiterung zu verhindern. Aber nach dem Ende der Sowjetunion gaben die Sowjets die Kontrolle über das Bündnis auf und lösten den Warschauer Pakt effektiv auf. Dabei wurden Russland von der Nato Sicherheitsgarantien versprochen, und Putin behauptet oft, dass die Nato diese Versprechen nie erfüllt hat und dass die Nato nur als provokantes Gebilde existiert, das regelmäßig aggressive Militärübungen nahe der russischen Grenzen durchführt. All diese Faktoren, zusammen mit der Tatsache, dass die Ukraine die Möglichkeit eines Militärbündnisses mit den Vereinigten Staaten in Betracht gezogen hat, spielten eine bedeutende Rolle in Russlands selbstbewusster Politik gegenüber der Ukraine im Jahr 2014 mit der Annexion der Krim. Jede Anstrengung zur Deeskalation des russisch-ukrainischen Konflikts muss sicherlich die Frage der US/NATO-Außenpolitik und der verbleibenden Auswirkungen, die sie auf die Außenpolitik anderer Nationen

hatte, ansprechen.

Die Krim war historisch die Heimat der Krimtataren, deren ethnischer Hintergrund aus einer Reihe verschiedener Rassen besteht, die das Gebiet im Laufe der Geschichte bewohnten. Dazu gehören Tauri, Skythen, Sarmaten, Alanen, Griechen, Goten, Bulgaren, Chasaren, Petschenegen, Italiener und Tscherkessen. Die konsolidierende ethnische Gruppe, die die Gründung der Tataren förderte, waren jedoch die Kumanen, ein türkisches Volk. Im 9. Jahrhundert war die Krim zwischen Byzanz, Rus und Khazaria umkämpft. Im 10. Jahrhundert hatten die Rus die Krim von den Byzantinern übernommen. Die Krim ist auch der Ort, an dem Wladimir der Große als Christ getauft wurde, was den Beginn der Annahme des Christentums durch die Kiewer Rus markiert. Bis zum 13. Jahrhundert war die Krim Teil des mongolischen Reiches geworden. Während dieser Zeit akzeptierten die Krimtataren den Islam und die Krim wurde zu einem zentralen Gebiet für den Islam in Osteuropa. Später, unter mongolischer Herrschaft, versuchten die Tataren, die Unabhängigkeit von der Goldenen Horde (Mongolen) zu erlangen. Dieser Kampf wurde von Haci Giray, dem Gründer des Krim-Khanats, angeführt. Nach der Unabhängigkeit von der Großen Horde wurde das Krim-Khanat von 1449 bis 1783 ein Vasallenstaat (Protektorat) der Osmanen. 1774 beanspruchte das Krim-Khanat seine Unabhängigkeit von den Osmanen im Rahmen des Vertrags von Küçük Kaynarca. 1783 wurde die Krim von den Russen erobert, woraufhin viele Krimtataren zwangsweise ins Osmanische Reich verbannt wurden. Die Krim wurde nach dem bolschewistischen Aufstand 1917 in die Sowjetunion eingegliedert. Zwischen 1917 und 1933 wurden 150.000 Tataren (etwa die Hälfte ihrer Bevölkerung) infolge von Stalins Kollektivierungspolitik entweder verhungert, hingerichtet oder von der Krim deportiert. 1941, während des Zweiten Weltkriegs, wurde die Krim von deutschen und rumänischen Truppen besetzt. Nachdem die Sowjets die

Deutschen bei einer Gegenoffensive vertrieben hatten, wurde vielen Krimtataren vorgeworfen, sich den Nazis angeschlossen zu haben. Und 1944 wurde die gesamte krimtatarische Bevölkerung nach Zentralasien deportiert, die meisten von ihnen nach Usbekistan. 1954 trat die Sowjetunion die Krim an die Ukraine ab. Erst 1989 versuchte der Sowjetstaat unter Michail Gorbatschow, die ungerechtfertigte Vertreibung der Krimtataren aus ihrer Heimat wiedergutzumachen. Gesetzliche und polizeiliche Beschränkungen wurden aufgehoben und die Tataren durften auf die Krim zurückkehren. Ein Großteil ihres Landes war jedoch im Laufe der Zeit bereits von ukrainischen und russischen Siedlern besiedelt worden. Dies wurde zu einer Quelle der Bitterkeit, da die Krimtataren primitive Behausungen besetzen mussten. 250.000 von ihnen leben jetzt auf der Krim, während 150.000 in Usbekistan und anderswo verbleiben. Der Nationalismus unter den Krimtataren als Reaktion auf Angriffe auf ihre legale Niederlassung in ihrem Heimatland könnte zukünftige Probleme auf der Krim vorwegnehmen. Es gab bereits Fälle von Massengewalt infolge tatarischer Demonstrationen. Im Oktober 1992 zerstörte die Polizei eine tatarische Siedlung in der Stadt Aluschta, die sie als „illegal gebaut“ betrachtete. Es kam zu Unruhen, als Krim-Demonstranten in das Krim-Parlament einmarschierten und die Freilassung der während des Protests inhaftierten Tataren forderten. 1995 kam es zu Unruhen, als die Erpressung tatarischer Geschäftsinhaber durch russische Gangster und die Ermordung tatarischer Händler tatarische Angriffe auf Geschäfte provozierten, von denen angenommen wurde, dass sie sich in russischem Besitz befinden oder von der Mafia kontrolliert werden. Dies endete mit der Erschießung von zwei Tataren. Da die Tataren einen historischen Anspruch auf die Krim haben, kann es sich als sehr schwierig erweisen, Richtlinien umzusetzen, die die Beschwerden der Tataren minimieren würden. Um die russischsprachigen Teile der Ukraine zu

verstehen, muss man zunächst verstehen, dass die Ukraine stimmungsmäßig sehr regionalisiert ist. Die meisten Menschen, die in der Ukraine leben, identifizieren sich mehr mit ihrem lokalen Wahlkreis als mit ihrer nationalen Republik. Vor den Unruhen nach der Orangenen Revolution im Jahr 2004 konnte niemand mit Sicherheit sagen, wohin die Reise des Landes gehen würde. Die kulturelle Variabilität zwischen verschiedenen Orten könnte jedoch einen Hinweis darauf liefern, warum die Einigung der Ukraine bei Wirtschaftsreformen schwierig sein würde. Während der Sowjetherrschaft wurden sowohl Ukrainer als auch russischsprachige Ukrainer ermutigt, sich sowohl an ihre lokale Verwaltungsmaschinerie als auch an die Sowjetunion als Ganzes zu halten, während sie den nationalistischen Rahmen, der das Territorium der Ukraine überlagerte, missachteten. Diese Ansicht hat sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weitgehend fortgesetzt, da sowohl ukrainisch als auch russischsprachige Ukrainer nach wie vor stärker von lokalen Angelegenheiten als von nationalen Angelegenheiten isoliert sind. Während der Sowjetzeit hatte sich die Bevölkerung der überwiegend russischsprachigen Donbass-Region an das wirtschaftliche und politische Machtzentrum Moskaus angepasst. Als die Sowjetunion endete, gab es eine schwierige Neukalibrierung ohne ein zentrales Element im Bild. Daher identifizierten sich viele im Donbass mit ihrer lokalen oder regionalen Identität im Gegensatz zu ihrer nationalen Identität. Die Herkunft aus dem Donbass sei wichtiger geworden als die Herkunft aus Russland und der Ukraine. Diese lokale Einstellung galt auch für die Ukrainer in der Westukraine. Seit der Unabhängigkeit hat es keine politische Partei mehr gegeben, die sich für ein politisches oder sprachliches Ideal eingesetzt hat, das für die gesamte Ukraine umgesetzt werden soll, und viele der extremsten nationalistischen Elemente der Ukraine konzentrieren sich auf das Galacia-Gebiet, eine Region, in die die Westukraine gehört und Ostpolen sind geteilt. In Galacia wird

behauptet, dass die reinste Form der ukrainischen Sprache gesprochen wird. Viele halten es jedoch für eine stark polonisierte Version. Eine ähnliche Haltung gibt es gegenüber der Sprache, die in Donezk gesprochen wird, einem Ort, an dem sich ein Großteil des russisch-nationalistischen Elements konzentriert, wo behauptet wird, dass die dort gesprochene Sprache eine Mischung aus Ukrainisch und Russisch sei. Darüber hinaus beruht die Haupthoffnung für das weitere Überleben der Ukraine im Falle eines Endes des aktuellen Donbass-Konflikts auf der Tatsache, dass die extremsten Formen des Nationalismus, ob ukrainisch oder russisch, weitgehend in geografisch voneinander entfernten Gebieten konzentriert sind. Wären diese Elemente geografisch zusammenhängend gewesen, wäre die aktuelle Ukraine-Krise wahrscheinlich viel schlimmer ausgegangen. Glücklicherweise liegt der geografische Raum zwischen diesen Bereichen des Extremismus in einer viel weniger rassistisch voreingenommenen Sichtweise des ukrainischen Nationalismus und einer viel freundlicheren Haltung gegenüber russischsprachigen Ukrainern. Dies zeigt, warum weder der pro-ukrainische Kravchuk noch der pro-russische Kutschma bei ihren jeweiligen Präsidentschaftswahlsiegen eine Stimmenmehrheit in den mehrheitlich ukrainischen Zentralregionen der Ukraine erzielten. In vielen Gebieten der Donbass-Region besteht jedoch immer die Befürchtung, dass eine Form der Ukrainisierungspolitik um die Ecke wartet. Und dass die vorherrschende russische Sprache, die in diesen Gebieten gesprochen wird, dadurch unterdrückt würde. In der Ukraine besteht allgemeiner Konsens darüber, dass es einen schmalen Grat zwischen ukrainischem Nationalismus und der Unterdrückung der russischen Kultur gibt. Aus Sicht eines ukrainischen Nationalisten ist der Grat zwischen einem Sonderstatus der russischen Sprache und Föderalismus jedoch schmal. Darüber hinaus spielt die Geschichte Russlands und der Ukraine eine große Rolle bei der Entfremdung der

Russischsprachigen von der nationalen Ukraine, ungeachtet der Versuche der Ukrainer, russischsprachigen Menschen das Gefühl zu geben, entgegenkommend zu sein. Dies deutet darauf hin, dass der Unabhängigkeitstag der Ukraine bei vielen russischsprachigen Personen, die das Gefühl haben, dass dies nicht ihr Feiertag ist, keinen Anklang findet. Öffentliche Feiern werden oft von russisch-nationalistischen Gruppen protestiert. Dies schließt jedoch nicht aus, dass viele in der Ukraine doppelt verbunden sind, ethnisch gemischt mit Ukrainern und Russen, was sie manchmal mit ukrainischem und russischem Extremismus konfrontiert, die sie beide als schädlich für die Stabilität des Lebens in der Ukraine ansehen. Alexei Nestnov vom BBC Ukrainian Service sagte über den Mangel an nationalistischer Kultur in der Region Charkiw in der Ostukraine im Jahr 1995:

Insgesamt würde man hier keine klare Wahl zwischen der Ukraine und Russland treffen wollen, wenn es sich vermeiden ließe. Und sie selbst unterscheiden nicht klar zwischen Ukrainisch und Russisch. Wenn man hier ein Haus betritt, merkt man nicht, ob es ein ukrainisches oder ein russisches Haus ist – die Familien sind ohnehin oft gemischt. Wenn es sich um eine ukrainische Intellektuellenfamilie handelt, könnte es eine Sammlung ukrainischer Literatur geben, aber das wäre selten. Die Häuser sind unterschiedlich dekoriert, je nachdem, ob sie ukrainisch oder russisch sind. Wenn es traditionelle ukrainische Dekorationen gibt, können sie genauso gut von einheimischen Russen aufgehängt werden. In den Dörfern ist das natürlich anders. Dort haben die Menschen authentischere Traditionen, Lieder, Ornamente und so weiter bewahrt. Aber sie betrachten sie nicht wirklich als nationale Traditionen, sondern als lokale – es ist das Tuteshni-Gefühl, nicht Nationalismus... Im Großen und Ganzen mochten die Menschen hier immer das Bild von Russland, das sie aus dem russischen Fernsehen, der russischen Kultur und

so weiter bekommen haben. Aber seit Oktober 1993 und insbesondere seit Tschetschenien hat sich etwas geändert. Die Menschen hier sind sehr friedlich, sie hassen Krieg und politische Gewalt. Während sich die Menschen hier – einschließlich der Ukrainer – früher Russen nannten, ist es heute nicht mehr so populär. Aber die Leute hier nennen sich immer noch nicht Ukrainer, also könnte man sagen, sie wissen nicht, wie sie sich nennen sollen.

Ein Großteil der Spannungen, die in Bezug auf die Sprache entstehen, manifestieren sich in der doktrinären und intellektuellen Teilmenge. Viele in der Region Donezk befürchten, dass viele der russischsprachigen Schulen dort schließlich durch ukrainischsprachige ersetzt werden, da die ukrainische Politik einen größeren Einfluss auf die ukrainische Politikgestaltung gewinnt. Während einige in der Ostukraine eine moderate Ukrainisierung unterstützen, ist die Unhöflichkeit ukrainischer Nationalisten in Fragen der Beschränkung der russischen Sprache oft selbst der Schuldige, was zu einer Reaktivität unter russischsprachigen Ukrainern führt. Sprachimplementierungen neigen auch dazu, mit der historischen Revision zusammenzufallen, und die Absicht einer eventuellen Ukrainisierung hat bereits viel davon verändert, wie Geschichte erklärt wird. In Lehrbüchern wurden frühere pro-russische Perspektiven auf die Geschichte in anti-russische Perspektiven transformiert. Diese Grobheit in der Handhabung des Übergangs, kombiniert mit unverhohlenem Revisionismus, wird nur weiterhin pro-russischen Widerstand gegen die Ukrainisierung provozieren.

Die ukrainische Sprache selbst unterscheidet sich nicht wesentlich von Russisch. Diese Tatsache wirkte sich während der Sowjetzeit zugunsten der Russifizierungspolitik aus und kann den gegenwärtigen Ukrainisierungsprozess unterstützen. Ein weiteres

Element, das ins Bild gekommen ist, ist Englisch. Ukrainischsprachige in der Ukraine sind besorgt über das provinzielle Element, das mit dem Sprechen von Ukrainisch einhergeht, und wie dies den Wunsch jedes Studenten oder Berufstätigen behindern könnte, im Ausland voranzukommen, wo ein Verständnis der englischen Sprache die Tür zu mehr Karrieremöglichkeiten öffnet.

Angesichts der Geschichte der Ukraine wird es schwierig, den langjährigen Kampf zwischen Russen und Ukrainern einfach als ethnischen Kampf zu bezeichnen. Denn sowohl Ukrainer als auch Russen sind ostslawischer Herkunft. Darüber hinaus haben viele Genetiker festgestellt, dass es keinen erkennbaren Unterschied zwischen einem ethnischen Russen und einem ethnischen Ukrainer gibt, wenn es um DNA geht. Daher müssen die Unterschiede zwischen ihnen auf die kulturelle Ebene beschränkt werden, hauptsächlich in Bezug auf Sprache und Religion. Aber angesichts dessen bestehen die Ukrainer darauf, dass diese Unterschiede eine ethnische Unterscheidung implizieren. Die Russen haben jedoch historisch geglaubt, dass dies nicht der Fall ist. In einem ethnischen Konflikt würden wir einfach annehmen, dass eine Seite des Konflikts aufgrund genetischer Unterschiede zwischen den beiden gegen die andere gezogen wird, die natürlich neben anderen Faktoren Vorrang haben. Aber was Russen und Ukrainer betrifft, haben wir hier eine Seite, die glaubt, dass sie sich biologisch von Russen unterscheidet, und die andere Seite, die glaubt, dass es keinen biologischen Unterschied gibt. Im russisch-ukrainischen Konflikt wird es komplizierter, weil in der Ukraine Ukrainer gegen Ukrainer stehen. Es gibt Ukrainer, die sich ethnisch von Russen unterscheiden (diese sind eher in der West- und Zentralukraine anzutreffen), und es gibt Ukrainer, die sich ethnisch nicht von Russen unterscheiden (diese sind eher in der Ost- und Südukraine anzutreffen). Somit passt die letztere Ansicht zu der Ansicht eines pro-russischen Separatisten, der

gegen die ukrainische Regierung kämpft. Wenn man all dies berücksichtigt und versucht, sich einen eher technischen Standpunkt zu bilden, müsste ein Ukrainer im Unterschied zu einem Russen jemand sein, dessen angestammter Hintergrund immer auf dem Gebiet der heutigen Ukraine liegt. Dies ist normalerweise die Hauptprämisse, die verwendet wird, um Behauptungen über die ukrainische Unterscheidung zu untermauern. In der heutigen Ukraine gibt es jedoch diese Verschmelzung ostslawischer Völker, die von Russen abstammen, die während der Zarenzeit aus Russland eingewandert waren, gemischt mit ostslawischen Völkern, die seit der Zeit der Kiewer Rus dauerhaft in der Ukraine ansässig waren. Dieses Layout macht es schwierig, einen echten Ukrainer aus einem Ukrainer zu extrahieren, der von Russen abstammt, die in die Gegend eingewandert sind. Dies könnte der Grund dafür sein, dass „Sprache" zunehmend als wichtigstes Identitätsmerkmal betont wird. Andernfalls müsste die Ukraine, um Ordnung in dieses Chaos von Russen und Ukrainern zu bringen, die im Laufe der Zeit so eng miteinander verflochten sind, eine Volkszählung in dieser Angelegenheit durchführen, die jene Ukrainer erfasst, deren Abstammung zu einer dauerhaften Ansiedlung in der Ukraine geführt hat. Durch das Sammeln und Bestätigen solcher Ukrainer hätte die Ukraine – zumindest auf diese Weise – immer die Möglichkeit, sich Zugang zu den grundlegenden Grundlagen ihrer Geschichte zu verschaffen. Dies natürlich für den Fall, dass sich die ukrainische Kultur, Sprache und Distinktionsansprüche vollständig auflösen, wenn sie vollständig von der russischen Kultur absorbiert werden.

Rückblickend hatte Bohdan Khmelnytskys schicksalhafte Entscheidung, die Ukraine 1654 unter den Schutz Moskaus zu stellen, historische Implikationen, die die Ukraine auf einen langsamen Weg zur vollständigen Assimilation in den kulturellen und sprachlichen Rahmen Russlands brachten. Dies stellt das

Erbe Chmelnyzkyjs in Frage. Der Kosakenaufstand, den er im 16. Jahrhundert inszenierte, war größtenteils eine Reaktion auf den damals in der Ukraine vorherrschenden ukrainischen griechischen Katholizismus. Und die Kosaken versuchten während des Aufstands immer wieder, die griechisch-katholische Kirche abzuschaffen. Es ist auch wahrscheinlich, dass das Festhalten der Kosaken an der östlichen Orthodoxie eine große Rolle bei Khmelnytskys Entscheidung spielte, die Ukraine unter den Schutz des zaristischen Russland zu stellen. Während Bohdans Handlungen dazu führten, dass die Ukraine die Unabhängigkeit vom polnisch-litauischen Commonwealth erlangte, hatte seine Entscheidung, die Ukraine unter russischen Schutz zu stellen, verheerende Folgen für die unierte Kirche und die zukünftigen Ansprüche der Ukraine auf Unabhängigkeit und Souveränität. Es entfesselte Jahrhunderte religiöser Unterdrückung, die von der orthodoxen Kirche gegen ukrainische griechische Katholiken orchestriert wurden. Dies zusammen mit der Tatsache, dass Russland und die kosakische Gemeinsamkeit der Orthodoxie es dem russischen intellektuellen Diskurs leicht machten, die Absichten von Chemlnytskys Entscheidung, die Ukraine mit Russland im Vertrag von Perejaslaw von 1654 zu verbünden, zu verschmelzen.

Kapitel 10: Anthonys Vertrag

Um Frieden in die Ukraine zu bringen und den aktuellen russisch-ukrainischen Konflikt zu beenden, müssen Anstrengungen unternommen werden, um die ukrainische Regierung davon zu überzeugen, die Blockierung des Wasserflusses zur Krim einzustellen. Im Gegenzug soll Russland dem Abzug aller russischen Truppen aus der Donbass-Region zustimmen. Die prorussischen Kämpfer dort sollen auf Ansprüche auf die Oblaste Donezk und Luhansk verzichten und auch von der ukrainischen Regierung Amnestie erhalten. Die ukrainische Regierung würde der russischen Sprache auch einen vorübergehenden „Sonderstatus" in der Donbass-Region geben, mit der Absicht, dass die ukrainische Sprache die russische Sprache während eines Prozesses, der 500 Jahre dauern würde, langsam auslaufen lassen würde. Russland sollte den Separatistenkämpfern auch den Flüchtlingsstatus und Renten gewähren, falls sie sich entscheiden sollten, die Ukraine nach Russland zu verlassen. Ein weiterer Aspekt dieses Plans sollte darin bestehen, dass die Ukraine ihre Neutralität bekräftigt und ihre Pläne für einen NATO-Beitritt aufgibt. Die Aktionen der NATO-Streitkräfte im Nahen Osten während der ersten zwei Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts müssen als einer der Faktoren hervorgehoben werden, die zu erhöhten Spannungen zwischen der Ukraine und Russland geführt haben. Auch die Tatsache, dass die NATO die überwiegende Mehrheit ihrer Verbündeten in großen Konflikten in den letzten Jahren militärisch im Stich gelassen hat, sollte die Ukraine weiter davon abhalten, eine NATO-Mitgliedschaft und ein Militärbündnis mit den USA anzustreben. Angesichts der Zusicherungen, dass die Ukraine beabsichtigt, neutral und unabhängig zu bleiben, sollte von Russland erwartet werden, dass es die Aggression über seine Politik in der Ukraine reduziert und offen für Vereinbarungen bleibt, in denen Russland die Unabhängigkeit der Ukraine

respektiert. Die einzige Bedingung, die für dieses Abkommen gelten sollte, ist, dass die Ukraine ein Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 40 Jahren vermeidet. Wenn die Ukraine dies wünscht, kann sie Handels- und Wirtschaftsabkommen mit den USA anstreben oder aufrechterhalten. Die Ukraine kann auch militärische Allianzen mit westeuropäischen Ländern eingehen, die Russland derzeit nicht feindlich gesinnt sind. Als Gegenleistung dafür, dass die Ukraine diese Maßnahmen ergreife, würde Russland einem Referendum zustimmen, das alle 10 Jahre auf der Krim abgehalten wird, damit die Menschen dort entscheiden können, welchem Land sie angehören wollen, der Ukraine oder Russland. Sollte ein Referendum zugunsten der Ukraine stimmen, würde Russland einem Abzug seiner Truppen aus der Region zustimmen. Und umgekehrt würde die Ukraine Russland erlauben, die Krim zu beanspruchen, wenn ein Referendum dafür stimmen würde, dass die Krim Russland beitritt. Dies sollte Teil eines 100-Jahres-Plans sein, in dem das abschließende Referendum die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen würde. Im Gegenzug würde die Ukraine die Legitimität des 2014 abgehaltenen Referendums als völkerrechtlich und rechtlich neutral anerkennen und auch die Verantwortung für ihre Rolle bei der Unterbrechung der Wasserversorgung der Krim übernehmen und damit die Stabilität der gesamten Region gefährden. Wenn keine Amnestie gewährt wird, werden sich die pro-russischen Kämpfer des Terrorismus schuldig bekennen, weil sie gewaltsame Mittel eingesetzt haben, um die Sezession in Gebieten durchzusetzen, in denen Beamte dort nicht zugestimmt haben, ein Referendum abzuhalten. Sie werden eine Höchststrafe von 10 Jahren Exil in Russland akzeptieren, wo sie eine Rente von der russischen Regierung erhalten würden. Russland würde die Verantwortung für die Verletzung von Waffenstillstandsvereinbarungen während des gesamten Konflikts übernehmen. Aufgrund der systemischen

Gefahren, die mit Protesten einhergehen, wie z. B. Bereitstellung einer Plattform für gewalttätige Separatisten zur Rechtfertigung von Terrorismus, sollte die ukrainische Regierung die Steuern in der Ukraine vorübergehend erhöhen, um zur Deckung der durch Demonstranten verursachten Schäden beizutragen. Damit sollen auch zukünftige Massenproteste verhindert werden, die die Stabilität der gesamten Region und die Sicherheit der Bevölkerung gefährden. Die UN sollte alle NATO-Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt aufheben, da die NATO versucht hat, Russland mit Drohungen zu provozieren, die auf nicht überprüfbaren Beweisen für Russlands Absicht basieren, in die gesamte Ukraine einzudringen. Seit 2016 gibt es einen stetigen, wenn auch langsamen Schritt hin zu einer verbesserten Stabilisierung in der Ostukraine. NATO-Propaganda und Drohungen gegen Russland dienten nur dazu, den Stabilisierungs- und Friedensprozess zu ersticken.

An der Heimatfront sollte die Ukraine danach streben, etwaige Spannungen zwischen ukrainisch- und russischsprachigen Personen in der Ukraine beizulegen. In der Vergangenheit hat die Regierung versucht, Menschen zu vereinen, indem sie Erlasse durchsetzte, die versuchten, Menschen unter einer Religion oder Sprache zu gruppieren. Diese Taktik ist weitgehend fehlerhaft, da das Zwingen von Menschen zu einer Form des kulturellen Ausdrucks an sich schon eine Form der Diskriminierung ist. Widerstand ist also zu erwarten. Andererseits würde die Einführung eines zweisprachigen Systems einen großen Teil der ukrainischen Staatsangehörigen provozieren und sollte vermieden werden. Den Schulen sollte jedoch die Befugnis eingeräumt werden, zu entscheiden, ob sie Russisch als Zweitsprache anbieten oder nicht. Und wie bereits angedeutet, sollte dies mit einem Plan zusammenfallen, die russische Sprache in einem Prozess, der 500 Jahre dauern würde, auslaufen zu lassen. Das heißt, wenn bis zum 499. Jahr Russisch in der Ost- und

Südukraine immer noch weit verbreitet ist, kann der ukrainische politische Apparat ein Mandat für die ukrainische Sprache erteilen, um den Gebrauch des Russischen bis zum Ende dieses 499. Jahres vollständig einzustellen, oder er kann entscheiden, dies zu verlängern die Frist durch ein Abstimmungsverfahren.

Der Schlüssel zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage in der Ukraine liegt weniger in der Förderung der Harmonie als vielmehr in der Berechenbarkeit. Jeder in der Ukraine sollte ein gewisses Maß an Vertrauen haben, dass er vernünftigerweise in der Lage sein wird, vorherzusagen, wohin ihn sein gewählter Lebensweg führen wird und wie das politische Klima in diesem Zeitraum sein könnte. Die Ukraine sollte auch erfolgreiche Privatunternehmer durch die Medien ermutigen und fördern, ob russischsprachige oder ukrainischsprachige, da beide einen großen Einfluss auf die Förderung der inneren Stabilität in der Ukraine haben werden. Sie bieten auch Inspiration für andere, die ähnliche wirtschaftliche Ziele verfolgen. Beide Seiten, Mehrheit und Minderheit, müssen sich darauf einigen, dass der gewalttätige Separatismus unter Kontrolle gehalten werden muss. Die breite Öffentlichkeit muss sich auch darüber im Klaren sein, dass eine zukünftige Kundgebung gegen ihre lokale Regierung es gewalttätigen Separatisten ermöglichen könnte, ihr Ziel zu stehlen und alle Beteiligten zu gefährden.

Die Ukraine muss auch Maßnahmen ergreifen, um Männern den Zugang zur Institution Ehe zu erleichtern. Ein Großteil des gewalttätigen Separatismus ist entweder durch einen Mangel an romantischer Erfüllung oder durch das Vorherrschen häuslicher Konflikte motiviert. Aus diesem Grund muss die ukrainische Regierung anfangen, auf Eheschließungs- und Scheidungsraten sowie Fälle von häuslicher Gewalt zu achten. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in der Ukraine ist gewaltfrei. Viele leben in Dörfern und genießen das ruhige, berechenbare Leben. Dies sollte die ukrainische Kultur weiterhin prägen.

Ein weiterer Schlüssel zur inneren Stabilisierung der Ukraine besteht darin, zu beobachten, wie die Menschen ihre positiven und negativen Interaktionen in ihrer unmittelbaren Umgebung wahrnehmen. Fühlen sich Russischsprachige in der Ukraine in ihrem Alltag diskriminiert oder ausgegrenzt? Fühlen sich Ukrainischsprachige in ihrem Alltag diskriminiert oder ausgegrenzt? Diskriminierung kann in vielen Fällen Wahrnehmung sein. Eine Lösung dafür besteht also nicht immer darin, zu korrigieren, wo sich die Person diskriminiert fühlt. In vielen Fällen liegt der Schlüssel darin, zu ändern, wie die Person ihre Interaktionen wahrnimmt. Ein Beispiel ist ein ukrainisch sprechender Ukrainer, der die Straße entlang geht und bemerkt, dass ein russisch sprechender Ukrainer, der vorbeigeht, ihn mit einem strengen und missbilligenden Blick anstarrt, während er ihm ein abfälliges Wort auf Russisch zuruft. Der ukrainischsprachige Ukrainer kann diese Interaktion als ethnisch konnotiert wahrnehmen und sich anschließend den Gedanken erwägen, dass es ein umfassenderes Problem der Diskriminierung und des Hasses von russischsprachigen Ukrainern gegenüber ukrainischsprachigen Ukrainern gibt. Je nachdem, wie gekränkt die Person ist, kann der ukrainischsprachige Ukrainer durch diese eine Interaktion so weit gehen, dass er seine gesellschaftliche Einstellung hin zu militanter Feindseligkeit gegenüber russischsprachigen Ukrainern ändert. Diese Wahrnehmung kann weit über Blicke und Worte hinausgehen, die in der Öffentlichkeit ausgetauscht werden, sie kann am Arbeitsplatz bei Entlassungen, unfairen Beförderungen usw. auftreten. Sie kann in Schulen auftreten, in denen Mobbing auftritt. Auch in Liebesbeziehungen kann sich eine Person infolge des Scheiterns der Liebesbeziehung radikalisieren, wenn Elemente der russischsprachigen Ukrainophilie im Spiel waren. Die ukrainische Regierung muss diese Details ihrer Gesellschaft als Faktoren nutzen, die die Aufrechterhaltung des ukrainischen Lebens beeinflussen. Im

Moment sind sich Ukrainisch- und Russischsprachige des Konflikts bewusst, bei dem es sowohl um pro-russische Separatisten im Donbass als auch um die pro-russische ukrainische Unterstützung für Russlands Annexion der Krim geht. Aus diesem Grund könnten viele Ukrainer ihre Interaktionen mit denen, die die andere Sprache sprechen, als eine Art ethnische Konnotation wahrnehmen. Während der Konflikt eskaliert, wird es für Einzelpersonen in der Ukraine fast unmöglich, ihre Interaktionen mit nicht ukrainisch sprechenden Ukrainern von dem größeren ethnischen Konflikt zu trennen. Eine Umfrage, die erfasst, wie Ukrainer ihre täglichen Interaktionen mit russischsprachigen Personen wahrnehmen und umgekehrt, ist eine praktikable Lösung. Die Anzeige der Ergebnisse in unterschiedlichen Abständen würde es der ukrainischen Regierung ermöglichen zu wissen, ob sie entweder Maßnahmen ergreifen muss, um die Diskriminierungswahrnehmung zu verringern, oder, falls die Umfrage eine Verringerung der Diskriminierungswahrnehmung der Bevölkerung zeigt, mit der von ihrer Politik eingeschlagenen Richtung fortfahren muss. Der Schlüssel liegt darin, die Wahrnehmung ethnischer Konnotationen sowohl in den positiven als auch in den negativen Interaktionen, die typischerweise im ukrainischen Alltagsleben auftreten, zu eliminieren. Das ist nach einem großen Schisma sehr schwierig. Wenn die Wahrnehmung von Diskriminierung zunimmt, kann die ukrainische Regierung vielleicht die tatsächliche Diskriminierung untersuchen. Aber es muss so geschehen, dass die ukrainische Regierung nicht als voreingenommen wahrgenommen wird. Vor 2004, als die Orange Revolution stattfand, war die überwiegende Mehrheit der Ukraine stark darauf ausgerichtet, die russischsprachige Bevölkerung zu besänftigen. Damit wurde Kutschma zum Präsidenten der Ukraine gewählt, nicht nur einmal, sondern zweimal als pro-russischer Kandidat. 2014 wählten die Ukrainer den pro-russischen

Kandidaten Viktor Janukowitsch an die Macht, selbst nach 2004 und der anschließenden Orangenen Revolution, als viele in der Ukraine glaubten, sein damaliger Wahlsieg sei manipuliert. Was wir also in der Ukraine haben, sind 3 Dynamiken, die dazu geführt haben, wo sie sich jetzt im Jahr 2021 befindet – getrübt durch einen gewalttätigen separatistischen Konflikt, der in der Ostukraine stattfindet. Im Jahr 2004, nach zwei Amtszeiten eines pro-russischen Kandidaten, ist es leicht zu vermuten, dass die Mehrheit der Ukrainischsprachigen in der Ukraine diese Vorstellung von Separatismus zwischen sich und dem russischsprachigen Teil der Ukraine hinter sich gelassen hat. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus möglich, dass die weit verbreitete öffentliche Reaktion auf Vorwürfe des Wahlbetrugs gegen den pro-russischen Kandidaten Wiktor Janukowitsch überhaupt keine ethnische Konnotation hatte. Dies war jedoch nicht die Wahrnehmung der russischsprachigen Minderheit in der Ukraine, selbst nachdem für zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten ein Pro-Russe an die Macht gewählt worden war. Sie würden die Mainstream-Empörung über die Wahlergebnisse immer noch als Teil eines größeren Problems des ukrainischen Nationalismus und des Hasses ukrainischsprachiger Personen auf russischsprachige Personen sehen. Dann drohten sie mit der Föderalisierung des östlichen Teils der Ukraine. Dies wiederum würde den ukrainischen Nationalismus provozieren. Nichtsdestotrotz folgte auf die Orange Revolution und den pro-russischen Antagonismus gegen die Mainstream-Ukraine die Wahl von Viktor Janukowitsch im Jahr 2010. Dies hellte jedoch die Wahrnehmung der russischsprachigen Ukrainer nicht auf – eine Wahrnehmung, die behauptete, die Mainstream-Ukraine sei nicht bereit, ihnen entgegenzukommen. Unterdessen versetzten separatistische Drohungen in russischer Sprache nach den Wahlprotesten von 2004 den ukrainischen Nationalismus bereits in höchste Alarmbereitschaft. Diese Dynamik spitzte sich zu, als Viktor

Janukowitsch unter russischem Einfluss die Ukraine aus einer EU-Wirtschaftspartnerschaft zugunsten eines auf Russland ausgerichteten Abkommens zurückzog. Russland war bereits in Alarmbereitschaft, nachdem es die ungehinderte Politik der NATO im Nahen Osten beobachtet hatte (insbesondere bei der Hilfe beim Sturz von Gaddafi in Libyen und beim Versuch, beim Sturz von Assad in Syrien zu helfen) und versuchte dann, Maßnahmen zu ergreifen, um die ukrainische Politik gegen mögliche Partnerschaften mit der EU, der NATO, zu beeinflussen oder die USA. Jetzt sind sich in der Ukraine beide Seiten der ethnischen Konnotation bewusst, die über dem Leben und der Politik in der Ukraine hängt, und die extremistischen Gruppen haben sich Protestbewegungen angeschlossen und warten auf den richtigen Moment, um Gewalt anzuwenden und das Schisma zu beenden. Wir haben die russischsprachige Ukraine, die auf ihre Wahrnehmungen reagiert, den ukrainischen Nationalismus, der auf russischsprachige separatistische Drohungen reagiert, und Russland, das auf die NATO-Politik im Nahen Osten reagiert, zusammen mit ihrer Provokation Russlands. Alle drei Dynamiken würden die Gefühle der Mehrheit der Ukrainer, die nie nach gewalttätigen Konflikten Ausschau halten, auf den Kopf stellen. Und jetzt muss die gesamte Ukraine die Realität dieser ethnischen/sprachlichen Dynamik akzeptieren, die über allen Aspekten ihres täglichen Lebens und ihrer Interaktionen schwebt, und die Möglichkeit, dass dies zu einem Katalysator wird, der jeden von ihnen weiter in seine jeweilige Seite des Schismas drängt.

Historisch gesehen war es für Minderheitengruppen immer einfach, Unterdrückung zu erkennen, selbst in Zeiten, in denen es keinen Beweis für einen größeren Trick der Mehrheit gab, sie zu diskriminieren. Vielleicht macht sie eine standardmäßig verletzliche Position als „Minderheit“ in die Einflussnahme separatistischer Ideen eingeweiht, oder es könnte sein, dass sie in

Kombination mit der zugrunde liegenden Geschichte zwischen dem, was die Mehrheit ausmacht, und dem, was die Minderheit ausmacht, es wahrscheinlicher macht, dass sie sich darauf einlassen ethnozentrische Aktivitäten. Die Geschichte kann sicherlich prägen und formen, wie eine Gruppe das Leben angeht. Wir sehen jedoch, dass Minderheitengruppen in der Vergangenheit selten davor zurückgeschreckt sind, Vorteile daraus zu ziehen, wie die Aktionen einer größeren oder stärkeren Einheit gegen eine schwächere oder kleinere Einheit die stärkere oder größere Einheit nachteilig beeinflussen würden. Die von der dominanten Gruppe empfundene Beklommenheit, darauf zu achten, einer kleineren Gruppe nicht den Ruf eines Mobbers aufzuzwingen, kann als Aufforderung an die kleinere Gruppe empfunden werden, die Würfel zu rollen, um zu sehen, wie viel sie daraus herausholen können. Bis die Grenze entdeckt wird, hat die größere Gruppe normalerweise bereits reagiert, sodass es für die kleinere Gruppe zu spät ist, ihre Verluste zu begrenzen. Natürlich wird dieser Akt des Glücksspiels normalerweise von Ethnozentrikern inszeniert, die es geschafft haben, ihre eigene Bevölkerungsgruppe dafür zu beschämen, dass sie versucht, sich in den größeren Rahmen der Gesellschaft einzufügen, und sie tun dies oft, indem sie auf historische Beispiele verweisen, die nationalistisch sind oder Separatisten Glauben schenken Argumente. Aus diesem Grund halten Minderheitengruppen insgesamt eher an der ethnozentrischen Perspektive fest, selbst angesichts von Beweisen, die gegen die Notwendigkeit einer solchen Haltung sprechen würden. Weil dies der Fall ist, verschließen sie eher die Augen vor separatistischen oder gewalttätigen Elementen, die im Schatten ihrer eigenen Gemeinschaft lauern.

Es erfordert enorme Anstrengungen für eine Gesellschaft, insbesondere eine vielfältige, um einen Punkt zu erreichen, an dem Interaktionen, sowohl positive als auch negative, selten eine

ethnische Konnotation hervorrufen würden.

Wenn die dominante Gruppe eine versöhnliche Haltung gegenüber dem bürgerlichen und gemeinschaftlichen Leben einnimmt, geschieht dies niemals, um eine kleinere Gruppe voranzubringen. Der Grund dafür ist in vielen Fällen, ihre Gesellschaft auszubalancieren, wo Unterschiede keine Priorität in ihrem täglichen Leben haben, wodurch der Gesellschaft eine größere Einzigartigkeit verliehen wird. Als der Fortschritt in Richtung dieser Dynamik auf den Kopf gestellt wurde, begannen ethnische Unterschiede über allen Interaktionen des täglichen Lebens zu schweben. Die Menschen beginnen weniger zu glauben, dass negative Interaktionen, denen sie begegnen, keinen ethnischen Hintergrund haben, der sie beeinflusst. Angesichts dessen, was sich in den letzten 15 Jahren in der Ukraine abgespielt hat, ist es ziemlich plausibel, dass russischsprachige Ukrainer anfangen werden, kulturelle Vorurteile auf Schritt und Tritt zu spüren, selbst auf den leisesten Blick. Sie gehen in Lemberg in Restaurants und fragen, ob die Kellnerin Russisch spricht, worauf die Kellnerin mit „Ja" antwortet, aber gleichzeitig mit den Augen verdreht, was den Gast zu der Annahme verleitet, dass die Kellnerin eine kulturelle Voreingenommenheit hatte, nur weil sie sie gerollt hat Augen. Ein weiteres Beispiel ist eine Gruppe russischsprachiger Freunde in einem Park in Kiew, die Russisch sprechen, und eine andere Gruppe ukrainischsprachiger Personen belauscht sie, steht auf und geht, was die russischsprachige Gruppe zu der Annahme veranlasst, dass sie wegen ihres russischen Dialekts gegangen sind. Es könnte aber auch sein, dass die andere Gruppe einfach zu einer bestimmten Zeit irgendwo sein und zu dieser Zeit abreisen musste, was zufälligerweise zur gleichen Zeit war, als die russischsprachige Gruppe gerade ankam oder anfing, Russisch zu sprechen. Wenn ethnische Ansichten vorherrschen, wird letztere Möglichkeit nicht mehr in Betracht gezogen.

Vor den Feindseligkeiten war es ziemlich offensichtlich, dass die Ukraine sich mit pro-russischsprachigen Ukrainern an der Spitze ihrer Regierung wohlgefühlt hatte. Selbst im Hintergrund lauernde ukrainische Nationalisten wurden weitgehend auf Distanz gehalten. Jetzt, da russischsprachige ukrainische Separatisten dazu beigetragen haben, den ukrainischen Nationalismus zu schaffen, muss der Rest der Ukraine durch das Leben navigieren und diese Spaltung bei allem, was sie tun, im Hinterkopf behalten und vorsichtig vorgehen, wenn sie auf jemanden stoßen, der Russisch spricht oder, falls sie Russisch sprechen, hat Sei vorsichtig, wenn du jemanden triffst, der Ukrainisch spricht.

Im Moment geht es nicht einmal mehr um Kultur. Es geht darum, das Blutvergießen zu stoppen, egal in welcher Sprache. Es ist wahrscheinlich, dass, sobald die Kämpfe aufhören, der Separatismus fortbestehen wird und die Ukrainer das Gefühl haben werden, nicht mehr in einem Land zu leben. Die einzige Hoffnung sind dann sowohl ukrainischsprachige Ukrainer, die den ukrainischen Nationalismus in Schach halten können, als auch russischsprachige Ukrainer, die den prorussischen Nationalismus in Schach halten können.

Es gibt eine lange Geschichte zwischen Russisch und Ukrainisch, und man kann sie als Faktor in diesem nie endenden Konflikt nicht ignorieren. Die wirkliche Tragödie ist jedoch, dass die Ukraine nie neu anfangen, aufräumen und vorwärts gehen durfte, weil der große Bruder immer eingreifen muss. Vielleicht kann uns die Geschichte einen Gefallen tun, wenn Tausende von russischen Truppen Übungen an der ukrainisch-russischen Grenze durchführen und Tausende von NATO-Kämpfern und ukrainischen Truppen auch in der Ukraine. Sollte dies seinen unglücklichen Verlauf fortsetzen und sein wahrscheinliches Ende sehen, nennen Sie dies bitte nicht Völkermord. Nennen Sie es, was es ist und was es schon immer war, reiner, unverfälschter

Brudermord.

Epilog

Wolodymyr Selenskyj wurde 2019 zum ersten jüdischen Präsidenten der Ukraine gewählt, was ziemlich bemerkenswert ist, wenn man bedenkt, dass viele Kritiker der Ukraine glauben, dass das Land eine lange Geschichte des Antisemitismus hat. In gewisser Weise hat es Fälle dafür gegeben. Während des Khmelnytsky-Aufstands, der im Wesentlichen der Ursprung der ukrainischen Staatlichkeit war, wurden Juden gezielt angegriffen und einige von ihnen getötet, weil sie von der Bauernklasse als Unterdrücker wahrgenommen wurden. Und natürlich haben während des Zweiten Weltkriegs viele ukrainische Führer mit den Nazis bei der Verfolgung der Juden zusammengearbeitet. Es ist durchaus üblich, dass ein auslösender Faktor, wie der Vorwurf, einen unfairen Vorteil in Handel, Wissenschaft und Regierung zu haben, Juden auferlegt und von denen als Rechtfertigung verwendet wird, die unnachgiebig zum Antisemitismus neigen. Aber selbst wenn dies in einigen Aspekten der ukrainischen Geschichte der Fall ist, haben die Ukrainer seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 vielleicht ein noch stärkeres leistungsorientiertes Element innerhalb ihres eigenen Landes angewandt als Frankreich, da die Ukrainer vor der Wahl von Selenskyj 2 kein Problem hatten. Russische Präsidenten in Kutschma und Janukowitsch an die Macht zu wählen. Auch dies ist angesichts des historischen Hintergrunds bemerkenswert, der eine langjährige Unterdrückung der ukrainischen Kultur durch die russische Kultur war. Diese Ermahnung bedeutet nicht, dass die Ukraine rückhaltlos ist oder die Tatsache vergisst, dass ein authentischer ukrainischer kultureller Ausdruck längst überfällig ist. Was es zeigt, ist, dass die Ukraine sich als weitaus fortschrittlicher und leistungsorientierter erwiesen hat als vielleicht jedes andere Land in ganz Europa, indem sie auswählt, wen sie für den Job am besten hält, unabhängig von ethnischem

Hintergrund oder Glaubensbekenntnis. Vielleicht ist die ukrainische Sprache so zentral für die Existenz, das Überleben und die Staatlichkeit der Ukraine, dass jeder, der sie sprechen sollte, auch als vollständig ukrainisch angesehen würde.

Ein weiterer Faktor, der in Bezug auf Selenskyjs Wahl zum Präsidenten der Ukraine auffällt, ist, dass er vor seiner Wahl Komiker war und in der ukrainischen Sitcom „Diener des Volkes" mitspielte, in der es um einen Lehrer geht, der versehentlich Präsident wird. Die Ukraine zeichnet sich hier dadurch aus, dass sie sich für einen Führer entscheidet, der eine entwaffnende, sorglose Aura ausstrahlt, im Gegensatz zu der allgemeinen Tendenz der Nationen, einen zu suchen, der sich als stark und durchsetzungsfähig präsentiert. Dies ist ein fortschrittlicher Schritt der Ukraine. Selenskyj hat nicht nur die Wahl gewonnen, er hat einen Erdrutschsieg errungen. Und diese Abkehr vom typischen starken Anführer könnte darauf zurückzuführen sein, dass ein Muster dieser „starken" Typen, die immer wieder in Korruption verfallen, es geschafft hat, wo ein Komiker Selbstvertrauen gewinnen konnte, um nicht in diesen Aspekt der Korruption zu geraten. In gewisser Weise macht es Sinn. Wenn das Gehen in eine Richtung ein ähnliches Ergebnis liefert, ist der nächste logische Schritt, die andere Richtung zu versuchen. Die Ukraine hat sich schnell angepasst, das ist sicher. Wenn Zelensky vermeiden kann, in kulturelle Vorurteile eingeweiht zu werden, kann er die Ukraine auf den Weg zu wahrer Meritokratie und Progressivismus führen. Aber wenn er ethnozentrischen rechtsextremen jüdischen Gruppen nachgibt, die wollen, dass er eine stärkere Verbindung zu seiner ethnischen Herkunft herstellt, könnte dies Antisemitismus auslösen. So geschah es, als Janukowitsch Präsident war – er gab dem pro-russischen Element nach und entfachte eine anti-russische Perspektive unter den Ukrainern. Dies geschah auch in den Vereinigten Staaten und verursachte dort sowohl demographisch als auch politisch eine

große Kluft. Barack Obama, der 2008 zum ersten afroamerikanischen Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, gab später seine rein amerikanische Methode auf, alle Amerikaner anzusprechen, und gab den Forderungen der ethnozentrischen schwarzen Gemeinschaft nach, die darauf bestand, dass er sich ihrer Bewegung anschloss. Jetzt ist Amerika unwiederbringlich gespalten. Die Ukraine kann sich selbst heilen, wenn Zelensky seine Anziehungskraft auf alle Ukrainer aufrechterhält, unabhängig von Rasse oder kulturellem Hintergrund. Aber was die Sprache betrifft, so muss eine gewisse Neigung vorhanden sein, die ukrainische Sprache zu unterstützen. Dies würde die Ukraine auf den Weg zu wahrer Unabhängigkeit und Souveränität bringen und die Nation auch vor äußeren Kräften schützen. Ein Hauptgrund, warum Russland ab Anfang 2022 erheblichen Einfluss ausüben kann, ist die Spaltung zwischen russischsprachigen und ukrainischsprachigen Personen, und um die Ausbreitung dieser Spaltung in der Ostukraine einzudämmen, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung, um alle Ukrainer unter einem Dach zu vereinen. Dies würde ein Nachlassen der antirussischen Stimmung erfordern. Und die Bedeutung sowohl pro-russischer als auch pro-ukrainischer Ansichten im Leben der alltäglichen Ukrainer herunterzuspielen. Dies ist zwingend erforderlich, denn Spannungen zwischen Pro-Russen und Pro-Ukrainern zuzulassen, indem diesen Gefühlen Glauben geschenkt wird, erhöht nur die Wahrscheinlichkeit, dass die Ost- und Südukraine in die Domäne der Russischen Föderation fallen. Selenskyj muss die Ukrainer dazu drängen, ihren Alltag zu meistern, ihr Leben zu leben und Ziele zum Wohle des Einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft zu verfolgen. Die Betonung der Bedeutung von Wirtschaft und Innovation kann den Heilungsprozess unterstützen und die Ukraine vor Kritikern ihrer Souveränität stärken, aber auch verhindern, dass sich andere Teile der Bevölkerung als Volk belagert fühlen.

Juden in der Ukraine geht es besser als Juden in anderen europäischen Ländern, da Juden in der Ukraine heute keine nennenswerten Gewalttaten oder Verurteilungen aufgrund der Politik des Staates Israel erleben. Die Ukraine hat tatsächlich gegen eine Anti-Israel-Resolution gestimmt, die dem UN-Menschenrechtsrat vorgelegt wurde. Dennoch kritisieren viele die Ukraine weiterhin dafür, dass sie nicht genug tut, um ihre frühere Rolle bei der Ausübung antisemitischer Gewalt an wichtigen Wendepunkten in ihrer Geschichte, wie etwa während des Holocaust, anzuerkennen. Nicht nur das, viele sind erstaunt über die Tatsache, dass die Ukraine in den letzten Jahren auf die Feier der Ukrainer gedrängt hat, die mit den Nazis zusammengearbeitet haben, um Stalins Brutalität und Massenmord an Ukrainern zu entkommen, aber nur von den Nazis verfolgt und vernichtet wurden die Juden während des Holocaust halfen hier.

Selenskyjs Vorteil, sowohl ukrainisch als auch russischsprachige Menschen anzusprechen, rührt zum großen Teil von seinem russischsprachigen Erbe her, das er im Südosten der Ukraine geboren hat, sowie von der Tatsache, dass er die ukrainischen Regierungstruppen im Donbass unterstützt hat. Kombinieren Sie dies mit seiner jüdischen Ethnizität und er wird zu einem erstklassigen Kandidaten für die Förderung des Friedens in der Ukraine, der in der Lage ist, sich auf eine vielfältige Bevölkerung zu beziehen, während er als neutrale Komponente auftritt, die Objektivität gegenüber Beschwerden von beiden Seiten erwartet. Auf diese Weise kann er indirekt an Russland appellieren, ohne den Eindruck einer Niederlage zu erwecken, was in einigen Köpfen Schwäche bedeutet, und schließlich einen Weg zum Frieden ebnen, indem er eine russische Aggression diplomatisch abschreckt, ohne die russischsprachige Bevölkerung zu verärgern, die Ukraine aus der Ukraine zu drängen größere Bevölkerungsgruppe der Ukrainer. Ab 2022 verlief seine Amtszeit nicht perfekt, da Russland am 21. Februar 2022 die

Unabhängigkeit sowohl der Volksrepublik Lugansk als auch der Volksrepublik Donezk anerkannte, hauptsächlich aufgrund antirussischer Rhetorik aus dem Westen. was nur dazu gedient hat, Spannungen neu zu entfachen, Spannungen, die Präsident Selenskyj lösen wollte. Dies hat die Wahrscheinlichkeit einer Wiedereingliederung dieser Gebiete in die Ukraine behindert. Der beste Weg, die Blutung zu stoppen, besteht jedoch darin, sich auf die ukrainische Wirtschaft zu konzentrieren und die Ukrainer dazu zu bringen, sich wieder auf ihr Leben zu konzentrieren. Wenn dies gelingt, werden sich mehr Russischsprachige in der Ost- und Südukraine langsam wieder als Ukrainisch identifizieren. Dies bringt zwar die Krim und Teile der Donbass-Region nicht zurück in die Ukraine, würde aber dazu beitragen, die Ausbreitung der russischen Hegemonie in der Ukraine oder, falls vom Westen herausgefordert, einen Krieg zu verhindern, der Millionen von Menschenleben fordern könnte.

Ein weiterer Schlüssel ist, sich nicht in einen Diskurs über den historischen Hintergrund der Ukraine und die Frage ihrer Zugehörigkeit zu Russland hineinzuziehen. Hier den richtigen Weg einzuschlagen, wird der klügste Schritt sein, denn wenn der intellektuelle Diskurs zu diesem Thema in Polemik eskaliert, könnten alle Versuche, die kulturelle und sprachliche Kluft in der Ukraine zu überbrücken, erstickt werden. Große Weisheit und Urteilsvermögen werden erforderlich sein, aber Präsident Selenskyj hat vielleicht bereits mehr Geschick bewiesen als jede andere Person in der russischen und ukrainischen Geschichte, die den Appell sowohl auf Russisch als auch auf Ukrainisch anspricht. Nach den Ereignissen in der Ukraine Anfang 2022 wird die Ukraine mit russischer Aggression und Geheimdiensten sowie mit unkluger und hartnäckiger antirussischer, panikauslösender Rhetorik aus dem Westen fertig werden müssen, die beide systemische innenpolitische und wirtschaftliche Auswirkungen haben werden Auswirkungen auf die Stabilität der Ukraine.

Eine weitere Möglichkeit, die Ausbreitung nationalistischer und separatistischer Tendenzen zu verhindern, besteht sicherlich darin, einfach nicht mehr darüber zu reden. Die Bedeutung der Rhetorik in Bezug auf Geschichte und Gegenwart zu reduzieren und herunterzuspielen, kann bei manchen sicherlich Ressentiments hervorrufen, aber gleichzeitig gibt die Herabsetzung ihrer Bedeutung einer vielfältigen Bevölkerung die Möglichkeit und Zeit, sich mit allen in ihrer Gemeinschaft zu verbinden, unabhängig von kulturellen unterschieden. Aber das ist heutzutage im Zeitalter von Social Media schwierig. Eine weitere Schlüsselkomponente, die Präsident Selenskyj als Reaktion auf die panische Rhetorik des Westens gut demonstriert hat, ist die Behauptung von Optimismus und Zuversicht, denn als die Vereinigten Staaten ankündigten, dass Russland eine umfassende Invasion des Landes starten würde, versicherte Präsident Selenskyj dem ukrainischen Volk dies war nicht der Fall und erklärte sogar den Tag, den die USA vorhersagten, dass Russland in die Ukraine einmarschieren würde, zu einem Tag der Einheit und des Singens. Dies kann in Zukunftsszenarien angewendet werden, wenn extremer Nationalismus versucht, eine verschwörerische Rhetorik geltend zu machen, die darauf abzielt, Angst und Entfremdung in der Bevölkerung zu schüren. In einem solchen Fall kann der Präsident der Ukraine solche Vorstellungen mit unheilbarem Optimismus unterdrücken und abtun. Die Ukraine stellt eine einzigartige Situation dar, die einem Großteil des Westens unbekannt ist. Derzeit gibt es in der Ost- und Südukraine viele, die sich als Russen identifizieren und sich Russland näher fühlen. Wer also glaubt, im besten Interesse der Ukraine zu sein, muss das russische Element dort berücksichtigen. Jede antirussische Perspektive, die darauf abzielt, Unterstützung für die Ukraine zu signalisieren, dient nur dazu, Zwietracht unter einer heterogenen ukrainischen Bevölkerung zu säen. Dessen muss sich der Westen bewusst

bleiben. Präsident Selenskyj selbst ist gebürtiger russischsprachiger Ukrainer. Wenn es zu einer sprachlichen Ukrainisierung der Ost- und Südukraine kommen soll, dann nur sehr langsam. In der Post-Eurmaidan-Ukraine unterstützt eine knappe Mehrheit der Ukrainer eine Zukunft, in der Ukrainisch die offizielle Sprache der Ukraine ist. Im Jahr 2019 wurde ein Gesetzentwurf mit dem Titel Gesetz der Ukraine „Über die Gewährleistung des Funktionierens des Ukrainischen als Staatssprache" angenommen. Bereits 2012 verabschiedete die Werchowna Rada das „KivalovKolesnichenko Language Law", das es den Ukrainern erlaubte, regionale Sprachen anstelle der staatlichen zu verwenden. Dies schützte den Gebrauch des Russischen in vielen Teilen der Ost- und Südukraine, schränkte jedoch den Gebrauch des Ukrainischen ein. Jetzt, nach der Annexion der Krim durch Russland und dem Aufstand der Separatisten in der Ostukraine, ist die Sprache zu einem sehr heiklen Thema geworden, und das Kivalov-Kolesnichenko-Gesetz wurde für verfassungswidrig erklärt. Präsident Selenskyj war weitgehend skeptisch gegenüber dem neuen Gesetz von 2019, das die Funktionsfähigkeit des Ukrainischen als Staatssprache sicherstellt. Aber als Vorschläge zur Aufhebung des Gesetzes gemacht wurden, wie der vom Abgeordneten der Werchowna Rada, Abgeordneter Maksym Buzhanskyi, Diener des Volkes, brachen in der Ukraine Proteste aus, die einen Stopp der Russifizierung der ukrainischen Schulen forderten. Das Gesetz der Ukraine von 2019 „Über die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Ukrainischen als Staatssprache" sieht „die umfassende Entwicklung und Funktionsfähigkeit der ukrainischen Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens im gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine" vor. Es soll auch „die staatsbildenden und festigenden Funktionen der ukrainischen Sprache stärken, ihre Rolle bei der Gewährleistung der territorialen Integrität und der nationalen Verteidigung der

Ukraine stärken" und „angemessene Bedingungen für den Schutz der sprachlichen Rechte und Bedürfnisse der Ukrainer schaffen". „Nach diesem Gesetz wird Ukrainisch zur alleinigen Staatssprache und soll als der Kitt betrachtet werden, der die Bevölkerung der Ukraine unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit als Nation zusammenhält und auch die nationale Sicherheit der Ukraine schützt. In Bezug auf die Bildung wird der Umsetzung der ukrainischen Sprache eine dreijährige Frist eingeräumt, um den Übergang abzuschließen – vom 1. September 2020 bis zum 1. September 2023. Für Studierende, die in Amtssprachen für Länder außerhalb der Europäischen Union studieren, gelten die Bestimmungen über Inkrafttreten 1. September 2020. Bis 2030 sollen alle Abiturprüfungen auf Ukrainisch sein. Kunst, Unterhaltung und Kultur können andere Sprachen verwenden, wenn dies für den Inhalt relevant oder "durch die künstlerische und kreative Idee des Veranstalters gerechtfertigt" ist. sei die ukrainische Sprache. Ausnahmen sind die indigenen Sprachen wie die krimtatarische Sprache, Englisch und andere Amtssprachen der Europäischen Union. Das Gesetz verlangt auch, dass ukrainische Printmedien über 50 % des Angebots in allen Facetten der Printmedienverteilung ausmachen. Für Verlage schreibt das Gesetz vor, dass alle offiziellen Buchverlage Statistiken führen, in denen Bücher in ukrainischer Sprache mindestens 50 % ihrer jährlichen Verlagsleistung ausmachen. Dies gilt nicht für indigene Sprachen. Dasselbe gilt für Buchhandlungen – Bücher in ukrainischer Sprache müssen mindestens 50 % der in Buchhandlungen verkauften Bücher ausmachen. Ausnahmen sind indigene Sprachen und Amtssprachen der Europäischen Union. Dieses Gesetz sollte die ukrainische Sprache bewahren, stieß aber bei anderen Minderheiten in der Ukraine wie Russen, Ungarn, Polen und Rumänen auf Ablehnung, die alle daran gehindert werden, in ihrer Muttersprache zu studieren oder eine Ausbildung zu erhalten. Befürworter dieses Gesetzes bestehen darauf, dass es

nicht beabsichtigt war, andere Sprachen zu verbieten, sondern nur die ukrainische Sprache zu unterstützen. Russland hat sich gegen das Gesetz ausgesprochen und erklärt, es verstoße gegen die Grundsätze des Europarates, der führenden Menschenrechtsorganisation des Kontinents. Der ukrainische Präsident Zelensky hat den Wunsch geäußert, das Gesetz zu ändern, da er sieht, wie es die Ukrainer weiter spalten könnte.

Um Unruhen wegen der sprachlichen Ukrainisierung der Ukraine zu verhindern, wäre es am besten, die Übergangsfrist für ukrainischsprachige Mandate zu verlängern. Diese Strategie trägt dazu bei, die Ängste der Unterstützer der ukrainischen Sprache zu lindern, und ermöglicht es den Russischsprachigen, sich weniger auf Sprachbarrieren zu konzentrieren, da die Übergangszeit weit in der Zukunft liegt, jenseits der Zeit ihres Lebens. Auf diese Weise rät der Russischsprachige seinem Nachwuchs lediglich, sich auf einen eventuellen Übergang ins Ukrainische vorzubereiten, während er selbst von möglichen drastischen Änderungen seines Lebensstils unbeeindruckt durch den Tag geht. Er depriorisiert es im Wesentlichen. Das ist der Schlüssel. Kann der ukrainische Präsident sein Volk dazu bringen, sich auf andere Dinge als Sprache, Kultur und Nationalität zu konzentrieren, und dadurch unbewusst alle Ukrainer vereinen? Dies ist keine leichte Aufgabe, da einige Teile der Ukraine in den letzten Jahren verloren gegangen sind. Aber es kann getan werden, indem Sprachbefehle stillschweigend durchgesetzt werden. Wenn beispielsweise eine sehr langsame Ukranisierung verwendet wird, können Schulen, die sich dafür entscheiden, die ukrainische Sprache vorzeitig als ihre Sprache anzunehmen, Anspruch auf staatliche Subventionen haben. Während Schulen, die in anderen Sprachen unterrichten, weiterhin Anspruch auf eine Verlängerung der Übergangsfrist für die ukrainische Sprache hätten.

Ein Großteil der ursprünglichen Unruhen, die sich in der Ukraine entfalteten, konzentrierte sich nicht so sehr auf kulturelle

Fragen, sondern auf Korruption, die in politische Angelegenheiten in der Ukraine eingebettet war. Und Präsident Selenskyj erschien mit der Absicht, das Korruptionsproblem in der Ukraine zu lösen. Seine reformistische Absicht war etwas gedämpft aufgrund der Tatsache, dass viele seiner Politiken direkt mit den Interessen sehr mächtiger Oligarchen in der Ukraine kollidierten, die großen Einfluss auf die ukrainische Politik und Angelegenheiten ausgeübt haben. Viele in der Branche argumentieren, dass der Versuch von Präsident Selenskyj, den Aktivitäten der Oligarchen entgegenzuwirken, nur eine Maßnahme zur Stärkung der Regierung sei. Oligarchen sind berüchtigt dafür, Unternehmen für kleine Summen aufzukaufen und ihr Vermögen zu nutzen, um Medien und Politik zu beeinflussen, um Steuerbefreiungen für sich selbst zu erreichen, was ihnen wenig Anreiz lässt, ihr Vermögen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen umzuverteilen. Selenskyj hat versucht, dieses Problem zu lösen, da der Funke der Unruhen in der Ukraine tatsächlich von der Korruption in der ukrainischen Politik herrührt. Das Anti-Oligarchen-Gesetz der Ukraine gibt der ukrainischen Regierung die Befugnis, einen Oligarchen zu markieren und ihn an der Teilnahme an der Politik zu hindern. Der Präsident und seine Mitarbeiter müssen auch alle Verbindungen melden, die sie zu Oligarchen haben. Ein weiterer Aspekt, der den Einfluss der oligarchischen Elite kultiviert, ist das ukrainische Justizsystem. Zelenskyi hat auch versprochen, diesen Sektor zu ändern, stieß jedoch auf Widerstand von Richtern, die den Gesetzentwurf blockiert haben. Am 27. Oktober 2020 entschied das Verfassungsgericht, dass die Befugnisse der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention (NAPC) verfassungswidrig sind. Damit entfallen die Pflicht zur Vermögensdeklaration und auch die Strafen, die für missbräuchliche Vermögensdeklarationen verhängt werden. Das Verfassungsgericht ist das höchste Gericht der ukrainischen Regierung und seine Urteile können nicht

rückgängig gemacht werden. Unter den Ukrainern mangelt es an Vertrauen in das Justizsystem, da das Gehalt für Richter weit über dem Durchschnittsgehalt in der Ukraine liegt. In vielen Fällen sind die Richtergehälter stark überhöht, viele führen dies auf den Einfluss von Oligarchen zurück. Dennoch forderte Zelensky die Wiedereinführung der NACP- und Vermögensdeklarationsanforderungen. Er versuchte auch, Gesetze zu verabschieden, die es der Regierung ermöglichen würden, alle Richter des Gerichtshofs zu entlassen und ihre Urteile aufzuheben, aber dies wurde als verfassungswidrig erachtet. Seitdem hat die Ukraine versucht, Reformen bei den Justizbehörden einzuführen, die für die Bewertung, Auswahl, Ernennung und Entlassung von Richtern zuständig sind, aber ein Großteil der Bemühungen, diese Vorschläge voranzubringen, wurde vom Justizrat blockiert. Der Wunsch nach Reformen der Korruption in der Ukraine wird eine Grundlage bilden, um die Kette von Ereignissen zu verhindern, die zu Unruhen, Separatismus und gewalttätigen Konflikten führen. Schadenskontrolle und Geduld werden während dieses Prozesses Schlüsselelemente sein.

Band II: Der Fall des US-Dollars
(geschrieben am 13. April 2022)

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Der Fall des US-Dollars

Der US-Dollar hat zwischen 2002 und 2018 bereits 6 % seines Wertes verloren, da die US-Staatsverschuldung seitdem von 6 Billionen auf 23 Billionen gestiegen ist. Wenn der Dollar seinen Status als globale Reservewährung verliert, wenn Saudi-Arabien aufhört, Öl für US-Dollar zu verkaufen, würde der Dollar viel stärker abwerten. Die US-Wirtschaft behält ein großes Handelsdefizit und Haushaltsdefizit. Im Jahr 2006 erreichte das Handelsdefizit mit etwa 5 % des BIP seinen Höhepunkt und später im Jahr 2020 würde das Haushaltsdefizit bis zu 15 % des BIP erreichen. Das Vorhandensein dieser beiden Defizite hat Ökonomen alarmiert , die glauben , dass der US - Dollar auf einen starken Rückgang zusteuert , bei dem der Übergang zwischen expansivem Wirtschaftswachstum und einer erheblichen Konjunkturabschwächung plötzlich erfolgen würde -- eine Folge , die zu einem großen Kapitalabfluss führen würde . Makroökonomen warnen seit einigen Jahren davor, dass die hohen US-Defizite unkontrollierbar sind und die wirtschaftliche Stabilität nicht nur in den USA, sondern weltweit beeinträchtigen könnten. Und einige befürchten, dass die steigenden Defizite die großen Kapitalzuflüsse behindern könnten, mit denen die explodierenden Defizite bezahlt werden. Wenn das Defizit und die Staatsverschuldung beispiellose Höhen erreichen und Saudi-Arabien gleichzeitig aufhört, Öl in US-Dollar zu verkaufen, könnte eine solche Abfolge von Entwicklungen dazu führen, dass mehr ausländische Investoren beginnen, ihre Staatsanleihen zu verkaufen, und sie gleichzeitig daran hindern, neue zu kaufen. Stakeholder könnten auch ihre auf Dollar lautenden Vermögenswerte loswerden und versuchen, in andere Währungen zu investieren. Dieser Kapitalabfluss könnte die Federal Reserve dazu zwingen, das US Bureau of Engraving and Printing anzuweisen, mehr Geld zu drucken, um das Defizit und die

Staatsverschuldung zu bezahlen und eine Zahlungsunfähigkeit der USA zu vermeiden. Der zusätzliche Druck würde jedoch zu weit verbreiteter Inflation und Preiserhöhungen führen. Renten und Ersparnisse würden ihren Wert verlieren, was sich auf die Gemeinschaft der älteren und behinderten Menschen auswirken würde. Der einzige Vorteil für die USA in diesem Währungsabwertungsszenario ist ein wettbewerbsfähigerer Exportmarkt. Aber in der Zwischenzeit würden die Preise in den USA weiter steigen, da sich die Inflation in eine Hyperinflation verwandelt. Der Dollar wertet dann weiter ab und die Nicht-Dollar-Schulden der Vereinigten Staaten werden immer teurer und unüberschaubarer. Die USA stehen dann kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Folglich versuchen sie, ihre IWF-Sonderziehungsrechte (SZR) zu verbrauchen, um einen Teil der Staatsschulden zu tilgen, aber das reicht nicht aus, weil der US-Dollar an Wert verliert und eine der Währungen im Währungskorb ist, die die US-Dollar stützen US-Dollar-Sonderziehungsrechte haben den Gesamtwert des SZR verringert. Aus diesem Grund müssen die USA den IWF um ein IWF-Darlehen bitten, aber der IWF fordert die US-Regierung auf, zuerst die Ausgaben zu kürzen und ihre subventionierten Programme zu reduzieren, was dazu führt, dass Millionen von Amerikanern, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, gezwungen sind, eine andere Einkommensform zu finden. Die Kriminalitätsraten schießen in die Höhe. Die USA versuchen, die EU um einen Kredit zu bitten, aber Deutschland weigert sich wegen der Spannungen, die entstanden, nachdem die USA versuchten, ein Ölembargo gegen Saudi-Arabien zu verhängen, nachdem Saudi-Arabien beschlossen hatte, sein Öl zum Verkauf in D-Mark oder Euro zu verkaufen. Dann wächst der Druck auf die Federal Reserve, die Zinssätze zu erhöhen, da die Regierung vom IWF zu Sparmaßnahmen gezwungen wird, um das IWF-Darlehen zu erhalten. Die Arbeitslosigkeit beginnt zu steigen, da Unternehmen damit

beginnen, Arbeitnehmer zu entlassen und Ausgaben zu kürzen. Diejenigen, die in Sozialwohnungen leben, müssen nun Miete zahlen, finden aber aufgrund fehlender Jobs keine Beschäftigung und werden obdachlos. Die USA erwarten, dass Bitcoin den Wert des US-Dollars stützt, bevor sie versuchen, Bitcoin-Bestände im Ausland gegen harte Währung zu liquidieren, aber ein neuer multilateraler Block von Nationen, die gegen den US-Unipolarismus sind, verhängt gleichzeitig Verbote für Kryptowährungen und reduziert ihre Liquidität. Bürgerliche Unruhen brechen aus und kommunistische und ethnozentrische Fraktionen beginnen sich in den Vereinigten Staaten zu organisieren, während sich die Wohlstandsschere vergrößert. Lynchmorde und politische Morde werden alltäglich. Die wachsende kommunistische Bewegung in den USA fordert von der Fed eine Lockerung der Geldpolitik. Einige Staaten geben nach, andere nicht. Infolgedessen beginnen viele Staaten entlang der Grenze, die sich fiskalisch verantwortlicher fühlen, damit, ihre Währung zu stempeln, ihre eigene Währung zu drucken, ihre Grenzen zu schließen und staatlich geförderte Milizen zu mobilisieren. Sezessionsartikel werden vorgelegt, aber die Bundesregierung lehnt sie ab und droht mit militärischer Gewalt gegen verschiedene Grenzstaaten, bevor sie Bundestruppen in Staaten entsendet, die mit Sezession drohen. Die Bundesregierung behauptet, die Mission sei es, Bundeseigentum zu schützen. Aber einige Staaten deklarieren eine bedeutende Domäne und versuchen, Bundeseigentum zu beschlagnahmen, und es kommt zu einer Pattsituation und dann zu Blutvergießen. Die US-Bundesregierung wird von der internationalen Gemeinschaft beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben, und der Verurteilung folgen weitreichende Sanktionen. China stoppt Exporte von Lithium-Ionen-Batterien in die Vereinigten Staaten und gefährdet damit die Verteidigungsfähigkeit der USA. Russland weitet sein Exportverbot für Düngemittel auf die Vereinigten

Staaten aus. Jetzt mischt sich Europa ein. England und Frankreich kommen in die USA, um bei der Aushandlung eines Waffenstillstands zwischen den abtrünnigen Staaten und der Bundesregierung zu helfen. Russen kommen in Lateinamerika an, um Separatistengruppen in Amerika über die Grenze zwischen Mexiko und Texas Militärhilfe zu schicken. Texas wird zur "Ukraine" Amerikas, als Sezessionisten die Gelegenheit ergreifen, ihre Unabhängigkeit zu erklären. Sowohl Mexiko als auch Russland erkennen die Republik Texas offiziell an. Der Krieg geht weiter, doch am Ende wird die Landschaft Nordamerikas unkenntlich. Die Vereinigten Staaten sind gefallen.

Die von den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren verfolgte Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik hat die Überlebenschancen des Landes stark beeinträchtigt. Und das obige Szenario ist eine sehr reale Möglichkeit – am bemerkenswertesten ist der Anstieg kommunistischer Stimmungen in Amerika, eine Aussicht, die zum großen Teil dank Amerikas Finanzinstituten in den Hintergrund gedrängt wurde, die seit langem an einer expansiven und quantitativen Lockerungsgeldpolitik festhalten . Jetzt, da die Inflation kurz davor steht, außer Kontrolle zu geraten, und die politischen Entscheidungsträger Korrekturzinserhöhungen verzögern, hat die US-Wirtschaft einen Punkt erreicht, an dem alle Versuche der politischen Entscheidungsträger, zu einem späteren Zeitpunkt einzugreifen, wenn die Inflation auf eine Hyperinflation abfällt, schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen haben werden mit denen die Amerikaner nicht fertig werden. Diese späte Intervention wird Dutzende von Amerikanern in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten bringen und eine Öffnung für die latenten kommunistischen Bewegungen bieten, die sich in den letzten Jahren im Schatten des amerikanischen bürgerlichen Lebens zusammengebraut haben. Diese Bedrohung wird sicherstellen, dass die Inflation in Amerika für die kommenden

Jahre ein Problem bleiben wird, da die politischen Entscheidungsträger den Forderungen nach einer expansiven und inflationären Geldpolitik nachgeben müssen, um die wachsende breite politische Unterstützung für die Kommunisten einzudämmen, was nur dazu führen wird fortzusetzen wird die Inflation verschärfen. Dies ist die Folge davon, dass man zu spät wartet, um das Problem zu lösen.

Der Anstieg der Inflation hat die Debatte darüber, ob die Federal Reserve bestehen bleiben sollte oder nicht, neu entfacht. Während die Federal Reserve sicherlich maßgeblich dazu beigetragen hat, die Wahrscheinlichkeit von Bankausfällen erheblich zu verringern, wurde sie dennoch intensiv auf ihre Fähigkeit zur Eindämmung der Inflation geprüft. Die Federal Reserve betreibt die Druckerei für Dollarnoten. Sie drucken nicht das eigentliche Papiergeld, aber sie bestimmen, wie viel jedes Jahr gedruckt werden soll. Die eigentliche Aufgabe des Druckens von Papiergeld gehört dem Bureau of Engraving and Printing (BEP) des Finanzministeriums. (Münzen werden von der US Mint produziert). Grundsätzlich übermittelt die Federal Reserve einen Auftrag an die BEP, die dann das Geld druckt und an die Federal Reserve sendet. Die Federal Reserve verteilt es dann auf ihre 28 Kassen, die das Geld wiederum an 8.400 Banken und Kreditgenossenschaften im ganzen Land verteilen. Diese Banken und Kreditgenossenschaften halten das Geld in Reserve und der Betrag, den sie verleihen sollten, wird vom Gouverneursrat der Federal Reserve festgelegt, der aus 7 Mitgliedern besteht, die alle vom Präsidenten ernannt und vom Senat bestätigt werden. Die 7 Mitglieder des Federal Reserve Board of Governors gehören alle dem Federal Open Market Committee an. Alle außer dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden haben eine Amtszeit von 14 Jahren. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende haben nur eine Amtszeit von 4 Jahren. Für das Geschäftsjahr 2020 bestellte die Federal Reserve 5,2 Milliarden

US-Banknoten im Wert von 146 Milliarden US-Dollar. Wenn also im Wirtschaftsdiskurs davon die Rede ist, dass die Fed Geld druckt, ist das genau das, was sie meinen. Heute wird Amerikas Geldmenge den großen Banken digital gutgeschrieben oder belastet, und erst nachdem die Banken dieses Geld an die Öffentlichkeit verliehen haben, wird das Geld gedruckt. Der zu druckende Betrag wird zwischen dem Federal Open Market Committee (FOMC) und seinen angeschlossenen Wirtschaftsberatern besprochen. Das FOMC ist ein Ausschuss innerhalb der Federal Reserve und ihr geldpolitisches Entscheidungsgremium. Sie haben das ganze Jahr über 8 regelmäßig geplante Treffen, bei denen sie über Geldpolitik, Zinssätze und wirtschaftliche Bedingungen diskutieren. Die Fed erhöht die Zinssätze, indem sie die Federal Funds Rate beeinflusst, die die von den Banken bei einer der 12 regionalen Federal Reserve Banks gehaltenen Reserven sind. Bei FOMC-Sitzungen legt die Federal Reserve ein Ziel für den Federal Funds Rate fest, der den Satz definiert, zu dem Geschäftsbanken ihre überschüssigen Reserven verleihen und sich gegenseitig Kredite gewähren. Die Federal Reserve veranlasst die Banken, ihre Zinssätze zu erhöhen oder zu senken, indem sie entweder den erforderlichen Reservebetrag erhöht oder den erforderlichen Betrag verringert. Wenn die Federal Reserve den Betrag erhöht, der in Reserve gehalten werden muss, werden die Banken in der Höhe, die sie verleihen können, begrenzt. Wenn die Fed den Betrag senkt, der in Reserve gehalten werden muss, können die Banken mehr Kredite vergeben. Die Federal Reserve kann die Zinssätze auch beeinflussen, indem sie den Zinssatz ändert, den die Federal Reserve Bank auf Reserveguthaben zahlt. Dadurch wird der Fed Funds Rate begrenzt, da Banken sich niemals dafür entscheiden werden, von einer anderen Bank zu einem höheren Zinssatz zu leihen, als sie erhalten würden, wenn sie einfach direkt bei der Federal Reserve Bank leihen würden. Wenn die

Wirtschaft nicht auf Zinssenkungen reagiert, wendet sich die Federal Reserve durch ihre Offenmarktgeschäfte der quantitativen Lockerung (QE) zu, um die Wirtschaft anzukurbeln. Sie begannen, Staatsanleihen und hypothekenbesicherte Wertpapiere aufzukaufen, wodurch das Angebot auf dem Markt verringert wurde. Durch den Kauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren stabilisiert die Federal Reserve die Immobilienbranche, verhindert den Verlust von Arbeitsplätzen und erhöht die Bereitschaft der Anleger, neue Hypotheken zu kaufen. Wenn die Federal Reserve US-Staatsanleihen kauft, erhöht sie die Geldmenge und die Bankreserven. Die Verringerung des Tempos dieser QE-Aktivitäten wird Tapering genannt. Tapering kann die Wirtschaft ohne eine entsprechende kurzfristige Zinserhöhung bremsen.

Vor der Gründung der Federal Reserve wurde Amerikas Geldversorgung von der 1791 gegründeten First Bank of the United States und später von der 1816 gegründeten Second Bank of the United States kontrolliert. Gegründet vom Kongress auf Ersuchen des Finanzministers Alexander Hamilton, die First Bank of the United States, war das größte Unternehmen der Nation, wurde aber von den ländlichen Amerikanern, die sich mit einer so mächtigen Einheit nicht wohl fühlten, weitgehend abgelehnt. Als die Charta der Bank 1811 (nach 20 Jahren) auslief, stimmte der Kongress gegen eine neue. Im Jahr 1816 entwickelten die Politiker jedoch neuen Eifer für die Schaffung einer Zentralbank, und zu diesem Zeitpunkt beschloss der Kongress, die Zweite Bank der Vereinigten Staaten zu gründen. Aber als Andrew Jackson 1828 Präsident wurde, schwor er, es zu zerstören. Er appellierte an populistische Gefühle, indem er die von Bankiers kontrollierte Macht der Bank kritisierte, und 1836, als die Satzung der Bank auslief, weigerte sich der Kongress, sie zu erneuern. Andrew Jackson würde es schaffen, alle verzinslichen Schulden Amerikas durch den Verkauf von Staatsland zu begleichen, verließ das Land

jedoch ohne eine einzige nationale Währung. Nach dem Auslaufen der Zweiten Nationalbank bestand die Geldmenge der Nation aus privaten Banknoten, die von staatlich lizenzierten Banken ausgegeben und gegen Gold oder Silber eingelöst werden konnten. Diese Form des Geldsystems war sehr chaotisch und in den 1860er Jahren waren in den USA 8000 verschiedene Privatscheine im Umlauf. In einigen Fällen akzeptierten Banken keine Banknoten, die von Banken ausgegeben wurden, mit denen sie nicht vertraut waren. Das zunehmende Volumen von Schecktransaktionen führte schließlich 1853 zur Gründung der New York Clearinghouse Association, die es Banken ermöglichte, Schecks und Rechnungen einzulösen. Diese Banken boten auch Sichteinlagen an, bei denen es sich einfach um Bankeinlagen handelt, die jederzeit ohne Vorankündigung abgehoben werden können.

Während des amerikanischen Bürgerkriegs wurde der National Banking Act von 1863 verabschiedet. Dies schuf nationale konzessionierte Banken, die Schuldverschreibungen ausgaben, die durch Staatspapiere besichert waren, und dem Land eine nationale Währung zur Verfügung stellten, die es der Regierung ermöglichte, die Unionsarmee während des amerikanischen Bürgerkriegs zu finanzieren. Diese Papiernotizen wurden wegen des grünen Aufdrucks auf der Rückseite Greenbacks genannt und wurden in zwei Formen gedruckt: Demand Notes und United States Notes. Im Juli 1861 genehmigte der Kongress den Druck von 50.000.000 Frachtbriefen zur Finanzierung des Bürgerkriegs. Diese Banknoten konnten gegen Gold oder Hartgeld eingetauscht werden; Specie ist Geld in Form von Münzen. Die United States Notes hingegen waren durch nichts gedeckt, sondern wurden als gleichwertig mit den Demand Notes angesehen. Wegen der drohenden schweren Schuldenkrise wurde der Kongress aufgefordert, 1862 den „Legal Tender Act" zu verabschieden, der den Druck von 150.000.000 US-Dollar erlaubte. In der Zwischenzeit wurden die Demand Notes bis Mitte 1863

schrittweise eingestellt. Der Wert der US-Note gegenüber Gold schwankte bis nach dem Bürgerkrieg, als er auf das Niveau von Gold stieg. Als dies geschah, wurden die United States Notes in Gold konvertierbar. Doch trotz der durch das National Banking Act von 1863 garantierten Währungsstabilität wirkten sich Bank Runs und Finanzpaniken weiterhin negativ auf die Wirtschaft aus. 1893 löste eine Bankenpanik eine verheerende Depression aus, in deren Verlauf 575 Banken zusammenbrachen oder ihre Geschäfte aufgaben. Es war üblich, dass Banken ihr Geschäft aufgaben, um einen Konkurs zu vermeiden, indem sie ihre Vermögenswerte liquidieren mussten, um die Abhebungsforderungen der Einleger zu erfüllen. Anschließend stabilisierte sich die Wirtschaft nicht, bis JP Morgan intervenierte.

Die Bankenpanik von 1907 führte zur Gründung des Federal Reserve Systems und fand zwischen dem 14. Oktober 1907 und dem 6. November 1907 statt. Sie wurde durch ein Aktienmanipulationsprogramm ausgelöst, das darauf abzielte, Leerverkäufer zu zwingen, ihre Positionen durch den Rückkauf ihrer geliehenen Aktien zu decken Anteile. F. Augustus Heinz, ein Bergbau-Tycoon, der Aktien der United Copper Company besaß, glaubte, dass Leerverkäufer den Aktienkurs nach unten trieben. Zusammen entwickelten er, sein Broker-Bruder Otto Heinze und der Wall-Street-Banker Charles W. Morse eine Strategie, um Leerverkäufer zu zwingen, ihre Positionen zu decken, und erzeugten so einen Kaufdruck, der den Kurs der Aktie in die USA in die Höhe treiben würde. Der Plan war, aggressiv Aktien der United Copper Company zu kaufen, sodass die Leerverkäufer keine andere Wahl hatten, als ihre geliehenen Aktien von den Heinzes zurückzukaufen, die nur ihren Preis nennen konnten. Die Leerverkäufer konnten jedoch billigere Aktien der United Copper Company aus anderen Quellen finden. Dies trieb den Aktienkurs nach unten und ließ den Aktienkurs der United Copper Company schnell einbrechen. Die State Savings Bank of Butte, Montana,

erklärte Konkurs, weil sie große Aktienpositionen der United Copper Company hielt, die als Sicherheit für einen Teil ihrer Kreditvergabe dienten. Sie waren auch eine Korrespondenzbank mit der Mercantile National Bank, deren Präsident F. Augustus Heinze war. Der nun verdorbene Ruf von Heinze und seinen Mitarbeitern als Ergebnis des gescheiterten Plans führte zu einem massiven Bankenansturm, bei dem Einleger eilig Geld von Mercantile und anderen mit Heinze verbundenen Banken abzogen. Die Panik breitete sich auf alle Finanzinstitute aus, die mit jemandem in Verbindung standen, der an dem Manipulationsprogramm beteiligt war. Die Panik wurde später von dem Finanzier JP Morgan unter Kontrolle gebracht, der einen Großteil seines eigenen Geldes mobilisierte, um das Bankensystem zu stabilisieren. Er riet auch anderen Bankern, dasselbe zu tun. Die Panik unterstrich die Ineffektivität des unabhängigen Finanzsystems, das damals die Geldversorgung der Nation verwaltete. Eine Untersuchung der Krise führte zur Schaffung des Federal Reserve System. Als diese Bankenpanik zu wachsenden Rufen nach einer Bankenreform führte, wuchs unter den meisten Amerikanern ein Konsens über die Autorität der Zentralbank und eine elastische Währung. Das Aldrich-Vreeland-Gesetz wurde 1908 als Reaktion auf die Panik von 1907 verabschiedet und sah die Ausgabe von Notgeld während Finanzkrisen vor. Es schuf auch die National Monetary Commission, um Lösungen für die Bankprobleme der Nation zu finden. Die Kommission entwickelte einen bankkontrollierten Plan, der jedoch von Progressiven, die eine Bank unter öffentlicher Kontrolle und nicht unter der Kontrolle der Bankiers wollten, weithin angefochten wurde. Die Wahl von Woodrow Wilson zum Präsidenten würde jedoch die Voraussetzungen für eine dezentralisierte Zentralbank schaffen, da er Ende 1913 den Federal Reserve Act erlassen würde.

Der Kompromiss, der der Gründung der Federal Reserve

folgte, war der Anstieg der Inflation. Vor dem Federal Reserve System war die US-Wirtschaft deflationärer. In den 1800er Jahren kam es zwischen 1817 und 1860 und zwischen 1865 und 1900 zu einer Deflation. Von 1800 bis 1940 stiegen die Lebenshaltungskosten um durchschnittlich nur 0,2 % pro Jahr. Es ging tatsächlich 69 Mal zurück. Die durchschnittliche jährliche Inflation zwischen 1790 und 1914 betrug nur 0,4 %. Im Gegensatz dazu betrug die durchschnittliche jährliche Inflation zwischen 1914 und 2021 3,24 %. Nach 1913 war eine Deflation selten und trat nur zwischen 1930-1933 und zwischen 2007-2009 auf. Der Anstieg der Inflation nach 1913 kann sowohl auf die Abschaffung des Goldstandards als auch auf die Geldoperationen der Federal Reserve zurückgeführt werden.

Von 1929 bis 1932 brach die Wirtschaft zusammen, was der Beginn der Weltwirtschaftskrise war. Der Börsencrash begann am 24. Oktober 1929, dem Schwarzen Donnerstag, und dauerte bis zum Dienstag der nächsten Woche, dem 29. Oktober 1929, bekannt als Schwarzer Dienstag. Die 1920er Jahre waren wirtschaftlich erfolgreich und man glaubte, dass der Markt für immer steigen würde. Im März 1929 warnte die Federal Reserve jedoch kurz vor einem kurzen Einbruch vor übermäßiger Spekulation. Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation könnten als Katalysator für den Crash angesehen werden, da die Spekulation in den 1920er Jahren eine große Rolle bei der Marktexpansion spielte. Als weiterer Grund für den Absturz wurden Banken gesehen, die Einlagen an der Börse platzierten. Der wirtschaftliche Abschwung von 1930–1933 war das erste Mal, dass die USA nach der Gründung der Federal Reserve im Jahr 1913 in eine deflationäre Phase eintraten. Die Deflation kehrte erst mit der Finanzkrise 2007–2008 zurück.

In den Jahren 1973 und 1974 befand sich die Weltwirtschaft in einer Rezession, was zum großen Teil auf eine Stahlkrise, die Ölkrise von 1973 und den Zusammenbruch des Bretton-Woods-

Systems zurückzuführen war. Immer mehr Nationen wurden industrialisiert und dies führte zu mehr Wettbewerb in der Metallindustrie. 1973 kündigte die OPEC jedoch ein Embargo für alle Nationen an, die Israel während des Jom-Kippur-Krieges unterstützten. Dies zum Nachteil jener Nationen, die stark vom Öl abhängig waren. Unterdessen wurde der Druck auf den Dollar verstärkt, als die USA aus dem Bretton-Woods-Abkommen von 1971 ausstiegen, in dem der US-Dollar zu 35 $ pro Unze an Gold gekoppelt war, während alle anderen Währungen an den Dollar gekoppelt waren.

Das Bretton-Woods-Abkommen war eine neue Weltwirtschaftsordnung, die im Juli 1944 in Bretton Woods, New Hampshire, gegründet wurde. Delegierte aus 44 Nationen entwarfen ein internationales Währungssystem, das als Bretton-Woods-System bekannt ist, um Hindernisse zu umgehen, die Nationen daran hindern, uneingeschränkt mit anderen auf der internationalen Bühne zusammenzuarbeiten. Nach dem Ersten Weltkrieg gaben weite Teile der Welt den klassischen Goldstandard auf, was zu einer weit verbreiteten Abwertung der nationalen Währungen führte, um Handelsvorteile zu erlangen. Die Nationen verhängten auch Handelsbeschränkungen und protektionistische Maßnahmen, die beide die Weltwirtschaftskrise verschärften. Bei Bretton Woods formulierten die Anwesenden ein internationales Währungssystem, das Währungsabwertungen verhindern und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum fördern würde. Die Hauptideen für dieses neue Wirtschaftssystem kamen von John Maynard Keynes, einem Berater des britischen Finanzministeriums, und Harry Dexter White, dem Chefökonom des Finanzministeriums. Keynes schlug die Schaffung einer großen globalen Zentralbank vor, die bei Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft eingreifen würde. Diese Bank würde Clearing Union heißen und eine globale Währung namens „Bancor" ausgeben, die zur Korrektur internationaler Ungleichgewichte

verwendet würde. Jede Nation würde eine Kreditlinie erhalten, um die Probleme auszugleichen, ein Nettoverbraucher zu werden, was im Grunde darauf zurückzuführen ist, dass eine Nation mehr Waren importiert als exportiert. Diese Kreditlinie sollte auch Nationen davon abhalten, einen Überschuss zu erzielen – dh mehr Waren zu exportieren als sie zu importieren – da dies die Streichung überschüssiger Bancors an die Clearing Union erfordern würde. White hingegen schlug vor, dass das neue Währungssystem einen Stabilisierungsfonds unterhalten sollte, der mit einer Reihe nationaler Währungen und Gold im Wert von 5 Millionen Dollar finanziert werden sollte, was die Höhe der Kreditaufnahme durch Reserven begrenzen würde. Der gewählte Plan folgte dem Vorschlag von White. Allerdings wurde Keynes' Besorgnis über Nationen, die Überschüsse erzielen, mit der Idee begegnet, dass eine Klausel hinzugefügt werden könnte, die es dem Fonds ermöglichen würde, die Währung der Nation, die die Überschüsse erzielt, zu rationieren. Außerdem wurde beschlossen, die Gesamtmittel des Fonds von 5 Millionen auf 8,5 Millionen zu erhöhen. Die 730 Delegierten von Bretton Woods einigten sich darauf, zwei Institutionen zu gründen. Der erste war der „Internationale Währungsfonds" (IWF), der die Wechselkurse überwachte und Reservewährungen an Nationen verlieh, die Zahlungsbilanzdefizite hatten, weil sie mehr importierten als exportierten. Die zweite war die Weltbankgruppe, die für die Bereitstellung finanzieller Unterstützung sowohl für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg als auch für Schwellenländer verantwortlich war, die nach wirtschaftlicher Entwicklung strebten. Der IWF wurde 1945 formalisiert, als sich die Mitgliedsländer bereit erklärten, ihre Währungen an den Dollar zu koppeln, während der Dollar zu 35 $ pro Unze an Gold gekoppelt war. Bis 1958 würde dieses System voll funktionsfähig sein. 1969 schuf der IWF seine eigenen Währungsreserven namens Sonderziehungsrechte (SZR), die durch einen

Währungskorb gedeckt sind, der bei internationalen Transaktionen eine herausragende Rolle spielt. Die finanziellen Vereinbarungen des IWF mit den Mitgliedsländern lauten auf SZR, und jedem Mitgliedsland wird ein Teil der SZR auf der Grundlage wirtschaftlicher und monetärer Faktoren zugeteilt (Nationen mit stärkeren Volkswirtschaften haben tendenziell höhere SZR-Quoten und Zuweisungen). Durch den Austausch von SZRs mit anderen Mitgliedsnationen gegen harte Währung können die Nationen ihre Schulden besser begleichen. Der IWF vergibt auch Hartwährungskredite an Länder, die finanzielle Schwierigkeiten haben.

Nachdem der IWF ursprünglich gegründet wurde, waren die Vereinigten Staaten dafür verantwortlich, die Goldpreise festzuhalten und das Dollarangebot anzupassen, um das Vertrauen in die Konvertierbarkeit von Gold zu stärken. Das Bretton-Woods-System blieb stabil, bis die US-Zahlungsbilanzdefizite ein Ungleichgewicht schufen, bei dem die im Ausland gehaltenen Dollars die US-Goldreserven übersteigen würden.

Der Dollar war frei in Gold konvertierbar, aber als sich die USA 1971 aus dem Bretton-Woods-Abkommen zurückzogen, war die Konvertibilität in Gold nicht länger haltbar, da Amerikas Goldvorräte im Laufe der Zeit erschöpft waren. Auf diese Weise wurde der Dollar zu einer ungedeckten Fiat-Währung, das heißt, bis zum Petrodollar-Abkommen, das 1973 von Präsident Richard Nixon und Außenminister Henry Kissinger unterzeichnet wurde, als der Zusammenbruch des Goldstandards einen globalen Bärenmarkt auslöste. Der Kern des Deals war, dass die USA zustimmen würden, Saudi-Arabien militärisch zu verteidigen, im Austausch dafür, dass das gesamte Öl auf US-Dollar lautet. Eine weitere Option in diesem Arrangement wäre der Kauf von US-Staatsanleihen mit den zusätzlichen Gewinnen aus Ölverkäufen. Eine Einigung wurde kurz darauf im Jahr 1975 erzielt, als Saudi-

Arabien und alle OPEC-Länder vereinbarten, ihr Öl für US-Dollar zu verkaufen und ihre Ölerlöse auch in US-Staatsanleihen zu halten. Im Gegenzug würden sich die USA bereit erklären, militärische Unterstützung und Sicherheit bereitzustellen. Das Ergebnis war, dass der US-Dollar zur Reservewährung der Welt wurde, da ein Großteil der weltweiten Energiebörsen in US-Dollar abgewickelt wurden. Diese exponentiell erhöhte weltweite Nachfrage nach US-Dollar, da alle ausländischen Regierungen, die von Ölimporten aus dem Nahen Osten abhängig waren, US-Dollar halten mussten, um sie kaufen zu können. Im Wesentlichen war der US-Dollar einfach vom Goldstandard zum Ölstandard übergegangen. Und diese erhöhte Nachfrage nach US-Dollar gab den USA mehr Beinfreiheit, um größere Geldbeträge zu drucken, bevor eine gefährliche Inflation einsetzte. Kernpunkte des Deals: Die Saudis würden ihr Öl nur in US-Dollar verkaufen und den Überschuss in Gewinne aus dem US-Finanzministerium investieren Wertpapiere, während die USA bereit wären, die Sicherheit Saudi-Arabiens mit militärischer Unterstützung zu gewährleisten.

Die Standardaussichten für Interventionen sind, dass die Federal Reserve bei hoher Inflation normalerweise die Zinssätze erhöhen kann, um die Wirtschaft zu bremsen. Wenn die Inflation niedrig ist, kann die Federal Reserve normalerweise die Zinssätze senken, um die Wirtschaft anzukurbeln. Ein Beispiel dafür, wie dies in Echtzeit angewendet wird, ist, als Paul Volcker, der zwölfte Vorsitzende des Board of Governors des Federal Reserve System, 1980 die Zinssätze erheblich erhöhte, um die große Inflation zu reduzieren, die während des gesamten Jahrzehnts der 1970er Jahre auftrat. Es ist wahrscheinlich, dass die Große Inflation sowohl als Folge des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems als auch als Folge des PetroDollar-Abkommens von 1973 entstand, das es den USA ermöglichte, aufgrund der höheren weltweiten Nachfrage nach US-Dollar mehr Bargeld zu haben,

ohne real zu drucken Art, die Geldaggregate zu erklären, die für die finanzielle Stabilität des Geldsystems einer Nation verantwortlich sind. Das Verhältnis des Geldumlaufs zu dem in Reserve gehaltenen Geld war während eines Großteils der 1970er Jahre schwer zu verfolgen, aber Paul Volker bestand darauf, dass sich das FOMC auf Strategien konzentrierte, um mit dem Wachstum der Geldmenge umzugehen, um die Inflation zu senken. Volker würde daher die Zinssätze im März 1980 auf 20 % anheben, bevor er sie im Juni senkte. Als die Inflation anschließend wieder anstieg, erhöhte Volcker die Zinssätze im Dezember 1980 wieder auf 20 % und hielt sie bis Mai 1981 über 16 %. Diese als Volcker-Schock bekannte Strategie funktionierte und beendete die Große Inflation. Obwohl dies eine einfache Methode ist, beseitigt sie nicht alle Ursachen der Inflation. Während die Federal Reserve die Geldmenge erhöhen oder senken kann, indem sie die Reserveanforderungen für Banken erhöht oder senkt, hat sie immer noch keine Kontrolle über die Preisgestaltung durch die Produzenten von Waren und Dienstleistungen. Diejenigen, die Waren und Dienstleistungen verkaufen, können die Preise als Reaktion auf geldpolitische Straffungsmaßnahmen in einer Weise erhöhen, die die politischen Entscheidungsträger dazu zwingen würde, die Geldmenge zu erhöhen, was die Inflation weiter anheizen würde. Nach der Finanzkrise 2008, in der die Federal Reserve Milliarden von Dollar in Wertpapierfirmen an den Rand des Zusammenbruchs pumpte, erfuhr der Begriff der Ökonomie eine deutliche Verschiebung, in der die Geldmenge sowohl in Höhe als auch in Geldmengenauflage und -auflage wurde Menge davon, die gedruckt werden konnte, wurde definiert. Dies ist eine hässliche Aussicht, da die Händler jetzt möglicherweise weniger besorgt über die Fiskalpolitik sind, die darauf abzielt, die Geldmenge zu straffen und die Inflation zu senken. Dies beschwört an sich eine Realität herauf, in der die Inflation zu einer Hyperinflation wird und einen Punkt erreicht, an dem sie

nicht mehr auf die Umsetzung der Geldpolitik reagiert, da die Produzenten angesichts des PetroDollar-Abkommens von 1973 darauf bestehen würden, dass das US-Finanzministerium mehr Geld druckt, um mit dem Preis Schritt zu halten von Waren. Dieses Ausmaß der Hyperinflation könnte nur durch eine Überarbeitung des derzeitigen Systems angegangen werden. Die Wiedereinführung des Goldstandards wird damit zur einzigen Lösung, um die Inflation einzudämmen. Es sei denn, die Federal Reserve kann der Wirtschaft beweisen, dass es nicht möglich ist, einfach mehr Geld zu drucken, selbst angesichts der anhaltenden globalen Nachfrage. Dazu bräuchte es ein weiteres Finanzkrisenszenario ähnlich dem von 2008, in dem Unternehmen zusammenbrechen dürfen, anstatt große Summen an Rettungsgeldern zu erhalten. Das Ergebnis ist, dass der Dollar als wertvoller wahrgenommen wird und folglich die Inflation unter Kontrolle kommt.

2008 erlebte der Aktienmarkt eines seiner schlimmsten Jahre und verlor 33 %. Es wurde angenommen, dass die Immobilienblase und die Schuldenblase die Hauptauslöser für den Crash von 2008 waren. Während der Immobilienblase wickelten Investmentfirmen Hypothekendarlehen in Mortgage-Backed Securities (MBS) und verkauften sie dann an Investoren, damit die Firma sie aus ihrer Bilanz heraushalten konnte. Ratingagenturen bewerteten den MBS, der als Benchmark für potenzielle Käufer diente. Die Anleger begannen dann mit dem Einsatz von Credit Default Swaps, bei denen eine Versicherungsgesellschaft garantierte, potenzielle Verluste bei der MBS gegen eine Prämie abzudecken. Dies erwies sich für viele Investoren und Versicherungsunternehmen als rentabel. Da Investmentfirmen jedoch Schwierigkeiten hatten, Käufer für ihre MBS-Produkte zu finden, und Ratingagenturen sie herabstuften, als sich die Kreditkrise verschärfte, waren Investmentfirmen gezwungen, große Positionen in MBS zu halten. So erging es Bear

Sterns im April 2008 und Lehman Brothers im September 2008, als beide bankrott gingen. AIG, der Hauptversicherer von Credit Default Swaps, wurde von der Federal Reserve gerettet, nachdem es als „Too Big To Fail“ eingestuft worden war. AIG stellte Banken in den USA und Europa Schutz in Höhe von einer halben Billion Dollar, also 300 Milliarden Dollar, zur Verfügung. Ein Ausfall von AIG hätte globale Auswirkungen gehabt. Nachdem die Fed nach der Finanzkrise von 2008 die US-Banken gerettet hatte, indem sie Billionen von Dollar in den Finanzsektor gepumpt hatte, zog die Inflation nicht an, und dies ist ein Hinweis darauf, wie das Petrodollar-Abkommen von 1973 den USA mehr Beinfreiheit gab, ohne sich um höhere Geldmittel sorgen zu müssen Emission, die ein korreliertes Risiko einer hohen Inflation auslöst. Und rückblickend erfüllten die Vereinigten Staaten ihren Petrodollar-Deal von 1973 mit der OPEC, als 1989 die Spannungen zwischen dem Irak und Kuwait aufflammten. Beide Nationen sind ursprüngliche OPEC-Mitgliedsländer, aber der Irak beschuldigte Kuwait, mehr Öl zu produzieren, als von der OPEC-Quote gefordert Zeit, was zu einem Rückgang der Ölpreise führte, was wiederum die irakische Wirtschaft und seine Fähigkeit zur Rückzahlung von Schulden beeinträchtigte, die während des Iran-Irak-Krieges von 1980-1988 entstanden waren. Der irakische Präsident Saddam Hussein hatte Kuwait auch beschuldigt, Schrägbohrungen im irakischen Ölfeld Rumalia durchgeführt zu haben, was Saddam dazu zwang, den Krieg zu erklären und eine Invasion des Landes zu starten. Die Eroberung Kuwaits durch den Irak führte 1991 zum Golfkrieg, in dem eine von den Vereinigten Staaten geführte Koalition intervenierte und die irakischen Streitkräfte aus Kuwait zurückdrängte und die irakischen Streitkräfte daran hinderte, weiter nach Saudi-Arabien vorzudringen, was seit den Exporten aus Saudi-Arabien ein großes Problem der USA war 15 % der weltweiten Rohölreserven – die höchsten aller Nationen. Es gab Befürchtungen, dass Saddam nach

der Besetzung Kuwaits durch den Irak die Ölfelder Saudi-Arabiens ins Visier nehmen würde. Diese Verteidigung Saudi-Arabiens war der Kernpunkt des PetroDollar-Deals von 1973 – Saudi-Arabien verkauft Öl für USD und im Gegenzug schützen die USA es militärisch. Nach dem Jahr 2000 beschlossen jedoch einige OPEC-Länder, ihr Öl nicht mehr für US-Dollar zu verkaufen. Der Irak ging Anfang der 2000er Jahre dazu über, sein Öl für Euro zu verkaufen. Kurz darauf, im Jahr 2003, marschierten die USA ohne Vorwand im Irak ein. Im Jahr 2011 drohte Libyen, sein Öl für Gold zu verkaufen, bevor Gaddafi, der damalige libysche Präsident, bei einem von den USA unterstützten Staatsstreich gestürzt und getötet wurde. 2012 hörte der Iran auf, sein Öl gegen US-Dollar zu handeln, und 2018 zog Venezuela nach und beschloss ebenfalls, sein Öl nicht mehr gegen US-Dollar zu verkaufen. Beide Nationen wurden von verheerenden Sanktionen getroffen, die letztendlich ihre Wirtschaft lahmlegten. Saudi-Arabien ist nun die letzte Verteidigungslinie für die US-Dollar-Hegemonie und die wirtschaftliche Expansion, die auf die Abschaffung des Goldstandards folgte. Aber in den letzten Jahren waren die Vereinigten Staaten in einen langjährigen katastrophalen außenpolitischen Ansatz verwickelt, der keine Skrupel hatte, militanten Kräften oder separatistischen Bewegungen in fremden Ländern Zusicherungen zu machen, bevor er sie einer Niederlage auslieferte, die oft verheerend war Folgen für das ganze Land. Dies war der Fall in Vietnam, Syrien und Libyen. Und jetzt ist die Osterweiterung der NATO auf US-Geheiß, um Russland zu provozieren, zusammen mit gebrochenen US-Zusicherungen gegenüber der Ukraine inmitten einer massiven russischen Invasion des Landes, einem wachsenden Mangel an Vertrauen in die US-Außenpolitik gewichen. Dies wird sich schließlich in Bezug auf die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien zuspitzen, die ein kritisches Bündnis mit systemischen Auswirkungen auf die USA darstellen.

Ab 2021 sind die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten angespannt. Washington DC hat beschlossen, eine harte Haltung gegenüber dem saudischen Kronprinzen einzunehmen, und droht, ihn wegen der Ermordung von Jamal Khashoggi, einem saudi-amerikanischen Journalisten, der damit gedroht hat, vernichtende Informationen über die Kriegsverbrechen Saudi-Arabiens im Jemen preiszugeben, strafrechtlich zu verfolgen. Der US-Präsident hatte auch versprochen, das US-Engagement im Jemen zu reduzieren, während er die Jemen-Frage in den Atomgesprächen mit dem Iran weiterhin ignorierte. Der Jemen ist ein Schlüsselthema für die Sicherheit Saudi-Arabiens, da die vom Iran unterstützte militante Gruppe Houthi Drohnen eingesetzt hat, die ihnen vom Iran geliefert wurden, um saudische Ölanlagen anzugreifen. Ein Rückfall der USA in diesen Fragen könnte dazu führen, dass Saudi-Arabien die Beziehungen zu den USA abbricht und sich weigert, sein Öl für US-Dollar zu verkaufen. Wenn dies der Beginn einer scharfen Kluft zwischen den USA und Saudi-Arabien ist, wird dies enorme negative Auswirkungen auf die US-Wirtschaft haben. Dies ist auch etwas, das Gold durch die Decke schicken könnte. Saudi-Arabien hat so viel Einfluss, dass es einst so klassifiziert wurde, wie Saudi-Arabien seine Position gegenüber den USA missbrauchte und Saudis half, die wegen Verbrechen in den USA angeklagt waren, der US-Justiz zu entgehen, indem es sie nach Saudi-Arabien schickte, das sich Arabien ergab. Zu diesen Verbrechen gehörten Totschlag, Kinderpornographie und Vergewaltigung. Viele wissen kaum, dass es keine weltweite Nachfrage nach US-Dollar geben würde, wenn Saudi sein Öl nicht für US-Dollar verkauft, und daher gäbe es keine Möglichkeit, dass das US-Finanzministerium weiterhin die endlosen Geldmengen drucken könnte, die es derzeit zum Drucken bereitstellt. Diese aktuelle Zwietracht ist eine direkte Folge der kämpferischen außenpolitischen Haltung Washingtons seit den US-

Präsidentschaftswahlen 2020. Das Bündnis zwischen den USA und Saudi-Arabien ist von entscheidender Bedeutung, und die USA müssen möglicherweise hoffen, dass die Saudis nicht vorhaben, woanders nach militärischen Zusicherungen zu suchen. Zumal Deutschland als Reaktion auf Russlands Invasion in der Ukraine sowohl remilitarisiert als auch nach alternativen Ölquellen sucht … jetzt, wo Deutschlands Abhängigkeit von Öl aus Russland möglicherweise nicht länger tragbar ist, da Russland von der internationalen Gemeinschaft isoliert wird. Da die wirtschaftliche Lage Deutschlands auf dem Spiel steht, könnten sie versuchen, mit den USA um Einfluss im Nahen Osten zu konkurrieren, indem sie diplomatische Hinterkanäle nutzen, um Ölgeschäfte zu sichern, die für den Euro und die deutsche Wirtschaft und die Interessen der USA und ihrer wirtschaftlichen Sicherheit günstig wären unterminiert werden. Jetzt, da eine verstärkte Rüstungsproduktion und Innovation Deutschland eine enorme Verhandlungsmacht verleihen könnten, könnte Saudi-Arabien versucht sein, durchsetzungsfähigere militärische Zusicherungen von anderen Nationen als den USA einzuholen. Da sich Deutschland weiterhin diplomatisch von Russland entfremdet, könnte die militärische Verteidigung Saudi-Arabiens eine viel einfachere Entscheidung ihrerseits sein, und dazu würde eine Beteiligung an der Jemen-Krise gehören. Russland hat in den letzten Jahren versucht, seinen Einfluss im Nahen Osten auszuweiten, aber seine Verbindungen zu einem verbündeten Konsortium schiitischer Nationen wie dem Iran und Syrien machten es Russland unmöglich, Saudi-Arabien die Sicherheitsgarantien zu geben, die es braucht, wenn überhaupt etwas auf ihrer Agenda steht . Das Beste, was Russland bei seinem Versuch, sich diplomatisch von diesem Konsortium zu trennen, anbieten konnte, war, Israel ungehinderten Zugang zum syrischen Luftraum zu gewähren, damit Israel Luftangriffe auf iranische Stützpunkte in Syrien, Stützpunkte zum Abschuss von Waffen und

anderen Lieferungen an den Iran an direkte Stellvertreter im Jemen durchführen konnte , Libanon und Gazastreifen. Aufgrund dieser diplomatischen Beschränkungen gegenüber Russland bleibt Deutschland die nächstbeste Option für die Sicherheit Saudi-Arabiens.

Kapitel 2: Der Aufstieg der deutschen Währung

Saudi-Arabien und Deutschland unterhalten stabile diplomatische Beziehungen, ermutigt durch die Art und Weise, wie deutsche Beamte Saudi-Arabien als "Anker der Stabilität" bezeichnen würden. Dies ist größtenteils auf das Verhalten Saudi-Arabiens während des Arabischen Frühlings zurückzuführen, der 2011 stattfand und einen Großteil der Region des Nahen Ostens betraf. Der Arabische Frühling war eine Reihe ziviler Unruhen, die in der gesamten arabischen Welt stattfanden. Es begann in Tunesien und breitete sich nach Libyen, Ägypten, Jemen, Syrien und Bahrain aus. Saudi-Arabien blieb jedoch weitgehend unberührt. Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Deutschland basieren auf dem gegenseitigen Wunsch beider Nationen, die Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Themen wie Terrorismus und Instabilität zu fördern. Sowohl Deutschland als auch Saudi-Arabien teilen folglich Informationen und die Vorteile der inneren Sicherheit beider Länder. Saudi-Arabien war maßgeblich daran beteiligt, der deutschen Regierung Tipps zu extremistischen Netzwerken zu geben, und hat Deutschland geholfen, terroristische Pläne aufzudecken. Wirtschaftlich gesehen ist Deutschland ein wichtiger Lieferant von Waffen und anderen Maschinen nach Saudi-Arabien. Auch einige deutsche Unternehmen haben Niederlassungen in Saudi-Arabien eröffnet, was das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern erhöht hat.

Auf der negativen Seite wird Saudi-Arabien aufgrund des wachsenden Rechtsextremismus in Deutschland oft negativ als eine Nation wahrgenommen, die von Frauenfeindlichkeit, Diskriminierung und einer schlechten Menschenrechtsbilanz geprägt ist. Viele verweisen auf die islamisch-fundamentalistischen Sekten in Saudi-Arabien als die Essenz des Landes, und einige Deutsche stehen den deutschen

Waffenexporten in das Land kritisch gegenüber. Ein großer Teil des Images Saudi-Arabiens in Deutschland wird durch viel Unwissenheit und Mangel an Gelehrsamkeit über das Land gestärkt, da nur eine Handvoll von Deutschlands akademischen Forschern und Schriftstellern die Erlaubnis erhalten hat, dorthin zu reisen. Es gibt im Wesentlichen keine gründliche Analyse der saudischen Zivilgesellschaft, die den Deutschen für ein genaueres Bild vorgelegt werden könnte, und die Berichterstattung der deutschen Medien über die Geschehnisse in Saudi-Arabien war begrenzt. Diese Zurückhaltung hat zu einem großen Teil damit zu tun, dass die deutsch-saudischen Beziehungen pragmatisch handels- und sicherheitsrelevant sind und beide sich lieber aus den politischen Angelegenheiten des anderen heraushalten. Seit Saudi-Arabien 2011 inmitten regionaler geopolitischer Unruhen Stabilität zeigte, zeigen die Deutschen ein verstärktes politisches Interesse an Saudi-Arabien. Das wurde deutlich, als Deutschland 2018 nach der Ermordung des saudi-amerikanischen Journalisten Jamal Khashoggi ein Waffenembargo gegen Saudi-Arabien verhängte.

Saudi-Arabien hat sich als stärkste und stabilste Nation im Nahen Osten erwiesen, was zu einer wachsenden deutschen Präsenz in saudischen Angelegenheiten geführt hat. Hochrangige Beamte beider Nationen statteten den jeweils anderen Ländern diplomatische Besuche ab, und Deutschland freute sich über die Vereidigung von König Salman im Jahr 2015 und die Ernennung seines jüngsten Sohnes Muhammad Bin Salman (MBS) zum Verteidigungsminister. Als Bin Salman jedoch 2017 zum Kronprinzen ernannt wurde, nachdem König Salman bin Nayef abgesetzt hatte, wurde er der offensichtliche Erbe. Dies war umstritten, und der Schritt war in einem vom deutschen Bundesnachrichtendienst veröffentlichten Memo vorgesehen, das auf das verstärkte Interesse Deutschlands an der saudischen Politik hinweist.

Der Schritt von MBS, Saudi-Arabien mit dem Vision 2030-Plan zu modernisieren, der es Frauen erlaubte, Autos zu fahren und Theater zu eröffnen, wurde von den deutschen Medien umfassend behandelt und porträtierte Saudi-Arabien in einem positiven Licht. Die Prüfung der saudischen Angelegenheiten durch den deutschen Bundesnachrichtendienst wurde jedoch als aggressiv empfunden. Ein weiterer Bericht über die MBS-Politik wurde im Dezember 2015 geleakt, und in dem Bericht schrieb der deutsche Geheimdienst darüber, wie rücksichtslos und militaristisch die MBS-Außenpolitik war. Dies erweckte den Eindruck, Saudi-Arabien sei bereit, sich unabhängig von internationalen Verflechtungen politisch und militärisch zu behaupten. 2015 waren viele Bundesbürger besorgt über die menschenrechtlichen Auswirkungen der von Saudi-Arabien geführten Militäroperation im Jemen. Eine weitere Kontroverse war die Rolle Saudi-Arabiens bei der Einleitung der Blockade gegen Katar im Jahr 2017.

In Bezug auf die inneren Angelegenheiten Saudi-Arabiens war Deutschland besorgt über die harten Maßnahmen, die saudische Beamte gegen verschiedene Kritiker der saudischen Regierung verhängten. Diese Kritiker reichten von Persönlichkeiten aus Politik, Medien und Wirtschaft. Eine Reihe von Menschenrechtsaktivisten, die sich von saudischen Beamten bedroht fühlten, wurden festgenommen. Diese Vorfälle haben in Deutschland zu weiteren Diskussionen über die Notwendigkeit geführt, mehr Druck auf Saudi-Arabien auszuüben, damit es seine harte Politik zurückfährt. Letztlich geht es den Deutschen vor allem um die deutschen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Nachdem der saudische Journalist Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in der Türkei ermordet und zerstückelt worden war, sagte Deutschland, es werde Waffenexporte nach Saudi-Arabien stoppen. Deutschland forderte auch die Einleitung einer umfassenden Untersuchung des Mordes. Unterdessen hat

Deutschland die diplomatische Reise von Bundesaußenminister Heiko Maas nach Saudi-Arabien wegen des Khashoggi-Vorfalls verschoben.

Wenn es darum geht, wie Saudi-Arabien seine Beziehungen zu Deutschland sieht, betrachten sie Deutschland als verlässlichen Partner und haben keine langjährigen Beschwerden gegen Deutschland. Deutschland hat in der saudischen Region keine Kolonialgeschichte, was die deutsch-saudi-arabischen Beziehungen auf eine gute Basis stellt. Die Beteiligung Deutschlands am Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA) mit dem Iran hat jedoch die Natur des deutschen Wunsches, Vertrauen in die saudische Regierung aufzubauen, in Frage gestellt. Die Saudis und die Iraner sind in einen Stellvertreterkrieg im Jemen verwickelt. Daher sind die Saudis eher geneigt und dafür, dass Deutschland mehr Solidarität mit der saudischen Regierung zeigt, indem es sich vom Iran distanziert. Deutschlands Engagement im Iran hat bei saudischen Beamten, die einst den deutschen Außenminister Sigmar Gabriel beschuldigten, ein iranischer Agent zu sein, einiges misstrauisch gemacht. Dieses Misstrauen der Saudis gegenüber Deutschland verstärkte sich, nachdem der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel den saudi-arabischen Einfluss für den Rücktritt des libanesischen Ministerpräsidenten Saad Hariri verantwortlich machte. Er bezeichnete die Situation mit dem Begriff „Abenteuertum“, um den saudischen Einfluss auf die Affäre zu beschreiben. Entsetzt über die Rhetorik zog Saudi-Arabien seinen eigenen Botschafter HRH Prince Khalid bin Bandar Al Saud aus Deutschland ab. Dies führte zu einem Rückschlag in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Saudi-Arabien und Deutschland. Saudi-Arabien wies saudische Ministerien an, keine Geschäfte mehr mit deutschen Unternehmen zu machen, und schränkte auch die Einreise deutscher Politiker ein. Dieser Protest endete jedoch bald und die saudischen Beamten freuten sich

darauf, die normalisierten Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen.

Ein weiterer Bereich deutscher Standards, den saudische Beamte kritisiert haben, sei Deutschlands Risikoaversion, sagen sie. Und noch enttäuschender für saudische Wirtschaftsführer ist die Angst Deutschlands, mehr in Saudi-Arabien zu investieren. Saudi-Arabien hat versucht, Deutschland davon zu überzeugen, mehr zu investieren, und behauptet, dass mehr Investitionen erforderlich seien, um die „Vision 2030“ Wirklichkeit werden zu lassen. Es herrscht einige Verwirrung darüber, was jedes Land vom anderen erwartet. Deutschland möchte Beziehungen aufbauen, die mehr auf Handel als auf Direktinvestitionen in Saudi-Arabien basieren, während Saudi-Arabien erwartet, dass Deutschland mehr Direktinvestitionen in Saudi-Arabien anbietet. Saudi-Arabien hat hohe Erwartungen an die Partnerschaft.

Die diplomatische Krise, die sich zwischen Deutschland und Saudi-Arabien im Zusammenhang mit dem Khashoggi-Zwischenfall, der Libanon-Premierminister-Affäre und dem Engagement Deutschlands mit dem Iran entfaltet hat, hat zu einem Rückgang des bilateralen Handelsvolumens geführt. Das deutsche Exportvolumen nach Saudi-Arabien ging im ersten Quartal 2008 um 13 % zurück. Dies deutet darauf hin, dass Saudis Image von Deutschland als vertrauenswürdiger Handelspartner abgenommen hat. Es erklärt auch, warum Saudi-Arabien einen Großteil seiner Zeit damit verbracht hat, nach Osten nach Südkorea und China vorzudringen, und erwägt sogar, sein Öl 2022 für chinesische Yuan statt für US-Dollar an die Chinesen zu verkaufen. Insgesamt hat Deutschland im Vergleich zu anderen Nationen wie Frankreich, Großbritannien und den USA keinen nennenswerten Einfluss auf die saudischen Angelegenheiten. In Deutschland wird Saudi-Arabien immer noch als etwas außerhalb der Grenzen des deutschen kulturellen und progressiven Geschmacks wahrgenommen, obwohl MBS in Saudi-Arabien auf

kulturelle Fortschritte drängt, wie z. B. die Begleitung durch einen männlichen Vormund, Ehepartner oder Sponsor. Seit 2018 haben Deutschland und Saudi-Arabien kleine Schritte zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen unternommen. Saudi-Arabien sieht Deutschlands innovativen Sektor als etwas, das Potenzial für eine Vielzahl von saudischen Branchen wie das Gesundheitswesen, die Pharmazie und das Bildungssystem fördern könnte. Und das könnte sich für deutsche Investoren immens auszahlen. Eines der Hauptziele der „Vision 2030" ist nicht nur die Modernisierung Saudi-Arabiens, sondern auch die Schaffung eines Umfelds, das ausländische Investitionen anzieht. Ein Großteil der arabischen Welt steckt seit einiger Zeit in geopolitischen Schwierigkeiten, aber Saudi-Arabien war die Säule der Stabilität, und neben diesem Aspekt der Stabilität hat Saudi-Arabien einen fortschrittlichen Plan vorgelegt, der darauf abzielt, ausländische Investitionen zu erzwingen. In Saudi-Arabien wurden bereits Richtlinien erlassen, die Frauen schließlich auf den Weg bringen werden, ein wichtiger Katalysator für wirtschaftlichen und sozialen Wandel zu werden.

Aus Sicht Saudi-Arabiens wäre dieses „neue Saudi-Arabien", das in Arbeit ist, in Nahost-Angelegenheiten beispiellos und könnte einen Durchsickerungseffekt auf einen Großteil der arabischen Welt haben. Eine solche Perspektive sollte die Tür für ein breiteres Engagement Deutschlands weiter öffnen. In Saudi-Arabien sind bereits Veränderungen im Gange und viele junge Startups in Saudi-Arabien haben den Wunsch geäußert, stärkere Verbindungen zu Kollegen in Deutschland aufzubauen, die ebenfalls in der Startup-Branche tätig sind. Viele im Start-up-Hub in Saudi-Arabien haben den Wunsch geäußert, im Bereich erneuerbare Energien und künstliche Intelligenz zu arbeiten, was große Chancen für Partnerschaften bietet.

Saudi-Arabien hat großen Respekt vor den kulturellen und künstlerischen Leistungen Deutschlands und respektiert deutsche Beiträge in den Bereichen Literatur, Musik und Oper. Die

Deutsche Botschaft in Riad hat bereits Kulturfestivals wie Hip-Hop-Konzerte organisiert und freut sich auf weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit in diesem Bereich sowie Möglichkeiten für saudische Künstler, ihre künstlerischen Qualitäten in Deutschland zu präsentieren, was den Deutschen einen Einblick in Saudi-Arabien geben könnte bürgerliches Leben.

Eine der größten Hürden für den Aufbau einer kulturellen Korrespondenz ist die wachsende Islamophobie, die die deutsche Meinung über die saudi-deutschen Beziehungen auf den Kopf stellen könnte. Die Bemühungen Saudi-Arabiens, die Perspektiven der islamischen Nationen durch Modernisierung zu verbessern, könnten jedoch sicherlich die Nachteile der Islamophobie überwinden. Einer der größten Beiträge, den Deutsche in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu Saudi-Arabien leisten können, ist der Ausbau von Austauschprogrammen. Saudischen Studenten Zugang zu deutschen akademischen Einrichtungen zu verschaffen, wird es mehr Saudis ermöglichen, die deutsche Kultur besser zu verstehen.

Insgesamt sind noch viele der Herausforderungen zu bewältigen, die der Entwicklung engerer bilateraler Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Deutschland im Wege stehen könnten. Die Fähigkeit, den diplomatischen Rückfall zu überwinden, der sich aus dem anhaltenden Diskurs über Fragen der Menschenrechtsbilanz Saudi-Arabiens, der wachsenden rechtsextremen Islamophobie Deutschlands, der von Saudi-Arabien geführten Militäroperationen im Jemen und der Ermordung von Jamal Khashoggi ergibt, wird davon abhängen, wie Deutschland gegenüber Saudi-Arabien vorgeht steht zu Arabiens Initiative „Vision 2030“. Die Krise im Jemen hat sich zu einer großen humanitären Krise eskaliert, und das saudische Engagement hat eine weitere Verbesserung der saudisch-deutschen Beziehungen behindert. Der Bürgerkrieg im Jemen begann nach dem Arabischen Frühling 2011, der zum Sturz des

jemenitischen Präsidenten Ali Abdullah Saleh führte, der den Jemen 33 Jahre lang regiert hatte. Die regierungsfeindliche Bewegung bestand aus zahlreichen Fraktionen, die alle auf Salehs Abreise bestanden. 2012 wurde Abdrabbuh Mansur Hadi zum Präsidenten des Jemen gewählt und löste Saleh ab. Aber Hadi schaffte es nicht, die verschiedenen regierungsfeindlichen Fraktionen zu vereinen, und er weigerte sich auch, Houthis in sein Kabinett zu berufen. Die Houthis hatten seit 2004 im Nordjemen gegen einen Aufstand gekämpft, als die damalige Regierung die Houthis beschuldigte, versucht zu haben, die Regierung zu stürzen. Die Houthis bestritten dies und betrachten ihren Aufstand seither als Verteidigungsoperation gegen Angriffe der nordjemenitischen Regierung auf ihre Gemeinde. Der Aufstand wurde ausgelöst, als der Houthi-Führer Hussein alHouthi 2004 von jemenitischen Regierungstruppen getötet wurde. In den folgenden Jahren starteten die Houthi Angriffe gegen jemenitische Regierungstruppen in der gesamten nördlichen Region, und die Kämpfe verlagerten sich dann in die Nähe der saudischen Grenze. Im Jahr 2009 beschuldigten die Huthis Saudi-Arabien, dem jemenitischen Militär erlaubt zu haben, ihre Stützpunkte zu nutzen, um Angriffe auf Huthi-Stellungen zu starten. Houthi-Kämpfer begannen daraufhin mit einer Reihe von Angriffen auf saudische Grenzschutzbeamte, was zu einer saudischen Militärreaktion führte. Die Saudis starteten daraufhin Luftangriffe im Nordjemen. Im Jahr 2011, während des Arabischen Frühlings, versprachen die Houthis ihre Unterstützung für regierungsfeindliche Bewegungen im ganzen Jemen, bevor sie das Gouvernement Sadaa im Norden des Jemen übernahmen. Nachdem Hadi im Jemen an die Macht gekommen war, versuchte seine Regierung, einen Kredit vom IWF zu erhalten, der Hadi verpflichtete, Sparmaßnahmen wie die Abschaffung von Treibstoffsubventionen umzusetzen, was in der Folge zu einem erheblichen Anstieg der Treibstoffpreise führen

würde. Dieser Schritt wurde von den Houthis angefochten, die die Hauptstadt Sanaa stürmten und forderten, dass Hadi eine neue Verfassung entwirft und eine Einheitsregierung bildet. Als es der Hadi-Regierung nicht gelang, ein günstiges Design zu entwickeln, das den Forderungen der Houthi entsprach, versuchten die Houthi, die Kontrolle über Hadis Wohnpalast zu übernehmen, was dazu führte, dass Hadi und seine Verwaltungsbeamten Anfang 2015 zurücktraten. Die Houthi-Invasion in Sanaa stieß auf wenig bis gar kein Ergebnis Ergebnis der jemenitischen Armee, die den Houthis erlaubte, eine Übergangsregierung zu bilden. Aber diese neue Regierung wurde von vielen politischen Einheiten im Jemen nicht anerkannt. Kurz darauf, im Jahr 2015, intervenierte Saudi-Arabien und führte eine Koalition von Golfstaaten an, die Luftangriffe im Jemen beginnen würde, um die Hadi-Regierung wiederherzustellen. Sie leiteten auch eine Seeblockade gegen die Houthis ein. 2016 versuchten die Houthis, die Regierung Saleh wieder einzusetzen, gegen die sie zuvor während des Arabischen Frühlings 2011 protestiert hatten. Die Huthis versuchten, mit Saleh einen politischen Rat zu bilden, aber Saleh brach bald die Verbindung zu den Huthis ab und ermutigte seine Anhänger, die Waffen gegen sie zu erheben. Saleh wurde jedoch kurze Zeit später getötet und seine Streitkräfte würden 2017 von den Houthis besiegt werden. Inzwischen hat die saudische Regierung den Iran beschuldigt, die Houthi-Kämpfer zu unterstützen – eine Tatsache, die so offensichtlich ist wie eine Reihe von iranischen Waffen, die im Golf von abgefangen wurden Aden. Houthi-Kämpfer haben in den letzten Jahren erfolgreiche Drohnenangriffe auf saudische Ölanlagen gestartet. Während des gesamten Konflikts haben die USA gleichzeitig mit den Saudis Luftangriffe durchgeführt, die jedoch hauptsächlich gegen Al-Qaida-Agenten in der Region gerichtet waren. Diese Luftangriffe, die Blockade, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit haben zu einer humanitären Katastrophe im Jemen geführt, die 300.000 Menschen das Leben

gekostet hat. Die USA führen seit 2002 Luftangriffe im Jemen durch, und die Zahl der bei diesen Luftangriffen getöteten Zivilisten ist unbekannt. Seit 2021 haben die USA ihre Absicht erklärt, die Unterstützung für die von Saudi-Arabien geführte Intervention im Jemen zurückzuziehen. Im April 2022 nahmen die Dinge jedoch eine positive Wendung, als der im Exil lebende jemenitische Präsident Hadi seine Präsidentschaftsbefugnisse auf einen neuen politischen Rat übertrug, der mit der Aushandlung eines Waffenstillstands mit den Houthis beauftragt wurde. Der Waffenstillstand ermöglicht die Verschiffung von Treibstoff in den Jemen. Saudi-Arabien hat auch 3 Milliarden zur Unterstützung der jemenitischen Wirtschaft zugesagt und auch dazu beigetragen, die Verhandlungen für die Hadi-Regierung zu erleichtern, um ein breiteres Spektrum politischer Gruppen einzubeziehen. Diese Entwicklungen ab April 2022 würden die Dringlichkeit Saudi-Arabiens nach westlicher militärischer Unterstützung und Sicherheitsgarantien verringern und es daher unwahrscheinlich machen, dass sie diese Art der Unterstützung in naher Zukunft von anderen Nationen als den USA auskundschaften würden. Sollte der Konflikt im Jemen jedoch erneut eskalieren und die Houthi-Angriffe auf Saudi-Arabien und das Territorium der Vereinigten Arabischen Emirate wiederaufgenommen werden, könnte Saudi-Arabien schnell einen anderen Sicherheitspartner finden, wenn die USA weiterhin darauf bedacht sind, Saudi-Arabien im Rückzug gegen die Houthi-Kämpfer militärisch zu unterstützen. In diesem Fall kann man voraussagen, dass Saudi-Arabien den Petrodollar-Deal beenden wird, bei dem Saudi-Arabien sein Öl für US-Dollar im Austausch für US-Militärunterstützung verkauft. Die Saudis werden diese Art von Deal einfach jeder Nation anbieten, die ihren Teil des Deals aufrechterhalten könnte. Dies würde zum sofortigen Zusammenbruch des US-Dollars und zu einem exponentiellen Anstieg der Währung führen, mit welcher Nation auch immer

Saudi-Arabien diese Art von Geschäften abschließt. Nichtsdestotrotz öffnet die Deeskalation im Jemen ab April 2022 Deutschland die Tür für ein weiteres diplomatisches Engagement in Saudi-Arabien, da die negative öffentliche Haltung Deutschlands gegenüber einer saudischen Intervention in der Jemen-Krise mit der Stabilisierung des Jemen abnehmen würde. Dann gäbe es weniger politische Rückschläge in der Wahrnehmung der Beziehungen Deutschlands zu Saudi-Arabien innerhalb Deutschlands. Die Stabilisierung des Jemen ermöglicht es der saudischen Regierung, sich als Hoffnungsträger für den Nahen Osten zu präsentieren, was international für ein positiveres Image sorgen und deutschen Investoren mehr Vertrauen geben wird, in Saudi-Arabien zu investieren. Wachsende politische und wirtschaftliche Beziehungen könnten Deutschland zu einem möglichen Kandidaten für die Gewährleistung der saudischen Sicherheit machen, und wenn Saudi-Arabien bei der diplomatischen Lösung geopolitischer Probleme nachdrücklicher vorgeht, könnte es für Deutschland einfacher werden, dem saudischen Königreich militärische Unterstützung zuzusagen. Die deutsche militärische Unterstützung einer Nation zu sehen, die alle Anstrengungen unternimmt, um die Notwendigkeit ihrer Intervention zu verringern, während sie gleichzeitig Deutschland erhebliche Vorteile verschafft, da Saudi-Arabien sein Öl verkauft, um die weltweite Nachfrage nach der deutschen Währung anzukurbeln, trägt zur D-Mark bei oder Euro. Die Bemühungen der MBS sprechen sicherlich für einen solchen Rahmen. Aber natürlich müssten Saudi-Arabien, damit es sich diplomatisch von den Vereinigten Staaten abspaltet, Sicherheitsprobleme am Horizont vorhersehen und davon ausgehen, dass die USA nicht in ihrem Namen eingreifen würden. Eine solche Berechnung würde Saudi-Arabien veranlassen, sich anderswo umzusehen, um rechtzeitig Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Möglichkeit erfordert, dass die Federal Reserve im

Voraus einen Notfallplan für den wahrscheinlichen Fall eines Zusammenbruchs des US-Dollar erstellt. Denn ab jetzt im Jahr 2022 gibt es 4 Hauptfaktoren, die die Idee eines solchen Szenarios in naher Zukunft unterstützen. 1. Die deutsche Militäraufrüstung und Isolierung von Russland und ihre Notwendigkeit, Energieimporte und -handel aus dem Nahen Osten zu sichern, um den wirtschaftlichen Niedergang auszugleichen. 2. Rücksichtslose Rhetorik gegenüber saudischen Beamten durch die derzeitige US-Regierung im Jahr 2022. 3. Die langsame Reaktion der Federal Reserve auf die steigende Inflation. 4. Der langsame Übergang der Welt zu alternativen Energiequellen.

Kapitel 3: Aufstieg des russischen Rubels

Einige argumentieren, dass die USA bald nicht mehr von ausländischen Ölimporten abhängig sein werden und es daher keine Rolle spielt, ob sich die Beziehungen der USA zu den wichtigsten Öl exportierenden Ländern des Nahen Ostens verschlechtern. Obwohl die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren einen Schieferölboom erlebt haben, sind sie weit davon entfernt, energieunabhängig zu werden. Bereits 2006 sagte US-Präsident George W. Bush den Amerikanern in seiner Rede zur Lage der Nation, dass „Amerika süchtig nach Öl" sei. Er erklärte, dass Amerika seine Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen Osten verringern und die Menge an Öl aus dem Nahen Osten, das es importiert, reduzieren sollte. Es wird seit langem argumentiert, dass die Abhängigkeit der USA vom Öl aus dem Nahen Osten Amerikas außenpolitische Ziele erstickt. Innerhalb des letzten Jahrzehnts entdeckten die Vereinigten Staaten jedoch einen wirtschaftlich tragfähigen Weg, Öl aus unterirdischen Schieferformationen zu fördern, was zu dem Schieferboom führte, der es den USA ermöglichen würde, 2019 zum Nettoölexporteur zu werden. Öl aus Schiefer ist als hydraulisches Fracking bekannt und beinhaltet das Zielen auf unterirdische Felsformationen durch Einspritzen von Mischungen aus Wasser, Sand und anderen Chemikalien mit hoher Geschwindigkeit. Da Schiefer eine endliche Ressource ist und Schieferquellen typischerweise viel früher zurückgehen als konventionelle Quellen, sollte die US-Ölförderung nicht als etwas angesehen werden, das Amerikas Abhängigkeit von ausländischem Öl beseitigen wird. Ganz zu schweigen davon, dass es 6 Monate bis zu einem Jahr dauert, um die Schieferproduktion hochzufahren. Ein weiterer einschränkender Faktor ist die begrenzte Menge an Ausrüstung, Arbeitskräften und Pipeline-Infrastruktur. Und da Öl ein globaler Markt ist, wirken sich Änderungen in der Ölproduktion im

Ausland auf die Ölpreise im Inland aus, was sich auf die Gewinnmargen der Schieferölunternehmen auswirken könnte.

Ein weiteres Argument, das verwendet wird, um die Zuversicht auszudrücken, dass die USA nicht länger von ausländischem Öl oder ausländischen Ölgeschäften abhängig sein müssen, ist eines, das auf die Bemühungen der USA zur Bekämpfung des Klimawandels in den letzten Jahren hinweist. Um die Abhängigkeit vom Öl zu verringern, hat sich der Westen der Solar- und Windenergie zugewandt, was sicherlich die weltweite Abhängigkeit von Erdölprodukten zur Stromerzeugung verringern würde. Der Transport macht jedoch 71 % des US-Erdölverbrauchs aus, und aus diesem Grund sind die USA noch weit entfernt von Langstrecken-Elektrofahrzeugen oder Fahrzeugen, die zu 100 % mit Biokraftstoffen betrieben werden könnten. Und deshalb kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass eine globale Abkehr von der Abhängigkeit vom Öl im Gange ist. Derzeit gibt es einige wenige Fahrzeuge, die mit 10 % Ethanol, 90 % Benzin oder 20 % Biodiesel und 80 % Petroleumdiesel betrieben werden können. Die Verwendung von Biomasse/Biodiesel/Biokraftstoffen für den Transport wird noch untersucht, und einige Forscher sind besorgt darüber, wie dies die Lebensmittelverteilung stören könnte. Russland ist sicherlich eine Fallstudie; Wie kann Getreide/Weizen in Ethanol umgewandelt werden, wenn der Westen aufgrund des Krieges in der Ukraine mit Getreideknappheit konfrontiert ist? Und wie wirkt sich Biodiesel auf das Leben von Tieren aus, da ein Großteil davon aus tierischen Fetten gewonnen wird? Sicher, man kann vermuten, dass man es nur von toten Tieren bekommt, aber das wird wahrscheinlich nicht überall der Fall sein. Profiteure werden kein Problem damit haben, immer mehr Tiere zu töten, nur um einen besseren Zugang zum Biodieselmarkt zu erhalten. Kombinieren Sie das mit der Tatsache, dass die meisten Menschen immer noch Fleischfresser sind. Dies weicht buchstäblich einer größeren

Nachfrage nach toten Tieren, eine Aussicht, gegen die Tierrechtsgruppen massenhaft protestieren werden.

Sowohl bei Biodiesel- als auch bei Ethanolkraftstoffen haben wir eine Situation, in der sich die Produktion auf die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auswirkt. Kombinieren Sie das mit der Tatsache, dass Menschen immer noch eine Affinität dazu haben, Kriege zu beginnen und zu beginnen. So viele andere Faktoren, die noch in der menschlichen Gesellschaft verankert sind, müssen sich ändern, bevor die Welt jemals einen vollständigen Übergang zu alternativen Kraftstoffquellen in Betracht ziehen kann.

Aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 wurden weltweite Sanktionen gegen Russland verhängt. Diese haben dazu geführt, dass die Inflation in Russland auf fast 10 % gestiegen ist, und viele Analysten prognostizieren, dass sie bis Ende März 2022 als Währung Russlands 20 % überschreiten wird , der Rubel, bricht weiter ein. Russland ist auf importierte Waren wie Autos, Haushaltsgeräte, Fernseher und Smartphones angewiesen, aber mehrere westliche Sanktionen gegen Russland haben zu massiven Preissteigerungen bei diesen Produkten geführt. Der Preis für Neuwagen stieg um 15 %. Russland ist auch besorgt darüber, wie sich die Abhängigkeit von Importen für seine Agrarindustrie, wie beispielsweise Kartoffelsamen, auf die wirtschaftliche Situation auswirken wird. Als Reaktion auf die steigende Inflation und als Maßnahme zur Preisstabilisierung hat die russische Zentralbank die Zinsen auf 20 % angehoben. Laut BBC lauten die gegen Russland verhängten Sanktionen für den Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 wie folgt: Die Vereinigten Staaten haben ihre Öl- und Gasimporte aus Russland verboten. Großbritannien sagte, es werde seine russischen Ölimporte bis 2030 einstellen. Und Deutschland und die EU versprachen, ihre Abhängigkeit von russischem Öl zu verringern, indem sie vor 2030 nach alternativen Energiequellen suchten. Der Westen hat auch

Russlands Auslandsbestände in Dollar und Euro eingefroren. und schränkte Banken ein, Geschäfte mit der Zentralbank von Russland zu tätigen. Einige der russischen Banken werden aus dem SWIFT-Bankensystem ausgeschlossen, was sie daran hindert, internationale Transaktionen durchzuführen. Dies würde auch jegliche Ansprüche gegen Russland für seine Öl- und Gasexporte verzögern. Großbritannien hat die Vermögenswerte aller russischen Banken eingefroren und ihren Zugang zum britischen Finanzsystem eingeschränkt. Das Ergebnis ist, dass Russland nicht in der Lage wäre, innerhalb des Vereinigten Königreichs Geld zu beschaffen oder Geld zu leihen. Der Versand einer Reihe von Waren nach Russland wurde eingeschränkt, während das Vereinigte Königreich, die USA, die EU und Kanada russischen Fluggesellschaften den Eintritt in ihren Luftraum verboten haben. Auch das Vermögen des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde eingefroren. Als Reaktion darauf hat Russland einen Großteil seiner Exporte in den Westen verboten, die aus verschiedenen Produkten wie Telekommunikation, Medizin, Fahrzeugen, landwirtschaftlichen, elektrischen Geräten und Holz bestehen. Russland hat auch aufgehört, Zinszahlungen an ausländische Investoren zu leisten, die russische Staatsanleihen halten, und sie drückten auch die Liquidität von Aktien und Anleihen, die von ausländischen Investoren gehalten werden. Angesichts dieser Entwicklungen ist klar, wie sich die Sanktionen auf Westeuropa auswirken werden. Nicht nur in Bezug auf die Beschaffung ausreichender Energielieferungen, die Russland möglicherweise nicht mehr liefern kann, sondern auch in Bezug auf die Nahrungsmittelproduktion. Auf Russland und die Ukraine entfällt ein Drittel der weltweiten Weizen-/Getreide- und Gerstenexporte, aber jetzt, da diese Sanktionen vom Westen gegen Russland verhängt wurden, zusammen mit Russland, das mit der Kürzung seiner Weizen-/Getreide- und Düngemittelexporte revanchiert, stoppt ein Großteil der Welt ist von solchen

Nahrungsmittelvorräten abhängig und muss sich mit der Aussicht auf erhebliche Nahrungsmittelknappheit auseinandersetzen und sich gleichzeitig mit den Auswirkungen auseinandersetzen, wie Düngemittelknappheit sehr sensible Anbauprotokolle stören wird, was die Ernteerträge sehr niedrig halten könnte. Orte wie Ägypten, Tunesien und der Libanon verlassen sich auf aus Russland importiertes Getreide/Weizen. Alles in allem sind die Ukraine und Russland im Wesentlichen Weltmächte in der globalen Lebensmittelindustrie.

Diese Sanktionen gegen Russland sind ein Haken 22. Russland ist gewissermaßen vom Finanzsektor im Westen abgeschnitten, wird aber gleichzeitig Überschussvorräte aus der Öl- und Getreideförderung aufbauen können. Damit bleibt die Wahrscheinlichkeit, dass Russland ein wichtiger Akteur in der Ethanolproduktion wird, da viele Industrien auf der ganzen Welt versuchen, von 100 % Erdöl auf eine Mischung aus Erdöl und Biokraftstoffen umzusteigen, bevor sie schließlich zu 100 % Biokraftstoff übergehen. Angesichts der Weizenknappheit im Westen und im Nahen Osten könnte Russland zum Hauptakteur bei der Ethanolproduktion werden, da Ethanol aus Weizen und Mais hergestellt wird, die in Russland aufgrund der Einstellung ihrer Exporte im Überschuss wären. Diese Aussicht könnte mit einer spektakulären Erholung des Rubels zusammenfallen, wenn Russland beschließt, Ethanol für den Rubel zu verkaufen und gleichzeitig die US-Maisproduktion zu unterbieten, indem es sich weigert, Stickstoffdünger zu exportieren. Dies würde die US-Ethanolproduktion effektiv ersticken, da der Westen ohne ausreichenden Dünger nicht über den überschüssigen Mais verfügen würde, um größere Mengen Ethanol zu produzieren. In diesem Szenario müsste ein Großteil des Mais für den menschlichen Verzehr bestimmt werden. Da der Wettbewerb auf dem Ethanolmarkt nachlässt, würde der steigende Rubel die Wettbewerbsfähigkeit des russischen Exports von

Ethanolkraftstoffen nicht untergraben, sollten diese Kraftstoffe für Rubel verkauft werden. Der zusätzliche Weizen und Mais könnten auch als Druckmittel in Ländern wie dem Nahen Osten und Afrika verwendet werden, die darauf bestehen werden, Getreideimporte aus Russland wieder aufzunehmen. Auf diese Weise könnte Russland Abkommen vom Typ Ospolitik anstreben, bei denen Russland versuchen würde, die Beziehungen zu anderen Nationen zu normalisieren, indem es im Austausch für Getreide- oder Düngemittellieferungen einen gewissen Einfluss auf die Medien erlangt. Dies würde dazu dienen, zu kontrollieren, wie Russland von anderen Ländern als Nation angesehen wird. Dies würde Russland auch mehr Einfluss im Nahen Osten geben, um Frieden zwischen kriegführenden Nationen zu vermitteln, obwohl Russland Teil eines Konsortiums schiitischer Nationen wie Syrien und Iran ist.

Die wachsende Abhängigkeit von Russlands Produktion von Öl-, Gas- und Ethanolmischungen würde den Westen wieder in den Einflussbereich Russlands bringen, falls die Dringlichkeit der globalen CO2-Emissionen weiter zunehmen sollte. Dies würde auch mit einer größeren globalen Nachfrage nach Rubel zusammenfallen, was es Russland ermöglichen würde, seine Wirtschaft anzukurbeln, indem es die Menge an Rubel, die in seinem Finanzsystem zirkuliert, sicher erhöht.

Chinas Finanz- und Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten sind seit 1979, als China der Welthandelsorganisation beitrat, von unlauteren Handelspraktiken geprägt, bei denen China viel höhere Zölle auf nach China eingeführte US-Waren verhängte als die USA auf chinesische Waren, die nach China eingeführt wurden Die USA kommen. Vor 2018 lagen Chinas Zölle auf US-Waren bei etwa 8 %, während die US-Zölle auf chinesische Waren bei 3 % lagen. Viele Handelsanalysten fanden diese Regelung unfair. Ein anschließender Handelskrieg zwischen China und den USA führte dazu, dass beide Länder um 2021 Zölle

auf die Exporte des jeweils anderen in Höhe von etwa 19-20 % verhängten.

China hat während seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA auch einen Ansatz beibehalten, Geschäftspartnerschaften mit amerikanischen Investoren zu orchestrieren, bei denen die Mehrheit des Unternehmens im Besitz der Chinesen wäre. Durch diese Unternehmungen bestanden chinesische Investoren auf der Übertragung von geistigem Eigentum der USA, was es China letztendlich ermöglichte, das zu replizieren, was die USA produzierten, und sich so von einem Handelspartner zu einem direkten Konkurrenten auf diesem speziellen Markt zu entwickeln. Dies unterminierte die Expansionsmöglichkeiten für das Joint Venture, bot aber profitable Möglichkeiten für die chinesische Wirtschaft. Wenn dies erreicht war, beseitigte China normalerweise Handelsbarrieren für das spezifische Gut, was China oft einen günstigen Status in der globalen Wirtschaftsgemeinschaft einbrachte. Darauf folgte oft eine Währungsabwertung, die Chinas jetzt wachsender Exportindustrie einen Vorteil gegenüber der US-Exportindustrie verschaffte und die Arbeitskosten und den Preis chinesischer Waren niedriger hielt und mit größerer Wahrscheinlichkeit vom internationalen Markt konsumiert wurde. Chinas Joint Ventures mit ausländischen Investoren wurden mit einer VIE-Struktur gegründet, die ausländische Investoren daran hinderte, Unternehmensvermögen zu besitzen, es den ausländischen Investoren jedoch ermöglichte, Gewinne oder Verluste zu erzielen – über vertragliche Vereinbarungen zwischen der VIE (Offshore-Briefkastenfirma) und den chinesischen Unternehmen, die dies nicht waren in China rechtsverbindlich. Dies verleitete amerikanische Investoren oft zu der Annahme, dass sie eine tatsächliche Beteiligung an dem chinesischen Unternehmen besaßen, ohne zu sehen, wie China garantiert den größten Teil der Gewinne einfahren würde. Die Chinesen könnten dann, wenn sie

wollten, das Unternehmen sabotieren, indem sie es daran hindern, bei seinen Audits transparent zu sein, was dazu führen würde, dass die SEC das Unternehmen von der Börse löscht und somit Investoren Millionen verlieren, wobei die chinesischen Investoren, die die VIE gegründet haben, einen großen behalten können Teil der Auslandsinvestitionen. China hat auch Vereinbarungen mit Nationen in Zentralafrika wie der Demokratischen Republik Kongo (DRC) getroffen, in denen China zustimmen würde, dort Straßen, Schulen und Krankenhäuser zu bauen, im Austausch dafür, dass chinesische Unternehmen Bodenschätze wie Kobalt und Kupfer abbauen dürfen. Kobalt ist einer der Hauptbestandteile von Lithium-Ionen-Batterien, die in Elektrofahrzeugen und auch in kritischer militärischer Ausrüstung wie U-Booten, Überwasserschiffen, Düsenjägern, Überwachungsflugzeugen, Geheimdienst-, Überwachungs- und Aufklärungssystemen, Satelliten usw. verwendet werden. Ohne Kobalt, Batterien hätten nicht die selbstkühlende Komponente, die die Wahrscheinlichkeit von Überhitzung und Bränden verringert. Und ohne eine angemessene Batterie-Lieferkette würden die Klimaschutzbemühungen vieler Nationen und vor allem ihre Verteidigungsfähigkeiten stark behindert. Da der Kongo 70 % der weltweiten Kobaltversorgung hält, ist das Land zu einer Top-Attraktion für Nationen geworden, die auf Elektrofahrzeuge umsteigen wollen. China wurde jedoch vom Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo kritisiert, der 2021 eine Überprüfung des Vertrags über das ursprünglich 2008 zwischen China und der Demokratischen Republik Kongo vereinbarte milliardenschwere Kobaltinfrastrukturprojekt gefordert hatte, in dem Bergbauprojekten eine höhere Priorität eingeräumt wurde Gegensatz zu den Arbeitsbeschaffungs-/Infrastrukturprojekten, denen China zugestimmt hat, diese zu entwickeln. Die Demokratische Republik Kongo hat seitdem eine Reihe von Bergbauunternehmen in

chinesischem Besitz im Kongo rausgeschmissen oder angewiesen, das Land zu verlassen, da sie glauben, dass sie den Kongo um Geld betrogen haben, das sie aus dem Infrastrukturentwicklungsvertrag in der Demokratischen Republik Kongo im Austausch für Kobalt geschuldet hatten Bergbau. und missachtet auch die Umweltvorschriften der Demokratischen Republik Kongo. Gemäß der ursprünglichen Vereinbarung von 2008 sollte die Demokratische Republik Kongo im Wesentlichen ihre Kobalt- und Kupfermineralien gegen China tauschen, das eine Infrastruktur im Wert von 9 Milliarden US-Dollar entwickelt, die die Demokratische Republik Kongo zu einem Zinssatz von 0 % zurückzahlen würde. Im Laufe der Jahre hat China unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds, der dem Kongo bei seinen Schuldenproblemen hilft, zugestimmt, den Kredit auf 6 Milliarden zu reduzieren. China hat während der Pandemie 2020 auch einen kleinen Teil des Darlehens gekündigt, um der Demokratischen Republik Kongo bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Rückschlags der COVID-19-Krise zu helfen. So wie Saudi-Arabien der Schwerpunkt der Energieproduktion in Bezug auf Öl ist, ist der Kongo der Schwerpunkt der Produktion in Bezug auf Strom, da Kobalt das kritischste Element bei der Batterieherstellung ist.

Im März 2022 erwog Saudi-Arabien, sein Öl an die Chinesen im Austausch gegen chinesische Yuan statt gegen US-Dollar zu verkaufen. Die Überlegung führte zu einem kurzzeitigen Anstieg des Yuan. Ohne eine Garantie für militärische Unterstützung durch China, insbesondere angesichts der iranischen Bedrohung im Jemen, ist es jedoch unwahrscheinlich, dass Saudi-Arabien ein solches Ölabkommen mit China ratifizieren wird. Chinas Neigung zu unfairen Geschäften könnte Saudi-Arabien auch davon abhalten, jemals Sicherheitsgarantien von China zu verlangen. In der Zwischenzeit würden chinesische Bergbauunternehmen, die von der Demokratischen Republik Kongo verdächtigt werden,

Russland erlauben, einzugreifen und möglicherweise den Kobaltmarkt zu übernehmen, was Russland einen langfristigen strategischen Vorteil verschaffen würde. Russland ist in der Hoffnung auf Bergbaugeschäfte in Zentralafrika einmarschiert. Ein Beispiel sind die Beziehungen Russlands zur Zentralafrikanischen Republik (ZAR). In den letzten Jahren war die Zentralafrikanische Republik (ZAR) seit dem Sturz von Präsident François Bozizé im Jahr 2013 von zivilen Unruhen betroffen. 2016 wurde FaustinArchange Touadéra jedoch zum Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik gewählt, sah sich jedoch anhaltendem Widerstand von Rebellengruppen ausgesetzt in dem Land. Sowohl Russland als auch Frankreich haben Truppen entsandt, um die Touadera-Regierung zu unterstützen, aber die Zentralafrikanische Republik hat festgestellt, dass die russische Hilfe bei der Ausbildung von Kämpfern der Zentralafrikanischen Republik erfolgreicher ist, um die Regierung gegen die Rebellenmilizen zu verteidigen. Das zwischen Russland und der Zentralafrikanischen Republik geschlossene Abkommen sah vor, dass die Zentralafrikanische Republik Russland im Austausch für militärische Unterstützung und Ausbildung durch Russland Zugang zu seinen Diamanten-, Gold- und Uranvorkommen gewähren würde. Wenn Russland ein ähnliches Abkommen mit der Demokratischen Republik Kongo (DRK) orchestriert, wird Russland Zugang zu 70 % der weltweiten Kobaltreserven erhalten, was Russland einen erheblichen Einfluss auf den chinesischen Markt für Batterieherstellung und auch auf die Verteidigungsfähigkeiten der meisten Nationen verschafft. China verlässt sich bei der Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien auf das Mineral Kobalt, während die US-Verteidigung auf Chinas Export dieser Batterien angewiesen ist. Russlands Invasion in der Ukraine verschafft Russland Zugang zu den 500.000 Tonnen Lithiumoxid in der Ostukraine, die es Russland unter dem Szenario, dass Russland ein Kobaltabkommen mit der

Demokratischen Republik Kongo abschließt, ermöglichen würde, Chinas führenden Lieferanten von Lithium-Ionen-Batterien selbst zu zerreißen. Kombinieren Sie dies mit der oben erwähnten Möglichkeit, dass Russland die Kontrolle über den Ethanolmarkt erlangt, indem es den USA Düngemittel vorenthält, und Russland wird zum globalen Marktführer und Lieferanten der kritischen Ressourcen zur Kontrolle des Klimas: Elektro- und Biokraftstoffe. Eine solche Aussicht kann zum Vorteil der Demokratischen Republik Kongo genutzt werden. Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo könnte einen Plan zur Integration Russlands in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden chinesischen Bergbauunternehmen im Kongo starten und eine Phase einleiten, in der russischen Bergbauunternehmen Zugang zu immer mehr kongolesischen Kobaltreserven gewährt wird.... in einem Abkommen, das der Demokratischen Republik Kongo militärische Hilfe von Russland gewähren würde. Ein Anfang wäre die Vertreibung des chinesischen Bergbauunternehmens China Molybdenum aus dem Kongo, dem die Demokratische Republik Kongo bereits den Betrieb einer der größten Kobaltminen der Welt, der Kupfer- und Kobaltmine Tenke Fungurume, untersagt hat. China Molybdenum wurde von der kongolesischen Regierung wegen Sicherheitsverstößen, der Nichtmeldung der Gesamtproduktion von Kobalt und Kupfer und der Einbehaltung von Lizenzgebühren an die Demokratische Republik Kongo aus dem Erwerb von Mineralien verklagt. Wenn die Demokratische Republik Kongo das chinesische Unternehmen verdrängt und die Kobaltmine verstaatlicht, kann sie den Russen die Kupfer- und Kobaltmine Tenke Fungurume anbieten. Allerdings müsste ein solches Mining-Deal für Russland an eine wichtige Bedingung geknüpft sein. Die Bedingung sollte sein, dass Russland dem Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo erlaubt, eine führende Rolle bei der Vermittlung von Resolutionen zur Lösung der

geopolitischen Konflikte Russlands zu spielen, mit dem Endziel, Russland davon zu überzeugen, einen vollständig diplomatischen Ansatz anzuwenden. Als Gegenleistung für die Erlaubnis, als wichtiger Friedensvermittler in geopolitischen Krisen in Osteuropa zu fungieren, würde der kongolesische Präsident ein Abkommen entwerfen, das Russland im Austausch für militärische Hilfe den Zugang zu den Kobalt-Mineralreserven des Kongo ermöglichen würde. In diesem Szenario, in dem russische und chinesische Bergbauunternehmen jetzt Kobalt in der Demokratischen Republik Kongo abbauen, kann die Demokratische Republik Kongo Gesetze verabschieden, die es ihnen ermöglichen würden, Bergbaustandorte zu verstaatlichen oder zu übergeben, die Unternehmen gehören, die an skrupellosen Praktiken beteiligt sind. Wenn beispielsweise ein chinesisches Bergbauunternehmen verschiedene Verstöße und Missbräuche begeht, kann das DRC das Unternehmen als Betreiber des Bergbaustandorts entfernen und durch ein russisches Unternehmen ersetzen. Dies fügt der Bergbauindustrie in der Demokratischen Republik Kongo ein Wettbewerbselement hinzu und sollte dazu beitragen, Missbrauch, Betrug und Verstöße durch ausländische Bergbauunternehmen zu verhindern. Dies würde auch der Demokratischen Republik Kongo helfen, ihren gerechten Anteil an Lizenzgebühren und Infrastrukturentwicklung zu erhalten. Aufgrund der IWF-Unterstützung, die DRC derzeit im Jahr 2022 erhält, sollte DRC beim Abschluss von Bergbaugeschäften mit den Russen vorsichtig sein, da der IWF bereits die zeremonielle Rolle des russischen Vertreters Aleksei Mozhin bei der russischen Invasion in der suspendierten Ukraine bestätigt hat. Da sich dieses Abkommen mit Russland jedoch auf die kongolesische Vermittlung bei der Lösung der geopolitischen Konflikte Russlands stützt, sieht der IWF dies möglicherweise nicht als ein großes Problem an, das seinen Kreditvertrag mit der Demokratischen Republik Kongo

betrifft.

Russland und China, die den Kobaltmarkt kontrollieren, würden solchen Nationen erlauben, Abschreckungsmittel gegen aggressive und provozierende westliche Nationen zu errichten, die versuchen, die innere Stabilität in östlichen Ländern zu stören. In den letzten Jahren mussten die USA aufgrund der Rolle Chinas bei der Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien, von denen die USA für ihre elektrischen und Verteidigungsfähigkeiten abhängig sind, standardmäßig einen vorsichtigen Ansatz im Umgang mit strittigen Fragen im Zusammenhang mit Chinas geopolitischer Agenda beibehalten. Entweder das, oder es droht Batterieknappheit, wenn China beschließt, seine Batterieexporte aus den USA als Vergeltung für die Feindseligkeit der USA gegenüber China zurückzuhalten. Russland hingegen konnte nur solchen Druck auf Deutschland ausüben, das von russischen Öl-, Gas- und Weizenexporten abhängig war. Aus diesem Grund war Deutschland mehr als gezwungen, versöhnliche Maßnahmen gegenüber Russland zu ergreifen, um dieses heikle Arrangement nicht zu gefährden, das im Falle einer Beeinträchtigung systemische Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hätte. Diese Abhängigkeiten sind zweifellos eine Abschreckung für aggressive militaristische und provokative Aktionen, da die Nationen lieber ein Abkommen aufrechterhalten würden, das zu einer stabilen Wirtschaft führt, als das Gleichgewicht zu stören, indem sie einen Krieg und eine Wirtschaftskrise riskieren. Jetzt könnte Russland im Rahmen eines Kobaltabkommens zwischen Russland, China und der Demokratischen Republik Kongo eine größere Abhängigkeit von westlichen Nationen schaffen, die auf den Export von Lithium-Ionen-Batterien aus dem Osten angewiesen sind. Diese Abhängigkeit würde Provokationen und expansive Motive abschrecken. Die Drohung, dass Russland Kobaltexporte nach China zurückhalten würde, um westliche Feindseligkeiten abzuschrecken, würde zu einem Rückgang der

Menge an Batterien führen, die China produzieren und in den Westen exportieren kann. Dies würde somit westliche Nationen betreffen und auch westliche Nationen zwingen, Feindseligkeiten mit Russland zu vermeiden, da ihre Wahl in diesem Fall entweder Diplomatie wäre oder der Verlust der Stromversorgung riskiert würde. Die Bedeutung davon darf nicht unterschätzt werden, denn selbst in einer Zukunft, in der die derzeitige geopolitische Krise zwischen Russland und der Ukraine endlich zu Ende geht, wird und wird der Westen das Land, auf dem Russland sitzt, im Auge behalten und versuchen, irgendeine Form des Einmarsches zu rechtfertigen zu versuchen, die Rus-Leute von den Rus-Ländern zu trennen, um die große Vielfalt der dort gefundenen Ressourcen und Mineralvorkommen zu erwerben. Der Mangel an ausreichenden Bodenschätzen in Westeuropa und den Vereinigten Staaten, um ihre industriellen Bestrebungen aufrechtzuerhalten, war ein Faktor, der sie dazu veranlasste, sich in die Geopolitik des Nahen Ostens, Lateinamerikas, Afrikas und Russlands einzumischen. Bevor Saudi-Arabien ein nachweislich ölreiches Land war, war Russland das Hauptreservoir für Öl und Getreide. Polen, Frankreich, Deutschland, Schweden haben alle in der Vergangenheit entweder versucht, Russland zu erobern oder die militärische Eroberung Russlands genau aus diesem Grund zu rechtfertigen. Selbst als 1812 ein Konflikt zwischen westlichen Nationen wie England und Frankreich ausbrach, waren Russlands Getreideexporte nach England in dieser Zeit zu einem Brennpunkt geworden, der eine französische Invasion in Russland auslöste. Deutschlands militärische Einfälle nach Osten in Richtung Russland während des Ersten und Zweiten Weltkriegs waren größtenteils durch den Zugang zur ukrainischen Getreideproduktion und zum russischen Öl motiviert, die Deutschland benötigte, um seine Logistik, Artillerie und andere militärische Ausrüstung zu warten. Deutschland konnte auf seinem eigenen Land nicht genug Öl oder Getreide produzieren.

Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo braucht nicht nur Verteidigungstraining, sondern auch Waffen und Infrastruktur, da ein Großteil Zentralafrikas von Gewalt, Korruption und Kämpfen heimgesucht wird. Es gibt eine Reihe von Rebellengruppen im Kongo, denen es gelungen ist, Waffen durch die illegale Waffenexportindustrie aus verschiedenen Teilen der Welt zu erwerben. Einige der Rebellen haben jedoch die Demokratische Republik Kongo um Amnestie gebeten und wollen in ihre Regierungstruppen integriert werden. Deutschland sollte ein Waffenabkommen anstreben, das mit den Bemühungen des Kongo zusammenfällt, genau das zu tun – Amnestie und Integration von Rebellengruppen in die Demokratische Republik Kongo. Deutschland sollte die Waffen jedoch von der Ukraine kaufen, bevor es sie in die Demokratische Republik Kongo verschifft, was dazu beitragen würde, den sporadischen Waffenhandel im Kongo zu regulieren und es der Ukraine ermöglichen würde, den Markt zu dominieren und ihre Wirtschaft wiederzubeleben. Die Ausbildung der Verteidigungskräfte der Demokratischen Republik Kongo sollte jedoch von russischem Personal durchgeführt werden. Als Gegenleistung für eine Amnestie für ein Waffengeschäft zwischen Deutschland und dem Kongo – was bedeutet, dass Deutschland Waffen an die Regierung der Demokratischen Republik Kongo liefern würde, indem es sie aus der Ukraine kauft, wenn die Demokratische Republik Kongo Rebellengruppen Amnestie gewährt – würde Deutschland einer Erlaubnis zum Bau eines Staudamms im Kongo für Kongo zustimmen die Entwicklung von grünem Wasserstoff. Deutschland hat versucht, auf Wasserstoff-Stromerzeugung umzusteigen, mit dem Ziel, Wasserstoff-Brennstoffzellen für Elektrofahrzeuge in Massenproduktion herzustellen. Im Gegensatz zu Lithium-Ionen-Batterien sind Wasserstoff-Brennstoffzellen nicht auf Kobalt angewiesen. Sie werden mit Platin entwickelt. Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass Kobalt Platin in Wasserstoff-

Brennstoffzellen ersetzen und auch die Produktionskosten senken kann. Sollte Deutschland nach einer Option suchen, Kobalt anstelle von Platin zu verwenden, könnten sie das Kobalt einfach entweder von den im Kongo tätigen chinesischen oder russischen Bergbauunternehmen kaufen. Sollte Deutschland außerdem ein Abkommen mit Saudi-Arabien abschließen, in dem Deutschland sich bereit erklärt, die Sicherheit Saudi-Arabiens im Austausch für in Euro oder D-Mark gehandeltes Öl aufrechtzuerhalten, sollte die Demokratische Republik Kongo über einen kongolesischen Militärstützpunkt in Deutschland verfügen, der eine Freiwilligengruppe zur Verfügung stellt Deutsches Heer. Dies schafft eine Lieferkette der Abhängigkeit, in der die Demokratische Republik Kongo von Schulungen aus Russland abhängig ist, um im Gegenzug Kobaltabbauverträge, Waffen aus Deutschland, die sie von ukrainischen Oligarchen kaufen, um der ukrainischen Wirtschaft zu helfen, und Infrastruktur von den Chinesen im Austausch für Kobaltabbauverträge anzubieten . Damit haben wir ein neues Konsortium von Nationen für Weltfrieden und Stabilität: die Demokratische Republik Kongo, Russland, China, die Ukraine, Deutschland und Saudi-Arabien.

Kapitel 4: Russlands internationale Unterstützung

Parallel zum zunehmenden Engagement Deutschlands in Saudi-Arabien wird Russlands Engagement in Lateinamerika erfolgen. Während des Kalten Krieges bot die kubanische Revolution in den 1950er Jahren einen strategischen Rahmen, um die US-Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in der westlichen Hemisphäre zu untergraben. Havanna wurde somit zum Ground Zero für Moskaus Bemühungen, und dort errichtete die Sowjetunion einen Militärstützpunkt. Mehrere Jahre lang leistete die Sowjetunion Kuba direkte militärische Hilfe, indem sie Waffen nach Havanna verschiffte. Sie unterstützten während des Kalten Krieges auch andere linke/Anti-US-Regime in Lateinamerika. Aber als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, hatte Moskau seine Präsenz und seinen Einfluss dort reduziert und Russland schließlich vom Radar des US-Sicherheitsapparats genommen. Dennoch erbte die neue Russische Föderation einige dieser lateinamerikanisch-sowjetischen Beziehungen der Vergangenheit, aber gleichzeitig war sich Russland bewusst, dass jeder Versuch, diese Partnerschaften der Kalten Ära wiederherzustellen, irgendeine Art von Vereinbarung erfordern würde, zu der Russland nicht in der Lage wäre sich leisten. Dies war zunächst nach der Gründung der Russischen Föderation im Jahr 1991 der Fall. Die Dinge änderten sich jedoch Ende der 1990er Jahre, als Russland sein Engagement mit lateinamerikanischen Ländern verstärkte und eine engere Zusammenarbeit anstrebte, insbesondere mit den Ländern, die strittige Probleme mit den Vereinigten Staaten hatten. einschließlich Kolumbien. Russlands Unterstützung für den damaligen kolumbianischen Präsidenten Ernesto Samper trotz seiner Verbindungen zu Drogenkartellen führte dazu, dass Kolumbien russische Militärhubschrauber anstelle von US-amerikanischen kaufte. Dieser Schritt von Columbia verstieß gegen eine Vereinbarung, in der Columbia sich

bereit erklärte, in den USA hergestellte Ausrüstung zu kaufen. Russland versuchte daraufhin, in Lateinamerika einen Markt für seine Waffenexporte zu erschließen. So nahmen Russlands Handelsbeziehungen mit Lateinamerika zu, genauer gesagt mit Ländern wie Brasilien, Argentinien und Mexiko. Alles in allem war es weitaus weniger bemerkenswert als die Handelsabkommen Russlands mit einem Großteil Europas, und Russlands Beziehungen zu Lateinamerika zu dieser Zeit Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre stellten kein Sicherheitsrisiko für das Engagement der Vereinigten Staaten in der Region dar gezwungen, nicht nur mehr Widerstand gegen US-Interessen zu leisten, sondern auch zu versuchen, sich auf der internationalen Bühne stärker als Hauptakteure in globalen Angelegenheiten zu etablieren. Russland konnte auch durch seine distanzierte Haltung gegenüber der Innenpolitik der lateinamerikanischen Länder eine Beziehung zu den lateinamerikanischen Ländern aufbauen. Russland würde Kuba oder Venezuela normalerweise nicht zu Menschenrechtsverletzungen befragen, und Russland wusste, dass diese Länder sie nicht in ähnlicher Weise befragen würden. Seit den 2000er Jahren, inmitten der wachsenden NATO-Osterweiterung, hat Russlands gleichzeitiger Antiamerikanismus und sein Beharren auf einer multipolaren Weltordnung bei den Führern in Lateinamerika Anklang gefunden. Hugo Chavez, Raul Castro und Daniel Ortega gehörten zu den prorussischsten Führern in Lateinamerika. Russlands Nostalgiebewegung, die die Ära der russischen Vergangenheit verherrlichte – vom Russischen Reich bis zur Sowjetunion – fiel mit Russlands Engagement in Lateinamerika zusammen, das seine Ursprünge auf die Sowjetzeit zurückführt, als die Sowjetunion eine Militärbasis und Ballistik errichtete Raketen in Kuba in den 1960er Jahren. Gleichzeitig begrüßten jene hochrangigen Beamten in Lateinamerika, die gute Erinnerungen an die Aufstände im Kalten Krieg hatten, diesen Wunsch, diese engen Beziehungen wieder herzustellen. Sie

wussten auch, dass sie auch finanziell von der Zusammenarbeit mit Russland profitieren könnten, wenn solche engen Beziehungen nicht erreichbar wären. Und das stellte sich heraus. Kuba wurden seine Schulden aus der Sowjetzeit von der Russischen Föderation erlassen und erhielt zusammen mit Nicaragua und Venezuela finanzielle Hilfe von Russland im Austausch für die Anerkennung der russischen Politik innerhalb des geopolitischen Einflussbereichs Russlands in Osteuropa. Diese lateinamerikanischen Länder erkannten separatistische Regionen in Georgien an und stimmten zu, Russland zu einem späteren Zeitpunkt die Errichtung souveräner Militärbasen in ihren Ländern zu gestatten. Im Jahr 2014 kündigte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu Russlands Pläne zum Bau von Militärstützpunkten in Nicaragua, Kuba und Venezuela an, und ein Großteil dieser Bemühungen war durch den Einfluss der USA in der Ukraine-Krise motiviert.

Im Jahr 2011 wurde der russische Waffenhändler Viktor Bout in den Vereinigten Staaten wegen Verschwörung zum Verkauf von Flugabwehrwaffen an kolumbianische Terroristen zum Einsatz gegen Amerikaner in vier Fällen verurteilt. Dies stieß auf Bestürzung bei der Russischen Föderation, die die USA beschuldigen würde, gegen internationale Verhaftungs- und Haftstandards verstoßen zu haben. Rückblickend diente das Engagement Russlands in Lateinamerika seit 2000 und noch schlimmer nach 2010 dazu, die US-Osteuropapolitik zu adressieren, die Russlands Bedenken weitgehend ignorierte. Bereits 1997 sagte Boris Nemzow, der damalige stellvertretende Ministerpräsident Russlands, während eines Besuchs in Lateinamerika, dass eine russische Präsenz in Lateinamerika Russland helfen könnte, jeden antirussischen US-Einfluss in der Nähe der russischen Grenzen abzuwehren. Die US-Unterstützung für Georgien und die Ukraine in den Jahren 2008 bzw. 2014 veranlasste Russland, die militärische Zusammenarbeit mit

Nicaragua zu verstärken.

Russlands Engagement in Lateinamerika dient nicht nur militärischen und wirtschaftlichen Zwecken, sondern auch Werbezwecken. Russland hat seine wachsenden Beziehungen zu Lateinamerika gegenüber dem russischen Publikum als Teil von Russlands wachsendem globalen Einfluss und seinem kühnen Widerstand gegen die Vereinigten Staaten angepriesen, indem es direkt in seinem Hinterhof eine militärische Zusammenarbeit aufbaut. Nach der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022, die sich negativ auf die Sicht der Russen auf den Kreml auswirkte, könnte Russland jedoch stärker unter Druck geraten, Medieneinfluss im Ausland zu etablieren, um seinen internationalen Ruf zu verbessern, und dies könnte im zukünftigen Lateinamerika noch deutlicher werden. Es ist möglich, dass Russland versucht, seine Kultur im Ausland zu fördern, indem es andere Länder dazu überredet, russisches Fernsehen oder russische Medien in ihren Netzwerken zu senden. Russland hat der russischen Öffentlichkeit in den letzten Jahren zweifellos die lateinamerikanische Kultur präsentiert, und daher ist sich die russische Öffentlichkeit der Bedeutung Lateinamerikas für Russland bewusster. Russland hat auch eine spanischsprachige Rundfunkabteilung für sein RT-Netzwerk eingerichtet. Der spanische Sender RT hat neben seinem Hauptsitz in Moskau Büros in Kuba, Venezuela und Argentinien. Russlands Engagement in Lateinamerika nach Russlands Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 – weitgehend motiviert durch die NATO-Erweiterung – wird voraussichtlich wirtschaftlich, militärisch und politisch erheblich ausgeweitet und bis nach Mexiko reichen. Die wachsende Latino-Bevölkerung in Texas wird eine ernsthafte Bedrohung für Amerikas geografische Überlagerung darstellen, da Russland wahrscheinlich versuchen wird, dort Separatismus zu schüren. Mit Hilfe der Lehren der kritischen Rassentheorie, die in US-Schulen verbreitet werden,

könnte es Russland noch leichter fallen, Zwietracht unter den Amerikanern zu säen. Der zunehmende russische Einfluss wird auch die lateinamerikanischen Nationen ermutigen, größeres politisches Durchsetzungsvermögen zu zeigen, mit immer weniger Rücksicht auf die Interessen der USA. Aufgrund dieser sich entwickelnden Situation in Lateinamerika werden Sicherheitsbehörden wie die US-CIA und der russische FSB ihre Geheimdienstoperationen dort verstärken, was zu einem sehr intensiven Geheimdienst- und Subversionskrieg führen wird, da die amerikanische Stimmung in Lateinamerika zu einer ernsthaften Besorgnis für die werden wird US-diplomatisches Tauziehen oder Krieg zwischen den USA und Russland um die Unterstützung lateinamerikanischer Führer. Ähnlich wie die Ukraine das ultimative Ziel der NATO in Osteuropa war, um die US-Dominanz über Russland zu festigen, wird Texas das ultimative Ziel und der Hauptfokus der Absicht Russlands sein, die Vereinigten Staaten zu destabilisieren und ihren unipolaren Moment zu beenden. Russland wird versuchen, dieses Ziel zu erreichen, indem es langsam von Lateinamerika ausgeht.

Die westliche Empörung und die gegen Russland verhängten Sanktionen dürften nur kurzfristig Auswirkungen auf den russischen Staat haben. Tatsächlich werden die Nachwirkungen der russischen Invasion in der Ukraine langfristig die internationale wirtschaftliche Position der Vereinigten Staaten negativ beeinflussen. Es war klar, dass selbst während des Russland-Ukraine-Krieges viele Nationen besorgt waren, Russland wegen seiner umfassenden Invasion seines wichtigsten westlichen Nachbarn, der Ukraine, zu verurteilen oder zu konfrontieren. Ein guter Teil dieser widerstrebenden Länder sind eigentlich Verbündete der USA. Die Nationen, die Russland seit dem Einmarsch in die Ukraine fast bedingungslos unterstützt haben, waren Syrien, Weißrussland, Eritrea, Nordkorea, Kuba und Venezuela. Andere Länder wie China haben einen

versöhnlichen Ansatz gewählt und beschlossen, Russlands militärischen Einmarsch in die Ukraine nicht als „Invasion“ zu bezeichnen. China hat sich auch geweigert, sich den weit verbreiteten westlichen Bemühungen anzuschließen, Russland zu sanktionieren. Ein Großteil dieser Angst unter den Nationen, Repressalien gegen Russland zu ergreifen, ist größtenteils teilweise auf ihre wirtschaftlichen und militärischen Verbindungen zu Russland zurückzuführen. Russland war in der Lage, seine riesigen Öl-, Waffen- und Verteidigungsressourcen zu nutzen, um strategische Partnerschaften zu sichern. Aus diesem Grund könnte Russland eine Rettungsleine haben, um den langfristigen Auswirkungen der wirtschaftlichen Beschränkungen zu entgehen, die ihm der Westen auferlegt. Russland schenkt den Nationen, die von den russischen Beziehungen profitiert haben, große Aufmerksamkeit, betrachtet China jedoch als seinen wichtigsten Partner, der den durch Sanktionen verursachten Schaden mindern kann. Viele sehen in Chinas engen Beziehungen zu Russland einen möglichen Katalysator für produktive Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine mit China als Vermittler.

Russland stellt 60 Prozent der indischen Militärartillerie als Nebenprodukt einer jahrzehntelangen Beziehung. Aus diesem Grund hat sich Indien geweigert, provokative Rhetorik über Russlands Krieg in der Ukraine zu führen, und hat auch eine friedliche Lösung der Krise gefordert. Sie wandten diesen Ansatz auch nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 an. Es gibt bestimmte Auswirkungen auf Indien, die mit dem Verbot Russlands einhergehen würden, Auswirkungen, auf die Indien kurzfristig nicht vorbereitet ist. Indien hat versucht, sich aus seiner Rüstungsabhängigkeit von Russland zu lösen, indem es Waffengeschäfte mit anderen Nationen abschloss, blieb dabei aber von Russland abhängig. Dies war aufgrund der Feindseligkeit Indiens aus Pakistan und China zwingend erforderlich, weshalb

Indien sehr an Maßnahmen interessiert ist, die den Krieg zwischen Russland und der Ukraine beenden könnten. Unterdessen erwägt die Zentralbank von Indien ein Handelsabkommen mit Russland, das die ausschließliche Verwendung indischer Rupien und Rubel für Transaktionen beinhalten würde. Indien kauft auch weiterhin russisches Öl und Gas und strebt einen Deal an, bei dem Indien 3 Millionen Barrel Öl mit einem Rabatt von Russland kaufen würde.

Israel ist ein weiteres Land, das zögerte, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, da sein Gesetz nur Sanktionen gegen ein Land verhängen kann, das als Feind Israels mit dem Gräuel belegt wurde. Israel hat außerdem geschworen, keine Waffen in die Ukraine zu liefern, und weigert sich, Pegasus-Spyware an NATO-Mitglieder zu verkaufen. Israel hat sich jedoch freiwillig bereit erklärt, Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln, da der israelische Ministerpräsident sowohl mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin als auch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gesprochen hat. Ein Großteil der vorsichtigen Haltung Israels gegenüber Russland hat mit Russlands Präsenz in Syrien als Verbündeter der Assad-Regierung und der Tatsache zu tun, dass Russland der israelischen Luftwaffe erlaubt hat, Angriffe auf in Syrien stationierte iranische Stützpunkte durchzuführen. Der Iran lagert Waffen auf syrischem Boden und liefert sie an die Hisbollah im Libanon und an Milizen im Jemen und im Gazastreifen. Mit Zugang zum syrischen Luftraum kann Israel seine eigene nationale Sicherheit besser schützen. In dieser Hinsicht ist Russland ein entscheidender Verbündeter für den Staat Israel, und der größte Gewinn, den Russland in Bezug auf Israel erzielen kann, ist die Unterstützung der Medien, die die westliche Propaganda bekämpfen könnte, dass Russland weitgehend als langjährige Bedrohung für die Vereinigten Staaten angesehen wird und die Vereinigten Staaten haben die Welt seit dem Zweiten

Weltkrieg repräsentiert. Als Vermittler zwischen Israel und dem iranischen/schiitischen und sunnitischen Sektierertum wird Russland in der Lage sein, bedeutende Medienunterstützung von seriösen und bekannten Nachrichtenagenturen wie der Jerusalem Post und Al Jazeera zu erhalten, die sich beide auf die Berichterstattung über globale Angelegenheiten konzentrieren werden.

Auch Saudi-Arabien und die OPEC-Mitgliedsländer sind weiterhin bestrebt, eine Verurteilung Russlands wegen der Invasion der Ukraine zu vermeiden. Saudi-Arabien und die OPEC sehen in Russland einen wichtigen Verbündeten bei der Regulierung der globalen Ölpreise. Im Jahr 2019 lud die OPEC Russland ein, Teil eines erweiterten Netzwerks namens „OPEC+" zu werden, um eine kostengünstige und profitable Ölförderung zu ermöglichen, um dem amerikanischen Schieferölboom entgegenzuwirken. Seit der russischen Invasion in der Ukraine weigert sich Saudi-Arabien, die Forderungen der USA nach einer Erhöhung der Ölförderung zu wehren, um den steigenden Ölpreisen entgegenzuwirken, die aus Sanktionen und Ölembargos gegen Russland resultieren. So hat Saudi-Arabien signalisiert, dass es nicht bereit ist, die strategische Partnerschaft zwischen der OPEC und Russland bei der globalen Ölförderung aufs Spiel zu setzen.

Während die Türkei die russische Invasion in der Ukraine verurteilt hat, hat sie sich geweigert, Russlands Zugang zu seinem Luftraum zu sanktionieren oder abzuschneiden. Die Türkei sieht die Präsenz Russlands in Syrien als Abschreckung für die Entwicklung eines möglichen kurdischen Staates nahe der türkischen Grenze. Die Türkei hat auch S-400-Flugabwehrraketen von Russland gekauft und Energieabkommen unterzeichnet. Dennoch bleibt die Türkei entschlossen, alle Seiten des Konflikts zu navigieren. Trotz ihrer Beziehungen zu Russland hat die Türkei in der Türkei hergestellte Drohnen an die Ukraine geliefert, was

der Ukraine geholfen hat, der russischen Invasion zu widerstehen.

Südafrika hat die NATO offen für den Krieg in der Ukraine verantwortlich gemacht und sich geweigert, Russland zu verurteilen. Für Südafrika ist ihre Perspektive tief verwurzelt in einem Hintergrund, der bis in die Zeit des Kalten Krieges zurückreicht, als die Sowjetunion Anti-Apartheid-Aktivisten in Südafrika unterstützte, während die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung für das Apartheid-Regime über mehrere Jahre aufrechterhielten.

Kapitel 5: Der erste Nichtangriffspakt

Es wird oft darauf hingewiesen, dass, weil die NATO nach Russlands Invasion in der Ukraine die gleiche Zurückhaltung gegenüber Russland anwendet, die Frankreich und Großbritannien Deutschland gegenüber angewendet haben, nachdem Deutschland 1939 in Polen einmarschiert war, das Ergebnis irgendwie dasselbe sein wird – genau wie Hitler ermutigt, sich auf eine zu begeben imperialistischen Agenda wird Putin wahrscheinlich den gleichen Ansatz versuchen. 1939 hoffte Frankreich, die deutsche Aggression abzuschrecken, indem es in der Nähe der deutsch-französischen Grenze entlang der Maginot-Linie mobilisierte, ähnlich wie die NATO glaubt, dass es die russische Aggression abschrecken könnte, indem es seine Truppen in der Nähe der Grenze in jedem mobilisierten NATO-Mitgliedsland stationiert. Dieser Ansatz hat damals sicherlich nicht funktioniert, und viele glauben, dass er im Falle der russischen Absichten in der Ukraine nach der Invasion nicht funktionieren wird. Rückblickend hätte Frankreich in Deutschland einmarschieren können, bevor Hitler sich entschieden hätte, zuerst zuzuschlagen, aber dazu hätte man als Angreifer fungieren müssen, ohne wirklich zu wissen, dass Hitler damals vorhatte, die Weltherrschaft an sich zu reißen und 6 Millionen Juden zu töten. Aber im Nachhinein hielt es Hitler davon ab, zuerst zuzuschlagen. Ein weiterer Faktor für Hitlers Entscheidung, seine Militäroperationen auszuweiten, war die Tatsache, dass nach dem Einmarsch Deutschlands in Polen sowohl Frankreich als auch England Deutschland den Krieg erklärten. In dieser Hinsicht hatte Hitler allen Grund zu der Annahme, dass beide Nationen schließlich versuchen würden, Deutschland zu ersticken oder anzugreifen. Im Gegensatz dazu hat bis zum 27. März 2022 keine beobachtende Nation Russland wegen der russischen Invasion in der Ukraine offiziell den Krieg erklärt.

Natürlich gibt es einen weiteren Aspekt, der in Frage gestellt werden kann, nämlich wie die Invasion die Saat eines größeren Konflikts säen könnte. Dieser Aspekt bezieht sich darauf, wie Sanktionen Russland von der internationalen Wirtschaft isolieren, ähnlich wie der Vertrag von Versailles Deutschland von der internationalen Wirtschaft isoliert hat. Und es ist ziemlich ähnlich, wie beide wirtschaftlichen Beschränkungen einen Zwang aufrechterhalten, der die Nation letztendlich davon abhält, vergangenes Fehlverhalten auszugleichen und auch ihre Schulden an Empfänger zu bezahlen, die aus den außenpolitischen Pannen der Nation herausgehalten werden. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschland Schwierigkeiten, Reparationen und Schulden zu bezahlen, weil es keinen Zugang zu wirtschaftlichen Einnahmen hatte. Gleichzeitig könnte Russland, selbst wenn es nachgeben würde, keine Reparationen zahlen, wenn seine Einnahmequelle abgeschnitten wäre. Nachdem ihnen im März 2022 schwere Sanktionen auferlegt worden waren, war Russland gezwungen, einen Großteil seiner US-Dollar-Bestände zu reduzieren, um seine Eurobond-Verpflichtung zu erfüllen. Eurobonds sind Offshore-Anleihen, die auf harte Währung lauten, normalerweise US-Dollar, die Regierungen ausgeben können, um Geld zu beschaffen. Hätte Russland keine US-Währung gelagert, wäre es nicht in der Lage gewesen, dieser Verpflichtung nachzukommen, und viele Investoren, die fern von der russischen Politik sind, hätten ernsthafte Verluste erlitten. Dies basiert auf einer sehr gültigen Frage; Können finanzielle Zwänge so angewendet werden, dass die dem Untergang geweihte Nation wirtschaftlich bestraft wird, nicht bis zu dem Punkt, an dem sie nicht mehr in der Lage ist, die durch diese Zwänge auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen? Denken Sie an den berühmten Ökonomen John Maynard Keynes. John Maynard Keynes nahm an der Pariser Konferenz teil, verließ sie jedoch abrupt aus Protest gegen den Vertrag, der seiner Meinung nach kontraintuitiv war

und die Bühne für weitere Konflikte in Europa bereitete. In seinem Buch The Economic Consequences of the Peace vom Dezember 1919 bestand Keynes darauf, dass die harten Strafen, die der Vertrag von Versailles Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegte, zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes und damit zu einem Rückschlag und zu geopolitischen Unruhen führen würden. Im Herbst 1918 war sehr deutlich geworden, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg wahrscheinlich nicht gewinnen würde. Deutschland war nach 4 Jahren der Angriffe militärisch erschöpft und konnte dem Angriff der Alliierten, der durch den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg verstärkt worden war, um das Waffenstillstandsabkommen zu unterstützen, nicht mehr standhalten. Anfang dieses Jahres stellte Präsident Woodrow Wilson ein Friedensabkommen mit dem Titel Vierzehn Punkte und der Völkerbund vor, das einen Vorschlag darlegt, wie die Nationen der Welt den Wiederaufbau nach dem Krieg angehen sollten. Deutschland hatte gefordert, dass der Waffenstillstand auf Wilsons Vierzehn Punkten basiert, die Folgendes beinhalteten:

1. Offen geschlossene Friedensverträge, wonach es keine private Völkerverständigung mehr geben darf, Diplomatie aber immer offen und öffentlich vor sich gehen soll. 2. Absolute Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren außerhalb der Hoheitsgewässer sowohl im Frieden als auch im Krieg, es sei denn, die Meere können ganz oder teilweise durch internationale Maßnahmen zur Durchsetzung internationaler Abkommen geschlossen werden. 3. Die möglichst weitgehende Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Herstellung gleicher Handelsbedingungen zwischen allen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung zusammenschließen. 4. Angemessene Garantien gegeben und akzeptiert, dass die nationalen Waffen auf das niedrigste Niveau reduziert werden, das mit der inneren

Sicherheit vereinbar ist. 5. Eine freie, weltoffene und absolut unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche unter strikter Einhaltung des Grundsatzes, dass bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerungen gleichberechtigt mit den berechtigten Ansprüchen der Regierung zu berücksichtigen sind, deren Titel sie ist bestimmt werden . 6. Die Räumung des gesamten russischen Territoriums und eine solche Regelung aller Fragen, die Rußland betreffen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der anderen Nationen der Welt zu gewährleisten, um ihm eine ungehinderte und unparteiische Gelegenheit zu geben, seine eigene politische und nationale Entwicklung unabhängig zu bestimmen Politik und versichere ihr eines aufrichtigen Willkommens in der Gesellschaft freier Nationen unter Institutionen ihrer eigenen Wahl; und, mehr als ein Willkommen, jede Art von Hilfe, die sie braucht und sich wünschen könnte. Die Behandlung Russlands durch seine Schwesternationen in den kommenden Monaten wird der Härtetest für ihren guten Willen, ihr Verständnis für seine Bedürfnisse im Gegensatz zu ihren eigenen Interessen und ihre intelligente und selbstlose Sympathie sein. 7. Belgien, darin wird sich die ganze Welt einig sein, muss evakuiert und wiederhergestellt werden, ohne dass versucht wird, die Souveränität zu schmälern, die es gemeinsam mit allen anderen freien Nationen genießt. Keine andere Einzelmaßnahme wird dazu dienen, das Vertrauen der Nationen in die Gesetze wiederherzustellen, die sie selbst erlassen und eingeführt haben, um ihre Beziehungen untereinander zu regeln. Ohne diesen Akt der Heilung ist die gesamte Struktur und Gültigkeit des Völkerrechts für immer gefährdet. 8. Alle französischen Gebiete sollten befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden, und das Unrecht, das Frankreich 1871 von Preußen in der Elsass-Lothringen-Frage angetan wurde, das fast fünfzig Jahre lang den Weltfrieden erschütterte, sollte wiedergutgemacht werden, damit

der Frieden gesichert werden kann wieder im Interesse aller. 9. Italiens Grenzen sollten nach klar erkennbaren Nationalitätengrenzen neu geordnet werden. 10. Dem Volk Österreich-Ungarns, dessen Platz unter den Völkern wir bewahren und sichern wollen, soll die freieste Möglichkeit zur selbständigen Entfaltung gewährt werden. 12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Reiches sollte eine sichere Souveränität zugesichert werden, aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine unbestreitbare Lebenssicherheit und eine absolut ungestörte Gelegenheit zur autonomen Entwicklung zugesichert werden; und die Dardanellen sollten dauerhaft als freie Passage für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden. 13. Es sollte ein unabhängiger polnischer Staat gegründet werden, der die von unbestreitbar polnischen Bevölkerungsgruppen bewohnten Gebiete umfasst, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meer garantiert werden sollte und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität durch internationale Abkommen garantiert werden sollten. 14. Eine allgemeine Union von Nationen muss unter bestimmten Vereinbarungen gebildet werden, um großen und kleinen [Staaten] gleichermaßen gegenseitige Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu gewähren.

Am 11. November 1918 würden die Vereinigten Staaten der Bitte Deutschlands nachkommen und ein Waffenstillstand nach dem Vorbild der Vierzehn Punkte wurde unterzeichnet und in Kraft gesetzt, wodurch die Kämpfe im Ersten Weltkrieg beendet wurden.

Im Januar 1919 nahm John Maynard Keynes als Vertreter des britischen Finanzministeriums an der Pariser Friedenskonferenz teil, nachdem er für seine Brillanz in der Finanzstrategie bekannt

geworden war. Während der Konferenz saß er als Berater des britischen Premierministers David Lloyd George im Business Council. Ein Großteil der Entscheidungsgewalt der Konferenz würde von Präsident Wilson, Premierminister Lloyd George und dem französischen Premierminister Georges Clemenceau ausgeübt. Deutschland wurde keine Rolle in der Konferenz zugewiesen, die ihr Schicksal letztendlich in den Händen der oben genannten verbündeten Länder beließ. Schon kurz nach Einberufung der Konferenz wurde klar, dass sich der Vertrag stark von dem vorangegangenen Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im November 1918 unterscheiden würde. Wilson gab dem zunehmenden Druck Frankreichs nach, das sich für die ihm von Deutschland auferlegten Beschränkungen rächen wollte nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1871 im Rahmen des Frankfurter Friedensvertrages. Lloyd George versuchte, neutral zu bleiben, stellte sich aber letztendlich auf die Seite Frankreichs und stimmte zu, dass Deutschland gezwungen werden sollte, Reparationen für Schäden an zivilem Leben und Eigentum in den alliierten Ländern zu zahlen. Der Vertrag von Versailles machte Deutschland für den Ersten Weltkrieg voll verantwortlich und verpflichtete Deutschland, den alliierten Ländern Schadensersatz zu zahlen, während die alliierten Länder von der Verpflichtung befreit wurden, für Schäden zu zahlen, die sie deutschen Zivilisten zugefügt hatten. Der Vertrag sollte Deutschland zerschlagen, 10 % seines Territoriums wegnehmen, es entwaffnen, seinen Zugang zum Seehandel einschränken, seine ausländischen Finanzreserven und seine Handelsflotte konfiszieren. All dies wurde mit einer Reparationsverpflichtung von mehr als 30 Milliarden Dollar gekrönt, die Deutschland unter der Bedingung zahlen musste, dass die Alliierten das Recht hatten, in das Land einzumarschieren, wenn sie es nicht taten. Dies entsetzte Keynes, der einen Plan vorschlug, wonach Deutschland einen Kredit für

das Nötigste erhalten würde, während es daran arbeitete, Reparationen zu zahlen. Lloyd George stimmte diesem Vorschlag zu, aber Woodrow Wilson glaubte, dass er vom Kongress abgelehnt werden würde. Keynes, äußerst enttäuscht von Wilsons Aussage, trat von seiner Rolle bei der Pariser Konferenz zurück. Deutschland weigerte sich zunächst, diesen Bedingungen zuzustimmen, gab aber schließlich nach, als die Alliierten eine Lebensmittelblockade gegen Deutschland verhängten und Deutschland zwangen, den Vertrag zu unterzeichnen.

Wie erwartet geriet Deutschland bald mit seinen Reparationszahlungen in Verzug, und 1923 besetzten französische und belgische Truppen das industrielle Ruhrgebiet gemäß dem Versailler Vertrag, der besagte, dass die Alliierten einmarschieren könnten, wenn Deutschland mit seinen Reparationszahlungen in Verzug gerät. Ein Teil der Reparationszahlungen musste damals von Deutschland jährlich über einen Zeitraum von 10 Jahren in Form von Kohleexporten nach Frankreich, Belgien und Italien geleistet werden. Diese Invasion französischer und belgischer Streitkräfte wurde mit Protesten deutscher Arbeiter beantwortet, die Fabriken im Ruhrgebiet schließen wollten. Das Ergebnis davon führte zu einer extremen Inflation, die im November 1923 zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands führte. Dies führte zum Aufstieg der NSDAP, angeführt von Adolf Hitler, der einen erfolglosen Putsch gegen die deutsche Regierung wegen der Unterzeichnung des Versailler Vertrages starten würde. Im Laufe der Jahre wurde jedoch mit Hilfe des Dawes-Plans, der vorsah, dass Amerika der deutschen Regierung Kredite gewähren würde, eine Vereinbarung getroffen, Deutschlands Reparationsschulden von 132 Milliarden Goldmark auf 36 Milliarden Goldmark zu reduzieren. 1932 wurden die Zahlungen vollständig eingestellt, um Deutschland zu helfen, sich von der globalen Finanzkrise zu erholen. Später würde Hitler die Macht in Deutschland übernehmen und den Vertrag insgesamt untergraben, da der

Schaden bereits durch den Vertrag von Versailles angerichtet worden war und Deutschlands nachfolgende Remilitarisierung bereits in vollem Gange war, trotz der Abrüstungsanforderungen des Vertrags für die Welt in einen neuen Krieg.

Wenn wir zu den gegenwärtigen Umständen des Jahres 2022 vorspulen, in denen Russland und die Ukraine in einen militärischen Konflikt verwickelt sind, können wir sehen, dass es einige Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen dem Hintergrund gibt, der zum Zweiten Weltkrieg führte, und dem Hintergrund, der zur russischen Invasion in der Ukraine führte. Zum Beispiel war Deutschlands Hauptmotiv, die Gebiete zurückzugewinnen, die Deutschland bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages abgetreten hatte. Diese Gebiete waren Belgien, die Tschechoslowakei, Polen, das Elsass und Lothringen sowie Überseekolonien in China, im Pazifik und in Afrika. Wenn wir dieses imperialistische Motiv der Re-Expansion in Putins Perspektive einbeziehen, müsste man argumentieren, dass Putin den Wunsch hat, die Sowjetunion wiederzubeleben, was eine Invasion oder Annexion nicht nur der Ukraine, sondern auch Armeniens, Aserbaidschans, Weißrusslands, Estland und Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Im Gegensatz zu dieser Ähnlichkeit wäre der Unterschied, dass der Katalysator hinter Hitlers Wunsch, verlorene Gebiete zurückzuerobern, weitgehend im Vertrag von Versailles verwurzelt war, der verfügte, dass Deutschland einen Großteil seiner Gebiete aufgeben musste. Putin hingegen war von der Aussicht motiviert, dass sich ein führender westlicher Nachbar einem multinationalen Militärblock (NATO) anschließt, der ihm Atomwaffen liefern könnte, die gegen Russland gerichtet werden könnten. Tatsächlich ist dies seit 2014 ein Schwerpunkt der russischen Politik gegenüber der Ukraine. Es ist möglich, dass diese abschreckende Aussicht eine pro-sowjetische Ära-Nostalgie motiviert hat, die

verwendet wurde, um Russlands Annexion der Krim im Jahr 2014 zu rechtfertigen. Die Krim war ein Geschenk des sowjetischen Generalsekretärs Nikita Chruschtschow an die Ukraine im Jahr 1954, eine Übertragung, die die Russische Föderation zu delegitimieren versuchte. Im Gegensatz zu Deutschland stand Russland nicht unter ernsthaften langfristigen finanziellen Engpässen, das heißt, bis Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte. In dieser Hinsicht könnten wir Russlands Invasion in der Ukraine mit den deutschen Militäroperationen im Ersten Weltkrieg und den anschließenden Repressalien gegen Deutschland vergleichen des Versailler Vertrages vergleichbar mit den internationalen Sanktionen gegen Russland nach dem Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 . Selbst in diesem Fall spiegelt die Reaktion Russlands auf solche Sanktionen möglicherweise nicht vollständig die Reaktion Deutschlands auf den Versailler Vertrag wider. Russland muss weder Reparationen an die Ukraine zahlen noch Ressourcen in mehrere Nationen exportieren. Tatsächlich wird das Gegenteil angewendet. Russlands Exportmärkte werden durch Embargos erstickt, und Russland droht keine Invasion, wenn es nicht in der Lage ist, irgendeiner Art von finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, die ihm auferlegt werden. Ihr Militär wird auch vollständig intakt bleiben, wenn sie ihre Streitkräfte aus der Ukraine abziehen, im Gegensatz zu Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, das stark reduziert und wirkungslos gemacht wurde. Aus diesem Grund kann sich Russlands Post-Sanktionen-Ansatz von Deutschlands Post-Versailles-Ansatz unterscheiden. Wenn überhaupt, werden Sanktionen gegen Russland Deutschland in die wirtschaftliche Verzweiflung zurückversetzen, die zu seiner selbstbewussten und trotzigen Politik in den 1930er Jahren geführt hat, die, ähnlich wie Deutschland in den 1930er Jahren, Deutschland in den 2020er Jahren und darüber hinaus dazu zwingen wird, alle ihm auferlegten Beschränkungen aufzuheben

durch seine westlichen Verbündeten und gehen in Sachen Remilitarisierung und Selbstbestimmung denselben Weg wie die Nazis, weshalb dieses Buch davon ausgeht, dass der Euro den US-Dollar als Weltleitwährung an sich reißen wird.

Die Finanzbeziehungen zwischen Russland und Deutschland sind seit dem Ersten Weltkrieg von Phasen der Spannung und Harmonie geprägt. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel es beiden Nationen ziemlich leicht, zu normalisierten Handelsbeziehungen zurückzukehren, da die Nachkriegszeit es beiden Seiten ermöglichte, ihre jeweiligen innenpolitischen Angelegenheiten zu priorisieren. 1922, innerhalb von 3 Jahren nach Kriegsende, unterzeichneten Russland (Sowjetunion) und Deutschland den Vertrag von Rapallo. Selbst als Hitler 11 Jahre später mit einer antibolschewistischen und antirussischen Plattform an die Macht kam, unterhielten Deutschland und Russland nichtsdestotrotz eine zusammenhängende Handelsbeziehung, die Deutschland mit dringend benötigten Ressourcen versorgte, um Polen 1939 zu remilitarisieren und eine Offensive gegen Deutschlands Willen zu starten. das künftige Polen übernimmt den Westen. Dieser Pakt wurde später von Hitler gebrochen, was den Zweiten Weltkrieg auslöste.

Die deutsch-russischen Beziehungen unmittelbar vor dem Krieg waren für die nationale Sicherheit und den Militärapparat jeder Nation von wesentlicher Bedeutung. So ermöglichte die Ratifizierung des deutsch-russischen Nichtangriffspakts Deutschland, seine Militäroperationen zu verlängern und Russlands Befürchtungen vor einem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion zu mindern. Eine solche wurde sorgfältig von Hitler ausgearbeitet, der Deutschlands Handelsbeziehungen zu Russland nutzte, um das Vertrauen zu gewinnen, das ihm Zeit verschaffen und Deutschland daran hindern würde, nach dem Einmarsch in Polen einen Zweifrontenkrieg zu beginnen. Er brauchte auch die wertvollen Rohstoffe Russlands, um die deutsche

Kriegsmaschinerie zu erhalten. Diese Ziele konnten nur durch einen politischen und wirtschaftlichen Konsens erreicht werden. So würden Deutschland und Russland ein Handelsabkommen unterzeichnen, das die deutschen Kriegsanstrengungen während eines Großteils der 1940er Jahre stärkte, als Deutschland in weite Teile West- und Mitteleuropas einfiel. Dieses Wirtschaftsabkommen normalisierte die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland und war wesentlicher Bestandteil der deutschen Kriegsanstrengungen als der Nichtangriffspakt. In der akademischen Forschung wird oft behauptet, dass die Verwüstung des Zweiten Weltkriegs hätte vermieden werden können, wenn Frankreich und England Deutschland früher angegriffen hätten, nachdem sie Deutschland 1939 den Krieg erklärt hatten. Aber wir sehen im Ersten Weltkrieg, wie die Überlagerung die napoleonische Herangehensweise an Frankreich unterstützt Invasion Russlands im Jahr 1812, die begonnen wurde, weil Russland England mit Getreide versorgte, mit dem die Franzosen Krieg führten. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, wie Frankreich und England Russlands Stärkung der deutschen Kriegsmaschinerie durch den Export von Rohstoffen nach Deutschland sehen und ob ein Vorgehen der Alliierten gegen Russland vor 1941 gerechtfertigt gewesen wäre. Und rechtfertigt diese Perspektive, Putin eher mit Napoleon als mit Hitler zu vergleichen, da Putins Beharren auf Expansion dem von Napoleon folgen würde – um die Exporte eines anderen Landes in eine gegnerische Nation abzuschneiden?

Nachdem Hitler in Deutschland an die Macht gekommen war, beeinträchtigten seine ideologischen Angriffe auf den Bolschewismus und der anschließende Bruch Deutschlands in den politischen Beziehungen zu Russland nicht das allgemeine Ansehen des Handels zwischen Deutschland und Russland, selbst als Hitler versuchte, die wirtschaftliche Unabhängigkeit bei der Gründung Deutschlands und eine Politik zu sichern Deutschland

zu zwingen, zu versuchen, sich auf seine eigenen Ressourcen zu verlassen, um sich selbst zu ernähren, damit Deutschland in Kriegszeiten keine Importe aus fremden Nationen benötigt, ermutigt. Als sich abzeichnete, dass dieses Ziel nicht realisierbar war, verstärkte Deutschland seine wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Trotz der nationalsozialistischen Politik gegen Kommunismus und Bolschewismus unterzeichneten Deutschland und die Sowjetunion 1936 einen Kreditvertrag, der ihre Handelsbeziehungen weiter stärkte. Es verschaffte Deutschland einen besseren Zugang zu russischen Rohstoffen wie Metallen und Öl. Dies erwies sich als entscheidend für Hitlers Wiederaufrüstungsprogramm, da Deutschland vor Abschluss dieses Abkommens nicht über genügend Material verfügte, um die Rüstungsbemühungen aufrechtzuerhalten. Und es ist wahrscheinlich, dass dies für die Nazis eine Quelle des Unmuts war, denn ohne Russland wäre Deutschland weder wirtschaftlich autark noch militärisch in der Lage, seine fortschrittlichen Waffen einzusetzen. Der Kreditvertrag von 1936 mit Russland gab Deutschland die notwendigen Werkzeuge für die Mobilisierung. 1938 überprüften sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion ihre wirtschaftliche Lage. Alles in allem würde der Abschluss dieses Darlehensvertrags eine ernsthafte Dichotomie zwischen dem ideologischen Rahmen Nazi-Deutschlands und seiner Außenpolitik hervorheben und einen Hintergrund für die Verwirrung liefern, die sich aus der Beobachtung ergibt, wie westliche Nationen Russland für den Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 verurteilen könnten, dies aber immer noch tun kaufen ihr Öl und Gas. Diese Widersprüchlichkeit ist seit geraumer Zeit ein fester Bestandteil der Geopolitik und wurde sogar während des Zweiten Weltkriegs verwendet. Darüber hinaus war es wahrscheinlich, dass die Inkonsistenz und der offene Widerspruch zwischen der deutschen Außenpolitik und ihrem ideologischen Dogma trotz des laufenden Wirtschaftsabkommens

ein wachsendes Misstrauen zwischen den beiden Nationen kultivierten. Vielleicht hätte die Verhaftung Tausender in Rußland lebender Volksdeutscher unmittelbar nach Hitlers Überfall auf Polen der Anstoß gewesen sein können, der Deutschland auf den Weg gebracht hätte, den Nichtangriffspakt zu brechen. Wir sehen, dass dieser Aspekt der ethnischen Unterdrückung die Politik der Russischen Föderation gegenüber Tschetschenien im Jahr 1999, Georgien im Jahr 2008 und der Ukraine im Jahr 2014 beeinflusst hat. Der Hintergrund dieser Konflikte drehte sich um die Behandlung russischer Minderheiten in diesen Ländern. Es ist wahrscheinlich, dass Stalins Behandlung ethnischer Deutscher in Russland im Jahr 1939 Deutschland auf einen Kurs gegen Russland gebracht haben könnte.

Russlands Warenexporte nach Deutschland stärkten die Fähigkeit Deutschlands, seinen Willen gegen westliche Mächte durchzusetzen. Es modernisierte Deutschlands Militärtechnologie und bedrohte ernsthaft die Sicherheit der west- und mitteleuropäischen Nationen, da Hitler oft den Bedarf an Wohnraum erhöhte. Deutschlands wachsendes militärisches Ansehen und Hitlers Rhetorik zwangen Nationen wie Großbritannien und Frankreich, auf einem versöhnlichen Ansatz zu bestehen, um Deutschland zu besänftigen. Dies war weit entfernt von ihrer Antipathie gegenüber dem deutschen Staat nach dem Ersten Weltkrieg. Wir können sehen, wie sich dies zwischen Russland und den Vereinigten Staaten auswirkt, wo die USA, die seit dem Kalten Krieg eine antagonistische Politik gegenüber Russland begonnen haben, mehr sein werden gezwungen, versöhnliche Maßnahmen gegenüber dem russischen Staat anzuwenden, nachdem er 2022 Zeuge seiner kühnen Aggression gegen die Ukraine geworden war.

Die Bemühungen Frankreichs und Großbritanniens um eine Aussöhnung mit Deutschland waren nie deutlicher als auf der Münchner Konferenz von 1938, wo Hitler wegen der dort

lebenden Zahl ethnischer Deutscher auf Deutschlands Recht bestand, das Sudetenland in der Tschechoslowakei zu kontrollieren. Dies ist der Rechtfertigung Russlands für die Annexion von Nachbarländern in Osteuropa nach der Sowjetzeit sehr ähnlich – die Tatsache, dass eine beträchtliche Anzahl ethnischer Russen in diesen Gebieten lebte. Auf der Münchner Konferenz von 1938 argumentierte Hitler, dass die Eingliederung des Sudetenlandes in Deutschland eine Voraussetzung für die Vereinigung der Deutschen in der Region und damit für die Sicherung angemessenen Lebensraums sei. Dies, so behauptete Hitler, würde seinem Ziel des Habitats helfen. Als Reaktion darauf praktizierten Frankreich und Großbritannien das, was als Appeasement bekannt ist, und erlaubten Hitler im Wesentlichen, ohne französische oder britische Intervention zu expandieren. Nachdem Hitler das Sudetenland annektiert hatte, wurde der britische Premierminister Neville Chamberlain wegen dieses Ansatzes unter die Lupe genommen, der seiner Meinung nach der Strategie diente - Frankreich und Großbritannien Zeit zu geben, sich zu mobilisieren und sich auf einen militärischen Konflikt vorzubereiten.

Die Münchner Konferenz hat nicht nur die Spannungen zwischen Deutschland und seinen westlichen Gegenstücken abgebaut, sondern auch den Anstoß zu engeren Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland gegeben. Weder Frankreich noch Großbritannien ersuchten die Sowjetunion um eine Stellungnahme zur deutschen Annexion des Sudetenlandes, die zu mehr Solidarität zwischen Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion geführt hätte, zumindest früh genug, um die deutsche Politik zu beeinflussen. Aber da die Sowjetunion ausgelassen wurde, wahrscheinlich weil der Kommunismus nicht nur von Deutschland, sondern vom Westen als Ganzem gesehen wurde, entschied Stalin, dass, wenn Deutschland Land eroberte, die Sowjetunion aufgrund der

westlichen Beschwichtigung gegenüber Deutschland in Ruhe gelassen werden würde. Also beschloss er, einen Plan zur Verbesserung der politischen Beziehungen zu Deutschland zu verfolgen, um eine offene Aggression von Deutschland aus zu verzögern oder sogar abzuschrecken. Als Deutschland begann, Land im Osten zu erwerben, kam Hitler zu dem Schluss, dass es im besten Interesse Deutschlands wäre, sich mit Russland zu verbünden. Diese Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion ermöglichte es ihnen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen nach Ablauf des Darlehensvertrags von 1936 im Jahr 1938 zu bekräftigen. Der Vertrag ermöglichte es beiden Nationen, ideologisch getrennt, aber wirtschaftlich miteinander verflochten zu operieren. Da die Deutschen ihre Aufrüstungsbewegung durch den Erwerb von Rohstoffen aus der Sowjetunion fortsetzen würden, könnte die Sowjetunion wiederum vom Zugang zu Deutschlands Militärtechnologien profitieren. In den 1920er Jahren stellte die Sowjetunion den Deutschen heimlich Einrichtungen zur Verfügung, damit die Deutschen ihre Waffenentwicklungen in der Sowjetunion bauen und testen konnten, im Austausch dafür, dass die Sowjetunion Zugang zu den Blaupausen für diese Technologien erhielt. Rückblickend hat die westliche Antipathie gegenüber Russland geopolitische Probleme verschärft und mögliche Lösungen eingeschränkt. Wir sehen dies sowohl bei der Münchener Konferenz als auch beim Manhattan-Projekt, wo in beiden Fällen die Vermeidung Russlands die Gefahren verschärfte, die sowohl von der deutschen Kriegsmaschine als auch von der späteren nuklearen Proliferation ausgingen. Dies rechtfertigt tendenziell das Argument, dass das Lernen aus der Geschichte frühere Korrespondenz und Beiträge aus Russland beinhalten könnte, im Gegensatz zu Antagonismus und Provokation.

Die diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Sowjets in den Jahren 1938 und 1939 verliefen holprig, da

beide Nationen ein gewisses Misstrauen aufrechterhielten. Wirtschaftsverhandlungen wurden hauptsächlich von General Friedrich Schulenburg, dem deutschen Botschafter in der Sowjetunion, geführt; Herr Karl Schnurre, Leiter der Osteuropaabteilung des Auswärtigen Amtes; Bundesaußenminister Joachim von Ribbentrop; sowjetischer Geschäftsträger Georgi Astakow; und Wjatscheslaw Molotow, der sowjetische Ministerpräsident. Schulenberg sandte ein Memo an das Auswärtige Amt, in dem er den Plan skizzierte, das Handelsabkommen bis 1939 zu verlängern. Die Verlängerung verschaffte Deutschland weiterhin Zugang zu russischen Rohstoffen. Trotzdem wandten sich die Sowjets auch nach ihrem Ausschluss von der Münchner Konferenz weiter an die Westmächte, was eine Verlängerung des Abkommens über 1939 hinaus wahrscheinlich verhinderte. Als Karl Schnurre im Januar die Osteuropaabteilung des Auswärtigen Amtes leitete 1939 sollte er nach Moskau reisen, um die Zukunft der sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen zu besprechen, doch seine Reise wurde plötzlich abgesagt, was sich negativ auf mögliche kurzfristige Entscheidungen auswirkte. Diplomaten sowohl auf deutscher als auch auf russischer Seite glaubten, dass der andere eine anmaßende politische Agenda habe, und beide Seiten bestanden darauf, dass politische Zugeständnisse gemacht würden, bevor die Wirtschaftsgespräche wieder aufgenommen werden könnten. Die Deutschen standen dem Diskurs der Sowjetunion mit den Westmächten misstrauisch gegenüber. Trotzdem versicherten deutsche Diplomaten der Sowjetunion weiterhin ihre Aufrichtigkeit bei der Annäherung und stimmten sogar zu, dafür zu sorgen, dass die antibolschewistische Rhetorik in Deutschland eingestellt würde. Wjatscheslaw Molotow, der sowjetische Ministerpräsident, war besorgt über Deutschlands Motive und wollte, dass Deutschland parallel zu Wirtschaftsgesprächen politische Verhandlungen aufnahm, und deutsche Diplomaten

bestanden darauf, das Vertrauen der Sowjets zu gewinnen. Diese kurze ospolitische Maßnahme zur Eindämmung antikommunistischer Rhetorik in Deutschland sollte Molotows politischen Forderungen also genügen. Schulenburg war jedoch besorgt, dass die Sowjets die politischen Vorschläge nutzen könnten, um sowjetische Gespräche mit den Westmächten zu fördern. Dieser zweideutige Aspekt der Sowjetunion behinderte Deutschlands Fähigkeit, das sowjetische Interesse an der Aufrechterhaltung eines Handels- und Wirtschaftsabkommens aufrechtzuerhalten. Trotzdem drängten deutsche Diplomaten die Sowjetunion weiterhin zu einem Wirtschaftsabkommen mit ihnen. Aber die Sowjets bestanden immer noch darauf, politische Stützpunkte zu errichten. Im Juni 1939 traf sich der sowjetische Chargé Astakov mit Herrn Dragonoff, dem bulgarischen Minister, um einen möglichen Nichtangriffspakt mit Deutschland zu besprechen. Das Auswärtige Amt begann, nachdem es über das Treffen informiert worden war, mit der Zusammenstellung der Einzelheiten für den Pakt. Am 24. Juli 1939 kam es zu einem Treffen zwischen Schnurre, dem Beamten des Auswärtigen Amtes, Walther Schmidt, und Astakov und Evgeny Babarin, dem Leiter der sowjetischen Handelsdelegation. Bei dem Treffen schlug Schnurre eine Reihe von Möglichkeiten vor, wie Deutschland und die Sowjetunion ein Abkommen herbeiführen könnten. Erstens, indem er einer formellen Vereinbarung zum Abschluss von Wirtschaftsabkommen Priorität einräumt, was seiner Meinung nach bessere politische Beziehungen fördern würde. Der zweite Weg, sagte Herr Schnurre, wäre die Normalisierung der Beziehungen, die bereits vor dem Treffen im Gange waren, da beide Nationen versuchten, provokative Rhetorik zu stoppen. Der dritte Schritt, betonte Shnurre, sei eine umfassende Anstrengung, um ein sinnvolles politisches Konkordat zu etablieren. Obwohl Schnurre Molotows Bitte zu entsprechen schien und seine Bedenken mit diesen Vorschlägen zerstreute, blieb die

Sowjetunion immer noch besorgt über die Annahme des Plans. Die Sowjets entschieden sich standhaft dafür, die Beziehungen sowohl zu Deutschland als auch zu den Westmächten fortzusetzen. Am 28. Juli beschlossen die Sowjets jedoch, Schnurres Plan für ein deutsch-sowjetisches Abkommen zu akzeptieren. Molotow schrieb an den sowjetischen Chargé Astakov: „Die politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland können sich natürlich verbessern, wenn die Wirtschaftsbeziehungen verbessert werden ... wenn die Deutschen es ernst meinen mit einer Kursänderung und wirklich den Wunsch haben, die politischen Beziehungen zur UdSSR zu verbessern, tun sie es verpflichtet zu erklären, was diese Verbesserung konkret bedeutet ... wir würden natürlich jede Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern begrüßen."

Trotz Molotows Erklärung navigierte die Sowjetunion weiterhin diplomatisch zwischen Deutschland und den Westmächten, um die sowjetische Sicherheit gegen einen möglichen deutschen Angriff zu gewährleisten. Aus eben diesem Grunde waren die deutschen Vertreter bestrebt, die wirtschaftliche und politische Einigung mit der Sowjetunion zu bestätigen. Hitler hatte bereits seine Angriffspläne auf Polen skizziert und wollte bestätigen, dass die Sowjetunion nicht eingreifen würde. Es war wahrscheinlich, dass der Mangel an Gewissheit auf deutscher Seite auf sowjetische Schwankungen zwischen Deutschland und den Westmächten zurückzuführen war. Dies mag einer der Hauptfaktoren gewesen sein, die dazu führten, dass Hitler 1941 den Nichtangriffspakt brach, weil er glaubte, der Westen würde die Sowjetunion davon überzeugen, gegen Deutschland einzugreifen, weil die Sowjets mit dem Westen korrespondierten. Ein Nichtangriffspakt war Hitler so wichtig, dass er Außenminister von Ribbentrop am 3. August 1939 zu einer Konferenz mit Astakov entsenden würde. Ribbentrop versicherte

Astakov bei diesem Treffen, dass Deutschland die Einzelheiten des Paktes erläutern würde, wenn die Sowjetunion dies bestätige seine Absicht, eine Beziehung zu Deutschland aufzubauen. Er behauptete, dass der Pakt nur erfolgreich sein könne, wenn beide Seiten gleichermaßen engagiert seien, und er bestand auch darauf, dass die Sowjetunion die Verbindungen zum Westen abbreche, zusammen mit einem sowjetischen Versprechen, sich nicht in die Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. Wieder einmal zögerte die Sowjetregierung, den deutschen Vertretern eine Entscheidung zu übermitteln, und bestätigte dies weiterhin mit den Westmächten. Eine englisch-französische Delegation traf am 10. August 1939 mit der Sowjetregierung zusammen, um die Zukunft der sowjetisch-westlichen Beziehungen zu erörtern. Als die Gespräche wenig bis gar keine Ergebnisse brachten, kehrte die Sowjetunion nach Deutschland zurück und bekräftigte ihren Wunsch, formell einen Pakt mit dem deutschen Staat abzuschließen. Schnurre und Astakov trafen sich mehrmals in Moskau, um die Grundsätze des Vertrags über wirtschaftliche Einigungen darzulegen. Ribbentrop und Molotow würden die Komponenten des Nichtangriffspakts zusammenstellen. Molotov fuhr fort, die Notwendigkeit bestimmter Eventualitäten zum Ausdruck zu bringen, die erfüllt werden müssten, damit der Deal funktioniert. Er glaubte, dass Deutschland und die Sowjetunion ein Handels- und Kreditabkommen, einen Nichtangriffspakt und die Erstellung einer geheimen Akte ratifizieren müssten, die die Interessen und Erwartungen jeder Nation umreißen würde. Am 16. August 1939 erklärte sich Deutschland nach Abschluss eines Wirtschaftsabkommens bereit, einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Dann würden Schnurre und Babarin am 19. August in Berlin den wirtschaftlichen Teil des Abkommens unterzeichnen. Das Abkommen verlängerte die durch das Kreditabkommen von 1936 initiierte Handelsbeziehung bis Mitte der 1940er Jahre und erhöhte auch die Menge der zu handelnden

Waren exponentiell. Der Vertrag legte die Bedingungen fest, was von beiden Seiten erwartet wurde, Bedingungen, die weitgehend ungleich waren, da von der Sowjetunion erwartet wurde, einen höheren Anteil an Waren zu liefern als Deutschland. Für den Kauf der vereinbarten Waren wurden der Sowjetunion 200 Millionen Reichsmark zugeteilt. Während dieser Kredit zunächst zugunsten der Sowjetunion aussah, diente er lediglich der Begleichung der Sowjetschulden in Höhe von insgesamt 200 Millionen Reichsmark aus dem Kreditvertrag von 1936. Der Vertrag erlaubte der Sowjetunion dennoch, ihre Rohstoffe im Austausch gegen deutsche Maschinen und Waffen nach Deutschland zu handeln, was die Fähigkeiten der Roten Armee stärkte und auch dazu beitrug, eine rückläufige sowjetische Industriewirtschaft umzukehren. In diesem Sinne genossen beide Seiten den gegenseitigen Vorteil, ihre jeweiligen Rüstungsindustrien zu verbessern. In anderer Hinsicht profitierten die Deutschen erheblich, da sie veraltete Maschinen gegen lebenswichtige Rohstoffe aus der Sowjetunion eintauschen konnten. Die veraltete Technologie waren oft Waffen, die im Ersten Weltkrieg zusammen mit Kohleexporten verwendet wurden. Außerdem wurden Deutschland 200 Millionen Reichsmark für den Kauf sowjetischer Waren zugeteilt. Das Wirtschaftsabkommen ermöglichte es Deutschland, Materialien zu beschaffen, die Deutschland auf seinem eigenen Boden fehlte, wie Öl, Eisen, Lebensmittel, Holz, Baumwolle und Mangan, die alle zur Entwicklung und Verbesserung der deutschen Industriewirtschaft und Kriegsmaschinerie verwendet wurden. Obwohl Deutschland Industriegüter und Hardware verkaufen musste, behielt es einen Großteil des Vorteils des Geschäfts. Tauschhandel war das primäre Handelsmittel im Rahmen dieses Pakts, da der Wegfall der Notwendigkeit harter Währung einen effizienteren Materialtransfer ermöglichte und es Deutschland ermöglichte, die harte Währung für andere Aspekte des deutschen

Remilitarisierungsprogramms zu bestimmen. Trotz der Vorteile, die Deutschland aus diesem Abkommen gezogen hat, drängten deutsche Beamte die Sowjetunion weiterhin auf weitere Zugeständnisse, wie z. Daher fanden zwischen dem 3. Oktober 1939 und Februar 1940 neue Verhandlungen statt. Die Nachwirkungen dieser Treffen führten zu einem Eisenbahnabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, das Deutschland die Möglichkeit bot, der britischen Blockade deutscher Waren zu entkommen, und gleichzeitig Deutschland erlaubte, die Menge an Waren zu erhöhen, die es mit der Sowjetunion handeln konnte. Diese neue Regelung verschaffte Deutschland eine größere Versorgung mit Öl, Baumwolle, Phosphaten, Eisen, Platin und Holz. In diesem Abkommen verpflichtete sich die Sowjetunion, andere Materialien und Metalle aus dem Ausland für Deutschland zu kaufen. In dieser Hinsicht trat die Sowjetunion als Drittkäufer für Deutschland auf und verschaffte ihnen dadurch Zugang zu ausländischen Märkten, die Deutschland nicht betreten konnte. Außerdem wurde ein neuer Zahlungsplan vereinbart, der es Deutschland ermöglichte, die Sowjetunion für Lieferungen über einen Zeitraum von 27 Monaten zu bezahlen. Die spätere Zahlung an die Sowjetunion ermöglichte es Deutschland, mehr Geld für die Weiterentwicklung seiner Rüstungstechnologie und Kriegsmaschinerie auszugeben.

Kurz nach der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens wurde am 23. August 1939 in Moskau der Nichtangriffspakt unterzeichnet. Dieses Abkommen wurde im Gegensatz zum Wirtschaftsabkommen öffentlich beworben, um die Natur der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu zeigen. Der Nichtangriffspakt sollte kein Bündnis sein, sondern nur eine Vereinbarung, in der beide Seiten sich dafür entscheiden würden, neutral zu bleiben, wenn die andere angegriffen würde. Eine solche Maßnahme wurde verwendet, um die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konflikts zwischen der

Sowjetunion und Deutschland zu verringern. Der Nichtangriffspakt war auf 25 Jahre angelegt. Ein dritter Aspekt des deutsch-sowjetischen Abkommens war die Ausarbeitung einer geheimen Akte, in der detailliert beschrieben wurde, wie Deutschland und die Sowjetunion ihre jeweiligen Einflusssphären aufteilen würden. Dies stellte eine Pufferzone zwischen Deutschland und der Sowjetunion dar, wodurch die Wahrscheinlichkeit von Feindseligkeiten zwischen den beiden Nationen weiter verringert wurde. Das Geheimprotokoll, wie es genannt wurde, führte zum sowjetischen Einmarsch in Ostpolen und zum deutschen Einmarsch in Westpolen. Die Ratifizierung des Nichtangriffspaktes hinderte Hitler daran, einen Zweifrontenkrieg zu beginnen, da die Einhaltung des Geheimprotokolls das im September 1939 von Deutschland besetzte Gebiet Polens unter die Hoheitsgewalt Deutschlands stellte und das übrige Polen unter die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland beließ Sovietunion. Dies würde Stalins Bedenken hinsichtlich einer deutschen Invasion der Sowjetunion zerstreuen und Deutschland gleichzeitig Zugang zu den Rohstoffen der Sowjetunion verschaffen. Hätte Stalin Ende der 1930er-Jahre die Verbindungen zu Deutschland abgebrochen und die Korrespondenz mit den Westmächten aufrechterhalten, hätte die Sowjetunion Deutschland möglicherweise angegriffen, nachdem Deutschland in Polen einmarschiert war, und so die Eskalation während des Zweiten Weltkriegs verhindert. Ein weiterer Faktor im Falle einer sowjetischen Entfremdung Deutschlands wäre ein weit weniger umfangreiches Waffenarsenal in den Händen der deutschen Kriegsmaschinerie, da ein solches Arsenal auf den sowjetischen Export seiner Rohstoffe nach Deutschland angewiesen war. Deutschland wäre nicht in der Lage gewesen, seine Rüstung zu entwickeln oder seine Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten, ohne Öl aus der Sowjetunion zu importieren, da Flugzeuge, Panzer und andere

Komponenten der mechanisierten Kriegsführung eine ausreichende Verfügbarkeit von Öl erfordern. Deutschland war nie autark, wenn es um die Ölförderung ging, da es nur 33 % seines eigenen Bedarfs decken konnte, ganz zu schweigen vom militärischen Bedarf. Ohne sowjetisches Öl könnte die deutsche Armee keinen Blitzkrieg führen oder längere Zeit kämpfen. Daher war der Zugang zu russischem Öl für Deutschlands Existenz militärisch und innenpolitisch von entscheidender Bedeutung. Daran hat sich auch 2022 nichts geändert, denn rund 98 % des in Deutschland verbrauchten Öls werden importiert. 34 % dieser Importe stammen aus Russland.

Das andere wichtige Material, das die Sowjetunion nach Deutschland verschiffte, war Metall in Form von Roheisen, Chrom und Mangan. Diese ermöglichten es Deutschland, einen gehärteten Stahlrahmen für die verschiedenen Waffen und Artillerie zu entwickeln, die es in seinem Arsenal hatte. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurden 65 % des deutschen Eisens importiert. Mineralien wie Chrom, Mangan und Stahl wurden normalerweise aus Südafrika bezogen, aber nachdem Großbritannien eine Blockade gebildet hatte, um Deutschland den Zugang zu diesen Mineralien zu verweigern, war Deutschland gezwungen, sich auf Russland zu verlassen. Deutschlands Mangel an Metallen und Eisen machte es zwingend erforderlich, dass Deutschland Handelsabkommen mit der Sowjetunion orchestrierte. Ohne diese wäre Deutschland nicht in der Lage gewesen, bedeutende militärische Operationen durchzuführen. 500.000 Tonnen Eisen, die 1939 von den Sowjets nach Deutschland verschifft wurden, versorgten Deutschland mit genügend Eisenreserven, um sein Militär für die ersten 3 1/2 Jahre des Zweiten Weltkriegs zu unterhalten. Andere Metallformen wie Mangan fehlten in Deutschland vollständig, da Deutschland fast keine Vorkommen davon enthält. Während des Remilitarisierungsprogramms vor dem Zweiten Weltkrieg importierte Deutschland 100 % des

Mangans aus der Sowjetunion. Mangan war für die Deutschen wichtig wegen seiner Fähigkeit, Stahl zu desoxidieren, was es Deutschland ermöglichte, abgenutzte Artillerie zu überarbeiten und ältere Maschinen zu restaurieren, die beide gegen andere Mineralien in die Sowjetunion eingetauscht wurden. Eines der wenigen Metalle, das in Deutschland allgegenwärtig war, war Aluminium, das normalerweise mit anderen importierten Mineralien gemischt wurde, um logistische Geräte wie Flugzeuge herzustellen. Deutschlands Fähigkeit, Ressourcen vollständig zu nutzen, um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit zu maximieren, war unübertroffen. Metalle und Öl aus der Sowjetunion machten Deutschland zu dem fortschrittlichen Militärmachtzentrum, das es in den 1930er Jahren geworden war.

Einerseits kann darauf hingewiesen werden, dass die Sowjetunion die deutsche Kriegsmaschine unterstützte und es Deutschland ermöglichte, einen Großteil der westlichen Welt zu unterjochen. Andererseits kann man darauf hinweisen, dass die deutschen Waffenexporte in die Sowjetunion während des Ende der 1930er Jahre geschlossenen Wirtschaftsabkommens der sowjetischen Armee die Möglichkeit gaben, Deutschland im Zweiten Weltkrieg zu besiegen.

Andere Ressourcen, die zur Ermutigung der deutschen Kriegsbewegung beitrugen, waren Lebensmittel und Textilien, die Deutschland autark produzierte. Deutschland konnte im Inland genügend Lebensmittel produzieren, um zu verhindern, dass die Deutschen während des Krieges verhungerten und die Soldaten nicht auf ein Rationierungssystem zurückgreifen mussten. Trotzdem hatte Deutschland versucht, Getreide aus der Sowjetunion zu importieren, um die Lebensmittelversorgung auf dem Vorkriegsniveau zu halten. Die Sowjetunion exportierte 1 Million Tonnen Getreide nach Deutschland und hielt Deutschlands Nahrungsmittelniveau hoch genug, um eine Rationierung zu vermeiden. Die aus der Sowjetunion nach

Deutschland exportierten Textilien wie Baumwolle ermöglichten es Deutschland, die Herstellung von Kleidung und Decken aufrechtzuerhalten. Bis 1941 hatten die Sowjets ihren Teil der Abmachung treu eingehalten, und die Deutschen waren zufrieden. Die Sowjetunion war auf Kosten ihrer eigenen Bedürfnisse treu geblieben. Nur einmal, im Jahr 1940, setzten die Sowjets das Wirtschaftsabkommen aus, allerdings wegen einer kurzen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands. Deutschland würde die Zahlungen kurz danach wieder aufnehmen. Die Industriegüter, die Deutschland an die Sowjetunion lieferte, ermöglichten es den Sowjets, ihr Arsenal an militärischer Ausrüstung zu erweitern. Vor 1940 war sich Stalin bewusst, wie schwach das sowjetische Militär im Vergleich zu Deutschland war, und die Sowjetunion stellte zwischen 1936 und 1939 nur sehr wenig ihres Budgets für Verteidigungsausgaben bereit. Stalin wusste, wie wichtig es für die Sowjetunion war, Schritte zu unternehmen die Wahrscheinlichkeit einer deutschen Invasion des Landes verringern. Daher schlossen die Sowjets 1939 und 1940 sowohl ein wirtschaftliches als auch ein militärisches Abkommen mit den Deutschen. Aber trotz der Aufstellung eines mächtigen eigenen Militärs durch deutsche Waffenexporte nach Russland würde die Sowjetunion Schwierigkeiten haben, die Kontrolle über die viel kleineren Nationen Polen und Finnland zu erlangen, zwei Nationen, die Russland als in seinem Einflussbereich betrachtete. Die Sowjetunion hielt sich an das geheime Protokoll, das Deutschland und Russland verpflichtete, ihre Einflusssphären in ihren jeweiligen Regionen zu sichern, und marschierte sowohl in Polen als auch in Finnland ein. Die sowjetische Invasion in Ostpolen dauerte Monate im Vergleich zur deutschen Besetzung Polens, die nur etwa 3 Wochen dauerte. Dies bestätigte Stalins Ansicht darüber, wie überlegen die deutschen Streitkräfte im Vergleich zu den sowjetischen waren. Der Mangel an effizienter Kommunikation zwischen den Kommandos der Roten Armee in

der Ukraine und Weißrussland erschwerte die sowjetische Mission, Polen zu besetzen. 1939 war das sowjetische Militär noch in Arbeit und es fehlte noch viel Ausrüstung. Stalin bestand jedoch darauf, die Rote Armee für die Teilung Polens zu mobilisieren, aber die Mission würde einen Monat dauern, da schwache Kommunikationswege und unausgebildete Kämpfer den sowjetischen Vormarsch ersticken würden. Trotzdem würde die Rote Armee ihre Offensive fortsetzen und Lettland und Estland erobern, bevor sie nach Finnland zog. Die sowjetische Invasion in Finnland ist der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 in Bezug auf die Schwierigkeit Russlands, eine viel kleinere Nation mit einer viel kleineren Streitmacht zu sichern und die Kontrolle zu übernehmen, auffallend ähnlich. Finnland war einst Teil des Russischen Reiches und Russland betrachtete das Land als Teil seiner Einflusssphäre. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Sowjetunion den Wunsch geäußert, Finnland in den Block aufzunehmen. Erstens bot die Sowjetunion an, Finnland diplomatisch zu engagieren, indem sie Finnland aufforderte, ihnen Zugang zu ihren Ressourcen und Häfen zu gewähren. Aber als der finnische Präsident sich weigerte, befürchtete Stalin, dass die Finnen bereits mobilisiert hatten, um gegen die Rote Armee zu kämpfen, was Stalin dazu veranlasste, am 30. Obwohl sie von der weit überlegenen Roten Armee angegriffen wurden, die der gesamten Bevölkerung Finnlands zahlenmäßig überlegen war, konnten die Finnen der Roten Armee widerstehen und für einige Zeit die Kontrolle über ihr Heimatgebiet behalten. Stalin glaubte, er könne die finnische Armee zerstreuen, indem er Finnland von mehreren Seiten angriff. Die finnischen Truppen waren jedoch entlang der Grenze verstreut und schnitten den sowjetischen Zugang zu ankommenden Waffenverstärkungen ab, was die Rote Armee daran hinderte, sich eine vorteilhafte Position gegen die Finnen zu sichern. Dies verlängerte den Krieg, weil die Finnen anfangs zuversichtlich waren, dass sie gewinnen könnten, aber nach

einigen Monaten erkannte das finnische Kommando, dass sie nicht ewig kämpfen konnten. Nachdem sie die Alliierten wiederholt um militärische Hilfe gebeten hatten, wurden die Finnen allein gelassen, da die Alliierten sich weigerten, Hilfe zu bringen. Der Krieg erreichte eine Pattsituation. Der finnische Widerstand brach schließlich inmitten der zunehmenden Truppen der Roten Armee zusammen, und die Rote Armee übernahm schließlich die Kontrolle über das Land. Im März 1940 unterzeichneten die Finnen den Moskauer Friedensvertrag, der der Sowjetunion im Austausch dafür, dass Finnland seine Souveränität behalten konnte, Zugang zu finnischen Häfen und Stützpunkten gewährte. Nachdem das sowjetische Militär Polen und Finnland relativ schnell nicht besetzen konnte, erhöhte es seine Verteidigungsausgaben und die Militarisierung in rasender Geschwindigkeit. Dann, im Juni 1940, zielten sie auf Rumänien, insbesondere auf Bessarabien und die nördliche Bukowina. Unter dem Geheimprotokoll erkannten die Deutschen das sowjetische Interesse an Bessarabien an, das unter sowjetische Besatzung geriet, nachdem die Sowjetunion Rumänien ein Ultimatum gestellt hatte, entweder die rumänische Militär- und Zivilverwaltung aus Bessarabien und dem nördlichen Teil der Bukowina zu evakuieren oder sich einer sowjetischen Invasion zu unterwerfen dem Land gegenüberzutreten. Auf Anraten deutscher Diplomaten würde die rumänische Regierung den sowjetischen Forderungen nachgeben und Bessarabien und die nördliche Bukowina an die Sowjetunion abtreten. Bundesaußenminister Joachim von Ribbentrop äußerte sich besorgt darüber, wie sich ein militärischer Konflikt auf das Schicksal der 100.000 in Bessarabien lebenden Volksdeutschen auswirken würde. Ribbentrop räumte auch ein, dass das sowjetische Interesse an der Bukowina nicht Teil des Geheimprotokolls sei. Somit ist klar, dass dieser sowjetische Eingriff, verbunden mit Deutschlands Besorgnis über die in Bessarabien lebenden Volksdeutschen, den

Deutschen die Rechtfertigung gab, den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion zu brechen. Hitler erklärte später in einem Gespräch mit dem finnischen Feldmarschall Carl Mannerheim, dass Deutschland der Sowjetunion nicht erlauben könne, die Ölquellen in Rumänien zu beschlagnahmen, und stellte fest, dass es ohne sie keine Möglichkeit für die deutsche Armee geben würde, ihr gepanzertes Arsenal zu erhalten. Flugzeuge und verschiedene andere Artillerie. Hitler glaubte, dass Russland versucht hätte, ganz Rumänien zu erobern und die Ölquellen zu annektieren, eine Aussicht, die Deutschlands Kriegsanstrengungen zum Scheitern gebracht hätte. In diesem Gespräch fragt sich Hitler auch, wie die russische Arbeitskraft zu Beginn des Krieges 35.000 Panzer anhäufen konnte. Offizielle Schätzungen der Zahl der sowjetischen Panzer lagen bei rund 26.000. Dennoch war klar, dass die Sowjets jeden möglichen Vorteil aus dem Wirtschaftsabkommen von 1939 mit Deutschland zogen. Russlands Arbeitskräfte erwiesen sich als außergewöhnlich darin, die von den Deutschen importierten Maschinen schnell zu nutzen. Die Fabriken, die Ende der 1930er Jahre in der Sowjetunion mit Hilfe der Deutschen gebaut wurden, produzierten dank russischer Arbeiter innerhalb von zwei Jahren Tausende von Panzern in Serie. Hier ist die Niederschrift von Hitlers Gespräch mit Carl Mannerheim über Russlands militärische Stärke und den raschen Aufbau von Waffenarsenalen. Das kommt von http://www.feldgrau.ne :

Unbekannt (Hitler?): "...eine sehr große Gefahr, vielleicht die schwerste..." Hitler: "(unverständlich)...wir selbst waren uns nicht ganz sicher, wie ungeheuerlich diese starke Bewaffnung war."

Mannerheim: „Das hatten wir im Winterkrieg nicht geahnt, das hatten wir im Winterkrieg nicht geahnt, natürlich hatten wir

eins (ein unverständliches Wort), dass sie gut bewaffnet waren, aber wie sie eigentlich waren, und jetzt da Es ist kein Zweifel mehr, was sie geplant hatten ("was sie in ihrem Schild hatten")"

Hitler: „Es ist offensichtlich ... offensichtlich. Sie haben die monströseste Bewaffnung, die man sich vorstellen kann ("menschlich vorstellbar") ... na ja ... wenn mir jemand gesagt hätte, dass ein Staat ... (Schritte) ... wenn mir jemand gesagt hätte, dass ein Staat 35.000 Panzer (Hitler verwendet das Wort 'Panzer'), ich hatte gesagt 'du bist verrückt geworden'...

Unbekannt: "Fünfunddreißig..."

Hitler: „35.000 Panzer (jetzt benutzt er das Wort ‚Panzer') ... wir haben mehr als, wir haben dann mehr als 34 Pan ... tausend zerstörte Panzer. Wenn mir das jemand gesagt hätte ... hätte gesagt: Sie ... wenn mir ein General erklärt hätte, dass ein Staat hier 35.000 Panzer hat, hätte ich gesagt, Herr ('My Lord'), Sie sehen alles zweimal ... oder zehnfach, das ist verrückt, du siehst Gespenster ... Das hätte ich nicht für möglich gehalten ... wenn mir das jemand gesagt hätte ... Ich habe das gerade gesagt, wir haben Industrieanlagen gefunden ... so eine in (unverständlich: Kalanuskaja?) zum Beispiel, das war vor zwei Jahren im Bau ... und wir hatten keine Ahnung ... und heute gibt es eine Panzerproduktionsstätte, die ... die ... etwas mehr als 30.000 hätte beschäftigen sollen Arbeiter in der ersten Schicht und mehr als 60.000 Arbeiter in voller Entwicklung ... eine einzige Tankproduktionsanlage ... wir haben sie besetzt ... eine gigantische Anlage ... viele Arbeiter, die immer noch wie Tiere und so leben ...“

Unbekannt: "Eine erstaunliche Region ..." Ein weiterer Unbekannter

(Hitler?): "Eine erstaunliche Region..."

Mannerheim: "Wenn man bedenkt, dass sie 20 Jahre ... mehr als 20 Jahre ... fast 25 Jahre Freiheit hatten, sich zu bewaffnen ... und alles, alles für Rüstungen ausgegeben haben ... nur Rüstungen ..."

Hitler: "Darf ich Ihnen sagen ... (ein paar unverständliche Worte) ... Herr Präsident, ich habe nicht geahnt, dass, wenn ich das gewusst hätte, mein Herz noch schwerer gewesen wäre ... aber ich hatte das gemacht Entscheidung umso mehr ... weil es keine andere Möglichkeit gab. Schon im Winter 39/40 war mir klar, dass der (Angriff auf die Sowjetunion?) kommen musste. Aber ich hatte den alptraumhaften Druck des Westens auf mich, denn ein Zweifrontenkrieg wäre das Ende gewesen... auch wir wären zermalmt worden, das sehen wir heute besser als damals...wir wären zermalmt worden...unser ganzes...ursprünglich wollte ich den Westfeldzug im Herbst 1939 zu machen ... Ich wollte den Westfeldzug durchführen, nur dass wir die ganze Zeit schlechtes Wetter hatten, das hat uns daran gehindert Unsere ganze Bewaffnung war ... es ist Schönwetterbewaffnung, Es ist sehr leistungsfähig, es ist gut, aber leider eine Schönwetterbewaffnung. Tatsächlich haben wir es hier kürzlich in diesem Krieg gesehen, natürlich sind alle unsere Waffen im westlichen Stil ("geschneidert"). Und wir alle beli eved ... das war bis jetzt (murmelt) ... es war nur unsere Meinung, von frühester Zeit an ... im Winter kann man keinen Krieg führen. Und wir haben ... die deutschen Panzer ... die deutschen Panzer wurden nicht auf die Probe gestellt, um sie vielleicht für den Winterkrieg vorzubereiten, sondern es wurden Testläufe gemacht, um zu beweisen, dass man im Winter keinen Krieg führen kann. Es war eine andere Ausgangslage. Im Herbst 1939 standen wir vor der

Frage ... und ich brannte immer noch darauf, anzugreifen ... Ich war überzeugt, dass wir Frankreich innerhalb von sechs Wochen erledigen könnten ... aber die Frage war, ob wir uns bewegen sollten ... und es war Dauerregenwetter... und da ich diese französische Region sehr gut kenne... und auch ich konnte nicht anders, als vielen meiner Generäle zuzustimmen, dass wir wahrscheinlich nicht den Elan ("Elan") erreichen würden, den wir nicht könnten die Panzerkraft voll auszulasten, die wir wegen des Regens auch nicht voll auslasten könnten, die Luftwaffe mit den vorderen Flugplätzen ... Ich kannte Nordfrankreich selbst, ich war vier Jahre Soldat im Ersten Weltkrieg ... und das war der Grund für diese Verzögerung. Wenn ich Frankreich 39 beendet hätte, wäre die Weltgeschichte anders verlaufen, aber so musste ich bis 1940 warten ... und das war nicht bis Mai ... Der 10. Mai war der erste Messetag und ich habe sofort zugeschlagen 10. Mai. Ich habe am 8. Mai den Befehl gegeben, am 10. Mai anzugreifen und ... dann musste es sein ... diese riesige Verschiebung unserer Divisionen von West nach Ost musste stattfinden ... (unverständlich: die ersten Besetzungen in .. .?) dann hatten wir diese Aufgabe in Norwegen ... gleichzeitig kann ich heute sagen, dass dieses ganz große Unglück über uns gekommen ist, nämlich die Schwächen, die sich für Italien entwickelt hatten, erstens die Situation in Nordafrika, zweitens die Situation in Albanien und Griechenland ein sehr schwerer Uufall. Wir mussten jetzt helfen. Für uns bedeutete das, dass unsere Luftwaffe wieder auf einen Schlag vernichtet, unsere Panzerverbände auseinander gerissen wurden ... während wir unsere Panzerverbände für den Osten vorbereiteten, mussten wir zwei Divisionen auf einen Schlag aufstellen ... zwei komplette Divisionen, am Ende waren es drei ... und mussten dort sehr große Verluste wieder auffüllen ... es waren blutige Schlachten, die in der Wüste geschlagen wurden ... natürlich fehlte hier im Osten alles, was fehlte ... ... und ... es war nicht anders denkbar

als diese Entscheidung, die unvermeidlich war. Ich hatte damals ein Gespräch mit Molotov und es war absolut offensichtlich ... Molotov ging mit der Entscheidung, den Krieg zu beginnen, und ich entließ ihn mit der Entscheidung, ihm nach Möglichkeit zuvorzukommen ... weil die Forderungen, die dieser Mann stellte, offensichtlich waren darauf abzielt, Europa endgültig zu beherrschen ... (der nächste Satz ist geflüstert und weitgehend unverständlich, so etwas wie "Ich muss leugnen, dass [...] ist geradezu lächerlich [...]") ... Schon in ... in ...im Herbst 1940 stand für uns immer wieder die Frage im Raum: Sollen wir ... äh ... eine Trennung riskieren? ... Ich habe damals der finnischen Regierung geraten, ... äh ... zu verhandeln und ... äh ... Zeit zu gewinnen, um ... äh ... äh ... die Dinge scherzhaft zu umgehen" - I muss zugeben, dass mir das Wort „divertorical“ noch nie begegnet ist, aber es scheint vom lateinischen „divertere“ (ablenken, ähnlich wie englisch „divert“) abzustammen, weil ich schon immer eine Befürchtung hatte: das Russland würde Rumänien im Spätherbst plötzlich angreifen und die Ölquellen annektieren ... und wir hätten b war im Spätherbst 1940 noch nicht fertig. Hätte Russland die rumänischen Ölquellen beschlagnahmt, wäre Deutschland verloren gewesen ... (ein Wort unverständlich oder zwei, etwas mit 'notwendig'?) ... mit ... mit, mit 60 russischen Divisionen hätte man das arrangieren können; damals hatten wir in Rumänien noch keine Task Force, die rumänische Regierung ist auf uns zugekommen in letzter Zeit... und was wir hatten, wäre in der Tat lächerlich gewesen. Alles, was Sie tun mussten, war, die Ölquellen zu beschlagnahmen, ich hätte im September oder Oktober keinen Krieg mit unseren Waffen beginnen können, das war in der Tat unmöglich ... wir hatten den Einsatz unserer Truppen im Osten in keiner Weise vorbereitet, im Westen mussten erst die Einheiten konsolidiert, die Rüstung in Ordnung gebracht werden ... denn natürlich hatten wir auch im Westfeldzug unsere Opfer gebracht. Eine Liste

wäre vor dem Frühjahr 1941 unmöglich gewesen, und wenn die Russen jetzt, im Herbst 1940, Rumänien besetzt und die Ölquellen annektiert hätten, dann wären wir 1941 ... äh ... hilflos gewesen. .. Wir hatten ... haben die große deutsche Produktion, aber die Menge, die die Luftwaffe allein verbraucht, die Menge, die unsere Panzerdivisionen verbrauchen, das ist etwas ganz Ungeheuerliches. Es ist ein ... ein ... ein Konsum jenseits aller Vorstellungskraft. Und ohne den Zufluss von vier bis füuf Millionen Tonnen rumänischen Öls könnten wir den Krieg nicht führen ... (Unverständlich, ein paar Worte, einige von ihnen 'verlassen'?) ... Und das machte mir große Sorgen, daher meine Versuch, diese Zeit durch Verhandlungen zu überwinden, bis wir stark genug waren, diesen Erpressungsforderungen entgegenzutreten ... die Forderungen waren reine Erpressung, sie waren Erpressung, die Russen wussten, dass wir hilflos waren, dass wir im Westen gebunden waren, sie konnten erpressen nichts von uns ... und nur bei Molotows Besuch ... dann erklärte ich ihnen beiläufig, dass wir die Forderungen nicht akzeptieren könnten ... all diese Forderungen ... Im Grunde wurden die Verhandlungen ... abrupt beendet ... (a ein paar unverständliche Worte) ... es gab vier Punkte, einen Punkt, der Finnland betraf ... war die Freiheit, sich vor der finnischen Bedrohung zu schützen ... Ich sagte: „Sie wollen mir nicht sagen, dass Finnland Sie bedroht? ... Er sagte, nun, in Finnland würden sie gegen die Freunde der Sowjetunion vorgehen ... das wäre eine Gesellschaft ... sie würden die ganze Zeit verfolgt werden, und eine Großmacht könne es nicht akzeptieren, bedroht zu werden durch eine kleine Angabe seiner Existenz.' Ich sagte: „Sie ... Ihre Existenz wird nicht von Finnland bedroht, oder? Wollen Sie mir nicht sagen, dass Finnland Ihre Existenz bedroht?' (Im Hintergrund sagt jemand: ‚Lächerlich.') Nun, es wäre auch eine moralische Bedrohung für die Existenz eines großen Staates, und was Finnland tut, wäre eine noch größere Bedrohung für seine

moralische Existenz ... Und ich sagte ihm, dass wir einen weiteren Krieg an der Ostsee nicht als passive Zuschauer hinnehmen könnten. Dann fragte er mich, wie wir gegenüber Rumänien stehen würden, schließlich hätten wir eine Garantie gegeben... ob sich diese Garantie auch gegen Russland richten würde... Ich sagte: "Ich glaube nicht, dass sie gegen Sie gerichtet ist, weil Sie es tun 't do that Sie beabsichtigen, Rumänien anzugreifen, nicht wahr? Sagen Sie mir ... wir haben nie gehört, dass Sie die Absicht haben, Rumänien anzugreifen, Sie haben immer gesagt, dass Bessarabien Ihnen gehört, aber Sie haben nie gesagt, dass Sie es wollten Rumänien anzugreifen.' Er sagte, er wolle es sicher wissen..." (Ende der Tonaufnahme)

Bis heute ist die Abhängigkeit vom ausländischen Öl die tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Vielleicht nur eine abschreckende Aussicht, sollte Deutschland versuchen, sich vom Sicherheitsschirm der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) zu lösen und seine geopolitische Unabhängigkeit von vor 1945 wieder zu behaupten. Als Mitglied der NATO hatte Deutschland den Luxus, weniger von seinem Budget für militärische Zwecke auszugeben, was Deutschland den Status als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt verschaffte, der nur von Japan, China und den Vereinigten Staaten übertroffen wurde. Nach Deutschlands Niederlage im Zweiten Weltkrieg wurde das Land von sowjetischen und US-Streitkräften besetzt. Einige Ideen, was mit Deutschland passieren soll, werden sofort diskutiert. Es wurde vorgeschlagen, Deutschland in kleinere Staaten aufzuteilen, um zu verhindern, dass es seine Nachbarn erneut bedroht. Andere glaubten, es wäre vorteilhafter, wenn Deutschland eine starke Wirtschaft behalten und gleichzeitig Teil eines vereinten Europas sein würde. Deutschland war erst seit 1871 ein souveräner Nationalstaat, nicht zuletzt dank der militärischen Macht Preußens. Außerdem schlugen die

Vereinigten Staaten vor, Deutschland in drei Sektoren aufzuteilen, die alle auf die Landwirtschaft und nicht auf die Schwerindustrie ausgerichtet waren. Dieser Plan wurde 1944 von US-Finanzminister Henry Morgenthau angeboten. Präsident Herbert Hoover war jedoch mehr besorgt über die humanitären Auswirkungen einer Gefährdung der Fähigkeit Deutschlands, seine aus dem Osten ankommenden Bürger und Flüchtlinge zu unterstützen. Ein Großteil von Hoovers Besorgnis rührte von der Hungersnot her, die der bolschewistischen Revolution während und nach dem Ersten Weltkrieg Platz machte. Hoover wollte keine Wiederholung eines solchen Szenarios nach dem Zweiten Weltkrieg, und er glaubte auch, dass das Verhungern der Deutschen sie nur dazu zwingen würde, hineinzudriften der sowjetischen Einflusssphäre und nehmen kommunistische Ideologien an. Darüber hinaus war die Hauptkomponente, die die Alliierten aus Deutschland beseitigen wollten, Militarismus und Nazismus. Vor dem Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Wirtschaft als eine Form des organisierten Kapitalismus angesehen werden, in dem große Unternehmen von großen Vorstandsmitgliedern geführt wurden, die sich zusammenschlossen, um die Gewinne zu steigern und jede ankommende Konkurrenz zu zerschlagen. Deutschland war dafür bekannt, seine großen Unternehmen wie den Waffenhersteller Krupp und den Chemiekonzern IG Farben zu schützen, die beide erheblich von der NS-Waffenindustrie profitierten. Die Alliierten betrachteten diesen Konsortialaspekt der deutschen Wirtschaft als kartellähnlich. Deshalb bestanden die Alliierten darauf, diesen Zusammenschluss privater Wirtschaftsmacht aufzubrechen und Deutschland zu entmilitarisieren. Die Alliierten glaubten, dass die Rüstungsbewegung in Deutschland weitgehend durch den Einfluss eines wohlhabenden Konsortiums privater Geschäftsinhaber unterstützt und unterstützt wurde. Zudem wollten die Alliierten nicht nur eine Entmilitarisierung und Entflechtung Deutschlands

erreichen, die zentrale Kernintention war die Entnazifizierung des Landes. Diese Entnazifizierung zielte darauf ab, alle Nazis und Sympathisanten aus allen Bereichen des deutschen Lebens, einschließlich Politik und Regierung, zu entfernen. (Wir sehen, wie der russische Präsident Wladimir Putin dieses Nachkriegsszenario nutzt, um seine Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 zu rechtfertigen, die er als Versuch bezeichnete, die Regierung des Landes zu entnazifizieren.) Außerdem wurde von den Verbündeten vereinbart, dass Deutschland Reparationen zahlen muss, und zwar an Frankreich und der Sowjetunion.

Kapitel 6: Deutschlands Wirtschaftswunder

1945 beschlossen die Alliierten, Deutschland zu teilen. Im Süden lag die US-Besatzungszone. Die britische Besatzungszone lag im Westen und Norden. Im Süden und Westen lag die französische Besatzungszone. Und die sowjetische Besatzungszone lag im zentralen Teil Deutschlands. Der östliche Teil wurde von Polen kontrolliert, wo die Sowjets im selben Jahr eine pro-sowjetische Regierung einsetzten. Technisch gesehen würde der östliche und mittlere Teil Deutschlands also unter kommunistischen Einfluss geraten. Diese Aufteilung Deutschlands in 4 Zonen wurde 1945 auf der Potsdamer Konferenz bestätigt. Auch die Gebiete, die vor und während des Zweiten Weltkriegs von den Nazis annektiert und erobert wurden, wurden effektiv an die Nationen abgetreten, die das Gebiet ursprünglich an die Deutschen abgetreten hatten . Deutschland unter Adolf Hitler überfiel und annektierte Österreich, die Tschechoslowakei, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Polen und Jugoslawien. Die Alliierten erklärten sich bereit, die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie abzutrennen und sie unter die Kontrolle der polnischen und sowjetischen Verwaltung zu stellen. Dies geschah, um die Polen für einige der östlichen Teile Polens zu entschädigen, die an die Sowjetunion verloren gingen, als die Sowjetunion 1939 Ostpolen annektierte. Diese östlichen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie würden nicht länger als von den Alliierten gehaltenes Gebiet anerkannt . Der Rest des besiegten Deutschlands würde gemeinsam von US-amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Streitkräften regiert. Berlin an und für sich würde die gleiche 4-Wege-Spaltung unter den alliierten Mächten erfahren. Trotz dieser Kooperationsbemühungen würde die unterschiedliche Wirtschaftspolitik, die für die von den USA, Großbritannien und Frankreich kontrollierten Gebiete und für die von der Sowjetunion kontrollierten Gebiete verfolgt wurde,

Deutschland letztendlich in zwei Staaten - Ost- und Westdeutschland - spalten und den Kalten Krieg auslösen. Die von Frankreich, Großbritannien und den USA kontrollierten Gebiete versuchten, einen Rahmen für Privatunternehmen und eine demokratisch etablierte Regierung zu schaffen. Die Sowjetzone hingegen wollte eine Einparteienherrschaft und eine staatlich kontrollierte Industrie errichten. Diese Unfähigkeit, Gemeinsamkeiten zu finden, erreichte einen Wendepunkt, als die von Frankreich, Großbritannien und den USA kontrollierten Gebiete, die als Trizone bekannt wurden, am 19. Juni 1948 beschlossen, eine neue Währung namens Deutsche Mark (Westdeutsche Mark) herauszugeben. als Ersatz für die noch in ganz Deutschland gültige Reichsmark. Die D-Mark kursierte jedoch schnell in ganz Berlin und wurde dort zur Standardwährung. Die Sowjetzone reagierte in gleicher Weise mit der Vergabe der sogenannten DDR-Marke kurz darauf, am 23. Juni 1948. Bereits am nächsten Tag blockierten die Sowjets den Zugang der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin und weigerten sich, die Blockade bis zu den nicht-sowjetischen Zonen aufzuheben erklärte sich bereit, die DDR-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel für ganz Deutschland zu akzeptieren. Der Zugang nach Berlin per Schiene, Straße und Wasser war bis Mai 1949 gesperrt. Die Westsektoren umgingen die Blockade jedoch, indem sie Flugzeuge einsetzten, um Nachschub in ihre jeweiligen Zonen in Berlin zu bringen. Das Fiasko führte zur formellen Gründung von 2 unabhängigen Staaten in Deutschland.

Die Ausarbeitung einer Verfassung für den westdeutschen Staat begann 1948 mit der Zusage der Westalliierten, die Regierungsgewalt an die Deutschen zurückzugeben. Im Juli 1948 gaben die Westalliierten die Frankfurter Urkunden heraus, die eine von den Deutschen selbst zu erstellende Aufstellung von Eckdaten für die Verfassungsentwicklung forderten. Der Rahmen sollte eine starke Demokratie umfassen, die Raum für

zentralisierte Autorität und Grundrechte lässt. Es wurde klargestellt, dass diese Formulierung nicht die vollständige Souveränität Westdeutschlands von der alliierten Kontrolle impliziert, insbesondere in Bezug auf Außenpolitik, Handel und nationale Notfälle. Die Parameter versuchten, an die Grundüberzeugungen der meisten politischen Gruppierungen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland, nämlich der Sozialdemokraten und der Christdemokraten, zu appellieren. Die Sozialdemokraten wollten einen stärker zentralisierten Staat, während die Christdemokraten darauf bestanden, Einfluss auf kulturelle und Bildungsangelegenheiten zu behalten. Ein großer Teil Westdeutschlands war der festen Überzeugung, dass die Kirche in den Staat integriert werden sollte, während der Einzelne die Freiheit haben sollte, seinen Glauben zu wählen. Dieser Versuch, einen offiziellen westdeutschen Staat zu entwickeln, bekräftigte die Realität der Teilung Deutschlands, betraf jedoch nicht die westdeutschen Bürger, da diese Verfassung als "Grundgesetz" bezeichnet wurde und ihr eine vorübergehende Laufzeit gab. Dieses „Grundgesetz“ wurde in 2 Phasen entwickelt. In der ersten Phase trafen sich Beamte der 11 Landesregierungen im alten Schloss Herrenchiemsee in Bayern, um einen Verfassungsentwurf zu diskutieren und zu entwickeln, die rechtlichen Rahmenbedingungen festzulegen und die Grenzen zwischen Länder- und Bundeskompetenzen zu ziehen. Die zweite Phase war die Einrichtung eines Parlamentarischen Rates, dessen Mitglieder von den Landesregierungen ernannt wurden. Der Parlamentarische Rat bestand aus Vertretern der großen politischen Parteien, die alle von den Landesregierungen ernannt und nach einer strengen Entnazifizierungsprüfung von den Alliierten kontrolliert wurden. Der Rat bestand aus 70 Delegierten; 5 davon waren nicht stimmberechtigt und wurden mit der Ausarbeitung des neuen westdeutschen „Grundgesetzes“ beauftragt. Am 23. Mai 1949 verkündete der Parlamentarische Rat

offiziell die Bildung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit der Bestimmung der Stadt Bonn als provisorische Hauptstadt. Diese neue Republik wurde von einer gesetzgebenden Versammlung namens Bundestag regiert, die als mächtigstes Verfassungsorgan dienen sollte und im Rahmen der im „Grundgesetz" definierten Grundrechte und Grundprinzipien der Menschenwürde handelte. Zur Durchsetzung dieses Erfordernisses hat der Parlamentarische Rat den Verfassungsgerichtshof eingerichtet, der Beschwerden deutscher Bürger gegen den Staat prüft. Unter dem „Grundgesetz" wurden die Befugnisse des Bundespräsidenten durch den Bundestag eingeschränkt und erleichtert. Viele Rechte sahen in dieser Einschränkung der Befugnisse des Präsidenten eine Bestätigung dafür, dass Deutschland von der Sorge um die eigene Sicherheit im Innen- und Außenverhältnis abgeschnitten sei. Einige wetterten sogar gegen die Idee eines Systems, das die Exekutivgewalt aufgibt und sie politischen Parteien übergibt.

Am 14. August 1949 hielt Westdeutschland seine ersten Wahlen ab, an denen fast 15 politische Parteien teilnahmen. Die Christdemokraten und die Freien Demokraten schmiedeten ein Bündnis und würden als Sieger hervorgehen, da Konrad Adenauer zum Bundeskanzler und Theodor Heuss von der FDP zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden würde. Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard würden alle drei Deutschland auf den Kurs des wirtschaftlichen Aufschwungs mit sozialer Marktwirtschaft bringen. Das Geschäft blieb in den Händen des Privatsektors, während der Markt Preise und Löhne festlegen durfte. Unmittelbar vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte die neue Währung, die Deutsche Mark (Westdeutsche Mark), ausgegeben von der Trizone, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, da die D-Mark zunächst die Arbeitskosten erhöhte und die Arbeitgeber dazu veranlasste, ihre Stellen zu

verkleinern Personal und Löhne, um die Kosten niedrig zu halten. Mit der Marshal Aid, die Deutschland von den USA bereitgestellt wurde, wurde die D-Mark jedoch gestärkt und legitimiert, was ausländischen Investitionen Tür und Tor öffnete. Ein weiterer Faktor, der dieses Wirtschaftswunder kultivierte, war die Tatsache, dass die Gewinne stiegen, während die Löhne niedrig blieben. Zu dieser Zeit waren viele der ankommenden Flüchtlinge, die aus Ostdeutschland nach Westdeutschland zogen, sowohl gebildet als auch hochqualifiziert, und dieser Zustrom hatte die Nachfrage nach Arbeitskräften höher gehalten als das Stellenangebot. Dies wird der Tatsache zugeschrieben, dass ein Großteil der kommunistischen Elemente in Westdeutschland unterdrückt wurde und diejenigen, die den Marxismus förderten, sowohl von der Arbeit als auch von der Gesellschaft als Ganzes gemieden wurden, wodurch die Militanz am Arbeitsplatz auf ein Minimum beschränkt wurde. Gewerkschaften, die von den Nazis zerschlagen wurden, blieben auch beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg verhalten. Ein weiteres Element ist, dass es in Deutschland damals für Unternehmen einfach war, Exilanten auszubeuten, die ebenfalls hochqualifiziert und gebildet waren. Alles in allem sind billige, aber hochqualifizierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte wahrscheinlich der Hauptauslöser des westdeutschen Wirtschaftswunders. Als die westdeutsche Wirtschaft in den 1950er Jahren weiter expandierte, folgte die Nachfrage. Nachdem sie einen Krieg und die Zerstörung ihres Landes miterlebt hatten, waren die Deutschen begierig darauf, Waren zu konsumieren und zu erwerben, die sie seit der Zeit vor dem Krieg nicht mehr hatten. Von Möbeln über Kleidung bis hin zu Autos und Fernsehern wurde alles von der westdeutschen Bevölkerung konsumiert, deren Lebensstandard erheblich zu steigen begann. Einige der Faktoren, die die Wirtschaft möglicherweise am weiteren Wachstum gehindert haben, waren die Entnazifizierungsbemühungen, die häufig dazu führten, dass

den Arbeitskräften hochmoderne technische Fähigkeiten entzogen wurden.

Es wurde entdeckt, dass der Wirtschaftsboom der 1950er Jahre eine Nebenwirkung der Vernachlässigung älterer und behinderter Menschen hatte. Während der gesamten Regierungszeit der ersten Bundesrepublik wurden Renten- und Lebensversicherungsfragen weitgehend ignoriert, da der Krieg einen Großteil der privaten Renten- und Lebensversicherungsfonds verschlungen hatte. Die Rentenpolitik der BRD war sehr ineffektiv und die Christdemokraten hatten nicht die Dringlichkeit, Reformen durchzuführen. Folglich würden die Sozialdemokraten versuchen, das Beispiel der Regierungsuntätigkeit bei der Rentenreform aufzugreifen und dies bei den Wahlen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Dieser Schritt veranlasste Adenauer, 1957 ein Rentenreformgesetz durchzusetzen, das Rentnern, Arbeitslosen und Behinderten 60% ihres durchschnittlichen Jahreseinkommens, bereinigt um das Währungslohnniveau, zukommen ließ, um den Wohnstandard für Rentner, Behinderte und Rentner zu gewährleisten Erwerbslose würden die der übrigen Bevölkerung in Westdeutschland nicht unterschreiten. Als Ergebnis dieser Aktion von Adenauer würden die Christdemokraten die Wahlen von 1957 gewinnen. Und Ende der 1950er Jahre war Westdeutschland durch diese Verschmelzung von marktwirtschaftlicher Politik mit sozialdemokratischen Werten zu einem Wohlfahrtsstaat geworden.

Ostdeutschland würde auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland schnell mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) reagieren. Ähnlich wie Westdeutschland die Bundesrepublik Deutschland gegründet hat, um dem wirtschaftlichen Hintergrund und den Werten des freien Marktes des Westens zu dienen und sich an ihn anzulehnen, hat Ostdeutschland die Deutsche Demokratische Republik gegründet,

um die kommunistischen Volkswirtschaften des Ostens zu integrieren. Das sowjetische Wirtschaftssystem war dem westlichen System insofern entgegengesetzt, als das sowjetische kommunistische System eher auf Befehl als auf Marktkontrolle basierte. So würden die sowjetischen Besatzer der ostdeutschen Gebiete antikommunistische Elemente und Menschen von der Macht entfernen und sie durch prosowjetische, prokommunistische Deutsche ersetzen. Der Staat würde von einer Partei dominiert werden, der Sozialistischen Einheitspartei, die sich aus deutschen Kommunisten zusammensetzte, die versuchen würden, die Regierungsstruktur der Sowjetunion nachzuahmen. Die DDR verstaatlichte Banken und Großkonzerne, eine Bodenreform ... alles mit dem Ziel, die Bildung wirtschaftlicher Klassenspaltungen zu ersticken. Die Kommunisten in der DDR rechtfertigten die Einführung des Kommunismus in Deutschland oft damit, dass die Begründer des Kommunismus, Karl Marx und Friedrich Engels, beide Deutsche waren. Viele der deutschen Kommunisten waren während der Hitler-Herrschaft von der NSDAP verbannt worden, und nicht wenige von ihnen wurden in Konzentrationslager geschickt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten sie in die DDR zurück, um beim Wiederaufbau zu helfen. Viele von ihnen hatten weder Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung oder Kommunalplanung noch Kenntnisse in der Machtausübung. Die deutschen Kommunisten waren von einem Idealismus motiviert, was Deutschland werden sollte, und innerhalb dieser Hoffnung hatten sie keinen konkreten Plan, wie dieses Ideal verwirklicht werden sollte. Viele ihrer Aktionen basierten auf westlichen Bewegungen. Trotzdem hatten die meisten Deutschen keine Ambitionen, einen eigenen Staat zu gründen. Als die Deutsche Demokratische Republik zusammen mit der Proklamation ihres Aufbaus als sozialistischer Staat ausgerufen wurde, sagten einige Kritiker voraus, dass der Versuch vergeblich sein würde und die DDR nur wenige Monate überleben

würde, bevor sie zusammenbrechen würde. Zahlreiche Versuche wurden unternommen, um die neu gegründete Republik zu sabotieren. Während ihres gesamten Bestehens wurde die DDR von endlosen Versuchen überschattet, ihre Wirtschaft und Gesetzgebungsverfahren zu untergraben. Der wirtschaftliche Aufschwung in Westdeutschland wurde ständig propagiert, um die Unterlegenheit des DDR-Sozialismusversuchs zu untermauern. Die zunehmende Zahl von Deutschen, die wegen besserer Gehälter aus Ostdeutschland nach Westdeutschland flohen, erstickte die Ziele der DDR, und viele Ostdeutsche nutzten die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen in Westdeutschland, um Forderungen nach höheren Gehältern in Ostdeutschland zu stellen. Deshalb wurde 1961 die Berliner Mauer gebaut - um die Auswanderung von Ostdeutschen nach Westdeutschland zu verhindern. Ein weiterer Faktor, der es der BRD ermöglichte, das Wirtschaftswachstum der DDR zu untergraben, war sowohl die wirtschaftliche Expansion Westdeutschlands als auch die Tatsache, dass dort eingewanderte Ostdeutsche automatisch als Bürger der BRD galten. Sie würden alle notwendigen Unterlagen erhalten und einen einfachen Weg finden, sich ein Zuhause und einen Job zu sichern. Viele dieser Migranten aus der DDR in die BRD waren Angestellte – Ärzte, Zahnärzte und Ingenieure. So schränkte die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR deren Fähigkeit zur Förderung des Wirtschaftswachstums ein. In den ersten 20 Jahren des Bestehens der DDR hatte sie zunehmend Schwierigkeiten, diplomatische Beziehungen zu Ländern außerhalb des kommunistischen Einflussbereichs aufzunehmen und aufrechtzuerhalten, da die Bundesrepublik großen Druck auf Staaten ausübte, die die DDR anerkennen oder diplomatische Beziehungen aufnehmen wollten mit ihnen. Die Haltung der BRD blieb bei ihrer Weigerung, Beziehungen zu Staaten aufzunehmen, die eine Anknüpfung an die DDR versuchen würden. Ägypten, das von der Bundesrepublik Deutschland

unterstützt wurde, war jedoch das erste nichtkommunistische Land, das die Deutsche Demokratische Republik anerkannte. Dies war sicherlich zum Entsetzen der BRD, und als der DDR-Ministerpräsident nach der Anerkennung Ägypten besuchen wollte, sperrten einige westliche Staaten ihren Luftraum und untersagten Flüge nach Ägypten über ihr Hoheitsgebiet. Infolgedessen war der Premierminister gezwungen, über Jugoslawien oder mit dem Boot dorthin zu gelangen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie Kleinlichkeit während des Kalten Krieges entstehen konnte. Diese Spannungen erschwerten es der DDR zunehmend, Handelsbeziehungen zu westdeutschen Unternehmen aufrechtzuerhalten, die unter zunehmendem Druck standen, sich vom sozialistisch-kommunistischen Staat zu lösen. Ostdeutschland war wirtschaftlich von diesen Handelsverbindungen abhängig, und die abrupte Beendigung von Verträgen erstickte die Fähigkeit Ostdeutschlands, sich vom Zweiten Weltkrieg zu erholen. Die Abschottung Ostdeutschlands unterscheidet sich von der Abschottung Osteuropas dadurch, dass Deutschland selbst auf Rohstoffimporte angewiesen ist, während osteuropäische Länder wie Russland auf eine Vielzahl von Rohstoffen angewiesen sind und dadurch weniger abhängig vom Erwerb von Mineralien aus anderen Ländern sind. Ohne eine angemessene Lieferkette für Rohstoffe war der Versuch Ostdeutschlands, seine Fertigungsindustrie aufzubauen, weitgehend fehlerhaft. Weitere Schwierigkeiten für die DDR ergaben sich, als die BRD 1951 ein Stahlembargo verhängte und den Handel zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland verbot. Dies würde sich als verheerend erweisen, da eines der wichtigsten Materialien, die Deutschland im Überfluss hatte, daran gehindert wurde, Ostdeutschland zu erreichen. Dieses Material war Holzkohle.

Die DDR hatte seit Beginn der Nachkriegszeit zahlreiche Anstrengungen unternommen, um den Anschein von Frieden,

Harmonie und Koexistenz aufrechtzuerhalten. Auch nach der Gründung der DDR forderte Stalin den Abschluss eines Staatsvertrages mit der Bundesrepublik – ein Plan, den Bundeskanzler Adenauer ablehnte, da die BRD die Anerkennung der DDR verweigerte. Sobald klar wurde, dass die Vereinigten Staaten Westdeutschland remilitarisieren und in die NATO integrieren würden, würde sich die Dynamik der Ost-West-Beziehungen erheblich verändern. 1955 schuf die BRD die Bundeswehr, die als offizielle Streitkräfte Westdeutschlands dienen sollte. 1956 errichtete die DDR die Volksarmee als offizielle Streitkräfte der DDR. Zu diesem Zeitpunkt war Stalins Politik der friedlichen Vereinigung von Ost- und Westdeutschland vom Tisch.

Der DDR wird zugeschrieben, eine egalitärere Gesellschaft ohne Klassenprivilegien aufrechterhalten zu können, die im Vorkriegsdeutschland eine Voraussetzung gewesen war, als die oberen Schichten der Gesellschaft von den wohlhabenderen Mittelschichten dominiert wurden. Im Vorkriegsdeutschland waren Frauen weitgehend auf Hausarbeit und Niedriglohnbeschäftigung beschränkt. Die DDR wollte das ändern, denn der Kommunismus ist die beste der besten Ideologien, wenn es um die Gleichstellung der Geschlechter geht. Die DDR unternahm Schritte, um der Klassen- und Geschlechtertrennung entgegenzuwirken, indem sie ein gleiches Entgeltsystem sicherstellte, in dem höhere Positionen nicht wesentlich mehr bezahlt wurden als niedrigere Positionen. Dieser Aspekt des Kommunismus wurde von Befürwortern des freien Marktes kritisiert, die glauben, dass ein solches Arrangement Innovation und Anstrengung abschreckt, weil das Ergebnis oder die Belohnung Bildung, Fähigkeiten und Output weniger Aufmerksamkeit schenkt als der westliche Kapitalismus. Dennoch forcierte die DDR diese Form der Gleichberechtigung weiter, was dazu führte, dass die DDR damals die egalitärste Gesellschaft in Europa wurde. Sogar Wohngebäude in Bezug auf die

architektonische Qualität beherbergten eine Mischung von Arbeitern, mit wenig Unterschied im Lebensstandard zwischen Arbeitern der unteren Ebene und Arbeitern der oberen Ebene. Dies trug dazu bei, die Möglichkeit zu verringern, die Klassenspannungen heraufzubeschwören, die typischerweise in westlichen Gesellschaften auftreten. Schließlich lockten die Soziale Marktwirtschaft und die höheren Löhne in Westdeutschland oft Spitzenkräfte aus der DDR an. Bei der Mehrheit der Gesellschaft würde jedoch ein gewisses Vertrauen überwiegen, ein Vertrauen in das Sicherheitsgefühl, das die Wirtschaftsstruktur der Deutschen Demokratischen Republik bietet. Dadurch war die Angst vor Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, fehlendem Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten weitgehend verschwunden und es für einen in Ostdeutschland lebenden Menschen fast unmöglich geworden, sich dem sozialen Netz zu entziehen. Beschäftigung und Wohnraum waren ebenso gewährleistet wie Gesundheitsfürsorge und andere Dienstleistungen. Der Haken an der Beseitigung der Angst, die sich aus der Möglichkeit ergab, verschiedene Formen von Elend zu erleben, bestand darin, dass die Menschen mehr Zeit hatten, ihre Energie sozialen und intellektuellen Beschäftigungen zu widmen, was manchmal den Staat beunruhigte. Aber insgesamt fühlten sich die Begabteren verpflichtet, die Lücken der weniger Begabten zu füllen und gleichzeitig der gesamten Einheit, was auch immer es sein mag – der Klasse, dem Arbeitsumfeld, der Gruppe – zu ermöglichen, sich an der Leistung zu erfreuen. Im Gegensatz zur westkapitalistischen Perspektive ging es der sozialistischen Perspektive in Ostdeutschland weniger um das Individuum als um das Wohl der Gesellschaft. Infolgedessen war die soziale Integration viel stärker in die ostdeutsche Gesellschaft und ihren Kommunismus sowjetischer Prägung eingebettet. Es gab keine Geschlechterdiskriminierung, die Menschen hatten nicht das Gefühl, miteinander konkurrieren zu müssen. Das Alte

wurde nicht gegen das Junge ausgespielt. Dies war ganz anders als in kapitalistischen Ländern, in denen Demografien, die einen komparativen Vorteil in einem bestimmten Unterfangen aufweisen, zum Schaden des Gerechtigkeitsempfindens der Gesellschaft ausgenutzt werden können.

Ein weiterer positiver Aspekt des ostdeutschen Kommunismus war, dass die Gemeinschaften viel sicherer waren, da Armut und Isolation unterdrückt wurden, indem die meisten Menschen sich für das, was um sie herum geschah, verantwortlich fühlten. Daher hatten die in der DDR lebenden Menschen gegenüber ihren eigenen Gemeinden wenig zu befürchten. Die Menschen konnten bis in die späten Stunden draußen bleiben, ohne befürchten zu müssen, belästigt oder gemobbt zu werden. Und wenn diese Dinge passieren würden, wären sie sehr seltene Ereignisse. Werbung in der DDR war auch keine Ausbeutung der Frau, und die ganze Gemeinschaft war für Kinder verantwortlich, nicht nur die einzelne Familie. Es war üblich, dass Nachbarn ein konzertiertes Interesse am Wohlergehen des Kindes zeigten, und aus diesem Grund wurden Dinge wie Geisteskrankheiten und antisoziales Verhalten seltener, da sich die meisten Kinder in dieser Art von Gesellschaft umsorgt fühlten. Die architektonische Struktur der Wohngebiete in Deutschland, sowohl im Osten als auch im Westen, bestand aus Wohnblöcken, aber in der DDR gehörten diese Wohnungen der gesamten Gemeinde oder Genossenschaften, und die Bewohner, die in diesen Wohnungen lebten, bestanden aus einer Vielzahl von Arbeitern der Handwerker vom Lehrer über den Ausbilder bis zum akademischen Professor, die alle Seite an Seite leben. Daher war die Lebenssituation nicht ausschlaggebend für den eigenen Wert für die Gesellschaft. Die Verantwortung für die Instandhaltung der Wohnräume und der umliegenden Gemeinschaftsbereiche lag auf allen Schultern, und die Bewohner wechselten sich oft mit verschiedenen Aufgaben ab, von der Rasenpflege bis zur

Schneeräumung, und die erhaltene Entschädigung wurde in einem gemeinsamen Fonds gehalten, der mit Geldern aus Recycling ergänzt wurde, eine gängige Praxis in die DDR. Und vieles davon nicht nur der Umwelt zuliebe; Das lag auch maßgeblich daran, dass Rohstoffe in Deutschland knapp waren und man schonen musste, was man zur Hand hatte. Darüber hinaus kam diese Praxis der späteren Klimawandelbewegung entgegen, indem sie sie erweiterte, um die Dringlichkeit der globalen Erwärmung und die Notwendigkeit, sich für umweltfreundliche Praktiken einzusetzen, zu fördern. In Ostdeutschland war das Recycling sehr einfach, da man zu einer Recyclingstation gehen und Gegenstände gegen Entschädigung eintauschen konnte, was oft mehr Menschen zum Recycling motivierte. Wohnungsorganisationen würden sich auch an der Recyclingbewegung beteiligen und das im Gemeinschaftsfonds angesammelte Geld verwenden, um die Wohnungsgemeinschaft zu verbessern, indem sie Räume für verschiedene Beschäftigungen wie Hobbys, Lager oder Partys bauen. In manchen Fällen zahlten Wohnungsbaugesellschaften einen Prozentsatz der Bestände des Gemeinschaftsfonds an jeden Mieter aus.

Die Rechte der Frau wurden in der DDR-Verfassung von 1949 verankert und sollten verhindern, dass die Ehe die Rechte der Frauen auf lokale und nationale Teilhabe an der Gesellschaft untergräbt. Das Frauenrechtsgesetz garantiert Müttern finanzielle Unterstützung und verbietet es Arbeitgebern, einer Frau wegen Schwangerschaft zu kündigen. Das Gesetz gewährte alleinerziehenden und verheirateten Müttern gleiche Bürgerrechte und ordnete den Bau von Einrichtungen für Kinder, Einrichtungen wie Kindergärten und Kinderkrippen an. Diese Unterkünfte ermöglichten es Frauen, verschiedenen Berufen nachzugehen und gleichzeitig finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Frauen in der DDR machten daher im Vergleich zu

Frauen im Westen ein selbstbewussteres Bild. In der DDR war der Versuch des Mannes, die beruflichen Ambitionen seiner Frau zu behindern, ein Scheidungsgrund, anders als in der BRD, wo Männer Alleineigentümer der Immobilie waren und verheiratete Frauen nur arbeiten durften, wenn sie die Erlaubnis ihres Mannes hatten. In der DDR konnten Frauen mit Kindern Vollzeit arbeiten. In der BRD konnten sie nur Teilzeit arbeiten. In der DDR gab es Programme, die speziell auf die Förderung von Frauen abzielten. Tatsächlich waren die meisten modernen feministischen Forderungen in westlichen Gesellschaften bereits in den kommunistischen Rahmen eingebettet. In Ostdeutschland war Abtreibung legal und Geburtenkontrolle allgegenwärtig. Der Mutterschaftsurlaub war großzügig mit 90 % des Gehalts der Frau und sobald das Baby geboren war, bekam die Familie 1000 Mark.

Auch der Sozialismus in der DDR wurde seinem Anspruch gerecht, ein prototypisches System zu sein, das die Rechte der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellte. Tatsächlich standen die Rechte der Arbeiter in Ostdeutschland ganz oben auf der Prioritätenliste des sozialistischen Staates, da das Kommunistische Manifest, geschrieben von Marx und Engles, auf der Befreiung der Arbeiter vom ausbeuterischen kapitalistischen System basierte. Im Kommunismus sollte das Proletariat die Säule der Gesellschaft sein, und die Arbeit selbst wurde als höchste Ehre hochgehalten, unabhängig davon, was die Berufung war, ob es sich um einen niedriger bezahlten oder einen höher bezahlten Job handelte. All dies wurde als eine Notwendigkeit für das weitere Funktionieren der Gesellschaft angesehen. In der DDR beispielsweise galten Arbeiter als Motor der Gesellschaft, weil sie die Güter und Dienstleistungen produzierten, die die Gesellschaft brauchte. Unter dem Kommunismus in Ostdeutschland wurden Arbeiter in Bergwerken und Stahlwerken, die ihre Gesundheit und Sicherheit riskierten, mit besseren Gehältern und Gesundheitsleistungen entschädigt als Arbeiter, die weniger

gefährliche Arbeit verrichteten. Arbeit wurde in der DDR zum Geburtsrecht des Menschen; Auch Menschen mit kriminellem Hintergrund konnten im sozialistischen System eine Beschäftigung finden. Es war allumfassend, und die Arbeitgeber hatten die Aufgabe, allen, sogar den Behinderten, Selbstachtung zu erziehen und zu vermitteln. Die Arbeitsplatzsicherheit, die der Sozialismus garantierte, machte die Arbeitswelt entspannter und die Manager weniger autoritär. Dies steht im Gegensatz zu vielen Arbeitsplätzen in westlichen Gesellschaften, wo Kündigungsdrohungen oder Beschimpfungen eingesetzt werden, um die Leistung zu steigern. In der DDR hingegen musste man schwere Verbrechen begehen, um seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Bei dieser Delinquenz handelte es sich um ein staatsfeindliches Verhalten, das ebenfalls sehr ernst genommen wurde, und die Vergeltung war oft die Entlassung oder Herabstufung. Auch wenn es darum ging, Beschwerden am Arbeitsplatz vorzubringen, hatten die Mitarbeiter einen erheblichen Vorteil, weil sie dadurch nicht Gefahr liefen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. So konnten Mitarbeiter ohne großen Aufwand auf Dinge hinweisen, die ihrer Meinung nach am Arbeitsplatz geändert werden sollten. Dies förderte ein Umfeld, das offen für Veränderungen und Verbesserungen sowie Arbeitszufriedenheit war. Gelegentlich kam es zu Streiks, insbesondere wenn Veränderungen die Belegschaft verärgerten. Aber das kam nicht oft vor, und es wurden alle Anstrengungen unternommen, um zu verhindern, dass die Stimmung in der Arbeiterklasse diesen Punkt erreicht. Es war auch so, dass jemandem, der entlassen wurde, fast sofort eine andere Stelle angeboten wurde. Der Nachteil dieses Systems ist, dass es an sich kein Befürworter des Müßiggangs war. Wer konnte, musste arbeiten, und die DDR hatte kein Arbeitslosengeldsystem. Die Arbeit war der Mittelpunkt des Lebens und die Mitarbeiter wurden in die Kernthemen des Unternehmens eingebunden.

Gewerkschaften wurden unter staatlicher Aufsicht gegründet und sorgten durch die Bereitstellung sozialer Dienste für das kontinuierliche Wohlergehen der Arbeitnehmer. Arbeitgeber waren gesetzlich dafür verantwortlich sicherzustellen, dass ihre Arbeitnehmer Zugang zu grundlegenden Programmen des sozialen Sicherheitsnetzes wie Kinderbetreuung, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum und andere Unterkünfte hatten. Viele Arbeitsplätze verfügten über medizinische Einrichtungen vor Ort, was den rechtzeitigen Zugang zu medizinischer Versorgung für kranke Arbeitnehmer erleichterte und das Sterblichkeitsrisiko durch späte Diagnose unheilbarer Krankheiten verringerte. Obwohl Wohnraum in der DDR knapp war, halfen die Arbeitgeber den Arbeitern bei der Wohnungssuche, und großen Unternehmen wurden oft mehrere Wohneinheiten zugewiesen, um ihren Arbeitern in Not Wohnraum zu bieten. Einige Betriebe wurden auch mit Kinderbetreuungseinrichtungen wie Kindergärten und Kinderkrippen ausgestattet, um Mitarbeitern mit Kindern zu helfen. Der Arbeitsplatz stellte seinen Arbeitern auch Mahlzeiten und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung.

Da die DDR nicht über den finanziellen Rückhalt verfügte, über den die Bundesrepublik Deutschland mit dem Marshallplan verfügte, bestand ihre einzige Entwicklungsoption in der Umsetzung einer von zentraler staatlicher Aufsicht getragenen Kommandowirtschaft. Das bot der Sozialismus, und die Fünfjahrespläne der Regierung für die Wirtschaft trugen dazu bei, die Schwerindustrie in der DDR zu initiieren. Werften, Gas- und Eisenwerke, eine neue Ölraffinerie zeugen von DDR-Version des wirtschaftlichen Fortschritts. Die DDR wuchs zwar nicht im gleichen Maße wie die BRD, erreichte aber dennoch die Selbstversorgung und hatte eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften unter den sozialistischen Ländern. Industrien, die sich um Maschinen drehten, beschäftigten eine Million

Menschen in Ostdeutschland, und diese Industrien bestanden aus hochqualifizierten Maschinenbausektoren, und ähnlich wie das Vorkriegsdeutschland war die DDR zu einer führenden Industrienation und einem wichtigen Exporteur von hochwertigen Maschinen in die osteuropäischen Länder geworden. Ein Großteil des relativen Erfolgs der DDR gegenüber anderen Ostblockstaaten wird dem öffentlichen Eigentum an der Industrie und dem zentralisierten Planungsprozess des Staates zugeschrieben. Über 90 % des Vermögens in der DDR befanden sich in öffentlichem Eigentum. Aber auch als sozialistische Gesellschaft gelang es dem Staat, Raum für Privateigentum zu schaffen, an dem der Staat am Unternehmen beteiligt wäre. In der DDR gab es einen privaten Sektor, aber er war relativ klein. In Bezug auf den Beitrag zum BIP war es jedoch ziemlich bedeutend, da die 176.800 privaten Unternehmer in der DDR eine Leistung erwirtschafteten, die 2,8 % des BIP ausmachte. Der Privatsektor bestand aus Künstlern, Schriftstellern, Handwerkern, Einzelhändlern und Bauern.

Die Gewinne der öffentlichen Unternehmen wurden nach den Bedürfnissen der Gesellschaft verteilt und zu einem großen Teil in die Wirtschaft reinvestiert. In den 1960er Jahren verschmolzen einige der oben genannten privaten Einzelunternehmen mit der öffentlichen Hand in sogenannten VVB. Gemeinsam würden sie an Forschung und Entwicklung arbeiten, um den Sektor als Ganzes voranzubringen. In dieser Hinsicht würde der zentrale Planungsaspekt des Sozialismus versuchen, einige Aspekte der Privatisierung so zu übernehmen und zu integrieren, dass die Gesellschaft davon profitiert, ohne die sozialistische Struktur zu untergraben. Ähnlich wie in der Kommandowirtschaft in der Sowjetunion würde der Staat die Produktionsziele festlegen, aber die VVB würde den Finanzierungsbedarf des Unternehmens bestimmen. Wenn die Ziele erreicht würden, würden Prämien verteilt, und solche Aussichten würden dazu beitragen, die Arbeitnehmer dazu anzuregen, effizienter zu werden.

Die DDR-Führung stand bei der Umsetzung ihrer Wirtschaftspolitik vor einem Rätsel. Um das Glück des Proletariats sicherzustellen, indem die Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen sichergestellt und Sozialprogramme angeboten wurden, die andere Faktoren kompensieren, die die Produktivität beeinträchtigen könnten, stellte Ostdeutschland fest, dass das Produktivitätsniveau in Ostdeutschland nicht ausreichte, um diese Waren und Dienstleistungen zu bezahlen. Dadurch wurde die DDR finanziell von der BRD abhängig, was zu einer erhöhten Kreditaufnahme und weniger inländischen Reinvestitionen führte. Die DDR hoffte, dass der technologische Fortschritt dieses Rätsel lösen würde, und investierte daher große Summen in Innovationsgruppen. Die Staatsausgaben entsprachen nicht ihrer Leistung, und viele Ökonomen in der ostdeutschen Regierung befürchteten eine Schuldenkrise aufgrund der zunehmenden Abhängigkeit vom Westen. Doch die SED ignorierte diese Sorge, auch vor dem Hintergrund, dass keines der Länder der westlichen Welt die DDR-Währung, die DDR-Mark, als Gegenleistung für ihre Produkte akzeptieren würde. Ein Großteil des Westens wollte harte Währung. Daher musste die DDR versuchen, harte Währungen zu finden, um diese Nachfrage zu befriedigen. So begann die DDR 1971 nach dem Ospolitik-Abkommen mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages durch die BRD und die DDR, der die Anwendung militärischer Gewalt zwischen Ost- und Westdeutschland untersagte, Westler zu Reisen in die DDR zu ermutigen, aber die Der Haken war, dass sie DDR-Mark im Verhältnis 1:1 kaufte, was bedeutete, dass 1 DDR-Mark einer Einheit harter westlicher Währung entsprach. Diese wurde eingerichtet, um dem Staat mehr Einnahmen zu verschaffen und es den Westlern zu ermöglichen, die DDR in gewisser Weise zu subventionieren. Besucher kamen in die DDR, um ihre Familie zu besuchen, und brachten oft Geschenke mit, darunter auch harte Währung aus dem Westen. Die DDR war sich

dessen bewusst und eröffnete Läden, die beliebte westliche Waren zu höheren Preisen verkauften. Sie weiteten auch ihre Kredite bei der BRD aus und nutzten die Freilassung politischer Gefangener für westliche Kredite. DDR und BRD begannen, direkt miteinander über den Verkauf von Waren zu verhandeln. All diese Dinge haben wohl den drohenden Finanzkollaps der DDR abgeschreckt. Der Preis für Ostdeutschland war, dass es sich viel Geld von Westdeutschland leihen würde, einem Land, das es lange Zeit als seinen Hauptfeind angesehen hatte. Der Rohstoffmangel würde auch die ostdeutsche Wirtschaft treffen. Ganz zu schweigen von der Wohnungsfrage. In Ostdeutschland wurden nur 5 % des Einkommens der Arbeitnehmer an die Miete weitergegeben, sodass der Wohnungsbaugesellschaft kein Überschuss für Investitionen in die Reparatur und Verbesserung von Immobilien blieb. Der Stundungsbeschluss der DDR führte dazu, dass zahlreiche Gebäude an Wert und baulicher Substanz verloren. Der Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken führte zu Umweltproblemen wie Luft- und Wasserverschmutzung. Außerdem konnten keine aktualisierten Geräte gekauft werden, sodass die Arbeiter auf veraltete Geräte angewiesen waren und viel Zeit für deren Reparatur aufwenden mussten, was die Produktivität und die Qualität der Waren beeinträchtigte. Auch der Lebensstandard der älteren Bevölkerung in der DDR sank. Alles in allem war ein Großteil der historischen Ressourcenknappheit Deutschlands dazu gekommen, die Bemühungen Ostdeutschlands um Selbstversorgung zu ersticken, ein langjähriges, aber schwer fassbares Ziel des deutschen Staates. Die wachsende Verschuldung der DDR gegenüber dem Westen schränkte die politischen Ziele der DDR ein. Die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von der BRD behinderte die Fähigkeit der DDR, abweichende Meinungen im eigenen Land zu unterdrücken, da Menschenrechtsverletzungen dazu führen könnten, dass die BRD ihre Finanzhilfen für das Land kürzte. Dies würde bedeuten, dass

die DDR keine Politik der Erschießung von Auswanderungswilligen mehr nach Westdeutschland betreiben würde.

Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und der DDR nahmen zu, als die Sowjetunion begann, neue Kunden für ihre Ölexporte zu finden. Nach dem Ölembargo von 1973, in dem sich die OPEC weigerte, Öl an Nationen zu verkaufen, die Israel während des Jom-Kippur-Krieges unterstützten, erhielt die Sowjetunion die Gelegenheit, einen lukrativen Energiehandel mit dem Westen aufzubauen. Aufgrund eigener finanzieller Probleme begann die Sowjetunion, ihre Ölexporte in die DDR zu kürzen und in die BRD zu erhöhen. Und dies lag wahrscheinlich an der geringen Qualität der von der DDR hergestellten Waren aus den zuvor genannten Gründen, wie z. Diese Verringerung der Energieexporte aus der Sowjetunion hatte negative systemische Auswirkungen auf Ostdeutschland, und ostdeutsche Beamte äußerten gegenüber der Sowjetunion Bedenken, dass weniger Öl die ostdeutsche Wirtschaft untergraben und ihr Land destabilisieren würde. Dennoch blieb die Sowjetunion unnachgiebig bei der Reduzierung der Ölexporte in die DDR, was zu erhöhten Spannungen und weiteren Reduzierungen führte, und aufgrund dieser Faktoren war die DDR stärker auf finanzielle Hilfe aus dem Westen angewiesen. Dies war ein weiteres Rätsel. Obwohl die Sowjetunion ihren Ölhandel mit dem Westen ausweitete, bestand sie dennoch darauf, dass Ostdeutschland seine Korrespondenz mit Westdeutschland einschränkte. Als Erich Honecker, Generalsekretär der SED, an einem Gipfeltreffen mit dem Bundeskanzler der BRD teilnehmen wollte, verbot die Sowjetunion das Treffen. Aus wirtschaftlicher Sicht war die DDR gezwungen, sich stärker an den Westen anzulehnen, weil die Sowjetunion zwar eine Beschränkung ihrer Exporte in die DDR beschloss, gleichzeitig aber versuchte, die DDR an einem weiteren Ausbau ihrer Beziehungen zur BRD zu hindern. Die Vereinigten

Staaten waren aufgrund des anhaltenden Kalten Krieges immer noch auf dem Radar der Sowjetunion. Als die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) 1955 ihren westlichen Militärblock auf Westdeutschland ausdehnte, verfolgte die Sowjetunion einen ähnlichen Kurs, indem sie einen eigenen östlichen Militärblock namens Warschauer Pakt gründete und Ostdeutschland in das Bündnis integrierte.

Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und der DDR ließen vorübergehend nach, als Michail Gorbatschow 1985 ihr Generalsekretär wurde. Zunächst versuchte Michail Gorbatschow, pro-westliche Reformen in der Sowjetunion durchzusetzen, und übernahm dabei sogar einige Prinzipien der freien Marktwirtschaft, um die Sowjetunion wiederzubeleben Die schrumpfende Wirtschaft der Sowjetunion. Er betrachtete den ostdeutschen Kommunismus auch als Modell für die Volkswirtschaften Osteuropas. Trotz der finanziellen Probleme der DDR stellte Gorbatschow fest, wie viel effizienter sie war als andere sozialistische Länder in Osteuropa. Die Sowjetunion unter Gorbatschow würde jedoch bald die Öl- und Rohstofflieferungen an Ostdeutschland kürzen, und Ostdeutschland würde reagieren, indem es sich Gorbatschows Reformen widersetzte. Eine solche Reform von Gorbatschow war Glasnost, die den Bürgern in der Sowjetunion im Wesentlichen das Recht auf freie Meinungsäußerung gab. Ostdeutschland befürchtete, dass dies auf Ostdeutschland übergreifen würde, und 1988 verstärkte die dortige Regierung die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Sie verbannten auch die sowjetische Zeitschrift Sputnik aus der DDR. Diese Maßnahmen stießen nicht nur in der breiten Öffentlichkeit auf Ablehnung, sondern auch bei Mitgliedern der SED, die die Sowjetunion lange Zeit als Grundlage ihrer Existenz und auch als Vorbild für die DDR angesehen hatten. Der Generalsekretär der SED, Erich Honecker, kam auf einer pro-sowjetischen Plattform an die Macht, sodass weder die Öffentlichkeit noch seine Wähler

seine plötzliche antisowjetische Haltung verstanden. Ein Großteil Ostdeutschlands hatte Gorbatschows Bereitschaft, Veränderungen zu fordern, eingekauft, aber das Gleiche konnte man von Honecker nicht sagen. Honecker war auch besorgt über Gorbatschows Vorstoß, den Vasallenstaaten der Sowjetunion „Wahlfreiheit“ aufzuerlegen, was einen Ansatz der Zurückhaltung implizierte, eine abstoßende Aussicht für Nationalstaaten wie Ostdeutschland, die militärisch von der Sowjetunion abhängig waren. Dennoch begrüßten einige in der Socialist Unity Party diese Idee der politischen Freiheit, weil sie ihnen mehr Flexibilität geben würde. Ein weiteres Dilemma würde entstehen. Da die militärische Abhängigkeit von der Sowjetunion es der DDR leicht machte, sich an einen Standard zu halten, der ihr kommunistisches Paradigma nur verstärkte, diente die von Gorbatschow propagierte Idee der Nichtintervention nur dazu, Ostdeutschland so wie es war weiter in den Einflussbereich des Westens zu bringen damit war die DDR finanziell von der BRD und dem Westen abhängig. Viele in der SED begannen mit dem Diskurs über die Möglichkeit eines vereinten Deutschlands. Und natürlich war Honecker ziemlich besorgt über diese Aussicht. Es überrascht nicht, dass der Dissens, der sich in den 1980er Jahren in ganz Ostdeutschland gebildet hatte und nun von einer wachsenden Zahl einfacher Bürger praktiziert wurde, als Ergebnis von Gorbatschows milder Doktrin für Osteuropa den Boden für die ostdeutsche Revolution von 1989 bereitete In den 1980er Jahren wurden Millionen von Petitionen von einfachen Bürgern an die DDR geschickt, die das Recht forderten, das Land zu verlassen, und 1989 verabschiedete die DDR ein neues Auswanderungsgesetz, das sich an die Helsinki-Abkommen hielt – ein Vertrag von 1975 zwischen dem Ostblock und den westlichen Staaten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu vereinbaren - und gleichzeitig die Abwanderung aus der DDR einzudämmen. Trotz der Bemühungen beantragten Tausende DDR-Bürger die

Ausreise aus der DDR. Gorbatschows Abschaffung der Breschnew-Doktrin, die die sowjetische Intervention in osteuropäischen Staaten verstärkte, machte Unabhängigkeitsbewegungen in ganz Osteuropa Platz. Unter Gorbatschow durften die Länder des Ostblocks neben den Kommunisten auch andere Parteien wählen. Dies war der Fall in Ungarn, das von der kommunistischen Herrschaft zu einer Mehrparteiendemokratie übergehen und es ihnen ermöglichen würde, die zwischen ihnen und dem benachbarten Österreich errichteten Barrieren zu durchbrechen. Das Ergebnis war, dass Ungarn engere Verbindungen zum Westen suchen würde. Dies ermöglichte es den Bürgern der DDR, Ungarn als Mittel zur Flucht nach Westdeutschland zu nutzen. Sie würden einfach nach Ungarn reisen, dann nach Österreich und von dort nach Westdeutschland. Ungarn hielt jedoch an der Vereinbarung mit der DDR fest, Auswanderer in die DDR zurückzuschicken. Der westdeutsche Bundeskanzler Kohl würde jedoch eingreifen und ostdeutsche Emigranten freilassen, die in der westdeutschen Botschaft in Budapest, Ungarn, festgehalten werden, und ihnen die Einreise nach Westdeutschland ermöglichen. Dies hatte einen Dominoeffekt, als immer mehr DDR-Bürger versuchten, sich auf den Weg zu den westdeutschen Botschaften in Polen und der Tschechoslowakei zu machen, um Asyl zu beantragen. Um das Gesicht zu wahren, erklärte sich DDR-Generalsekretär Honecker bereit, Schutzsuchenden das Verlassen westdeutscher Botschaften zu gestatten, wenn die DDR-Bürger in die DDR zurückkehrten und förmlich ausgewiesen würden. Dies hatte wenig Auswirkungen, als in Ostdeutschland eine Massenemigration stattfand, was dazu führte, dass Ostdeutschland den kostenlosen Transport nach Prag in der Tschechoslowakei unterbrach, um ihn zu stoppen.

Die DDR weigerte sich, Gorbatschows Wahlreform nachzukommen, und 1989 bestanden die Kommunalwahlen im ganzen Land immer noch aus einer Partei, der Socialist Unity Party, und die Bürger konnten nur für einen Kandidaten einer

Einheit stimmen. Die Sowjetunion, Polen und Ungarn hatten bereits ihre Wahlpolitik reformiert. Darüber hinaus befürchteten viele lokale Organisationen eine gewaltsame Revolution, da die ostdeutsche Geheimpolizei weiterhin hart gegen eine wachsende Dissidentenbewegung vorging. Trotzdem wuchs die Dissidentenbewegung weiter und viele von ihnen bildeten verschiedene Pro-Unabhängigkeitsgruppen. Es folgte ein Dominoeffekt, und Beamte begannen, sich von der SED zu entfernen, da klar war, dass die DDR ohne sowjetisches Eingreifen nicht in der Lage war, eine Dissidentenbewegung von Hunderttausenden von Menschen zu unterdrücken. Nach Honeckers Entlassung unternahm die SED einen letzten Versuch, Forderungen nach einer neuen Reiseregelung nachzukommen und gleichzeitig die Massenflucht von DDR-Bürgern aus der DDR zu verhindern. Versuche, mit den neuen autonomen sozialen Organisationen in einen Dialog zu treten, schmälerten die Glaubwürdigkeit der Partei, ihre Einzigartigkeit in ostdeutschen Angelegenheiten zu behaupten, nur weiter. Das andere Problem waren die über 20 Jahre angehäuften Schulden der DDR gegenüber dem Westen, ein Problem, das die DDR nicht durch Sparmaßnahmen lösen wollte. Im Mittelpunkt der Dissidentenbewegung stand das Reiseregime, und als die DDR beschloss, das Problem durch die Einführung eines neuen Reiseregimes mit sofortiger Wirkung am 9 Damit DDR-Bürger die Deutsche Demokratische Republik über jeden Grenzübergang verlassen konnten, begannen sich Bürger in Ost-Berlin an mehreren Kontrollpunkten zu versammeln. Obwohl es keine formellen Pläne zur Öffnung der Grenze gab, hoben die Wachen an den Kontrollpunkten Verkehrsbarrieren auf und Menschen strömten durch. Mit dem Fall der Berliner Mauer begann die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland.

Es war klar, dass viele der Faktoren, die Deutschland jahrzehntelang wirtschaftlich geplagt hatten, sich während der

Zeit des von der Sowjetunion unterstützten ostdeutschen Staates – der Deutschen Demokratischen Republik – wiederholten. Während die DDR über eine der effizientesten Umsetzungen des Sozialismus in Osteuropa verfügte, setzten die lokale Rohstoffknappheit und die ständige Abwanderung von technischem Know-how nach Westdeutschland dem Leitungsgremium letztlich ein Verfallsdatum. Gleichzeitig kann man am Beispiel des Vorkriegs- und Nachkriegsdeutschlands sehen, dass Deutschlands wichtigstes Gut seine eigene ethnische deutsche Bevölkerung war. Der Export deutscher Wissenschaftler und Ingenieure nach Russland, Westdeutschland und in die Vereinigten Staaten spielte eine zentrale Rolle für den technologischen Fortschritt dieser Nationen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer wurde der Diskurs darüber, wie Ost- und Westdeutschland bei der Wiedervereinigung vorgehen sollten, zu einem großen Gesprächsthema. Es gab jedoch einige Bedenken. Die Vereinigten Staaten zum Beispiel waren etwas besorgt darüber, wie ein wiedervereinigtes Deutschland seinen Platz in der NATO einschätzen würde, da es in erster Linie zum Teil geschaffen wurde, um Deutschlands zukünftige militärische Ambitionen zu ersticken. Andere waren der Meinung, dass Deutschland nach den von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs begangenen Schrecken es nicht verdient habe, wiedervereinigt zu werden. Die Bundesrepublik Deutschland werde derweil die Lage im Auge behalten, wohl wissend, dass Ost- und Westdeutschland seit geraumer Zeit ideologisch auseinanderklaffen. Nichtsdestotrotz trug Bundeskanzler Kohl weiterhin dazu bei, die ostdeutsche Migration nach Westdeutschland zu erleichtern, ebenso wie er weiterhin das westdeutsche Ziel eines vereinten Deutschlands durchsetzen würde. Dies wurde jedoch von anderen westlichen Ländern, insbesondere Frankreich und England, die die Schrecken der beiden von den Deutschen begangenen Weltkriege nicht vergessen

hatten, mit etwas Pessimismus aufgenommen. Israel war auch misstrauisch gegenüber der Idee eines vereinten Deutschlands, weil es befürchtete, dass es das jüdische Volk gefährden würde. Die meisten Deutschen, die sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland lebten, unterstützten jedoch die Wiedervereinigung. In der Zwischenzeit versuchte Ostdeutschland, einige Reformen durchzusetzen, aber als Westdeutschland ihnen ein Ultimatum stellte, freie Wahlen zuzulassen oder riskierte, finanzielle Unterstützung verweigert zu werden, gab Ostdeutschland nach und hielt im März 1990 Wahlen ab, die von der konservativen Allianz für Deutschland gewonnen wurden Ende der sozialistischen Herrschaft in Ostdeutschland. Das Bündnis für Deutschland würde bis zur Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland die Übergangsregierung in Ostdeutschland bilden.

Im Dezember 1989 trafen sich Delegierte aus Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Gebäude des Alliierten Kontrollrates in Berlin, um über ein unabhängiges Deutschland zu beraten. Alle waren sich einig, dass Deutschland Einheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zugestanden und die bestehenden Grenzen in Europa respektiert werden sollten. Der einzige Streitpunkt betraf das deutsche Militär. Gorbatschow sprach sich zunächst gegen einen Verbleib Deutschlands in NATO und EG aus und erklärte sich mit der Neutralität Deutschlands insgesamt einverstanden. Viele in der Sowjetregierung betrachteten das ostdeutsche Militär als integralen Bestandteil der sowjetischen Streitkräfte. Als sich jedoch wirtschaftliche Turbulenzen und Unruhen in der Sowjetunion abzuzeichnen begannen, beschloss Gorbatschow, in der Deutschland/NATO-Frage einen Rückzieher zu machen und die Bedingung zu akzeptieren, dass Deutschland in der NATO bleibt. Die westdeutsche Regierung stellte sofort 12 Milliarden Mark bereit, um den Wiedervereinigungsprozess zu erleichtern,

der den Bau von Wohnungen und die Rückführung von über 100.000 sowjetischen Soldaten in die Sowjetunion erforderte. Im September 1990 unterzeichneten Deutschland, die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die alliierte Besetzung Deutschlands beendete und seine offizielle Wiedervereinigung einleitete. Der nächste Schritt war die Währungsvereinheitlichung. Die ostdeutsche Mark, die Währung der DDR, war noch im Umlauf, verlor aber an Wert, und die westdeutsche Mark (D-Mark) breitete sich nach Osten aus. Eine andere Sache war, dass viele Ostdeutsche immer noch in den Westen abwanderten. Damals glaubten Ökonomen, die endlose Migration zu stoppen sei die Währungsvereinheitlichung und auch die Einschränkung des ostdeutschen Zugangs zu westdeutschen Sozialleistungen. Es wurde angenommen, dass die westdeutsche Regierung durch die Beschränkung der Leistungen auf ostdeutsche Migranten in Westdeutschland die Ostdeutschen entschlossener machen könnte, in Ostdeutschland zu bleiben. Bei der Frage der Währungsvereinigung forderten einige jedoch, dass die beiden Währungen im Verhältnis 1 zu 1 bewertet würden, was bedeutete, dass eine westdeutsche Mark einer ostdeutschen Mark entsprechen würde. Dies wurde vorgeschlagen, um zu verhindern, dass Bürger in Ostdeutschland ihre Ersparnisse vernichten. Letztendlich wurde vereinbart, dass für eine bestimmte Sparsumme ein 1:1-Wechselkurs gilt und für andere Beträge ein 1:2-Wechselkurs. Dieses Abkommen wurde im Mai 1990 ratifiziert und trat offiziell im Juli 1990 in Kraft.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten war das erste Mal, dass eine solche Vereinigung stattgefunden hat. Nie zuvor ist eine kapitalistische Gesellschaft mit einer kommunistischen Gesellschaft zu einer verschmolzen. Am Anfang gab es einige Probleme. Zum Beispiel haben die historisch niedrigen Produktivitätsraten Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland die Arbeitsmarktleistung Deutschlands nach der

Vereinigung der beiden Länder insgesamt gesenkt. Nur 2 Jahre nach der Wiedervereinigung brach die industrielle Produktivität gegenüber 1989 um 73 % ein. Diese Herausforderungen blieben auch dann bestehen, als der Einfluss Osteuropas und der Sowjetunion auf Ostdeutschland rapide schwand. Kurz vor der Wiedervereinigung begann die Bundesrepublik Deutschland mit der Privatisierung der DDR-Wirtschaft. Ein Versuch, dies zu erreichen, war die Übernahme der Treuhand in Ostdeutschland, die ursprünglich von der DDR gegründet worden war, um ostdeutschen Unternehmen eine neue Führung zu verschaffen. Auf diese Weise erleichterte der Staat die Privatisierung. Der Trust würde die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von rund 8.000 ostdeutschen Unternehmen übernehmen und an Privatpersonen verkaufen, die für die Unternehmen bieten würden. Selbst nachdem die DDR vom Kommunismus abgedriftet war, stieß diese Maßnahme bei einigen auf Verachtung, die eine sozialistische Einstellung bewahrten. Der CEO dieses Trusts wurde 1991 von einem Scharfschützen in seinem Haus ermordet.

Ein weiteres Thema der Vereinigung, das in den Vordergrund trat, war die Frage der Eigentumsrechte. Die massiven Eigentumsenteignungen, die von 1949 bis 1989 von der DDR-Regierung unter dem sozialistischen DDR-Staat verhängt wurden, machten es für Westdeutschland schwierig, herauszufinden, wer die ursprünglichen Eigentümer des Eigentums waren. Trotzdem wurden Millionen von Behauptungen aufgestellt und bestätigt. Und das würde letztlich Investoren davon abhalten, in den Immobilienmarkt einzusteigen. Hinzu kam die Frage der Löhne, die durch die Tatsache verschärft wurde, dass der Wechselkurs der DDR-Mark zur Westmark die Produktionskosten hoch hielt und die Lohnspannen über das hinausgingen, was die entsprechende Produktivität gerechtfertigt hatte. So würden westdeutsche Unternehmen versuchen, ihre neuen ostdeutschen Märkte zu integrieren, indem sie einfach mehr Produktionsstätten

in Westdeutschland statt im Osten errichten. Aber nicht nur die Lohnfrage schreckte westdeutsche Unternehmen davon ab, ihre Aktivitäten in die DDR auszudehnen. Ostdeutschland war von veralteter und degradierter Infrastruktur sowie von Energieknappheit geplagt, die Kommunikationsleitungen wie Telefondienste beeinträchtigte. Aufgrund dieser sicherheitsrelevanten Energieknappheit wurden mehrere ostdeutsche Stromnetze stillgelegt. Viele Straßen und Schienen in der DDR waren in einem so schlechten Zustand, dass sie komplett saniert und viele neu gebaut werden mussten. Dies galt auch für die Autobahnen. All diese Probleme unterstrichen eine ernsthafte Verzögerung im Einigungsprozess beim Übergang Ostdeutschlands von einem sozialistischen Staat zu einer freien Marktwirtschaft, und es wurde der Fall deutlich, dass Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozesses etwas sein könnten, das letztendlich langfristig behindert werden könnte Wirtschaftswachstum. Es wurde geglaubt, dass ein effizienter Übergang nur stattfinden kann, wenn der erwartete anfängliche Rückfall zugelassen wird, anstatt Kompromisse anzubieten, um solche Ereignisse zu verhindern, Kompromisse, die die Struktur der Wirtschaft nachhaltig belasten könnten. Gleichzeitig gibt es hier jedoch ein Dilemma, mit dem sich deutsche Ökonomen auseinandergesetzt haben, dass das Zulassen von Disruption zu einer Art Verwüstung führen könnte, die sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Stabilität beeinträchtigt, die für einen reibungslosen Ablauf erforderlich ist, und sogar die Aussöhnung gefährden könnte. Umbrüche könnten die Abwanderung von Ostdeutschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland weiter verschärfen. Der Versuch, bei der Lösung dieser Probleme einen Mittelweg zu finden, war normalerweise teurer, und der Versuch, die Kosten des Übergangs zu senken, indem bestimmte Ergebnisse zugelassen wurden, war etwas, das möglicherweise den gesamten Prozess als Ganzes

behinderte.

Der konservative Musterwohlfahrtsstaat, der in der BRD vor der Wiedervereinigung existierte, war wesentlich zukunftsfähiger, weil er nicht durch die Aussicht auf zusätzliche Kosten belastet war, die eine Integration in die DDR mit sich bringen würde. Diese Kosten standen im Zusammenhang mit Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Behebung von Infrastrukturproblemen in Ostdeutschland, der Bewältigung des Migrationsproblems – Westdeutschland musste einen Weg finden, die Menschen dazu zu bringen, in Ostdeutschland zu bleiben, und dem Arbeitsmarktproblem – die Arbeitsmarktproduktivität in Ostdeutschland war niedriger als in Westdeutschland. Das westdeutsche Finanzsystem war eines, das Wohlfahrtsprogramme anbot, aber auf Arbeitsleistung, Kollektivbesteuerung der Lohnempfänger und BIP basierte. Diese Art von System ist auf einen Arbeitsmarkt mit hoher Produktivität und hoher Beschäftigung angewiesen. Dies war in Westdeutschland der Fall, aber nicht in Ostdeutschland, und verursachte einige Probleme im Übergangsprozess der Vereinigung. In Westdeutschland zahlten die Arbeitnehmer in der Regel einen Teil ihres Lohns steuerlich ab, während ihre Arbeitnehmer Beiträge zur Versicherung leisteten. Das Geld würde in einen nationalen Pool fließen, der Versicherungsansprüche begleichen würde. Die ostdeutsche Wirtschaftslage mit hoher Arbeitslosigkeit und geringer Produktivität, verbunden mit steigenden Forderungen nach Sozialleistungen, belastete das deutsche Wirtschaftssystem, da die Arbeitnehmerbeiträge bei hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland auch geringer ausfallen würden. Westdeutschland war daher gezwungen, inmitten dieses Mangels an besteuerten Beiträgen und erhöhten Versicherungsansprüchen unter der weniger produktiven Bevölkerungsgruppe von Arbeitnehmern in Ostdeutschland die Lücke zu schließen. Die steigenden Kosten zur Absorption dieses sinkenden Beitrags-Nutzen-Verhältnisses in der

deutschen Wirtschaft übten Druck auf die westdeutsche Regierung aus, Reformen bei den Sozialausgaben durchzuführen. Bis 1995 stieg die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland deutlich an und war doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Ganz zu schweigen davon, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger bundesweit auch die Zahl der Lohnempfänger überstieg. Im Jahr 2000 machten die Sozialausgaben 32 % des nationalen BIP aus, in Ostdeutschland 50 % des BIP. Deutschland hat die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Defizitgrenzen überschritten, der Teil des Vertrags von Maastricht war – einer Vereinbarung zwischen mehreren europäischen Ländern über politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dieses Abkommen ist als Europäische Union (EU) bekannt geworden. Es ist aus der Europäischen Kommission hervorgegangen. Der gleichzeitig mit der EU-Gründung unterzeichnete Stabilitäts- und Wachstumspakt zielte darauf ab, die Ausgaben der europäischen Länder in der EU zu begrenzen. Gemäß der Vereinbarung durfte das Haushaltsdefizit 3 % des BIP und die Staatsverschuldung 60 % des BIP nicht überschreiten. Unabhängig davon kam der Übergang zur Einheit durch eine entschlossene DDR ins Rollen. Die Treuhand war aus westdeutschen Mitarbeitern zusammengesetzt und mit einer solchen Verantwortung ausgestattet, dass sie im Grunde das oberste Organ der DDR war. Ein Großteil der Investitionen in Ostdeutschland stammte von westdeutschen Investoren, und die nichtdeutschen Firmen, die in Ostdeutschland investierten, waren Unternehmen mit Tochtergesellschaften in Westdeutschland. Der Zustand der DDR war in einem solchen Zustand, dass es für die Treuhand sehr schwierig wurde, ausländische Investitionen in diese Region zu locken. In der Folge schrumpfte die DDR-Wirtschaft in den Jahren nach der Wiedervereinigung unerwartet stark; Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 3 Millionen und die Industrieproduktion brach zusammen. 1991 machte die Gesamtproduktion in Ostdeutschland nur 8 % der

gesamten westdeutschen Produktion des Jahres aus. Der Übergangsprozess wurde weitgehend von Westdeutschen erleichtert, und gerade deshalb waren viele der Firmen in Ostdeutschland nur Tochterunternehmen westdeutscher Firmen. Und diese Tochtergesellschaften folgten in Bezug auf Eigentum und Management den gleichen Unternehmensmodellen wie ihre Muttergesellschaft im Westen. Die Vermögenswerte der Banken in Ostdeutschland wurden von westdeutschen Banken übernommen, die ihre eigenen westlichen Bankvertreter in Management- und Vorstandspositionen bei den Banken in Ostdeutschland einsetzten, wodurch westliche Firmen die Kontrolle über die Geschäfte dort behalten konnten. Auf diese Weise entstand die Treuhand, deren Mitarbeiter viele von westdeutschen Banken stammten. Die anfänglichen Probleme beim Übergang von der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland zu einem souveränen Staat bremsten das Wirtschaftswachstum. In den frühen Stadien der Vereinigung flossen nur sehr wenige Investitionen nach Ostdeutschland. Tatsächlich machten die Kapitalzuflüsse nach Ostdeutschland nur 1 % des nationalen BIP aus. Und ein Großteil dieses Zuflusses wurde einfach an Investoren verbannt, die die Unternehmen dort kauften. Es war klar, dass viel mehr erforderlich war, um nicht nur in Immobilien zu investieren, sondern diese Firmen auch zu renovieren und zu sanieren. Aber die Investoren waren vorsichtig, kauften die Unternehmen und stellten sicher, dass das Unternehmen in Bezug auf die Produktivität lebensfähig war, bevor sie mehr in Löhne und Renovierungen investierten. Viele Investoren zogen ihre Zusagen von ostdeutschen Unternehmen zurück. Da ein Großteil der westdeutschen Ausgaben für Infrastruktur und Sozialleistungen für Arbeitslose, Behinderte und ältere Menschen in Ostdeutschland ausgegeben wurde, stünde weniger für Investitionen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung. Die Infrastrukturprojekte trugen sicherlich zur

Schaffung von Arbeitsplätzen bei, trugen aber wenig zum Gesamtwachstum der Wirtschaft bei. Auf die Frage nach dem Grund wurde ein kurzfristiger Rückfall festgestellt. Es wurde angenommen, dass die Zeit, die für die Schulung von Mitarbeitern aufgewendet wurde, die Zeit verringerte, die die Mitarbeiter für die Suche nach einer Beschäftigung aufwenden würden. Hinsichtlich der Ausgaben wurde außerdem festgestellt, dass die Bundesregierung in den ersten 3 Jahren 350 Milliarden DM für den Wirtschafts-, Währungs- und Einigungsprozess in Ostdeutschland ausgegeben hat. Zwischen 1992 und 1995 würde Deutschland fast 850 Milliarden D-Mark für Ostdeutschland ausgeben. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl in Ostdeutschland hätten solche Ausgaben 50.000 D-Mark für jeden in Ostdeutschland lebenden Menschen einbringen können. Dies unterstreicht, wie unerbittlich und hartnäckig sich die westdeutsche Regierung für die Wiedervereinigung einsetzte.

Während der ersten Phase der Wiedervereinigung verbesserte sich die Wirtschaft Westdeutschlands etwas, was größtenteils auf die Nachfrage zurückzuführen war, die durch Menschen geschaffen wurde, die aus Ostdeutschland in das Land zogen. Anders als die Wirtschaft Ostdeutschlands, die unmittelbar nach der Wiedervereinigung stark schrumpfte, stieg das BIP Westdeutschlands 1990 um rund 4,6 %. Im selben Jahr gelang es, die Lebenshaltungskosten trotz steigender Löhne in einigen Branchen stabil zu halten. Die Beschäftigung stieg in diesem Jahr und die Arbeitslosigkeit ging zurück, wahrscheinlich aufgrund des Zustroms von Arbeitern aus Ostdeutschland, um offene Stellen zu besetzen. Die Arbeitslosenquote würde damit auf 7 % sinken. Zwischen 1990 und 1991 pendelten fast 400.000 Menschen aus der DDR an ihren Arbeitsplatz im Westen. Ein weiterer Faktor für das BIP-Wachstum war, dass viele Ostdeutsche Waren aus Westdeutschland erwerben wollten, Waren, die sie als den in Ostdeutschland produzierten überlegen betrachteten. Viele in

Ostdeutschland legten ihr Geld auch bei westdeutschen Banken an und erhöhten dort den Kapitalzufluss, was sich weiter positiv auf die Wirtschaft im Westen auswirkte. Trotz dieser für das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland förderlichen Faktoren hatte die Bundesbank Bedenken geäußert, dass die Impulse der Ost-West-Kapitalströme ein Inflationsrisiko darstellen würden. Außerdem gab es erhöhte Besorgnis über steigende Staatsdefizite infolge von Infrastrukturausgaben in Ostdeutschland. Diese Aussichten machten der Bankenbranche in Westdeutschland klar, dass die Zinssätze hoch bleiben mussten, um das Risiko einer hohen Inflation aufgrund des schnellen Wachstumstempos und des Geldmengenwachstums in Westdeutschland zu mindern. Diese Angst vor Preiserhöhungen veranlasste die Banken, die kurzfristigen Zinssätze zwischen 1991 und 1992 stark anzuheben. Der durchschnittliche kurzfristige Zinssatz stieg von 7,1 % im Jahr 1989 auf 8,5 % im Jahr 1990, bevor er 1991 auf 9,2 % und 9,5 % stieg 1992 bzw. Erst 1993 erlaubte die Bundesbank eine Zinssenkung auf 7,3 %. Die Bank war zuversichtlich, dass der Inflationsdruck zu diesem Zeitpunkt unter Kontrolle war. Nach diesen geldpolitischen Maßnahmen begann sich das Wachstumstempo in Westdeutschland zu verlangsamen; im letzten Quartal 1992 betrug die Wirtschaftswachstumsrate Westdeutschlands kaum 1 % - weit entfernt von den 4,2 % im ersten Quartal 1991. Insgesamt würde die Wachstumsrate 1992 1,5 % gegenüber dem Vorjahr betragen, was einem Wert von 3,7 entspricht % Verlangsamung der Wachstumsrate deutet darauf hin. In Ostdeutschland läge die Wachstumsrate dort unter den Erwartungen der Analysten. Es wurde erwartet, dass 1992 eine Wachstumsrate von mindestens 7 % bringen würde, aber die offizielle Zahl lag bei nur 6 %. Sowohl Ost- als auch Westdeutschland verzeichneten 1992 einen Anstieg der Arbeitslosigkeit; Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland lag in diesem Jahr bei einer Rekordzahl von 4 Millionen

Menschen. Davon entfielen zwei Drittel auf Westdeutschland und ein Drittel auf Ostdeutschland. Trotzdem stieg das nationale BIP für ganz Deutschland in diesem Jahr auf über 3 Billionen D-Mark. Ostdeutschland trug dazu 7 % bei. Die Verlangsamung der Wachstumsrate setzte sich bis 1993 fort und wurde auf -1,2 % negativ. Nachdem die kurzfristigen Zinsen über ein Jahr lang gesenkt wurden, würde Deutschlands Wirtschaftswachstum von diesem Zeitpunkt an stetig steigen und durchschnittlich etwa 2 % pro Jahr betragen. Auch die Arbeitslosigkeit beginnt zu sinken, wenn auch langsam und allmählich.

Schließlich war der Einigungsprozess mit einem großen Kompromiss verbunden, der Westdeutschland zwang, rund 2 Billionen Mark in den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft zu investieren, um sie von einem sozialistischen Staat zu einer sozialen Marktwirtschaft umzuwandeln. Die Kosten für die Sanierung der dortigen Infrastruktur machten einen erheblichen Teil der 2-Billionen-Mark-Investition aus. Aber die Zeit zeigte, dass Ostdeutschland die Wirtschaftskraft Westdeutschlands niemals einholen konnte. Auch im Jahr 2011 zeigten die Ergebnisse, dass die Wachstumsraten noch hinter denen Westdeutschlands zurückblieben. Die Arbeitslosigkeit blieb im Osten viel höher, ein Ergebnis, das viele Ökonomen auf die Subventionierung der sozialen Infrastruktur der DDR durch Westdeutschland zurückführten. Grund für die Selbstzufriedenheit in Ostdeutschland sind die überhöhten Ausgaben der westdeutschen Regierung für Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung im Osten. Das Wirtschaftswunder, das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland begann, war Anfang der 2000er Jahre verflogen. Die Kosten der Wiedervereinigung, die die deutsche Wirtschaft schließlich aus den Höhen des Wirtschaftswunders bremsten, führten dazu, dass Deutschland als „kranker Mann Europas“ verspottet wurde. Im Jahr 2003 durchlief die deutsche Wirtschaft

eine kurze Rezession, während das Wirtschaftswachstum zwischen 1988 und 2005 im Durchschnitt nur 1,2 % pro Jahr betrug. Hohe Arbeitslosigkeit plagte die ostdeutsche Wirtschaft, ungeachtet der dortigen staatlichen Ausgaben für Sozialprogramme. Im Jahr 2008 wirkte sich die globale Finanzkrise auf das deutsche BIP aus und ließ es sinken. Wie sich jedoch herausstellte, erholte sich die deutsche Wirtschaft schneller von der Finanzkrise von 2008 als jede andere Nation, und diese Dynamik würde bis 2010 und darüber hinaus anhalten, da die globale Nachfrage die deutschen Exportmärkte beleben würde, die die Hälfte des deutschen BIP ausmachen würden .

Der Euro begann 1999 als virtuelle Währung, nachdem er in den letzten Jahrzehnten vorgeschlagen worden war. Es ist seit den 1960er Jahren ein langjähriges Ziel für die europäische Koalitionsbewegung und später für die EU in den 1990er Jahren. Der Vertrag von Maastricht kam 1993 mit der Absicht zustande, bis 1999 eine Wirtschafts- und Währungsunion der EU-Mitgliedstaaten zu errichten. Großbritannien war von diesem Ziel ausgenommen, ebenso Dänemark. Bis 2002 waren Euro-Banknoten und -Münzen im Umlauf und erlangten schnell die Vorherrschaft gegenüber den anderen damals im Umlauf befindlichen nationalen Währungen. Rückblickend geht der Diskurs über eine Währungsunion für europäische Länder auf den von Woodrow Wilson am Ende des Ersten Weltkriegs vorgeschlagenen Völkerbund zurück. Schon damals wurde eine einheitliche Währung unter der sogenannten Lateinischen Währungsunion für Frankreich, Italien vorgeschlagen , Belgien und der Schweiz. Später würden politische Entscheidungsträger einen Weg finden, einen ähnlichen Rahmen zu formulieren. Die erste Initiative zu diesem Thema wurde 1969 von der Europäischen Kommission (EK) durchgeführt, die darauf abzielte, die Notwendigkeit einer europäischen Koordinierung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit zum

Ausdruck zu bringen. Kurz darauf erörterte eine Konferenz des Europäischen Rates in Den Haag Möglichkeiten zur Verringerung der Wechselkursvolatilität. Dieses Treffen führte zu einem Vorschlag – der 1970 von Pierre Werner, dem Premierminister von Luxemburg, veröffentlicht wurde – der einen zentralisierten Rahmen für die makroökonomische Politikgestaltung vorschlug, der die Volatilität der europäischen Währungen begrenzen und die Kapitalbewegungen reduzieren würde. Als die USA 1971 den US-Dollar aus dem Bretton-Woods-Goldstandard entfernten, schränkte die darauf folgende weit verbreitete Währungsabwertung die von der Europäischen Kommission festgelegten Ziele der Währungseinheit ein. Aber 1979 wurde das Europäische Währungssystem (EMS) gegründet und die Wechselkurse wurden auf eine Rechnungseinheit namens Europäische Währungseinheit (ECU) festgelegt. Ziel war es, Wechselkursschwankungen und Inflation entgegenzuwirken. Aus dem EWS ging später der Europäische Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit hervor. 1988 entwickelte der Europäische Rat einen Währungseinheitenplan, der von Frankreich, Italien und der Europäischen Kommission unterstützt wurde. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delores, wurde dann 1989 gebeten, den Vorsitz in einem Ausschuss von Zentralbankpräsidenten zu übernehmen, der die Aufgabe hatte, die konkrete Methodik für die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu formulieren. Sein Entwurf legte einen Entwurf für die WWU in drei Phasen vor, eine, die das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) errichten würde – eine Institution, die die Schaffung und Umsetzung der Geldpolitik überwachen würde. Die erste Stufe dieses Entwurfs war die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Abschaffung der Devisenkontrollen. Darauf folgte der Vertrag von Maastricht von 1992, der eine Einigung über die Währungsunion begründete

und den Weg für eine einheitliche Währung für die EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs ebnete. Bis 1999 sollte diese Gemeinschaftswährung in Kraft treten. Deutschland stand einer Ablösung von der D-Mark zunächst etwas skeptisch gegenüber. Frankreich hingegen stimmte dem Vertrag zu, während sich Großbritannien und Dänemark der Stimme enthielten. 1992 brach die britische Währung, das Pfund Sterling, kurzzeitig zusammen und musste sich aus dem EWS zurückziehen.

Die zweite Phase des Delors-Plans begann 1994 mit dem Europäischen Währungsinstitut, das geschaffen wurde, um den ERM-geborenen Europäischen Währungsfonds auslaufen zu lassen. Das Europäische Währungsinstitut wäre der Europäischen Zentralbank direkt vorgelagert. Auf einer Konferenz des Europäischen Währungsinstituts im Jahr 1995 wurde der Euro geschaffen und sollte die neue Währung heißen, die die bisherige Rechnungswährung, die Europäische Währungseinheit (ECU), ersetzen sollte. Als Starttermin wurde der 1. Januar 1999 festgelegt. Bereits 1997 ratifizierte der Europäische Rat den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der Regeln festlegte, wie viel die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ausgeben dürfen. Der Pakt sollte die Haushaltsdisziplin nach der Einführung des Euro im Jahr 1999 sicherstellen. Der WKM II wurde auch als Wechselkursmechanismus zwischen dem Euro und den nationalen Währungen von Ländern eingerichtet, die später dem Euroraum beitreten könnten.

1998 umfasste die dritte Stufe des Delors-Plans die Auswahl von 11 Mitgliedsländern, die sich für die Einführung des Euro in der sogenannten Eurozone qualifizieren würden. Die Bedingungen, die für jedes Land erforderlich sind, um ein Haushaltsdefizit von weniger als 3 % des nationalen BIP, eine öffentliche Verschuldung von weniger als 60 % des nationalen BIP, eine niedrige Inflation und Zinssätze innerhalb der

durchschnittlichen EU-Sätze aufrechtzuerhalten. Griechenland war das einzige Land, das im Januar 1999 aus der Eurozone ausgeschlossen wurde, weil es diese Anforderungen nicht erfüllte. (Dank Goldman Sachs traten sie jedoch später im Jahr 2001 der Eurozone bei.) Am Ende der Umsetzung aller drei Phasen von Delors zur Errichtung eines einheitlichen Währungssystems unter dem Euro sollte das Europäische Währungsinstitut durch das Europäische ersetzt werden Zentralbanken. Im Juni 1998 wurde beschlossen, dass die Europäische Zentralbank das Europäische Währungsinstitut ersetzen sollte, nachdem der Euro im Januar 1999 in Kraft getreten war. Die Umrechnungskurse würden dann zwischen dem Euro und den nationalen Währungen der 11 Mitgliedsländer in der EU festgelegt der Eurozone. Die Kurse wurden auf der Grundlage von Empfehlungen der Europäischen Kommission an den Rat der EU eingeführt und würden auf den Marktkursen am letzten Tag des Jahres 1998 basieren, so dass ein Wechselkurs von 1:1 zwischen der europäischen Währungseinheit und der EU bestehen würde der Euro. Der Grund dafür, dass es sich um die Kurse vom 31. Dezember 1998 handeln musste, war, dass die Europäische Währungseinheit „vom Schlusskurs der Nicht-Euro-Währungen (hauptsächlich des Pfund Sterling) an diesem Tag abhing. Aufgrund unterschiedlicher nationaler Rundungskonventionen und signifikanter Stellen mussten alle Umrechnungen zwischen den Landeswährungen nach der Euro-Triangulationsmethode durchgeführt werden.“

Der Euro wurde offiziell, als die nationalen Währungen der 11 Mitgliedsländer der Eurozone nicht mehr unabhängig, sondern miteinander verbunden waren. Der Euro wurde zunächst in virtueller Form eingeführt und hauptsächlich elektronisch abgewickelt, ersetzte aber schließlich im Jahr 2002 die anderen nationalen Währungen, als Euro-Münzen und -Banknoten in Umlauf gebracht wurden. Im Januar 1999 lauteten alle Anleihen und Staatsanleihen der 11 EU-Mitgliedsländer der Eurozone auf

Euro. Der Euro überstieg zunächst den Wert des US-Dollars. Im Januar 1999 war der Euro 1,16 US-Dollar wert. Die D-Mark, die Anfang Januar neben dem Euro gehandelt werden sollte, verschwand schnell, sobald sich die Märkte öffneten. Der US-Dollar würde an Boden gewinnen und bis Ende 1999 mit dem Euro gleichziehen, was zu Sofortmaßnahmen der Europäischen Zentralbank zur Stützung des Euro führen würde. Den EU-Mitgliedstaaten wurde eine Frist eingeräumt, um den Status ihrer nationalen Währungen als gesetzliches Zahlungsmittel bis zum 28. Februar 2002 aufzuheben, zwei Monate nachdem die Euro-Münzen und -Banknoten in Umlauf gebracht wurden. Deutschland hat der D-Mark am 31. Dezember 2001 den Status als gesetzliches Zahlungsmittel entzogen, im Gegensatz zu anderen Mitgliedsländern, die bis zum Ablauf der Frist mit der Aufhebung des Status als gesetzliches Zahlungsmittel ihrer Landeswährung gewartet haben. In einigen Ländern würde die Umtauschbarkeit der Landeswährung bis zum 30. Juni 2002 in Kraft bleiben. Für andere Länder wie Deutschland, Österreich, Irland und Spanien tauschten die lokalen Nationalbanken die Landeswährung über die Frist im Juni 2002 hinaus weiter um. In Deutschland hat die Deutsche Telekom im Jahr 2005 das Zahlungssystem für 50000 Münztelefone geändert und sie für die Annahme von D-Mark-Münzen verfügbar gemacht.

In den Jahren nach der Einführung des Euro im Jahr 1999 und seinem kurzen Niedergang Anfang 2002 erholte sich der Euro allmählich und wertete gegenüber dem Dollar auf, und bis 2008 würde ein Euro 1,59 $ wert sein. Der Euro gewann Ende der 2000er Jahre auch gegenüber dem Pfund Sterling an Wert. Der frühere Vorsitzende der US-Notenbank, Alan Greenspan, prognostizierte 2007, dass der Euro irgendwann den US-Dollar an Bedeutung überholen würde.

Als Reaktion auf die globale Finanzkrise von 2008, die sich negativ auf die Wachstumsrate der EU auswirkte, wurde der

Vertrag von Lissabon geschlossen, der darauf abzielte, eine noch stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa durch die Einrichtung der sogenannten Eurogruppe, einer Konferenz der Euro, zu fördern Finanzminister unter der Leitung von Jean Claude Juncker. Deutschland war jedoch skeptisch gegenüber den Bemühungen der Eurogruppe, da es glaubte, dass dies die Souveränität der Europäischen Zentralbank in Frage stellen würde. Kurz vor der Gründung der Eurogruppe trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten der Eurozone in Paris, um die Probleme der Finanzkrise 2008 zu erörtern, und es wurden Fortschritte bei der Erörterung von Maßnahmen zur Bewältigung der Rezession erzielt erreicht. Der Plan, der verwirklicht werden sollte, sah vor, dass über hundert Milliarden Euro in das Finanzsystem gepumpt wurden, um einen totalen Zusammenbruch zu verhindern. Der Plan sah vor, dass Regierungen Anteile an verschiedenen Banken kaufen sollten, um die Bankfinanzen zu erhöhen und die Kreditvergabe zwischen den Banken zu erleichtern. Die EU hielt eine Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit für unerlässlich, da die Aussicht auf abtrünnige Nationen die Kreditprobleme des Bankensektors noch viel schlimmer hätte machen können. Und viele Anleger in der EU befürchteten, dass die Krise von 2008 ein mögliches Auseinanderbrechen der Eurozone auslösen könnte. Letztendlich erholte sich die Eurozone jedoch im Laufe des Jahres 2009 recht deutlich, als sich die Spreads der Anleiherenditen zwischen Deutschland und den weniger effizienten Volkswirtschaften der Eurozone verringerten. Viele führen diese Katastrophenprävention auf die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank zurück, die im Juni 2009 500 Milliarden Euro in den Bankensektor gepumpt hat. Dies würde dem Euro den Ruf eines sicheren Hafens verleihen und dazu führen, dass sich mehr europäische Länder um einen EU-Beitritt bewerben.

Trotz des Rettungspakets der Europäischen Zentralbank

drohte Griechenland und einigen anderen Mitgliedsstaaten ein Zahlungsausfall, da sie immer noch Schwierigkeiten hatten, Mittel aufzubringen. Dies führte dazu, dass die Staats- und Regierungschefs der Eurozone einen Plan namens European Financial Stability Facility aufstellten, der geschaffen wurde, um angeschlagene Mitgliedstaaten der Eurozone zu retten. Es wurde mit Mitteln des IWF und mit Hilfe des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus unterstützt. Die Schuldenkrise würde die europäischen Staats- und Regierungschefs zwingen, weiter auf eine stärkere europäische Integration zu drängen. Auf der Website der Europäischen Kommission https://ec.europa.eu/ heißt es : „Der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) wurde für die Europäische Kommission geschaffen, um jedem EU-Land, das mit ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert oder von diesen bedroht ist, finanzielle Unterstützung zu leisten. Der EFSM wurde verwendet, um Irland und Portugal zwischen 2011 und 2014 unter der Bedingung der Umsetzung von Reformen finanziell zu unterstützen, und um Griechenland im Juli 2015 kurzfristige Überbrückungskredite zu gewähren."

Die Kreditvergabekapazität der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) von 400 Mrd. € könnte mit Krediten des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus von maximal 60 Mrd. € und Krediten des IWF von maximal 250 Mrd. € kombiniert werden. Der EFSC wurde 2011 in Betrieb genommen, um Irland und Portugal zu retten. Die EU-Mitgliedstaaten könnten die Europäische Kommission und den IWF um Unterstützung bitten, indem sie einen Fiskalplan vorlegen, der von der Eurogruppe genehmigt werden müsste. Zunächst würde sich das um Unterstützung ersuchende Land mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank treffen, ein Unterstützungsprogramm erarbeiten und es der Eurogruppe zur Genehmigung vorlegen.

Sobald das Programm genehmigt ist, würde die EFSF das Darlehen an das bedürftige Land vergeben. Dies würde mehrere Tage dauern, da die EFSF Zeit benötigen würde, um die Mittel aufzubringen. Die diversifizierten Beträge basieren auf von der EZB verwendeten Kennzahlen, und die garantierten Kreditbeträge stiegen von 440 Mrd. € auf 780 Mrd. €, eine Erhöhung, die letztendlich die fiskalisch solideren Mitgliedsländer der EU belasten würde, falls eines der EU-Mitgliedsländer Mitglied wird mit einem EFSF-Darlehen in Verzug geraten. Die Rettung Griechenlands im Jahr 2010 war nicht Teil dieser EFSF-Garantie, sondern Teil einer anderen Vereinbarung zwischen den Ländern der Eurozone und dem IWF.

Griechenland konnte mit Hilfe von Goldman Sachs, einer amerikanischen Investmentfirma, der Eurozone beitreten. Trotz seiner Unfähigkeit, die fiskalischen Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu erfüllen, konnte Griechenland der Eurozone im Jahr 2001 durch eine Technik beitreten, die die Schuldenlast der Regierung durch Währungsswaps verschleiern würde. Goldman Sachs gab Griechenland einen geheimen Kredit über 2,8 Milliarden Euro, getarnt als „Cross-Currency-Swap“. Diese komplizierte Transaktion löschte künstlich 2 % der Staatsschulden Griechenlands aus und ermöglichte es ihnen, sich als berechtigt zu präsentieren, der Eurozone beizutreten. Aber als dieser Trick 2009 aufgedeckt wurde, stellte sich heraus, dass Griechenlands Defizit schlimmer war als angekündigt, da seine Staatsverschuldung 127 % des BIP ausmachte. Die EU beschloss zu intervenieren, und eine Troika, bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem IWF, stellte Griechenland einen Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Gläubiger auszuzahlen und sich an Sparmaßnahmen wie höhere Steuern und niedrigere Ausgaben anzupassen, damit Griechenland es konnte wieder in den Überschuss wachsen. Allerdings führte die Sparmaßnahme nicht

zum gewünschten Ergebnis. Die Staatsverschuldung Griechenlands würde bis 2011 auf 172 % des BIP anwachsen. Die Troika würde Griechenland mit weiteren 130 Milliarden Euro Rettungspaket und anderen Maßnahmen versorgen, um Griechenland dazu zu bringen, sich an die Sparmaßnahmen zu halten. Dieser zweite Versuch wäre erfolgreicher und Griechenland würde beginnen, aus seinen Schuldenproblemen herauszukommen. Die Sparmaßnahmen verursachten jedoch innenpolitische Probleme wie steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne, was 2015 zu vorgezogenen Wahlen in Griechenland führen sollte, bei denen das griechische Volk jemanden an die Macht wählen würde, der die Sparmaßnahmen beenden würde. Der griechische Premierminister forderte eine Umstrukturierung mit der Troika, aber erhöhte Ausgaben führten dazu, dass Griechenland sich weiter verschuldete und schließlich mit einer Zahlung von 1,6 Milliarden Dollar an den IWF in Verzug geriet. Als Griechenland seinen Aktienmarkt schloss, würden sie endlich einem dritten von der EU angebotenen Rettungs-/Sparplan nachgeben, aber bis heute wird Griechenland aufgrund seines fiskalischen Missmanagements immer noch von schweren Schuldenproblemen geplagt.

Kapitel 7: Das Ende der Rubelzone

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 suchten Russland und andere ex-sowjetische Staaten die beste Vorgehensweise in Bezug auf die Währung – in der Rubelzone bleiben oder ihre eigene Landeswährung einführen. Die Einführung einer für das Land einzigartigen Währung war oft ein Beweis für den Stolz, die Unabhängigkeit und die Souveränität des Landes. Es gab einem Land auch den notwendigen Hintergrund, um eine unabhängige Geldpolitik zu verfolgen. So wie es in Westeuropa vorbei war, waren die ehemaligen Sowjetstaaten Osteuropas versucht, eine multinationale wirtschaftliche Integration zu vermeiden, indem sie eine nationale Währung herausgaben. Diese Stimmung war vielleicht in Osteuropa stärker, da viele der ehemaligen Sowjetstaaten bestrebt waren, sich von einem Block zu lösen, der weithin als repressiv beschrieben wurde. Multilaterale Zusammenarbeit ist so etwas wie ein langjähriges Ziel Westeuropas. Aber für die osteuropäischen Staaten außerhalb Russlands war dies eine "dagewesene/erledigte" Aussicht, und 1993 bereiteten sich die meisten ehemaligen Sowjetstaaten darauf vor, ihre unabhängige Währung zu etablieren. Kirgistan, Lettland, Estland und Litauen waren fest entschlossen, eine einheitliche nationale Währung für ihre jeweiligen Länder einzuführen. Später im selben Jahr befanden sich Georgien, Moldawien und Aserbaidschan auf dem gleichen Weg zu einer unabhängigen Währung. Die Ukraine und Weißrussland bewegten sich jedoch als ostslawische Nationen zusammen mit Russland langsamer auf dem Weg zur monetären Unabhängigkeit und zogen es vor, mit Russland über einen stetigeren Rückzug aus der Rubelzone zu korrespondieren. Turkmenistan gab später sein Ziel bekannt, eine monetäre Unabhängigkeit anzustreben. Armenien, Kasachstan und Usbekistan blieben unentschlossen, während Tadschikstan seinen

Verbleib in der Rubelzone ankündigte.

Während die Einführung einer einheitlichen Landeswährung ihre Vorteile hat, bringt sie auch Nachteile mit sich; Einer davon sind insbesondere die Kosten, und manchmal überwiegen diese die Vorteile einer unabhängigen Währung. Es gibt keine Garantie für wirtschaftlichen Erfolg durch die Wahl eines unabhängigen Wegs in der Geldpolitik, da viel davon von den Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnissen des Landes abhängt. Wir haben im Falle Deutschlands gesehen, insbesondere in Westdeutschland, dass es keinen Mangel an gut ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräften gab, die oft bereit waren, für niedrigere Löhne zu arbeiten. Was die Kosten der Währungsreform anbelangt, so hängt der Erfolg bei der Bewältigung dieser Kosten außerdem in hohem Maße von der zeitlichen Planung und anderen Faktoren wie Steuerverwaltung und Arbeitskräftemobilität ab. Auch der Wechselkurs kann als produktionsstabilisierender Faktor dienen. Natürlich gibt es den Interessenkonflikt, bei dem die Aufwertung der Landeswährung die Wettbewerbsfähigkeit einer Nation auf einigen Exportmärkten beeinträchtigen kann.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren einige russische Reformer bestrebt, die Rubelzone aufzubrechen, stießen jedoch auf erheblichen Widerstand, als fünfzehn unabhängige Zentralbanken begannen, immer mehr Rubelkredite auszugeben, was zwischen 1992 und 1993 zu einer Hyperinflation führte 1993 hatten die meisten Länder der ehemaligen Sowjetunion die Rubelzone verlassen, und jene Länder, die früher ausgetreten waren, erging es wirtschaftlich besser als jenen, die dies nicht taten. Als die Sowjetunion in 15 unabhängige Staaten zerfiel, hatte jeder dieser Staaten seine eigene Zentralbank, die weiterhin Rubelkredite vergab. Und das war problematisch, weil keine der Banken ihre Emission begrenzte, da alle davon ausgingen, dass die anderen Zentralbanken weiterhin stark Kredite vergeben würden. Die Rubelzone würde somit hyperinflationär, was die

Unterstützung für die Zone nicht schmälerte. Die einzigen Kritiker waren der Erste Vizepremier Jegor Gaidar und die baltischen Führer. Gaidar wollte eigentlich, dass Russland den Rubel verstaatlicht, und viele der westlichen Berater Russlands wollten das auch. Aber Nationen, die mit Russland die besten Beziehungen pflegten, wie Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Tadschikistan, wollten, dass die Rubelzone bestehen bleibt. Die anderen Nationen, die sich von Russland distanzieren wollten, wie die Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan, freuten sich alle darauf, ihre eigene Landeswährung einzuführen. Russlands Hauptsorge in dieser Hinsicht war, dass, sollten andere Staaten die Rubelzone verlassen und eine nationale Währung schaffen, die verbleibenden Rubel dieser Länder nach Russland fließen könnten, was zu einem weiteren Anstieg der Rubelgeldmenge in Russland führen und die Inflationsaussichten verschärfen könnte.

In den Jahren 1992 und 1993 exportierte Russland seine Energieprodukte weiterhin zu subventionierten Preisen in die ehemalige Sowjetunion. Aber als die Länder die Rubelzone verließen, hatte Russland aufgehört, ihnen ihr Öl zu diesen Rabatten zu verkaufen. Die baltischen Staaten, die die Eurozone am frühesten verließen, erlebten einen erheblichen Anstieg der Energiepreise, die Russland ihnen in Rechnung stellte, bis zu dem Punkt, an dem sie vom Kauf russischen Öls zu Weltmarktpreisen auf den Kauf russischen Öls umsteigen würden. Es war fast 80% Unterschied. Ein Rückgang des Handels mit Russland war sicherlich ein Nachteil für ehemalige Sowjetstaaten, die die Rubelzone verließen, aber die Balten glaubten, dass eine nationale Währung ein Grenzzaun zu Russland sei. Andere Organisationen, die positive Gefühle gegenüber dem ehemaligen Establishment aufrechterhielten, wollten, dass die Rubelzone erhalten bleibt. Viele große Konzerne wollten ohne ernsthafte Konkurrenz handeln und über eine Zentralbank bezahlt werden. Es war auch

so, dass viele internationale Organisationen wie die EU den Austritt aus der Rubelzone befürworteten, um eine gemeinsame Währungszone für Europa zu schaffen, obwohl dies nicht nachhaltig war. Dies war vielleicht ein Hinweis auf die damaligen europäischen Interessen, die nach alternativen Methoden des Bankwesens ohne Zentralisierung suchten. Dies war jedoch wohl ein weit hergeholtes Ziel, da meist behauptet wurde, monetäre Effizienz sei nur durch eine die Währung ausgebende Zentralbank möglich. Aber in Russland gab es damals, direkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, 15 verschiedene Zentralbanken, die eine sehr schnelle monetäre Expansion einleiteten. Jede Bank erkannte, dass ihr Anteil am BIP umso größer war, je mehr Rubel sie ausgaben. Aber als das Angebot an Rubel zunahm, stiegen die Preise und die Inflation würde zunehmen. 1992 lag die Inflation in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zwischen 640 und 3000 %. Unter den in der Rubelzone verbleibenden Nationen betrug die Inflation 1993 bis zu 11000 %. Die baltischen Staaten, die die Zone im Sommer 1992 verließen, konnten die Extreme eines Inflationsszenarios vermeiden, weil sie mit einer unabhängigen nationalen Währung die Höhe ihrer Kreditvergabe begrenzen konnten. Anderen ehemaligen sowjetischen Beamten fehlten jedoch Kenntnisse der Geldwirtschaft und sie glaubten, dass Kredit kein Geld sei, und gingen daher davon aus, dass sie einfach die Menge des Gelddruckens reduzieren könnten, um die steigende Inflation einzudämmen. Aber die Druckmaschinen waren nur in Russland. Die anderen ehemaligen Sowjetstaaten mussten sich mit den Banknoten begnügen, die sie noch in ihrer Wirtschaft umlaufen ließen. Sollte es also zu einer Inflation kommen, würden sie bei steigenden Preisen mit schweren Bargeldknappheiten zurückbleiben. Infolgedessen begannen viele der nichtrussischen ehemaligen Sowjetstaaten, ihre eigenen Rubel-Ersatzwährungen zu drucken. Dies führte jedoch nicht zu einem radikalen Eingriff

in die Geldpolitik. Russland unterhielt bei allen ehemaligen Sowjetstaaten Überschusskonten und stellte den größten Teil ihrer Finanzierung zur Verfügung. Die Zentralbanken dieser ehemaligen Sowjetstaaten würden normalerweise ihre Schulden gegenüber Russland durch die Vergabe weiterer Rubelkredite zurückzahlen. Nach Angaben des IWF entfielen 1992 91 % des BIP Tadschikistans und 70 % des BIP Usbekistans auf russische Finanzierung. Für Turkmenistan, Georgien und Armenien machten russische Finanzierungen etwa 50 % ihres BIP aus. Für Belarus und Moldawien machten die russischen Mittel nur 10 % ihres BIP aus. Diese Höhe der Finanzierung war für Russland, das mit seinen eigenen finanziellen Problemen zu kämpfen hatte, nicht mehr tragbar. Russland würde daher die Geldpolitik straffen und die Kreditvergabe an diese Nationen einschränken. Dies führte zu einer Zahlungsrückstandskrise. Zahlungsrückstände sind Schulden zwischen Unternehmen. Die Hintergründe dieser Krise lassen sich durch das zentralisierte Zahlungssystem der Sowjetunion nachvollziehen, in dem jede Zahlung über die Zentralbank laufen müsste. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war die Anzahl der Unternehmen in der Sowjetunion minimal, sodass die Anzahl der Zahlungen begrenzt war, aber als die Anzahl der Unternehmen in der Sowjetunion zunahm, nahmen auch die Zahlungsverzögerungen zu. Normalerweise waren sich Staatsunternehmen sicher, dass der Staat irgendwann dazu kommen würde, ihre Schulden zwischen den Unternehmen zu begleichen. Diese Schulden wuchsen weiter, da die Unternehmen die Vorräte weiter produzierten und verkauften und manchmal keine sofortige Gegenleistung erwarteten, da sie davon ausgingen, dass die Regierung sie schließlich bezahlen würde. Oft wurden diese Zahlungsrückstände mit dem Ziel orchestriert, Geld von der Regierung abzuschöpfen, im Wesentlichen um die Zentralbank um eine Geldausgabe zu bitten. Und so funktionierte das System typischerweise in der Planwirtschaft der alten Sowjetunion. Als

Russland begann, Strafen zu verhängen, konnten diese Unternehmen keine Käufer finden, und viele dieser Unternehmen verbrauchten Energie und waren auf Rohstoffe angewiesen. Wenn sie also keine Käufer für ihre Vorräte finden könnten, hätten sie kein Geld, um die für die Produktion benötigten Energievorräte zu kaufen. Normalerweise würden diese Unternehmen eine Finanzspritze von den Zentralbanken anstreben, aber damals, Anfang 1992, versuchte Russland, die Fiskalpolitik zu straffen. Als sich die Zahlungsrückstandskrise verschärfte, hatten die Zentralbanken keine andere Wahl, als die Geldpolitik zu lockern, was zu einer hohen Inflation führte. Im Januar 1992 betrug die Verschuldung zwischen Unternehmen in Russland etwa 37 Milliarden Rubel, und im Juli desselben Jahres war das Volumen der Verschuldung zwischen Unternehmen auf 3,2 Billionen gestiegen. Die Zahlungsrückstandskrise hätte systemische Auswirkungen auf die russische Wirtschaft, da der Gouverneur der Zentralbank Russlands, Georgy Matyukhin, durch Viktor Gerashchenko ersetzt würde. Die durch die Intervention verursachte Inflation führte zum Rücktritt von Yegor Gaydar. Diese vor Juli 1992 eingeführten Maßnahmen zur Verringerung der Zahlungsrückstände waren möglicherweise kontraintuitiv, und viele Unternehmen ignorierten diese Programme, die von den Unternehmen strenge Budgetbeschränkungen verlangten, um ihre Produktionskosten durch Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Produkte zu decken oder aus anderen Finanzierungsquellen. Da Unternehmen in den ehemaligen Sowjetstaaten glaubten, dass ihr Geschäft in Zukunft staatliche Subventionen erhalten würde, war die Kreditaufnahme zwischen Unternehmen weiter verbreitet und wichtiger als andere Formen der Finanztätigkeit, und das daraus resultierende Wachstum solcher Aktivitäten brachte die russische Wirtschaft fast zum Erliegen Stillstand gebracht. Business-to-Business-Kredite sind eine Form von Handelskrediten, die nicht per se ein systemisches Problem für ein Wirtschaftssystem

darstellen. Beispielsweise beliefen sich die US-Handelskredite an Nichtfinanzinstitute im ersten Quartal 1992 auf 973 Milliarden Dollar. Tatsächlich leihen sich Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ziemlich regelmäßig Kredite von ihren Lieferanten und Kunden. Aber in der Sowjetunion wurden eine Reihe von Unternehmen staatlich subventioniert, was es den Unternehmen erleichterte, mehr Kredite aufzunehmen, vorausgesetzt, sie wurden schließlich von der Zentralbank gerettet. In den USA werden extrem hohe Zinsen verlangt, um das Risiko eines Unternehmenskredits zu unterstreichen. Dies ist anders als in Russland, wo der Zinssatz für die Kreditaufnahme zwischen Unternehmen bei null lag. Das Wachstum der Verschuldung zwischen Unternehmen in Russland im Jahr 1992 erstickte Währungsreformen, die darauf abzielten, wirtschaftliche Probleme zu lösen.

Als die Zentralbank von Russland (CBR) als Reaktion auf die Zahlungsrückstandskrise die monetäre Expansion beschleunigte, wurde deutlich, dass die Zentralbank von Russland nicht in der Lage sein würde, die anderen ehemaligen Sowjetstaaten weiter zu finanzieren. Während die russische Regierung versuchen würde, einzugreifen, indem sie die Kreditausweitung eindämmte, blieb CBR-Gouverneur Viktor Gerashchenko an einer weiteren Kreditausweitung interessiert. Im April 1993 stoppte die russische Regierung jedoch die technische Kreditvergabe an ehemalige Sowjetstaaten und erlaubte nur zwischenstaatliche Kredite, jedoch nur aus dem russischen Haushalt. Im Juli 1993 endete die Rubelzone, als der CBR-Gouverneur erklärte, dass alle sowjetischen Banknoten bis Ende des Monats wertlos sein würden. Dies löste in der ehemaligen Sowjetunion eine Panik aus, und viele Menschen eilten zu den Banken, um ihre alten sowjetischen Banknoten abzuheben, damit sie sich beeilen und Artikel kaufen konnten, bevor der Wert Ende Juli 1993 ablief. Dies markierte das Ende der Rubelzone wie alle früheren Die

Sowjetstaaten würden sich aus der Rubzone zurückziehen und ihre eigene Landeswährung einführen. Einzige Ausnahme war Tadschikistan, das in innere Unruhen, Kriege und Konflikte verwickelt war. Die Währungskrisen von 1993 führten dazu, dass 7 von 12 ehemaligen Sowjetrepubliken unter einer höheren Inflation als 1992 litten. 1994 und 1995 begann die Inflation zu sinken, und rückblickend wird angenommen, dass die Beendigung der Rubelzone am besten funktioniert hat. Aber im Nachhinein fragt man sich bei dem flüchtigen Übergang, ob das Chaos hätte vermieden werden können. Die Hyperinflation, die auf den Zusammenbruch der Sowjetunion folgte, zerschmetterte schließlich die Wirtschaft. Das BIP in den 12 ehemaligen Sowjetstaaten brach um durchschnittlich 50 % ein. Die baltischen Staaten erlitten jedoch nur einen Rückgang des BIP um 44%, da sie die Rubelzone frühestens verließen. Schlechte Planung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion führte zwischen 1991 und 1994 zu einem Handelseinbruch von 70 % zwischen den ehemaligen Sowjetländern. Rumänien und Bulgarien hätten zwar auch wirtschaftlich gelitten, hätten aber viel schlimmer gelitten, wenn sie die Rubelzone nicht verlassen hätten. Mit Blick auf die baltischen Staaten wird deutlich, dass ein schnellstmögliches Verlassen der Rubelzone die beste Lösung gewesen wäre und die eingetretene wirtschaftliche Katastrophe verhindert hätte.

Währungszonen wie die Rubzone sind weit verbreitet. Die EU hat eine Eurozone und viele kleine Volkswirtschaften ziehen es tatsächlich vor, ihre Währung an eine große Volkswirtschaft zu koppeln, um wilde Währungsschwankungen zu vermeiden. Tatsächlich sind eine Reihe von unabhängigen Währungen, die auf dem Markt zirkulieren, die Ausnahme von der Regel. Schon die wirtschaftliche Wachstumsphase in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg bestand aus zwei Währungsräumen. Eine davon war die Lateinische Währungsunion, die 1865 begann und bis 1927 bestand. Die Mitgliedsstaaten dieser Union waren Frankreich,

Belgien, Italien und die Schweiz und später Spanien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Venezuela. Die andere Währungsunion war die Skandinavische Währungsunion, die 1873 gegründet wurde und bis 1914 bestand. Die Nationen, die Teil dieser Union waren, waren Schweden, Dänemark und Norwegen. Beide Gewerkschaften brachen zusammen, als eine der Nationen innerhalb dieser Gewerkschaften ihre Währung abwertete. Für die Lateinische Währungsunion war es Griechenland. Für die Skandinavische Währungsunion war es Schweden. Sowohl die Lateinische Währungsunion als auch die Skandinavische Währungsunion unterschieden sich von der Europäischen Währungsunion dadurch, dass die monetäre Zusammenarbeit der ersteren auf dem Goldstandard basierte und jedes Land seine eigene Zentralbank unterhielt. Andere Beispiele für Währungsunionen sind die Östliche Karibische Währungsunion, die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion und die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion. Die ostkaribische Währungsunion wurde 1983 gegründet und besteht aus 9 karibischen Ländern – Anguilla, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia und St. Vincent und die Grenadinen. Ihre Währung ist an den US-Dollar gekoppelt; und die Union unterhält eine gemeinsame Zentralbank, die East Caribbean Central Bank. Allerdings betreibt die Zentralbank in ihrem Fall keine Geldpolitik.

Die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion besteht aus 8 westafrikanischen Ländern, während die Wirtschafts- und Währungsunion von Zentralafrika aus 6 Mitgliedstaaten besteht. Sowohl die Wirtschafts- und Währungsunion von Zentralafrika als auch die Wirtschafts- und Währungsunion von Westafrika, ehemalige französische Kolonien, verwenden den afrikanischen Franc seit 1945, und beide Gewerkschaften haben eine Zentralbank – die Bank der

zentralafrikanischen Staaten und die Zentralbank von Westafrikanische Staaten. Der afrikanische Franc war zuvor an den französischen Franc gekoppelt, bevor er an den Euro gekoppelt wurde. Es wurde 1948 und 1994 abgewertet.

Wir können uns auf diese obigen Beispiele beziehen und sehen ganz deutlich, dass Währungsunionen weit verbreitet sind. Und für die Gewerkschaften kleinerer Länder basierte die gemeinsame Währung entweder auf dem Goldstandard, dem Dollar oder dem Euro. Währungsunionen, die auf einer Fiat-Währung basieren, verfolgen tendenziell einen anderen Ansatz. Dies war der Fall für die österreichisch-ungarische Monarchie im Jahr 1918, Juslawien im Jahr 1990 und die ehemaligen Sowjetstaaten von 1991 bis 1993. Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich die österreichisch-ungarische Monarchie auf einer Todesspirale ohne Aussicht auf eine Erholung. Die verbleibenden Komponenten der Zentralregierung hatten sich durch enormes Gelddrucken finanziert und taten dies auch nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands im November 1918. Im Oktober des nächsten Monats würde Ungarn die Geldausgabe ausweiten und es würde zu einem Währungswettbewerb zwischen den Ungarn kommen Österreichisch-ungarische Staaten. Zu diesem Zeitpunkt beschloss die Tschechoslowakei, ein weiterer österreichisch-ungarischer Staat, die in ihrem Land umlaufenden Banknoten nach der Schließung ihrer Grenzen zu stempeln. Danach setzte die Tschechoslowakei eine straffe Geldpolitik durch und vermied eine Hyperinflation. Österreich, Ungarn und Polen ergreifen dagegen keine ernsthaften geldpolitischen Maßnahmen und würden daher eine schwere Hyperinflation erleiden.

In den 1980er Jahren, nach dem Tod von Präsident Tito im Jahr 1980, zerfiel Jugoslawien langsam inmitten eines instabilen Wirtschaftssystems. Slowenien, Kroatien und 2 nördliche Republiken wiesen gegenüber Serbien Kontoüberschüsse auf. 1991 erhöhte die von der serbischen Regierung verwaltete

Nationalbank von Jugoslawien die Geldausgabe zugunsten der serbischen Wirtschaft, was sich auf den Wert des jugoslawischen Dinars auswirkte. Infolgedessen erklärte Slowenien sofort die Unabhängigkeit von der Republik Jugoslawien, teilweise um seine eigene finanzielle Gesundheit zu schützen. Kurz darauf befand sich Jugoslawien in einem 10-tägigen Konflikt im Krieg mit Slowenien, dem Slowenien folgte, das sich von der jugoslawischen Republik abwandte. Slowenien trennte sich sowohl politisch als auch finanziell von Jugoslawien. Kroatien würde nachziehen, geriet aber in einen heftigen Konflikt mit Serbien. In der Zwischenzeit traf die Hyperinflation die Volkswirtschaften der verbleibenden Länder der jugoslawischen Republik. Diese Nationen waren Bosnien und Herzegowina und Serbien. Diese Hyperinflation fiel mit dem Zusammenbruch der Rubelzone zusammen, und insgesamt würde es in Österreich-Ungarn, Jugoslawien und der UdSSR 28 Fälle von Hyperinflation geben. Damit wurde unterstrichen, dass die Auflösung eines Währungsraums schwerwiegende Folgen hat. Während das Beispiel des Austritts der baltischen Staaten aus der Rubelzone darauf hindeutet, dass ein schneller Austritt empfohlen wird, besteht immer noch die Möglichkeit eines geopolitischen Rückzugs, wie dies der Fall war, als Slowenien die Unabhängigkeit von der jugoslawischen Republik anstrebte, bevor es von Jugoslawien angegriffen wurde . Viele der Zusammenbrüche waren unerwartet, und die sich daraus ergebende Kette von Ereignissen war weitaus verheerender, als irgendjemand damals hätte vorhersagen können. Insofern können diese Ereignisse nicht als unabhängig von zeitgenössischen Zeitrahmen abgetan werden. Tatsächlich waren diese Währungszonen von Österreich-Ungarn, Jugoslawien und der Sowjetunion der derzeitigen Eurozone in der EU sehr ähnlich, da sie echte Währungszonen mit einem gemeinsamen Zahlungssystem und einer gemeinsamen Zentralbank waren und aus mehreren Nationalstaaten bestanden .

Daher sind alle drei für die Eurozone in Bezug auf ihre Existenz und Zerstörung sehr relevant. Diese Währungszonen bestehen aus einem gemeinsamen Zentralbank- und Zahlungssystem und sind so aufgebaut, dass der Ausfall eines von ihnen negative systemische Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften hat. Wenn das gemeinsame Zahlungssystem nicht mehr funktioniert, wird es wahrscheinlich zu Liquiditätsengpässen kommen, wie es während der Finanzkrise 2008 der Fall war, als Lehman Brothers im September desselben Jahres Insolvenz anmeldete.

Eines ist klar, Währungszonen scheitern, wenn es keine einzige Zentralbank gibt, die der einzige Emittent von Währungen ist. Aber selbst wenn dies etabliert ist, kann es immer noch Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten geben, was dazu führt, dass Nationen, die Teil einer Zone sind, sich dafür entscheiden, ihre Währungen zu prägen und die Währungsunion zu verlassen. Daher muss jede zentrale Kontrolle durch einen sehr soliden Konsens zwischen den Mitgliedstaaten aufrechterhalten werden, sonst droht die Zone zusammenzubrechen. In diesen vorherigen Beispielen hat die primäre Zentralbank ihre Pflichten missachtet und sich fiskalisch unverantwortlich verhalten, wodurch die fiskalisch verantwortungsbewussteren Nationen gezwungen wurden, die Zone im Namen der Selbstverteidigung zu verlassen. In der Eurozone ist die Europäische Zentralbank der Hauptlieferant von Euro-Banknoten, aber Forderungen nach einer lockereren oder strafferen Geldpolitik durch die Mitgliedsstaaten könnten die maßgebliche Position der Europäischen Zentralbank bei der Geldausgabe in Frage stellen. In Deutschland, der Volkswirtschaft Nummer eins in der Eurozone, war dies einige Jahre lang der Fall. Da die deutschen Bürger lieber sparen als ausgeben, hat Deutschland die EZB wegen ihrer lockeren Geldpolitik angegriffen. Deutschland befürchtete, dass die niedrigen Zinsen der EZB den Spar- und Altersvorsorgeplänen in Deutschland schaden würden. Wenn es

eskaliert und Deutschland die Eurozone verlässt, ist absehbar, dass die neue Währung steigt und den Wert des Euro übersteigt. Je nachdem, wie stark die neue Währung aufwertet, könnten Deutschlands Exportmärkte ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber im Inland könnte die stärkere Währung Dingen wie Inlandsschulden zugute kommen, die auf einen theoretisch schwächeren Euro lauten würden. Andererseits wären, wie wir in den Fällen von Österreich-Ungarn, Jugoslawien und der UdSSR (Sowjetunion) gesehen haben, die verbleibenden Mitgliedstaaten der Eurozone einem Inflationsrisiko ausgesetzt, da dies dazu führen würde, dass Euro von Deutschland in andere EU-Mitglieder fließen Staaten, Erhöhung der Geldmenge und Inflationsrisiko . Für Mitgliedsstaaten, die einen Währungsraum verlassen, besteht die Gefahr einer Deflation. Die verbleibenden Mitgliedsstaaten des Währungsraums sind grundsätzlich dem Risiko eines hyperinflationären Zusammenbruchs ausgesetzt.

Target 2 heißt das gemeinsame Zahlungssystem der Eurozone, mit dem Zentralbankgeld elektronisch zwischen den nationalen Zentralbanken innerhalb der Eurozone transferiert wird. Das Target 2-System verfolgt elektronische Euro-Transaktionen zwischen den Zentralbanken der Länder der Eurozone. Bis zur Eurokrise wurden Target 2-Salden über den privaten Interbankenmarkt abgewickelt. Vor der Pleite von Lehman Brothers konnten Banken den Rückgang der Kundeneinlagen ausgleichen, indem sie entsprechende Beträge auf den Interbankenmärkten aufnahmen. Aus diesem Grund stiegen die Target 2-Salden erst 2008. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers im Jahr 2008 führte jedoch zu großem Misstrauen an den Interbankenmärkten. Das Ereignis verringerte die Nutzung dieser Betriebsart und ist der Ausgangspunkt für die Erhöhung der Ziel-2-Salden. Nachdem die Interbankenfinanzierung im Jahr 2011 verflogen war, stiegen die Target-2-Salden in den wirtschaftlich starken Mitgliedsstaaten der Eurozone. In 8 der

südlichen Mitgliedsstaaten wurden die Salden negativ. Da viele elektronische Euros nach Deutschland flossen, weil Deutschland viel in andere Mitgliedsstaaten exportierte, die wiederum Deutschland per elektronischem Euro über das Target-2-System bezahlen, hatte Deutschland mehr Forderungen gegen die Europäische Zentralbank geltend gemacht, die die Transaktionen zwischen den Zentralbanken überwacht Ziel 2. Neben diesen deutschen Forderungen an die Europäische Zentralbank hat die Bundesbank viele Euro an Länder der Eurozone in wirtschaftlichen Schwierigkeiten verliehen. Hans-Werner Sinn wies darauf hin, dass das gemeinsame Zahlungssystem der Eurozone im Wesentlichen als Rettungsschirm fungierte, da die Bundesbank Geld an Euro-Mitgliedstaaten leihe, die in finanzielle Not geraten seien. Hans glaubt, dass der Zusammenbruch der Eurozone inmitten hoher Target-2-Salden es kreditgebenden Nationen wie Deutschland unmöglich machen würde, Kredite einzufordern. Dies würde daher zu Streitigkeiten führen, da die Eurozone keine Notfallstrategie für ein solches Szenario hat. Das ist ähnlich wie in Russland nach dem Ende der Sowjetunion. Russland hat Ansprüche auf Rubelzonen-Kredite geltend gemacht, zu deren Zahlung ehemalige sowjetische Zentralbanken verpflichtet waren. Als die ehemaligen Sowjetstaaten die Rubelzone verließen und ihre eigene Währung einführten, bestand Russland darauf, dass einige von ihnen ihre Verpflichtungen gegenüber der russischen Zentralbank über einen vorher vereinbarten Wechselkurs mit ihrer neuen Währung erfüllen. Auf jeden Fall dürften Austritte aus einem Währungsraum bei anderen Mitgliedern nicht gut ankommen, insbesondere dann, wenn auf Seiten des Austrittslandes noch größere ausstehende Verpflichtungen bestehen. Im Euroraum sind die als elektronische Überweisungen in Ziel 2 eingestuften Verbindlichkeiten durch andere Vermögenswerte besichert, so dass diese Vermögenswerte, die elektronischen Transaktionen

zugrunde liegen, einen Teil der ausstehenden Verbindlichkeiten des austretenden Landes decken würden, wenn ein Land den Euroraum verlassen würde.

Das gemeinsame Zahlungssystem der Rubelzone hieß Kartoteka II. Es verbuchte alle Zahlungen innerhalb der Rubelzone, stieß jedoch auf Probleme, als das Zahlungsvolumen wuchs und unüberschaubar wurde. Die Verschuldung zwischen den Unternehmen begann sich 1992 zu häufen, weil die Unternehmen darauf verzichteten, Zahlungen einzuziehen, da sie wussten, dass sie Subventionen von den Zentralbanken der Bundesstaaten erhalten könnten. Im Wesentlichen ließen die Unternehmen Zahlungsrückstände entstehen, damit sie es rechtfertigen konnten, Zentralbanken zu bitten, Geld auszugeben. Irgendwann stimmten die Zentralbanken zu, und so geriet damals die Inflation außer Kontrolle. Der Eurozone hätte eine ähnliche Bedrohung drohen können, wenn sich Deutschland nicht der lockeren Geldpolitik der EZB widersetzt hätte. Weil Deutschland so gut geführt ist, ähnlich wie die Länder, die andere Institutionen der Währungszone verlassen haben, würde auch Deutschland von einem Austritt aus seiner jeweiligen Währungszone, der Eurozone, wirtschaftlich profitieren. Der Austritt der Tschechoslowakei aus Österreich-Ungarn, der Austritt Sloweniens aus Jugoslawien und der Austritt der baltischen Staaten aus der UdSSR kamen diesen Nationen wirtschaftlich zugute und verhinderten einen Großteil der hyperinflationären Szenarien, die die umliegenden Regionen betrafen. Wenn sich die Geschichte im Fall der Eurozone wiederholen soll, dann ist der endgültige Austritt Deutschlands keine Frage des Ob, sondern des Wann. Einige Experten sehen Deutschland jedoch nicht als Kandidaten für einen Austritt aus der Eurozone, da die Nationen, die ihre jeweiligen Währungszonen verlassen haben, nicht nur fiskalisch verantwortlich, sondern auch klein waren, wie in den vorherigen Beispielen. Vor diesem Hintergrund glauben einige

Politikexperten, dass, wenn sich die Geschichte wiederholen sollte, Finnland das erste sein könnte, das die Eurozone verlässt, da es eher ein Wohltäter als ein Nutznießer des Eurozonenabkommens ist. Und die Geschichte zeigt, dass das Land, das eine „Zwangswährungszone“ am schnellsten verlässt, am besten abschneidet. Es unterstreicht auch ein weiteres Risiko, das von der Instabilität in der Eurozone ausgeht – Nationen könnten entschlossener zum Austritt werden, um diese Kriterien zu erfüllen und wirtschaftliche Risikofaktoren auszugleichen. Denkbar ist auch eine Alles-oder-Nichts-Lösung, dh wenn ein Währungsraum kurz vor dem Zusammenbruch steht, könnte ein gleichzeitiger Austritt aller Nationen von Vorteil sein.

Kapitel 8: Bitcoin

Die Finanzkrise von 2008 und die darauffolgenden Rettungsmaßnahmen ließen den Pessimismus in Bezug auf die Zentralbanken und ihr Monopol auf die Geldausgabe wieder aufleben. Debatten über die Kontroverse um das Rettungspaket 2008 führten zur Schaffung von Bitcoin und schließlich zu Dutzenden anderer digitaler Assets. Die Fiat-Währungen der Nationalstaaten trafen mit Bitcoin und der Kryptoindustrie auf einen potenziellen Konkurrenten, was zu einem verstärkten Diskurs über die Möglichkeit einer bargeldlosen Gesellschaft führte. Diese Diskussion über eine bargeldlose Gesellschaft geht tatsächlich auf die Anfänge des Internets vor über 20 Jahren zurück, und viele Ökonomen und Banker dachten damals über die Möglichkeit nach, dass die Informationstechnologie die Notwendigkeit von Zentralbanken und Papiergeld beseitigen könnte. Bis heute hat die Ausweitung der Kryptowährung eine erneute Diskussion über Alternativen zum Bargeld und einen geringeren Bedarf an einer Zentralbank ausgelöst. Aber die mit Kryptowährungen verbundene Volatilität und das Risiko, wie zahlreiche Fälle von Betrug, Geldwäsche, Zusammenbrüchen von Krypto-Börsen und illegalen Aktivitäten belegen, haben Argumente gegen die langfristige Nachhaltigkeit von Kryptowährungen glaubhaft gemacht. Nichtsdestotrotz haben die Zentralbanken einen zunehmenden Druck durch den Aufstieg der Kryptowährungen verspürt. Laut der Juniausgabe 2018 des Finance and Development Journal sind Kryptowährungen „digitale Wertdarstellungen, die durch Fortschritte in der Kryptografie und der Distributed-Ledger-Technologie ermöglicht werden. Sie sind in eigenen Rechnungseinheiten und können ohne Zwischenhändler Peer-to-Peer übertragen werden."

Der Wert von Bitcoin und Kryptowährungen ergibt sich aus der Aussicht, mit ihnen Einkäufe tätigen oder sie gegen andere

Fiat-Währungen eintauschen zu können. Letzteres ist ein weiterer Faktor, der es den USA ermöglicht hat, ihre entgegenkommende Geldpolitik fortzusetzen, da der Wert von Bitcoin von der Aussicht bestimmt wird, dass es in Fiat-Währungen umgetauscht werden kann, was wiederum die Nachfrage nach Fiat-Währungen erhöht, da Bitcoin-Inhaber versuchen würden, sie zu liquidieren . Dies gilt sowohl für Produzenten als auch für Konsumenten. Trotz der Bitcoin-Bedrohung müssen eine Reihe von Nationen die Kryptowährung noch verbieten, und wahrscheinlich, weil Kryptowährungen den Wert der Fiat-Währung stützen können, da viele Bitcoin-Inhaber keinen anderen Wert in der Kryptowährung sehen als die Tatsache, dass sie legal eingetauscht werden können Ausschreibung jederzeit. Daher sind Nationen besorgt, sie einzuschränken – dadurch würden sie ihre eigene Währung von einer Nachfrage disqualifizieren, die der Bitcoin-Markt befeuert, während konkurrierende Währungen anderer Nationen Bitcoin verwenden könnten, um den Wert ihrer Landeswährung zu stützen. Dies ist wahrscheinlich der Grund dafür, dass Russland den Rubel so schnell erholte, nachdem ihm nach seiner Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 internationale Sanktionen auferlegt wurden; Sie kauften einfach Dutzende von Bitcoins auf und liquidierten sie kurz darauf für Rubel. Ein weiterer Faktor ist, dass weit vom Land entfernt lebende Verwandte von Russen ihre Verwandten nur durch Bitcoin-Transaktionen finanziell unterstützen könnten. Dieser Zufluss von Krypto korrelierte wahrscheinlich mit einer erhöhten Nachfrage nach Rubel und erhöhte seinen Wert wesentlich. Die meisten Nationen sind sich bewusst, wie Kryptowährungen den Wert ihrer Landeswährung unterstützen können. Und dies wird der Fall sein, solange Bitcoin volatil bleibt.

Auf der anderen Seite stellt eine Form der Kryptowährung namens Stablecoin eine echte Bedrohung für die nationalen Währungen dar, da Stablecoins so konzipiert sind, dass Anleger

eher ermutigt werden, die Kryptowährung für längere Zeit zu halten. Mit Stablecoin wird die Volatilität deutlich reduziert, was mit einer geringeren Nachfrage nach Fiat-Währungen korrelieren würde, eine Aussicht, die Kryptowährungen zu einer direkten Konkurrenz zu Fiat-Währungen machen könnte. Dies steht im Gegensatz zu instabilen volatilen Kryptowährungen, die Fiat-Währungen aufgrund einer höheren Liquiditätsnachfrage unterstützen können. Stablecoins bringen die Zentralbanken in eine sehr prekäre Lage. Ende 2019 kündigte Facebook Inc. seine Kryptowährungsinitiative namens Libra an, bei der es sich um eine „Stablecoin" handeln würde, die durch mehrere gesetzliche Zahlungsmittel unterstützt wird, um die wilden Preisschwankungen abzumildern, die derzeit normale Bitcoins/Kryptowährungen betreffen. Diese Ankündigung stieß auf starken Widerstand der globalen Finanzgemeinschaft, da sie das derzeitige globale Finanzsystem untergraben/stören könnte. Viele Länder haben offen erklärt, dass die Verwendung von Libra in ihrem Land verboten würde. Andere Länder haben vorgeschlagen, Libra frontal zu bekämpfen, indem sie ihre eigene staatlich unterstützte Stablecoin auf den Markt bringen. Anstelle eines offenen dezentralen Blockchain-Netzwerks von Minern zur Verifizierung von Kryptowährungstransaktionen wäre die Libra-Kryptowährungs-Blockchain von einer privaten Vereinigung verwaltet worden, was noch mehr Grund für eine Verifizierung bietet. Eine solch negative Reaktion auf die Initiative internationaler Finanzinstitute führte kurz darauf zum Niedergang von Libra, da Facebook die Initiative abbrechen würde.

Kapitel 9: Deutschlands Übernahme der NATO und der Europäischen Zentralbank

Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz die Absicht Deutschlands an, seine Militärausgaben zu erhöhen, und versprach, 100 Milliarden Euro für den deutschen Verteidigungshaushalt für 2022 bereitzustellen. Deutschland erklärte sich auch bereit, das Ziel von 2 % zu erreichen. ihres BIP in Verteidigungsausgaben investieren, um die NATO-Kriterien zu erfüllen. Die neue Ausgabeninitiative, kündigte Olaf in einer Sitzung des Deutschen Bundestages an, würde ein Rüstungsprojekt finanzieren, das das deutsche Militärarsenal erweitern würde. Scholz erklärte auch, dass Deutschland versuchen werde, Waffen an die Ukraine zu liefern, um ihr zu helfen, die russische Invasion abzuwehren. Scholz erklärte den Abgeordneten: "Mit seinem Angriff auf die Ukraine will Putin nicht nur ein Land von der Weltkarte tilgen, er zerstört das europäische Sicherheitsgefüge." Mit dem Potenzial Russlands, seine militärischen Ziele zu erweitern, hat Deutschland ein größeres Gefühl der Dringlichkeit, sich mit den Mitteln zur Verteidigung seiner Sicherheit zu bewaffnen. Diese Ankündigung erfolgte ein Jahr, nachdem Deutschland im Jahr 2021 eine Rekordsumme für den Aufbau seiner militärischen Fähigkeiten ausgegeben hatte. Ein Großteil dieser erhöhten Ausgaben ist nicht nur auf die russische Invasion zurückzuführen, sondern auch auf Drängen anderer NATO-Mitglieder wie der Vereinigten Staaten, die Deutschland für eine solche hielten nicht genug in die Verteidigung investiert. Einige Jahre lang fühlten sich die USA in der Nato-Politik überfordert. Aber dieser Schritt der Nato, Deutschland nicht nur zur Aufrüstung zuzulassen, sondern sie auch zu fördern, ist weit entfernt von den Befürchtungen, die von der deutschen Wiedervereinigung nach dem Zusammenbruch der

Sowjetunion ausgingen. Damals waren viele westliche Länder angesichts dieser Aussicht alarmiert, und jetzt ist klar, dass das Gefühl der Dringlichkeit um Deutschland als geopolitische Kraft nachgelassen hat. Weil Deutschland eine sehr konservative Nation und die beste Wirtschaft in der Eurozone war, stehen viele Gesetzgeber Scholz' Schritt, die Staatsausgaben zu erhöhen, kritisch gegenüber.

Wenn Deutschland in den nächsten Jahren sowohl wirtschaftlich als auch militärisch einen Großteil der Lasten in der Eurozone trägt, ist es möglich, dass Deutschlands Ungeduld gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) in den kommenden Jahren zunehmen wird. Die größte Beschwerde Deutschlands gegenüber der EZB ist ihr anhaltendes Beharren auf einer sanften Geldpolitik. Da die Preise in Deutschland ab 2022 steigen, hat die Bundesbank darauf bestanden, dass die EZB die Zinsen erhöht, um die Inflationsrisiken zu verringern. Viele argumentieren, dass eine Zinserhöhung den Euro stärken und die Energiekosten senken würde, da die meisten Energierohstoffe in US-Dollar gehandelt werden. Deutschlands Gläubigerstärke in der Eurozone, kombiniert mit einer wachsenden Fähigkeit, die Sicherheit der Eurozone aufrechtzuerhalten, wird nur zu seiner „institutionellen Macht" beitragen, die Eurozone im Einklang mit Deutschlands eigenen fiskalischen Präferenzen zu steuern. Daher dürfte Deutschland seine Verhandlungsmacht als Hauptgläubiger der Eurozone nutzen, um mehr Einfluss auf die EZB-Politik zu gewinnen. Sollte sich dies nicht in gewissem Umfang manifestieren, könnte Deutschland motiviert werden, andere Maßnahmen zu ergreifen, um die EZB dazu zu bringen, die strategischen Ziele der Bundesbank einzuhalten. Aus diesem Grund ist es wahrscheinlich, dass Deutschland versuchen würde, zwei wichtige Ergebnisse zu erzielen, bevor es ein Abkommen mit Saudi-Arabien anstrebt, bei dem Saudi-Arabien Öl für Euro verkaufen würde, im Austausch dafür, dass Deutschland Saudi-

Arabien militärisch unterstützt. Diese beiden Hauptergebnisse würden die Zementierung der deutschen Kontrolle über die Europäische Zentralbank umfassen, entweder durch eine Art politische Vereinbarung, ein Referendum der Mitgliedstaaten der Eurozone oder die völlige Verstaatlichung der Europäischen Zentralbank und des Euro für das, was Deutschland als Notfall betrachtet . Da immer mehr Kunden in den Ländern der Eurozone ihre Euros weg von den Zentralbanken ihres eigenen Landes und in die Bundesbank verschieben, werden Deutschland mehr Forderungen gegen die EZB wachsen, was ein weiteres Argument rechtfertigen wird, dass Deutschland mehr Einfluss auf die EZB-Politik haben sollte.

Kapitel 10: Ende des US Unipolar Moments

Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, hatten die Vereinigten Staaten den Status einer alleinigen Supermacht erlangt. Vom Zweiten Weltkrieg bis zu diesem Zeitpunkt konnten die USA behaupten, Faschismus und Kommunismus besiegt zu haben. Und um ihren Status zu bestätigen, würden die USA die irakische Armee während des Golfkriegs 1991 über einen Zeitraum von 5-6 Wochen besiegen, was beeindruckend ist, wenn man bedenkt, dass der Irak zu dieser Zeit die viertgrößte bewaffnete Streitmacht der Welt war, aber immer noch vollständig zerschlagen wurde die US-Armee. Amerika war unantastbar, und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnten die Vereinigten Staaten ihre außenpolitische Agenda ohne wesentliche Einmischung einer anderen Nation verfolgen, jetzt, da Moskau aus dem Weg war. Demokratie war nun die offizielle Rechtfertigung für die US-Außenpolitik. Als Bill Clinton kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Präsident wurde, begann seine Regierung einen Diskurs darüber, wie der Zusammenbruch der Sowjetunion den Vereinigten Staaten zugute kommen sollte. Viele außenpolitische Experten wollten, dass die USA zu ihrer alten nicht-interventionistischen Außenpolitik zurückkehren und Zurückhaltung üben. Während Clintons erster Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten schrieben einige MIT-Akademiker und -Professoren einen Artikel über die Interessen der USA. Darin behaupteten sie, dass eine interventionistische und globalistische Agenda den Interessen der USA zuwiderlaufe, und argumentierten, dass die multilateralen Beziehungen der USA in Übersee nur minimalen Nutzen bringen würden. Ihrer Ansicht nach könnten die USA der heimischen Wirtschaft zugute kommen, indem sie sich weniger militärisch an der internationalen Front engagieren und Geld sparen, das zu Hause für Themen wie Haushaltsdefizite, Infrastruktur und Rassenbeziehungen

verwendet werden könnte – die alle während des Kalten Krieges weniger Priorität hatten . Sie meinten, ein US-Einsatz im Ausland würde nur zu Kriegsmüdigkeit führen. Ein weiterer in dem Artikel erwähnter Faktor betraf die NATO, eine internationale Organisation, von der sie glaubte, dass sie ihren Zweck bereits erfüllt hatte, indem sie sowjetische Expansionsambitionen abschreckte. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erfüllte die NATO keinen wirklichen Zweck mehr, was die Notwendigkeit für die USA widerlegt, ihre militärische Unterstützung für europäische Länder fortzusetzen. In diesem Ausblick argumentierten sie, dass die USA die Last internationaler Sicherheitsfragen schultern würden, selbst wenn eine direkte US-Intervention unnötig wäre. Trotz dieses Drängens von Akademikern, Gelehrten und Experten für Außenpolitik haben die USA ihre internationalistische Agenda und die Förderung der Demokratie auf der ganzen Welt weiter vorangetrieben. Clinton verfolgte weiterhin die Entwicklung einer multilateralen Außenpolitik auf der Grundlage der Förderung von Menschenrechten und demokratischen Werten. Er wandte sich an die Vereinten Nationen und bemühte sich um Zusammenarbeit bei der Friedenssicherung. Während Clinton einen internationalen Rahmen verfolgte, in dem die USA ihre militärischen Fähigkeiten einsetzen würden, um in humanitären Krisen einzugreifen, wollte er nicht, dass die USA die Probleme der Welt einseitig lösen. Während Clintons Amtszeit nicht bereit war, die USA tatenlos tatenlos Zeuge von Gräueltaten in Übersee zu machen, befahl er 1993 eine amerikanische Militärintervention in Somolia, 1995 in Bosnien und 1999 im Kosovo. Die USA bestanden auch darauf, ihren geopolitischen Vorteil gegenüber anderen potenziellen Konkurrenten aufrechtzuerhalten wie China und Russland, die in den USA ein Gefühl der Dringlichkeit kultivierten, ihre Militärtechnologie und -fähigkeiten weiter zu verbessern. Clintons Opposition, die Republikanische Partei,

stand seinem multilateralen Ansatz jedoch ablehnend gegenüber, und als George W. Bush im Jahr 2000 für das Präsidentenamt kandidierte, gelobte er, die USA aus dem UN-Einfluss zu entfernen, und er hasste auch die Idee, dass US-Truppen unter dem Einfluss operieren der Vereinten Nationen sollte die UN-Friedenstruppen befehligen. Bush favorisierte eine unilateralere Außenpolitik, und er war auch misstrauisch gegenüber der UNO, weil er sie als eine Weltordnung ansah, die sich schließlich in die US-Innenpolitik einmischen könnte. Nachdem Bush im Jahr 2000 Präsident geworden war, machte er es sich zum Ziel, die Verteidigungsausgaben fortzusetzen. Er wollte auch aufstrebende Konkurrenten herausfordern und Probleme der nuklearen Proliferation angehen, indem er hart gegen Schurkenregime vorgeht, die möglicherweise versuchen, Massenvernichtungswaffen zu erwerben. Im September 2001, weniger als neun Monate nach Bushs Präsidentschaft, würden die USA einem der schlimmsten Angriffe auf ihrem eigenen Boden gegenüberstehen.

Am 11. September 2001 übernahmen an diesem Tag terroristische Entführer von drei Flugzeugen die Kontrolle über die Flugzeuge und stürzten sie in das World Trade Center in New York City und das Pentagon in Washington DC, wobei 3.000 Menschen getötet wurden. Unter den Getöteten waren 372 Ausländer, 138 von ihnen aus Lateinamerika und der Karibik. Nach den Anschlägen war Amerika entsetzt darüber, dass ein solcher Angriff auf US-Bürger verübt werden konnte, und viele verstanden nicht, wie solch ein Hass gegen die Vereinigten Staaten gehegt werden konnte. Einige führten den Angriff auf extremistische islamische Ideologie zurück, andere auf die US-Außenpolitik für die Stationierung von US-Soldaten in Saudi-Arabien nach dem Golfkrieg. Letzteres war für Muslime, die Saudi-Arabien als heiliges Land betrachten, zu einem schweren Vergehen geworden, und die US-Militärpräsenz dort ist einer der

Faktoren, die von den Verschwörern der Terroranschläge vom 11. September 2001 benutzt wurden, um ihre abscheulichen Taten zu rechtfertigen. Das andere Motiv für den Angriff war die Empörung über die US-Unterstützung für Israel in einem anhaltenden Konflikt, der zu zahlreichen zivilen Todesopfern geführt hat. Eine Woche nach den Anschlägen hielt Bush eine gemeinsame Sitzung des Kongresses ab, in der er erklärte, Hass habe den Angriff motiviert, wie Bush sagen würde: „Sie hassen unsere Freiheiten: unsere Religionsfreiheit, unsere Redefreiheit, unsere Wahl- und Versammlungsfreiheit , und sie widersprechen sich selbst." Angst durchdrang Washington DC und viele in der Verwaltung hielten einen zweiten Angriff für mehr als wahrscheinlich. Aber Bush unterstützte keine passive Strategie, sondern zog es vor, den präventiven Weg einzuschlagen und auf Reformen in der US-Außenpolitik zu drängen. Er etablierte eine neue nationale Sicherheitsdoktrin, die den bisherigen multilateralen Ansatz verwerfen und den unilateralen Ansatz einfügen würde. Die Doktrin forderte auch eine präventive Politik und den Export demokratischer Werte in den Nahen Osten, um Extremismus abzuschrecken. Innerhalb eines Monats nach den Angriffen, nachdem die USA Afghanistan ein Ultimatum gestellt hatten, Osama Bin Laden auszuliefern, kreiste Mar die USA in Afghanistan und Al Qaida ein. Innerhalb von drei Monaten vertrieben die USA die Taliban und begannen einen einsamen, mühsamen 20-jährigen Versuch, dort eine neue demokratiefreundliche Regierung einzusetzen, eine Aufgabe, die letztendlich scheitern würde. Kurz darauf, im Jahr 2003, zwei Jahre nachdem die USA in Afghanistan einmarschiert waren, würde Bush eine Invasion im Irak unter der Prämisse starten, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen entwickle. Trotz fehlender Beweise von UN-Inspektoren, dass dies der Fall war, setzten die USA die Invasion trotzdem fort und rechtfertigten sie damit, dass Saddam versuchte, Uran aus Westafrika zu kaufen.

Die USA entschieden sich auch dafür, keine UN-Genehmigung für die Invasion zu beantragen, was mit Bushs ursprünglicher Plattform für einen einseitigen Ansatz übereinstimmte, der die US-Politik von der der UN trennt. Die USA würden den Sturz von Saddams Regime in kurzer Zeit vollenden, stünden jedoch vor einem langen Prozess der Stabilisierung der neuen irakischen Regierung gegen einen Aufstand von Al-Qaida-Ablegern und Saddam-Loyalisten. Zwischen Afghanistan und dem Irak gaben die USA in der Nachkriegszeit Milliarden von Dollar an Hilfsgeldern aus, um die Länder zu stabilisieren. Aber verschiedene Faktoren wie Machtkämpfe, Korruption und Aufstände verzögerten das Engagement der USA und drohten zeitweise, die Bemühungen zur Demokratisierung der Region zu entgleisen. Wachsende Unruhen im Inland ohne absehbares Ende erzeugten eine kriegsmüde Stimmung, die auf einem möglichst baldigen vollständigen Rückzug der US-Streitkräfte aus der Region bestand. Die Amerikaner wollten unbedingt eine Änderung der US-Außenpolitik, und während der Präsidentschaftswahlen 2008 präsentierte Barack Obama der amerikanischen Öffentlichkeit eine Plattform, die sich darauf konzentrierte, Truppen nach Hause zu bringen und eine Außenpolitik voranzutreiben, die auf einer direkten US-Intervention in Konflikten im Ausland beruhte. Obama versprach, die US-Truppen aus Afghanistan und dem Irak abzuziehen und auch die durch die bisherige Außenpolitik beschädigten US-Außenbeziehungen zu reparieren. Er erklärte auch seine Absicht, den multilateralen Ansatz für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wiederherzustellen. Diese Plattform half Barack Obama, die Präsidentschaftswahlen 2008 zu gewinnen, und in nur acht Monaten nach seinem Amtsantritt würde er den Friedensnobelpreis gewinnen. Und Ende 2011 zog Obama die US-Truppen aus dem Irak ab. Der Arabische Frühling 2011, der weit verbreitete Proteste im Nahen Osten und in

Nordafrika auslöste, stellte jedoch Obamas ursprüngliches Programm der Nichteinmischung der USA in Übersee in Frage. Als diese Proteste ein hartes Vorgehen der Regierung gegen Demonstranten in Libyen und Syrien auslösten, was zu zahlreichen zivilen Todesopfern führte, wurde die Obama-Regierung unter Druck gesetzt, in eine wachsende Menschenrechtskatastrophe einzugreifen. Obama würde Gaddafis Sturz aus Libyen im Jahr 2011 erleichtern, obwohl Libyen keine unmittelbare Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellt. NATO-Streitkräfte führten Luftangriffe auf verschiedene libysche Militärposten durch, was zu mehr zivilen Opfern und mehr Extremismus führte. Die Obama-Administration setzte daraufhin einen Regimewechsel in Syrien durch, indem sie die regierungsfeindlichen/anti-Assad-Rebellen als offizielle Regierungsbehörde des Landes anerkannte. In der Zwischenzeit begann ISIS, eine Terroristengruppe, die sich aus ehemaligen Al-Qaida-Aktivisten, irakischen Aufständischen und Saddam-Loyalisten zusammensetzt, eine Reihe von Angriffen im Irak und in Syrien, nachdem sie ein globales Kalifat ausgerufen hatte. Kurz darauf gelang es ihnen, große Landstriche in beiden Nationen zu erobern. Dies führte zu einem erneuten Engagement der USA und zwang die Obama-Regierung, Luftangriffe im Irak und in Syrien anzuordnen, um eine weitere Destabilisierung der Region zu stoppen. Im Jahr 2015 veranlasste die wachsende ISIS-Bedrohung in Syrien Russland, Militärhilfe in Form von Luftunterstützung zu entsenden, um das Assad-Regime gegen die syrischen Rebellen und ISIS zu unterstützen. Wieder einmal war der Nahe Osten zu einer Brutstätte von Gewalt und Terror geworden. In Kürze würden sowohl Libyen als auch Syrien zu einer humanitären Katastrophe werden. Die US-Außenpolitik während der Obama-Regierung hat trotz ihrer erklärten Ziele, Diplomatie und bessere internationale Beziehungen zu verfolgen, wenig zur Lösung der Nahostkrise beigetragen. Die Regierung würde auch die

Voraussetzungen für wachsende Spannungen zwischen den USA und Russland schaffen.

Auf dem NATO-Gipfel 2008 in Rumänien nutzte der russische Präsident Wladimir Putin die Veranstaltung, um nachdrücklich zu erklären: "Die Entstehung eines mächtigen Militärblocks an unseren Grenzen wird als direkte Bedrohung der russischen Sicherheit angesehen." Die USA folgten auf demselben Gipfel im Jahr 2008 mit: „Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens zur NATO-Mitgliedschaft. Wir haben heute vereinbart, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden.“ So war es dort, als klar wurde, dass der NATO-Beitritt der Ukraine seit 2014 für Russland der Hauptfokus seiner aggressiven geopolitischen Politik gegenüber der Ukraine war. Auch Frankreich und Deutschland haben sich bereits 2008 gegen die Aufnahme dieser Länder in die NATO ausgesprochen, weil es sich um eine europäische Sicherheitsfrage handelt, was bei den USA keine Sensibilität hervorrief. Rückblickend hat Russland von 2000 bis 2008 eine pro-westliche außenpolitische Agenda propagiert und sogar mit der Idee eines Nato-Beitritts geliebäugelt, der Russland zu einem militärischen Verbündeten der USA gemacht hätte. Russland hat im Jahr 2000 auch eine Strategische Partnerschaft mit der EU unterzeichnet, in der es Russlands Absicht erklärt, die Souveränitätsrechte der Ukraine anzuerkennen. Der illegale Krieg der Vereinigten Staaten und der NATO gegen den Irak im Jahr 2003 und ihre aggressiven und ungehinderten Militärinterventionen in Libyen und Syrien im Jahr 2011 alarmierten den russischen Staat jedoch über das, was Russland für eine mutigere Außenpolitik hielt als die Versuche der Vereinigten Staaten, sich zu positionieren eine internationale Polizei. Es gab auch eine Doppelmoral, von der Russland glaubte, dass die Vereinigten Staaten sie anwendeten, indem sie ihre Rolle bei der Destabilisierung Libyens und Syriens rechtfertigten, einen Regimewechsel erzwangen, die Opposition der Regierung

militärisch unterstützten und dennoch auf die moralischen Implikationen verwiesen, die andere Länder, die ihre eigenen spielten, geltend machen wollten regionale Interessen. Dies diente nur dazu, Moskaus Verdacht gegenüber der NATO zu bestätigen. Russland glaubte, dass die NATO nach dem Kalten Krieg keinen Zweck mehr erfüllte, da ihre ursprüngliche Gründung nicht nur dazu diente, Deutschland und Japan militärisch einzuschränken, sondern auch jeglichen expansionistischen Ambitionen der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenzuwirken. Nachdem die NATO Westdeutschland in das Bündnis aufgenommen hatte, unterzeichnete die Sowjetunion auch den Warschauer Pakt mit anderen osteuropäischen Ländern und der DDR, um eine NATO-Erweiterung zu verhindern. Aber nach dem Ende der Sowjetunion gaben die Sowjets die Kontrolle über das Bündnis auf und lösten den Warschauer Pakt effektiv auf. Dabei wurden Russland von der NATO Sicherheitsgarantien versprochen, und Russland hat oft erklärt, dass die NATO diese Versprechen nie erfüllt hat und dass die NATO nur noch als provozierende Einheit existiert, die regelmäßig aggressive Militärübungen in der Nähe der Grenzen Russlands durchführt. All diese Faktoren, zusammen mit der Tatsache, dass die Ukraine die Möglichkeit eines Militärbündnisses mit einem multinationalen Militärblock (NATO) in Betracht gezogen hatte, spielten eine bedeutende Rolle in Russlands durchsetzungsfähiger Politik gegenüber der Ukraine im Jahr 2014 mit der Annexion der Krim. Seit Ende der 1990er Jahre warnen zahlreiche außenpolitische Experten vor den gefährlichen Folgen der Nato-Erweiterung. Hier ist ein Auszug aus einem Interview mit George F. Kennan vom 2. Mai 1998 von dem Kolumnisten der New York Times, Thomas Friedman. Kennan war ein US-Diplomat und Befürworter der Eindämmung während des Kalten Krieges:

„Ich denke, es (NATO-Erweiterung) ist der Beginn eines neuen

Kalten Krieges. Ich denke, die Russen werden ziemlich negativ reagieren und das wird ihre Politik beeinflussen. Ich denke, es ist ein tragischer Fehler. Dafür gab es keinen Grund. Niemand hat jemand anderen bedroht. Diese Expansion würde dazu führen, dass sich die Gründerväter dieses Landes in ihren Gräbern umdrehen……„Wir verpflichten uns, eine ganze Reihe von Ländern zu schützen, obwohl wir weder die Ressourcen noch die Absicht haben, dies ernsthaft zu tun. [NATO-Erweiterung] war einfach ein leichtfertiger Akt eines Senats, der kein wirkliches Interesse an Außenpolitik hat. Was mich stört, ist, wie oberflächlich und schlecht informiert die ganze Senatsdebatte war. Mich störten besonders die Verweise auf Russland als ein Land, das darauf brennt, Westeuropa anzugreifen … „Versteht man das nicht? Unsere Differenzen im Kalten Krieg waren mit dem sowjetischen kommunistischen Regime. Und jetzt kehren wir genau den Leuten den Rücken, die die größte unblutige Revolution der Geschichte inszeniert haben, um dieses Sowjetregime zu eliminieren. Und Russlands Demokratie ist so weit fortgeschritten, wenn nicht sogar weiter, als jedes dieser Länder, die wir gerade unterzeichnet haben, um sie gegen Russland zu verteidigen. Natürlich wird es eine schlechte Reaktion aus Russland geben, und dann werden [die NATO-Expander] sagen, dass wir Ihnen immer gesagt haben, dass die Russen so sind – aber das ist einfach falsch.“

Dies ist ein Auszug aus einem durchgesickerten diplomatischen Telegramm von Wikileaks im Jahr 2008, in dem William Burns, US-Botschafter in Russland (2005-2008), die Auswirkungen der Aufnahme der Ukraine in die NATO detailliert beschreibt:

Die NATO-Erweiterung, insbesondere um die Ukraine, bleibt für Russland ein „emotionales und heikles“ Thema, aber strategische politische Erwägungen liegen auch dem starken Widerstand der

Ukraine und Georgiens gegen die NATO-Mitgliedschaft zugrunde. In der Ukraine gehören dazu Befürchtungen, dass das Problem das Land möglicherweise in zwei Teile spalten könnte, was zu Gewalt oder sogar, wie manche behaupten, zu einem Bürgerkrieg führen könnte, der Russland zwingen würde, zu entscheiden, ob es eingreifen soll.“

Von der offiziellen NATO-Website, einem Papier vom Juni 2000 mit dem Titel "NATO's Relations with Russia and Ukraine", verfasst von R. Craig Nation, einem Professor für Strategie und Direktor für russische und eurasische Studien am US Army War College in Carlyle, Pennsylvania von 1996 - 2017 heißt es:

Bedeutende Sicherheitsgarantien für die Ukraine kann nur die NATO bieten, aber jeder großangelegte Einsatz von Bündnisstreitkräften in der eurasischen Steppe ist ernsthaften politischen und operativen Einschränkungen ausgesetzt. Moskau hat sich einer nationalen Militärstrategie verschrieben, die das Vertrauen auf taktische Atomwaffen in Zeiten konventioneller Schwäche betont. Ein starkes militärisches Engagement in unmittelbar an die russische Grenze angrenzenden Gebieten stellt daher ein erhebliches Risiko dar. Moskau ist willens und in der Lage, in unmittelbarer Nähe seiner Grenzen sinnvollen Druck auszuüben, und kann im Mitteleuropäischen Korridor auf ihn zählen, wenn es um lebenswichtige Interessen geht. Der Nullsummenwettbewerb um Herz und Verstand der Ukraine ist daher ein gefährliches Spiel. "Washingtons Einbeziehung der Region nahe der russischen Grenze als lebenswichtige US-Sicherheitsinteressen oder Ziele für die Ausweitung des US-Einflusses", schreibt Sergo Mikojan, "wird die Bewältigung regionaler Konflikte in diesen Gebieten schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich machen."

Im Jahr 2014 beschuldigte Russland die Vereinigten Staaten, den Sturz des pro-russischen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu unterstützen, aber das Weiße Haus erklärte nie offiziell, dass es Janukowitsch nicht mehr als legitimen Präsidenten der Ukraine anerkenne. Ein US-Sprecher würde so weit gehen zu sagen: "Herr Janukowitsch hat seine Legitimität als ukrainischer Führer verloren." Kurz darauf wird Russland jedoch die Krim annektieren und dann einen Bürgerkrieg in der Ostukraine beginnen.

Im Jahr 2016 würde Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten werden und auf einer Plattform kandidieren, um Amerika wieder großartig zu machen. Ein Großteil der Politik von Präsident Trump war ein Versuch, die politischen Ziele des ehemaligen Präsidenten Ronald Reagan nachzuahmen und sich von dem Multilateralismus zu entfernen, der Obamas Außenpolitik definierte. Trump versuchte dies zu tun, indem er die USA zu dem einseitigen Ansatz früherer republikanischer Präsidenten zurückführte. Ähnlich wie George W. Bush war es Präsident Trump unangenehm, die US-Initiative zugunsten einer Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen kompromittieren zu müssen. Trump verfolgte auch eine Strategie, die der Diplomatie weniger Bedeutung und der Verteidigung mehr Glaubwürdigkeit beimaß. Als er sein Amt antrat, hob er die Entscheidung auf, die US-Truppen aus Syrien und dem Irak abzuziehen, und beseitigte auch Hilfsbarrieren, die Saudi-Arabien und Bahrain auferlegt wurden. Er nahm gegenüber Wladimir Putin eine sehr nachsichtige Haltung ein und plädierte dafür, Führer zu bevorzugen, die ein gewisses Maß an Klugheit und Stärke zeigen könnten, Führer wie al-Sisi in Ägypten, Duterte auf den Philippinen und Erdogan in der Türkei. Trump vermittelte mit Überzeugung, dass seine Politik darauf abzielen würde, Amerika in den Außenbeziehungen an die erste Stelle zu setzen. Beispielsweise wurden in seinem Haushaltsvorschlag für 2018 die

Ausgaben für die meisten Regierungsbehörden gekürzt, mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums, des Heimatschutzministeriums und des Ministeriums für Veteranenangelegenheiten. Ende 2017 machte Trump eine scheinbar plötzliche Kehrtwendung in seiner Pro-Putin-Perspektive und billigte einen Plan, der Ukraine tödliche Militärhilfe, Waffen, darunter Scharfschützengewehre und Javelin-Panzerabwehrraketen, zu schicken, die alle darauf abzielen, der Ukraine beim Kampf zu helfen Putin hilft den von Russland unterstützten Separatisten in der Donbass-Region. Dieser Schritt der Trump-Administration verstärkte die Beteiligung der USA an den geopolitischen Angelegenheiten der Ukraine mit Russland und alarmierte den russischen Staat, der zunächst dachte, Trump sei ein Unterstützer der russischen Politik. Der Schritt spielte auch keine Rolle in der Erzählung der US-Medien, dass Trump pro-russisch sei. Es wurde unmöglich, das Nebeneinander von Trumps Pro-Putin-Rhetorik und seiner antirussischen Politik zu erklären. Die Amtszeit von Donald Trump und die frühe Amtszeit der Biden-Administration hätten verheerende Folgen für die Sicherheit Osteuropas. Trump kritisierte während seiner Amtszeit auch die Nato scharf, weil er sie für überholt hielt. Präsident Trump hat oft darauf hingewiesen, dass die USA einen Großteil des militärischen Verteidigungsaspekts der NATO-Politik übernehmen, während andere Mitgliedstaaten wie Deutschland davon profitieren, indem sie weniger für ihre eigene Verteidigung ausgeben. Diese Rhetorik hätte große Konsequenzen gehabt und Deutschland schließlich auf den Weg zu wirtschaftlicher, militärischer und politischer Unabhängigkeit gebracht.

Als Wlodymyr Selenskyj 2019 Präsident der Ukraine wurde, wurde Präsident Donald Trump in einen Quid-pro-quo-Skandal verwickelt, der gegen das US-Recht verstieß, wonach ein amtierender Präsident keine ausländische Hilfe in Anspruch

nehmen darf, um eine Wahl zu gewinnen. Nachdem Biden seine Absicht erklärt hatte, 2020 für das Präsidentenamt zu kandidieren, rief Trump Zelensky an, um ihn zu bitten, Joe Bidens Beteiligung an den Gerichtsverfahren eines Energieunternehmens in der Ukraine zu untersuchen, in dem sein Sohn Hunter Biden arbeitete, während Biden während Obamas Amtszeit Vizepräsident war. Trump drohte daraufhin, die Militärhilfe für die Ukraine in Milliardenhöhe zu kürzen, falls Selenskyj nicht nachkomme. Dies führte dazu, dass Trump 2020 angeklagt wurde. Später wurde er freigesprochen.

Die globale COVID-19-Pandemie war die weltweite Ausbreitung eines tödlichen Coronavirus-Stammes, der in Wuhan, China, begann. Das Virus begann sich um den 15. Januar 2020 auf den Rest der Welt auszubreiten. Während der gesamten Pandemie führte die NATO immer noch aggressive Militärübungen in der Nähe der Grenzen Russlands durch und weigerte sich, den Vorschlägen Russlands zuzustimmen, dass beide Nationen die Militärübungen einschränken sollten. Unterdessen zog Präsident Trump die USA trotz zahlreicher US-Verbündeter Ende 2020 aus dem Open-Skies-Vertrag von 1992 heraus. Mike Pompeo, US-Außenminister von 2018 bis 2021, behauptete, Russland sei dem nicht nachgekommen, weil es einseitige Beschränkungen auferlegt habe. Der Vertrag war ein vertrauensbildendes Instrument, das es allen 34 Vertragsstaaten ermöglichte, gemeinsame Beobachtungsflüge über dem Territorium des anderen durchzuführen und die Aktivitäten des Militärpersonals dort zu überwachen. Es war im Wesentlichen eine vertrauensbildende Übung und sollte den Multilateralismus kultivieren. Alle Bilder, die während der Beobachtungsflüge zusammengestellt wurden, konnten an jede Nation im Vertrag übermittelt werden. Sowohl die USA als auch Russland hatten einigen Gebieten ihrer jeweiligen Territorien einseitige Beschränkungen auferlegt. Darüber hinaus wollten die USA unbedingt aus dem Vertrag

aussteigen, damit sie keine Ressourcen mehr für die Aufrüstung des Beobachtungsflugzeugs aufwenden konnten, das sie für veraltet hielten. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Eliot Engel (DN.Y.) und der Abgeordnete William Keating (D-Mass.) kritisierten den Schritt der Trump-Regierung scharf und erklärten in einer Erklärung vom 23. November 2020, dass „Präsident Trump versucht, unsere kritische Institutionen auf dem Weg zur Tür", schrieben sie. „Damit hat er nicht nur die nationale Sicherheit der USA aufs Spiel gesetzt, sondern das Gesetz eklatant ignoriert und vorsätzlich gebrochen.“ Dies geschieht ein Jahr, nachdem sich die Trump-Regierung aus einem anderen Vertrag mit Russland, dem INF-Vertrag von 1987, zurückgezogen hat. hatte sich zurückgezogen. Der INF-Vertrag verbot bodengestützte ballistische Mittelstreckenraketen. 2014 warfen die USA Russland vor, mit dem Test eines Marschflugkörpers gegen das Abkommen verstoßen zu haben. Russland hingegen warf den USA vor, durch den Bau nuklearer Abwehrsysteme in Osteuropa gegen den Vertrag verstoßen zu haben. Viele befürchten, dass es ohne den Vertrag keine Grenzen für die Verbreitung von Atomwaffen gäbe.

Im Oktober 2019 beschloss Präsident Trump, nachdem er versprochen hatte, US-Soldaten in Syrien zu behalten, die verbleibenden US-Truppen aus Syrien abzuziehen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die USA in den letzten Jahren Luftangriffe in Syrien durchgeführt und dort auch eine Reihe von Bodentruppen stationiert, um ISIS zu bekämpfen. Einer der engsten Partner der USA während der Kampagne waren die kurdischen Kämpfer, von denen seit 2014 Tausende in Syrien getötet wurden. Sie führten eine Koalition multiethnischer Kämpfer namens Syrian Democratic Forces an. 2019 bereitete die Türkei jedoch eine Offensive in der Region vor, um die kurdische Präsenz nahe der türkischen Grenze abzuwehren. Die kurdische Miliz, die neben den USA diente und die syrischen demokratischen Kräfte in

Syrien anführte, war als YPG bekannt, eine Gruppe, die der türkische Präsident Recep Erdogan für einen Ableger der PKK hält, eine Gruppe, die sowohl von den USA als auch von der Türkei kontrolliert wird, wird als terroristische Gruppe bezeichnet . Und die Tatsache, dass die USA während des Syrienfeldzugs mit der Gruppe verbündet waren, führte zu einer unhaltbaren Spannung zwischen den USA und der Türkei. Erdogan machte Trump klar, dass die Türkei unabhängig von der US-Präsenz die syrische Grenze angreifen werde. Nach einem diesbezüglichen Telefonat mit dem türkischen Präsidenten ordnete Trump den Rückzug der verbleibenden 1.000 US-Truppen in Syrien an, und viele US-Soldaten hatten das Gefühl, ihren engsten Verbündeten im Stich zu lassen und ihn der türkischen Armee zum Abschlachten zu überlassen. Die USA würden später bestätigen, dass die kurdischen Kämpfer, mit denen sie in Syrien kooperierten, ein Ableger der PKK waren, einer von den USA benannten Terroristengruppe. Alles in allem hat die Reihe von Vertragsverletzungen und der Aufgabe von Partnerschaftsverpflichtungen durch die Trump-Administration den Weg für einen irreversiblen Vertrauensverlust zwischen den Vereinigten Staaten und ausländischen Partnern geebnet. Dieser Vertrauensverlust würde während der Amtseinführung der nächsten Regierung in Washington DC einen Wendepunkt erreichen

Als Joseph Biden 2020 Präsident der Vereinigten Staaten wurde und 2021 sein Amt antrat, zögerte er, wieder multilateralen Verträgen beizutreten, die denen ähneln, aus denen die vorherige Regierung die Vereinigten Staaten zurückgezogen hatte. Er behielt auch eine kämpferische Haltung gegenüber anderen Weltführern wie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem saudischen Kronprinzen Mohammad Bin Salman bei. In einem Interview im März 2021 bezeichnete Biden Putin als „Mörder“ und drohte ihm mit Repressalien wegen Einmischung in die Wahlen

2020. Kurz darauf schrieben 27 politische Organisationen an Biden und forderten ihn auf, seine kämpferische Rhetorik einzudämmen. In einer Erklärung, die sie im März 2021 herausgaben, erklärten sie:

„Als nationale Organisationen, die sich für Diplomatie, Rüstungskontrolle, Abrüstung und Frieden einsetzen, sind wir zutiefst beunruhigt über den jüngsten negativen Austausch zwischen den Führern der beiden Länder mit mehr als 90 Prozent der Atomsprengköpfe der Welt in ihren Arsenalen ...“ Als Amerikaner fordern Wir fordern die Biden-Administration auf, sich nicht mehr an solchen rücksichtslosen rhetorischen Diskussionen zu beteiligen und stattdessen energisch Atomwaffenverhandlungen mit der russischen Regierung fortzusetzen.“ Zu den beteiligten Gruppen gehörten Justice Democrats, Blue America, Demand Progress, Our Revolution und Progressive Democrats of America. Alan Minsky, Exekutivdirektor der Progressive Democrats of America, sagte in der Erklärung: „Die progressive Basis der Demokratischen Partei hat kein Interesse an einer kriegerischen Außenpolitik gegenüber Putin oder Russland ...“ „Was die Menschen wollen, ist eine sicherere Welt mit internationale Zusammenarbeit, die es uns allen ermöglichen wird, uns schneller von der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Katastrophe des letzten Jahres zu erholen.

Biden klärte die „Killer“-Bemerkung später während eines Telefonats direkt mit Putin im Juni 2021.

Das US-Militär zog sich am 30. August 2021 aus Afghanistan zurück und beendete damit eine 20-jährige Militäroperation dort. Nach dem erfolgreichen Sturz der Taliban im Jahr 2001 kann die verbleibende US-Militärpräsenz in der Region durch einen langen, langwierigen Prozess des Versuchs definiert werden, die neue prodemokratische Regierung Afghanistans zu stabilisieren.

Während dieser Zeit blieben die Taliban, obwohl sie von der Macht entfernt waren, eine ständige Bedrohung für die neu eingesetzte Regierung und konnten einige verlorene Gebiete zurückerobern. Im Februar 2020 bestätigten die Trump-Regierung und die Taliban ein als Doha-Abkommen bekanntes Abkommen, das vorsieht, dass die USA alle ihre Truppen aus der Region Afghanistan abziehen würden, wenn die Taliban zustimmten, Al-Qaida daran zu hindern, in die Taliban einzudringen und dort zu operieren. gehaltenen Gebiete sowie Waffenstillstandsvereinbarungen mit der neuen afghanischen Regierung anzustreben. Die afghanische Regierung war an dieser Korrespondenz zwischen der Trump-Administration und den Taliban nicht beteiligt. Im Rahmen der Doha-Abkommen würden die USA die US-Truppenpräsenz in Afghanistan von 13.000 auf 8.600 bis Juli 2020 reduzieren und den Rest bis zum 1. Mai 2021 abziehen. Als Biden sein Amt antrat, war die Zahl der US-Truppen in Afghanistan auf 2.500 reduziert worden. aber einen Monat vor Ablauf der in den Doha-Abkommen festgelegten Frist beschloss Biden, das angestrebte Austrittsdatum bis September 2021 zu verlängern. Am 1. Mai jedoch, der ursprünglich von Trump und den Taliban vereinbarten Frist, starteten die Taliban eine Offensive im Juli sagte die NATO voraus, dass die Taliban Afghanistan innerhalb von Wochen nach dem vollständigen Rückzug der USA verlassen würden. Der Vormarsch der Taliban war jedoch viel schneller als erwartet. Infolgedessen versuchten die USA, die Evakuierung von Botschaftsmitarbeitern, US-Bürgern und Visumantragstellern so schnell wie möglich zu erleichtern, indem sie fast 5.000 US-Soldaten zum Flughafen Kabul entsandten. Weitere 2.000 würden eingesetzt, nachdem die Taliban am 15. August Kabul zurückerobert hatten. Der afghanische Armeegeneral Sami Sadat betrachtete den Rückzug der USA als Verrat an der afghanischen Armee und sagte der New York Times, dass der von Präsident Trump orchestrierte Deal

sowie Bidens Erklärung, „Amerikanische Truppen können und sollten nicht in einem Krieg kämpfen und in einem ... In einem Krieg zu sterben, den die afghanischen Streitkräfte nicht für sich selbst führen wollen, macht die Taliban nur ermutigt. Er erwähnte auch, dass die 17.000 Personalkontraktoren, die Afghanistan im Juli verlassen haben, mitgenommen haben kritische Waffen wie Raketenabwehr- und Ortungstechnologien für Hubschrauber. Ashraf Ghani, Präsident Afghanistans vor der Übernahme durch die Taliban, behauptete, der abrupte Rückzug der USA habe den Taliban Auftrieb gegeben. Kurz nach der Übernahme durch die Taliban ereignete sich in Hamid ein Selbstmordattentat Karzai International Airport am 26. August 2021, wobei 13 US-Soldaten und 70 afghanische Staatsangehörige getötet wurden Das letzte Flugzeug, das den Flughafen Kabul verließ, startete am 30. August 2020 21.

Im Nachhinein können wir sehen, wie die Aufgabe multilateraler Bemühungen zugunsten eines unilateralen Ansatzes geopolitische Spannungen verschärfen und auch kritische Allianzen untergraben könnte, insbesondere wenn ein Vertragsbruch offensichtlich ist. Beide Aspekte – einseitiges Beharren und Vertragsbruch sowie die Bereitschaft, Verbündete abrupt im Stich zu lassen – kultivieren Angst und Misstrauen. Dieser wachsende Aspekt der US-Außenpolitik erreichte sein kritischstes Stadium während der Biden-Administration, als Biden sich weigerte, militärisch einzugreifen, nachdem er dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj versichert hatte, dass die USA „schnell und entschlossen" handeln würden, falls Russland in sein Land einmarschieren würde, um einzumarschieren, wenn Russland einen vollen Angriff startete Groß angelegte Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022. Selenskyj erklärte kurz darauf: „Wir mussten unseren Staat verteidigen." Dieses erneute Versäumnis der USA, ein Versprechen einzulösen, hatte negative Auswirkungen auf die Stimmung der US-Verbündeten. Der

kritischste Verbündete der USA, Saudi-Arabien, erwog im März 2022, Öl an die Chinesen für chinesische Yuan statt für US-Dollar zu verkaufen, ein Schritt, der die US-Wirtschaft stürzen würde. Das Scheitern der USA in der Ukraine-Krise wird langfristig das internationale Ansehen der Vereinigten Staaten beschädigen und viele Nationen werden zögern, bilaterale Beziehungen zu ihnen aufzunehmen, was langfristig dazu führen wird, dass die USA zu einem Paria-Staat werden. Die USA laufen nun Gefahr, ihren Status als wirtschaftliche und militärische Supermacht zu verlieren, während sie die Implikationen der Bemühungen Deutschlands, ein eigenes Militärarsenal aufzubauen und sich wieder als militärische Großmacht in Westeuropa zu etablieren, völlig vergessen. Dies, kombiniert mit der Tatsache, dass Deutschland als führende Volkswirtschaft und als eine der führenden Gläubigernationen in der Eurozone über wirtschaftliches Gewicht in Westeuropa verfügt, macht es umso wahrscheinlicher, dass Deutschland irgendwann versuchen wird, die Eurozone zu verlassen oder die Kontrolle über die Eurozone zu übernehmen Europäische Zentralbank, und auch die Position der Vereinigten Staaten als wichtigster Verbündeter Saudi-Arabiens an sich reißen.

Kapitel 11: Der Aufstieg des amerikanischen Marxismus

Die Argumente für eine entstehende marxistische Bewegung in Amerika lassen sich aus einem Auszug aus John Maynard Keynes' Buch The Economic Consequences of the Peace extrapolieren. Hier legt es den Grundstein für Aufstieg und Fall eines kapitalistischen Systems:

Europa wurde sozial und wirtschaftlich organisiert, um eine maximale Kapitalakkumulation zu gewährleisten. Während sich die täglichen Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung stetig verbesserten, war die Gesellschaft darauf ausgelegt, einen Großteil des gestiegenen Einkommens an die Klasse abzugeben, die es am wenigsten verbrauchen würde. Die neuen Reichen des 19. Jahrhunderts wurden nicht dazu erzogen, zu viel auszugeben, sondern zogen die Macht, die ihnen Investitionen verliehen, den Freuden des unmittelbaren Konsums vor. Tatsächlich war es die sehr ungleiche Verteilung des Reichtums, die die enormen Anhäufungen von Anlagevermögen und Kapitalzuwächsen ermöglichte, die dieses Zeitalter von allen anderen unterschieden. Tatsächlich lag hierin die Hauptrechtfertigung des kapitalistischen Systems. Wenn die Reichen ihren neu erworbenen Reichtum für ihre eigenen Vergnügungen ausgegeben hätten, hätte die Welt ein solches Regime schon vor langer Zeit als unerträglich empfunden. Aber wie die Bienen sparten und sammelten sie, nicht minder zum Wohle der ganzen Gemeinschaft, weil sie selbst engere Ziele vor Augen hatten.

Die gewaltigen Anhäufungen von Anlagekapital, die zum großen Nutzen der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Krieg aufgebaut wurden, hätten niemals in einer Gesellschaft zustande kommen können, in der der Reichtum gerecht verteilt war. Die Eisenbahnen der Welt, die damals als Denkmal für die Nachwelt errichtet wurden, waren nicht weniger

als die Pyramiden Ägyptens die Arbeit der Arbeit, die nicht frei war, das volle Äquivalent ihrer Arbeit in unmittelbarem Genuss zu verzehren.

Daher hing dieses bemerkenswerte System für sein Wachstum von einem doppelten Bluff oder einer Täuschung ab. Einerseits akzeptierte die Arbeiterklasse aus Unwissenheit oder Ohnmacht, oder wurde gezwungen, überredet oder durch Sitte, Konvention, Autorität und die etablierte Gesellschaftsordnung überredet, eine Situation zu akzeptieren, in der sie sehr wenig telefonieren konnte der Kuchen, den sie zu backen halfen, gehörte ihnen, die Natur und die Kapitalisten arbeiteten zusammen. Andererseits durften die Kapitalistenklassen den größten Teil des Kuchens besitzen und theoretisch frei konsumieren, unter der stillschweigenden Bedingung, dass sie in der Praxis nur sehr wenig davon konsumierten. Die Pflicht des „Sparens“ wurde zu neun Zehnteln der Tugend und das Anpflanzen des Kuchens zum Objekt wahrer Religion. All jene Instinkte des Puritanismus, die sich zu anderen Zeiten der Welt entzogen und die Kunst der Produktion und des Genusses vernachlässigt haben, sind mit dem Nichtessen des Kuchens verwoben. Und so wuchs der Kuchen; aber zu welchem Zweck war nicht klar gedacht. Einzelpersonen würden ermahnt, lieber zu zögern als sich zu enthalten und die Freuden der Sicherheit und Erwartung zu kultivieren. Sparen war für das Alter oder für Ihre Kinder; aber das war nur theoretisch - der Vorteil des Kuchens war, dass er niemals gegessen werden durfte, weder von Ihnen noch von Ihren Kindern nach Ihnen.

Wenn ich dies schreibe, verunglimpfe ich also nicht unbedingt die Praktiken dieser Generation. In den unbewussten Winkeln ihres Seins wusste die Gesellschaft, was auf dem Spiel stand. Der Kuchen war in der Tat sehr klein im Verhältnis zum Appetit, und niemand wäre viel besser dran, wenn er ihn anschneiden würde, wenn er von allen geteilt würde. Die

Gesellschaft arbeitete nicht für die kleinen Freuden von heute, sondern für die zukünftige Sicherheit und Verbesserung der Rasse - ja für "Fortschritt". Wenn nur der Kuchen nicht geschnitten würde, sondern in dem von Malthus vorhergesagten geometrischen Bevölkerungsverhältnis wachsen könnte, aber nicht weniger für den Zinseszins gilt, könnte vielleicht der Tag kommen, an dem endlich genug für alle da wäre und die Nachwelt sich an unserem erfreuen könnte Arbeit. An diesem Tag hätten Überarbeitung, Überbelegung und Unterernährung ein Ende gefunden, und die Menschen könnten sich der Annehmlichkeiten und Notwendigkeiten des Körpers sicher sein und zu den edleren Übungen ihrer Fähigkeiten übergehen. Ein geometrisches Verhältnis konnte ein anderes außer Kraft setzen, und das neunzehnte Jahrhundert war in der Lage, die Fruchtbarkeit der Arten in einer Betrachtung der schwindelerregenden Tugenden des Zinseszinses zu vergessen.

Bei dieser Aussicht gab es zwei Fallstricke: Damit die Bevölkerung die Akkumulation nicht noch überflügelt, fördert unsere Selbstverleugnung Zahlen, nicht Glück; und damit der Kuchen im Krieg nicht vorzeitig gegessen wird, der Konsument all dieser Hoffnungen.

Aber diese Gedanken führen zu weit von meinem jetzigen Ziel ab. Ich versuche nur darauf hinzuweisen, dass das auf Ungleichheit basierende Prinzip der Akkumulation ein integraler Bestandteil der damaligen Gesellschafts- und Fortschrittsordnung der Vorkriegszeit war, und zu betonen, dass dieses Prinzip auf instabilen psychologischen Bedingungen beruhte, die kann unmöglich repliziert werden. Es war nicht natürlich, dass eine Bevölkerung, die so wenig den Komfort des Lebens genoss, so stark zunahm. Der Krieg offenbarte allen die Möglichkeit des Konsums und vielen die Eitelkeit der Abstinenz. So wird die Klippe entdeckt; Die Arbeiterklasse mag nicht mehr bereit sein, sie so sehr aufzugeben, und die Kapitalistenklasse,

die nicht mehr zuversichtlich in die Zukunft ist, versucht möglicherweise, ihre Konsumfreiheiten, solange sie bestehen, in vollen Zügen zu genießen und damit die Stunde ihrer Beschlagnahme herbeizuführen .

Es steht außer Frage, dass die Verkettung von Krisenereignissen über einen kurzen Zeitraum in den Vereinigten Staaten einen erheblichen Einfluss darauf haben wird, wie Verbraucher mit ihrem persönlichen Geldverhalten umgehen. Ereignisse wie die Zersplitterung des Landes entlang politischer und ethnischer Linien; die überwältigende Zahl von Massenerschießungen im Land; gewalttätige Unruhen und wiederauflebende Mordraten; eine globale COVID-19-Pandemie, bei der Amerika am schlechtesten abschneiden und die höchste Sterblichkeitsrate aller Länder erleiden würde; ein Krieg in Osteuropa, der Gefahr läuft, einen globalen Konflikt nuklearen Ausmaßes auszulösen. All dies wird zu dem führen, was Keynes in „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens" beschreibt. Das Gefühl des bevorstehenden Untergangs, der in den Köpfen vieler die „Eitelkeit der Abstinenz" unterstreicht und die Bedeutung des Konsums erhöht. Und da diejenigen, die über die Macht des Investitionskapitals verfügen, nicht mehr „mit Zuversicht in die Zukunft blicken", könnte ihre Entscheidung, „ihre Konsumfreiheiten in vollen Zügen zu genießen, solange sie bestehen", ein nüchternes Bewusstsein für Vermögensungleichheit auslösen, das auslösen würde, was Karl Marx als proletarische Revolution definieren würde. Die Aufhebung des Tugendstatus, der einst mit energischem Sparen und Sparen verbunden war, gefolgt von der Zunahme auffälliger Ausgaben und Konsumtion unter den wohlhabenderen Klassen inmitten eines wachsenden Vertrauensverlustes in die Zukunft, wird die Bühne für Klassenkampf und eine sehr reale kommunistische Revolution bereiten in den Vereinigten Staaten.

Kapitel 12: Ein zweites Kommen des Nichtangriffspaktes

Wenn es um einen zweiten Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Russland geht, können wir auf Keynes zurückblicken und sehen, dass er sich der Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen für das Weltwirtschaftsklima bewusst war. Er schreibt in The Economic Consequences of Peace:

Ich sehe keine Möglichkeit, diesen Produktivitätsverlust in angemessener Zeit zu beheben, außer durch die Vermittlung deutscher Unternehmen und Organisationen. Es ist für Engländer, Franzosen oder Amerikaner geografisch und aus vielen anderen Gründen unmöglich, dies zu tun; wir haben weder den Anreiz noch die Mittel, die Arbeiten in ausreichendem Umfang durchzuführen. Deutschland dagegen hat die Erfahrung, den Ansporn und weitgehend das Material, den russischen Bauern mit der seit fünf Jahren hungernden Ware zu versorgen, das Transport- und Sammelgeschäft neu zu organisieren und damit wir können den gemeinsamen Vorteil nutzen, die Versorgung, von der wir jetzt so katastrophal abgeschnitten sind, in den Pool der Welt zu stecken. Es liegt in unserem Interesse, den Tag zu beschleunigen, an dem deutsche Agenten und Organisatoren in der Lage sein werden, die Impulse gewöhnlicher wirtschaftlicher Motive in jedem russischen Dorf in Gang zu setzen. Dies ist ein Prozess, der ziemlich unabhängig von der Regierungsbehörde in Russland ist; aber wir können sicherlich mit einiger Gewissheit vorhersagen, dass die Wiederbelebung des Handels, der Annehmlichkeiten des Lebens und der gewöhnlichen wirtschaftlichen Motive die Wiederbelebung des Handels, der Annehmlichkeiten des Lebens und der gewöhnlichen wirtschaftlichen Motive wahrscheinlich nicht fördern werden, sei es die Wiederbelebung der Form oder nicht des Kommunismus, der von der Sowjetregierung

befürwortet wird, erweist sich dauerhaft als geeignet für das russische Temperament oder nicht extreme Formen jener Lehren von Gewalt und Tyrannei, die Kinder von Krieg und Verzweiflung sind.

Lassen Sie uns also in unserer Russlandpolitik nicht nur die von der deutschen Regierung angekündigte Politik der Nichteinmischung begrüßen und nachahmen, sondern auch von einer Blockade absehen, die unseren eigenen dauerhaften Interessen schadet und illegal ist, um Deutschland dabei zu helfen, seinen Platz in To zu erlangen Europa als Schöpfer und Organisator von Reichtum für seine östlichen und südlichen Nachbarn zurückzuerobern.

Es gibt viele Personen, bei denen solche Vorschläge starke Vorurteile hervorrufen werden. Ich bitte sie, das Ergebnis des Nachgebens gegenüber diesen Vorurteilen im Geiste zu verfolgen. Wenn wir uns im Detail allen Mitteln widersetzen, mit denen Deutschland oder Russland ihr materielles Wohlergehen wiedererlangen können, weil wir nationalen, rassischen oder politischen Hass anf ihr Volk oder ihre Regierungen empfinden, müssen wir bereit sein, uns den Folgen solcher Gefühle zu stellen. Auch wenn es keine moralische Solidarität zwischen den eng verwandten Rassen Europas gibt, gibt es eine wirtschaftliche Solidarität, die wir nicht ignorieren können. Die Weltmärkte sind bereits eins. Wenn wir Deutschland nicht erlauben, Produkte mit Russland auszutauschen und sich so zu ernähren, wird es zwangsläufig mit uns um Produkte der Neuen Welt konkurrieren müssen. Je erfolgreicher es uns gelingt, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu stärken, desto mehr werden wir das Niveau unserer eigenen wirtschaftlichen Standards senken und unsere eigenen innenpolitischen Probleme verschärfen. Dies soll das Problem auf die niedrigste Ebene bringen. Es gibt noch andere Argumente, die auch der Dümmste nicht ignorieren kann, gegen eine Politik der

Verbreitung und Förderung des wirtschaftlichen Ruins großer Länder.

Diese Worte von Keynes gelten für die heutige Welt, eine Welt, die Zeuge der russischen Aggression gegen ihren wichtigsten westlichen Nachbarn, die Ukraine, wird. Die These dieses Buches, dass Deutschland direkt mit den USA um Einfluss im Nahen Osten konkurriert, stimmt mit Keynes überein, wenn er sagt: „Wenn wir Deutschland nicht erlauben, Produkte mit Russland auszutauschen und sich so zu ernähren, wird es unweigerlich muss." Wir konkurrieren mit Russland um die Produkte der Neuen Welt.“ Diese Aussage an sich bestätigt die These, dass Deutschland zweifellos versuchen wird, die US-Interessen im Nahen Osten zu untergraben und einen Petroeuro- oder Petrodeutschmark-Deal mit Saudi-Arabien aufzusetzen, der das alte Petrodollar-Abkommen ersetzt und ausläuft.

Während die USA aus internationalen Angelegenheiten verschwinden, wird deutlich, wie die USA ihren eigenen wirtschaftlichen und innenpolitischen Niedergang herbeiführen. Es zeichnet sich ab, dass sich der russische Rubel erholen wird, da Russland den USA Düngemittel vorenthält und damit den Ethanolmarkt mit seinen Weizen- und Maisüberschüssen übernimmt. Dies würde mit Deutschlands militärischer, politischer und wirtschaftlicher Expansion in Westeuropa und Saudi-Arabien zusammenfallen, das Öl gegen deutsche Währung im Austausch gegen Sicherheitsgarantien aus Deutschland verkauft. Sowohl Deutschland als auch Russland teilen die gleichen Ziele einer multipolaren, multilateralen Welt und könnten versuchen, den Nichtangriffspakt zusammen mit einem Wirtschaftsabkommen und einem Geheimprotokoll, das ihre jeweiligen Einflusssphären umreißt, wiederherzustellen. Zentralafrika wird dafür die Plattform sein, da die Aufrechterhaltung einer multipolaren Welt die Abschreckung der

einen Einheit erfordern wird, die darauf besteht, ihren unipolaren Moment fortzusetzen. Dies würde erreicht, indem die Versorgung mit einem der wichtigsten Mineralien für militärische Stärke kontrolliert wird. Dieses Mineral ist Kobalt.

Der neue Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Russland und der Demokratischen Republik Kongo (DRC) könnte einen Friedensplan inszenieren, in dem Russland Kobalt im Kongo abbauen darf, im Austausch dafür, dass Russland der DRC militärische Unterstützung leistet und dies zulässt Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo soll damit in Russlands geopolitischen Krisen vermitteln. China würde die Infrastruktur im Kongo weiter ausbauen, während Deutschland der Demokratischen Republik Kongo Waffen aus der Ukraine zur Verfügung stellen würde, im Austausch dafür, dass es im Kongo einen Damm bauen darf, um grünen Wasserstoff zu entwickeln, mit der Option, Kobalt entweder direkt von Chinesen oder Russen zu kaufen Bergbauunternehmen, die im Kongo tätig sind. Im Rahmen dieses Abkommens wird die ukrainische Wirtschaft durch den Aufbau einer Rüstungsexportindustrie gestärkt, deren Hauptabnehmer Deutschland wird, indem es Waffen aus der Ukraine kauft und sie nach Zentralafrika verschifft. Diese Vereinbarung würde in Deutschlands neuem Nichtangriffspakt mit Russland detailliert beschrieben. Sobald der größte Teil des Krieges zwischen der Ukraine und Russland abgeklungen ist, wird die Ukraine ein beträchtliches Militärarsenal angehäuft haben, das ihr von den Vereinigten Staaten und einem Großteil Westeuropas geliefert wird, und wird die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Ukraine der größte Nettoexporteur von Waffen wird .

Der Konflikt in der Ukraine, vom Bürgerkrieg in der Ostukraine im Jahr 2014 bis zur russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022, hat die Notwendigkeit unterstrichen, die Armee und die Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine zu stärken.

Ein Großteil dieses Bedarfs wird schließlich durch Waffenproduktion, -modernisierung und -reparatur auf die Schultern des militärisch-industriellen Komplexes der Ukraine fallen. Aber seit der russischen Invasion des Landes im Jahr 2022 hat die Waffennachfrage der Ukraine ihr Angebot überschritten, und aus diesem Grund wird sie in naher Zukunft zu einem Nettoimporteur von Waffen, was darauf hindeutet, dass sie immer noch für Waffen bezahlen müssen, die ihnen von der Ukraine geliefert werden West wurden als Reaktion auf die russische Invasion geliefert. Der Bürgerkrieg in der Ostukraine im Jahr 2014 und die russische Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 hatten dazu geführt, dass der ukrainische Waffenexportmarkt zusammengebrochen war und von seiner vorherigen Position unter den Top 10 der weltweiten Waffenexporte zurückgefallen war. 2012, vor dem Bürgerkrieg im Donbass, war die Ukraine der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Damit die ukrainische Armee auf dem globalen Waffenmarkt konkurrenzfähig ist, müssen Waffenhersteller in der Region außerdem Waffen produzieren, die dem technologischen Niveau der importierten Waffen entsprechen. Dies erfordert ein gewisses Maß an Reverse Engineering. Diese Erkenntnis des Rüstungsexportpotenzials der Ukraine wird jetzt relevant, da ihre Waffenlieferungen exponentiell zugenommen haben und die wirtschaftliche Erholung immer noch ein Problem ist, das angegangen werden muss. Die Ukraine ist in Bezug auf die Waffenproduktion hinter den technologisch fortschrittlichsten Nationen der Welt zurückgeblieben, und die meisten Waffen, die vom militärisch-industriellen Komplex der Ukraine hergestellt werden, stammen mit einigen geringfügigen Verbesserungen aus der Sowjetzeit. Aber jetzt, mit dem Krieg in der Ukraine im Jahr 2022, werden die einheimischen Waffenhersteller der Ukraine Zugang zu neuen Technologien haben.

Die USA versuchen, den Kreuzzug anzuführen, indem sie auf

kobaltarme Kathodenmaterialien für Elektrofahrzeugbatterien drängen. Die einzige vielversprechende Perspektive scheinen Kathodenmaterialien mit hohem Nickel- oder hohem Mangangehalt zu sein. Dennoch sind die USA kein bedeutender Nickelproduzent und werden wahrscheinlich vom ausländischen Vertrauen in das Material abhängig bleiben. Der Unterschied zwischen Nickel und Kobalt in Bezug auf US-Importe besteht darin, dass es für die USA einfacher wäre, Nickelimporte aus Kanada zu sichern als Kobaltimporte aus Zentralafrika. Die andere Option ist Mangan. Batterien mit einer Kathode mit hohem Mangangehalt sind sicherer und billiger als solche mit Kathodenmaterialien mit hohem Nickelgehalt. Allerdings gibt es in der Batterieforschung immer einen Kompromiss. In diesem Fall von höherem Mangan verringert die Erhöhung des Mangangehalts die Stabilität der Kathode, was ihre Leistung beeinträchtigt. Die US-Verteidigung finanziert die Erforschung von Mangankathoden für Batterien, um ihre Abhängigkeit von Batterieimporten aus China zu verringern. Eine erfolgreiche Implementierung von Mangan, das auf der Erde häufiger vorkommt als Kobalt, würde die allgemeine Abhängigkeit von kongolesischem Kobalt verringern. Während viele der Forschung zur Verwendung von Mangan in EV-Batterien vertrauen, gibt es immer noch Stabilitätsprobleme, die nicht gelöst wurden.

Der Kongo verfügt über 70 % der weltweiten Versorgung mit Kobalt, dem wichtigsten Element in Lithiumbatterien, da es sie vor Überhitzung und Feuer schützt. Wenn Russland Zugang zu den Kobaltreserven des Kongo erhält, werden sie einen gewissen Einfluss auf Chinas Exporte von Lithiumbatterien und damit auf die Verteidigungsfähigkeiten der meisten Länder haben, da die überwiegende Mehrheit der modernen Militärausrüstung auf batteriebetriebener Elektrizität beruht. Derzeit hat China als größter Exporteur von Lithiumbatterien und Lithiumhydroxid den größten Einfluss in dieser Hinsicht. Wenn der Kongo den Russen

Zugang zu seinen Kobaltreserven bietet, wird Russland einen ähnlichen Einfluss auf den Westen haben wie China, und dies wird höchstwahrscheinlich mehr westliche Nationen unter Druck setzen, mit Russland genauso vorsichtig zu sein wie mit China, um die USA nicht zu verärgern Wirtschaftsordnung. Diese Abhängigkeiten scheinen das einzige Hindernis für den Ausbruch größerer Kriege zu sein.

Im Moment müssen alle angeblichen Kobaltersatzstoffe in Bezug auf Batterielebensdauer und Zyklenlebensdauer noch mit Kobalt mithalten, die beide für US-Verteidigungssysteme, längere Missionen und Langstrecken-EVs unerlässlich sind. Während der Einsatz von kobaltfreien Batterien in Haushalten/Haushalten in naher Zukunft machbar sein dürfte, werden unsere Schlüsselindustrien aufgrund der geringeren Energiedichte kobaltfreier Batterien noch einige Zeit auf Batterien angewiesen sein, die ausreichend Kobalt enthalten. Wenn China und Russland die Kontrolle über einen Großteil der weltweiten Kobaltreserven erlangen, wird die nationale Verteidigung der USA wirtschaftlich von diesen Ländern abhängig sein, um ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten aufrechtzuerhalten. In diesem Fall hätten China und Russland mehr Einfluss, um eine rücksichtslose US-Außenpolitik abzuschrecken. Literaturverzeichnis Alle unten aufgeführten Quellen dienen der Paraphrasierung und Erläuterung des Themas

Band III: Russlands Komfort (Wie US-Straflosigkeit den Standard setzt)

(geschrieben am 22. Juni 2022)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Dieses Buch erklärt, warum Amerikas Gräueltaten im Nahen Osten es einigen Amerikanern in den USA schwer machen, Russlands Invasion in der Ukraine offen zu verurteilen. Schon vor Amnestys Bericht über die Ukraine, der dokumentierte, dass ukrainische Soldaten zivile Gebiete zur Errichtung von Stützpunkten nutzten, waren Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty und westliche Medien in ihrer Berichterstattung über den Krieg weitgehend einseitig und machten Russland im Alleingang für Kriegsverbrechen in der Ukraine verantwortlich. In ihren eigenen Berichten zitierten sie jedoch Beweise dafür, dass ukrainische Streitkräfte auch Truppen und militärische Ausrüstung in zivile Gebiete verlegt und Raketen auf Wohngebiete abgefeuert hatten. Seit 2014 hat die Ukraine als erstes Land in dem Konflikt Raketen auf Wohngebiete abgefeuert. Dies geschah bereits im Juli 2014, bevor Russland begann, die Separatisten zu bewaffnen. Offenbar wussten die prorussischen Separatisten im Voraus, worauf sie sich einließen, ebenso wie diejenigen, die sie in der Ostukraine zu vertreten vorgeben. Bestimmte auslösende Faktoren wurden angeführt, um den Separatismus zu rechtfertigen, wie das Feuer in Odessa, das 48 ethnische Russen tötete und letztendlich die Spannungen in der Ostukraine schürte. Das ist die russische Perspektive auf diesen Krieg.

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine konnten diejenigen, die die Hintergründe des Konflikts nicht verfolgt haben, das russische Element nur ignorant als „böse“ zusammenfassen. Kombiniert man dies mit der unverhohlenen Heuchelei, die der Westen anwendet, um seine eigenen abscheulichen imperialistischen Aktionen im Nahen Osten weiterhin zu ignorieren, ist es kein Wunder, dass in den USA großes Misstrauen gegenüber Berichten über die Ukraine entstanden ist. Dieser Krieg begann 2014 und eskalierte nach

einem Ereignis erheblich. Der Mangel an Rechenschaftspflicht gegenüber den Tätern nährte eine wachsende separatistische Bewegung. Das Ereignis war das Massaker an ethnischen Russen in Odessa im Jahr 2014, ein Verbrechen, für das niemand zur Rechenschaft gezogen wurde. Vor der Tragödie brachen in der Ukraine Unruhen aus, nachdem der damalige pro-russische Präsident Viktor Janukowitsch beschlossen hatte, kein Wirtschaftsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, das die Ukraine näher an den Westen und weiter von ihrem Bruder Russland entfernt hätte. Dieser Schritt seinerseits stieß auf Proteste in ganz Kiew, was zu seinem Sturz führte. Es würden verstärkte Spannungen zwischen extremistischen Elementen in der ukrainischsprachigen Bevölkerung und der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine folgen, die im Osten und Süden bedrohlicher sind, wo sich eine Mehrheit der Pro-Russen in einer Welle des russischen Nationalismus sammelte. Am 2. Mai 2014 brach in der Stadt Odessa eine Konfrontation zwischen pro-ukrainischen und pro-russischen Gruppen aus, als pro-russische Gruppen gegen einen pro-ukrainischen Marsch demonstrierten. Die pro-russischen Demonstranten in Odessa waren bereits im März 2014 beschuldigt worden, versucht zu haben, Odessa von der Ukraine zu trennen, aber die pro-russischen in Odessa haben nie eine Erklärung abgegeben, sondern nur auf mehr Autonomie innerhalb von Odessa bestanden, wobei Odessa zu "Novorossiya" wurde. Am 2. Mai kam es in den Straßen von Odessa zu Zusammenstößen zwischen pro-russischen und pro-ukrainischen Demonstranten. Die Kämpfe begannen, als prorussische Aktivisten beschlossen, eine ukrainische Einheitsparade zu stören. Als später Gewalt ausbrach, wurden zwei Pro-Ukrainer und vier Pro-Russen in den anschließenden Kämpfen getötet, bei denen Demonstranten auf beiden Seiten Benzinbomben, Steine und Schusswaffen einsetzten. Berichten zufolge war die erste Person, die das Feuer

eröffnete, ein pro-russischer Aktivist mit einer AK47, der den ersten Tod während der Begegnung verursachte. Pro-ukrainische Gruppen wurden daraufhin in den sozialen Medien aufgerufen, das Lager anzugreifen, das die pro-russischen Gruppen in Pol Kulikovo vor dem Gewerkschaftshaus errichtet hatten. Als die Pro-Ukrainer in weitaus größerer Zahl als die Pro-Russen eintrafen, zerstörten und steckten sie das Lager in Brand und zwangen die pro-russischen Aktivisten, im Gewerkschaftsgebäude Zuflucht zu suchen. Zahlreiche Berichte kursierten, dass Bewohner des Gebäudes es versehentlich in Brand gesteckt hätten, als beide Seiten in der Konfrontation Molotow-Cocktails aufeinander warfen, aber die Kyiv Post berichtete, dass pro-ukrainische Gruppen die Molotow-Cocktails durch den Vordereingang in das Gebäude geworfen hätten sowie durch die Fenster im zweiten und vierten Stock. Zeugen berichteten, dass viele, die versuchten, dem Feuer zu entkommen, von pro-ukrainischen Gruppen schwer geschlagen wurden. Unterdessen weigerte sich die Polizei einzugreifen, was dazu führte, dass 48 ethnische Russen, darunter einige Frauen und Kinder, bei dem Feuer getötet wurden. Es gibt absolut keine Rechenschaftspflicht für die Täter und keine Gerechtigkeit für die Opfer dieses Feuers, und viele Einwohner von Odessa hegen auch nach der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 immer noch Groll Raketen in zivile Gebiete im von Separatisten kontrollierten Donezk, in einem Akt der Aggression, bei dem über ein Dutzend weitere Zivilisten getötet wurden. Human Rights Watch dokumentierte den Vorfall, gab aber beiden Seiten die Schuld, obwohl Beweise gesammelt und dokumentiert wurden, dass es in den betroffenen Vierteln keine Militanten der Separatisten oder Waffen gab. Die Tragödie von Odessa im Mai 2014, gefolgt vom wahllosen Einsatz ungelenkter Grad-Raketen durch ukrainische Streitkräfte in zivile Gebiete im Juli 2014, veranlasste Russland, sich einzumischen, da der russische Präsident Putin im selben

Monat versprach, ethnischen Russen im In- und Ausland Schutz zu bieten .

Die Ironie des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 besteht darin, dass der ukrainische Präsident Vlodymyr Selenskyy fast darauf aus war, die Beschwerden der ethnischen Russen in der Ostukraine anzusprechen, sowohl an der Sprachfront als auch in der Frage der Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Tragödie von Odessa. Das Land schien am Rande der Heilung zu stehen, mit einem Führer, der russischer Muttersprachler ist. Aber vielleicht war es zu spät. Schließlich löste Zelenskys Entscheidung, die Aufnahme der Ukraine in den multinationalen Block namens NATO zu beantragen, eine Organisation, der die internationale Gemeinschaft erlaubt hat, ungestraft und ohne Rechenschaftspflicht zu operieren, eine russische Reaktion aus. Dies hat zu weit verbreiteten Nachwirkungen und Ängsten vor einer nuklearen Eskalation geführt. Unglücklicherweise für die Ukraine erwiesen sich die Ouvertüren, die die Vereinigten Staaten ihr kurz vor dem 24. Februar 2022 übermittelten, als nichts weiter als leere Gesten.

Kapitel 1: US-Beteiligung und Heuchelei

Mitte März 2022 feuerten russische Truppen eine Reihe von Raketen auf eine Militäranlage in Yavotiv im Oblast Lyiv nahe der ukrainisch-polnischen Grenze ab. Die Langstreckenraketen, die eine Militäranlage in Lyiv getroffen haben, sollen von Kampfflugzeugen stammen, die über dem Schwarzen Meer operieren. Zu Beginn seiner Invasion versuchte Russland, die Luftverteidigung der Ukraine zu stören, indem es eine Reihe militärischer und ziviler Ziele mit Langstreckenraketen traf. Einige von ihnen wurden aus Weißrussland abgefeuert und trafen den Zivilflughafen Schytomyr. Der Mangel an US-Luftunterstützung ermöglichte es Russland, eine beträchtliche Anzahl der ukrainischen Luftverteidigung auszulöschen. Die USA sorgten jedoch dafür, am 1. März eine Kontrolllinie zwischen ihnen und den russischen Streitkräften einzurichten, um sicherzustellen, dass es zwischen den USA und Russland nicht zu einer Eskalation kam. Trotz des anfänglichen Mangels an westlicher Unterstützung gelang es der Ukraine, russische Flugzeuge zu zerstören, 10 davon am 5. März. Am 6. März zerstörte die Ukraine 88 russische Kampfflugzeuge seit Beginn des Krieges am 24. Februar Die USA würden keine Kampfflugzeuge in die Ukraine schicken, da die Ukraine immer noch über eine erhebliche Mehrheit ihrer Militärflugzeuge verfügt. Trotz der Weigerung der USA, in dieser Hinsicht zu helfen, bedeutete der Einsatz von Boden-Luft-Raketen in der Ukraine in Verbindung mit Russlands Mangel an präzisionsgelenkten Fähigkeiten, dass die russischen Luftstreitkräfte fliegen und Luftangriffe in niedrigeren Höhen starten mussten, was sie anfällig machte von der Oberfläche getroffen wurden Luftraketenwerfer. Ukrainische Soldaten haben russische Flugzeuge mit Schulterwerfern abgeschossen. Ein

weiterer Faktor, der den russischen Vormarsch verlangsamte, war die Unerfahrenheit seiner Piloten.

Wenn es um Seekriegsführung ging, hatte die Kontrolle über das Schwarze Meer Priorität. Die Türkei blockierte jedoch kurz nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine den Zugang Russlands durch den Bosporus und die Dardanellen. Dies geschah vier Tage, nachdem gemeldet wurde, dass ein russisches Kriegsschiff Snake Island angegriffen und die Kontrolle übernommen hatte. Die Ukraine konnte den Angriff mit Hilfe des US-Geheimdienstes abwehren, der ihnen half, russische Kriegsschiffe mit Drohnen zu lokalisieren. Russland konnte unterdessen etwa 12 ukrainische Schiffe in Berdjansk erobern, während die Ukraine berichtete, ein dort angedocktes russisches Schiff zerstört zu haben. Im März versuchte die Internationale Seeschifffahrtsorganisation der Vereinten Nationen angesichts der Nahrungsmittelknappheit, die durch die Unfähigkeit der Ukraine, ihr Getreide zu versenden, verursacht wurde, einen Seekorridor einzurichten, der Handelsschiffen einen sicheren Zugang ermöglichen würde. Die Ukraine hat das Seegebiet in der Nähe ihrer Häfen bereits vermint, um russische Schiffe abzuwehren, während sie gleichzeitig ihre eigenen Exportmöglichkeiten einschränkt.

Russlands wichtigstes Schiff im Schwarzen Meer, die Moskwa, wurde von ukrainischen Neptun-Anti-Schiffs-Marschflugkörpern zerstört und versenkt. Sowohl die USA als auch Russland bestätigten dies. Russland feuerte daraufhin Raketen auf Kiew ab und zerstörte die Raketenfabrik des Luch Design Bureau, die die Neptun-Raketen herstellte. Dennoch leistete die Ukraine weiterhin Widerstand gegen den Angriff der russischen Marine und versuchte Anfang Mai 2022, Snake Island zurückzuerobern, und zerstörte ein russisches Landungsboot der Serba-Klasse, das im Schwarzen Meer operierte. Sie feuerten auch ein Sperrfeuer von Bomben auf Snake Island ab, wo die russischen Streitkräfte

stationiert waren. Einer der größten Schrecken des Russland-Ukraine-Konflikts war die Möglichkeit, dass Russland in einem Akt der Verzweiflung taktische Atomwaffen einsetzen würde, um als Sieger zu erscheinen. Im April begann Russland mit dem Testen seiner Satan-2-Raketen und drohte den USA wegen ihrer Beteiligung an der Hilfe für die Ukraine. Aufgrund des Mangels an Sorgfalt Russlands während des Angriffs auf Saporischschja und Khrenobyl, der dazu führte, dass das Kernkraftwerk Saporischschja in Brand geriet, nachdem Russland Raketen in der Nähe seines Standorts abgefeuert hatte, forderte Präsident Selenskyj die internationale Gemeinschaft auf, zu überdenken, ob Russland seine Atomkraft fortsetzen darf Entwicklungsressourcen. Selenskyj forderte einen Konsens darüber, dass Russlands Nuklearversorgung auf internationaler Ebene verwaltet werden sollte. Deutschland schickte dann Panzer in die Ukraine, was zu weiteren Drohungen Russlands führte, Drohungen, die die Möglichkeit eines präventiven Atomschlags gegen Nationen erklärten, die der Ukraine während des Krieges geholfen hatten. Russland verfügt über das größte Atomwaffenarsenal der Welt. Russlands Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen führten zum Rücktritt des russischen Diplomaten Boris Bondarev.

Selenskyjs Entscheidung, Zivilisten gegen die russische Invasion zu bewaffnen, wurde in einigen Medienkreisen wie der Washington Post in Frage gestellt, weil befürchtet wurde, dass dies den Schaden eskalieren würde. Viele Einwohner der Ukraine meldeten sich freiwillig, um für die Verteidigung der Ukraine zu kämpfen, während andere Molotow-Cocktails herstellten, um sie gegen russische Streitkräfte einzusetzen. Zivilisten drehten auch russische Straßenschilder um, um russische Truppen hinsichtlich ihres genauen Standorts zu verwirren. Es gab auch Straßenproteste gegen die Besetzung bestimmter Teile der Ukraine durch russische Truppen, die oft zu körperlicher und

verbaler Gewalt eskalierten. Einige Demonstranten filmten die russischen Truppen und notierten ihre Ausweisnummern. Andere Zivilisten begannen, Guerillaeinheiten zu bilden, ermutigt von den ukrainischen Verteidigungskräften. Als Reaktion auf die zivile Konfrontation feuerten russische Truppen ihre Waffen in die Luft oder in einigen Fällen auf die Demonstranten. Einige der Demonstranten wurden festgenommen, andere hingerichtet. Nachdem die Bewohner begonnen hatten, die Standorte russischer Truppen und Ausrüstung zu filmen und sie an die ukrainischen Streitkräfte zu schicken, um Angriffe zu erleichtern, wurden sie von den russischen Streitkräften als Kämpfer angesehen, die aktiv an Feindseligkeiten teilnehmen. Von da an eskalierten die Dinge schnell, und russische Truppen begannen, in Wohngebieten von Tür zu Tür zu gehen, Handys zu beschlagnahmen und Menschen festzunehmen, die russische Panzer fotografierten.

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch internationale Menschenrechtsorganisationen müssen die Verantwortung für dieses Paradigma übernehmen, das unerklärlicherweise von Ländern angewandt wird, die in den höheren Rängen der militärischen Fähigkeiten rangieren. Während die Durchsetzung von Repressalien gegen Nationen, die Menschenrechte verletzen, historisch weitgehend ausgeblieben ist, bestand das größte Versagen dieser Generation weniger in der Durchsetzung internationaler Vorschriften als in der konsequenten Anwendung solcher Standards. Das ungeheuerlichste Beispiel dafür findet jetzt während des Russland-Ukraine-Krieges statt. Internationale Organisationen haben sich gemeldet und Untersuchungen zu Russlands Vorgehen in der Ukraine eingeleitet und andere internationale Organisationen aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen, was während und nach der US-Invasion im Irak weitgehend ausblieb, ebenso wie viele internationale Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch weit

davon entfernt, die Vereinigten Staaten dazu zu drängen, interne Untersuchungen durchzuführen, obwohl sie wussten, dass die US-Invasion im Irak illegal und ungerechtfertigt war. Während jetzt, unter ähnlichen Umständen, während des Krieges zwischen Russland und der Ukraine, internationale Organisationen die internationale Gemeinschaft offen aufgefordert haben, Russland wegen Kriegsverbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Im Gegensatz zu Ermittlungen zu US-Kriegsverbrechen im Nahen Osten, bei denen Menschenrechtsermittler sicher waren, dass beide Seiten nicht genug getan hatten, um Zivilisten vor dem Kreuzfeuer zu schützen, haben viele, mit der möglichen Ausnahme von Amnesty International, keine Rolle ukrainischer Bewaffneter untersucht möglicherweise zur Gefährdung der Zivilbevölkerung beigetragen haben. Dieser Mangel an Gründlichkeit bei der Anwendung des Untersuchungsverfahrens wird der NATO und den USA grünes Licht geben, weiterhin gegen internationale Menschenrechtsstandards zu verstoßen, und die internationalen Menschenrechtsorganisationen werden sich dabei mitschuldig machen. Um dies zu umgehen, muss Russland die Übereinstimmung mit Amnesty International wiederherstellen, das gezeigt hat, dass es bei Bedarf eine gründliche Analyse durchführen wird. Die Bedeutung einer gründlichen Analyse ist für den Schutz von Zivilisten in Nationen, die Kriege oder Kämpfe darin nicht unterstützen. Dies wurde während der russischen Invasion in der Ukraine deutlich, als viele ukrainische Männer versuchten, das Land zu verlassen, aber gezwungen waren zu bleiben und zu kämpfen. Darüber hinaus haben es internationale Organisationen während des russisch-ukrainischen Krieges versäumt, Provokateure – deren einziger Zweck bei der Teilnahme an einer friedlichen öffentlichen Demonstration darin bestand, Maßnahmen zu ergreifen, die nur Unruhen hervorrufen würden – von denen des einfachen Zivilisten zu unterscheiden, deren einziges Ziel der Frieden war und Leben. Jene Demonstranten, die

hinausgingen und gezielt mit den Besatzern in Wohngebieten kämpften und dabei Zivilisten gefährdeten, wurden nie in den Ermittlungsrahmen einbezogen, was zumindest aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen den Schluss rechtfertigte, Russland habe die Tötung von Zivilisten angeordnet. Denken Sie daran, dass das internationale Kriegsrecht nur ab Beginn der Feindseligkeiten gilt, nicht ab den Umständen der Entscheidung, eine Militäroperation zu starten - gerechtfertigt oder nicht. Menschenrechte sind keine neue Dynamik im Weltgeschehen. Das Konzept gibt es schon seit Anbeginn der Zeit. Die Durchsetzung hat jedoch nie wirklich lange gedauert. In vielen Fällen konnten Opfer von Kriegsverbrechen erst nach einem Regimewechsel im Land der für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn beispielsweise Deutschland im Zweiten Weltkrieg nicht besiegt worden wäre, hätte es keine Nürnberger Prozesse zur Verfolgung von Nazifunktionären gegeben, die für Völkermord und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Deshalb fürchten viele Weltmächte den IStGH, denn der Erlass eines Haftbefehls gegen amtierende Regierungsbeamte ist letztlich ein Aufruf zum Regimewechsel, den separatistische Gruppen in vielen Ländern gerne tun. Historisch gesehen waren es oft fortschrittlichere und militärisch versiertere Nationen, die oft die ungeheuerlichsten Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Deutschland und Japan haben während des Zweiten Weltkriegs Millionen von Zivilisten abgeschlachtet, während die USA eine große Zahl von Kriegsverbrechen im Irak, im Nahen Osten und in Afrika begangen haben. In allen drei Fällen galten die beteiligten Nationen als die zivilisiertesten und fortschrittlichsten ihrer Zeit. Von 2003 bis 2022 haben die Vereinigten Staaten während ihrer illegalen Besetzung des Irak zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen, wie zum Beispiel: Gefangene, Kinder und Flüchtlinge wurden vergewaltigt, gefoltert

und misshandelt. Viele dieser Anschuldigungen wurden durch direktes Filmmaterial, Zeugeninterviews und Wikileaks-Berichte verifiziert und in einer Reihe von Forschungsarbeiten zusammengestellt, wie z.

Während der Besetzung des Irak wurden zahlreiche Zivilisten von US-Streitkräften getötet. Einige wurden durch direktes Feuer der US-Bodentruppen getötet, andere durch Luftangriffe der US Air Force. Drei der gewalttätigsten Vorfälle im Zusammenhang mit dem Massenmord an irakischen Zivilisten ereigneten sich in Fallujah, Haditha und Nisour Square. Während des gesamten Irakkriegs wurde dokumentiert, dass die USA Waffen mit abgereichertem Uran auf zivile Gebiete abgefeuert und dabei die Infrastruktur zerstört haben. Es wurde auch dokumentiert, dass die USA sowohl Streumunition als auch weißen Phosphor verwendet haben. Zusätzlich. Die USA haben nach zahlreichen Dementis zugegeben, Napalmbomben verwendet zu haben, eine Brandsubstanz, die seit 1980 von den Vereinten Nationen für den Einsatz in der Kriegsführung verboten wurde. Wikileaks bestätigte, dass die USA während des Krieges etwa 2836 chemische Waffen als Teil ihres Arsenals im Irak hatten. Russland hat während seiner Invasion in der Ukraine am 11. Juni 2022 keine chemischen Waffen eingesetzt. CS-Gas, das für den Einsatz in der Kriegsführung verboten ist, wurde auch von den USA während des Irakkriegs eingesetzt, der gegen Artikel I der Chemiewaffenkonvention verstieß.

Bomben mit abgereichertem Uran wurden von US-amerikanischen und britischen Streitkräften bei Luftangriffen im Irak auf zivile Gebiete abgeworfen und füllten die Luft mit intensiver Strahlung, die ernsthafte physiologische Probleme wie Krebs, Geburtsfehler, genetische Schäden und neurologische Probleme verursachen kann. Laut einer vom Lancet Journal veröffentlichten Studie töteten US-Streitkräfte im ersten Kriegsjahr zwischen 2003 und 2004 rund 100.000 Zivilisten im

Irak, die Hälfte davon Frauen und Kinder. Die meisten der getöteten Zivilisten starben bei Luftangriffen von US-geführten Streitkräften. Die Studie befragte 33 Stadtteile im Irak, die für die Gesamtbevölkerung am repräsentativsten waren, und kam zu dem Schluss, dass sich die Haupttodesursache von hauptsächlich anderen typischen Ursachen wie Herzinfarkt und Schlaganfall zu überwältigenden Todesfällen infolge von Gewalt verlagert hatte. Die Studie ergab, dass das Todesrisiko eines Irakers durch militärische Artillerie und Gewalt astronomisch höher war als vor der US-Invasion, nämlich 58-mal höher. Die Studie wurde umfassend überprüft und bearbeitet und begann, das Verhalten des US-Militärs während des Krieges in Zweifel zu ziehen. Es wurde von Les Roberts von der John Hopkins Bloomberg School of Public Health geleitet, der etwa fünf Ärzte in 988 Haushalten interviewen ließ, mit einer Umfrage Daten sammelte und sich dabei selbst einem Risiko aussetzte. Die Interviews sammelten Daten, die ihnen von Mitgliedern irakischer Haushalte gegeben wurden, die die Zahl der Geburten und Todesfälle in ihren Familien sowohl 14 Monate vor als auch 14 Monate nach der US-Invasion ihres Landes angaben. Während einige keine Sterbeurkunden vorlegten, waren die Umstände der in diesen Fällen gegebenen Informationen sowie der kulturelle Hintergrund so, dass die Interviewer es letztendlich für unwahrscheinlich hielten, dass sie die Informationen fabrizierten. Die Studie zeigte, dass die Säuglingssterblichkeit von 29 Todesfällen pro 1000 Geburten 14 Monate vor dem Krieg auf 57 Todesfälle pro 1000 Lebendgeburten 14 Monate nach Kriegsbeginn anstieg. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass Frauen während des Krieges keinen Zugang zu Krankenhäusern hatten und daher das Baby ohne angemessene medizinische Überwachung zur Welt bringen mussten. Der größte Anstieg war bei gewaltsamen Todesfällen zu verzeichnen, die die Studie hauptsächlich Luftangriffen zuschrieb, im Gegensatz zu Feindseligkeiten durch Bodentruppen. Sie

verzeichneten drei Vorfälle, bei denen Zivilisten durch Schüsse von Bodentruppen an Kontrollpunkten getötet wurden, winzig im Vergleich zu der Verwüstung, die durch Luftangriffe verursacht wurde. In den aufgezeichneten Fällen mit direktem Beschuss durch US-Truppen wurde das Opfer fälschlicherweise für einen Kombattanten gehalten. Die Studie dokumentierte, dass sich US-Truppen in diesen Fällen direkt bei den Familien entschuldigten. Die Stichprobe von 58 Vorfällen gewaltsamer Todesfälle, die von der Studie aufgezeichnet wurden, wurden alle durch Luftangriffe verursacht, wobei der schlimmste in Falludscha stattfand, wo eine Stichprobe von 75% der gewaltsamen Todesfälle auftrat. Ähnlich wie beim Bombenanschlag auf das Theater im März 2022, für den Russland keine Opferzahlen nannte, haben die US-Streitkräfte im Irak die Zahl der Todesopfer auch im ersten Jahr nicht geschätzt. Einer der ersten Fälle von Massenmord an irakischen Zivilisten durch US-Streitkräfte ereignete sich in Falludscha. wo zwischen 2003 und 2005 Zivilisten massenhaft von US-Streitkräften durch Luftangriffe, Schüsse und chemische Waffen getötet wurden. Einigen Schätzungen zufolge wurden während des US-Angriffs auf Falludscha zwischen 2003 und 2004 insgesamt 6.000 Menschen getötet, hauptsächlich Zivilisten, darunter Frauen und Kinder. Es gab fotografische Beweise, die Bewohner zeigten, deren Haut sich vollständig aufgelöst hatte. Eine Reihe von Einwohnern berichtete, dass US-Streitkräfte die Verwundeten niederschlugen, indem sie sie mit Panzern überrollten, und sie berichteten auch, dass diejenigen, die versuchten, Hilfe zu leisten, erschossen wurden. Dem irakischen Roten Halbmond war es untersagt, die Stadt zu betreten, um Hilfe zu leisten, und Ärzten war es untersagt, Notoperationen an ihren Patienten durchzuführen. Dies waren grobe Verstöße gegen die Genfer Konvention, und viele dieser von US-Streitkräften begangenen Verbrechen wurden in Fallujah, The Hidden Massacre, einem Dokumentarfilm von Sigfrido Ranucci und Maurizio Torrealta, dokumentiert.

Die Dynamik, die zum Massaker von Falludscha führte, ähnelt wahrscheinlich der Eskalation in Kiew, als russische Truppen in die Stadt einmarschierten. Bereits im April 2003, nachdem das US-Militär während seiner ungerechtfertigten Besetzung von Falludscha eine Ausgangssperre über die Einwohner verhängt hatte, ähnlich der russischen Besetzung von Kiew, protestierten die Einwohner. Kürzlich hatten US-Streitkräfte eine Schule besetzt, und die Einwohner von Falludscha forderten, dass die Truppen die Schule räumen, damit sie wiedereröffnet werden kann. Ähnlich wie bei Russlands Invasion in der Ukraine in Gebieten, in denen russische Truppen bestimmte Teile besetzten, ohne sich an Feindseligkeiten gegen die Bewohner zu beteiligen, taten die US-Streitkräfte dasselbe im Fall ihrer Besetzung von Falludscha. In beiden Fällen wurden die Besatzer schließlich mit den dort lebenden Bewohnern konfrontiert. Am 28. April 2003 versammelten sich rund 200 irakische Einwohner vor der Schule, in der damals US-Streitkräfte stationiert waren. Als die Demonstranten immer aufgeregter wurden, warfen US-Streitkräfte Rauch in die Menge, um sie abzuwehren. Als die Dinge eskalierten, löste nach Angaben der US-Streitkräfte jemand in der Menge die Gewalt aus, indem er das Feuer auf US-Soldaten eröffnete, die US-Streitkräfte dazu veranlasste, das Feuer zu erwidern, und schließlich 17 irakische Zivilisten tötete. 70 weitere erlitten schwere Verletzungen. Human Rights Watch bestätigte später, dass während der Konfrontation keine Iraker auf US-Soldaten geschossen hätten. Zwei Tage später, als sich Demonstranten vor einem US-Stützpunkt am ehemaligen Hauptquartier der Ba'ath-Partei versammelten, erschossen US-Streitkräfte drei Demonstranten und forderten dann weitere Verstärkung für Falludscha. In diesem Fall behaupteten die USA auch, dass die Demonstranten zuerst geschossen hätten. Unterdessen begannen US-Soldaten in Falludscha, als sie sahen, dass die Dinge eskalierten, herumzugehen und Motorräder von

irakischen Einwohnern in der Gegend zu beschlagnahmen, um die Terrorgefahr gegen US-Soldaten abzuschwächen. Im Juni 2003 begannen aus Aufständischen gewordene Einwohner von Falludscha als Reaktion auf ihre ungerechtfertigte Invasion des Landes auf US-Streitkräfte zu schießen, so wie es die Ukrainer in Kiew gegen die russischen Besatzer taten. Im Juni wurde ein US-Soldat getötet, als das Fahrzeug, in dem er saß, von einer RPG-Granate getroffen wurde. Sechs weitere US-Soldaten erlitten Verletzungen. Dies führte zu verschärften Feindseligkeiten, die gefährliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in der Region haben würden. Ende Juni wurde eine Moschee bombardiert, wobei der Imam und acht weitere getötet wurden. Einwohner beschuldigten die USA, die Bombardierung durchgeführt zu haben, aber die USA bestanden darauf, dass es die Aufständischen waren, die dies versehentlich getan hatten, als sie in der Nähe Bomben herstellten. Später im Februar 2004 begannen Aufständische, US-Militärkonvois anzugreifen, die hochrangige US-Kommandanten an Bord hatten, und sie von Dächern in der Umgebung aus mit Granatwerfern abzufeuern. Granatwerfer wurden im April 2022 nach der russischen Belagerung der Stadt auch in Wohngebäuden in Mariupol gefunden. Eine weitere Ähnlichkeit besteht darin, wie die USA den Widerstand gegen ihre Invasion mit der Art und Weise darstellten, wie russische Truppen den Widerstand gegen ihre Invasion in der Ukraine darstellten – die USA degradierten diejenigen, die sich ihrer Invasion widersetzten, als Aufständische mit Verbindungen zu Al-Qaida, während Russland diejenigen betrachtete, die sich ihrer Invasion widersetzten Zugehörigkeit zu Neonazi-Gruppen. Nach den Angriffen auf US-Soldaten im Irak wurde Falludscha schnell von einer starken Guerilla-Präsenz übernommen, die dort Zivilisten gefährdete. Dieser Guerilla-Aspekt in Kiew und anderen Teilen der Ukraine während der russischen Invasion 2022 wurde von ukrainischen Beamten nachdrücklich gefördert. Dies führt zu der

Frage, ob dies klug war und ob die Ukrainer mehr Recht haben, die Besatzungsmächte anzugreifen, als die Iraker 2004 in Falludscha, als die USA eine ungerechtfertigte Invasion ihres Landes starteten. Wir können den Unterschied in der Berichterstattung der westlichen Medien über die beiden Ereignisse erkennen. Die Widerstandskämpfer gegen die US-Besatzung des Irak galten als Terroristen, die Widerstandskämpfer in der Ukraine gegen die russische Besatzung als Freiheitskämpfer.

Aufgrund des zunehmenden Guerillakriegs in Falludscha gegen US-Truppen mussten sich die US-Streitkräfte im März 2004 kurzzeitig zurückziehen, so dass nur wenige Soldaten zeitweise über der Stadt Fuß fassen konnten. Nachdem jedoch fünf Mitglieder eines Kampfingenieurteams, das ausgesandt wurde, um eine sichere Passage für die 82. US-Luftlande- und Blackwater-Streitkräfte zu gewährleisten, auf dem Weg nach Falludscha durch eine Bombe am Straßenrand getötet wurden, sollte sich die Art der Operationen erheblich ändern. Es folgte die Ermordung von vier bewaffneten US-Auftragnehmern, die mit ihrem Geländewagen Essensdienste auslieferten. Sie wurden von Schüssen der Aufständischen getroffen, bevor sie mit einer Granate dezimiert wurden, die von den Aufständischen in ihren SUVs geworfen wurde. Darauf folgte ein Mob, der die Leichen der Bauunternehmer in Brand steckte, bevor er sie durch die Straßen schleifte und über eine Brücke am Euphrat hängte. Daher mussten alle pro-zivilen Strategien der USA nach ihrem anfänglichen Vormarsch in Falludscha aufgegeben werden, und den US-Streitkräften wurde dann befohlen, einen breiteren Angriff durchzuführen, um die Guerillas zu eliminieren. Es ist wahrscheinlich, dass die russischen Streitkräfte in vielen Teilen der Ukraine einer ähnlichen Dynamik folgten. Interessant ist auch, dass die USA diese Guerilla-Säuberungsoffensive als „Befriedung“ der Stadt bezeichnen würden. Ähnlich wie der

russische Präsident Putin seine Militäroperation in der Ukraine „Entnazifizierung" nannte.

Am 1. April 2004 starteten die USA einen Großangriff auf Falludscha und starteten Luftangriffe, die vier Häuser zerstörten. Am 5. April verhängten die US-Streitkräfte eine Ausgangssperre über alle Einwohner und ermutigten sie, ihnen bei der Identifizierung der Täter der Blackwater-Morde zu helfen. (Russische Truppen in Bucha baten die Anwohner, ihnen bei der Suche nach den Nazis zu helfen.) Anschließende Bombenangriffe durch US-Streitkräfte töteten zahlreiche Aufständische sowie Zivilisten. Allein in den ersten Apriltagen 2004 wurden schätzungsweise 300 irakische Zivilisten getötet. Es wird geschätzt, dass bei dieser ersten Schlacht in Falludscha Anfang Mai fast 600 Zivilisten getötet wurden.

Die zweite Schlacht von Falludscha (Operation Phantom Fury) begann im November 2004 und dauerte bis zum 24. Dezember 2004. Während dieser Operation gingen US-Streitkräfte von Tür zu Tür, um nach Aufständischen zu suchen, ähnlich wie die Russen in Bucha von Tür zu Tür gingen Tür ging für Nazis. In der Dokumentation Fallujah, The Hidden Massacre aus dem Jahr 2005. Ein ehemaliger US-Soldat namens Jeff Englehart, der zu dieser Zeit in Falludscha stationiert war, enthüllte, dass ihm gesagt wurde, dass jeder, der nach draußen ging, ein feindlicher Kämpfer sei. (Wahrscheinlich geschah dies auch in Bucha – den russischen Truppen wurde gesagt, dass jeder, der nach draußen ging, ein feindlicher Kämpfer sei.) Ein anderer US-Soldat, Ross Caputi, der während der Schlacht kämpfte, erzählte von Taktiken, bei denen es darum ging, wahllos Wohnhäuser aufzuheben, bevor man es konnte sehen, wer drinnen war. aus Angst, dass es dort Aufständische geben könnte. Dies ähnelt genau der Taktik der russischen Streitkräfte in Bucha, wie einer der dortigen Bewohner aussagte. In beiden Fällen im Irak und Bucha wurden Zivilisten getötet. Caputi sagte in einem Interview mit CNN: „Diese Taktik

sollte uns schützen. Aber ich erfuhr später, dass sich Zehntausende Zivilisten während der Operation immer noch in ihren Häusern versteckten, also hätte diese Taktik sie sehr in Gefahr gebracht. ... Die Not, die Phantom Fury den Fallujans zufügte, und die Zerstörung, die sie verursachten, beschämte mich wirklich für das, was wir getan haben. Nach Angaben des Roten Kreuzes wurden während der Schlacht 800 Zivilisten getötet, während irakische gemeinnützige Gruppen fast 6000 irakische Zivilisten töteten.

Ein weiteres Massaker, das während der US-Invasion im Irak stattfand, war das Massaker von Haditha, bei dem 24 irakische Zivilisten getötet wurden. Es geschah am 19. November 2005, als eine Gruppe von US-Marines Männer, Frauen, Kinder und ältere Menschen hingerichtete, die alle aus nächster Nähe erschossen wurden. Das Motiv soll eine Reaktion auf die Ermordung von Lance Corporal Miguel Terrazas gewesen sein, der bei einem IED-Angriff auf einen Konvoi der US-Marines getötet wurde. Nach dem Vorfall wurde ein falscher Bericht eingereicht, der besagte, dass die Explosion 15 Zivilisten tötete, während acht Aufständische getötet wurden, als die Marines anschließend das Feuer eröffneten. Die an dem Massaker Beteiligten wurden später des Mordes angeklagt, nachdem eine Pentagon-Untersuchung erhebliche Beweise dafür aufgedeckt hatte, dass die Marines irakische Zivilisten kurzerhand hingerichtet hatten. Im Jahr 2008 wurde jedoch nur ein Marine für die Verbrechen bestraft. Die anderen ließen die Anklage fallen. Der Verurteilte, der vor Gericht stand, wurde erst 2012 in einem Plädoyer-Deal, in dem die Mordanklage fallen gelassen wurde, im Rang herabgestuft. Niemand wurde inhaftiert und den Opfern wurde keine Gerechtigkeit widerfahren.

Vor dem Massaker waren US-Streitkräfte in der Umgebung von Haditha präsent, um einen Damm zu bewachen, der Wasserkraft lieferte. Seit Kriegsbeginn hatte es zahlreiche

Episoden von Gewalt durch Aufständische gegeben, da besatzungsfeindliche Aufständische regelmäßig US-Truppen in der Region angriffen. Als 2005 ein Konvoi von US-Marines mit einer entlang ihrer Route platzierten Straßenbombe angegriffen wurde, wurde einer der US-Soldaten, die eines der Fahrzeuge des Konvois fuhren, getötet. Die beiden anderen im Fahrzeug anwesenden Personen erlitten schwere Verletzungen, überlebten aber. Einer von ihnen durfte in den aktiven Dienst zurückkehren.

Unmittelbar nach dem Angriff begannen andere Mitglieder des Konvois einen wütenden Angriff auf Zivilisten in der Gegend. Ein Iraker und vier irakische Teenager, die sich in einem weißen Taxi in der Nähe des Angriffs befanden, wurden herausgestoßen und von Staff Sgt Frank Wuterich erschossen. Nach Angaben von zwei irakischen Soldaten und einem Marinesoldaten wurden sie gezwungen, sich mit erhobenen Händen vor einem Taxi anzustellen, bevor sie von Wuterich erschossen wurden, der später sagte, er fühle sich von ihnen bedroht. Die Marines berichteten, aus allen Richtungen Schüsse gehört zu haben, und vermuteten, dass ein Teil davon hinter dem weißen Taxi kam, als es in die Nähe des Gebiets fuhr. Ein weiterer Marine, Sgt. Sanick Dela Cruz, der zu diesem Zeitpunkt anwesend war, sagte den Ermittlern, dass nach Staff Sgt. Wuterich eröffnete das Feuer auf die Opfer, er (Dela Cruz) urinierte dann auf ihre toten Körper aus Wut darüber, was mit Terrazas (dem Fahrer, der durch die Sprengladung getötet wurde) geschah. Dela Cruz sprach auch offen über die klare Absicht, Zivilisten zu töten, und sagte den Ermittlern: „Als ich den Mittelstreifen überquerte, sah ich einen der irakischen Zivilisten, der in der Mitte der Linie stand, zu Boden fallen ... unmittelbar gefolgt von Ein weiterer." Der neben ihm stehende Iraker hob die Hände an den Kopf. Dann hörte ich andere Kleinwaffenfeuer und schaute nach links und sah Sgt. Wuterich auf einem Knie und feuert seine M16 auf die irakischen Zivilisten.“

Als ein anderer Marine, Lt. William Kallop, der Zugführer, am Tatort eintraf, berichtete er, dass sie kurz nach dem IED-Angriff auf Schüsse aus einem der nahe gelegenen Wohnhäuser stießen. Als Reaktion darauf, nachdem Cpl Hector A. Salinas sagte, er könne jemanden sehen, der die Schüsse auf den südlichen Teil der Straße abfeuerte, befahl Kallop Staff Sgt Wuterich, in das Gebiet zu gehen und "nach Süden zu räumen". Wuterich und drei weitere Marines, Salinas, Tatum und Lance Cpl. wandte die Taktik an, zuerst Granaten zu werfen und wahllos in die Häuser zu schießen, bevor sie eintraten. Humberto M. Mendoza tötete 19 weitere Zivilisten, darunter sieben Kinder. Das erste Haus, das die US-Soldaten betraten, war durch die Küche. Tatum sagte den Ermittlern, dass er glaubte, etwas gehört zu haben, das wie ein AK-47-Eröffnungsfeuer klang, also warf er Granaten in das Haus. Ein 37-jähriger Mann namens Walid Hasan, der sich im Haus aufhielt, wurde getötet. Ebenso der 66-jährige Khamisa Ali, der im Flurbereich getötet wurde. Vier weitere im Haus wurden damals durch Granaten und Schüsse getötet. Das dort lebende neunjährige Mädchen namens Iman Walid Abdulhamid sagte, die Marines hätten in allen Räumen des Hauses geschossen. Nachdem sie die Zivilisten im ersten Haus getötet hatten, stürmten die Marines in das zweite Haus und glaubten, der mutmaßliche Schütze sei dorthin geflohen. Mendoza sagte den Ermittlern, dass das gleiche Protokoll, das für das erste Haus verwendet wurde, auch für das zweite Haus verwendet wurde. Er gab auch zu, den 43-jährigen Yunis Rasif durch die Küchentür getötet zu haben. Als die Marines das Haus betraten, gingen sie ins Schlafzimmer und bevor sie hineinsehen konnten, warfen sie Granaten in das Zimmer und eröffneten das Feuer, wobei alle Frauen und Kinder darin getötet wurden. Trotz der Durchführung des Gemetzels bestand Tatum darauf, dass er sich zu diesem Zeitpunkt bedroht fühlte und dass er einfach auf der Grundlage dieser Angst gehandelt habe, und sagte den Ermittlern, dass er nicht mit der

Absicht geschossen habe, Zivilisten zu töten. Man kann davon ausgehen, dass die Russen, die genau dieselbe Vorgehensweise in Bucha durchgeführt haben, wahrscheinlich dasselbe sagen werden, was die Ermittler für internationale Kriegsverbrechen in die Irre führen wird, wenn sie den Unterschied zwischen dem Massaker von Haditha und dem Massaker von At Bucha erklären. Später wurde bekannt, dass Marines in ein drittes und viertes Haus gegangen waren, nachdem sie gesehen hatten, wie Männer sie misstrauisch anstarrten. Laut einigen irakischen Zeugen trennten die Marines die Männer von den Frauen in den Häusern, bevor sie die Männer in das vierte Haus zwangen und sie hinrichteten.

Laut Wuterich war es Standardprotokoll, auf Gebäude zu schießen, die als feindlich galten, und dass er nur darauf basierende Befehle befolgen würde. Marines mussten nicht ihr Leben riskieren, um einzelne Ziele als Bedrohung zu identifizieren, wenn eine Struktur als feindlich eingestuft wurde. Kallop sagte aus: „Sobald Sie ein Gebäude für feindlich erklärt haben, können Sie es mit allen Mitteln zerstören, die Ihnen zur Verfügung stehen." Das russische Militär wird wahrscheinlich dieselbe Politik verfolgen. Es gab viel Kritik am US-Militär, weil es erst auf Vorwürfe der Tötung von Zivilisten durch Marines in Haditha reagierte, nachdem das Time Magazine begonnen hatte, über den Vorfall zu berichten. Ursprünglich glaubten Beamte der US Navy, dass sich der Vorfall nicht von anderen Situationen unterschied, die zu zivilen Opfern geführt haben. Generalmajor Richard A. Huck glaubte, die Anschuldigungen seien Lügen, die von den Aufständischen begangen worden seien, um den Ruf des US-Militärs zu beschädigen. Vergleichen Sie das mit der ersten Reaktion Russlands auf Vorwürfe von Kriegsverbrechen, die von russischen Soldaten in Bucha begangen wurden, als russische Beamte darauf bestanden, dass der Vorfall inszeniert worden war. Im Fall des Massakers von Haditha bestanden andere

Marineoffiziere darauf, dass ihre Männer keine Mörder seien. Viele im Kreml haben wahrscheinlich dieselbe Meinung über ihre eigenen Soldaten.

In Bezug auf Vorwürfe, dass Marineoffiziere versuchten, den Vorfall zu vertuschen, sagte Dela Cruz den Ermittlern, Staff Sgt Wuterich habe ihn gebeten, Berichte zu unterstützen, wonach die Männer im Taxi versuchten zu fliehen, aber lokale Investoren sahen keine Beweise dafür, dass es sich um eine groß angelegte Tarnung handelte -up wurde versucht.

Im Dezember 2006 klagte das US-Militär Frank Wuterich, Sanick P. Dela Cruz, James Donahue und Stephen Tatum des Mordes ersten Grades an. Frank Wuterick war wegen Mordes ersten Grades in zwölf Fällen angeklagt worden. Im Jahr 2008 wurden alle Anklagen gegen die Marines fallen gelassen, selbst nachdem festgestellt wurde, dass in den ersten beiden angegriffenen Häusern keine Waffen im Taxi oder Aufständische waren. Wuterich, die einzige Person, die vor Gericht stand, wurde 2012 ein Plädoyer gewährt, um sich der Pflichtverletzung schuldig zu bekennen und eine Geldstrafe und eine Strafe der Herabstufung im Rang zu erhalten, während die Anklage wegen Totschlags fallen gelassen würde. Das Fehlen disziplinarischer Maßnahmen des US-Militärs im Zusammenhang mit dem Massaker von Haditha ermöglichte es, andere Gewalttaten gegen Zivilisten ungestraft zu verüben. Ähnliche Gräueltaten ereigneten sich später in Ishaqi in der Nähe von Balad, Qaim, Taal Al Jal, Mukaradeeb, Hamdaniyah, Samarra und Salahuddin. Amnesty International berichtete 2011, dass die Zahl der Zivilisten, die zwischen 2004 und 2009 einzeln von US-Streitkräften getötet wurden, insgesamt rund 66.000 betrug.

Ein weiteres Massaker der US-Streitkräfte im Irak ereignete sich auf dem Nisour-Platz in Bagdad, als Wachen der BlackWater Group, einer US-Sicherheitsfirma, 17 unbewaffnete Zivilisten erschossen, darunter einen neunjährigen Jungen. Alle, die im

Zusammenhang mit dem Vorfall vor Gericht standen, wurden vom Präsidenten der Vereinigten Staaten entweder freigesprochen oder schließlich begnadigt. Der Vorfall ereignete sich am 16. September 2007, als Mitarbeiter von BlackWater Security Consulting auf Berichte über eine Explosion in der Nähe einer von US- und irakischen Beamten abgehaltenen Konferenz reagierten. Eine taktische Einheit in einem Konvoi von 4 Lastwagen, bestehend aus 19 Blackwater-Mitarbeitern, traf am Tatort ein und formierte sich auf der Südseite des Nisour Square, um US-Beamten und anderen BlackWater-Mitarbeitern, die sie schützen, die Möglichkeit zu geben, sicher zu evakuieren. Kurz nachdem sie ein Auto auf sich zukommen sahen, begann die Einheit auf Zivilisten zu schießen und tötete 17 von ihnen. Später, während des Prozesses 2014, sagten Mitarbeiter von BlackWater, sie glaubten, das sich nähernde Auto sei eine feindliche Bedrohung, und begannen im Namen der Selbstverteidigung zu schießen. Das Auto, eine Kia-Limousine, wurde später mit einer Granate zerstört. Irakische Regierungsbeamte und US-Militärbeamte hatten widersprüchliche Berichte über den Vorfall. Die irakische Regierung berichtete, dass das sich nähernde Auto von einer Frau und ihrem erwachsenen Sohn besetzt war. Sie fuhren auf der falschen Straßenseite und ignorierten den Pfiff der Polizei, um den Konvoi von BlackWater-Mitarbeitern passieren zu lassen. Anschließend eröffneten das BlackWater-Team und ihre Hubschrauber nach Abgabe eines Warnschusses das Feuer auf das Auto und töteten die Frau und ihren erwachsenen Sohn. Als das Team Blendgranaten warf, um das Gebiet zu räumen, verwechselten die irakische Polizei und Soldaten sie mit Splittergranaten und begannen dann, auf das BlackWater-Team zu schießen, was dazu führte, dass BlackWater-Mitarbeiter das Feuer eröffneten.

Der Bericht des US-Militärs über den Vorfall berichtete, dass das sich nähernde Auto alle gegebenen Warnungen ignorierte, was

dazu führte, dass BlackWater-Mitarbeiter auf das Auto schossen. Als die irakische Polizei versuchte, den Passagieren im Fahrzeug zu helfen, hatten BlackWater-Mitarbeiter den Eindruck, dass die irakischen Polizisten versuchten, das Auto in Richtung der BlackWater-Einheit zu schieben, was Blackwater-Mitarbeiter zu der Annahme veranlasste, dass sie vermuteten, dass eine Autobombe sie dazu veranlasste, das Feuer zu eröffnen das Auto und tötete sowohl die Passagiere als auch die irakischen Polizisten. Unmittelbar danach begannen andere irakische Polizisten, auf die BlackWater-Einheit zu schießen.

Laut einem Bericht der New York Times aus dem Jahr 2007 schoss einer der Mitarbeiter von BlackWater während des Chaos weiter auf Zivilisten, selbst nachdem ein Waffenstillstand angeordnet worden war. Und später sagten drei BlackWater-Wächter, sie hielten die Schießereien für ungerechtfertigt. Eine gemeinsame US-irakische Untersuchung folgte und stellte fest, dass BlackWater für die Tötung von 17 unbewaffneten irakischen Zivilisten verantwortlich war, nachdem sie ohne Provokation das Feuer eröffnet hatten. Ein US-Militärbericht vom Oktober 2007 kam zu dem Schluss, dass weder die irakische Polizei noch Soldaten auf BlackWater-Wachen zurückgeschossen hätten. Die UNO betrachtete die BlackWater-Auftragnehmer als „Söldner" und als Verstoß gegen internationales Recht. Fünf BlackWater-Mitarbeiter sahen sich 14 Fällen von Totschlag ausgesetzt, aber trotz schlüssiger Beweise ließ ein US-Richter 2010 alle Anklagen gegen die Sicherheitsfirma BlackWater fallen. 2011 wurden die Anklagen von einem Bundesberufungsgericht wieder aufgenommen und 2013 wurden die Anklagen gegen einen der Angeklagten fallen gelassen . Der Rest ging 2014 vor Gericht und wurde für schuldig befunden. Einer wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, die anderen drei zu 30 Jahren Haft. 2020 wurden alle vier vom Präsidenten der Vereinigten Staaten offiziell begnadigt und aus der Haft entlassen. Das UN-Menschenrechtsbüro warnte

davor, dass dies anderen Organisationen nur erlauben würde, ähnliche Verbrechen ungestraft zu begehen. BlackWater kam nicht nur mit dem Massaker am Nisour Square davon, sondern auch mit anderen gewalttätigen Vorfällen, die ihm vorausgingen. Ein Jahr zuvor, im Jahr 2006, eröffnete ein BlackWater-Scharfschütze das Feuer vom Dach des Gebäudes des irakischen Justizministeriums und tötete drei Zivilisten. Der Vorfall wurde als gerechtfertigt und als Akt der Notwehr erachtet. Im Dezember 2006 tötete ein Agent von Black Water den Leibwächter des irakischen Vizepräsidenten, erlitt jedoch keine rechtlichen Repressalien.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) berichtete 2004, dass die Besatzungsmächte für das Verschwindenlassen verantwortlich waren, nachdem sie bestimmte Personen im Irak festgenommen und inhaftiert hatten, ohne den Familien mitzuteilen, wohin sie gebracht wurden. Allein in der Stadt Falludscha wurden 280 Personen als vermisst gemeldet, alle mit Namen und Lichtbildausweis.

Vergewaltigungen und Morde wurden auch von US-Soldaten im Irak begangen. Im Jahr 2006 brach eine Gruppe von US-Soldaten, alle betrunken und mit normaler Kleidung und Masken, in ein Haus ein, in dem eine irakische Familie lebte. Einer der Soldaten übernahm die Rolle des Wächters am Kontrollpunkt, um nach anderen Ausschau zu halten, die sich möglicherweise in der Gegend aufhielten. Nachdem die US-Soldaten in das Haus eingebrochen waren, vergewaltigten sie alle ein 14-jähriges Mädchen namens Abeer Kassem Hamza al-Janabi, während sie ihre Mutter, ihren Vater und ihre Schwester töteten. Nachdem sie die Vergewaltigung des Mädchens beendet hatten, erschossen sie auch sie, schlugen ihr den Schädel ein und verbrannten dann ihren Körper. In diesem Fall ermittelten die USA jedoch und verfolgten alle Beteiligten. Die Familien der Opfer erwarteten jedoch eine härtere Bestrafung, etwa die Todesstrafe. Vor der

Untersuchung wurde der Vorfall von den Tätern vertuscht, die versuchten, sunnitische Aufständische für das Verbrechen verantwortlich zu machen.

Nachdem Russland am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert war, beantragten die Vereinigten Staaten beim Internationalen Strafgerichtshof, Russland wegen der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Die Erklärung führte zu öffentlichen Anschuldigungen, dass die Vereinigten Staaten ein Heuchler seien, weil sie eine Untersuchung des IStGH zu russischen Aktionen in der Ukraine gesponsert und den IStGH daran gehindert hätten, seine Verbrechen in Afghanistan zu untersuchen, wo US-Luftangriffe zahlreiche Zivilisten töteten. Die USA erkennen die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs nicht an, der erstmals 1998 durch einen internationalen Konsens namens Römisches Statut errichtet wurde. Zu dieser Zeit halfen die USA, die Vereinbarung und die anfängliche Gründung des IStGH zu erleichtern, weigerten sich jedoch, offiziell beizutreten, aus Angst, dass der Ankläger des IStGH einen enormen Einfluss und eine enorme Macht ausüben und möglicherweise Ermittlungen auf der Grundlage politischer Zugehörigkeit durchführen würde. Nach den Nürnberger Prozessen war der Diskurs über die Schaffung eines internationalen Kriegsverbrecherabkommens in politischen Kreisen weit verbreitet, und der Kongress verabschiedete in den 1990er Jahren eine Reihe von Resolutionen, in denen die Einrichtung eines internationalen Untersuchungsgremiums gefordert wurde. Besorgt über die Macht des IStGH stimmten die USA schließlich gegen das Römische Statut. Russland erkennt auch die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs nicht an, doch untersucht der Internationale Strafgerichtshof die Handlungen Russlands in der Ukraine und ob sie Kriegsverbrechen darstellen oder nicht. In der Zwischenzeit ermutigen die USA den IStGH, weiterzumachen, auch wenn sie die

Zuständigkeit des IStGH nicht anerkennen, aus Angst, sich einer Untersuchung von Kriegsverbrechen im Nahen Osten zu öffnen. Wenn sich die USA jedoch an der Strafverfolgung Russlands beteiligen wollten, müssten sie die US-Gesetzgebung umgehen, die es den USA weitgehend verbietet, mit dem IStGH zusammenzuarbeiten. Aber die USA unterstützen die Untersuchung des IStGH bei Verbrechen, die nicht von der beschuldigten Nation untersucht wurden. Die USA haben eine Reihe ihrer eigenen Kriegsverbrechen untersucht, aber in den meisten bedeutenden Vorfällen wurden die Anklagen gegen die Verdächtigen fallen gelassen oder freigesprochen. Russland kann diesem Beispiel folgen und Ermittlungen zu den Ereignissen in Bucha und Mariupol einleiten und entweder die Anklage gegen die beschuldigten russischen Soldaten fallen lassen oder eine leichte Strafe verhängen, gefolgt von einer Begnadigung durch den Präsidenten. Nebenbei unterstützten die USA die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs zum Völkermord im Sudan während der Bush-Regierung.

Ironischerweise befürchten die USA, dass der IStGH Ermittlungen mit einem politischen Motiv durchführen würde, das zu Gunsten der USA wirkte, wenn es um Afghanistan ging. Der IStGH beschloss im Oktober 2021, eine Untersuchung der von den Taliban und ISIS-k begangenen Kriegsverbrechen durchzuführen und gleichzeitig seine Ermittlungen auf die von den USA und ihren Verbündeten in Afghanistan begangenen Verbrechen einzuschränken. Die britische Non-Profit-Gruppe Airwars schätzt, dass zwischen 2001 und 2020 bei US-Luftangriffen zwischen 22.000 und 48.000 Zivilisten in Afghanistan, Irak, Syrien und anderen großen Konfliktgebieten im Nahen Osten und Afrika getötet wurden. Ungeachtet dieser Statistik wurde die Untersuchung, gerade als der IStGH die von allen Parteien in Afghanistan begangenen Verbrechen seit 2003 untersuchte, plötzlich ausgesetzt, weil die von den Taliban und ISIS-k

begangenen Verbrechen vom IStGH als ungeheuerlicher als angesehen wurden die der Engagierten USA und ihrer Verbündeten. Letztendlich beschädigte die Entscheidung die Glaubwürdigkeit des IStGH und ließ den Anschein erwecken, als sei das Gericht westlich orientiert und einfach ein Instrument des Westens. Darüber hinaus hat der IStGH Ermittlungen zu Kriegsverbrechen eingeleitet, die von Russland und Israel begangen wurden, hat jedoch weitgehend die Augen vor Kriegsverbrechen verschlossen, die von US-amerikanischen und britischen Streitkräften im Irak und in Afghanistan begangen wurden. Dies trotz der Tatsache, dass die USA dem Internationalen Strafgerichtshof sehr feindselig gegenüberstehen und ihn dafür verurteilen, dass er nicht nur versucht hat, die USA wegen Kriegsverbrechen zu untersuchen, sondern auch Ermittlungen zu Militäraktionen seines Verbündeten Israel Has eingeleitet hat. Beide Nationen bestehen darauf, dass sie niemals beabsichtigen, Zivilisten anzugreifen, weshalb Israel die moralische Gleichwertigkeit, die durch ICC-Ermittlungen zu Israels Aktivitäten in den palästinensischen Gebieten impliziert wird, umso kritischer sieht – Hamas, einer der Hauptfeinde Israels, feuert Raketen direkt auf Zivilisten ab über das Töten von Zivilisten, was für das menschliche Auge offensichtlich ist, wenn Videos Raketen festhalten, die massenhaft aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium abgefeuert werden. Ohne den Eisernen Dom wären weitere Millionen in Israel und Gaza umgekommen. Menschenrechtsorganisationen haben jedoch darauf bestanden, dass Kriegsverbrechen einer Nation während eines Konflikts keine Kriegsverbrechen der anderen rechtfertigen. Darüber hinaus, wenn es um den US-Verdacht gegen den IStGH geht, der Verdacht, dass die Staatsanwaltschaft von der Politik beeinflusst werden könnte, hat das tatsächliche Auftreten eines solchen Vorfalls für die USA gewirkt, nicht gegen sie. Die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs, die USA nicht

vollständig auf Kriegsverbrechen zu untersuchen, erfolgte direkt nach dem US-Drohnenangriff, bei dem eine afghanische 10-köpfige Familie getötet wurde. Viele glauben, dass die USA den Vorfall unter Verschluss gehalten hätten, wenn die New York Times nicht darüber berichtet hätte wickelt.

Der IStGH nahm seine Tätigkeit im Jahr 2002 auf, kurz nachdem die USA in Afghanistan einmarschiert waren, eine der Nationen, die für die Statue von Rom gestimmt hatten, ein Vertrag, der den IStGH initiierte. Afghanistan war jahrelang im Krieg verstrickt, beginnend in den 1970er Jahren, als die Sowjets das Land besetzten, um die dortige afghanische kommunistische Regierung zu schützen. Es wird geschätzt, dass in dieser Zeit über eine Million Afghanen getötet wurden. In den Jahren vor dem 11. September kam es zu einem weiteren gewalttätigen Konflikt zwischen den Taliban und der Nordallianz. Kurz nachdem die IStGH-Operationen in Kraft traten, verabschiedeten die USA sofort Gesetze, um sich vor internationalen Ermittlungen und strafrechtlicher Verfolgung von Kriegsverbrechen zu schützen, und schlossen Vereinbarungen mit anderen Ländern, in denen sie sich ebenfalls weigern würden, die Zuständigkeit des Gerichts anzuerkennen. Die meisten Razzien des IStGH gegen Kriegsverbrechen fanden ursprünglich in Afrika statt, aber auf öffentlichen Druck hin begannen sie, solche Fälle außerhalb Afrikas zu untersuchen, und leiteten eine Voruntersuchung zu Kriegsverbrechen ein, die nach 2002, als der IStGH seine Tätigkeit aufnahm, in Afghanistan stattfanden. Viele begannen zu glauben, dass der IStGH Supermachtnationen fürchtete. Der IStGH kann Kriegsverbrechen untersuchen, wenn einer der Mitgliedstaaten eine Untersuchung beantragt. Sie können auch an Orten ermitteln, die ihnen vom UN-Sicherheitsrat zugewiesen wurden. Der dritte Prozess, durch den Ermittlungen des IStGH eingeleitet werden können, ist, wenn mutmaßliche Kriegsverbrechen im Land eines seiner Mitgliedsländer begangen werden. Dies war der

Fall bei dem Versuch des IStGH, eine Untersuchung in Afghanistan zu starten. US-Beamte haben jedoch immer darauf bestanden, dass ihre Weigerung, die Zuständigkeit des IStGH anzuerkennen, ein parteiübergreifender Konsens war. Dies diente dazu, den Prozess ins Stocken zu bringen, und als der IStGH 2017 begann, harte Maßnahmen zu ergreifen, um das Gericht dazu zu bringen, dem IStGH die Untersuchung von US-Verbrechen in Afghanistan zu gestatten, verbot die Vorverfahrenskammer dem IStGH, der für die Genehmigung der Untersuchung verantwortlich war, die Durchführung die Sonde. Es war klar, dass die Entscheidung auf Druck und Einschüchterung durch US-Beamte zurückzuführen war. Der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten riet dem Präsidenten, Sanktionen gegen IStGH-Beamte zu verhängen und ihnen die Einreise in die USA zu verbieten, wenn sie versuchen, eine Untersuchung voranzutreiben. Trotz der Drohungen hat der IStGH die Afghanistan-Untersuchung im März 2020 zunächst vorangetrieben, was dazu führte, dass der US-Präsident Sanktionen gegen zwei IStGH-Beamte verhängte. Die USA drohten auch, Beamte des IStGH vor US-Gerichten zu verfolgen, wenn sie versuchten, Anklage gegen Amerikaner zu erheben. Darauf folgte Druck der USA auf die von den USA unterstützte afghanische Regierung, sich der IStGH-Untersuchung zu widersetzen und eine eigene Untersuchung zu starten, um die IStGH-Untersuchung zu ersticken. Normalerweise duldete der IStGH die Politik innerhalb des Nationalstaats und stoppte seine Ermittlungen in Afghanistan und den geheimen Orten der CIA, bei denen es sich um geheime Gefängnisse in Litauen, Polen und Rumänien handelte, in denen angeblich gefoltert wurde. Die Kultur der Straflosigkeit, die weitgehend vom IStGH gefördert wird, indem sie dem Druck der USA nachgibt, weicht anderen Nationen und ermutigt sie, ohne Rücksicht auf Konsequenzen oder Überzeugung zu handeln. Der IStGH versuchte, seine Entscheidung, die Ermittlungen zu

Kriegsverbrechen einzuschränken, zu rechtfertigen, indem er die abscheulichen Verbrechen von ISIS-k und den Taliban gegen afghanische Zivilisten anführte und erklärte, dass ihre Verbrechen rechtfertigen, dass mehr Ressourcen für eine Untersuchung ihrer Handlungen eingesetzt werden. im Gegensatz zu einem, der US-Aktionen in Afghanistan untersucht. Viele halten es für heuchlerisch, dass US-Beamte Russland für den Einmarsch in die Ukraine verurteilen, obwohl sie selbst aktiv Versuche des IStGH untergraben haben, sie für Gräueltaten zur Rechenschaft zu ziehen, die mit denen identisch sind, die von russischen Streitkräften in der Ukraine begangen wurden. Wenig bis keine internationale Verurteilung der USA für ihre Verbrechen im Nahen Osten ist wahrscheinlich einer der Faktoren, die Russland ermutigt haben, seine geopolitischen Interessen ebenfalls ungestraft geltend zu machen und an „Macht" zu glauben, die im Wesentlichen „Recht" macht.

Der IStGH hat versucht, seine Mängel bei der Verurteilung von Supermächten wie den Vereinigten Staaten auszugleichen, indem er sofort versuchte, eine Untersuchung der russischen Aktionen in der Ukraine einzuleiten, nur wenige Tage nachdem Russland am 24. Februar 2022 in das Land einmarschiert war. Der IStGH wurde nicht respektiert zumindest nicht aus den nicht-westlichen Gebieten der Welt. Darauf folgte noch mehr Empörung von Opfern der US-Gräueltaten im Nahen Osten und in Afrika darüber, wie den USA erlaubt wurde, mit Verbrechen davonzukommen, für die der IStGH versucht, Russland strafrechtlich zu verfolgen. Man kann davon ausgehen, dass der IStGH und andere Menschenrechtsorganisationen nicht einfach pro-westlich sind, sondern eher im Sinne pro-westlicher Medien. Vorerst haben die westlichen Medien in den letzten Jahren aufgrund der Wahl von Donald Trump im Jahr 2016 weitgehend eine konträre Haltung zur GOP-Politik in Amerika eingenommen. In dem Bemühen, die Verlegenheit zu lindern und sich von der

Bewegung zu distanzieren, die Trump hatte, umgaben die Medien damals Er widersetzte sich oft jeder Perspektive, die sie von der konservativen Sichtweise unterstützt fühlten. Seit 2016 gibt es eine starke Wahrnehmung, dass die GOP sowohl pro-russisch als auch pro-israelisch ist. Während seiner Amtszeit hat Donald Trump sowohl seine Bewunderung für den russischen Präsidenten Putin als auch seine Unterstützung für den Staat Israel offen zum Ausdruck gebracht. Als Präsident Trump jedoch zustimmte, der Ukraine im Jahr 2017 tödliche Militärhilfe zu schicken, was nicht in die Erzählung von Trump/pro-Russland passte, verurteilten westliche Medien wie Reuters dies. Sie veröffentlichten 2017 einen Artikel, in dem sie die Entscheidung, die Ukraine zu bewaffnen, missbilligten. Der Kommentar von Daniel Depetris trug die Überschrift „Warum die USA keine Waffen in die Ukraine schicken sollten". Es gab auch viele Berichte in westlichen Medien, dass die Ukraine ein Neonazi-Problem habe. Aber nach 2019, als sich der Quid-pro-quo-Skandal entfaltete, in dem Trump damit drohte, die tödliche Hilfe für die Ukraine einzustellen, änderten die Medien ihre Haltung gegenüber der Ukraine, um gegen die GOP zu bleiben. Der Konrarianismus wurde auch von der Haltung der westlichen Medien gegenüber Israel eingesetzt. Vor Trump waren die westlichen Medien stark pro-israelisch, aber nach 2017, als Trump Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannte, begannen sich die westlichen Medien gegen Israel zu wenden. Letztendlich würde der Contrarianismus die linksgerichteten Medien gegen Russland und Israel aufbringen und Menschenrechtsorganisationen dazu bringen, diesem Beispiel zu folgen. Im Jahr 2021, nach dem Gaza-Krieg, machten die Medien Israel weitgehend für den Konflikt verantwortlich, während UN-Menschenrechtsgruppen eine Kommission einsetzten, die die Verantwortung für den Gaza-Konflikt der Behandlung der Palästinenser durch Israel zuschrieb, anstatt auf dem Beharren der Hamas, absichtlich und wahllos

Raketen abzufeuern Israelische Gebiete. Der IStGH versucht auch, eine Untersuchung von Kriegsverbrechen bei israelischen Militäroperationen einzuleiten. Dies zeigt, wie mächtig die Medien sind, wenn es darum geht, nicht nur die Erzählung zu kontrollieren, sondern auch die internationale Gemeinschaft zum Mitmachen zu bewegen. Darüber hinaus können wir sehen, wie die Unterstützung demokratischer Prinzipien durch die Medien die USA seit dem vor jeglicher Untersuchung von Kriegsverbrechen geschützt hat Die US-Regierung wird ab 2021 von einem demokratischen Staatsoberhaupt geführt.

Kapitel 2: Humanitäres Völkerrecht

Nach dem Humanitären Völkerrecht (IHL) sind alle Seiten in einem bewaffneten Konflikt an Regeln zum Schutz der Zivilbevölkerung gebunden. Aber Menschenrechtsorganisationen, die Konfliktzonen in der Ukraine untersuchen, haben es versäumt, die Angelegenheit mit der harten Unparteilichkeit anzugehen, die erforderlich ist, um beide Seiten des Konflikts dazu zu bringen, die zivilen Kosten abzuschätzen. Stattdessen haben Gruppen wie Human Rights Watch und Amnesty International zwar Verstöße seitens der ukrainischen Armee festgestellt, indem sie nicht genügend Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen haben, sich jedoch dafür entschieden, die russische Besatzungsmacht als alleinige Täterin für die zivilen Opfer herauszuheben. Die Regeln des humanitären Völkerrechts sind darauf ausgelegt, Zivilisten aus aktiven Feindseligkeiten zurückzuziehen und zu schützen und Konfliktparteien davon zu überzeugen, Zivilisten aus dem militärischen Rahmen herauszuhalten. Obwohl nicht alle zivilen Opfer als Kriegsverbrechen gelten, weisen diese Todesfälle und schweren Verletzungen, die unter Zivilisten unter Zivilisten auftreten, normalerweise darauf hin, dass entweder eine Konfliktpartei die Gräueltaten begeht oder beide Parteien Streiks von Wohnvierteln aus starten und ein Gegenfeuer verursachen und ließ Zivilisten zwischen dem Beschuss zurück. Letzteres ist in der Ukraine seit Beginn der Invasion und des Donbass-Konflikts im Jahr 2014 der Fall, und Menschenrechtsgruppen sind sich dessen weitgehend bewusst, spielen jedoch weiterhin herunter, dass eine Seite des Konflikts auch für die Gefährdung von Wohngebieten verantwortlich ist. Bei Menschenrechtsorganisationen ist die Bedeutung der Unparteilichkeit nicht zu unterschätzen, denn wenn sich der Konflikt beruhigt, werden die Aufständischen die

Bevölkerung davon überzeugen wollen, weiterzukämpfen. Dies ist der Fall in Gaza, wo das einzige Ziel militanter Gruppen wie Hamas und Islamischer Dschihad darin besteht, ganz Israel für die Palästinenser zurückzuerobern. Doch in diesen Fällen haben Menschenrechtsorganisationen zumindest in den Jahren vor dem Apartheid-Bericht von Amnesty International, der den Staat Israel attackierte und ihm empfahl, die Hilfeleistungen einzustellen, um seine Sicherheit zu gewährleisten, sehr gründlich darüber berichtet, wie beide Seiten der Konflikte gefährden und töten Zivilisten. Aber im Fall der Ukraine lehnen sich die Berichte stark an die westliche Stimmung an, die die russische Invasion in der Ukraine verurteilt und die Bemühungen der Ukraine rechtfertigt, verlorenes Territorium unabhängig von der Zivilbevölkerung zurückzugewinnen. In diesem Sinne müssen Menschenrechtsermittler darauf achten, nicht anzudeuten, dass die besetzte Nation jedes Recht hat, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um verlorenes Territorium zurückzuerobern, ganz gleich, wie die Zivilbevölkerung gefährdet wird. Eine solche Berichterstattung könnte aufständische Gruppen auf der ganzen Welt dazu bringen, ihre Angriffe zu verstärken, wenn sie sehen, dass ukrainischen Streitkräften ein bestimmter Passierschein erteilt wird, wenn es darum geht, Wohngebiete zu gefährden. Auch die verbleibenden Aufständischen im Irak könnten den Ukraine-Bericht als Rechtfertigung dafür ansehen, weiterhin zu versuchen, den Irak unabhängig von der Zivilbevölkerung zurückzuerobern.

Dieses Buch zeigt, dass die US-Militärtaktiken im Irak nahezu identisch mit Russlands Taktiken in der Ukraine sind, was möglicherweise darauf hindeutet, dass die USA und Russland einem ähnlichen Militärprotokoll folgen. Viele der im Krieg in der Ukraine eingesetzten Waffen sind ungelenkte Raketen und Streubomben, die in einer Reihe internationaler Verträge verboten sind, aber Gruppen wie Amnesty International und

Human Rights Watch müssen noch aussagekräftige Untersuchungen zum Einsatz solcher Waffen in der Zivilbevölkerung durch die Ukraine einleiten Bereiche, obwohl sie in Berichten dokumentiert sind. Diese Nachlässigkeit ihrerseits könnte einen äußerst gewalttätigen ukrainischen Aufstand anheizen, sobald die Donbass-Region entweder von Russland annektiert oder vollständig aus der Ukraine herausgezogen wird. Ein solcher Aufstand seitens der Ukraine würde sich nicht von jenen unterscheiden, die von Dschihadisten im Irak und Gaza orchestriert werden. Sollte dies in Bezug auf die Ukraine der Fall sein, stellt sich die Frage, ob Menschenrechtsorganisationen trotz ziviler Opfer weiterhin den zivilen Tribut der ukrainischen Bemühungen zur Rückeroberung verlorener Gebiete herunterspielen, aber gleichzeitig die Aufständischen im Irak und im Gazastreifen vor ihrem Vorgehen warnen werden Auf verlorenem Territorium gefährdet die Rückeroberung die Zivilbevölkerung? Dieses Dilemma ist der Grund, warum die internationale Gemeinschaft die Krise in der Ukraine durch die Linse einer globalen Ordnung angehen muss, die ein verwirrtes Weltbild kultiviert, das sich weigert, angemessen zu verfolgen, welche Parteien internationale Menschenrechtsgesetze verletzen oder nicht.

Alle Konfliktparteien unterliegen den Genfer Konventionen und ihrem Zusatzprotokoll sowie dem humanitären Völkerrecht. Solche Vorschriften gelten für den Krieg in der Ukraine, und beide Seiten müssen die Regeln zum Schutz der Zivilbevölkerung befolgen. Die Regeln verlangen auch, dass beide Seiten alle messbaren Schritte unternehmen, um ihre Militäroperationen so durchzuführen, dass die Sicherheit von Zivilisten und die Fähigkeit von Nichtkombattanten gewährleistet ist, dem Kampf zu entkommen. Darüber hinaus müssen alle Seiten zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten unterscheiden und nur gegen Kombattanten angreifen, dh jeden, der sich entschieden

hat, an Feindseligkeiten gegen eine Besatzungsmacht teilzunehmen. Jeder, der kein Angehöriger der Streitkräfte ist, sich aber an der Erleichterung von Angriffen gegen eine Besatzungsmacht beteiligt, ist ein Kombattant und unterliegt der Genfer Konvention und anderen Protokollen und internationalen humanitären Gesetzen zum Schutz von Zivilisten. Im Zweifel ist davon auszugehen, dass es sich bei dem Betroffenen um einen Zivilisten handelt. Human Rights Watch und Amnesty International müssen sich darüber im Klaren sein, dass Aufständische auf der ganzen Welt die sich entwickelnde Situation in der Ukraine genau beobachten und bereit sind, Menschenrechtsbewertungen dieses Konflikts zu verwenden, um zu zeigen, dass ihre Ziele nicht anders sind als die der Ukrainer – ein Ziel, im Wesentlichen zurückzuerobern verlorenes Territorium gegen Streitkräfte, die in sehr ähnlicher Weise wie die russischen Streitkräfte in der Ukraine operieren oder operiert haben.

Ein weiteres fragwürdiges Gremium ist der Internationale Strafgerichtshof (ICC), der ebenfalls seine eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt hat, da Russland bereits durch die Zurückhaltung des IStGH bei der Untersuchung von US-Kriegsverbrechen im Nahen Osten ermutigt wurde, ein Schritt, der als Einstellung ausgelegt wird und einen Präzedenzfall rechtfertigen kann Präventivmaßnahmen und Invasion einer Nation auf der Grundlage einer wahrgenommenen Gefahr. Russland hat nicht nur aus diesem Präzedenzfall Kapital geschlagen, andere Nationen können versuchen, diesem Beispiel zu folgen. Indien kann Pakistan ohne Vorwarnung angreifen. Israel kann den Iran angreifen. Nordkorea kann Südkorea angreifen. China kann Taiwan angreifen. Die Türkei könnte in Griechenland einmarschieren. Während die USA anerkennen, dass sie kein separates Gremium wie den IStGH brauchen, um US-Gräueltaten im Nahen Osten zu untersuchen, stellen sie fest, dass die USA US-

Soldaten, die Kriegsverbrechen begangen haben, strafrechtlich verfolgt haben, die Tatsache, dass viele später freigesprochen oder die Anklage fallen gelassen haben Fälle könnten dazu führen, dass Russland dasselbe tut – eine Untersuchung einleitet, nur um den IStGH freizusprechen, aber später die Anklagen fallen lässt und damit prahlt, dass es die Initiative ergriffen hat, um zu versuchen, eigene Untersuchungen und Anklagen durchzuführen. Auf diese Weise dient die Straflosigkeit und Verantwortungslosigkeit der USA als Rechtfertigung für Russland, eine westliche Verurteilung seiner Militäroperationen zu vermeiden. Und niemand in der internationalen Gemeinschaft sollte überrascht sein, da Human Rights Watch in der Tat davor gewarnt hat, dass andere Nationen durch mangelnde Rechenschaftspflicht gegenüber der Straflosigkeit der USA im Irak, in Afghanistan und Syrien ermutigt werden.

Der IStGH wurde ursprünglich als Antwort auf die Straflosigkeit begrüßt, und seit seiner Gründung haben sich 123 Nationen dem Gerichtshof angeschlossen. Aber bis zum heutigen Tag sind viele weltweit begangene Kriegsverbrechen nicht untersucht und nicht strafrechtlich verfolgt worden. Ein Großteil der Ermittlungen des IStGH zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen war weitgehend symbolisch, da die Täter in vielen Fällen von einer sehr robusten Militärmacht unterstützt werden. Die meisten Fälle, in denen die Täter von Kriegsverbrechen – das sind hochrangige Beamte – vor Gericht gestellt werden, werden in der Regel nach einem Regimewechsel oder einem Regierungssturz durchgeführt. Dies war der Fall bei Slobodan Milosevic, dem ehemaligen Präsidenten Jugoslawiens, der 1999 vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien angeklagt wurde (er starb während des Prozesses). Ein Strafgericht, das einen Regimewechsel empfiehlt, könnte jedoch Beamte, die für das Gericht arbeiten, in sehr heißes Wasser bringen. Darüber hinaus wurde der Internationale Strafgerichtshof geschaffen, um als

Mechanismus zu dienen, um einzugreifen, wenn Nationen, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, sich weigern würden, ihre eigenen Ermittlungen durchzuführen. Aber wie wir bei den USA gesehen haben, können Nationen diesen Mechanismus einfach umgehen, indem sie sich verpflichten, alle Anklagen zu untersuchen und später fallen zu lassen. So entsteht eine Win-Win-Situation – der IStGH tritt aus dem Weg und das Land entlastet sich von der Verantwortung. Dies stellt die Gesellschaft jedoch unter ein sehr gefährliches Rechtfertigungsparadigma und kann nur zu einer Kaskade mutiger militärischer Aktionen auf der ganzen Welt führen. Während die Gründe für die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs von berechtigten Bedenken hinsichtlich der Straflosigkeit untermauert wurden, sind seit 2002 viele der Ansicht, dass der Gerichtshof mehr als zuvor tun muss, um Menschenrechtsverletzer vor Gericht zu bringen. Dies ist jedoch unfair, da das Gericht nur Dinge verlangen kann, die es nicht mit Gewalt durchsetzen kann. Es gibt keinen Durchsetzungsmechanismus, durch den der IStGH Gewalt anwenden kann, um Gerechtigkeit zu erlassen, daher bewirkt seine bloße Existenz manchmal das Gegenteil seines ursprünglichen Zwecks, Straflosigkeit zu verhindern. Im Moment kann argumentiert werden, dass die Weigerung und Nachlässigkeit des Gerichts gegenüber bestimmten Straftätern andere Nationen sehr dazu verleitet, die Waage auszugleichen, wenn sie der Meinung sind, dass der IStGH dies abgelehnt hat. Viele der Ziele des IStGH richteten sich gegen afrikanische Führer wie den ehemaligen kongolesischen Rebellenführer Bosco Ntaganda, den sie wegen Kriegsverbrechen verurteilt und wegen Mordes, Sklaverei und Einberufung von Kindern zum Militär zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt hatten. Der IStGH untersucht auch die erzwungene Abschiebung von Rohingya-Muslimen aus Myanmar nach Indien, bei der 24.000 Rohingya-Muslime von myanmarischen Militärs und buddhistischen Milizen getötet

wurden. Aber solange Nationen sich weigern, die Gerichtsbarkeit des IStGH anzuerkennen, werden alle Haftbefehle, die der IStGH für mutmaßliche Kriegsverbrecher ausstellt, letztendlich ignoriert. Sie haben derzeit 15 Haftbefehle ausgestellt, aber viele Nationen sind nicht bereit, dem IStGH bei der Durchsetzung zu helfen, weshalb der ehemalige sudanesische Präsident Omar al-Bashir, der wegen Kriegsverbrechen angeklagt ist, sich weiterhin der Verhaftung entzieht. Es gibt einen Haken 22 für Nationen, die Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs werden – sie öffnen sich für Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen. Früher oder später könnten Haftbefehle des IStGH jedoch als Aufruf zum Regimewechsel ausgelegt werden, wenn sie an amtierende Präsidenten ausgestellt werden.

Das größte Beispiel für Straflosigkeit wurde von NATO-Streitkräften sowohl in Libyen im Jahr 2011 als auch in Jugoslawien im Jahr 1999 durchgeführt. Mangelnde Rechenschaftspflicht in beiden Konflikten ist ein Hauptgrund dafür, dass die Kriegsverbrechensvorwürfe des IStGH in der Ukraine nicht ernst genommen werden. Die NATO hat weder eigene Untersuchungen zu den von ihren Streitkräften begangenen Kriegsverbrechen durchgeführt, noch hat der Internationale Strafgerichtshof den Militärblock formell wegen Verletzungen angeklagt, obwohl Menschenrechtsgruppen Beweise dafür vorgelegt haben, dass Zivilisten infolge von NATO-Angriffen getötet wurden. In Libyen führten NATO-Mitgliedsstaaten wie die USA, Großbritannien und Frankreich im März 2011 einen Luft- und Bodenangriff auf die Streitkräfte von Mu'ammar al-Gaddafi durch. Der Einsatz stand unter der Vorgabe des UN-Sicherheitsrates, dass alle Konfliktparteien alles tun müssen, um zivile Opfer zu verhindern. Die NATO richtete daraufhin eine Flugverbotszone über Libyen ein und führte über einen Zeitraum von sieben Monaten Missionen gegen libysche Militärziele durch. Während des gesamten Konflikts wurden jedoch zivile Gebiete in

Libyen von Angriffen der NATO-Streitkräfte getroffen. Bis heute hat die NATO nicht auf die Anschuldigungen reagiert (abgesehen von der typischen Entschuldigung, dass sie niemals Zivilisten angegriffen habe) oder eine formelle Untersuchung durchgeführt. Im Jahr 2012 berichtete Amnesty International, dass 55 Zivilisten bei NATO-Luftangriffen in den Städten Tripolis, Zlitan, Majer Sirte, Brega, Surman und Bani Walid getötet wurden. Ein Bewohner erzählte ihnen auch, dass bei einem NATO-Luftangriff am 15. September 2011 40 Zivilisten getötet wurden. In vielen anderen Fällen von zivilen Opfern gab es keine Beweise dafür, dass militärische Kräfte oder Ausrüstung am Ort des Luftangriffs stationiert waren, was darauf hindeutet, dass das Gebiet keine Bedrohung darstellte und daher nicht hätte angegriffen werden dürfen. Viele der befragten Familien gaben an, in der Gegend keine libyschen Militärmanöver gesehen zu haben, die einen Raketenangriff auf ihr Haus rechtfertigen würden. Bei einem Angriff in Majer wurden 34 Zivilisten getötet, und die NATO lieferte nichts, um dies zu rechtfertigen. In anderen Fällen konnten die Opfer nicht verstehen, warum ihr Haus angegriffen wurde, da niemand im Haus dem Militär angehörte oder an Feindseligkeiten teilnahm. Gemäß der Politik des IStGH könnte der IStGH einschreiten und eine Untersuchung einleiten, da die NATO keine Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen eingeleitet hat, die sie in Libyen begangen haben. Bereits 1999 führte die NATO im Rahmen einer Militäraktion im Kosovo-Krieg eine Reihe von Luftangriffen in Jugoslawien durch. Die Begründung war eine Reaktion auf die Säuberung der ethnischen Albaner durch Jugoslawien. Der Luftangriff der NATO-Streitkräfte dauerte fast drei Monate. Während Jugoslawien über 2.000 Kombattanten und fast 9.000 Zivilisten tötete, töteten NATO-Angriffe über 500 Zivilisten. Infolgedessen fand Human Rights Watch keine Beweise für Kriegsverbrechen und empfahl der NATO, eine separate Kommission zur Untersuchung von

Verletzungen des humanitären Völkerrechts einzusetzen. Human Rights Watch sprach auch die Möglichkeit an, dass Jugoslawien Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzt.

Kapitel 3: Russlands Kriegsverbrechen

Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse in Bucha während der russischen Besatzung zwischen dem 4. März 2022 und dem 31. März 2022. Er war jedoch weitgehend einseitig und schaffte es, Dokumente zu ignorieren, in denen ukrainische Soldaten Waffen versteckten Schlafsäle, eine Taktik der Hamas in Gaza. Nichtsdestotrotz machten die Aufzeichnungen von HRW-Arbeitern, die zwischen dem 4. und 10. April in Bucha anwesend waren, deutlich, dass eine Fülle von Verbrechen von russischen Truppen begangen wurde. Dazu gehörten die direkte Hinrichtung ukrainischer Zivilisten, Folter, Enthauptungen und Vergewaltigungen, die alle nach der Genfer Konvention als Kriegsverbrechen gelten. Einer der HRW-Mitarbeiter beschrieb die Situation in Bucha als Tatort an so ziemlich jeder Ecke. Der Tod durchdrang die ganze Stadt, und diejenigen, die ihn verursachten, hatten keine Bedenken, als sie eine Gräueltat entfesselten, die die gesamte Menschheit tief treffen würde. HRW korrespondierte mit 32 Einwohnern in Bucha, einschließlich der Opfer und derjenigen, die den Terror beobachteten. Andere, die HRW Informationen zur Verfügung stellten, waren Ersthelfer, Gerichtsmedizinerteams, Ärzte, Krankenschwestern und Gemeindearbeiter. HRW überprüfte auch alle gesammelten Beweise, wie Videos und Fotos, die von Bewohnern in Bucha aufgenommen wurden. Ihre Untersuchung konnte jedoch nur untersuchen, was nur ein Fragment des von den Russen verübten Terrors darstellen würde. Die Untersuchung berücksichtigt auch nicht, was zu den unverhältnismäßig aggressiven Aktionen russischer Truppen als Reaktion auf Zivilisten geführt haben könnte, von denen viele an Feindseligkeiten teilgenommen haben. Die ukrainische Regierung riet der Zivilbevölkerung, zu den Waffen zu greifen und sich den Besatzern zu widersetzen, eine Empfehlung, über die einige

Segmente der Medien wie die Washington Post besorgt waren, da die aktive Teilnahme einer Person an Feindseligkeiten automatisch den Status eines „Kombattanten“ mit sich bringt. verleiht der Genfer Konvention. Ganz zu schweigen davon, dass es auch die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation erhöht, sollten Aktionen ziviler Kämpfer eine unverhältnismäßige Reaktion der Besatzungstruppen auslösen. Dies geschah während des Massakers von Haditha im Irak, als US-Truppen, nachdem sie Schüsse aus den umliegenden Gebieten genommen hatten, in Wohngebiete einmarschierten und eine Reihe von Zivilisten in einem Kriegsverbrechen hinrichteten, für das die Täter niemals bestraft würden.

Am 15. April 2022 wurde berichtet, dass nach dem russischen Rückzug aus dem Gebiet 278 Leichen geborgen wurden, und viele der 278 Leichen waren die von Nichtkombattanten. Ruslan Kravchenko hat dies mit HRW verifiziert. Er dient als oberster regionaler Staatsanwalt in Bucha. Darüber hinaus wurde erwartet, dass weitere Leichen gefunden werden - denken Sie daran, dass Bucha 36.000 Einwohner hat. Ein Mitarbeiter eines Bestattungsunternehmens bestätigte, dass sein Bestattungsteam keine andere Wahl hatte, als über ein Dutzend Leichen in der Nähe der St.-Andreas- und Allerheiligenkirche zu begraben, weil in der Leichenhalle kein Platz mehr war, um die wachsende Zahl von Leichen aufzunehmen Opfer in Bucha. Die meisten der in der Nähe der Kirche Bestatteten waren nicht kämpfende Zivilisten. Eine andere Person, die in einem Bestattungsunternehmen arbeitete, sagte, sie habe seit Beginn der Invasion am 24. Februar 2022 200 Leichen in Bucha gefunden und eingesammelt. Zu diesen Verstorbenen gehörten Männer, Frauen und Kinder, aber hauptsächlich Männer. Die Todesursache für fast alle war ein Schuss, und etwa 50 der Opfer wiesen Anzeichen von Knechtschaft und Folter auf. Diejenigen, denen die Hände gebunden waren, wurden höchstwahrscheinlich gefangen genommen und

hingerichtet, so der Arbeiter. Russische Streitkräfte suchten gezielt nach Personen, die am Donbass-Konflikt beteiligt waren und Tätowierungen hatten, die rechtsextreme oder neonazistische Bewegungen symbolisierten.

Während der Zeit, in der HRW in Bucha anwesend war, verzeichnete sie 16 bestätigte Fälle von Kriegsverbrechen, darunter außergerichtliche Hinrichtungen und vorsätzliche Morde an Zivilisten, hauptsächlich Männern. Es gab eine Reihe von Menschen in Bucha, die durch Schüsse verwundet wurden und Wunden im Nacken und an den Schultern erlitten. Ein neunjähriges Mädchen wurde bei dem Versuch, vor russischen Soldaten zu fliehen, in die Schulter geschossen.

HRW erhielt Informationen über eine Hinrichtung, die am 4. März in Bucha in Anwesenheit der Russen stattfand. Diese Informationen wurden von jemandem bereitgestellt, dem es gelang, aus Bucha zu fliehen. Er teilte mit, dass die Russen fünf Männer gefangen genommen und einen von ihnen hingerichtet hätten, indem sie ihn im Hinrichtungsstil erschossen hätten. HRW wurde auch darüber informiert, was am nächsten Tag geschah, als ein 48-jähriger Mann namens Viktor Koval getötet wurde, als russische Truppen sein Haus überfielen. Unterdessen hat die russische Regierung vehement alle Berichte dementiert, wonach russische Truppen während der „Militäroperation" Zivilisten getötet hätten, und weiterhin behauptet, dass kein einziger Einwohner von russischen Streitkräften verletzt oder getötet worden sei und dass alle gegenteiligen Berichte einfach von ukrainischen Behörden orchestriert worden seien . Russische Streitkräfte marschierten am 24. Februar 2022 in die Ukraine ein, betraten Bucha jedoch erst am 27. Februar, so die Einwohner von Bucha. Kurz darauf wurden russische Streitkräfte von ukrainischen Streitkräften zurückgeschlagen, konnten jedoch am 5. März die Kontrolle über die Stadt erlangen, als sie am Tag zuvor eine Gegenoffensive starteten. Es gibt keine Informationen

darüber, wo die ukrainischen Streitkräfte ihre Truppen in der Anfangsphase der Schlacht von Bucha stationiert haben. Bucha wurde von den Russen als strategische Maßnahme bei ihrem Angriff auf Kiew eingesetzt. Während dieser Besetzung wurde den russischen Truppen befohlen, von Tür zu Tür zu gehen und jeden zu verhaften und hinzurichten, der der Ukraine im Donbass-Konflikt geholfen hatte oder mit rechtsextremen oder Neonazi-Gruppen in Verbindung stand. Sie suchten auch nach Waffen. Während sowohl HRW als auch Amnesty International dokumentierten, dass Waffen in einem Wohnhaus von Zivilisten gefunden wurden, bestätigte nur Amnesty International, dass ukrainische Soldaten die Waffen in einem Wohnhaus in der Nähe von Bucha versteckt hatten. Der Bericht von Amnesty International war auch klarer darin, dass dies den ukrainischen Streitkräften verboten ist, weil es Zivilisten gefährdet. Der HRW-Bericht erwähnte weder Verstöße ukrainischer Soldaten noch fragte oder spekulierte er, wie die Waffen in das Haus von zwei Zivilisten gelangten.

Während ihrer Besetzung von Bucha sagten russische Truppen den Bewohnern, sie seien dort, um sie vor den Nazis zu retten. Russische Truppen parkten ihre Panzer auch vor Häusern in Wohngebieten, um ukrainische Artillerie abzuschrecken, und weigerten sich, Familien von Häftlingen zu sagen, wohin sie ihre Angehörigen brachten. Beides waren schwere Menschenrechtsverletzungen. Viele der gefangenen Männer wurden später an verschiedenen Orten in Bucha tot aufgefunden, zB in Straßen, Parks, Kellern. Das Versäumnis, Angehörigen von Inhaftierten mitzuteilen, wohin sie sie gebracht haben, stellt ein „erzwungenes Verschwindenlassen“ dar, was nach internationalem Recht ein Kriegsverbrechen darstellt. Einige der entdeckten Leichen wurden vermint. Russische Truppen benutzten ukrainische Zivilisten als menschliche Schutzschilde und legten Wert darauf, sich in der Nähe von zivilen Gebieten wie

Häusern und Schulen zu positionieren, um ukrainische Artillerie-Bombardierungen abzuwehren. Es gibt Videobeweise, die dies bestätigen. Wenn es um Berichte über Gewalt im Nahen Osten geht, steht der russische Ansatz in Bucha im Gegensatz dazu, wie dieser Ansatz im Nahen Osten verwendet wird, insbesondere wie dies während der US/NATO-Invasionen im Irak, in Afghanistan und Libyen der Fall war besetzte Land würde sich hinter der Zivilbevölkerung verstecken. In vielen Fällen besteht die einzige Gewinnstrategie, die eine kleinere Anzahl von Militanten gegen eine sich nähernde größere Streitmacht anwenden kann, darin, auf Überraschungsangriffe und Hinterhalte zurückzugreifen und sich an Orten zu verstecken, an denen sie am wenigsten erwartet würden. Leider besteht die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, darin, sich hinter weichen Zielen wie Schulen, Krankenhäusern, Bibliotheken zu verstecken und dann von diesen Positionen aus Angriffe aus dem Hinterhalt zu starten, was nur die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Gegend gefährdet. Die Hamas wendet diese Taktik im Gazastreifen an, ISIS/Anti-Assad-Rebellen haben sie wahrscheinlich in Syrien angewandt, prorussische Separatisten haben die Taktik wahrscheinlich während des Donbass-Konflikts angewandt. Aber im Fall der russischen Invasion in der Ukraine ist die Invasionstruppe diejenige, die hauptsächlich diese Strategie anwendet, Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Unter Berufung auf diese obigen Beispiele kann man hochrechnen, dass im Fall Bucha die ukrainischen Streitkräfte die einzigen wären, die ihre militärische Ausrüstung in der Nähe von Wohngebäuden platzieren würden. Videoaufnahmen aus sozialen Medien zeigten jedoch, dass es in Bucha auch um die russischen Streitkräfte ging, die inmitten von Wohn- und Zivilgebieten stationiert waren. Aber wenn wir den Krieg aus der Perspektive betrachten, dass der Konflikt 2014 begann, überrascht es nicht, dass beide Seiten Zivilisten einsetzen. Dies war während des Donbass-Konflikts weit verbreitet.

Als russische Truppen andere Wohnhäuser besetzten, befahlen sie den Mietern, in den Kellerbereich zu ziehen und die Haustür unverschlossen zu lassen, zumindest laut einem von HRW dokumentierten Fall. Bewohner beschrieben, wie russische Truppen, als sie eine verschlossene Tür fanden, sich hineindrängten und das Haus durchwühlten. Viele der damals in Bucha lebenden Menschen sagten HRW, dass russische Truppen auf Menschen geschossen hätten, die sich aus ihren Häusern wagten, was es wahrscheinlich machte, dass die Bewohner von russischen Truppen gewaltsam abgeriegelt wurden. Dies ist bei Streitkräften üblich. Die Ukraine verhängte zu Beginn des Krieges eine dreitägige Sperrung der Einwohner von Kiew und befahl dem Militär, jeden zu erschießen, den sie auf der Straße sehen. US-Streitkräfte verhängten 2004 eine ähnliche Abriegelung in Falludscha. Russland wandte dies wahrscheinlich in Bucha an. Vasyl Yushenko wurde von russischen Streitkräften getötet, als er auf seinen Balkon trat, um zu rauchen. Eine Krankenschwester enthüllte, dass unter den Bewohnern von Bucha viele Verletzungen auftraten, darunter Kinder, da sie sich um 10 verletzte Bewohner kümmern musste, sowie um ein kleines Mädchen, das verwundet wurde, nachdem es von russischen Soldaten erschossen worden war, die versuchten, es mitzunehmen, um es an der Flucht zu hindern . Der Mann, mit dem das kleine Mädchen zusammen war, wurde getötet, während ihr der Arm entfernt werden musste. Auch Anwohner wurden bei Explosionen und Bombenanschlägen in der Nähe ihres Hauses verletzt. Es wurde berichtet, dass russische Soldaten die Stadt mit ukrainischen Streitkräften „während Artilleriegefechten" zu Beginn ihres Vormarsches auf Bucha beschossen. Es gibt keine Dokumentation darüber, welche Gebiete in Bucha ukrainische Soldaten als Startrampen benutzten, um Artillerie auf russische Ziele abzufeuern. Es wurde festgestellt, dass russische Truppen verschiedene Besitztümer plünderten und hochgeschätzte

Gegenstände wie Schmuck und Elektronik beschlagnahmten. Plünderungen für den persönlichen Gebrauch gelten nach internationalem Kriegsrecht als illegal. Wertgegenstände können im Krieg nur erlangt werden, wenn irgendeine Form von Entschädigung angewendet wird.

Alle Kriegsparteien sind verpflichtet, das Völkerrecht sowie die Genfer Konvention von 1949 und andere Zusatzbestimmungen wie das Erste Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen einzuhalten. Besatzungstruppen unterliegen den Besatzungsgesetzen und den internationalen Menschenrechtsgesetzen. Willkürliches Töten, Plündern, Foltern, Entführen und grausame Behandlung von Häftlingen sind nach internationalen Gesetzen und Vorschriften zu Krieg und Besatzung illegal. Deren Verletzung durch willkürliche Soldaten oder Kommandeure, die entsprechende Befehle erteilen, stellt Kriegsverbrechen dar. Jede Strafverfolgungsbehörde, die von solchen Taten Kenntnis hat und sich weigert, Ermittlungen oder Bestrafungen gegen die Verantwortlichen durchzuführen, kann ebenfalls wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden.

Einwohner von Bucha berichteten, dass ihnen die Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wasser und Strom ausgingen und dass einige Menschen an den Folgen starben. Eine Person war auf ein Sauerstoffgerät angewiesen, und als der Strom ausfiel, wurde das Gerät funktionsunfähig und die Person starb. Andere von russischen Streitkräften begangene Verbrechen fanden in Adriviika, Hostomel und Motzyhn statt, und die in Bucha arbeitenden Menschen erwarten weitere Opfer, da in anderen Gebieten Beweise gesammelt werden. Die ukrainische Polizei meldete 900 Tote von Ukrainern in Kiew infolge der russischen Invasion. Es gab jedoch keine eindeutige Einschätzung, wie diese Opfer starben. Allein in Bucha habe es laut HRW 600 Tote gegeben, sagte die Oberstaatsanwaltschaft. Diese Berichte der ukrainischen Polizei und des regionalen Generalstaatsanwalts

waren am 15. April 2022 gültig.

HRW empfahl den ukrainischen Beamten, das Sammeln von Beweismitteln ganz oben auf ihre To-Do-Liste zu setzen, da dies für die künftige Verfolgung von Kriegsverbrechen von entscheidender Bedeutung sein könnte. Sie wiesen auch darauf hin, dass dies eine Beschränkung des Zugangs zu Bereichen erfordern würde, in denen Massengräber ausgegraben worden waren, zumindest bis die Ermittler die Leichen analysieren und feststellen konnten, wie die Opfer starben, sowie sie identifizieren konnten. Wenn die Russen etwas zurückgelassen haben, könnte es auch verwendet werden, um Russland weitere Kriegsverbrechen vorzuwerfen. Der HRW forderte auch andere institutionelle Gremien auf, die Ermittlungen zu unterstützen, um eine gründliche Prüfung der Beweise zu gewährleisten. Wenn die Ukraine beschließt, Mitglied des Vertrags über den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu werden, könnte ihr Recht an der IStGH-Politik ausgerichtet werden, was die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen einfacher und straffer machen und dazu beitragen würde, dass jedes Opfer und seine Familien angemessene Gerechtigkeit erfahren . Nationen, die die Gerichtsbarkeit des Gerichts anerkennen, bereiten sich jedoch darauf vor, vom IStGH wegen Kriegsverbrechen untersucht und strafrechtlich verfolgt zu werden. Der IStGH erkannte den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland auch lange vor 2022 als internationalen Krieg an, als beide Nationen während des Donbass-Konflikts wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurden. Weder Russland noch die USA erkennen das Gericht an. HRW verfolgte in ihrem Bucha-Bericht einen anderen Ansatz als sonst bei der Berichterstattung über Kriegsverbrechen der US-Truppen. HRW empfiehlt normalerweise nicht, dass sich der IStGH an Ermittlungen zu Kriegsverbrechen gegen die USA beteiligt. Normalerweise drängen sie US-Beamte immer wieder, ihre eigenen Ermittlungen durchzuführen. Umgekehrt fordert HRW

im Bucha-Bericht die russischen Behörden nicht auf, eine Untersuchung der Aktionen der eigenen Truppen durchzuführen. Stattdessen fordern sie eine IStGH-Untersuchung russischer Kriegsverbrechen. Eine klare Westorientierung seitens HRW erklärt, warum Russland die HRW-Büros in Russland geschlossen hat.

Diejenigen, die während der Besetzung von Bucha von russischen Truppen festgenommen wurden, wurden heimlich abgeführt und hingerichtet. Es gibt 9 dokumentierte Fälle davon durch die HRW. Dies wurde aus Augenzeugenberichten und auch aus der Beobachtung, wie einige der Toten gefesselt wurden, extrapoliert. Eine Reihe von Opfern wurde am Stadtrand von Kiew in der Nähe der Jablunska-Straße gefunden. Die Zahl der summarischen Hinrichtungen kann zunehmen, wenn in der Gegend von Bucha mehr Leichen gefunden werden, die Beweise für diese Todesart aufweisen. Diese Art von Hinrichtungen gelten als Kriegsverbrechen, unabhängig davon, ob das Opfer ein Nichtkombattant, Kriegsgefangener oder Kriegsgefangener war oder nicht.

Eine Frau mittleren Alters namens Iryna beschrieb, wie russische Truppen auf ihr Haus an der Ecke Jablunska-Straße und Woksalna-Straße schossen. Dies geschah zu Beginn des russischen Vormarsches auf Bucha am 5. März. Das Haus fing schließlich Feuer und geriet infolge des Sperrfeuers in Brand. Nachdem die Bewohner des Hauses – die Frau, ihr Vater und ihr Ehemann – wiederholt geschrien hatten, sie seien Zivilisten, befahlen die russischen Soldaten, die auf das Haus geschossen hatten, ihnen, das Haus zu räumen und das Nazi-Versteck aufzudecken. Die russischen Soldaten sagten ihnen, wie auch vielen anderen Bewohnern von Bucha, dass sie dort seien, um die Bewohner von Bucha vor den Nazis zu retten. Anhand von Dokumenten verfügten die russischen Soldaten über eine Liste mit Namen von Personen, die am Donbass-Konflikt beteiligt waren, und

beschuldigten viele Einwohner von Bucha, während des Krieges im Donbass vor dem 24. Februar 2022 Pro-Russen getötet zu haben. Laut Iryna, wie von HRW dokumentiert, „Die Soldaten haben uns beschuldigt, Menschen im Donbass getötet zu haben. Sie haben uns auch beschuldigt, die Berkut auf dem Maidan getötet zu haben. Sie kamen zu dem Schluss, dass wir schuldig waren und bestraft werden sollten." Die russischen Soldaten in Bezug auf Berkut beziehen sich auf Angehörige der Bereitschaftspolizei von Berkut, die während der Maidan-Proteste 2014 in Kiew von Demonstranten getötet wurden. Nachdem die Russen die Bewohner von Irynas Haus konfrontiert hatten, befahlen die Russen den dort lebenden Männern – Oleh, Irynas Ehemann, und Volodymyr, Irynas Vater –, das Feuer zu löschen. Während Iryna von einem russischen Soldaten verhört wurde, wurden Oleh und Wolodymyr in den Hof gebracht. Nach dem Verhör ließen die russischen Soldaten Wolodymyr gehen, hielten Oleh jedoch fest, bevor sie ihm in den Kopf schossen. Sein Körper lag außerhalb des Hofes auf dem Bürgersteig, sein halbes Gesicht war von der Schusswunde weggeblasen, als Blut wütend aus seiner Wunde auf den Bürgersteig spritzte. Iryna zufolge „lag er mit dem Gesicht nach unten, und Blut strömte aus seinem linken Ohr. Die rechte Seite seines Gesichts fehlte und aus seiner Wunde floss Hirngewebe und Blut." Wie Iryna bemerkte, behandelten die Soldaten die Situation, als wäre es eine Form der Unterhaltung. Dann informierten sie Iryna und Wolodymyr und drohten, sie zu töten, wenn sie nicht aus der Gegend fliehen würden. Olehs Leiche würde für den Rest des Tages auf dem Bürgersteig verrotten Monat, bis ukrainische Streitkräfte und Beamte eintrafen und es entfernten.

In der Sadova-Straße, die der Yablunska-Straße entspricht, nahmen russische Truppen am 17. März Vasily Nedashkivski und seine Frau fest, nachdem sie Waffen in ihrem Haus gefunden hatten. Der Bericht von Amnesty International dokumentiert

einen Fall in der Nähe von Bucha, bei dem ukrainische Soldaten in einem Schlafsaal gestohlene Waffen aus einem russischen Panzerfahrzeug versteckten. In der Zwischenzeit wurden die beiden Bewohner des Hauses zum Verhör in ein anderes Gebäude gebracht. Vasilys Frau wurde anschließend freigelassen, während Vasily in das sogenannte „Hauptquartier" der russischen Streitkräfte gebracht und Wochen später tot aufgefunden wurde. Wenn ukrainische Soldaten Vasilys Haus tatsächlich benutzten, um Waffen zu verstecken, würde dies im Nachhinein die dort lebenden Bewohner gefährden und dazu führen, dass Vasily von russischen Streitkräften erschossen wird. Die Russen haben Vasilys Frau, die Tanya heißt, nie gesagt, wohin er gebracht wurde. Dieser hier verwendete Aspekt des Verschwindenlassens stellt ein Kriegsverbrechen dar. Tanya und ihre Nachbarin erwähnten, dass die Bewohner ihre Häuser verlassen dürften, aber nur zu bestimmten Anlässen, um Wasser zu trinken. Als ukrainische Beamte Vasilys Leiche fanden, sahen sie auch die Leiche eines anderen Mannes, Igor Lytwynenko. HRW untersuchte die Situation und die Treppe füllte sich mit Blut. Sie sahen, dass Vasily sehr schlimm mit Schnittwunden an den Händen und Prellungen am Unterbauch geschlagen wurde. Offenbar wurde er mit wiederholten Schlägen auf den Kopf fast zu Tode geprügelt, bevor er hingerichtet wurde. Er wurde später in einem provisorischen Grab in der Nähe seines Hauses bestattet.

Am 20. März erschossen russische Truppen einen Mann in einem schwarzen Trainingsanzug. Dies wurde von zwei Personen belauscht, die neben dem Gebäude lebten, das von den russischen Truppen besetzt war, die den Mord begangen hatten. Vor der Tötung forderten die russischen Soldaten die beiden auf, in ihre Wohnung zurückzukehren und dort zu bleiben. Kurz darauf hören sie jedoch Aufruhr zwischen russischen Truppen und einem anderen Mann, bevor Schüsse fallen. Die Russen erschossen den Mann im schwarzen Trainingsanzug, der „Slava Ukraini" rief,

bevor er hingerichtet wurde. Die Bergung der Leiche kam damals nicht in Frage, da russische Truppen den Hof besetzten, auf dem die Leiche des Mannes lag, und oft Essen kochten. Beide Männer, die den Mord belauscht hatten, mussten 48 Stunden warten, bevor sie die Leiche in ein provisorisches Grab zur Beerdigung legen konnten. Die ukrainischen Behörden holten die Leiche später aus dem Grab. Social-Media-Fotos, die den tot im Hof liegenden Mann zu zeigen schienen, zeigten, dass seine Hände mit Klebeband gefesselt waren, aber es gab keine Möglichkeit zu bestätigen, ob sie gefesselt waren, bevor er von russischen Truppen getötet wurde oder nachdem er getötet wurde.

In der Woksalna-Straße befand sich der Keller eines Schlafsaals des Sommerlagers, in dem russische Truppen Folterungen durchführten. Am 4. April beobachtete HRW dort fünf Leichen, allesamt Männer in Zivil, die erschossen worden zu sein schienen. Vier der fünf hatten ihre Hände auf dem Rücken gefesselt, während die anderen Schusswunden in der Brust erlitten. Ihre Namen waren Serhiy Mateshko, Dmytro Shulmeister, Volodymyr Boychenko, Valery Prudko und Viktor Prudko. Die Russen nutzten das Lager als Hauptquartier und sprühten „V“ außerhalb der Lagermauern. Es gab ausgewiesene Bereiche zum Essen, und nicht weit vom Keller entfernt befand sich ein Bereich, in dem gepanzerte Fahrzeuge abgestellt werden konnten. Zwei weitere Fahrzeuge in der Umgebung wurden ebenfalls mit „V“ besprüht. "V" war ein Symbol der Unterstützung für Russlands Invasion in der Ukraine. Satellitenbilder zeigten, dass sich gepanzerte Fahrzeuge in Bucha am 28. Februar in der Nähe des Campingplatzes befanden, während die anderen oben erwähnten regulären Fahrzeuge, die mit „V“ besprüht waren, am 10. März auf Satellitenbildern in der Nähe des Campingplatzes zu sehen waren.

Das von Denys Davydov am 1. April entlang der Jablunska-Straße aufgenommene Video zeigte sieben tote Opfer, von denen

einem die Hände auf dem Rücken gefesselt waren. Dieses Videomaterial wurde durch ein weiteres Video bestätigt, das am 2. April auf Facebook gepostet wurde und dieselben sieben Leichen an genau derselben Stelle zeigt. Dieses Video vom 2. April wurde von einem Auto aus gefilmt, das neben zwei anderen Autos fuhr, von denen eines von drei ukrainischen Truppen besetzt war. Der Mann, der mit auf den Rücken gefesselten Händen starb, wurde verdächtigt, Opfer einer Hinrichtung durch russische Streitkräfte geworden zu sein. In der Zwischenzeit berichtete ein Leiter des Bestattungsunternehmens namens Serhii Kaplychnyi, dass er eine Reihe von Leichen gefunden habe, die offenbar durch Hinrichtung gestorben seien. Diese Leichen wurden an verschiedenen Orten in Bucha entdeckt, beispielsweise in der Yablubka-Straße, wo er berichtete, acht Leichen gesehen zu haben, die alle Schusswunden erlitten und sechs von ihnen die Hände gefesselt hatten. Am selben Ort, aber innerhalb des Gebäudes in der Yablunska-Straße 144, sagte Serhii, er sei auf der Treppe zum zweiten Stock auf eine andere Leiche gestoßen. Auf den ersten Blick waren keine Wunden erkennbar, aber bei weiteren Nachforschungen entdeckte Serhii eine Schusswunde im Herzen des Toten. Kurze Zeit später wurden 20 weitere Leichen in der Yablunska-Straße gefunden, und 10 von ihnen waren an den Händen zusammengebunden, was darauf hindeutet, dass summarische Hinrichtungen stattgefunden haben. Serhii bemerkte, dass die überwiegende Mehrheit der Opfer aus nächster Nähe getötet wurde, einige durch Schüsse in den Kopf. Einer der anderen Bestattungsunternehmer, Serhii Matiuk, sagte, die Zahl der Leichen, die er auf den Straßen gesammelt habe, liege seit dem 28. Februar, als die Russen zum ersten Mal in Bucha einmarschierten, bei etwa 200. Dieser Mitarbeiter eines Bestattungsunternehmens sagte, dass alle diese Opfer aus nächster Nähe durch Schüsse in den Kopf oder in die Augen getötet wurden. Zu diesen Opfern gehörten Männer und Frauen, von denen einige auf der Straße

und andere in Fahrzeugen starben. Er berichtete jedoch, dass er erst wenige Tage nach dem Einmarsch der Russen in Bucha begann, Leichen mit gefesselten Händen zu sehen. Aber während der Zeit, als die Russen die Stadt besetzten, berichtete er, fast 50 Leichen mit gefesselten Händen gesehen zu haben, was darauf hindeutet, dass die Opfer kurzerhand hingerichtet wurden. Sie hatten auch Blutergüsse und Schusswunden an Beinen und Händen, was auf Folter hindeutet.

Wenn es um Opfer geht, die einfach dadurch getötet wurden, dass sie sich in der Gegend aufhielten – von denen sieben von HRW dokumentiert wurden –, könnten die Russen das Feuer auf sie eröffnet haben, ohne zu wissen, ob es sich um feindliche Kämpfer handelte. Zivilisten wurden von ukrainischen Beamten ermutigt, sich an Feindseligkeiten zu beteiligen. Nach internationalem Recht sind Besatzungstruppen jedoch verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Status des Ziels zu bestätigen – ob es sich um einen feindlichen Kombattanten oder einen Zivilisten handelt und ob es sich um eine unmittelbare Bedrohung handelt oder nicht. Fall und Punkt. Am 5. März entschieden sich in der Jablunska-Straße im nordöstlichen Teil zwei Männer, die sich vor Artilleriebeschuss und Schüssen in ihren Keller geflüchtet hatten, nach draußen zu schauen, nachdem der Beschuss aufgehört hatte. Das war gegen 16:30 Uhr. Sie traten kurz nach draußen, um die Zerstörung zu begutachten. Einer der Männer, der Schwiegersohn des anderen Mannes, wurde erschossen, als er wieder hineinging. Er starb am nächsten Morgen, als seine Familie wiederholt versuchte, einen Krankenwagen oder die ukrainischen Streitkräfte zu erreichen. Die Familie begrub ihn in einem provisorischen flachen Grab, bevor örtliche Beamte die Leiche bergen würden, nachdem die Russen Bucha verlassen hatten. Ein weiteres Beispiel für wahlloses Schießen auf Zivilisten ereignete sich am 7. März. Nikolaii sagte HRW, dass russische Truppen an diesem Tag das

Feuer auf ihn und einige seiner Familienmitglieder eröffneten, während sie sich draußen, aber innerhalb ihres geschlossenen Balkons im sechsten Stock des Wohnhauses befanden, in dem sie lebten. Nikolai, seine Schwester und ihr Ehemann Vasyl Yushenko waren auf dem Balkon, wo Schüsse Vasyl in den Hals trafen, als er gerade dabei war, sich seine Zigarette anzuzünden. Zum Glück hat er überlebt. Sie brachten ihn hinein und ein Nachbar konnte Erste Hilfe leisten und Vasyls Leben retten. Während der Nachbar noch an Vasyl arbeitete, wurde von den russischen Streitkräften ein weiterer Schuss in die Wohnung abgefeuert. Vasyl überlebte schließlich, als er von Nikolai, seiner Frau und seinen Nachbarn evakuiert und mit Schubkarren in ein Kiewer Krankenhaus gebracht wurde, wo er sich erholte und später entlassen wurde. HRW bestätigte diesen Bericht, als sie die Wohnung am 6. April besuchten und die Kugeleinschläge auf dem Glas rund um den Balkon und entlang der Wand und den Schränken hinter dem Glas sahen. Es gab auch Blutflecken auf dem Boden sowie menschliches Gewebe. Die Flugbahn und der Einschlagsort der beiden Schüsse, die auf die Wohnung abgefeuert wurden, zeigten, dass russische Streitkräfte absichtlich auf die Bewohner zielten.

Bei einem weiteren wahllosen Feuer erschossen russische Truppen Artem, einen 37-jährigen Mann, der in seine Garage ging, um Lebensmittel zu holen. Kurz zuvor versteckte er sich im Keller einer Wohnung, wo er und andere Zuflucht suchten, ging aber zum Essen in die Garage, bevor er erschossen wurde. Einer der Nachbarn, der in der Nähe wohnte, berichtete, russische Truppen in der Nähe der Garage gesehen zu haben, in der Artem Zuflucht suchte. Dann sah sie, wie sie dort die Tür öffneten und dann das Feuer eröffneten, bevor sie die Tür sofort schlossen. Seine Leiche wurde später am 20. März gefunden. Er lag tot auf dem Rücken, ein Glas mit Dip-Sauce war aufgebrochen und über seine Beine geflossen. Er wurde in der Nähe in einem flachen Grab begraben. Er war vom ukrainischen Militär zum Lackieren von Fahrzeugen

angestellt worden, und während der russischen Invasion flüchtete er sich in den Keller und versorgte oft andere, die mit ihm geflüchtet waren, mit Lebensmitteln aus seinen eigenen Vorräten. Diese von russischen Streitkräften begangene Tat ähnelt auffallend der Tötung von Zivilisten durch das US-Militär während des Massakers von Haditha. Ähnlich wie die Russen in diesem Fall in ein Wohnhaus gingen und in das Haus schossen, ohne zu sehen, wer dort war, gingen die US-Streitkräfte in Haditha auf die gleiche Weise vor und schossen in das Haus, ohne zu sehen, wer dort war, sehen Sie, wer drinnen war. Und in Haditha waren viele in diesen Häusern Frauen und Kinder, und die Anklagen wegen Mordes an den US-Soldaten, die sie getötet hatten, wurden später fallen gelassen. Im Fall Bucha fragte keine der Menschenrechtsorganisationen, ob ukrainische Zivilisten von ihren Häusern aus auf russische Truppen schossen. Ein sehr wichtiger Faktor, wenn man bedenkt, dass Zivilisten ermutigt wurden, gegen russische Streitkräfte zu den Waffen zu greifen. Als US-Soldaten ihr Massaker in Haditha verübten, waren sie zuerst auf Schüsse gestoßen und vermuteten, dass sie aus einem nahe gelegenen Wohngebiet kamen, was sie dazu veranlasste, die Häuser anzugreifen und alle darin zu töten. Das offizielle US-Militärprotokoll ermächtigt US-Soldaten, zivile oder nicht-zivile Strukturen und die darin befindlichen zu zerstören, wenn sie die Struktur als eine feindliche Bedrohung ansehen. Dies gilt für Soldaten am Boden und in der Luft. Sobald festgestellt wird, dass eine Struktur feindliche Kampfhandlungen enthält, haben US-Soldaten nach militärischen Vorschriften das Recht, die Struktur und die darin befindlichen Personen zu dezimieren. Dies ähnelt wahrscheinlich den meisten militärischen Vorschriften, einschließlich der russischen.

Am 12. März wurde ein 61-jähriger Mann in der Jablunska-Straße getötet. Es passierte in der Nähe eines Mehrfamilienhauses. Das Opfer, Ilia Navalnyi, hatte gerade das

Haus seines Freundes verlassen. Der Freund sagte, dass, obwohl er die Ermordung von Illis nicht aus erster Hand miterlebt habe, russische Truppen „über den Hof" außerhalb des Apartmentkomplexes geschossen hätten. Am nächsten Morgen wurde Ilia 15 Meter von der Wohnung entfernt tot aufgefunden, Papiere am ganzen Körper verstreut. Bei den Papieren handelte es sich um Dokumente zu Ilias Personalausweis.

Nach Angaben der Augenzeugen Mykola und Serhii B. wurde ein alter Mann auf seinem Rollator in der Nähe eines sowjetischen Denkmals an der Ecke Nove Highway und Vokzalna-Straße in der Nähe des Rollators mit Schusswunden erschossen. HRW untersuchte den Bericht, ging in das Gebiet und sah umfangreiche Schäden an umliegenden Gebäuden, was darauf hindeutet, dass in dem Gebiet heftige Kämpfe stattfanden. Wer den alten Mann getötet hat, sei es direkt durch russische Truppen oder durch Kreuzfeuer zwischen russischen Truppen und dem ukrainischen Widerstand, konnte nicht festgestellt werden.

Nur wenige Tage bevor der alte Mann entdeckt wurde, schossen russische Truppen offen auf einen Mann und ein junges Mädchen. Der Mann Volodymyr Rubalio wurde getötet, aber das junge Mädchen, das in den Arm geschossen wurde, konnte fliehen und fand Nachbarn, die sie zur medizinischen Behandlung in einen Keller brachten. Der Zustand des Mädchens verschlechterte sich jedoch und das Gewebe um ihre Schulter, wo sie verletzt war, verschlechterte sich weiter, was dazu führte, dass ihr Arm amputiert wurde, nachdem sie schließlich ins Krankenhaus gebracht wurde. HRW hat den Namen des Mädchens nie dokumentiert und konnte den Vorfall auch nicht bestätigen. Als sie jedoch die Stelle besuchten, an der das Mädchen erschossen wurde, sahen sie Blutflecken auf dem Boden, einige Meter voneinander entfernt, was darauf hindeutet, dass dort zwei Personen verletzt worden sein könnten. Ein weiterer 33-jähriger Mann namens Oleh wurde seit dem 19. März vermisst und später

tot unter einem Metallhaufen nur wenige Meter von seinem Haus entfernt aufgefunden. Als HRW das Gebiet besichtigte, bemerkten sie Blutflecken nur wenige Meter von dem Gebäude entfernt, in dem ein russischer Kommandant stationiert war. Das Gebäude war nach dem russischen Abzug aus Bucha mit Rationen und russischen Uniformen übersät. Letztlich gab es keine Möglichkeit, die Umstände von Olehs Tod zu ermitteln – ob er dort getötet oder dort platziert wurde, nachdem er woanders verwundet worden war. HRW behauptet, dass die Russen von Oleh und den Umständen seines Todes wussten, weil das Gebiet stark von russischem Militärpersonal besetzt war. Die Frau wurde jedoch nicht über seinen Tod informiert; davon habe sie erst nach dem russischen Abzug erfahren, sagte eine Bewohnerin von Bucha, die mit HRW darüber sprach.

Iryna, deren Ehemann am 5. März getötet worden war, sagte HRW, dass sie, nachdem russische Truppen ihr befohlen hatten, den Hof zu verlassen, auf dem sie ihren Ehemann hingerichtet hatten, einige Meter vom Tor entfernt eine tote Frau neben einem Fahrrad liegen fand. Es wird angenommen, dass es sich bei der Frau um dieselbe Frau handelt, die auf Luftaufnahmen zu sehen war, die von russischen Streitkräften erschossen wurde, nachdem sie von ihrem Fahrrad abgestiegen war, nachdem sie in die Jablunska-Straße abgebogen war, wo zahlreiche russische Militärfahrzeuge stationiert waren. Aufnahmen, die am 5. April auf Telegram veröffentlicht wurden, deuten darauf hin, dass der Mord zwischen Ende Februar und dem 9. März stattfand. HRW interviewte sowohl den Leiter der ukrainischen Minenräumeinheit in Bucha als auch den Leiter der Panzerabwehrbrigade, die auch an der Minenräumung in Bucha arbeitet. Beide berichteten, dass eine Reihe von Leichen in Bucha mit Sprengfallen versehen worden seien. Der Leiter der Minenräumeinheit der Ukraine, Oberstleutnant Roman Shutylo, entdeckte am 8. April zwei mit Sprengfallen versehene Leichen.

Insgesamt wurden 20 Leichen mit Sprengfallen und Minen gefunden. Viele dieser Sprengfallen und Minen wurden unter Verwendung von Handgranaten und Antipersonenminen entwickelt. Die Minenräumer tauschten später Videos und Fotos mit HRW aus, die zeigten, wie die Fallen konstruiert und für die Detonation ausgelegt waren. Antipersonenminen und Sprengfallen sind im Internationalen Minenverbotsvertrag von 1997 verboten, aber Russland hat den Vertrag nie unterzeichnet.

HRW sammelte Beweise dafür, dass russische Truppen während der Besatzung eine Reihe von Häusern durchsuchten und alle möglichen Wertgegenstände wie Werkzeuge und Schmuck mitnahmen. Eine Person in Bucha sagte HRW, dass nach der Evakuierung von Bucha russische Soldaten in das Haus seines Nachbarn eingebrochen seien und dort einiges beschädigt hätten. Er sah auch viele Waren aus dem Haus, die auf russischen Militärfahrzeugen gelagert wurden, als sie das Gebiet am 31. März verließen. Eine andere Person namens Tarasevych, die während der russischen Besatzung in Bucha lebte, teilte Fotobeweise von russischen Truppen, die Haushaltsgegenstände und Wertgegenstände mitnahmen. Die Fotos zeigten russische Militärfahrzeuge mit einigen Gegenständen auf dem Dach, Gegenstände, die er als Eigentum von Mietern erkannte, die in dem von den Russen besetzten Wohnhaus gewohnt hatten. Tarasevych sagte HRW auch, er habe gesehen, wie russische Soldaten Waren aus einem Apartmentkomplex geholt und nach draußen gebracht hätten. Die Gegenstände wurden in Säcke verladen und von russischen Soldaten weggebracht, als sie das Wohnhaus am 31. März verließen. Laut HRW gibt es möglicherweise Radioaufnahmen, die zeigen, wie die russischen Soldaten darüber sprechen, Luxusgüter von zivilen Haushalten in Bucha zu kaufen und nach Bucha zurückzubringen Russland. HRW kann dies jedoch nicht mit Sicherheit bestätigen.

HRW bestätigte, dass russische Truppen zivile Gebiete als

Schutzschilde gegen ukrainische Streitkräfte benutzten und auch Zivilisten in Bucha gewaltsam abschotteten und ihnen verbot, ihre Häuser zu verlassen. HRW erkundigte sich nicht nach dem Standort der ukrainischen Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt – ob sie russische Ziele von Wohngebieten aus angriffen oder nicht. Aber der Bericht machte deutlich, dass russische Truppen ihre Militärfahrzeuge vor Wohnhäusern parkten und ihre Truppen in Wohngebieten stationierten, ähnlich wie es die von Russland unterstützten Separatisten während des Donbass-Krieges taten. Daher ist es schlüssig, dass russisches Militärpersonal nicht alle möglichen Maßnahmen ergriffen hat, um eine Gefährdung ziviler Gebiete zu vermeiden. Satellitenbilder bestätigten, dass russische Truppen zwei Militärfahrzeuge in unmittelbarer Nähe eines Apartmentkomplexes nördlich der Jablunska-Straße geparkt hatten, wobei Bremsspuren in nahe gelegenen Gebieten zeigten, dass russische Militärfahrzeuge regelmäßig in der Gegend verkehrten. Diese Beweise stimmen mit Fotos und Videos überein, die von Tarasevych aufgenommen wurden und russische Streitkräfte und Artillerie in zivilen Gebieten zeigen, einschließlich einer Mörserfeuerbasis in der Nähe von Zivilwohnungen in der Sadova-Straße. Ein weiteres Gebiet, das von russischen Truppen und Artillerieausrüstung besetzt war, befand sich in der Nähe von Schulen. HRW dokumentierte Beweise dafür, dass russische Truppen die Schule als Ort benutzten, um Artillerie zu stationieren und ukrainische Stellungen zu beschießen. Gemäß der Safe Schools Declaration, einer Vereinbarung zwischen 113 Ländern ohne Russisch, dürfen Schulen nicht für Kampf- oder Militäreinsätze genutzt werden. Vom 4. bis 10. April erhielt HRW Zugang zu den Leichen, die aus einem flachen Grab in der Nähe der St.-Andreas-und-Allerheiligen-Kirche exhumiert wurden. Fünf der Toten aus diesem Grab schienen durch Exekution durch russische Soldaten im Keller des Sommerlagers in der Woksalna-Straße getötet

worden zu sein. Alle aus dem Massengrab entfernten Leichen wurden in einem Hof aufgereiht und in offen gelassene Leichensäcke gewickelt. HRW beobachtete die Exhumierungen am 8. und 10. April. Sie stellten fest, dass die Beamten, die die Aufgabe ausführten, in Schutzkleidung gekleidet waren und die von der Grabstätte entfernten Leichen und alle Aspekte bezüglich dessen, was sich an der Leiche befand, per Foto und Video dokumentierten. Mindestens sieben Tage nach dem Abzug der Russen blieb Bucha mit Leichen bedeckt, einige begraben, andere lagen auf der Straße. Beweise wie Blutflecken und Patronenhülsen waren allgegenwärtig. All diese Beweise wären für einen Kriegsverbrecherprozess gegen Russland von entscheidender Bedeutung, aber der Schlüssel liegt darin, die Beweise rechtzeitig zu sammeln, um keinen Verdacht auf Manipulation oder Vernachlässigung zu erregen, die dazu führen könnten, dass Beweise verloren gehen, beschädigt oder zerstört werden. Laut HRW ist ein effizientes Speichersystem und die Bestätigung durch mehrere internationale Organisationen ein weiterer Schlüssel, der ein solides Argument gegen Russland bezüglich der in Bucha begangenen Kriegsverbrechen liefern kann. Seit April haben mehrere Organisationen Ermittlungen eingeleitet, um festzustellen, ob Russland Kriegsverbrechen in Bucha und anderen Gebieten der Ukraine begangen hat. Viele dieser Untersuchungen sind mit einem Bestätigungsbias verbunden, der eine gründliche Auswertung verhindert. Zu den Gremien, die Ermittlungen planen, gehören die ukrainische Regierung, der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), Deutschland und die UNO. HRW fordert die Ukraine dringend auf, Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs zu werden, damit das Gericht eine gründlichere Untersuchung der Geschehnisse in Bucha durchführen und einen „rechtlichen Rahmen“ entwickeln kann, der umreißt, wie innerstaatliche Ermittlungen für die Strafverfolgung auf internationaler Ebene gelten. Die Ukraine hat

dem IStGH seit 2013 die Gerichtsbarkeit über in der Ukraine begangene Kriegsverbrechen gestattet, aber die Ukraine muss noch offiziell Mitglied des IStGH werden.

Rückblickend war HRW vom 4. bis 10. April 2022 in Bucha präsent, nachdem die Russen die Stadt verlassen hatten. Während dieser Zeit konnte HRW Interviews mit einer Reihe von Anwohnern führen und die Orte sehen, an denen Leichen entlang der Straße verstreut waren, sowie die Leichen, die im Keller eines Gebäudes zurückgelassen wurden, in dem ein Sommerlager für Kinder untergebracht war. Bei zahlreichen Gelegenheiten konnte HRW ohne Begleitung durch die Jablunska-Straße fahren. Sie beobachteten Beweise in Form von Fotos, Videos und Satellitenbildern, die alle von lokalen Beamten, Einwohnern und Opfern der russischen Aggression, die überlebten, bereitgestellt wurden. Die Interviews wurden mit einem Dolmetscher geführt. Einige der Befragten entschieden sich dafür, ihre Identität nicht preiszugeben, während andere dies taten. Die HRW-Untersuchung zu den Geschehnissen in Bucha begann bereits Anfang März, als die Russen das Gebiet besetzten, und während dieser Zeit führte HRW den größten Teil ihrer Korrespondenz online oder persönlich mit Personen, denen es gelang, aus Bucha herauszukommen, nachdem sie Zeuge geworden waren was passiert ist . Während ihrer Untersuchung schienen sie zu Schlussfolgerungen zu gelangen, die sowohl durch Bestätigungsfehler als auch durch das Sammeln von Beweisen motiviert waren. Sie verwendeten auch eine Methodik zur Analyse ihrer Ergebnisse, die sich von der unterscheidet, die sie normalerweise verwenden, nachdem sie US-Kriegsverbrechen gemeldet haben. Während ihres Berichts über Bucha appellierten sie nicht an die russischen Behörden, den Vorwürfen von Kriegsverbrechen durch ihre Soldaten nachzugehen. Sie empfahlen sofort eine ICC-Untersuchung, was sie normalerweise nicht tun, wenn es um US-Kriegsverbrechen geht. Denken Sie

daran, dass HRW eine in den USA ansässige Menschenrechtsorganisation ist.

Eine Reihe von EU-Ländern hat russische Diplomaten aus ihren Ländern ausgewiesen, ebenso wie Japan. Sowohl China als auch Indiens Vertreter im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bezeichneten die von russischen Streitkräften begangenen Gräueltaten in Bucha als zutiefst beunruhigend. China als Nation, die Russland während des gesamten Konflikts vergeben hat, weigerte sich jedoch, direkt mit dem Finger auf Russland zu zeigen. Sie sendeten sogar Erklärungen aus Russland, die die Behauptungen der Ukraine über das, was in Bucha passiert ist, dementieren. Der belarussische Präsident ging noch einen Schritt weiter und bestritt die Behauptungen insgesamt, indem er britische Agenten in der Ukraine beschuldigte, einen Angriff unter falscher Flagge in Bucha durchgeführt zu haben, um den Anschein zu erwecken, dass die Russen dafür verantwortlich waren, nur wenn Großbritannien weitere Sanktionen gegen Russland verhängen könnte. Er behauptete auch, Beweise in Form von Dokumenten zu haben, die dies bestätigen, und dass er die Dokumente bereits dem Kreml vorgelegt habe. Sowohl die USA als auch Großbritannien haben gefordert, Russland wegen Kriegsverbrechen anzuklagen. Sie brachten auch zum Ausdruck, dass mehr Sanktionen gegen den russischen Staat verhängt werden sollten, während mehr Waffen in die Ukraine geschickt werden sollten. Aber viele glauben, dass die Lieferung von Waffen an die Ukraine den Krieg nur verlängern und mehr zivile Opfer fordern wird, eine Aussicht, die umso wahrscheinlicher ist, als die Westukraine nicht die Waffen liefern wird, die die Ukraine zumindest zu einem Ende des Krieges zu ihren eigenen Bedingungen bringen würden. Frankreich hat unterdessen auch Russland beschuldigt, gegen die Kriegsgesetze verstoßen zu haben, und vereinbarte Sanktionen seien gerechtfertigt und sollten gegen Russlands Kohle- und Ölenergieindustrie verhängt

werden. Nach der Erklärung des französischen Präsidenten Macron verhängte die EU ein Importverbot für russische Kohle, Holz, Düngemittel, Zement und Gummi. Dies stellte sich für Russland als enorme Ausgabe heraus, die sich auf 8 Milliarden Euro jährlich belaufen würde.

Nach Berichten über die Ereignisse in Bucha bestritten die Russen, die Tötung von Zivilisten angeordnet zu haben. Der Außenminister Russlands stimmte der Einschätzung des belarussischen Präsidenten zu, dass es sich um einen inszenierten Hoax- oder False-Flag-Angriff handelte. Da Berichte über tote Zivilisten erst vier Tage nach dem Abzug der Russen vorgelegt wurden, müssen die ukrainischen Soldaten laut dem russischen Außenminister alles inszeniert haben. Allerdings bestätigte Associated Press, dass der Bürgermeister von Bucha dort bereits Anfang März tote Zivilisten gemeldet hatte. In einem anderen Fall, in dem Satellitenbilder bestätigten, dass ukrainische Zivilisten während der russischen Besetzung der Stadt getötet wurden, bestand der russische Vertreter bei den Vereinten Nationen darauf, dass die Leichen, die gezeigt wurden, nachdem die Russen Bucha verlassen hatten, während der Zeit ihrer Besetzung nicht dort waren. Das russische Verteidigungsministerium erklärte auf Telegram weiter, dass russische Truppen während ihrer Operation in Bucha keine Zivilisten angegriffen hätten, was die übliche Reaktion der meisten Nationen ist, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden. Die Ukraine während des Donbass-Krieges, die Vereinigten Staaten, Israel und sogar die Hamas nutzten diese Verteidigung. Darüber hinaus gab das russische Verteidigungsministerium an, dass die in Bucha Getöteten durch ukrainische Luftangriffe getötet wurden und dass die in den Videos gezeigten Leichen in Bewegung zu sehen seien. Die BBC schloss später aus, dass die Videos choreografiert waren. Eine der angesehensten Quellen der BBC, ein Medienunternehmen namens Bellingcat, wies darauf hin, dass

russische Medien und das Stadtratsmitglied von Bucha, Taras Shapravsky, sagten, die Russen hätten Bucha spätestens am 1. April verlassen. In Russland war klar, dass es Versuche gab, die Bucha-Erzählung als inszeniert darzustellen. In einem Fall wurde im russischen Staatsfernsehen ein Video ausgestrahlt, das angeblich Ukrainer zeigte, die Mannequins benutzten, um den Bucha-Betrug zu inszenieren. Dies wurde jedoch widerlegt, als bestätigt wurde, dass das Video von den Dreharbeiten stammte, die auf einem Fernsehgerät in Sankt Petersburg, Russland, stattfanden. Dies wurde von denen bestätigt, die zu diesem Zeitpunkt am Set waren. Ein weiteres Video zeigte ukrainische Soldaten, die mit Kabeln Leichen herauszogen, und soll in diesem Fall das Massaker von Bucha inszeniert haben. Die Associated Press gab jedoch an, dass Kabel als Vorsichtsmaßnahme verwendet wurden, da einige der Leichen in Bucha mit Sprengfallen versehen waren. Dies wurde von Ermittlern bestätigt.

In der Online-Community wurde der Hass auf Ostslawen auf mehreren Medienplattformen geduldet. Auf der pro-russischen Seite hat die Medien-App Telegram zahlreiche Kommentare von russischen Nationalisten erhalten, die das Massaker von Bucha dulden und weitere Angriffe auf Ukrainer fordern. Einige gingen so weit, die Rasse insgesamt auszurotten. All dies ergab eine Analyse pro-russischer Kanäle in der Telegram-App. Die Studie ergab, dass ein Großteil des geäußerten Hasses ein starkes religiöses Element hat. Es gab Homophobie und einer der russischen Aktivistenjournalisten aus Odessa, der Stadt, in der 2014 48 pro-russische Aktivisten gefasst und im Gewerkschaftshaus lebendig verbrannt wurden, bezeichnete Ukrainer, die Mariupol in der Hand hielten, als Kakerlaken, die ermordet werden sollten. Andererseits hatten Facebook und Instagram, amerikanische soziale Netzwerkdienste, damit begonnen, Benutzern in einigen Ländern zu erlauben,

Nachrichten zu posten, in denen zur Ermordung russischer Staatsangehöriger und des russischen Präsidenten aufgerufen wurde. Dies geht aus durchgesickerten internen E-Mails hervor, aus denen hervorgeht, dass Meta, ehemals Facebook, seine Hassredenregeln für den Krieg zwischen der Ukraine und Russland ändern würde, um Benutzern in Ländern in unmittelbarer Nähe des Krieges zu ermöglichen, den Tod sowohl des russischen Präsidenten als auch des belarussischen Präsidenten zu fordern . Dies markierte eine Kehrtwende in der Facebook-Politik zur Aufstachelung zu Gewalt. Solange sich der Post auf den Einmarsch in die Ukraine bezog, durften Nutzer auf Facebook zum Tod russischer Menschen und russischer Soldaten aufrufen.

Human Rights Watch wird von vielen Organisationen auf der ganzen Welt als notorisch voreingenommen angesehen, wenn es um die Untersuchung von Menschenrechtsfragen geht. Im Jahr 2014 wurde ein offener Brief veröffentlicht, in dem HRW für seine unfaire Voreingenommenheit gegenüber den Vereinigten Staaten und der US-Außenpolitik kritisiert und von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt kritisiert wurde. Der Brief wurde von über 100 Akademikern, Gelehrten sowie einigen UN-Beamten wie Hans von Sponeck und Richard Falk unterzeichnet. Hans von Speck war ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, Richard Falk Sonderberichterstatter für Menschenrechte in den Palästinensischen Gebieten. Der Brief skizzierte, wie Mitglieder von HRW ehemalige Mitglieder von US-Außenpolitikagenturen waren. Zum Beispiel war Tom Malinowski einst Sonderberater von Bill Clinton und wurde später stellvertretender Außenminister von HRW für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit. Myles Frechette war ein ehemaliger US-Botschafter in Columbia und wurde schließlich Mitglied des America Advisory Board von HRW. Dies war der Fall bei Michael Shifter, der als Direktor der Lateinamerika-Abteilung des von der

US-Regierung finanzierten National Endowment for Democracy diente. Es muss jedoch gesagt werden, dass HRW sich bewusst war, wie die US-Außenpolitik während ihres Krieges gegen den Terror einen Präzedenzfall schaffen würde, in dem sich andere Nationen berechtigt fühlen werden, in Bezug auf ihre außenpolitischen Ziele ungestraft zu handeln. Hier ist, was HRW in einem Bericht aus dem Jahr 2011 mit dem Titel „Getting Away with Torture The Bush Administration and Mistreatment of Detainees“ angegeben hat. Es geht um Menschenrechtsverletzungen durch die USA und deren Folgen:

Der Preis der Straflosigkeit Die Missachtung der Menschenrechte durch die US-Regierung im Kampf gegen den Terrorismus in den Jahren nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat das moralische Ansehen der USA herabgesetzt, ein negatives Beispiel für andere Regierungen gesetzt und die US-Regierung daran gehindert, die antiamerikanische Militanz einzudämmen auf der ganzen Welt.

Insbesondere der Einsatz von Folter, Verschwindenlassen und geheimen Gefängnissen durch die CIA war illegal, unmoralisch und kontraproduktiv. Diese Praktiken haben den Ruf und das Ansehen der US-Regierung im Kampf gegen den Terrorismus geschädigt, die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten negativ beeinflusst und Wut und Unmut unter muslimischen Gemeinschaften geweckt, deren Unterstützung für die Erkennung und Verhinderung zukünftiger globaler terroristischer Bedrohungen von entscheidender Bedeutung ist.

Präsident Barack Obama hat mit der Abschaffung geheimer CIA-Gefängnisse und dem Verbot der Folter bei seinem Amtsantritt im Januar 2009 wichtige Weichen gestellt. Andere Maßnahmen wie die Beendigung der unbefristeten Inhaftierung ohne

Gerichtsverfahren oder die Schließung von Guantánamo stehen jedoch noch aus Bay-Militärgefängnis und Beendigung der Überstellung von Häftlingen in Länder, in denen Folter praktiziert wird. Am wichtigsten ist, dass das Engagement der USA für die Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus suspekt bleiben wird, wenn sich die derzeitige Regierung nicht der Vergangenheit stellt. Erst wenn sich die US-Regierung umfassend und offen mit den Verantwortlichen für systematische Menschenrechtsverletzungen nach 9/11 auseinandersetzt, kann man erkennen, dass sie diese überwunden hat.

Ohne wirkliche Rechenschaftspflicht für diese Verbrechen werden diejenigen, die im Namen der Terrorismusbekämpfung Misshandlungen begehen, auf den Missbrauch von Häftlingen durch die USA verweisen, um Kritik an ihrem eigenen Verhalten abzulenken. Wenn eine so dominante und einflussreiche Regierung wie die der Vereinigten Staaten offen gegen Gesetze verstößt, die Folter verbieten, ein grundlegendes Prinzip der Menschenrechte, fordert sie andere auf, dasselbe zu tun. Die dringend benötigte Glaubwürdigkeit der US-Regierung als Menschenrechtsverteidiger wurde durch die Folterenthüllungen beschädigt und wird weiterhin durch die völlige Straflosigkeit für an Verbrechen beteiligte politische Entscheidungsträger beschädigt.

Wie in Ländern, die zuvor mit Folter und anderen schweren Verbrechen nationaler Führer zu kämpfen hatten, gibt es in den Vereinigten Staaten politischen Druck. Kommentatoren behaupten, dass jeder Versuch, vergangene Missbräuche anzugehen, politisch spaltend wäre und die Fähigkeit der Obama-Regierung beeinträchtigen könnte, dringende politische Ziele zu erreichen.

Diese Position ignoriert die hohen Kosten der Untätigkeit. Jedes Versäumnis, eine Untersuchung zu Folter durchzuführen, wird weltweit als vorsätzliche Duldung illegaler Aktivitäten und als Gelegenheit verstanden, zukünftigen Misshandlungen Tür und Tor zu öffnen.[4] Die USA können nicht überzeugend behaupten, diese ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen zurückgewiesen zu haben, bis sie als Verbrechen und nicht als „politische Optionen" behandelt werden.

Im Gegensatz dazu sind die Vorteile einer glaubwürdigen und unparteiischen strafrechtlichen Ermittlung zahlreich. Beispielsweise würde die US-Regierung ein möglichst klares Zeichen setzen, dass sie Folter ablehnt. Die Rechenschaftspflicht würde die moralische Autorität der USA in Bezug auf die Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung konkreter und überzeugender stärken als jede frühere Initiative; ein überzeugendes Beispiel für Regierungen geben, die von den USA wegen Menschenrechtsverletzungen kritisiert wurden, und für die Bevölkerung, die unter solchen Menschenrechtsverletzungen leidet; und konnte rechtliche und institutionelle Mängel aufdecken, die zur Anwendung von Folter und Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirksamkeit der Regierung bei der Terrorismusbekämpfung führten. Es würde auch die Wahrscheinlichkeit ausländischer Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen US-Beamte – die bereits in Spanien begonnen haben – auf der Grundlage des Prinzips der universellen Gerichtsbarkeit erheblich verringern, da diese Strafverfolgungsmaßnahmen im Allgemeinen auf der Untätigkeit der verantwortlichen Regierung beruhen.

Vor diesem Hintergrund kann Russland sich einfach weigern, mit internationalen Behörden in Bezug auf Kriegsverbrechen in der Ukraine zusammenzuarbeiten, und sich darauf stützen, dass die

USA nicht für Menschenrechtsverletzungen durch internationale Behörden oder US-Behörden in dieser Angelegenheit zur Rechenschaft gezogen werden, die dieselben internationalen Organisationen nicht bringen können Anklage gegen Russland in irgendeiner Weise erheben, bis sie zuerst formelle Anklage gegen die Vereinigten Staaten erhoben haben. Die Weigerung, dies zu tun, rechtfertigt die Überlegung, dass Menschenrechtsverletzungen im internationalen Rahmen zulässig sind. Vor diesem Hintergrund folgt Russlands Politik gegenüber der Ukraine der gleichen Begründung wie die USA im Nahen Osten. Die erste war die Befürchtung, dass die Ukraine Massenvernichtungswaffen von der NATO erwerben würde, was der Befürchtung der Vereinigten Staaten nicht unähnlich ist, dass Saddam Hussein aus Afrika die Materialien erhalten hätte, die zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen benötigt werden. Die zweite Rechtfertigung für Russlands Invasion in der Ukraine war, dass die Ukraine aktiv einen Völkermord in der Donbass-Region verübte, russischsprachige Menschen tötete und sich weigerte, Wasser auf die Krim fließen zu lassen, wodurch die russische Entscheidung, in das Land einzudringen, mit humanitären Zielen verknüpft wurde. Die Vereinigten Staaten versuchten, ihre Invasion im Irak im Jahr 2003 mit ähnlichen Argumenten zu rechtfertigen. Nun gibt es also einen internationalen Präzedenzfall, der Menschenrechtsverletzungen toleriert. Es stellt sich heraus, dass die Immunität gegenüber solchen Aktivitäten der militärischen Macht einer Nation entspricht – je mehr militärische Fähigkeiten, desto mehr Immunität im Wesentlichen. Russland könnte auch die Anerkennung der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk als autonom erklären, weil ukrainische Regierungstruppen während des Donbass-Krieges zivile Gebiete beschossen, um gegen Separatisten vorzugehen. Dies ist ein ähnliches Modell, das von den USA gegen Libyen und Syrien verwendet wird. In Libyen im Jahr 2011 während des

Arabischen Frühlings gingen die USA in Bezug auf die Ukraine tatsächlich einen Schritt weiter als Russland. Nachdem Gaddafi, der damalige Präsident Libyens, versucht hatte, gegen gewalttätige Separatisten in seinem Land vorzugehen und dabei Zivilisten tötete, erkannten die Vereinigten Staaten die Separatisten in Libyen als offizielle Regierungsbehörde des Landes an. Die Vereinigten Staaten taten dasselbe in Syrien und erkannten die Rebellen in Syrien als offizielle Regierungsbehörde des Landes an, nachdem Assad versucht hatte, separatistische Elemente in seinem Land zu zerschlagen und dabei Zivilisten zu töten. Russland hingegen erkennt die Separatisten in der Ukraine nur als offizielle Herrscher in ihren jeweiligen Regionen an. Ähnlich wie die USA/NATO wegen Menschenrechtsverletzungen in die Bürgerkriege in Libyen und Syrien eingegriffen hat, folgt Russland dem gleichen Modell – es greift in einen andauernden Bürgerkrieg ein, der in der Ukraine stattfindet, wo es zu Menschenrechtsverletzungen durch das ukrainische Militär gekommen ist wurden von Menschenrechtsorganisationen aufgegriffen und dokumentiert. Doppelmoral, Voreingenommenheit und Bestätigungsvoreingenommenheit sind Dinge, die von Menschenrechtsorganisationen angegangen werden müssen. Andernfalls fühlen sich verschiedene Organisationen auf der ganzen Welt berechtigt, so zu handeln, wie es einem anderen Land gestattet wurde, ungestraft zu handeln. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat nach dem Gaza-Krieg 2021 eine Kommission eingesetzt, um die Behandlung der Palästinenser durch Israel zu untersuchen. Die Untersuchungskommission ist zu dem Schluss gekommen, dass Israels Behandlung der Palästinenser der Grund dafür ist, dass die Hamas wahllos Raketen auf Zivilisten abfeuert. Aber wenn man bedenkt, wie der Krieg in der Ukraine gehandhabt und untersucht wird, sollte es keine Überraschung sein, dass es der Hamas gelungen ist, internationale Organisationen davon zu überzeugen,

dass ihr Ziel nicht anders ist als das der Ukraine – Verteidigung gegen eine Crew. Jetzt werden die Aktionen der Hamas nicht in Frage gestellt, wenn die Eskalation in Israel wieder aufgenommen wird, ähnlich wie die Aktionen der Ukraine während des Krieges mit Russland nicht in Frage gestellt werden. Dies ist das erste Mal in den letzten Jahren, dass Israel als Auslöser der Gewalt in Palästina herausgestellt wurde. Die USA haben den Rat verurteilt und können wahrscheinlich sehen, dass ISIS als nächstes von internationalen Organisationen legitimiert werden soll, da sie selbst als terroristische Organisation argumentieren können, dass sie ähnlich wie Hamas und ukrainische Soldaten auch versuchen, erobertes Territorium zurückzuerobern während einer ungerechten Invasion. Menschenrechtsorganisationen haben sich in den letzten Jahren von dem unparteiischeren Ansatz entfernt und sich entschieden, sich an politischen Narrativen auszurichten, und beginnen nun, einen einzelnen Täter zu identifizieren, anstatt Zivilisten aus dem militärischen Rahmen herauszuziehen, was die Geopolitik auf der ganzen Welt polarisieren wird des Weiteren. Es ist klar, dass die UNO und andere Menschenrechtsorganisationen versuchen, ihre Fehler in Bezug auf US-Kriegsverbrechen zu korrigieren, indem sie jeden Schritt unternehmen, um sicherzustellen, dass Israel und Russland zur Rechenschaft gezogen werden. Dennoch setzt es einen Standard, der nicht beantwortet, warum die USA mit Gräueltaten im Ausland davonkommen.

Kapitel 4: Kriegsverbrechen der Ukraine

Nach der Annexion der Krim, bei der eine Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung dort in einem Referendum für den Beitritt zur Russischen Föderation stimmte, begannen russischsprachige Separatisten in der Ostukraine mit der Besetzung von Verwaltungsgebäuden in den Oblasten Donezk und Luhansk der Donbass-Region und in der Folge erklärte Autonomie von der Ukraine . Mehrere pro-ukrainische Bewohner der Donbass-Region wurden von den Separatisten gefangen genommen. Während einige schließlich freigelassen wurden, wurden nur wenige Informationen über die genaue Zahl der Hingerichteten veröffentlicht. Im April 2014 wurden zwei Fälle von Hinrichtungen im Schnellverfahren durch die Separatisten bestätigt. Die Leichen von Volodymyr Rybak, einem pro-ukrainischen Aktivisten, und Yury Popravko, einem Studenten aus Kiew, wurden mit Folterspuren im Torez-Fluss in der Nähe von Raigorodok gefunden. Bei der Prüfung der Anschuldigungen beider Seiten stellte Amnesty International jedoch fest, dass die Behauptungen in vielen Fällen stark übertrieben waren. Als diese geopolitische Affäre jedoch im Juni 2014 in einem bewaffneten Konflikt ausbrach, der im Juli erheblich eskalierte, wurde auf beiden Seiten des Konflikts internationales Kriegsrecht angewandt.

Zwischen dem 12. und 21. Juli 2014 dokumentierte Human Rights Watch Kriegsverbrechen, die von ukrainischen Regierungstruppen in der Donbass-Region begangen wurden. Im Gegensatz zum Bucha-Bericht legte HRW in diesem Dokumentarfilm Wert darauf, beide Seiten zu geißeln, wenn es um Menschenrechtsverletzungen durch ukrainische Regierungstruppen ging. Dies war falsch, da ihre eigenen Beweise zeigten, dass es in Gebieten in Donezk, die von ukrainischer Artillerie getroffen wurden, keine separatistischen Kämpfer oder

Waffen gab. HRW berichtete, dass zwischen dem 12. Juli 2014 und dem 21. Juli 2014 in der Region Donezk durch ungelenkte Grad-Raketen, die von ukrainischen Regierungstruppen und ukrainischen Milizen auf Wohngebiete abgefeuert wurden, 16 Zivilisten getötet und Dutzende weitere verletzt wurden. Dies verstieß gegen internationales Recht, das den wahllosen Abschuss von Raketen auf zivile Gebiete verbietet. Denken Sie daran, dass dies war, bevor Russland begann, die Separatisten in Donezk zu beliefern. Grad-Raketen sind ungelenkt und können nicht genau treffen. Trotz des Berichts, der sich auf den wahllosen Einsatz von Grad-Raketen in der Ukraine konzentriert, hat HRW die ukrainischen Streitkräfte in diesem Bericht nicht herausgegriffen, sondern die Separatisten auch beschuldigt, Kampfflugzeuge und Artillerieausrüstung in zivilen Gebieten stationiert zu haben, was dem Bericht zufolge nicht der Fall ist Fall war. Unterdessen leugneten jedoch ukrainische Streitkräfte und Regierungsbeamte den Einsatz von Grad-Raketen, trotz von HRW gesammelter Beweise, die sie ziemlich sicher machten, dass ukrainische Regierungstruppen diejenigen waren, die Raketen auf zivile Gebiete abfeuerten. HRW beobachtete das Vorhandensein, die Form und den Winkel von Einschlagskratern auf dem Boden und in Gebäuden und kam zu dem Schluss, dass es sich um ukrainische Raketen handelte, die das Gebiet trafen. Aufgrund der Nähe des Schadens zu den Stellungen der Separatisten kam HRW zu dem Schluss, dass die Angriffe nicht von den pro-russischen Separatisten hätten ausgeführt werden können. Einige der Raketen trafen gleichzeitig Kontrollpunkte der Separatisten und zivile Gebiete. Am 21. Juli töteten Raketenangriffe ukrainischer Regierungstruppen drei Zivilisten in Wohngebieten in Donezk. Zwei Tage zuvor waren in Donezk vier Zivilisten durch ukrainische Raketen getötet worden, die auf Wohngebiete abgefeuert worden waren. Wie von HRW dokumentiert, wurden am 12. Juli sechs Zivilisten getötet, als ukrainische Raketen ein

Wohngebiet in Maryinka trafen. HRW identifizierte die Art der Raketen, die bei den Angriffen verwendet wurden – „122-mm-Boden-zu-Oberflächen-Artillerie-Raketen, die von mehrläufigen Raketenwerfern mit bis zu 40 Startrohren abgefeuert wurden." Diese Raketenangriffe verstießen gegen das Völkerrecht bezüglich willkürlicher Angriffe. Unabhängig davon machte HRW die Separatisten teilweise dafür verantwortlich, dass sie nicht alle Anstrengungen unternommen hätten, um den Einsatz von Militärpersonal und Ausrüstung in zivilen Gebieten zu vermeiden. Die von ihnen befragten Anwohner berichteten jedoch, dass sie in der Gegend keine Militanten der Separatisten oder militärische Aktivitäten gesehen hätten. HRW erwähnte in dem Bericht auch, dass ukrainische Kriegsverbrechen separatistische Manöver in zivile Gebiete während des Konflikts nicht rechtfertigten, und stellte fest, wie die Separatisten sich in Richtung Stadtzentrum wagten, nachdem sie auf ukrainisches Raketenfeuer gestoßen waren, das ihren Stützpunkt und ihre Wohngebiete traf. Aber der Separatist zog erst ins Zentrum, nachdem er die Zivilisten dort evakuiert hatte. Dennoch wies HRW in diesem Bericht darauf hin, dass beide Seiten für den Schaden verantwortlich seien, der durch den Abschuss ukrainischer Raketen auf zivile Gebiete verursacht wurde. Es hätte seitens HRW einige Verwirrung geben können, die Aussagen der ukrainischen Beamten zu Donezk zu verstehen, was dazu führen könnte, dass sie beide Seiten als Auslöser für den Tod von Zivilisten in der Region betrachteten. In einem Medienbericht erklärte ein ukrainischer Militärsprecher, dass die von ukrainischen Streitkräften in der Region Donezk am 21. Juli 2014 durchgeführten Militäroperationen eine geplante Offensive gegen die Separatisten gewesen seien und dass alle in das Gebiet abgefeuerte Artillerie nur gegen separatistische Kämpfer gerichtet gewesen sei. Das Ziel, so behauptete er, sei es gewesen, Separatisten vom Flughafen abzuwehren. Ein anderer Medienbericht, diesmal in einer Erklärung von Andriy Lysenko,

einem Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, dementierte vollständig, dass ukrainische Streitkräfte irgendetwas mit den Kämpfen in der Region Donezk zu tun hatten, da während dieser Wohngebiete in Donezk von ungeführten Ukrainern bombardiert wurden Zeitraum waren Grad Raketen. Er behauptete, dass es die privaten Pro-Kiew-Milizgruppen seien, die die Kämpfe führten. Im Wesentlichen kann man daraus schließen, dass er behauptet, zivile Opfer seien durch private Milizen in Donezk verursacht worden. HRW sprach mit mehreren Einwohnern in Donezk, und viele von ihnen sagten, dass gegen 10:30 Uhr eine Rakete in der Nähe des Bahnhofs gelandet sei. Eine weitere Rakete, sagte einer der Bewohner, traf den Innenhof eines Wohnhauses, tötete eine Frau und verletzte einen Mann. Der Name der Frau wurde jedoch nicht verifiziert. Als HRW die Farm besuchte, stießen sie auf einen großen Krater, der durch den Raketeneinschlag entstanden war, und bemerkten direkt daneben Blut. Das war genau in der Mitte des Hofes. Einer der Nachbarn sagte gegenüber HRW, dass ein Mann von Granatsplittern der Raketenexplosion getroffen wurde. Sie sagten auch, dass weder die Separatistenkämpfer noch ihre Waffen oder Ausrüstung in der Gegend seien, was früheren Berichten widersprach, dass Separatistenkämpfer ihre Streitkräfte in Wohngebieten stationiert hätten, was dazu geführt habe, dass Wohngebiete von auf die Separatisten gerichteten Raketen getroffen worden seien. Journalisten, die in Donezk anwesend waren, sagten HRW, dass eine weitere Rakete zwei Männer in der Nähe einer Schule getötet habe. Diese zweite Rakete war nur 100 Meter von der entfernt, die den Hof traf und eine Frau tötete. Eine weitere Einschlagstelle wurde in einem anderen Wohngebiet entdeckt, aber es wurde nicht überprüft, ob es zivile Opfer gab oder nicht. Als HRW am 21. Juli 2014 in Donezk anwesend war, konnten sie selbst hören, wie aus dem nördlichen Teil der Stadt Grad-Raketen auf Donezk abgefeuert wurden. Aufgrund der Intensität der Kämpfe konnte

nicht bestätigt werden, ob weitere Zivilisten in der Gegend getötet wurden oder nicht.

Am 19. Juli 2014 lokalisierte HRW im Bezirk Kuibyshivski fünf Gebiete in einem Wohngebiet, das gegen 16:00 Uhr desselben Tages von ukrainischen Raketen getroffen wurde. Eine ältere Frau namens Valentina Fedorovna, die im ersten Stock des Wohnhauses lebte, das von einer ukrainischen Abschlussrakete getroffen wurde, sagte, sie habe gehört, wie sich in ihrer Wohnung ein Pfeifen in einen lauten Knall verwandelte. Kurze Zeit später klopfte jemand an ihre Tür und fragte, ob noch jemand am Leben sei. Sie war zwischen dem Knall und dem Zeitpunkt, als jemand kam und sie aus dem fünfstöckigen Gebäude holte, bewusstlos gewesen. Eine weitere Person, die im Gebäude wohnte, wurde von Granatsplittern der Explosion getroffen. Ein Stück war durch ihren Arm gegangen, während ein anderes ihre Brust durchbohrt hatte. Sie hörte auch Menschen im Gebäude vor Angst schreien. HRW kam zu dem Schluss, dass die Rakete das Gebäude im zweiten Stock getroffen hatte und in den ersten Stock geflogen war, wo sich Valentina zu diesem Zeitpunkt befand. Aber zum Glück ging die Rakete durch Küche und Bad in den Keller. Sie war zu der Zeit im Wohnzimmer, was ihr das Leben rettete. Eine weitere Rakete traf einen Hof unweit von Valentinas Haus und verletzte vier Menschen. Eine Frau hatte Fragmente der Explosion in ihrer Brust stecken. Ein Schulhof wurde von einer Grad-Rakete getroffen, ebenso eine Straße direkt vor einer Kirche. HRW berichtete, dass eine fünfte Rakete in ein Wohnhaus einschlug, während niemand dort war.

HRW war sich sicher, dass die Rakete nicht von privaten ukrainischen Milizen, sondern von ukrainischen Regierungstruppen abgefeuert wurde. Die Flugbahn und das Ergebnis großer Krater in den von Raketen getroffenen Gebieten waren Beweis genug dafür, dass die Raketen von ukrainischen Streitkräften abgefeuert wurden. Es gab auch einen Krater auf

dem Schulhof, der darauf hinwies, dass die Rakete aus dem Westen gekommen war, was weiter bestätigte, dass sie von ukrainischen Streitkräften kam, da die Frontlinie zwischen den Separatisten und ukrainischen Streitkräften verlief, sagten Anwohner, der Bezirk Kuibyshivsky in Donezk, lagen einige Kilometer nach Westen. Die Separatisten bestätigten, dass ungelenkte Grad-Raketen ihren Kontrollpunkt und ein angrenzendes Gebiet sehr nahe an einem Wohngebiet trafen. HRW hat das Gebiet begutachtet und bestätigt, dass dies tatsächlich der Fall ist. Sie bemerkten Krater und Grad-Raketenfragmente, die in der Nähe des Checkpoint-Bereichs und des Bereichs zwischen dem Wohngebiet und dem Checkpoint verstreut waren.

Am 12. Juli traf eine Reihe von Grad-Raketen, die vom ukrainischen Militär abgefeuert wurden, den Bezirk Petrovskyi in Donezk, ein Wohngebiet nördlich einer Straße, die die Frontlinien markiert. Nach dem Angriff wurden 19 Einschlagskrater entdeckt und die Anwohner der betroffenen Viertel zeigten HRW die an ihren Häusern angerichteten Schäden. Eine der ukrainischen Grad-Raketen traf ein Haus und tötete eine ganze Familie, die in der Chugaeya-Straße 2 lebte. Die Rakete zerstörte das Haus und die Garage. Eine andere Frau, die die Straße hinunter wohnte, sagte HRW, dass es in der Gegend keine Waffen oder Militante gebe, die das Abfeuern dieser Raketen auf die Nachbarschaft rechtfertigen würden. Sie sagte zu HRW: Ich war in meinem Zimmer, als ich das erste Mal einen Pfiff gehört habe. Die Wände und Fenster fingen an zu wackeln und dann gab es eine Menge lautes Knallen. Mein Sohn war in der Küche. Als der Angriff begann, kam er angerannt, wahrscheinlich um mich zu retten, aber ein Schrapnell traf ihn am Bein. Was wollten sie hier angreifen? Hier gibt es keine Fabrik, keine Kämpfer, nur ärmliche Häuser. Ihr Auto wurde bei dem Angriff zerstört, während ihr Haus schwer beschädigt wurde. Ihr Sohn wurde durch

Granatsplitter verletzt. Die örtliche Polizei in der Gegend dokumentierte sieben Todesfälle durch das Raketenfeuer und zeigte es HRW. Es wurde auch der Schluss gezogen, dass die Schäden und Kraterbereiche durch die Raketeneinschläge darauf hinwiesen, dass die Raketen aus einem Gebiet südöstlich oder weiter südlich des südlichen Kontrollpunkts der Separatisten abgefeuert wurden. Alle Bewohner sagten, dass es keine Separatisten oder Ausrüstung in der Gegend gab, bevor sie von Grad-Raketen getroffen wurde. Dies widerspricht der Vorstellung, dass separatistische Kämpfer Bewohner als menschliche Schutzschilde benutzten. Dennoch beschuldigte HRW beide Seiten, Zivilisten zu gefährden, trotz der ihnen vorgelegten und von ihnen bestätigten Beweise. Und am selben Tag, dem 12. Juli um 22 Uhr, wurde ein weiteres Gebiet von einem Grad-Raketenhagel getroffen. In dem 10.000-Einwohner-Dorf Maryinka wurden bei einem Raketenangriff sechs Menschen getötet und 15 verletzt. Das Dorf bestand aus Wohn-, Industrie- und ländlichen Gebieten. Eine Person, die am Ort des Angriffs lebte, sagte, es habe etwa 40 Sekunden gedauert. Insgesamt 12 Wohnhäuser wurden direkt von Raketenbeschuss getroffen und HRW beobachtete Granatsplitter sowohl in der Umgebung der Wohngebiete als auch in den während des Angriffs zerstörten Wohnungen. Zuvor waren die Separatisten an einem Kontrollpunkt 800 Meter vom Rand des Dorfes entfernt stationiert, und eine Reihe von Separatistenkämpfern wurden in dem Gebiet zwischen dem Kontrollpunkt und den Wohngebieten von Maryinka stationiert. Nach dem Raketenangriff der ukrainischen Streitkräfte und der Evakuierung der Bewohner des Gebiets rückten sie jedoch näher an das Zentrum heran. Vor dem Angriff seien keine Separatisten in den betroffenen Wohngebieten gewesen – das bestätigte später ein Journalist, der vor Ort war. Die Separatisten kamen erst danach, um die Bewohner dort zu evakuieren. Der Kommandeur der Separatistenkämpfer

berichtete, dass 22 Raketen den Kontrollpunkt und Wohngebiete getroffen hätten. Während Beweise zeigten, dass die Raketen von ukrainischen Regierungstruppen stammten, sprach ein Journalist mit HRW und sagte ihnen, er habe mit Pro-Kievin-Milizen gesprochen, die in Nowomikhaylivka, einem Dorf südwestlich von Maryinka, stationiert seien. Und sie prahlten ihm gegenüber damit, dass sie ein Grad-Raketensystem erworben hatten, um es gegen die Separatisten einzusetzen. Eine andere Person sagte, er habe gesehen, wie Raketen aus dem Gebiet südwestlich von Maryinka abgefeuert wurden. Der Einsatz von Grad-Raketen auf zivilen Gebieten in der Ostukraine durch ukrainische Streitkräfte provozierte schließlich Russland in den Konflikt. Aus diesem Grund kündigte Russland im August 2014 an, militärische Hilfe und Ausrüstung in die von Separatisten kontrollierten Gebiete in der Ostukraine zu schicken.

Später in diesem Jahr, am 23. September 2014, berichteten russische Medien, dass Massengräber in der Region Donezk in den Dörfern Komunar und Nyzhnya Krynka gefunden wurden. Das Gebiet war bis zwei Tage vor dem 21. September, als die Separatisten die Kontrolle über die Dörfer übernahmen, vom Aidar-Bataillon der ukrainischen Streitkräfte und der 25. Fallschirmjäger-Brigade kontrolliert worden. Der russische Mediensender, der über die Situation berichtete, zeigte 2 Gräber mit jeweils einer toten Frau in der Luft. Der Reporter dort wurde von Separatistenkämpfern eskortiert. Die Leichen schienen gefoltert worden zu sein, jeder mit auf den Rücken gefesselten Händen. Andere Medien bestätigten den Bericht und fügten hinzu, dass eine der getöteten und begrabenen Frauen zum Zeitpunkt ihres Todes schwanger war. Aleksandr Sachartschenko, Ministerpräsident der Volksrepublik Donezk (DVR), die die Separatisten jetzt benennen, sagte einem Reporter, dass es in der Gegend drei Begräbnisstätten gebe, eine mit 40 Zivilisten, die nicht am Kampf teilnahmen. Die beiden anderen Grabstätten

bestanden aus toten Soldaten sowohl der proukrainischen als auch der prorussischen Separatistenseite. Kurz darauf, am 26. September, traf Amnesty International in der Gegend ein, um die Vorwürfe zu untersuchen. Sie interviewten die Einheimischen sowie dort stationierte DVR-Beamte und Militante. Amnesty International mit Hauptsitz in Großbritannien ist eine Menschenrechts-NGO. Human Rights Watch hingegen hat seinen Hauptsitz in den Vereinigten Staaten in New York. Insgesamt scheint Amnesty International unparteiischer zu sein als Human Rights Watch. In den Dörfern Komunar und Nyzhnya Krynka fand Amnesty International relevante Beweise dafür, dass ukrainische Streitkräfte während der Militäroperation mindestens vier extralegale Hinrichtungen durchgeführt haben. Bezogen auf die Gesamtzahl fand Amnesty jedoch nicht so viele wie behauptet. Sie fanden drei Orte mit neun Leichen, von denen vier Zivilisten waren, die kurzerhand hingerichtet wurden. Ein Ort war im Dorf Nyzhnya Krynka, in der Nähe eines Militärkontrollpunkts, mit einem Denkmal aus Blumen und einem Schild mit der Aufschrift „Gestorben für Putins Lügen“, auf dem die Namen und russischen Militärausweise aller Opfer aufgeführt waren. Ein DVR-Kämpfer teilte Amnesty International mit, dass die Männer das Gebiet erkundeten, aber vermisst wurden. Entweder wurden sie vermutlich von ukrainischen Streitkräften gefangen genommen, bevor sie hingerichtet oder im Kampf getötet wurden. Es war nicht klar, welche. Die beiden anderen Grabstätten befanden sich in der Nähe des Dorfes Komunar bei Mine 22. Jedes Grab enthielt zwei Leichen, die bereits ausgegraben worden waren. Pavel Strukov, der die Untersuchung leitete, sagte gegenüber Amnesty International, dass dort vier männliche Leichen gefunden wurden. Einheimische sagten, dass zwischen dem 16. August und dem 22. September 2014 sowohl Komunar als auch Nyzhnya Krynka von ukrainischen Regierungstruppen kontrolliert wurden. Am 22. September eroberten Separatisten beide Gebiete zurück. Amnesty

International bestätigte, dass die Grabstätten ausgehoben wurden, als ukrainische Regierungstruppen und private Pro-Kiew-Milizen die Kontrolle über die Dörfer hatten. Es wird angenommen, dass mindestens drei Anwohner von ukrainischen Regierungstruppen hingerichtet wurden, nachdem sie am 11. September 2014 zuletzt lebend gesehen wurden. Ein Zivilist, der in der Nähe des Dorfes Komunar in der Nähe der Mine 22 gefunden wurde, war der 21-jährige Nikita Kolomeytsev, der sich freiwillig für den Einsatz gemeldet hatte den Separatisten und arbeitet nach Angaben seiner Familie als Angestellter an einem Kontrollpunkt. Er tauchte unter, als pro-Kiew-Truppen die Mine 22 in der Nähe des Dorfes Komunar übernahmen. Einige Tage nach seiner Abreise kamen ukrainische Streitkräfte zum Haus seiner Familie und verhörten sie, suchten nach Informationen über Nikita und zerstörten dabei das Haus. Die Familie teilte Amnesty mit, dass die Abzeichen, die sie trugen, die des Dnipro-1-Bataillons seien. Laut Nikitas Mutter sagte ein Nachbar, er habe gesehen, wie Nikita festgenommen wurde, aber diese Person wurde nicht von Amnesty International befragt. Nikitas Leiche wurde später von der Mutter identifiziert, und die örtliche Polizei kam zu dem Schluss, dass er erschossen wurde. Etwa zur gleichen Zeit wie Nikitas Verschwinden verschwanden zwei weitere Bewohner. Beide wohnten auf der anderen Straßenseite und bauten Cannabis in ihren Häusern an. Eines der Opfer war beim Besuch von Kontrollpunkten gesehen worden, sowohl als DVR-Truppen das Dorf kontrollierten als auch als ukrainische Truppen das Dorf kontrollierten. Laut seiner Tante verschwand er nach dem Besuch des Außenpostens, als ihn pro-Kiew-Truppen kontrollierten. Sein Name war Sergey Tsarenko, ein 26-jähriger Mann. Sein 60-jähriger Freund Igor Shipilka, ebenfalls Cannabiszüchter, wurde vermisst, nachdem er zuletzt am 12. September von ukrainischen Soldaten gefangen genommen worden war. Eine dritte Person, Vladimir Yashenko, 55, verschwand ungefähr zur gleichen Zeit wie die anderen und

nach Angaben der Einheimischen Bewohner, die in der Nähe seines Hauses wohnten, wurde sein Haus nach seinem Verschwinden von ukrainischen Soldaten besetzt. Amnesty International konnte nur die außergerichtliche Hinrichtung von Nikita Kolometsev bestätigen, der mit gefesselten Händen aufgefunden wurde. Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen verstoßen gegen internationales Recht.

Rückblickend sehen wir, wie sich das Dementi beider Konfliktparteien auf internationale Ermittlungen ausgewirkt hat. Beide Menschenrechtsorganisationen, Human Rights Watch und Amnesty International, machten typischerweise beide Parteien des Donbass-Krieges dem internationalen Kriegsrecht haftbar. Als es jedoch um Bucha ging, untersuchte Human Rights Watch nicht das Verhalten von Zivilisten, die während der Zeit, in der Russland das Gebiet besetzte, an Feindseligkeiten teilnahmen – es gab Aktionen von Zivilisten, die zu Kombattanten wurden, die Zivilisten in den Wohngebieten waren gefährdete Gebiete. Haben die ukrainischen Kämpfer aus Wohngebieten auf russische Truppen geschossen? Dies ist relevant, da internationale Menschenrechtsorganisationen nach der ungerechtfertigten Invasion des Irak durch die Vereinigten Staaten den Aufstand im Irak haftbar machten, während sie ihr Land vor einer ungerechtfertigten Invasion verteidigten. Laut Human Rights Watch „verbieten die Kriegsgesetze weder aufständische Gruppen noch Angriffe auf legitime militärische Ziele, aber sie schränken die Mittel und Arten von Angriffen ein und verpflichten alle Kräfte in einem Konflikt, Zivilisten und andere Nichtkombattanten zu schützen.“ Die ukrainischen Spezialeinheiten waren in Bucha präsent und leisteten zunächst Widerstand gegen die russische Invasion, bevor sie von den russischen Truppen zurückgedrängt wurden. Die Russen besetzten Bucha den ganzen März 2022 hindurch. Human Rights Watch berücksichtigte jedoch nicht das Potenzial dieser Operationseinheit, irreguläre Kriegstaktiken

durchzuführen, die Zivilisten hätten gefährden können. Die ukrainischen Spezialeinheiten bestehen aus 2000 Mitarbeitern, die in 7 Regimenter zwischen Armee und Marine aufgeteilt sind. Sie werden von der CIA für den Aufstandskrieg ausgebildet und sind die Hauptempfänger westlicher Militärhilfe. Ihre Anwesenheit ist sehr zurückhaltend und bisher gibt es keine Bestätigung über die Opfer der ukrainischen SOF während der russischen Invasion in der Ukraine.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine wurde männlichen Zivilisten, die versuchten, aus dem Land zu fliehen, befohlen, zu bleiben oder zum ukrainischen Militär zwangsrekrutiert zu werden. Am 3. März 2022, eine Woche nachdem die Ukraine als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine landesweit das Kriegsrecht verhängt hatte, wurde von der ukrainischen Regierung ein Dekret erlassen, dass Zivilisten, die Waffen erhalten, das gesetzliche Recht haben, auf russische Soldaten zu schießen und zu haben die gleichen Rechte wie ukrainische Soldaten. Dieses Dekret nach der Genfer Konvention machte im Wesentlichen jeden in der Ukraine, der eine Waffe besaß, zu einem „Kämpfer". Das Dekret machte es diesen bewaffneten ukrainischen Zivilisten auch legal, russische Soldaten in der Ukraine zu töten. Dadurch wurden alle bewaffneten Zivilisten in der Ukraine internationalen Gesetzen unterworfen, die darauf abzielen, Zivilisten während bewaffneter Konflikte zu schützen. Diejenigen Ukrainer, die sich entschieden, keine Waffen zu ergreifen, aber in der Ukraine blieben, hatten Anspruch auf Schutz, den beide Konfliktparteien anerkennen mussten. Im Fall von Bucha, wie die Genfer Konvention definiert, wer rechtlich ein Kombattant ist, fielen diejenigen, die zu den Waffen griffen, als sich der russische Militärkonvoi Bucha näherte, unter die Definition der Genfer Konvention für Kombattanten:

Übereinkommen (III) über die Behandlung von

Kriegsgefangenen. Genf, 12. August 1949.

Artikel 4 A (6) (6) Bewohner unbesetzter Gebiete, die bei Annäherung des Feindes spontan zu den Waffen greifen, um den Invasionstruppen Widerstand zu leisten, ohne Zeit gehabt zu haben, reguläre bewaffnete Einheiten zu bilden, vorausgesetzt, sie haben Waffen, zeigen Offenheit und achten die Gesetze und Bräuche des Krieges.

Diejenigen, die unter diese Definition fallen, waren nach internationalem Recht verpflichtet, zivile Gebiete zu verlassen, da ukrainische Zivilisten, die nicht an Feindseligkeiten gegen russische Streitkräfte teilnahmen, durch das humanitäre Völkerrecht geschützt waren. Dieses Gesetz war während des Donbass-Krieges in Kraft und ist nach der russischen Invasion in der Ukraine in Kraft. Obwohl bestätigt wurde, dass Russland diese Sicherheitsvorkehrungen während der Besetzung von Bucha verletzt und eine Reihe unschuldiger Zivilisten überproportional zum Widerstand ukrainischer Zivilisten getötet hat, widerspricht Human Rights Watch ihrem Ansatz, beide Seiten für den anfänglichen Raketenbeschuss auf zivile Gebiete verantwortlich zu machen von ukrainischen Streitkräften im Jahr 2014, bevor Russland in den Konflikt verwickelt wurde, versäumte es, die Rolle zu erwähnen, die Kombattanten spielten, die auf russische Soldaten in Wohngebieten schossen, indem sie andere ukrainische Zivilisten gefährdeten, die nicht an den Kämpfen in dem Gebiet beteiligt waren. Beide Konfliktparteien mussten alle Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung treffen:

Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949 zum Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I), 8. Juni 1977. VORSICHTSMASSNAHMEN GEGEN DIE AUSWIRKUNGEN VON ANGRIFFEN

Artikel 58 – Vorsichtsmaßnahmen gegen die Auswirkungen von Angriffen

Die Konfliktparteien werden im größtmöglichen Umfang:

(a) sich unbeschadet des Artikels 49 [Link] des Vierten Abkommens bemühen, die Zivilbevölkerung, Personen und zivile Objekte unter ihrer Kontrolle aus der Nähe militärischer Ziele zu entfernen; (b) vermeiden, militärische Ziele innerhalb oder in der Nähe von dicht besiedelten Gebieten zu lokalisieren; c) andere notwendige Vorkehrungen treffen, um die Zivilbevölkerung, Personen und zivile Objekte unter ihrer Kontrolle vor den Gefahren militärischer Operationen zu schützen.

Wir können beobachten, wie im Juli 2014, als HRW klar war, dass die Separatisten alle Vorsichtsmaßnahmen treffen, um zivile Gebiete zu meiden (Anwohner bestätigten, dass es keine Waffen oder Kämpfer in dem Gebiet gab), ukrainische Streitkräfte Grad-Raketen auf zivile Gebiete einsetzten , selbst nachdem solche Beweise dokumentiert wurden, wurden beide Seiten beschuldigt, nicht genug getan zu haben, um Zivilisten zu schützen. In Bucha hinterfragte HRW nicht, welchen Einfluss ukrainische „Kombattanten“ auf die Situation hatten oder welche Schritte Kombattanten auf ukrainischer Seite nach internationalem Recht unternehmen mussten, um Schäden an zivilen Gebieten und Zivilisten zu minimieren. In seinem Bericht über Bucha und andere umliegende Dörfer wies Amnesty International jedoch auf die Möglichkeit hin, dass ukrainische Soldaten Zivilisten in der Gegend gefährden könnten. Dieser Teil des Berichts von Amnesty International mit dem Titel HE'S NOT COMING BACK: WAR CRIMES IN NORDWEST AREAS OF KYIV OBLAST dokumentiert die Ermordung eines 15-jährigen Jungen, Igor Denchik, und

seiner Tante, Ludmila Shabanova, durch russische Soldaten direkt vor ihnen aus ihrem Keller, wo der Rest der Familie Zuflucht suchte. Die russischen Soldaten hatten an die Tür gehämmert und Tränengas in den Keller geworfen, bevor sie jedem, der aus dem Keller stürmte, befahlen, sich auf den Boden zu setzen. Damals wurden der 15-Jährige und seine Tante erschossen. Laut dem Großvater des Jungen leben etwa 40-50 Menschen im Keller. Danach wurde berichtet, dass im Haus Waffen gefunden wurden. Hier ist der Auszug aus dem Bericht von Amnesty International:

„Timoshenko und ein anderer Bewohner des Gebäudes sagten, dass sie in den Tagen nach der Ermordung von Igor Denchik und Ludmila Shabanova erfahren hätten, dass die Soldaten den Keller des Hauses durchsucht und einige Waffen und/oder Munition gefunden hätten, die ukrainischen Streitkräften oder gepanzerten Freiwilligen gehörten Fahrzeug, das von ukrainischen Streitkräften in der Gegend angegriffen und immobilisiert worden war, wurde von einem Russen beschlagnahmt. Wenn ukrainische Streitkräfte oder Freiwillige Waffen in einem Wohnhaus voller Zivilisten versteckt hätten, hätte eine solche Aktion die Sicherheit von Zivilisten gefährdet, entgegen ihrer Verpflichtung, alle möglichen Vorkehrungen zu treffen, um Zivilisten unter ihrer Kontrolle vor den Auswirkungen von Angriffen zu schützen. unter anderem indem vermieden wird, militärische Ziele in dicht besiedelten Gebieten zu platzieren.“

Amnesty International erklärte in demselben Bericht auch, jedoch in Bezug auf die Stadt Borodyanka, dass es Beweise dafür gebe, dass ukrainische Soldaten Wohngebäude benutzten, um auf russisches Militär zu schießen. Am 1. und 2. März führten die Russen eine Reihe von Luftangriffen auf Wohngebäude durch, in denen 600 Familien untergebracht waren. Die meisten Bewohner

des Gebäudes hatten im Keller Schutz gesucht, und viele der bei Luftangriffen Getöteten wurden im Keller getötet. 40 Zivilisten wurden getötet, als viele der Gebäude durch Schäden einstürzten. Obwohl klar war, dass der Angriff in keinem Verhältnis zu der Bedrohung stand, wies Amnesty International dennoch auf mögliche Beweise hin, dass ukrainische Soldaten Zivilisten gefährdeten, indem sie die Wohnung als Basis benutzten, um auf russisches Militär zu schießen:

Es gibt Hinweise darauf, dass ukrainische Streitkräfte oder ihre bewaffneten Unterstützer die Gebäude zumindest vorübergehend als Plattform nutzten, um anf russische Militärfahrzeuge zu schießen, die das Gebiet durchquerten. Ein Bewohner eines der Gebäude, der telefonierte und einem Verwandten eine SMS schrieb, bevor sein Gebäude getroffen wurde, sagte, ukrainische Scharfschützen hätten auf dem Dach und hinter dem Gebäude anf russische Konvois geschossen; er befürchtete, dies würde zu russischen Vergeltungsmaßnahmen führen. Wenn es stimmt, dass ukrainische Truppen von den Gebäuden aus geschossen haben, haben sie unverantwortlich Zivilisten gefährdet und gegen das Kriegsrecht verstoßen. Angesichts der beträchtlichen Zahl von Zivilisten, die in diesen Gebäuden zu erwarten wären, waren solche groß angelegten russischen Angriffe jedoch nach dem humanitären Völkerrecht sowohl unverhältnismäßig als auch willkürlich und stellen als solche Kriegsverbrechen dar.

Während Human Rights Watch und Amnesty International beide im Westen ansässig sind, hat sich Amnesty International bei der Berichterstattung und Untersuchung von Ereignissen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Russland-Konflikt als weitaus unparteiischer als Human Rights Watch erwiesen. Human Rights Watch interessiert sich mehr dafür, wie eine internationale Affäre das politisch aufgeladene Narrativ in den USA bestätigt, als wie die

internationale Affäre, wie der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, auf den Ereignissen aufbaut, die zu dem Konflikt geführt haben und in direktem Zusammenhang mit den beiden Nationen stehen beteiligt. Auch die Vereinten Nationen waren bei ihrer Untersuchung des israelisch-palästinensischen Konflikts nach dem Gaza-Krieg 2021 vom politischen Rahmen der USA betroffen. Letztlich könnte es für die internationale Gemeinschaft gefährlich sein, zuzulassen, dass die schismatischen politischen Rahmenbedingungen in den USA den nüchternen Blick auf geopolitische Ereignisse vergiften, der erforderlich ist, um eine stabile und integrierte globale Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Selbst wenn Amnesty betroffen ist, scheinen sie immer noch in der Lage zu sein, ein gewisses Maß an Nüchternheit in globalen geopolitischen Fragen aufrechtzuerhalten, und daher ist es für Russland unerlässlich, Amnesty-Büros in Russland wieder einzurichten.

Während vom Westen unterstützte Menschenrechtsorganisationen ignorierten, welche Manöver die ukrainischen Streitkräfte möglicherweise in Mariupol angewandt haben, Manöver, die zivile Gebiete hätten gefährden können, berichtete ein italienischer Journalist namens Vittorio Rangeloni, der seit 2015 in der Donbass-Region ist, dass er den Russen folgte Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 Mitglieder des Asowschen Regiments nutzten Wohnviertel in Mariupol, um auf das russische Militär zu schießen, bevor sie die Häuser beim Verlassen in Brand steckten. In seinem Bericht interviewte er eine Reihe von Einwohnern von Mariupol nach dem Angriff auf das Krankenhaus und das Theater und dokumentierte ihre Enthüllungen, dass Mitglieder des Asowschen Regiments nach dem kurzen Bombenangriff auf Asowsche Militärstützpunkte durch die Russen damit begannen, Verteidigungsstellungen in Wohngebieten und in Schulen einzunehmen Krankenhäuser nach der Ankunft in Mariupol Ende Februar. Laut dem Bericht des

italienischen Journalisten begannen ukrainische und Asowsche Soldaten, ihre Schützengräben zu verlassen und begannen, sich in Wohngebieten zu stationieren, als ihre militärische Einrichtung zerstört wurde, als die Selbstverteidigung begann, die Oberhand zu gewinnen. Wie der Bericht feststellt, entlastete dies ukrainische Soldaten, gefährdete aber Zivilisten. Dieses Video wurde am 15. April 2022 gedreht und am 30. April auf Youtube hochgeladen. Hier ist das Zeugnis einiger Einwohner von Mariupol.

Eine in Mariupol interviewte Frau sagte: „ *Wir haben 10 Tage im Keller gelebt. Ich wohne hier, im 9. Stock. Die Wohnung ist noch da... Ich würde sagen, ich wohne noch hier, das halbe Gebäude ist zerstört. Ich hoffe, sie helfen uns beim Wiederaufbau. Von hier aus können Sie sehen, wie es getroffen wurde. Sie wurden in die Enge getrieben, also gingen sie [die ukrainische Armee] hinein, sie betraten das Gebäude ... Sie kamen herein und begannen, alle Türen zu öffnen, vom 4. bis zum 8. Stock auf dieser Seite, sagten, sie müssten die Straßen kontrollieren.*

Eine andere Frau in Mariupol wurde von Rangeloni interviewt: *Ich wohne hier, in der Stroitely Street. .... Wir wurden von den Asow-Soldaten rausgeschmissen, also gingen wir zurück in das niedergebrannte Haus in der Metallurgov-Straße, bis die Jungs aus Donezk uns halfen, uns Essen und Trinken gaben und uns beruhigten. Wir wussten nicht einmal, was los war. Sie zwangen uns zur Flucht. Sie [Asow-Regiment] haben Molotows nach ihren Plänen abgeschossen.......Bevor sie gegangen sind, haben sie unser Haus in Brand gesteckt. Das Gebäude wurde vollständig zerstört. Nur wenige Wohnungen blieben übrig. Hier sind wir. .....Sie [Azov] liefen herum wie Zombies. Wir fragten sie, warum sie schießen, sagten ihnen, sie sollten es nicht tun, aber sie sagten, es seien die Russen, die schießen. Und doch haben wir mit eigenen Augen gesehen, wie sie das Haus angezündet haben. Sie*

gaben uns 15 Minuten, um unsere Sachen zu packen, und sagten, Flugzeuge würden später bombardieren. Das war morgens. Es gab keine Flugzeuge. Sie brannten das Haus nieder und zogen an die Küste.

Dies ist ein Interview mit einem Mann, der Rangeloni einen Rundgang durch ein beschädigtes Wohnhaus gegeben hat: ***Hier standen viele Kisten mit Munition.....das ist auch ihr Zeug (er zeigt auf Waffen auf dem Boden neben einem Fenster entlang der Treppe). Sie brachen alle Schlösser auf und schossen aus den Wohnungsfenstern. Sie brachen in alle Wohnungen ein. Dies ist eine MON (Antipersonenmine). ....Sie [Azov] haben alle weggeschickt ... So haben sie die Türen geöffnet (zeigt auf ein Stück Metall auf dem Boden) ... Hier ist ein Maschinengewehr und dort der Lauf (er zeigt auf die Pistole in der Nähe des Fensters im Treppenhaus) . Sie waren im vierten Stock und hatten die Wände niedergerissen, die alle Wohnungen miteinander verbanden. Als sie [Asow] gingen, verbrannten sie alles.***

Eine Frau in Mariupol wurde interviewt: ***Es ist traurig, wenn wir selbst ukrainische Staatsbürger sind. Diese Armee, die uns nicht verteidigt, sollte uns zumindest nicht schaden. Wenn du nach Hause kommst und sie dir sagen, du sollst weggehen, weil sie Barrikaden bauen und dort leben müssen, ist das schrecklich. Wir sind ukrainische Bürger wie sie, wir haben unsere Pflichten, aber wir sind Opfer der Ereignisse. Dahinter sieht man das Azovstal. Hier fielen die ersten Bomben. ....***

(Der Interviewer fragt dann, aus welcher Richtung sie gekommen sind)

... Sie antwortet: ***Von dort [Aus Richtung der Azovstal-Fabrik].***

......von Aufang an. Auch wenn es in dieser Gegend keine Russen gab. Wir hatten den Eindruck, dass sie es absichtlich zerstören wollten. Sie zielten auf die Häuser, man konnte sie sehen, alle ohne Dach. Mein Eindruck ist, dass es beabsichtigt war, damit es niemandem gehörte. Ja, obwohl viele Menschen hier gelebt haben, haben sie jetzt nichts, alles, was sie ein Leben lang aufgebaut haben.

Hier ist ein Interview mit einer Gruppe von Befragten - 3 Frauen und ein Mann. (Der Interviewer fragt sie, wo wohnst du jetzt) ***Im Keller.........8 Personen im Keller. 11 in der Treppe. Wir teilen uns einen Keller. ....Es gab 4 Tage Bombenangriffe. Es begann, als Ukrainer das Gebäude betraten. Sie brachen am vierten Tag auf. Sie haben etwas aus den obersten Stockwerken fallen lassen. Ein 16-jähriger Junge hat sich in den Fuß geschnitten. Die Soldaten sagten, er solle darauf pissen und er würde sich erholen. In den Kellern befanden sich 120 Personen. ......Die Ukrainer schossen [aus den Häusern]. Sie besetzten zwei Stockwerke. Zuerst sagten sie, sie würden sich nur koordinieren, aber dann begannen sie auch von hier aus zu schießen. Damit fing es an und ging dann weiter. Als wir ausstiegen, waren wir geschockt. Wir haben RPGs auf vielen Stockwerken gefunden. Hier waren viele Kinder. Wir haben versucht, hier über einem Feuer unter dem Pfeifen der Bomben zu kochen. Wir stiegen aus, um sie zu bitten, wegzuziehen, aber wir wurden ignoriert. Sie wollten uns nicht sehen. Sie sagten, sie hätten ihren Befehlen Folge geleistet. Sie sagten: "Wir verteidigen unser Land." Aber wir wissen nicht, was sie verteidigten. Sie hatten kein Interesse an den 120 Menschen, die hier mit Kälte und Hunger lebten. So ist es passiert***

-Dies stammt aus der Abschrift des Videos, das am 28. April 2022 vom Benutzer VN Rangeloni online gestellt wurde. Hier ist die URL seines Videos https://www.youtube.com/watch?v=9Ec6d-

JRStw Dies ist sein Video mit der englischen Übersetzung https://www.youtube.com/watch?v=y55wF4l0470 online hochgeladen von Benutzer Tom.

Während solche Beweise dazu dienten, den Verdacht des Westens zu wecken, waren weder HRW noch Amnesty International zu diesem Zeitpunkt verpflichtet, in Mariupol eine Untersuchung darüber einzuleiten, wo ukrainische Streitkräfte während der Zeit der Belagerung stationiert waren. Die einseitige Darstellung des Westens hat viel Misstrauen geweckt und viele im Westen gezwungen, sich auf alternative Informationsquellen zu verlassen, um eine breitere Perspektive dessen zu entwickeln, was genau während des Konflikts passiert.

Am 27. Juni 2022 feuerten russische Streitkräfte Raketen auf das Zentrum von Krementschuk im Oblast Poltawa ab und trafen ein Einkaufszentrum und eine nahe gelegene Fabrik. Der Name der Fabrik war Kredmash Road Machinery Plant und es wurde angenommen, dass sie ein militärisches Ziel war, in dem westliche Waffen untergebracht waren. Die Russen feuerten 2 Schiffsabwehrraketen vom Typ Kh-22 vom Luftwaffenstützpunkt Shaykovka in der Region Kaluga ab. Berichten zufolge traf die erste Rakete das andere Ende des Amstor-Einkaufszentrums, wodurch das Einkaufszentrum in Flammen aufging. Die zweite Rakete traf die Kredmash-Fabrik, dezimierte die Struktur und hinterließ einen großen Krater. Unmittelbar nach dem Angriff berichteten westliche Medien, dass sich 1.000 Menschen in dem Einkaufszentrum aufhielten, aber Videobeweise zeigten, dass dies eine grobe Übertreibung war, typisch für frühe Berichte über den Krieg in der Ukraine. Die Übertreibung führte zu Anschuldigungen in den sozialen Medien, dass die Ukraine eine Operation unter falscher Flagge durchführe. Russland übernahm jedoch die Verantwortung für den Vorfall, bestand jedoch darauf, dass es auf die Fabrik und nicht auf das Einkaufszentrum abzielte.

Eine solche Reaktion stand nicht im Widerspruch zu internationalen Standards, da die USA, Saudi-Arabien, Israel und unzählige andere Länder die Erlaubnis erhalten, diese Art von Militäraktionen durchzuführen, die auf das gerichtet sind, was sie als militärische Ziele betrachten, unabhängig von Kollateralschäden. Der Gouverneur der Region Poltawa berichtete, dass 20 Menschen getötet und 56 Menschen verletzt wurden. 36 Personen blieben vermisst. Diese Zahlen waren weit entfernt von den 1000, die ursprünglich als möglicherweise verletzt oder getötet gemeldet wurden. Videos, die in den sozialen Medien gepostet wurden und unmittelbar nach dem Raketenangriff gezeigt wurden, als das Einkaufszentrum in Brand geriet, zeigten nur minimalen Fußgängerverkehr, weit davon entfernt, darauf hinzuweisen, dass sich zum Zeitpunkt des Streiks möglicherweise 1.000 Menschen im Einkaufszentrum befanden. Das Misstrauen, das durch eine solche Übertreibung geweckt wurde, führte zu weit verbreiteter Skepsis im Gegensatz zu dem großen Aufschrei, den eine solche Tragödie hervorrufen sollte.

Kapitel 5: Amnesty International

Nachdem Russland im April 2022 das Moskauer Büro von Amnesty International geschlossen hatte, wurde die Menschenrechtsorganisation bei ihrer Untersuchung der Gräueltaten in der Ukraine etwas weniger unparteiisch. Amnesty hat in der Vergangenheit betont, dass beide Seiten des Konflikts so handeln müssen, dass Zivilisten nicht gefährdet werden. Aber als Amnesty International seinen Khariv-Bericht veröffentlichte, JEDER KANN JEDERZEIT STERBEN: Willkürliche Angriffe russischer Streitkräfte in Charkiw, Ukraine, war klar, dass ihr Ansatz zu einem Ansatz geworden war, der die ukrainischen Streitkräfte fast von Aktionen ihrerseits entlastete, die gefährdeten und töteten Zivilisten, obwohl Amnesty im selben Bericht dokumentierte, dass ukrainische Streitkräfte tatsächlich in Wohngebieten stationiert waren und von dort Artillerie abfeuerten. Darüber hinaus dokumentierte der Bericht nur Zivilisten, die durch russische Artilleriebeschuss auf Wohngebiete getötet oder verletzt wurden. Es gab keine Berichte über Zivilisten, die von ukrainischer Artillerie getötet wurden, obwohl derselbe Bericht zugab, dass ukrainische Streitkräfte aus Wohngebieten auf russische Streitkräfte schossen. Der Bericht verurteilte Russland auch nur für den Einsatz von Streubomben, obwohl der Bericht im Grunde implizierte, dass auch ukrainische Streitkräfte sie einsetzten. Dieser Ansatz von Menschenrechtsorganisationen, Zivilisten vom Rahmen militärischer Konflikte und Kreuzfeuer zu trennen und zu unterscheiden, schadet ihrer Glaubwürdigkeit und stellt ihre Notwendigkeit in Frage, da sie nur als Propagandainstrument für militärische Kräfte dient. Es gibt Zeiten, in denen der Schuldige offensichtlich ist und herausgegriffen werden kann, aber in einigen Berichten, die Beweise dafür dokumentieren, dass beide Seiten Zivilisten gefährden, übernimmt die Organisation, die die Vorfälle meldet,

in diesem Fall immer noch nur eine Partei. In den ersten Jahren nach dem 11. September, als die Vereinigten Staaten glaubten, es sei ihr Recht, den Opfern des 11. September durch den Einmarsch in Afghanistan Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hätte es damals niemand und keine Organisation gewagt, die Aktionen der US-Streitkräfte in Frage zu stellen . Dieser Mangel an Objektivität und Unparteilichkeit bei der Beobachtung dessen, was an der militärischen Front geschah, ermöglichte es den USA, ungestraft zu handeln und jedem Schuld zuzufügen, der es wagte, dies in Frage zu stellen. Aber nachdem ihre Empörung vollständig war, wurden Dutzende unschuldiger Zivilisten getötet, und jetzt, im Nachhinein, sind die Menschen jetzt auf der Hut vor etwas, worüber sie überhaupt hätten wachsam sein sollen. Es hat möglicherweise unschuldige Leben gerettet. Beachten Sie nur, wie erfolgreich der diplomatische Prozess während des Donbass-Konflikts vor 2022 war, als das konsequente Engagement Frankreichs und Deutschlands sowie die Bereitschaft von Menschenrechtsorganisationen, darauf hinzuweisen, als beide Seiten des Konflikts das Leben von Zivilisten gefährdeten, dazu führten eine Einigung zwischen beiden geführten Seiten des Konflikts, die einen natürlichen Prozess in Gang setzte, in dem die abtrünnigen Regionen langsam wieder in die Ukraine integriert worden wären. Aber jetzt, ab 2022, wird der neue Ansatz, der das Fehlverhalten einer Seite herunterspielt, beide Konfliktparteien weiter polarisieren und das Potenzial für eine Einigung zwischen der Ukraine und Russland ersticken. In dem Moment, in dem sich beide Seiten nicht mehr beobachtet fühlen, werden die Gräueltaten folgen. Viel häufiger als während des Krieges werden Gefangene gefoltert und Zivilisten zusammengetrieben.

Charkiw wurde wie Mariupol und Bucha ab dem 24. Februar 2022 von intensivem Beschuss getroffen. Charkiw war eines der Gebiete in der Ostukraine, die 2014 beinahe von prorussischen Separatisten eingenommen wurden. Russisch, und nachdem die

Krim der Russischen Föderation beigetreten war, eine Gruppe von Separatisten in Charkiw wollten eine KPR (Volksrepublik Charkiw) gründen, wurden jedoch von ukrainischen Sicherheitskräften und pro-ukrainischen Beamten in der Region erstickt. Obwohl die Ukraine verhinderte, dass Charkiw zu einer abtrünnigen Region wie Donezk und Luhansk wurde, gingen die Unruhen 2014 und 2015 weiter. Es gab Schießereien und Bombenanschläge, bei denen Menschen getötet wurden, sowohl pro-ukrainische als auch pro-russische. Aber in den Jahren vor der großangelegten Invasion Russlands arrangierte sich Charkiw mit der pro-westlichen ukrainischen Bewegung. Tatsächlich führte dies dazu, dass viele, die in Charkiw lebten, eine neutrale politische Haltung einnahmen und ihren russischen Nationalismus im Zaum hielten. Nachdem der Versuch der Separatisten, Charkiw einzunehmen, von ukrainischen Streitkräften gestoppt wurde, geriet die Stadt unter die Kontrolle des SBU, des Sicherheitsdienstes der Ukraine, einer Polizeibehörde, die außergerichtliche Tötungen pro-russischer Bürger durchgeführt hat.

Bereits im März 2014 kam es in Charkiw zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen pro-russischen Gruppen und ukrainischen Nationalisten, bei denen zwei pro-russische Demonstranten getötet wurden. Während ein Großteil der Bevölkerung, sowohl pro-ukrainische als auch pro-russische, versuchte, Feindseligkeiten zu vermeiden, wurden sie dennoch von den Unruhen beeinflusst und dadurch politisch gespalten. Die prorussischen Aktivisten riefen am 6. April 2014, kurz nach der Gründung der DVR in Donezk, die KPR aus. Ihr Versuch der Autonomie wurde jedoch bald von ukrainischen Sicherheitskräften vereitelt, als sie die pro-russischen Aktivisten aus dem Gebäude der Regionalverwaltung vertrieben. Trotzdem kämpften prorussische Gruppen weiterhin mit anderen Methoden des Terrorismus gegen die ukrainischen Streitkräfte. Der

ukrainische Sicherheitsdienst hat 39 Terroranschläge aufgedeckt und verhindert. Im Februar 2015 zündeten pro-russische Terroristen trotz der Wachsamkeit der ukrainischen Behörden beim Euromaidan-Marsch für die Opfer des Euromaidan einen Sprengsatz und töteten vier Menschen. Die sporadische Gewalt setzte sich fort und mehrere Kombattanten waren in Feuergefechte verwickelt. Viele Explosionen, die in der Region infolge von Munitionsdeponien stattfanden, wurden Sabotageakten von Terroristen zugeschrieben. Eine Explosion in Balaklia tötete zwei Menschen und beschädigte 300 Häuser. Trotz der gewalttätigen Zwischenfälle in Charkiw war es dennoch zu einem ausgewiesenen Zufluchtsort für die durch den Krieg im Donbass Vertriebenen geworden. Es wurde geschätzt, dass fast 400.000 Menschen in Charkiw landeten, was eine enorme Belastung für die Wirtschaft und die Krankenhäuser darstellte. Ganz zu schweigen davon, dass einige der Vertriebenen nicht mit offenen Armen empfangen wurden, da ihre Anwesenheit die Lebenshaltungskosten und den Zugang zu sozialen Diensten belastete. Viele konnten sich die Miete nicht leisten und sich gleichzeitig keinen Job sichern, der mit dem Lebensstandard mithalten konnte.

Mehrere Menschenrechtsgruppen haben die Aktionen des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) gegen pro-russische Aktivisten dokumentiert, Aktionen, die außergerichtliche Gewalt beinhalteten. Zwischen 2014 und 2018 wurden 1000 Menschen bei Vorfällen festgenommen und inhaftiert, die auf die Unruhen und den Separatismus in der Ostukraine zurückzuführen waren. Die ständige Bedrohung durch Terrorismus führte zu einigen Menschenrechtsverletzungen durch den SBU. Zu einer Reihe dieser von Menschenrechtsgruppen dokumentierten Verletzungen gehörten Verschwindenlassen und Folter. In dieser Zeit hat es seitens der Ukraine auch an Initiative gefehlt, die Rechenschaftspflicht für Verbrechen rechtsextremer Gruppen

aufrechtzuerhalten, die häufig die LGBT-Gemeinschaft ins Visier genommen haben. Es gab auch keine Bemühungen, den Opfern der Gewalt in Charkiw Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die sich einfach inmitten von Feindseligkeiten zwischen rechtsextremen Gruppen und Separatisten wiederfanden. Und ähnlich wie in Charkiw gab es bei der Tragödie von Odessa, wo pro-ukrainische Gruppen im Mai 2014 das Gewerkschaftshaus in Brand steckten, in dem sich pro-russische Aktivisten vor den pro-ukrainischen Gruppen verschanzten, kurz nach nahenden Zusammenstößen keine Gerechtigkeit für die Opfer das Stadtzentrum. 42 pro-russische Aktivisten, darunter 7 Frauen und ein Junge, starben in den Flammen, als die örtliche Polizei und spät eintreffende Feuerwehrleute wenig taten, um sie zu schützen. Odessa war ein weiteres Beispiel dafür, wie westliche Voreingenommenheit seitens der Menschenrechtsorganisationen Straffreiheit zuließ.

In Charkiw wurde die Erholung von den Euromajdan-Unruhen und dem pro-russischen Separatismus vor der russischen Invasion weitgehend durch Günstlingswirtschaft und politischen Druck verlangsamt, die sich oft auf rechtlicher Ebene in Fällen manifestierten, in denen die Angeklagten freigesprochen wurden und Strafen für Verbrechen verschont blieben zur politischen Opposition. Die Rechenschaftspflicht wurde dort immer noch weitgehend vernachlässigt, und während viele pro-russische Gruppen begannen, Neutralität zu behaupten, ließen die Spannungen über die mangelnde Initiative der Ukraine, den Opfern ethnischer Zusammenstöße Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, einen Großteil der Feindseligkeit schwelen, wenn auch in vielen Fällen ruhig. Eine Reihe von Vorwürfen gegen die Ukraine bezüglich der Behandlung prorussischer Aktivisten wurde nie untersucht. Etwa der Vorwurf über geheime Gefängnisse in Charkiw, in denen politische Gegner zwei Jahre lang heimlich festgehalten werden, ohne dass jemand ihren Aufenthaltsort

erfahre. Allerdings haben sowohl die pro-russischen als auch die pro-ukrainischen Elemente im Verwaltungs- und Justizsektor eine Rolle bei der Unterdrückung einer angemessenen Rechenschaftspflicht gespielt. Zum Beispiel stand Nelia Shtepa wegen Separatismus/Terrorismus vor Gericht, aber da die Richter, die sich möglicherweise auf einen ähnlichen politischen Rahmen wie der Angeklagte gestützt haben, alles daran setzten, um zu vermeiden, dass der Fall aufgrund des politischen Drucks aufgenommen wird, um ihre Verurteilung sicherzustellen , würde es am Ende keine Gerechtigkeit geben. Ein weiteres Beispiel ist, wie der ehemalige Bürgermeister von Charkiw, Gennady Kernes, ein pro-russischer Separatist, der zu einem Pro-Ukrainer wurde, angeklagt wurde, zwei Euromaidan-Aktivisten entführt und gefoltert zu haben, und schließlich freigelassen wurde, weil die Staatsanwälte an keiner der Anhörungen teilnahmen, die zu dem Fall führten fallen gelassen werden. Und das vor allem aus politischen Gründen. Dieses Problem in der ukrainischen Politik ist ein wesentlicher Grund, warum Präsident Selenskyj in der Ukraine so beliebt war und die Präsidentschaftswahlen 2019 erdrutschartig gewann. Eines seiner Ziele war es, dieses Problem der Korruption im Justizsystem zu lösen. Zelenskyy war auch sehr daran interessiert, die Kluft zwischen Russischsprachigen und Ukrainischsprachigen in der Ukraine zu schließen. Auch in der Ära nach dem Euromaidan/vor der russischen Invasion hatte eine weitgehend unkontrollierte Polizei auf eine Weise operiert, die politische Aktivisten mit Taktiken wie Etikettierung und Folter einschüchterte, die ein Großteil von Charkiw tolerierte. Dies führte dazu, dass viele der pro-russischen Elemente in Charkiw an den Rand gerieten. Ungeachtet dessen befürworteten laut einer Umfrage aus dem Jahr 2017 trotz der Unruhen auf dem Euromaidan nur 7 % der lokalen Bevölkerung die Integration mit Russland. Charkiws Bedeutung für Russland ist stark durch seine Vergangenheit motiviert. Kharkiv war im Wesentlichen das

Silicon Valley für die Sowjetunion, ein Erbe, das nach dem Zusammenbruch der UdSSR weitgehend intakt blieb. Vor der russischen Invasion war Charkiw eine Metropole mit einigen beeindruckenden Wolkenkratzern und ähnlich wie im Silicon Valley bildete Charkiw viele hochqualifizierte und technische IT-Experten aus, aber sie verließen normalerweise die Stadt, um woanders zu arbeiten. Noch vor der Sowjetunion wurde Charkiw als Ergebnis des Vertrags von Perejaslaw zwischen Russland und Bohdan Chmelnyzki, dem Gründer der Ukraine, gegründet. Der Vertrag machte das Land 1654 zu einem Protektorat Russlands. Es wurde dann zum wichtigsten ukrainischen Industriezentrum des Russischen Reiches und war zeitweise die Hauptstadt der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Trotz des reichen Erbes war es in den 1930er Jahren auch Schauplatz einiger der größten Gräueltaten des Holodomor. Gleich zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine starteten russische Truppen einen massiven Angriff auf Charkiw und beschossen während des gesamten Feldzugs regelmäßig zivile Gebiete. Infolgedessen wurden Hunderte von Zivilisten getötet, als russische Truppen Streubomben einsetzten, um viele Gebäude in Wohngebieten zu zerstören. Amnesty International hat dokumentiert, dass ukrainische Streitkräfte auch aus Wohngebieten geschossen und möglicherweise auch Streubomben eingesetzt haben. Russische Streitkräfte belagerten Charkiw zunächst mit einem Luft-, Boden- und Raketenangriff, aber die ukrainischen Streitkräfte konnten dem anfänglichen Vormarsch der russischen Streitkräfte dort standhalten und drängten die Russen stetig zurück. Der schwere Beschuss verwüstete Wohngebiete jedoch bis zum 30. April weiter. Eine Frau namens Oksana wurde schwer verletzt, als sie mit ihrem Mann und ihrer Tochter in einem Park spazieren ging, als eine Streubombe in der Nähe auf dem Spielplatz explodierte. Das Ereignis hat ihr Leben, wie auch das vieler anderer in Charkiw, komplett verändert. Oksana starb später im Juni. Der

örtliche Direktor der regionalen Militärverwaltung von Charkiw bestätigte, dass seit Beginn des Krieges Ende Februar bis Ende April etwa 600 Nichtkombattanten getötet worden seien. Der Gouverneur von Charkiw berichtete, dass bis Mitte März 600 Wohnhäuser von russischer Artillerie zerstört worden seien. Zwischen April und Mai untersuchte Amnesty International Orte in Charkiw, an denen 60 Zivilisten getötet wurden, weil sie in Gebieten waren, die von russischer Artillerie getroffen wurden. Sie hatten auch Waffentechniker zur Hand, um festzustellen, welche Art von Fragmenten gesammelt wurden und von welchen Waffen sie stammten. Es stellte sich heraus, dass einige dieser Fragmente von Bombenanschlägen stammten, bei denen Streumunition verwendet wurde. Auch der Einsatz von Landminen war in der Gegend weit verbreitet, ebenso wie Grad-Raketen. Es wurde der Schluss gezogen, dass diese Angriffe der russischen Streitkräfte wahllos erfolgten und zwischen Ende Februar und Ende April stattfanden und Hunderttausende von Zivilisten zur Flucht veranlassten. Der Gouverneur schätzte die Zahl auf etwa 600.000. Denjenigen, die zurückblieben, wurde gesagt, sie sollten sich in provisorische Unterkünfte mit Kellern begeben, von denen sich viele in U-Bahnen und Schulen befanden. Amnesty International warnte davor, dass der wiederholte Einsatz von ungelenkten Raketen, selbst wenn man im Voraus weiß, dass sie zivile Opfer fordern könnten, an sich schon ein Kriegsverbrechen ist.

Russland konnte aufgrund des starken ukrainischen Widerstands nie in der Stadt Fuß fassen. Sie versuchten es Ende Februar und Anfang März, wurden aber wiederholt zurückgedrängt und mussten sich auf Luft- und Artilleriefeuer verlassen. Der Beschuss würde Anfang Mai nachlassen, wenn sich die russischen Streitkräfte weiter zurückzogen und sich auf eine Gegenoffensive vorbereiteten. In der Zwischenzeit konnten ukrainische Streitkräfte einige der zuvor unter russischer

Kontrolle stehenden Gebiete zurückerobern. Während des Rückzugs bombardierten russische Streitkräfte weiterhin ukrainische Wohngebiete mit Artillerieangriffen und Streubomben, die nach internationalem Recht verboten sind. Neun ukrainische Zivilisten wurden durch russische Angriffe auf die Myru-Straße getötet. Bei einem der dort verletzten Opfer fanden Ärzte Fragmente von Munitionsangriffen. Viele der Opfer befanden sich in Gebieten in der Nähe der Streiks, beispielsweise in Parks und Höfen. Eine Frau, Tetiana Ahayeva, war aus ihrem Keller gekommen, um etwas Luft zu schnappen, bevor sie kurz nachdem sie auf eine Streubombenexplosion in der Nähe gestoßen war. Der Sohn des Nachbarn würde sofort durch die Explosion getötet werden, und sein Vater wurde durch das Granatsplitter schwer verletzt. Tetianas eigener Sohn wurde durch Streumunitionskugeln im Bauch verletzt.

Bohdan Burlutsky, der in der Nähe wohnte, war in seinem Auto, als in einem Hof in der Nähe eines Wohnhauses Streubomben hochgingen. Sofort fingen mehrere Autos Feuer und er und viele andere wurden verletzt. Einige Menschen wurden getötet. Dieser Angriff ereignete sich in der Myru Street. Nicht weit entfernt saß eine Frau namens Olha Sadovska gerade mit ihrem Mann auf einer Parkbank, als eine Streubombe explodierte und sie beide verletzte. Andere im Park wurden ebenfalls getroffen, darunter zwei Jungen, die Tischtennis spielten. Diese Streubomben landeten an zufälligen Stellen in Wohngebieten, und es war oft der Fall, dass die Anwohner zum Zeitpunkt der Explosion der Bomben zuvor festgestellt hatten, dass ein Großteil der Gefahr zerstreut war, nur um sich zu irren, als die Bomben plötzlich explodierten. Vor einem Geschäft wurde eine Streubombe platziert, die einen Passanten sofort tötete. Er wartete einfach draußen, während seine Frau in den Laden ging, um Tiernahrung zu kaufen. Die Frau, die Amnesty International den Vorfall schilderte, sagte, sie sei beinahe von Granatsplittern

am Kopf getroffen worden, die durch das Fenster flogen. Und weitere Explosionen folgten. Die Szene war entsetzlich, da viele Menschen versuchten, im Laden Deckung zu suchen. Und nicht weit von dort explodierte ein weiteres Geschäft, in dem Menschen Schlange standen, um Hilfe zu leisten, und in der Nähe eine weitere Bombe, die einen Ansturm und Verletzungen verursachte, als Granatsplitter überallhin flogen. Eine weitere Explosion ereignete sich vor der Station Akademika Pavlova und verletzte mehrere Personen, die am Eingang standen. Eine Person namens Ruslan war in seinem Auto mit zwei Polizisten, einem 13-jährigen Jungen, seinem Bruder und seiner Mutter, als die Explosion passierte. Ein Mann namens Sadagad, der vor dem Auto stand, wurde bei der Explosion verletzt. Ruslan, ebenfalls durch Granatsplitter verletzt, beeilte sich, Sadagad zum Bahnhof zu bringen, von wo aus er in ein Krankenhaus gebracht werden sollte.

Ein Mann namens Sasha war auf seinem Fahrrad, als er das Postamt verließ, als eine Explosion passierte und ihn verletzte. Er wurde am Arm und an der Brust verwundet, vermied es jedoch, einen Splitter in den Rücken zu bekommen, dank einer Axt, die er in seinem Rucksack hatte, die den Splitter absorbierte und verhinderte, dass er in seinen Körper eindrang. Er schreibt dies der Rettung seines Lebens zu. Amnesty International hat darauf hingewiesen, dass Ukrainer auch in zivile Gebiete umgesiedelt wurden, und die New York Times berichtete, dass ukrainische Streitkräfte Streubomben auf von Russland kontrolliertes Gebiet abgefeuert haben. Ein Beispiel dafür war das Dorf Husarivka in der Region Charkiw. Die New York Times berichtete in einem Artikel von Thomas Gibbons-Neff und John Ismay mit dem Titel „Um Russen zurückzudrängen, Ukrainer treffen ein Dorf mit Streumunition“, dass ukrainische Streitkräfte Streubomben einsetzten, um die Russen aus dem Dorf zu vertreiben. In einem NYT-Interview mit Yuriy Doroshenko enthüllte er, dass eine

Rakete mit Streumunition in der Nähe seines Hauses gelandet sei. Es stellte sich heraus, dass es nicht von den Russen abgefeuert wurde, sondern von den ukrainischen Streitkräften, die seit Oktober 2014 während des Krieges Streubomben im Donbass einsetzen. Damals wurden sowohl ukrainische als auch russische Streitkräfte von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, Streubomben eingesetzt zu haben, die gegen internationale Menschenrechtsgesetze verstoßen und zahlreiche Zivilisten in Donezk getötet haben. Kurz nach der russischen Invasion setzten die ukrainischen Streitkräfte sie immer noch auf russischem Territorium ein, unabhängig von der zivilen Präsenz. Bei diesem speziellen Angriff, auf den sich Yurii bezieht, wurden keine Zivilisten getötet. Während ukrainische Streitkräfte den ganzen Monat über zivile Gebiete beschossen, wurde bestätigt, dass zwei Zivilisten von ukrainischen Streitkräften getötet wurden, als ukrainische Truppen versuchten, das Gebiet zurückzuerobern. Der Bericht von Amnesty International hob Russland weitgehend für den Einsatz von Streubomben hervor. Die Kriegsgesetze gelten jedoch für Ereignisse, die auf den Krieg im Donbass zurückgehen, als der IStGH den Konflikt als internationalen Krieg zwischen der Ukraine und Russland bezeichnete.

Streumunition ist eine Kombination aus "Raketen, Bomben, Raketen, Mörsern und Artilleriegeschossen", die mitten in der Luft explodieren und sich über ein bestimmtes Gebiet ausbreiten. Viele der dort landenden Munitionen können später explodieren. Die USA, die Ukraine und Russland sind keine Unterzeichner der Konvention über Streumunition, die ihren Einsatz seit 2010 verbot. Einige in der internationalen Menschenrechtsgemeinschaft waren nicht überrascht zu hören, dass sowohl die Ukraine als auch Russland Streubomben einsetzten. Die internationale Verurteilung der russischen Invasion hat jedoch einige NGOs dazu veranlasst, den Einsatz verbotener Waffen durch die Ukraine etwas zu unterbinden. Und

dies ist wahrscheinlich auf das Gefühl ihrerseits zurückzuführen, dem sie weitgehend zustimmt, dass die Ukraine berechtigt ist, alles zu tun, um ihr Territorium zurückzuerobern, und dabei sogar indirekt ihre eigenen Zivilisten gefährdet und tötet. Viele NGOs, die die Ukraine in diesem Fall entschuldigen, sollten sich nicht länger im Interesse der Zivilbevölkerung sehen, sondern nur am internationalen politischen Konsens des Augenblicks interessiert sein, der besagt, dass die Ukraine das Recht hat, alles zu tun, um ihr zu Unrecht erobertes Territorium zurückzugewinnen Russische Streitkräfte. Gleichzeitig müssen NGOs mit einer solchen Ansicht sehr vorsichtig sein, wenn Organisationen wie Hamas und ISIS argumentieren können, dass ihre Ziele nicht anders seien als die der Ukraine – im Wesentlichen die Vertreibung einer Besatzungsmacht.

Obwohl die Ukraine den Einsatz von Streubomben nicht bestritten hat, veröffentlichte sie nach der Veröffentlichung des NYT-Artikels eine Erklärung, in der es heißt: *„Die Streitkräfte der Ukraine halten sich strikt an die Normen des humanitären Völkerrechts. Eine unserer ständigen Prioritäten ist die Sicherheit von Zivilisten. Wir eröffnen weder Feuer noch zerstören wir zivile Objekte, noch verwenden wir Waffen und Methoden, die durch die Genfer Konventionen verboten sind.“*

Die Streumunition, die in der Nähe von Yuris Haus fiel, ist Berichten zufolge das erste Mal, dass die Ukraine Streumunition während des Krieges nach dem 24. Februar 2022 einsetzte. Die Sprengstoff-Startrampe war einige Kilometer entfernt auf einem Lastwagen montiert.

HRW berichtete, dass die russischen Streitkräfte seit Beginn der Invasion Streubomben eingesetzt hätten. Während der Beschuss von Charkiw von beiden Seiten des Konflikts fortgesetzt wurde, dokumentierte Amnesty International einen Vorfall, bei dem zwei von russischen Streitkräften abgefeuerte Streumunition in der Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit landete. Die Munition

war durch die Decke gegangen. Die Kirche wurde für humanitäre Zwecke genutzt und ist normalerweise den größten Teil des Tages aktiv. Die Bomben explodierten auf dem Dach und bliesen Granatsplitter in die Räume, die Minuten vor dem Angriff bevölkert waren. Der dortige Pastor zeigte Amnesty International genau, wo der Schaden angerichtet wurde und wie die Splitter durch die Wände kamen. Teile einer 220-mm-Uragan-Rakete mit 30 Streumunition wurden dann vor dem Postamt entdeckt. Auch andere Teile der explodierenden Streumunition wurden in der Gegend gefunden. Darüber hinaus war die unmittelbare Umgebung dieser Kirche zuvor von Granatsplittern anderer Streiks und Explosionen getroffen worden. Am Tag nachdem die Holy Trinity Church von Streumunition getroffen wurde, wurde sie von einem weiteren Raketenangriff getroffen, der im Innenhof der Kirche landete. In diesem Fall gab es keine Verletzungen. Ein Saltivka-Viertel wurde seit Beginn der russischen Invasion wiederholt beschossen. Die Artillerieangriffe töteten am 26. April 2022 zwei Zivilisten. Unter den durch die Explosion Verletzten befanden sich Nina Nosonenko und ihr Ehemann, die sich außerhalb ihres Hauses befanden, als die Explosion stattfand. Ihr Mann sagte gegenüber Amnesty International, dass das Geräusch, das zur Explosion führte, nicht das typische Pfeifen war, das vor dem Einschlag einer Graduiertenrakete zu hören war. Das Geräusch, das er hörte, war ein scharfes Geräusch, das vor der Explosion kürzer anhielt. Er und seine Frau Nina gingen in Deckung, indem sie wegliefen, anstatt zu Boden zu fallen. Er wurde von Granatsplittern getroffen, aber nach einer zweiten Explosion wurde Nina schwer verletzt. Der Ehemann erholte sich, aber Nina blieb mit beschädigter Lunge und einem verletzten Rücken im Krankenhaus. In derselben Nachbarschaft wurden zwei ältere Frauen getötet, als Streumunition an einem Gebäudeeingang explodierte, wo sie mit zwei anderen Personen auf einer Bank saßen. Nachdem sie eine erste Explosion auf der

anderen Straßenseite gehört hatten, versuchten sie, in das Gebäude einzudringen. Aber als sie versuchten, dort in Deckung zu gehen, ging eine weitere Explosion los, tötete die beiden älteren Frauen und verletzte die anderen beiden Personen. Eine der Frauen wurde so schwer verletzt, dass ihre Beine amputiert werden mussten.

Sieben Zivilisten wurden am 3. April durch massiven Beschuss und explodierende Streubomben entlang der Heroiv Stalinhrada Ave getötet. Zwei Zivilisten wurden bei einer Explosion in der Nähe einer Bank in der Monjuska-Straße getötet. Eine Bewohnerin des Gebäudes in der Nähe der Explosion sagte, sie habe die beiden toten Zivilisten gesehen, die mit Blut bedeckt waren, sowie andere, die sich zufällig in der Gegend aufhielten. Sie berichtete auch, dass Granatsplitter von der Explosion in ihr Haus eingedrungen seien und beinahe einen Nachbarn getötet hätten, der es gerade noch geschafft habe, dem Tod zu entkommen, indem er kurz vor der Explosion vom Fenster weggegangen sei. Nicht weit von der Monjuska-Straße wurde ein weiterer Zivilist getötet, als eine Streubombe explodierte. Splitter der Explosion trafen ein nahe gelegenes Geschäft und verletzten den Besitzer, der versuchte, das Leben des von der Explosion getöteten Mannes zu retten. Dies geschah in der Fonvizina-Straße, wo Amnesty International Dutzende von Kratern und Splittermunition sowie Sachschäden entdeckte. Einige der Explosionen bedeckten mehr als 100 Fuß Straßenraum und hinterließen eine Reihe von Kratern und Leichen. In einem Vorort wurden zwei Zivilisten in ihren Häusern getötet, als Explosionen Granatsplitter über eine Reihe von Häusern entlang mehrerer Straßen flogen. Eine Person, Oleksandra, berichtete, dass ihr Bruder getötet wurde, nachdem er in den Garten gekommen war, um sie vor den Explosionen zu retten. Nachdem er sie hineingebracht hatte, wurde er von einem Granatsplitter getroffen, der eine große Arterie in seinem Bein riss und ihn

tötete. Nicht weit davon wurde Ivan Aiuvszy getötet, nachdem ein Schrapnell eine seiner Hauptschlagadern getroffen hatte. Ein weiterer Mann wird von einem Schrapnell getötet, als er das Grab seines verstorbenen Vaters besucht. Er war zum Zeitpunkt der Explosion bei seinen Verwandten. Sie überlebten mit Verletzungen, aber er starb an den Folgen der Explosion. Seine Nichte Kateryna erzählte Amnesty International von dem Vorfall, bei dem mehrere Krater gefunden wurden, in denen sich die Explosion ereignete, sowie eine Reihe von Grabsteinen, die durch Streumunition beschädigt wurden. Die Uragan-Rakete mit der Munition landete auf einem nahe gelegenen Bauernhof.

Zwischen Mitte März und Mitte April wurden Dutzende Menschen bei Artillerieangriffen russischer Streitkräfte auf der Amosova-Straße getötet. Die verwendete Streumunition bestand aus Antipersonenminen, die eine Kaskade von Explosionen auslösten. Eine Frau in einer Wohnung berichtete, dass überall Glas zersplitterte, nachdem sie eine Explosion gehört hatte. Der Raum direkt über ihr wurde direkt getroffen, wobei einer der Insassen dort getötet wurde. Sie erwähnte, dass sie durch Schäden an den Wänden in ihrem Zimmer gefangen war, wo sich die Tür nicht öffnen ließ. Die Person, die in der Wohnung im ersten Stock unter ihr wohnte, wurde getötet, und sie war gerade aus dem Wohngebiet Saltivka angekommen, wo ständig Artilleriebeschuss stattfand. Ironisch, wenn man bedenkt, dass ihr einziger Zweck, dorthin zu gehen, darin bestand, dem Beschuss in ihrer eigenen Nachbarschaft zu entkommen. Dies würde unterstreichen, wie gefährlich die Dinge für die Bewohner von Charkiw waren. Einer der Bewohner des Wohnhauses meldete eine Reihe von zivilen Todesfällen im Wohnhaus, ohne ihre Namen preiszugeben. Seine Tragödie ereignete sich nur wenige Stunden, nachdem bei einer Explosion auf einem Spielplatz fünf Menschen verletzt worden waren. Die schlimmste Verletzung erforderte in diesem Fall eine Fußamputation.

Amnesty International konnte feststellen, welcher Raketentyp auf zivile Gebiete abgefeuert wurde. Nach Untersuchungen an mehreren Orten in Charkiw konnten sie zu dem Schluss kommen, dass es sich bei der abgefeuerten Waffe um eine 220-mm-Uragan-Rakete mit 30 einzelnen Munitionen handelte, die jeweils Stahlkugeln enthielten. Diese Raketen sind ungelenkt und setzen nach dem Start die Submunition während des Fluges frei und verteilen sie über eine Fläche von bis zu 100 Quadratmetern. Viele der Munitionen explodieren nicht beim Aufprall, können dies aber zu einem späteren Zeitpunkt tun, was sie im Wesentlichen zu Landminen macht. Das Ausmaß des Schadens, den diese Art von Waffen verursacht, ist der Grund, warum die internationale Gemeinschaft beschlossen hat, sie auf der Konvention über Streumunition 2008 zu verbieten.

Am 1. März 2022 feuerten russische Streitkräfte Raketen ab, die auf der Nova Bavariya Avenue landeten, und töteten sieben Bewohner des Wohnhauses direkt gegenüber einer Kranfabrik, die ebenfalls getroffen wurde. Teile von Uragan-Raketen waren von der Explosion übrig geblieben. Kostiantyn Neshcheret verlor seine Mutter, seinen Bruder und seinen Freund, die sich alle in der Nähe der Vorderseite des Gebäudes befanden, als die Rakete einschlug. Er war in den Laden gegangen und da passierte die Explosion. Andere, die getötet wurden, wie Iryna Lisovska, Yurii Shesterov und Stanislay Bacanov, starben alle in ihrer Wohnung. Roma Demianenko wurde vor dem Gebäude stehend getötet und „in Stücke gerissen", wie es eine Person beschrieb. In der Zwischenzeit wurden Krankenhäuser mit durch die Explosion verletzten Patienten überschwemmt, von denen viele getroffen wurden, während sie in der Schlange auf humanitäre Hilfe warteten. Bewohner beschrieben den Horror, den Konflikt zu durchleben und den Aspekt, nicht zu wissen, an welchem Tag man leben oder sterben wird. Eine Person beschrieb die Situation in Charkiw als russisches Roulettespiel. In vielen Fällen gehen

Menschen ihrem Alltag nach und werden plötzlich durch unerwartetes Raketenfeuer verstümmelt oder getötet. Einige Leute versteckten sich im Keller und wenn sie auch nur für eine Minute nach oben gingen, würde eine Explosion die Gegend treffen. Eine Person, eine 59-jährige Frau namens Tetiana Oleksandrivna, hatte ihren Keller am 13. März nur für eine Minute verlassen, bevor sie von einem Schrapnell einer Explosion getroffen wurde. Ihr Nachbar war nur zum Rauchen ausgegangen, bevor er durch den Streik getötet wurde. In Charkiw gab es keine Möglichkeit vorherzusagen, wann sich eine Bedrohung manifestieren würde. Ein 60-jähriger Mann fegte den Boden in der Eingangshalle seines Gebäudes, bevor er von einer Rakete getroffen wurde und sich umbrachte. Am 23. April erlitt Oleksandr Marchenko mehrere Wunden, als er versuchte, ein Gebäude zu betreten, um einer Reihe von Explosionen in der Nähe der Heroiv-Pratsi-Straße zu entkommen. Sobald er den Eingang erreichte, wurde er von Granatsplittern in Bauch und Rücken getroffen, die Lunge und Leber durchbohrten. Mehrere andere in der Gegend wurden an diesem Tag durch die Explosionen getötet.

Einer Frau namens Veronika wurde das rechte Bein entfernt, nachdem am 12. März 2022 eine ungelenkte Rakete einen Spielplatz in der Nähe ihres Hauses im Wohngebiet Saltinkva getroffen hatte. Laut Amnesty International wurden mehrere Menschen getötet und verletzt. Veronika saß auf einer Bank, als es passierte, und erinnerte sich an das allzu vertraute Pfeifen, das entsteht, bevor eine Rakete ihr Ziel trifft. Danach erinnert sie sich nur noch daran, dass sie ohne ihr rechtes Bein im Krankenhaus war. Sie leidet oft unter dem Phantombeinsyndrom, bei dem sie den Drang verspürt, sich an einem Fuß zu kratzen, der nicht mehr da ist. Das Leid, das der Zivilbevölkerung während des Krieges zugefügt wurde, sollte jeden veranlassen, seine Unterstützung für die militärischen Ziele eines Landes zu überdenken. In der modernen Kriegsführung sind die zivilen Kosten enorm, und in

vielen Fällen würden diese zivilen Komponenten einer Nation es einfach vorziehen, die Feindseligkeiten zu beenden, unabhängig von den politischen Kosten. Wenn sich Menschen mit Geopolitik befassen, vergisst man leicht andere Aspekte, die sehr wohl Teil des Konflikts sind. Es gibt zahlreiche Ausländer, die in die Ukraine gegangen sind, um zu kämpfen, nur um sie kurz darauf wieder zu verlassen, nachdem sie die Verwüstung eines Artillerieangriffs mit eigenen Augen gesehen haben. Und in Charkiw schien die Verwüstung endlos. Eine 63-jährige Frau wurde am 28. Februar von Granatsplittern getroffen, als sie vor einem Lebensmittelgeschäft stand. Das Geschäft war nicht weit von ihrem Wohnort in der Klochkivska-Straße entfernt, und sie stand zum Zeitpunkt der Explosion vor dem Geschäft in der Schlange. Kurz bevor die Rakete einschlug, gingen andere Leute in der Linie in Deckung und rannten aus dem Bereich. Sie sagte Amnesty International jedoch, dass sie vor Angst gelähmt sei und schließlich infolge der Explosion ihr Bein verloren habe. Ein anderer Mann in der Amosova-Straße, ein 63-jähriger Mann namens Yurii, verlor beide Füße, als eine Rakete sein Wohnhaus traf, während er drinnen auf seinem Sofa lag. Dies geschah am 30. April.

Am 3. März wurden Hanna Lakhno, Konstiantyn Lymar und Andrii Ihasimo durch Artilleriebeschuss im Bezirk Saltivka getötet. Alle drei waren Freunde. Hanna und Konstiantyn bereiteten sich darauf vor, die Stadt zu verlassen; Sie hatten ihre Sachen gepackt und waren bereit zur Evakuierung. Doch kurz darauf, als sie vor dem Gebäude standen, in dem sie zusammen mit ihrem Freund Andrii lebten, wurden sie von Raketen getroffen, die sie auslöschten. Konstiantyn wurde in Stücke gerissen, und der andere erlitt ebenfalls ein grausames Ergebnis, was es schwierig machte, ihre Körper richtig zu identifizieren. Nicht weit von der Tragödie kam es am selben Tag zu einem weiteren Angriff in einem anderen Gebiet in der Nachbarschaft,

das zuvor von Granaten getroffen worden war, bei denen ein Zivilist getötet wurde. Ein 62-jähriger Mann wurde bei dem Streik verletzt, als er sich in seinem Haus aufhielt. Er sagte Amnesty, dass drei Granaten in sein Haus eingedrungen seien. Die erlittenen Verletzungen führten zur Amputation seines Arms. Eine andere Person, die in derselben Straße lebte (Buchmy im Bezirk Saltivka), berichtete, dass vier Bewohner durch Beschuss in der Nähe von Gebäude 36 getötet wurden, als Sanitäter versuchten, den Verletzten der Explosion zu helfen. Während eines Großteils des Beschusses hatten die Bewohner nur ein kleines Zeitfenster, um den Streiks auszuweichen, aber in vielen Fällen hatten sie keine Möglichkeit zu wissen, aus welcher Richtung oder Richtungen der Beschuss kommen würde. In vielen Fällen konnten die Menschen ein Pfeifen hören, gefolgt von einer Explosion. Am 3. März wurden zwei Menschen getötet, als sie versuchten, sich in ihrem Auto in Sicherheit zu bringen. Dies war eine Mutter und ein Sohn. Der Sohn versuchte, seine Mutter aus der Gegend zu holen, aber beide wurden durch den Beschuss getötet. Die Tragödie des Todes von Zivilisten ist noch ausgeprägter, wenn die Opfer in vielen Fällen direkt vor den Augen ihrer Angehörigen verstümmelt, getötet und ausgelöscht wurden. In anderen Fällen würde der Tod unter den unauffälligsten Umständen eintreten. Ein Mann namens Yurii, 60, wurde von einem Schrapnell bei einer Explosion in der Heroiv Street getötet, als er zwei Personen, die vor einem Gebäudeeingang saßen, um eine Zigarette bat. In der Ukraine war es allzu oft so, dass viele der Opfer zum Zeitpunkt des Geschehens nicht mit dem Tod gerechnet hatten. In einem solchen Fall, als das Viertel Saltivka weiterhin unerbittlich beschossen wurde, erinnerten sich zwei Personen daran, an einem Tag, an dem sie nicht mit Beschuss gerechnet hatten, durch Raketenbeschuss verletzt worden zu sein. Tatsächlich war es vor dem Streik, wie sich ein Anwohner erinnerte, ruhig und ohne Anzeichen einer

unmittelbaren Gefahr. Und dann zerschmetterte plötzlich eine Explosion von draußen das Fenster. Die dort lebende Frau wurde durch Granatsplitter am Bein verletzt, als sie und ihr Mann versuchten, die Wohnung zu verlassen und in den Keller zu gehen. Wie wir in diesen von Amnesty International dokumentierten Vorfällen sehen, darf das Ausmaß des Gemetzels nicht unterschätzt werden. In vielen Fällen war eine ganze Familie in ihren Häusern, weil eines der Familienmitglieder dort von einer Granate getötet wurde, während sie ein anderes Zimmer im Haus besetzten. So geschah es im Haushalt von Tkachov. Pater Serhii Tkachov wurde bei einem Streik in seinem Haus getötet, während andere Familienmitglieder überlebten, weil sie sich zum Zeitpunkt der Explosion in einem anderen Teil des Hauses aufhielten. Die Frau war im Schlafzimmer, der Sohn war in seinem Schlafzimmer, während der Vater, Serhii, in der Küche war, wo die Explosion stattfand. Dies führte dazu, dass die Decke über ihm zusammenbrach und ihn einschloss, als Feuer ihn verschlang. Seine Familie hat dies miterlebt.

In einem Vorort in der Nähe von Charkiw, wo ukrainische Streitkräfte Russen daran hinderten, in die Stadt einzudringen, wurde ein Mann namens Konstiantyn durch Granaten im Eingang eines Hauses getötet. Bei einem anderen Beschussbeispiel vom 16. März hörten die Opfer nicht das typische Pfeifgeräusch, das darauf hinweist, dass eine Rakete in der Nähe explodieren wird. Ein anderer Mann namens Konstiantyn saß mit vier anderen vor seinem Haus, als nur wenige Meter von seinem Haus entfernt Granaten einschlugen. Der Schrapnell blies in seine Brust und tötete ihn, als er verblutete. Amnesty International dokumentierte in seinem Bericht über Charkiw, dass ukrainische Streitkräfte ihre Truppen und Ausrüstung in Wohngebieten stationiert hatten, und bestätigte damit andere Berichte, die ähnliche Behauptungen aufstellten. Amnesty stellte auch fest, dass die ukrainischen Streitkräfte solche Taktiken anwenden, die das

Leben von Zivilisten gefährden. Laut dem Bericht von Amnesty International KANN JEDER JEDERZEIT STERBEN: Willkürliche Angriffe russischer Streitkräfte in Charkiw, Ukraine, wurde ihnen mitgeteilt, dass ukrainische Streitkräfte Streiks von den Distrikten Industrialnyi, Shevchenkivskyi und Saltivka aus starten würden. Zivile Opfer waren in den Saltivka-Vierteln weit verbreitet, wie von Amnesty dokumentiert. Im Hauptteil ihres Berichts, der spezifische Vorfälle mit Opfern im Distrikt Saltivka beschrieb, erwähnte oder dokumentierte Amnesty jedoch keine Fälle, in denen ukrainische Streitkräfte in der Nähe schossen und dadurch russische Artillerie zurück in zivile Gebiete feuerten. Die einzigen dokumentierten Fälle in dem Bericht von ukrainischen Streitkräften, die in Wohnvierteln stationiert waren, befanden sich in einer Notiz am Ende des Berichts. Amnesty International war im Bezirk Saltivka anwesend, als sie am 26. April ein „Feuer ausgehen" hörten. Anwohner in der Buchmy-Straße sagten, der Beschuss habe am 25. Februar begonnen, als ukrainische Streitkräfte *„eine Haubitze auf der Straße gegenüber von Gebäude 36, etwa 120 Meter entfernt, stationiert haben weg", heißt es in dem Bericht. Ein Bewohner des Saltivka-Viertels sagte gegenüber Amnesty International: „Nachdem diese Haubitze zwei oder drei Stunden lang geschossen hatte, erhielten wir Gegenfeuer von der russischen Seite." Und laut dem Bericht von Amnesty International: „Er fügte hinzu, dass die zuerst lokalisierte Haubitze auf der Straße vor einem Garagengeschäft gefunden und dann auf den nahe gelegenen Hof hinter der Garage gebracht und nach drei Tagen aus der Werkstatt entfernt wurde Gebiet, aber die russischen Streitkräfte setzten den Beschuss mehrere Wochen lang fort. Delegierte von Amnesty International inspizierten das Gelände und fanden Fahrzeugspuren, die auf militärische Aktivitäten hindeuteten, sowie einen großen Krater von einem Streik direkt neben der Stelle, an der angeblich die Haubitze von dem Anwohner geparkt*

worden sein soll. Das Gelände wurde von einem Mann bewacht, der sagte, er sei ein ehemaliger Soldat, und der den Zugang zu dem Gebiet beschränkte. In Pokotylivka, einem Vorort südwestlich von Charkiw, nutzten die ukrainischen Territorialverteidigungskräfte einige kleine Nebengebäude im Hof eines medizinischen Laborkomplexes als Stützpunkt. Das Gelände ist von Wohngebäuden umgeben und liegt gegenüber einer Schule, die als humanitäres Zentrum dient. Das Labor wurde am Morgen des 28. April von russischen Streitkräften bombardiert, offenbar durch einen Luftangriff. Obwohl das medizinische Labor größtenteils leer war und die meisten Mitarbeiter aus der Ferne arbeiteten, wurden zwei anwesende Mitarbeiter verletzt. Zwei Angehörige der Territorial Defense Forces wurden ebenfalls getötet und sechs verletzt. Auf dem Gelände, in der Nähe der Nebengebäude des Geländes, fanden Forscher von Amnesty International mehrere leere Munitionskisten, von denen einige Etiketten hatten, die daranf hindeuteten, dass sie Kanister mit verstreuten KPOM-2-Minen enthielten.“

Amnesty International erwähnte den Einsatz von Streumunition durch die Ukraine nicht, forderte sie jedoch auf, sie nicht einzusetzen. Im April 2022 entfernte Russland die Registrierung von Amnesty International, Human Rights Watch und anderen gemeinnützigen Organisationen aufgrund westlicher Voreingenommenheit. Russland sollte jedoch die Wiedereinsetzung des Moskauer Büros von Amnesty International überdenken, denn obwohl Amnesty von westlichen Gefühlen über die Wahrnehmung des Krieges als ungerechtfertigt eingeholt wurde, hat Amnesty nichtsdestotrotz gezeigt, dass sie alle Beweise dokumentieren werden, unabhängig davon, welche Seite darin verwickelt ist, selbst wenn Amnesty manchmal nur eine größere Verurteilung einer Seite des Konflikts zum Ausdruck bringen. Die

Bereitschaft, sich zumindest an eine faire Dokumentation zu halten, sollte als förderlich für ein zufriedenstellendes Ergebnis für beide Seiten des Konflikts angesehen werden. Verzögerungen bei der Prüfung beider Seiten eines militärischen Konflikts gefährden nur die Zivilbevölkerung und überlassen sie der Willkür der Streitkräfte, von denen angenommen wird, dass sie das Recht haben, Maßnahmen zu ergreifen. Das war beim US-Militär während seiner ersten Invasion in Afghanistan der Fall. Unmittelbar nach der Tragödie vom 11. September hatte die Welle des Aufschreis, in der Gerechtigkeit für die Opfer des 11. September gefordert wurde, weitreichende Auswirkungen auf globaler Ebene, ließ die afghanische Zivilbevölkerung jedoch in der Folgezeit der völligen Gnade der US-Militärziele ausgeliefert von keiner Stelle befragt werden, ohne als Partei der Terroristen angesehen zu werden. Wäre ein kompromissloser neutraler Beobachter von Beginn des Krieges an aufmerksam geblieben, hätten möglicherweise Dutzende von Menschenleben gerettet werden können. Aber allzu oft wird der Schrecken des zivilen Todes erst im Nachhinein erkannt, wenn es zu spät ist.

Am 3. Juli 2022 feuerten ukrainische Streitkräfte drei Tochka-U-Raketen auf die russische Stadt Belgorod ab und töteten vier Zivilisten in einem Wohngebiet. Die Raketen wurden von russischen Luftverteidigungssystemen abgeschossen, aber der Aufprall führte dazu, dass Fragmente von Raketentrümmern auf die direkt darunter liegenden Häuser und Wohngebiete fielen und diese zerstörten. Dies ist das erste Mal seit Beginn des Konflikts, dass Russland durch den Krieg zivile Opfer zu beklagen hat. Die Ukraine lehnte die Verantwortung ab, sagte jedoch, es sei Karma für alle zivilen Todesfälle in der Ukraine, die von russischen Streitkräften verursacht wurden. Das ukrainische Innenministerium glaubte, dass Russland den Angriff orchestriert habe, um seine militärischen Zwecke zu rechtfertigen. Elf Mehrfamilienhäuser und 39 Häuser wurden zerstört. Unter den

Opfern war auch eine Familie aus Charkiw, die vor den Kämpfen nach Belgorod ausgewandert war. Westliche Medien spielten den Vorfall herunter, während Russland darauf bestand, dass der Angriff absichtlich auf Zivilisten in Belgorod gerichtet war. Dies folgt auf den russischen Raketenangriff in Kremenchuk, der eine Fabrik zerstörte, die vermutlich für militärische Zwecke genutzt wurde, sowie ein nahe gelegenes Einkaufszentrum, bei dem Zivilisten getötet wurden. Beide Vorfälle markieren einen Punkt gefährlicher Eskalation im Konflikt, an dem sich beide Seiten mit direktem Angriff auf jegliche zivile Infrastruktur gegen die andere wehren können. Da Russland alle seine im Westen ansässigen Menschenrechtsermittler entlassen hatte, hatte der Westen keine Möglichkeit, das Ausmaß der von den ukrainischen Streitkräften zugefügten zivilen Opfer einzuschätzen. Dies führt dazu, dass beide Seiten ein einseitiges Narrativ vorantreiben, das eine Verlängerung des Konflikts rechtfertigt. Um dies zu vermeiden, muss Russland möglicherweise Amnesty International wieder einsetzen, die vielleicht einzige Menschenrechtsorganisation, die sich trotz ihrer westlichen Neigungen und ihrer antirussischen Haltung als bereit erwiesen hat, Übergriffe auf beiden Seiten des Konflikts zu dokumentieren.

Kapitel 6: Söldner in der Ukraine

Russland warnte den Westen weiterhin davor, die Ukraine mit schweren Waffen zu beliefern. Ein Großteil der Waffenhilfe westlicher Länder für die Ukraine begann 2014, als es sich hauptsächlich um nicht tödliche Waffen handelte. Die USA begannen jedoch erst 2018 mit der Lieferung von Hightech-Waffen an die Ukraine und schickten Javelin-Panzerabwehrraketen. Die Türkei verkaufte 2019 auch einige ihrer Drohnen an die Ukraine. Ein Großteil der in die Ukraine gelieferten Lieferungen trug maßgeblich zur Verteidigung der Ukraine gegen russische Streitkräfte im westlichen Teil des Landes bei. Der Waffenfluss nahm in den Monaten vor der russischen Invasion stetig zu, als Länder wie Großbritannien beschlossen, die Ukraine mit Panzerabwehrwaffen zu beliefern. Allerdings kam Deutschland erst einige Zeit später, nach dem russischen Einmarsch, wirklich dazu, die Ukraine mit schweren Waffen zu beliefern. Während westliche Länder der Ukraine einzeln militärische Hilfe geleistet haben, hat die NATO als Militärblock darauf verzichtet, Waffen in die Ukraine zu schicken. Die wichtigste Hilfe, die es der Ukraine hätte ermöglichen können, eine angemessenere Verteidigungsoperation durchzuführen, wären Kampfflugzeuge gewesen, aber der Westen weigerte sich, solche bereitzustellen, da er eine Eskalation befürchtete. Russland drohte, seine nuklearen Fähigkeiten gegen westliche Nationen einzusetzen, wenn der Westen versuchte, der Ukraine Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen. Es gab einige Spekulationen, dass der Westen trotzdem versuchen würde, F-35-Kampfflugzeuge in die Ukraine zu bringen, aber nach einigen Missverständnissen scheiterten solche Geschäfte nie. Irgendwann bestätigten die USA, dass sie bereit seien, die Jets zu liefern, gaben jedoch innerhalb von 24 Stunden nach und leugneten, dass sie die Ukraine mit den F-35 beliefern würden. Die NATO weigerte sich auch, Truppen in die Ukraine zu

entsenden, um ihnen bei der Abwehr der russischen Invasion zu helfen. Es mangelte jedoch nicht an Panzerabwehrwaffen, die in die Ukraine geliefert wurden. 20.000 von ihnen wurden nach der russischen Invasion in die Ukraine geschickt. Sowohl die EU als auch die USA schickten Milliarden von Dollar an Hilfsgeldern in das Land, um ihre militärischen und zivilen Schutzprotokolle zu stärken. Bis April belief sich die Gesamtzahl der Flugabwehr- und Panzerabwehrwaffen auf 25.000 bzw. 60.000. Bis Mai hatte die Ukraine insgesamt 12 Milliarden Dollar an Hilfe von westlichen Ländern erhalten. Darauf folgte eine weitere Zusage der USA, Militärhilfe im Wert von 40 Milliarden Dollar bereitzustellen.

Sowohl Russland als auch die Ukraine wurden durch die Anwesenheit ausländischer Truppen unterstützt. Westliche Medien wie Reuters würden Russlands freiwillige Kämpfer im Nahen Osten als Söldner bezeichnen, während Russland eine ähnliche Terminologie verwenden würde, um die freiwilligen Kämpfer der Ukraine aus Großbritannien und den USA zu beschreiben. Abtrünnige Regionen in Georgien schickten Truppen in die Ukraine, um Russland zu helfen. Für die Ukraine waren viele der ausländischen Kämpfer aus anderen Teilen Europas gekommen, und die ukrainische Regierung bot an, die Visumpflicht für alle aufzuheben, die aus dem Ausland kommen, um mit dem ukrainischen Militär zu kämpfen. Selenskyj bildete die Internationale Legion der Territorialverteidigung der Ukraine und degradierte sie zu ausländischen Truppen. Insgesamt 20.000 ausländische Staatsangehörige aus 52 Ländern landeten in der Ukraine, um gegen die russischen Streitkräfte zu kämpfen. Fast 66.000 im Ausland lebende Ukrainer kehrten zurück, um der Ukraine im Krieg zu helfen. Die USA lieferten unterdessen kritische Geheimdienstbewertungen der Standorte russischer Streitkräfte, die es der Ukraine ermöglichten, russische Schiffe zu versenken und russische Generäle zu töten.

In der Frage der ausländischen Kämpfer wurde mit zweierlei

Maß gemessen, was letztendlich nach hinten losging, als britische und US-amerikanische freiwillige Soldaten schließlich von der DVR und den russischen Streitkräften gefangen genommen wurden. Obwohl Putins freiwillige Kämpfer wiederholt als „Söldner“ bezeichnet wurden, haben US-amerikanische und britische Medien und Regierungsbeamte darauf bestanden, dass die britischen und amerikanischen Kämpfer, die mit ukrainischen Streitkräften für die Ukraine kämpfen, Freiwillige und keine Söldner sind. In Situationen wie dieser müssen die Medien vorsichtig sein mit der Politik, die sie anderen auferlegen, weil sie die Fähigkeit bestimmen, alle Parteien vom eigenen Status zu überzeugen. Die angewandte Doppelmoral dient nur dazu, mehr Menschenleben im Krieg zu gefährden. Von diesem Zeitpunkt an müssen alle freiwilligen Kämpfer sowohl auf ukrainischer als auch auf russischer Seite als freiwillige Kämpfer betrachtet werden, die durch die Genfer Konvention geschützt sind.

Zwei Briten und ein Marokkaner, die an der Seite ukrainischer Streitkräfte in der Ukraine kämpften, wurden von Streitkräften der DVR gefangen genommen und später zum Tode verurteilt. Nach dem Urteil bestanden sowohl das Vereinigte Königreich als auch die Vereinten Nationen darauf, dass die gefangenen Kombattanten keine Söldner, sondern durch die Genfer Konvention geschützte Kriegsgefangene seien. Dies geschieht, nachdem westliche Medien Russlands freiwillige Kämpfer wiederholt als „Söldner“ bezeichnet haben, wodurch die UNO und andere westliche Organisationen heuchlerisch erscheinen. Das Außenministerium der Ukraine erklärte auch, dass alle ausländischen Kämpfer, die für die Ukraine kämpfen, gemäß der Genfer Konvention geschützt und als Kriegsgefangene und nicht als Söldner betrachtet werden sollten.

Während des Krieges im Irak wurden freiwillige Kämpfer von US-Streitkräften wiederholt als "Söldner" bezeichnet. Jetzt arbeiten US-Beamte in der Ukraine unermüdlich daran, den

Status von zwei amerikanischen Militanten, die von russischen Streitkräften gefangen genommen wurden, als Kriegsgefangene zu garantieren. Beide amerikanischen freiwilligen Kämpfer wurden von russischen Truppen gefangen genommen, nachdem sie von ihrer Einheit gestrandet waren. Sie hatten in Charkiw gekämpft. Beide waren US-Militärveteranen. Alexander Drueke, ehemals US-Armee, hat zwei Einsätze im Irak absolviert. Der andere gefangene amerikanische Kämpfer, Andy Huynh, war ein ehemaliger US-Marine. Beide operierten in der Ukraine und erhielten Befehle vom SBU, dem ukrainischen Sicherheitsdienst, und wurden angewiesen, Deckung zu bieten, um den ukrainischen Streitkräften den Rückzug zu ermöglichen. Als sich die ukrainischen Streitkräfte zurückzogen, wurden sie von russischen Panzern verfolgt. In der Zwischenzeit war Huynh mit einem Granatwerfer an einem Außenposten gewesen, der sich darauf vorbereitete, auf die russischen Panzer zu schießen, nachdem sie offen auf die sich zurückziehenden ukrainischen Soldaten geschossen hatten. Als Huynh seine RocketPropelled Grenade abfeuerte, verfehlte sie das Ziel. Schließlich, nachdem die ukrainischen Streitkräfte das Gebiet verlassen hatten und Huynh und Drueke im Wald gestrandet waren, stolperten die amerikanischen Kämpfer in ein nahe gelegenes Dorf, und dann wurden sie von russischen Truppen konfrontiert und hatten keine andere Wahl, als sich zu ergeben. Amerikanische Beamte bestanden darauf, dass die Soldaten keine Söldner, sondern Kriegsgefangene seien. Aber russische Beamte sind bereits zu dem Schluss gekommen, dass sie Söldner waren, die als „Glückssoldaten“ kämpften. Als die beiden amerikanischen Kämpfer von RT interviewt wurden, warnten sie andere Amerikaner, die erwogen, für die Ukraine zu kämpfen, es sich noch einmal zu überlegen. Sie sagten auch, sie würden von ihren russischen Entführern menschlich behandelt, seien sich aber bewusst, dass ihnen die Todesstrafe droht. Während des RT-

Interviews gaben beide Amerikaner zu, von der westlichen Erzählung des Krieges beeinflusst worden zu sein, und waren letztendlich enttäuscht von der mangelnden Vorbereitung und Korruption innerhalb der Internationalen Legion der Ukraine. Die Aussage ist der anderer ausländischer Kämpfer sehr ähnlich, denen es gelang, aus der Ukraine zu fliehen und in ihr Heimatland zurückzukehren. Anschließend, nachdem sie die Internationale Legion der Ukraine verlassen hatten, versuchten beide amerikanischen Freiwilligenkämpfer, sich einer taktischeren Einheit anzuschließen. Sie entdeckten in der Ostukraine die "Task Force Baguette", eine Einheit, die hauptsächlich aus amerikanischen und französischen Veteranen besteht. Russland betrachtet die Einheit als ausländische Söldnergruppe. Während US-Beamte hart daran arbeiten, ihre Freilassung zu erreichen, forderte das US-Außenministerium die Amerikaner weiterhin auf, nicht in die Ukraine zu reisen.

Nachdem Russland in die Ukraine einmarschiert war, kündigte Selenskyj wie Präsident Putin an, dass sein Land freiwillige Kämpfer aufnehmen würde. Infolgedessen wurden mit Hilfe westlicher Medien viele Bürger der westlichen Welt gezwungen, sich den Kämpfen anzuschließen. Es gibt auch ausländische Kämpfer in der Ukraine, die sich außerhalb des Kommandos der ukrainischen Armee organisieren. Diejenigen Amerikaner, die sich dem Kampf in der Ukraine anschließen, riskieren jedoch nicht nur, als Söldner angesehen zu werden, wenn sie vom Feind gefangen genommen werden, sondern riskieren auch, das Gesetz der Neutralität zu verletzen, wenn sie sich den ukrainischen Streitkräften anschließen, sich dem US-Territorium anschließen oder eine militante Gruppe gegen Russland innerhalb der USA organisieren. Das Gesetz verbietet es den Amerikanern auch, gegen ein Land zu kämpfen, das mit den Vereinigten Staaten im Frieden ist. Derzeit befindet sich Russland in Frieden mit den USA, so dass nach dem Neutrality Act, wenn

Amerikaner in den Vereinigten Staaten sind, sie sich dem Militär eines anderen Landes anschließen oder ihre eigenen privaten Gruppen bilden, um gegen ein Land zu kämpfen, mit dem es keinen Krieg gibt Vereinigten Staaten ist eine Verletzung.

Das Neutralitätsgesetz besagt in 18 US Code § 958: ***Jeder Bürger der Vereinigten Staaten, der einen Dienstbefehl für einen fremden Prinzen, Staat, eine Kolonie, einen Distrikt oder ein Volk im Krieg gegen einen Prinzen, Staat oder eine beliebige Kolonie innerhalb der Gerichtsbarkeit annimmt und ausübt , Distrikte oder Personen, mit denen die Vereinigten Staaten in Frieden leben, sollen unter diesem Titel mit einer Geldstrafe belegt oder für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren oder beides inhaftiert werden.***

Das Neutralitätsgesetz besagt in 18 USC 959 ***: (a) Wer innerhalb der Vereinigten Staaten sich selbst anwirbt oder einreist oder einen anderen anstellt oder behält, um die Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten anzuwerben oder zu betreten oder zu überschreiten, um sich in den Dienst eines ausländischen Prinzen zu stellen oder in dessen Dienste eingetreten zu sein , Staat, Kolonie, Distrikt oder Volk als Soldat oder als Marine oder Matrose an Bord eines Kriegsschiffes, eines Markenbriefes oder eines Freibeuters, wird unter diesem Titel mit einer Geldstrafe belegt oder nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren belegt oder beides. (b) Dieser Abschnitt gilt nicht für Bürger oder Untertanen eines Landes, die in einen Krieg mit einem Land verwickelt sind, mit dem sich die Vereinigten Staaten im Krieg befinden, es sei denn, ein solcher Bürger oder Untertan eines solchen fremden Landes stellt einen Bürger der Vereinigten Staaten zur Verfügung oder verlangt ihn zum Zwecke der Anwerbung oder des Eintritts in den Dienst eines fremden Landes unter die Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten zu stellen.***

Einberufungen nach diesem Unterabschnitt erfolgen gemäß den vom Secretary of the Army vorgeschriebenen Vorschriften. (c) Dieser Abschnitt und die Abschnitte 960 und 961 dieses Titels gelten nicht für Untertanen oder Bürger eines ausländischen Prinzen, Staates, einer ausländischen Kolonie, eines ausländischen Distrikts oder eines ausländischen Volkes, die sich vorübergehend in den Vereinigten Staaten aufhalten und sich an Bord eines Schiffes einschreiben oder einen Brief betreten oder behalten Kriegsbrief, Markenbrief oder Freibeuter, der zum Zeitpunkt seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten als solcher eingerichtet und ausgerüstet war, oder jeder andere Untertan oder Bürger desselben ausländischen Prinzen, Staates, derselben Kolonie, desselben Distrikts oder anderer Personen, die vorübergehend in den Vereinigten Staaten wohnen Vereinigten Staaten, solche ausländischen Prinzen, Staaten, Kolonien, Distrikte oder fremden Personen an Bord eines solchen Kriegsschiffes, Markenbriefes oder Freibeuters anzuwerben oder einzureisen, um zu dienen, wenn die Vereinigten Staaten dann mit solchen ausländischen Prinzen, Staaten, Kolonien Frieden schließen sollen , Bezirke oder Personen.

Der Neutrality Act besagt in 18 US Code § 960: *Jeder innerhalb der Vereinigten Staaten begibt sich wissentlich an eine Militär- oder Marineexpedition oder ein Unternehmen von dort gegen das Territorium, begibt sich wissentlich an Bord oder betritt es, stellt Mittel bereit oder bereitet Gelder dafür vor oder stellt das Geld dafür bereit oder beteiligt sich daran oder Dominanz eines ausländischen Prinzen oder Staates oder einer Kolonie, eines Distrikts oder eines Volkes, mit dem die Vereinigten Staaten in Frieden leben, unter diesem Titel mit einer Geldstrafe belegt oder für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren inhaftiert oder beides.*

Der Grund für das Neutralitätsgesetz war, Amerika davor zu schützen, in einen Krieg hineingezogen zu werden, als Ergebnis von Handlungen amerikanischer Bürger gegen eine Nation, mit der die USA keinen Krieg führen. Die gefangenen amerikanischen Kämpfer schienen sich dem Kampf in der Ukraine von ukrainischem Territorium aus angeschlossen zu haben, was nicht gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen würde. Der Neutrality Act verbietet es Amerikanern auf amerikanischem Boden, sich privat gegen eine Nation zu organisieren, mit der die USA keinen Krieg führen. Es verbietet auch jedem auf US-Territorium, Geld zu sparen, um in ein anderes Land zu gehen, um gegen eine Nation zu kämpfen, mit der die USA nicht im Krieg sind. Eine Gefahr, die von Amerikanern ausgeht, die in die Ukraine gehen, um zu kämpfen, besteht darin, dass dies von russischen Beamten leicht als etwas ausgelegt werden kann, das von der US-Regierung geduldet und autorisiert wurde, eine Wahrnehmung, die den Konflikt untergräbt und ausweiten könnte. Die USA haben der amerikanischen Öffentlichkeit wiederholt gesagt, dass Amerikaner nicht in die Ukraine gehen sollten, um zu kämpfen.

Eine Reihe ausländischer freiwilliger Kämpfer, die in die Ukraine gingen, um sich der Fremdenlegion anzuschließen, berichteten von einem ernsthaften Mangel an Vorbereitung seitens der Kommandeure der Einheiten. Viele der Freiwilligen erhielten keine Ausbildung, keine Waffen und wurden dennoch in gefährliche Situationen gebracht. Es wurde auch beobachtet, dass viele freiwillige Kombattanten, die zuvor während der Kriege im Irak und in Afghanistan beim US-Militär gedient hatten, verängstigt und unvorbereitet auf einen Kampf waren, an dem ein fortgeschrittenes russisches Militär beteiligt war. Viele von ihnen mussten aus der Ukraine fliehen, nachdem sie erkannt hatten, dass der Kampf gegen die russische Armee sich sehr vom Kampf gegen Aufständische im Nahen Osten unterschied, die keine Luftwaffe und fortschrittliche Waffen hatten. In vielen Fällen gab

es bei den Kämpfen in der Ukraine wenig bis gar keinen Kontakt mit russischem Militärpersonal, und es war oft so, dass die Kämpfer die meiste Zeit eingepfercht in Schützengräben verbrachten und Zuflucht vor dem ständigen Artilleriefeuer suchten. Eine belgische Zeitung mit dem Titel „Het Laatste Nieuws“ sagte, dass mehr als die Hälfte der ausländischen Kämpfer, die in die Ukraine gingen, das Land bereits verlassen hatten, nachdem sie sich zunächst zum Kampf berufen gefühlt hatten. Viele, die mit NATO- und US-Streitkräften kämpften, waren es nicht gewohnt, ohne Luftunterstützung und Sanitäter zu kämpfen, von denen zwei in vielen in der Ukraine kämpfenden Einheiten fehlten. Darüber hinaus besteht eine große Befürchtung in Bezug auf ausländische Kämpfer in der Ukraine darin, dass Russland die USA beschuldigen könnte, sie in die Ukraine zu schicken, wenn amerikanische Kämpfer gefangen genommen werden, was eine ernsthafte Eskalation auslösen könnte, die sowohl die USA als auch die US-NATO betrifft, die sie seither zu vermeiden versucht 24. Februar 2022, als Russland einen umfassenden Angriff auf das Land startete. Unterdessen waren die ukrainischen Streitkräfte besorgt über die Belastung, die unzureichend ausgebildete ausländische Kämpfer für militärische Operationen auferlegten. Da viele der ausländischen Kämpfer der ukrainischen Sprache nicht mächtig sind, müssen sie neben jemandem bleiben, der ihre Muttersprache spricht, was sie wiederum unflexibel macht, wie das ukrainische Militär sie einsetzen könnte.

Kapitel 7: Kriegsgefangene und Flüchtlinge

Was die Zahl der Kriegsgefangenen betrifft, so waren die Zahlen schwer zu überprüfen. Der Botschafter der Ukraine berichtete, dass sich ein Zug der 74. Guards Motor Rifle Brigade, der in Kemerowo operierte, zu Beginn des Krieges den ukrainischen Streitkräften ergeben hatte und sagte, sie seien sich des Befehls zur Tötung ukrainischer Soldaten nicht bewusst. Russland sagt, es habe am 2. März 2022 572 ukrainische Soldaten in Gewahrsam genommen, während die Ukraine berichtet hat, dass 562 russische Soldaten gefangen gehalten werden. Dies war der 20. März. Der erste Gefangenenaustausch wurde durchgeführt und beinhaltete den Austausch von 10 russischen Kriegsgefangenen gegen fünf ukrainische Kriegsgefangene zusammen mit dem in russischer Haft befindlichen Bürgermeister von Melitopol. Ende März wurden 21 russische Kriegsgefangene, bestehend aus Soldaten und Matrosen, gegen 29 ukrainische Kriegsgefangene, bestehend aus Soldaten und Matrosen, ausgetauscht. Anfang April wurden bei einem Gefangenenaustausch weitere ukrainische Kriegsgefangene gegen eine nicht verifizierte Anzahl russischer Truppen ausgetauscht. Sowohl die Ukraine als auch Russland wurden von internationalen Menschenrechtsorganisationen aufgefordert, das Völkerrecht in Bezug auf die Behandlung von Gefangenen einzuhalten. Ukrainische Truppen haben in den sozialen Medien Videos gepostet, in denen russische Truppen in ihrem Gewahrsam gedemütigt werden. Ein Video zeigte einen ukrainischen Soldaten, der russischen Kriegsgefangenen in die Knie schoss, während ein anderes auf Telegram hochgeladenes Video einen ukrainischen Soldaten zeigte, der einen russischen Gefangenen hinrichtete. Die Ukraine leitete daraufhin eine Untersuchung des Vorfalls ein. Russische Truppen veröffentlichten auch Videos, die zeigen, wie russische Soldaten ukrainische Kriegsgefangene demütigen und sie zwingen, Lieder

mit einem pro-russischen Thema zu singen. Viele der ukrainischen Kriegsgefangenen, die in den Videos zu sehen sind, waren verletzt, was bei UN-Menschenrechtsbeobachtern Anlass zur Sorge gab.

Seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 hat Osteuropa mit der größten europäischen Flüchtlingskrise seit dem Jugoslawienkrieg 1999 zu kämpfen. Die Vorbereitungen dazu wurden jedoch im Vorfeld des Krieges getroffen, als die Ukraine das Ausmaß der durchzuführenden Evakuierungen bewertete. Viele der umliegenden Nationen hatten Pläne, mit der Massenvertreibung von Ukrainern fertig zu werden. Allein in den ersten sieben Tagen der Invasion flohen eine Million Ukrainer aus dem Land. Die Zahl würde im Verlauf des Krieges erheblich zunehmen. Bis Ende Mai wurde die Zahl der Evakuierten auf fast sieben Millionen geschätzt. Die überwiegende Mehrheit davon waren Frauen, Kinder und ältere Menschen. Männer in der Ukraine durften das Land zum Zeitpunkt der Invasion nicht verlassen. Dies galt nicht nur für ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren, sondern auch für im Land lebende nicht-ukrainische Männer. Wenn ein Mann entweder ein alleinerziehender Vater war, mehr als drei Kinder ernährte oder behinderte Kinder unterstützte, durfte er das Land verlassen. Trotz der Einschränkungen entschieden sich viele Männer in der Ukraine trotzdem für den Kampf. Insgesamt beliefen sich die verbleibenden ukrainischen Vertriebenen innerhalb der Ukraine auf etwa 8 Millionen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zählte die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine, die sich infolge des Krieges in den Nachbarländern aufhielten. Dies war der 13. Mai. Es gab etwas mehr als 3 Millionen ukrainische Flüchtlinge in Polen. In Rumänien 901.696. In Ungarn, Moldawien und der Slowakei gab es in jedem dieser Länder fast 500.000 ukrainische Flüchtlinge. Weißrussland nahm etwa 27.000 ukrainische Flüchtlinge auf, während Russland etwa

800.000 aufnahm. Ende März befanden sich über 300.000 in Tschechien und rund 80.000 wurden bis April in die Türkei evakuiert. Dem ukrainischen Exodus aus der Ukraine folgte die Berufung der EU auf die Richtlinie über vorübergehenden Schutz, die den Ukrainern die vorübergehende Staatsbürgerschaft in dem EU-Land zuerkennen würde, in dem sie Zuflucht suchen, wo sie Unterkunft und Arbeit finden könnten.

Die Ukraine befürchtet, dass Flüchtlinge, die aus der Ukraine nach Russland evakuiert wurden, in Lager in separatistischen Regionen oder innerhalb Russlands geschickt werden könnten. Die Russen hatten rund 121.000 Einwohner von Mariupol evakuiert, und die Ukraine befürchtet, dass viele in Gefangenenlagern landen und zur Sklavenarbeit gezwungen werden, um beim Bau neuer Städte zu helfen. Ukrainische Sicherheitsbeamte berichteten, Russland plane den Bau eines Konzentrationslagers für ukrainische Flüchtlinge. Viele Evakuierte, die in den von militärischen Aktivitäten unberührten südöstlichen Teilen der Ukraine lebten, haben den Wunsch geäußert, zurückzukehren.

Seit der Invasion im Februar 2022 hat Russland eine Abwanderung von Menschen erlebt, die Zuflucht vor den politischen Zwängen der russischen Regierung suchten. Die Angst vor Russlands Vorgehen gegen Dissidenten hat dazu geführt, dass 300.000 in Russland lebende Menschen vor dem größten Exodus von Russen aus Russland seit 1917, als die bolschewistische Revolution stattfand, fliehen. Viele von ihnen waren hochqualifizierte Arbeiter, die für die russische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung waren, und einige von ihnen versuchten, in die Ukraine zu gehen, um Ukrainern im Krieg zu helfen, obwohl sie selbst Russen waren. Bis Mai wurde berichtet, dass seit Beginn der Invasion fast vier Millionen Russen aus dem Land geflohen waren.

Die als Kornkammer Europas bekannte Ukraine ist einer der

größten Getreideexporteure. Sie machen fast 9 % des weltweiten Weizens aus. Aber Weizen ist nicht die einzige Ware, die die Ukraine exportiert. Sie exportieren auch Mais, Gerste und Rapssamen, die jeweils 13 % des weltweiten Angebots ausmachen. Die Ukraine ist auch ein großer Exporteur von Sonnenblumenöl. Aber die russische Invasion hat zu Nahrungsmittelknappheit geführt, insbesondere in Ländern, die von ukrainischen Exporten abhängig sind. Unmittelbar vor Kriegsbeginn wurden 6 Millionen Tonnen Weizen für den Export aus der Ukraine vorbereitet - zusammen mit 15 Millionen Tonnen Mais. Der Krieg würde jedoch verhindern, dass diese Nahrungsmittelvorräte die Ukraine verlassen, was eine sehr sensible Lieferkette unterbrechen und zu einer sich ausweitenden Nahrungsmittelknappheit führen würde. Russland, ein wichtiger Exporteur von Düngemitteln und anderen für die Bodengesundheit kritischen Komponenten, wurde aufgrund von Sanktionen ebenfalls daran gehindert, einen Großteil seiner Waren zu exportieren. Das Buch The Fall of the US Dollar: A Second Coming of the Non-Aggression Pact argumentiert, dass Sanktionen gegen Russland nur zu Russlands Gunsten wirken und nur zu einer Aufwertung des russischen Rubels führen:

Aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 wurden weltweite Sanktionen gegen Russland verhängt. Diese haben dazu geführt, dass die Inflation in Russland auf fast 10 % gestiegen ist, und viele Analysten prognostizieren, dass sie bis Ende März 2022 als Währung Russlands 20 % überschreiten wird , der Rubel, bricht weiter ein. Russland ist auf importierte Waren wie Autos, Haushaltsgeräte, Fernseher und Smartphones angewiesen, aber mehrere westliche Sanktionen gegen Russland haben zu massiven Preissteigerungen bei diesen Produkten geführt. Der Preis für Neuwagen stieg um 15 %. Russland ist auch besorgt darüber, wie sich die Abhängigkeit von Importen für

seine Agrarindustrie, wie beispielsweise Kartoffelsamen, auf die wirtschaftliche Situation auswirken wird. Als Reaktion auf die steigende Inflation und als Maßnahme zur Preisstabilisierung hat die russische Zentralbank die Zinsen auf 20 % angehoben. Laut BBC lauten die gegen Russland verhängten Sanktionen für den Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 wie folgt: Die Vereinigten Staaten haben ihre Öl- und Gasimporte aus Russland verboten. Großbritannien sagte, es werde seine russischen Ölimporte bis 2030 einstellen. Und Deutschland und die EU versprachen, ihre Abhängigkeit von russischem Öl zu verringern, indem sie vor 2030 nach alternativen Energiequellen suchten. Der Westen hat auch Russlands Auslandsbestände in Dollar und Euro eingefroren. und schränkte Banken ein, Geschäfte mit der Zentralbank von Russland zu tätigen. Einige der russischen Banken werden aus dem SWIFT-Bankensystem ausgeschlossen, was sie daran hindert, internationale Transaktionen durchzuführen. Dies würde auch jegliche Ansprüche gegen Russland für seine Öl- und Gasexporte verzögern. Großbritannien hat die Vermögenswerte aller russischen Banken eingefroren und ihren Zugang zum britischen Finanzsystem eingeschränkt. Das Ergebnis ist, dass Russland nicht in der Lage wäre, innerhalb des Vereinigten Königreichs Geld zu beschaffen oder Geld zu leihen. Der Versand einer Reihe von Waren nach Russland wurde eingeschränkt, während das Vereinigte Königreich, die USA, die EU und Kanada russischen Fluggesellschaften den Eintritt in ihren Luftraum verboten haben. Auch das Vermögen des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde eingefroren. Als Reaktion darauf hat Russland einen Großteil seiner Exporte in den Westen verboten, die aus verschiedenen Produkten wie Telekommunikation, Medizin, Fahrzeugen, landwirtschaftlichen, elektrischen Geräten und Holz bestehen. Russland hat auch aufgehört, Zinszahlungen an ausländische Investoren zu leisten, die russische Staatsanleihen

halten, und sie drückten auch die Liquidität von Aktien und Anleihen, die von ausländischen Investoren gehalten werden. Angesichts dieser Entwicklungen ist klar, wie sich die Sanktionen auf Westeuropa auswirken werden. Nicht nur in Bezug auf die Beschaffung ausreichender Energielieferungen, die Russland möglicherweise nicht mehr liefern kann, sondern auch in Bezug auf die Nahrungsmittelproduktion. Auf Russland und die Ukraine entfällt ein Drittel der weltweiten Weizen-/Getreide- und Gerstenexporte, aber jetzt, da diese Sanktionen vom Westen gegen Russland verhängt wurden, zusammen mit Russland, das mit der Kürzung seiner Weizen-/Getreide- und Düngemittelexporte revanchiert, stoppt ein Großteil der Welt ist von solchen Nahrungsmittelvorräten abhängig und muss sich mit der Aussicht auf erhebliche Nahrungsmittelknappheit auseinandersetzen und sich gleichzeitig mit den Auswirkungen auseinandersetzen, wie Düngemittelknappheit sehr sensible Anbauprotokolle stören wird, was die Ernteerträge sehr niedrig halten könnte. Orte wie Ägypten, Tunesien und der Libanon verlassen sich auf aus Russland importiertes Getreide/Weizen. Alles in allem sind die Ukraine und Russland im Wesentlichen Weltmächte in der globalen Lebensmittelindustrie.

Diese Sanktionen gegen Russland sind ein Haken 22. Russland ist gewissermaßen vom Finanzsektor im Westen abgeschnitten, wird aber gleichzeitig Überschussvorräte aus der Öl- und Getreideförderung aufbauen können. Damit bleibt die Wahrscheinlichkeit, dass Russland ein wichtiger Akteur in der Ethanolproduktion wird, da viele Industrien auf der ganzen Welt versuchen, von 100 % Erdöl auf eine Mischung aus Erdöl und Biokraftstoffen umzusteigen, bevor sie schließlich zu 100 % Biokraftstoff übergehen. Angesichts der Weizenknappheit im Westen und im Nahen Osten könnte Russland zum Hauptakteur bei der Ethanolproduktion werden, da Ethanol aus Weizen und Mais hergestellt wird, die in Russland aufgrund der Einstellung

ihrer Exporte im Überschuss wären. Diese Aussicht könnte mit einer spektakulären Erholung des Rubels zusammenfallen, wenn Russland beschließt, Ethanol für den Rubel zu verkaufen und gleichzeitig die US-Maisproduktion zu unterbieten, indem es sich weigert, Stickstoffdünger zu exportieren. Dies würde die US-Ethanolproduktion effektiv ersticken, da der Westen ohne ausreichenden Dünger nicht über den überschüssigen Mais verfügen würde, um größere Mengen Ethanol zu produzieren. In diesem Szenario müsste ein Großteil des Mais für den menschlichen Verzehr bestimmt werden. Als Ergebnis des erodierten Wettbewerbs auf dem Ethanolmarkt würde der steigende Rubel die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Exporte von Ethanolkraftstoffen nicht untergraben, sollten diese Kraftstoffe für Rubel verkauft werden. Der zusätzliche Weizen und Mais könnten auch als Druckmittel in Ländern wie dem Nahen Osten und Afrika verwendet werden, die darauf bestehen werden, Getreideimporte aus Russland wieder aufzunehmen. Auf diese Weise könnte Russland Abkommen vom Typ Ospolitik anstreben, bei denen Russland versuchen würde, die Beziehungen zu anderen Nationen zu normalisieren, indem es im Austausch für Getreide- oder Düngemittellieferungen einen gewissen Einfluss auf die Medien erlangt. Dies würde dazu dienen, zu kontrollieren, wie Russland von anderen Ländern als Nation angesehen wird. Dies würde Russland auch mehr Einfluss im Nahen Osten geben, um Frieden zwischen kriegführenden Nationen zu vermitteln, obwohl Russland Teil eines Konsortiums schiitischer Nationen wie Syrien und Iran ist. Die wachsende Abhängigkeit von Russlands Produktion von Öl-, Gas- und Ethanolmischungen würde den Westen wieder in den Einflussbereich Russlands bringen, falls die Dringlichkeit der globalen CO2-Emissionen weiter zunehmen sollte. Dies würde auch mit einer größeren globalen Nachfrage nach Rubel zusammeufallen, was es Russland ermöglichen würde, seine

Wirtschaft anzukurbeln, indem es die Menge an Rubel, die in seinem Finanzsystem zirkuliert, sicher erhöht.

Die Sanktionen, die nur Russland schaden sollten, haben auch die wirtschaftliche Sicherheit anderer europäischer Länder gefährdet. Das Ölembargo gegen Russland trieb die Gaspreise in die Höhe, was die USA dazu veranlasste, Saudi-Arabien zu bitten, den Effekt auszugleichen, indem es den Markt mit mehr Öl überflutet – eine Aussicht, die die Gewinnmargen der OPEC schmälern würde. Inzwischen sind viele der Länder, die von ukrainischen und russischen Exporten abhängig sind, unterentwickelt und daher stark von ernsthafter Nahrungsmittelknappheit bedroht. Eritrea importiert fast seinen gesamten Weizen nur aus der Ukraine und Russland, während andere Nationen in Afrika und Asien über 30 % ihres Weizens aus beiden Ländern importieren. Ukrainische Beamte berichteten, dass Russland einen Großteil des ukrainischen Getreides gestohlen und es zum Export und Handel in russische Häfen geschickt habe. Sie berichteten auch, dass eine große Anzahl landwirtschaftlicher Geräte von ukrainischen Farmen abgenommen und nach Russland geschickt wurden. All diese Maßnahmen würden die Ernährungskrise weiter verschärfen und das Risiko einer möglichen globalen Hungersnot erhöhen.

Neben der Nahrungsmittelunterbrechung hat der Krieg in der Ukraine zu Schäden an kritischer Infrastruktur geführt. Der Kozarovychi-Staudamm wurde von russischer Artillerie getroffen, was zu Überschwemmungen in der Nähe des Flusses Irpin führte. Glücklicherweise war die Ukraine in der Lage, den Kiewer Damm zu schützen, denn wenn er zerstört worden wäre, wären Gebiete von Kiew überflutet worden, was zur Zerstörung anderer Dämme auf dem Weg geführt hätte. Überschwemmungen in Kiew hätten das Kraftwerk Zaphorizhzhia erreichen und katastrophale Schäden anrichten können. Während des Krieges bestand eines

der Hauptziele Russlands darin, den Wasserfluss in die Krim zu öffnen, indem der Damm zerstört wurde, den die Ukraine am Nordkrimkanal gebaut hatte, um die Krim am Zugang zu ihrem Wasserfluss zu hindern.

Es gab einige Berichte über russische Offiziere, die ihre Verwundeten töteten, und russische Soldaten, die ihre Generäle töteten. Anderen Berichten zufolge haben russische Offiziere Selbstmord begangen. Offenbar haben sich einige russische Soldaten verletzt, nur um nach Hause geschickt zu werden. Der ukrainische Geheimdienst veröffentlichte ein Telefongespräch zwischen einem russischen Soldaten und seiner Freundin, in dem der russische Soldat ihr sagte, er plane, sich zu verletzen, damit er freigelassen werden könne. Ein weiteres Gespräch, das vom ukrainischen Geheimdienst abgehört wurde, enthüllte, dass sich ein russischer Kommandant ins Bein geschossen hat, um dem Kampfdienst zu entgehen. Auch in Russland gab es Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine, während Mütter von Jungen, die in die russische Armee eingezogen wurden, versuchten, Schritte zu unternehmen, um sie aus dem Krieg herauszuholen.

Während der Invasion wurden eine Reihe von Kulturstätten in der Ukraine von russischen Streitkräften zerstört; andere Artefakte von hohem Wert wurden nach Russland transferiert. In der Tat hat Russland spezielle Task Forces, die diesem primären Zweck gewidmet sind. Die Plünderung von Kunst und anderen historischen Artefakten würde sich negativ auf den Tourismussektor der Ukraine auswirken.

Am 29. Juni führten die Ukraine und die Volksrepublik Donezk ihren größten Gefangenenaustausch des Krieges durch und tauschten jeweils 144 zuvor festgehaltene Soldaten aus. Die Ukraine sicherte die Freilassung von 144 ihrer Soldaten, während die DVR die Freilassung von 144 Soldaten sicherte, die sich aus der DVR und russischen Truppen zusammensetzten. Hunderte

Ukrainer werden noch immer vermisst und sollen in geheimen russischen Haftanstalten festgehalten werden. Viele der ukrainischen Soldaten, die während des Gefangenenaustauschs am 29. Juni freigelassen wurden, waren in einem schlechten Zustand und litten immer noch unter Schrapnellwunden und anderen Kampfverletzungen. 43 der Freigelassenen stammten aus dem Asowschen Regiment. Hunderte weitere bleiben jedoch in Gefangenschaft.

Bereits am nächsten Tag zogen sich russische Truppen von Snake Island zurück, um Getreideexporte zu ermöglichen. Wie der Sprecher der russischen Armee, Igor Konashenkov, es ausdrückte: „Die Streitkräfte der Russischen Föderation haben die Erfüllung ihrer zugewiesenen Aufgaben auf der Schlangeninsel abgeschlossen und die dort operierende Garnison abgezogen ... Diese Lösung wird Kiew daran hindern, über einen bevorstehenden Angriff zu spekulieren Ernährungskrise unter Berufung auf die Unfähigkeit, Getreide zu exportieren, da Russland den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres vollständig kontrolliert.“ Während Russland den Rückzug als eine Maßnahme des guten Willens seinerseits bezeichnete, berichtete die Ukraine, dass es sich bei dem Rückzug um einen russischen Rückzug handelte Ständiger Artilleriebeschuss der Insel durch die Ukraine Natalia Humenjuk, eine Sprecherin des Südkommandos des ukrainischen Militärs, sagte in einem Interview mit Espresso TV, „dass ein mächtiger Raketenartillerieangriff, den wir seit einiger Zeit während der gesamten Militäroperation anvisieren dieser kleine feindliche Außenposten hat sein Ziel erreicht, sie haben wirklich verstanden, dass sie das Richtige tun müssen, haben ihre Sachen gepackt und stiegen so schnell sie konnten aus.“

Kapitel 8: Der Gefangenenaustausch

In dem Buch Anthony's Treaty war einer der wichtigsten Punkte, die für einen Frieden zur Beendigung des Donbass-Krieges, wie er vor dem 24. Februar 2022 stand, vorgeschlagen wurde, dass die Ukraine Wasser zur Krim fließen lassen würde. Die Sperrung des Wasserflusses durch die Ukraine zur Krim war ein wichtiger Brennpunkt während des Donbass-Konflikts. Jetzt, da die Spannungen eskaliert sind und Russland eine großangelegte Invasion des Landes gestartet hat, werden künftige Gespräche nun erfordern, dass die Ukraine ihr Territorium an Russland abtritt. Dies scheint im Moment der einzige Weg zum Frieden zu sein. Andernfalls wird die Zukunft der Ukraine von einer direkten westlichen Intervention abhängen, wodurch ein Großteil der Welt Gefahr läuft, in einen Konflikt mit einer unmittelbar bevorstehenden nuklearen Eskalation verwickelt zu werden. Bisher wurde seit Beginn der russischen Invasion eine Reihe von Waffenstillstandsgesprächen orchestriert. Nur wenige Tage nachdem Russland seine Operation in der Ukraine gestartet hatte, trafen sich ukrainische und russische Beamte in Weißrussland, um die Einrichtung von Evakuierungskorridoren für ukrainische Zivilisten zu erörtern, aber selbst nach drei getrennten Treffen wurde kein Abkommen ratifiziert. Anfang März leitete Russland einen 5½-stündigen Waffenstillstand ein, um Zivilisten die Evakuierung von Mariupol und Volnovakha zu ermöglichen, wurde jedoch durch Beschuss unterbrochen. Die Ukraine und Russland warfen sich gegenseitig vor, gegen die Waffenruhe verstoßen zu haben. Das Rote Kreuz hatte als Vermittler interveniert und zugegeben, dass Versuche, humanitäre Korridore einzurichten, nicht verwirklicht wurden. Am 7. März forderte Russland die Ukraine auf, ihre Neutralität zu bekräftigen, indem es die Beziehungen zur NATO abbricht und die Absicht aufhebt, dem Block beizutreten, sowie die Krim als Teil der Russischen

Föderation und die beiden abtrünnigen Regionen, die Volksrepublik Donezk, anzuerkennen und Lugansk anzuerkennen Volksrepublik getrennt von der Ukraine. Diesen Forderungen folgte ein Waffenstillstand der russischen Streitkräfte in Kiew und anderen Städten in der Ukraine. Selenskyj hat während des gesamten Krieges versucht, direkt mit Präsident Putin zu sprechen, und erklärt, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten, sondern sich individuell um Sicherheitsabkommen mit anderen Nationen bemühen werde. Selenskyj weigerte sich auch, die Krim als Teil der Russischen Föderation oder die abtrünnigen Gebiete des Donbass als von der Ukraine getrennt anzuerkennen. Zelenskyy sagte jedoch, er sei bereit, Zugeständnisse für die russische Sprache zu machen. Am 10. März veranstaltete die Türkei, die als Friedensvermittler zwischen der Ukraine und Russland fungiert, Gespräche in Antalya. Nach einer Reihe von Treffen stimmte Selenskyj vielen der von Russland als Bedingung für den Frieden vorgebrachten Prinzipien zu, wie etwa der Weigerung der Ukraine, der NATO beizutreten. Der Hauptgrund für Selenskyjs Zustimmung zur NATO war seine Enttäuschung über die Reaktion der NATO während des Krieges und ihre Weigerung, der Ukraine Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, die, wenn sie bereitgestellt worden wären, den Umfang des Krieges verändert hätten, indem sie der Ukraine erlaubt hätten, dies zu tun. Flugzone über dem Land. Die Gespräche in der Türkei waren der erste wirkliche Fortschritt auf dem Weg zu Friedensbedingungen zwischen der Ukraine und Russland. Der von Russland vorgelegte Plan enthielt 15 Punkte und einen direkten Kompromiss zwischen Russlands Rückzug aus den westlichen Teilen der Ukraine und der Entscheidung der Ukraine, der NATO nicht beizutreten. Während die Ukraine ihre Pläne für einen NATO-Beitritt fallen lassen würde, schlug sie dennoch vor, ein Sicherheitsabkommen mit den USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und der Türkei

abzuschließen. Trotz der Fortschritte blieben einige misstrauisch gegenüber Russland und glaubten, dass Russland es nur als Teil einer überraschenden Militärstrategie vortäuschte. Laut dem französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian kursierten Informationen, dass dies der Fall gewesen sein könnte. Die Friedensgespräche wurden jedoch bis zum 20. März fortgesetzt, als Russland wiederholte, dass die Ukraine der NATO nicht beitreten und die Ukraine zulassen würde, dass die russische Sprache in der Ukraine geschützt wird. Während die NATO-Mitgliedschaft ein wichtiger Brennpunkt war, der die Invasion Russlands am 24. Februar 2022 beschleunigte, bestand Russland auch darauf, dass die Ukraine die Krim und abtrünnige Staaten in der Donbass-Region abtritt. Die Ukraine stellte jedoch weiterhin eigene Forderungen an Russland, was letztendlich die Friedensgespräche ins Stocken brachte, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow es ausdrückte. Russland hielt die Forderungen der Ukraine für inakzeptabel, da die Ukraine keine Schwäche zeigen oder den Eindruck erwecken wollte, unterjocht zu sein. UN-Generalsekretär Antonio Guterres glaubte, dass keine Seite den Krieg gewinnen könne und dass Friedensgespräche unerlässlich seien, um die Kämpfe zu beenden. Eine weitere Gesprächsrunde sollte dann am 28. März in Istanbul beginnen, und Selenskyj war bereit, Russland mitzuteilen, dass die Ukraine der NATO nicht beitreten werde. Andere Länder wie Estland blieben skeptisch und verwiesen auf frühere Vorfälle, bei denen Russland Friedensgespräche führte, Abkommen traf, nur um später die Bedingungen zu brechen. Im April trafen sich sowohl der österreichische Bundeskanzler als auch der UN-Generalsekretär mit Putin in Russland und stellten die enormen Perspektivenunterschiede zwischen der Ukraine und Russland fest. Russlands Perspektive auf die Invasion unterschied sich radikal von der der Ukraine, und dies provozierte Pessimismus, dass zumindest kurzfristig ein Friedensabkommen erzielt werden

könnte. Mitte Mai traf sich Präsident Putin mit Vertretern aus Kasachstan, Kirgisistan, Armenien, Tadschikistan und Weißrussland, um Maßnahmen zu erörtern, die zur Bewältigung einer möglichen Invasion der Ukraine durch NATO-Streitkräfte erforderlich sind, und die Auswirkungen auf Fragen der Grenzsicherheit, die abgeschlossen werden müssten. Schweden und Finnland kündigten kürzlich an, dass sie der NATO beitreten würden, was dazu führte, dass Russland alle Gas- und Ölexporte nach Finnland einstellte und außerdem versprach, 12 russische Divisionen an der finnisch-russischen Grenze zu stationieren. Später im Mai versuchten die USA, sich durch eine Partnerschaft mit Japan in den Friedensprozess einzumischen, während sie gleichzeitig China provozierten und versprachen, Taiwan militärisch zu unterstützen, falls China versuchen sollte, Taiwan zum Beitritt zum Festland zu zwingen. Dieses Versprechen an Taiwan stand im Widerspruch zu der Entschlossenheit der USA, der Ukraine weiterhin militärische Hilfe zu leisten, und schürte wahrscheinlich weiteres Misstrauen gegenüber der US-Außenpolitik. Nachdem sie zunächst über Russlands Versuch, die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen, gespottet hatten, begannen US-Beamte anzudeuten, dass die Ukraine möglicherweise den Krieg am Verhandlungstisch beenden oder mit anderen Worten Territorium an Russland und die von Russland unterstützten Separatisten abtreten müsste, eine Aussicht auf es Präsident Zelenskyy der Ukraine weiter denunziert.

Wenn die Ukraine ihre Verluste jedoch nicht reduziert, wird sie noch mehr Territorium verlieren, wenn sie weiter zurückdrängt. Es gibt Beispiele in der Geschichte, wo zu Unrecht beschlagnahmtes Territorium nur dazu führte, dass mehr Territorium zu Unrecht beschlagnahmt wurde, als die Ureinwohner versuchten, zurückzudrängen. Zwei Beispiele dafür sind Nordamerika und Palästina. Viele in der politischen Welt,

insbesondere im linken Spektrum, stimmen darin überein, dass sowohl die Palästinenser in Israel als auch die amerikanischen Ureinwohner in Nordamerika zu Unrecht aus ihrem langjährigen Lebensraum vertrieben wurden. In beiden Fällen hatte die Empörung darüber keinen Einfluss darauf, dass sich das Blatt zugunsten eines als fair erachteten Ergebnisses neigte. In beiden Fällen verloren diese Gruppen, als sie versuchten, das zu erobern, was sie für ihres hielten, nur mehr Territorium und mussten fordern, dass die Zuteilung kurz vor ihrem militärischen Umzug wiederhergestellt wurde. Aber da war es zu spät. Von Empörung ermutigt, gingen sie ein Risiko ein und verloren. Als der militärische Versuch der arabischen Streitkräfte scheiterte und die israelischen Streitkräfte mehr Land erobern konnten, versuchten die Araber im Fall Israels, die Uhr zurückzudrehen und zu fordern, dass die Palästina/Israel-Zuteilung wieder in den vorherigen Zustand versetzt wird. Dekret von 1967. Aber jetzt, nachdem Israel gesehen hat, dass die Araber unzufrieden waren, als dieses Abkommen zuvor in Kraft war, kann Israel nicht länger darauf vertrauen, dass militante Kräfte den Krieg gegen den jüdischen Staat beenden würden, wenn der jüdische Staat hypothetisch einem Abkommen aus dem Jahr 1967 zustimmen würde Aufteilung Palästinas. Im Fall der Ukraine wollen ukrainische Beamte nun das, was vor Februar 2022 auf dem Verhandlungstisch lag, als die abtrünnigen Regionen im Donbass-Gebiet von Russland noch als Teil der Ukraine anerkannt wurden. Als diese Situation eintrat, gab es keinen Druck auf die Ukraine, ihre eigenen Verluste zu begrenzen und den Forderungen Russlands in Bezug auf die NATO einfach nachzugeben. Die Ukraine blieb trotzig, und jetzt wird die gleiche Perspektive, zu einer früheren Regelung zurückkehren zu wollen, wie sie von den Arabern in ihren jeweiligen Territorien verwendet wird, im Fall der Ukraine angewandt und wird die Ukraine in ähnlicher Weise nur weiter und weiter unter russischer Führung bringen

Kontrolle. Ähnlich wie jetzt in der Ukraine hatten sowohl die Palästinenser als auch die amerikanischen Ureinwohner ausländische Unterstützung, was sie zu dem Glauben zwang, dass sie die Hegemonie der stärkeren Besatzungsmächte stoppen könnten. In beiden Fällen war ausländische Unterstützung wirkungslos. Sie haben immer noch Territorium verloren.

In der Geschichte war das einzige Mal, dass die Ukraine ihr Territorium unter russischem Einfluss abgrenzen konnte, während eines Regimewechsels in Russland. Dies geschah, als das Russische Reich während der bolschewistischen Revolution zusammenbrach, die es der Ukraine ermöglichte, die Zentralrada zu gründen und ihre territorialen Grenzen zu definieren. Dasselbe geschah erneut nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der es der Ukraine erneut ermöglichte, ihre Zuständigkeit zu definieren. Aber jetzt hätte die Forderung nach einem Regimewechsel in der Russischen Föderation katastrophale Folgen für die Ukraine und würde mit ziemlicher Sicherheit zu einer Wiederholung der Geschichte führen, als Russland gewaltsam das Kommando über die gesamte Ukraine übernahm, ähnlich wie es während der Zeit des Russischen Reiches und inzwischen geschah die Zeit der Sowjetunion. Im Moment hat die Ukraine, obwohl sie 20 % ihres Territoriums verloren hat, immer noch viel von ihrer Autonomie und kann bezeugen, dass sie sich erfolgreich gegen eine Militärmacht gewehrt hat, die der Rest der Welt fürchtete. Darauf sind die Ukrainer sehr stolz. Ein weiterer Faktor, der derzeit für die Ukraine spricht, ist, dass die abtrünnigen Gebiete in der Ostukraine immer noch kein offizielles Territorium der Russischen Föderation sind, obwohl sie von russischen Streitkräften unterstützt werden. Es gibt noch einen Weg, sich mit den Separatisten zu vereinen, was in Zukunft zu einer Wiedervereinigung führen könnte, wenn die Separatisten bereit sind, Zugeständnisse in russischer Sprache an Kiew zu machen und auch die Verantwortung für die Tragödie von Odessa

zu übernehmen, bei der 48 ethnische Russen getötet wurden Feuer das Gewerkschaftshaus. Es ist immer noch möglich, dass sich die DVR und die LVR in Zukunft zu einem föderalisierten Teil der Ukraine mit innerer Autonomie öffnen könnten.

Die beste Vorgehensweise wäre für die Ukraine, zu beurteilen, was sie derzeit hat, und abzuwägen, ob zukünftige Schritte ihre eigene Autonomie als Nation gefährden oder zu weiteren Verlusten führen würden. Nun, da Russland bereits russische Leben in die Aufrechterhaltung der russischen Kultur/Sprache in der Ostukraine investiert hat, kann die Ukraine im Moment nicht viel in die Verhandlungen einbringen. Sie könnten die Führung der LPR und der abtrünnigen DVR-Staaten engagieren und vielleicht eine miteinander verbundene Wirtschaftsbeziehung mit ihnen anstreben, in der Hoffnung auf ein zukünftiges Szenario offener Grenzen oder ein Szenario, in dem die abtrünnigen Staaten einem föderalisierten Teil der Ukraine zustimmen könnten . Alle Pläne, diesen Teil des Landes zu ukrainisieren, müssen auf unbestimmte Zeit vom Tisch genommen werden.

Wenn die Ukraine weiterhin in der Erwartung kämpft, alle ehemaligen ukrainischen Gebiete über Nacht zurückzuerobern, insbesondere wenn sie die Verpflichtung eines historisch unzuverlässigen Verbündeten in den Vereinigten Staaten akzeptiert, könnte dies letztendlich zu einer vollständigen Marginalisierung des ukrainischen Volkes und einer drastischen Reduzierung dessen führen, was ist ukrainisches Territorium wird. Fortgesetzte Kämpfe werden dazu führen, dass sich die Ereignisse in Osteuropa ähnlich wie die Ereignisse in Israel entwickeln, da jene Nationen, die ursprünglich den palästinensischen Widerstand gegen die israelische Hegemonie unterstützten, schließlich die israelische Gerichtsbarkeit einräumten und akzeptierten. Ähnlich wie in Osteuropa werden die Nationen, die den ukrainischen Widerstand unterstützen, schließlich die ukrainische Kapitulation fordern, wenn sie des

Krieges und des Blutvergießens müde werden. Frankreich und die USA versuchen nun beide, die Ukraine an den Verhandlungstisch zu zwingen, und viele der engsten Verbündeten der Ukraine werden diesem Beispiel folgen. Und alles, was in der Ukraine bleiben wird, ist Hass und Abneigung gegen alles Russische. Diese Art von Hass, den wir von den Palästinensern gegenüber Israel gehasst sehen, ist ein Hass, der nicht einmal beschrieben werden kann. Die bloße Erwähnung Israels ruft ein tiefgreifendes Giftniveau hervor, das normalerweise auf der Erde und unter Menschen nicht wirksam ist. Die Ukrainer bewegen sich in die gleiche Richtung, während sie weiterhin gegenüber den Russen an Boden verlieren und Zeuge ziviler Opfer werden, Familienmitglieder, die durch ständigen Beschuss ausgelöscht werden, was alles mit anhaltendem Widerstand einhergehen wird. Wenn der Hass ein solches Maß erreicht, wird alles, was mit dem Feind zu tun hat, als Gräuel betrachtet, und der Feind kann nichts tun, um ihn zu besänftigen, außer aufzuhören zu existieren. Aus diesem Grund muss die internationale Gemeinschaft einen Vergütungsplan entwickeln, der gleichzeitig mit ihrem Plan zur Bestimmung der Rechenschaftspflicht umgesetzt wird. Allzu oft sind Nationen mit mächtigen Militärapparaten in der Lage, Militäroperationen durchzuführen, die nicht den internationalen Regeln zur Kriegsführung entsprechen. In diesen Fällen können internationale Strafgerichte nur tatenlos zusehen und symbolische Gesten machen. Ein Wiedergutmachungsfonds für Opfer von Kriegsverbrechen uneinnehmbarer Kräfte soll den Heilungsprozess unterstützen. Diesbezüglich gibt es immer einen Regress. Wenn das Opfer in diesem Fall keine Möglichkeit hat, in eine strafrechtliche Untersuchung einzugreifen, kann es eine finanzielle Entschädigung verlangen. Während des Konflikts war die Ukraine unter Druck gesetzt worden, sowohl die abtrünnigen Regionen an die Separatisten als auch die Krim an Russland abzutreten. Berichte über den Sieg der Ukraine im Krieg

sollten die Moral hoch halten, aber jetzt geben ukrainische Beamte zu, dass die schiere Größe der russischen Armee und die Menge an Ausrüstung, die die Russen haben, sie im Osten überwältigen. Sie forderten dann mehr Artillerie von den USA an, aber einige der gesendeten Waffen werden bereits auf dem Schwarzmarkt verkauft. Das entscheidende Problem für die Ukraine ist derzeit die Organisation des Gefangenenaustauschs und die Rückführung der nach Russland abgeschobenen Ukrainer in die Ukraine. Der Erfolg wird davon abhängen, was die Ukraine mit Viktor Medvedchuk, einem engen Freund Putins, macht. Selenskyj hatte angeboten, Medwedtschuk für Ukrainer freizulassen, die in Russland und in von Separatisten gehaltenen Gebieten gefangen gehalten wurden, aber der Kreml lehnte das Angebot ab. Medvedchuk war ein pro-russischer ukrainischer Politiker und zwei Jahrzehnte lang ein überzeugter Verbündeter Putins. Er blieb ihm treu, auch nachdem ethnische Russen dafür gestimmt hatten, die Krim zu Russland zu machen, und auch nachdem Separatisten die Kontrolle über Donezk und Luhansk übernommen hatten. Nach Angaben der Ukraine haben sowohl Putin als auch Medvedchuk zusammen Urlaub gemacht und haben enge familiäre Bindungen. Putin ist der Pate von Medvedchuks Tochter. Während die NATO-Erweiterung als Grund für Putins Invasion in der Ukraine angeführt wurde, stellt sich die Frage, ob die Behandlung Medwedtschuks durch die Ukraine in den Jahren vor dem Krieg ein weiterer Grund für Putins Antipathie gegenüber der Ukraine war oder nicht. Die Ukraine schloss Medwedtschuks Medienstationen und beschlagnahmte auch sein persönliches Vermögen, bevor sie ihn des Hochverrats beschuldigte. Er diente als letztes Bindeglied zwischen einer möglichen zukünftigen Beziehung zwischen der Ukraine und Russland, und er war sicherlich der Mann, den Russland nach Kriegsende an der Macht in der Ukraine haben wollte. Kurz nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine verschwand Medvedchuk jedoch, bevor er

in ukrainischer Obhut auftauchte. Seine Gefangennahme verschaffte der Ukraine Einfluss bei Verhandlungen über den Gefangenenaustausch, und Selenskyj machte Putin einen Vorschlag und sagte, er würde "Ihren Mann gegen unsere Jungen und unsere Mädchen austauschen, die sich jetzt in russischer Gefangenschaft befinden". Russland lehnte den Antrag jedoch ab und bestand darauf, dass Medvedchuk keinen besonderen Einfluss auf Russlands Politik oder geopolitische Agenda habe.

Die Ukraine wird die Aussicht nutzen müssen, sowohl die Autonomie der abtrünnigen Staaten als auch die Krim als Teil Russlands anzuerkennen, um über den Gefangenenaustausch und die Rückkehr der von Russland gefangenen Ukrainer zu verhandeln. Dies ist ein entscheidender Aspekt des Krieges, da jede mangelnde Sorgfalt hier eine ähnliche Dynamik auslösen kann, die zwischen US-Streitkräften und dschihadistischen Kräften auftrat, wo jede Seite begann, Gefangene ungestraft zu misshandeln. Die Misshandlungen der USA in Guantánamo Bay wurden ausführlich dokumentiert, und Enthauptungen amerikanischer Zivilisten, die von Dschihadisten im Irak gefangen genommen wurden, wurden in Streaming-Medien ausgestrahlt. Hier müssen sich die internationalen Medien verantwortungsbewusst verhalten und bereit sein, Druck auf beide Konfliktparteien auszuüben, um Gefangene menschenwürdig zu behandeln. Sowohl westliche als auch russische Medien müssen sich darauf einigen, das Wort „Söldner" nicht mehr zur Beschreibung ausländischer Kämpfer zu verwenden. Doppelte Standards verlängern nur Spannungen, die den diplomatischen Fortschritt behindern.

Wenn es jedoch um die Behandlung von Gefangenen geht, sind die USA nicht in der Lage, irgendjemanden zu belehren. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass US-Militärangehörige Folter an Personen angewendet haben, die im Irak, in Afghanistan und in Guantanamo Bay, Kuba, festgenommen und inhaftiert wurden.

Solche Handlungen verstießen gegen Artikel 1 des Übereinkommens gegen Folter. Ein Großteil der von US-Militärangehörigen an Häftlingen angewandten Folter bestand darin, ihnen extreme Schmerzen zuzufügen, um Informationen zu erhalten und Bestrafungen durchzuführen. Im Irak, im Gefängnis von Abu Ghraib, bestanden einige der angewandten Foltertechniken darin, Häftlinge zu zwingen, über lange Zeiträume eine belastende und schmerzhafte Körperhaltung einzunehmen. Viele von ihnen wurden nackt ausgezogen. Einige waren für lange Zeit in Dunkelheit eingeschlossen. Andere wurden gezwungen, Frauenkleidung zu tragen. Es wurde auch berichtet, dass Inhaftierten in einigen Fällen Nahrung, Wasser und Schlaf entzogen wurden. In einigen Fällen wurden Häftlinge gezwungen, bei heißem Wetter draußen in der Sonne zu bleiben. Es kam zu körperlichen und sexuellen Übergriffen, bei denen die Inhaftierten gezwungen wurden, während der Aufnahme von Fotos sexuell eindeutig zu posieren. Eine Reihe von Insassen sind infolge der oben genannten Taktiken gestorben. Das FBI berichtete auch, dass US-Militärangehörige im Abu-Graihib-Gefängnis schwere Misshandlungen an zivilen Häftlingen begangen haben. Dieser Missbrauch umfasste laut einem FBI-Memo körperliche Übergriffe und Erwürgen sowie Scheinhinrichtungen. Ähnliche Menschenrechtsverletzungen wurden gegen Häftlinge in Guantanamo Bay begangen – Maskierung, Aussetzung an extremes Wetter, Zwang in unangenehme Körperhaltungen, sexuelle Übergriffe und Zwang, sich nackt auszuziehen. Bis heute wurde keiner der Folterer vor Gericht gestellt.

Der einzige Weg, eine Wiederholung des Krieges zwischen der Ukraine und Russland zu verhindern, hängt davon ab, wie sich die internationale Gemeinschaft und die Medien weiterhin in den Konflikt einmischen. Die US-Folter an Häftlingen wurde zu einer Zeit durchgeführt, als die Medien von einer pro-amerikanischen

Darstellung beeinflusst wurden, die niemals die Fähigkeit der USA vermuten würde, solche Gräueltaten oder Kriegsverbrechen zu begehen. Diese Nachlässigkeit seitens der internationalen Gemeinschaft und der US-Medien trug sicherlich dazu bei, dass US-Soldaten glaubten, sie könnten mit diesen Taten davonkommen. Um eine Wiederholung zu vermeiden, bei der die Ukraine und Russland das Gefühl haben könnten, dass sie ohne Überprüfung auf ähnliche Weise handeln könnten, muss die internationale Gemeinschaft umfassend, aber fair über die Situation der Inhaftierten in der Ukraine berichten. Dies ist der nächste entscheidende Aspekt des Krieges, der nicht übersehen werden darf. Die Medien müssen sich dem Aufruf an die Ukraine und Russland anschließen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Freilassung der von den Streitkräften inhaftierten Gefangenen zu erreichen. Beide Seiten des Konflikts haben bereits zu viele Verluste erlitten, um dem Feind Platz zu machen. Allerdings sollte die menschliche Situation neben der territorialen Situation priorisiert werden. Russland sollte bereit sein, auf der Krim Zugeständnisse zu machen, um russische Gefangene und Freiwillige freizulassen, die von ukrainischen Streitkräften festgehalten werden. Während die Ukraine Zugeständnisse in Bezug auf die abtrünnigen Regionen im Donbass macht, im Austausch dafür, dass Russland und DVR/LPR-Truppen ukrainische Gefangene in die Ukraine zurückbringen. In dem Buch Anthony's Treaty wurde vorgeschlagen, dass Russland im Austausch dafür, dass die Ukraine Wasser auf die Krim lasse, der Krim erlauben würde, ein Referendum darüber abzuhalten, zu welchem Land es ein Teil bleiben möchte. Dieses Referendum hätte 100 Jahre lang alle 10 Jahre stattgefunden. In diesem Buch „Russlands Komfort“ bietet Russland an, 100 Jahre lang alle 10 Jahre Referenden auf der Krim abzuhalten, wenn die Ukraine russische Gefangene freilässt, darunter Zivilisten, ausländische Kämpfer, russische Truppen sowie Herrn Medvedchuk. Die

Ukraine hingegen würde anbieten, die Autonomie der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk nur unter der Bedingung anzuerkennen, dass Russland alle ukrainischen Gefangenen freilässt und sie in die Ukraine zurücklässt. Dazu gehören Zivilisten, ukrainische Asow-Kämpfer und ausländische Kämpfer wie die beiden Amerikaner, die derzeit in russischer Haft sind, und der britische Kämpfer/marokkanischer Kämpfer, der in Donezk zum Tode verurteilt wurde.

Dieser Deal würde durch das Weltwirtschaftsforum (WEF) erleichtert, das einen Kryptowährungsfonds einrichten würde, der darauf abzielt, zivile Kriegsopfer, sowohl ukrainischsprachige als auch russischsprachige in der Ukraine, direkt zu entschädigen. Voraussetzung für die Sicherstellung dieser Finanzierung ist, dass die Opfer oder deren unmittelbare Angehörige ein Dokument unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, keine Anklage wegen Kriegsverbrechen gegen die für ihre Verletzungen oder den Tod von Familienmitgliedern verantwortlichen Parteien zu erheben.

Dieser vom Weltwirtschaftsforum initiierte Fonds soll mehrere Nationen zusammenbringen. Der neue Fonds würde neben dem IStGH als Ersatz dienen, wenn Opfer von Kriegsverbrechen aufgrund der Art und Größe des Täters nicht in der Lage sind, Gerechtigkeit zu erlangen. Mit einer solchen Regelung können Opfer von Kriegsverbrechen, wenn sie nicht gerecht werden, stattdessen Entschädigungen erhalten. Und da die Gelder direkt vom Fonds an das Opfer überwiesen werden, ist sichergestellt, dass das Opfer die Hilfe erhält. Kryptowährung macht die Übertragung umso einfacher.

Das Weltwirtschaftsforum ist eine internationale Organisation, die sich darauf konzentriert, die prominentesten Führer der Gesellschaft zusammenzubringen, um Lösungen für globale Probleme zu diskutieren. Es wurde 1971 in Genf, Schweiz, gegründet und hat maßgeblich dazu beigetragen, die Welt in einen stärker integrierten Rahmen zu bringen, in dem Problemlösungen

auf globaler Ebene angegangen werden können. Das WEF ist stolz darauf, eine starke moralische Kapazität zu bewahren, die von keiner politischen Agenda beeinflusst wird, und arbeitet daran, Beiträge aus allen Lebensbereichen und allen Nationalitäten zu sammeln, um die Welt zu einem Ort für positive Veränderungen zu machen. In den letzten Jahren wurden jedoch alle Fortschritte des WEF bei der Vernetzung der Welt durch politische Unruhen, die Covid-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine erstickt, die alle die Welt zersplittern und auseinanderreißen. Die Nachwirkungen des Krieges in der Ukraine haben sich durch steigende Energiepreise und Lebensmittelknappheit auf die Wirtschaft weltweit ausgewirkt. Ein weiteres besorgniserregendes Thema ist die nukleare Proliferation, da zwei Nationen, Libyen und die Ukraine, die beide ihre Atomwaffen im Austausch für Sicherheitsgarantien aufgegeben haben, am Ende ihre territoriale Integrität von Staaten verletzen würden, die ursprünglich versprochen hatten, ihre Souveränität in dieser Hinsicht zu respektieren Basis . Das WEF muss Russland wieder in die Weltgemeinschaft integrieren, aber nur auf der Grundlage einer Diskussion, die beantwortet, warum größere Mächte nicht rechenschaftspflichtig sind, ein Präzedenzfall, der durch die Aktionen der US-Streitkräfte im Nahen Osten geschaffen wurde.

Russlands Invasion in der Ukraine verstieß gegen die UN-Charta, aber sowohl Russland als auch die Ukraine haben seit 2014 Kriegsverbrechen begangen und internationale Menschenrechtsgesetze verletzt, wie von Menschenrechtsgruppen dokumentiert wurde. Sowohl die ukrainischen als auch die russischen Streitkräfte haben Streitkräfte in Wohngebieten stationiert und Artillerieangriffe von diesen Gebieten aus gestartet, wodurch Zivilisten gefährdet wurden. Im Westen ansässige Menschenrechtsorganisationen dokumentierten dies, wiesen jedoch größtenteils auf Russland als Hauptschuldigen hin, während sie es versäumten, Beweise dafür zu untersuchen, dass

ukrainische Streitkräfte das Leben von Zivilisten gefährdeten. Sowohl die ukrainischen als auch die russischen Streitkräfte setzten während des Konflikts Streubomben ein und verstießen damit gegen einen Pakt mit mehreren Nationen, der den Einsatz solcher Waffen verbietet. Artillerie trifft beschädigte weiche Ziele wie Krankenhäuser und Schulen. Ein Theater in Mariupol, das Hunderte von Zivilisten beherbergte, wurde von russischer Artillerie getroffen. Ein russischer Angriff beschädigte das Kernkraftwerk Zaphorizhzhia. Nur einen Monat nach Beginn des Konflikts wurden über 1.000 Zivilisten infolge der Kämpfe getötet. Weitere 1.600 wurden verletzt. Tausende ukrainische Zivilisten wurden nach Russland deportiert, und während der Kämpfe wurde behauptet, Russland habe unschuldige Zivilisten kurzerhand hingerichtet und junge Frauen vergewaltigt. Auch Russland wird Folter vorgeworfen. Im Westen ansässige Menschenrechtsorganisationen haben es versäumt, Beweise zu untersuchen, die implizieren, dass ukrainische Streitkräfte in die Gefährdung ukrainischer Zivilisten verwickelt sind. Es wurde dokumentiert, dass ukrainische Streitkräfte Angriffe von Wohngebieten aus starteten.

Die Römische Statue des Internationalen Strafgerichtshofs wurde sowohl durch die russische Invasion in der Ukraine als auch durch die US-Invasion im Irak verletzt. Laut IStGH sind Invasionen und Annexionen illegal. Aber weder Russland noch die USA erkennen die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs an. Das Gericht führt jedoch seit 2013 laufende Ermittlungen zum Völkermord durch Einzelpersonen oder Konfliktparteien in der Ukraine durch. Es hat auch aktiv Vertreter in die Ukraine entsandt, um Orte mit zivilen Opfern zu inspizieren.

Kurz nachdem die russische Invasion im Februar begonnen hatte, richtete der UN-Menschenrechtsrat einen neuen Ausschuss ein, der sich speziell mit Verletzungen des humanitären

Völkerrechts in der Ukraine während des Krieges befassen sollte. Die UN-Menschenrechtsbeobachtungsstelle hat die rechtswidrige Inhaftierung von Journalisten und Politikern in den von Russland besetzten Gebieten zur Kenntnis genommen. Es wurde geschätzt, dass etwa 45 Personen, die im öffentlichen Sektor arbeiteten, festgenommen worden waren. Die Agentur dokumentierte auch Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch die ukrainischen Streitkräfte. Der UN-Menschenrechtsbeobachter verfolgt seit 2014 Verstöße. Die Ukraine soll Beweise für 2.500 Kriegsverbrechen haben, die von russischen Streitkräften begangen wurden, zusammen mit den Namen vieler Verdächtiger. Während des Krieges wurde ein Angehöriger der russischen Streitkräfte vor Gericht gestellt, um angeklagt zu werden, einen unbewaffneten Zivilisten getötet zu haben.

Russland betrachtete vor der Invasion die Unterbrechung des Wasserflusses durch die Ukraine zur Krim als eine Form des Völkermords. Stattdessen rechtfertigte Russland die Invasion auf dieser Grundlage. Die Ukraine focht dies jedoch an, indem sie den Internationalen Gerichtshof (IGH) anrief, der falsche Behauptungen über Völkermord als Vorwand für eine Invasion verbietet. Dies ist Teil der Völkermordkonvention von 1948, einer Vereinbarung, die sowohl von der Ukraine als auch von Russland unterzeichnet wurde. Der IGH entschied im März, dass Russland gegen das Abkommen verstoßen habe, und befahl ihnen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen.

Der Krieg in der Ukraine hat die Doppelmoral innerhalb der internationalen Gemeinschaft offengelegt. Wenn diese Doppelmoral nicht in einem internationalen Forum thematisiert wird, wird die Welt noch stärker polarisiert. Auch die internationale Menschenrechtsgemeinschaft muss sich über ihre Position zu Gerechtigkeit und Frieden definieren, denn beides ist vielfach nicht vereinbar. Die Ziele vieler separatistischer Gruppen und Nationen sind weit davon entfernt, friedlich zu sein, weil ihre

Forderungen, „richtig“ vergangenes „Unrecht“ zu beseitigen, den Verlust von Zivilistenleben erfordern. Aus diesem Grund müssen Gremien wie das Weltwirtschaftsforum, Nichtregierungsorganisationen und die Vereinten Nationen ihre Hauptziele bewerten. Wenn es um Gerechtigkeit geht, sollten sie sich darauf einstellen, die Realität zu akzeptieren, dass dabei unschuldige Leben verloren werden. Wenn es um Frieden geht, müssen sie die Realität akzeptieren, dass die Gerechtigkeit dabei verloren geht. Sollte sich die internationale Gemeinschaft für Letzteres entscheiden, müssten alle Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen sowohl gegen die Ukraine als auch gegen hochrangige russische Beamte eingestellt werden, sobald ein Waffenstillstand erreicht ist, teilweise dank der Straffreiheit der USA im Nahen Osten. Dann müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Opfer des Konflikts auf andere Weise zu entschädigen. Ein weiterer wichtiger Schritt besteht darin sicherzustellen, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um die Freilassung aller Kriegsgefangenen zu erreichen. Dazu gehören Kombattanten, Zivilisten und Freiwillige. Infolgedessen muss eine neue Kriegsrechtskonvention geschaffen werden, die etwas anderes vorsieht, wenn keine Rechenschaftspflicht festgestellt werden kann.

Band IV: Machtvakuum (Eine endgültige Lösung)
(geschrieben am 11.09.2022)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Dieses Buch erklärt, wie die Ukraine aus einem Machtvakuum in der Ostukraine zwischen pro-russischen Bürgern Kapital schlagen könnte, die zwischen dem Beitritt zur Russischen Föderation und dem Verbleib in der Autonomie gespalten sind. Doch jetzt, wo die dortigen Regionen Anfang Oktober 2022 offiziell von Russland annektiert wurden, wird die Idee, diese Strategie anzuwenden, unhaltbar. Dies schmälert jedoch nicht die Qualität der Informationen in diesem Buch, die sich direkt auf das vorliegende Thema beziehen. Zum Beispiel erklärt es, wie die Etablierung einer kritischen Rassentheorie die Voraussetzungen für die Entwicklung einer Identität für Russischsprachige schaffen könnte, die sich nicht als Russisch identifizieren. Das Wichtigste, was ich dem Leser aus diesem Buch mitnehmen möchte, ist, dass es völlig vernünftig ist, nicht anzunehmen, dass ein Atomkrieg oder der Dritte Weltkrieg der einzige Weg ist, wie die Ukraine ihre international anerkannten Gebiete zurückerobern kann. Zuerst werde ich erklären, wie bestimmte Dynamiken im Westen zur

russischen Invasion führten, aber dann werde ich artikulieren, wie Russland mit einer ähnlichen Dynamik konfrontiert ist, mit der es während des ersten Tschetschenienkrieges konfrontiert war, und wie es sich daher wahrscheinlich zurückziehen muss ihre Truppen aus weiten Teilen der Ostukraine innerhalb von zwei Jahren. Und es wird nicht nur auf ukrainischem Widerstand beruhen, sondern auch auf der insgesamt negativen Stimmung, die die russische Öffentlichkeit gegenüber dem russischen Militärausflug in die Ukraine hat, was ihn zu einer noch größeren existenziellen Bedrohung für die Russische Föderation macht als an sich etwa Westmächte wie die USA oder die NATO. Viele befürchten, was passieren könnte, wenn die Ukraine ihre Bemühungen fortsetzt, dem russischen Angriff zu widerstehen, insbesondere angesichts der nuklearen Bedrohung, aber aufgrund der Verbindung zwischen den Umständen des Krieges in der Ukraine und dem Tschetschenienkrieg mit Russland von 1994 könnte man dies leicht vorhersagen Die Ukraine bleibt standhaft im Widerstand gegen die russische Militärinvasion, zumindest bis Ende 2023, interne Unruhen innerhalb Russlands wegen dieses Krieges werden schließlich zu einem ukrainischen Sieg führen. Versuche der Russischen Föderation, ihre Verurteilungen zu verdoppeln, um die Ukraine zur Unterwerfung zu zwingen, könnten katastrophale Folgen für den Kreml haben, deren Folgen von den russischen Gebieten ausgehen würden. Es gibt bestimmte Faktoren, die Russland respektieren muss. Wenn sie dies nicht tun, könnten sie der gleichen existenziellen Bedrohung ausgesetzt sein, der sie in Russland während der Zeit des Russischen Reiches und auch während der Zeit der Sowjetunion ausgesetzt waren. Denken Sie daran, dass Russlands Krieg mit Japan im Jahr 1905 und später gegen Deutschland während des Ersten Weltkriegs letztendlich durch eine interne Revolution zum Sturz des Russischen Reiches führte. Viele Historiker vermuten auch, dass Russlands jahrzehntelange Besetzung Afghanistans zwischen 1979

und 1989 die Saat für den Zusammenbruch der Sowjetunion gelegt hat. In all diesen Fällen wirkten sich die Kriege negativ auf die russische Stimmung gegenüber der Regierung aus und wirkten sich auch negativ auf die russische Wirtschaft aus, was weitere soziale Unruhen in Russland auslöste. Die Russische Föderation sah sich während ihres ersten Krieges mit Tschetschenien im Jahr 1994 einem ähnlichen Umstand gegenüber, als Russland nach dem unbegründeten Einmarsch in Tschetschenien mit wachsenden Unruhen innerhalb Russlands wegen steigender Verluste während des Krieges konfrontiert war, was den Kreml zwang, 1996 seine Truppen aus Tschetschenien abzuziehen , wodurch Tschetschenien de facto unabhängig wurde. Denken Sie daran, dass Tschetschenien nicht die militärische Unterstützung hatte, die die Ukraine derzeit hat, und sie immer noch in der Lage waren, eine umfassende russische Invasion im Jahr 1996 abzuwehren. Ähnlich wie in Tschetschenien hat die Ukraine eine wachsende Zahl islamischer Kämpfer, die in das Land eindringen. Tatsächlich kommen einige der muslimischen Kämpfer, die der Ukraine helfen, aus Tschetschenien. Dies ist ein wichtiger Schlüssel, da das islamische Element in Tschetschenien maßgeblich für den Sieg Tschetscheniens über Russland im Jahr 1996 verantwortlich war, da die sunnitischen Kämpfer sehr erfahren waren, da viele zwischen 1979 und 1989 gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans gekämpft hatten. Sie erhielten auch viel Geld aus arabischen Ländern. Darüber hinaus gab es Berichte aus dem Iran und östlichen Medien, dass islamische Kämpfer von ISIS und Al Qaida in die Ukraine geschickt werden, um beim Widerstand gegen die russische Aggression zu helfen. Angesichts der Fähigkeiten in Guerillakrieg, Stadtkampf, Luftangriffen und Drohnenfluchten, die sunnitische Extremisten im Kampf gegen die USA im Nahen Osten seit über 20 Jahren erworben haben, wäre dies ein wichtiger Wendepunkt. Und all das wird in diesem Buch erklärt.

Nun muss man die allgemeine Stimmung in der Ukraine bezüglich dieses Krieges im Auge behalten. Während das Gemetzel des Krieges, wie es in den sozialen Medien dargestellt wird, die Menschen im Westen erschüttert, bestehen diejenigen, die in der Ukraine leben und entweder Opfer der russischen Invasion wurden oder jemanden kennen, der von russischen Streitkräften getötet oder gefoltert wurde, darauf, dass die Ukraine alles tut, was sie können bekommen ihr Land zurück. Wie viele Menschen in den USA wären am 12. September 2001 für Antikriegsstimmung anfällig gewesen, kurz nachdem die USA einen der schlimmsten Angriffe auf ihrem Boden erlebt hatten? Damals stellte niemand die Auswirkungen in Frage, die ein US-Krieg gegen Afghanistan auf die Zivilbevölkerung haben würde. Nun, genau das erlebt die Ukraine gerade – einen großen Angriff auf ihren Boden, und ähnlich wie Amerika unmittelbar nach dem 11. September haben die Ukrainer die gleiche Empörung, um auf diese Tragödie zu reagieren, und in ihrem Fall, indem sie Gerechtigkeit für die Zivilisten fordern Opfer werden während des Massakers von Bucha und anderer Anschläge in der Ukraine gefoltert und getötet. Dies kann nur erreicht werden, indem die Russen aus der Ukraine vertrieben werden. Aber dennoch haben viele im Westen diese Sorge, wegen der Ereignisse in der Ukraine in ein Weltkriegsszenario hineingezogen zu werden, und während des gesamten Krieges gab es Drohungen von Russland und der NATO, Atomwaffen gegeneinander einzusetzen, was dazu führen würde Richten Sie Verwüstung auf der ganzen Welt an und lassen Sie nichts zu verteidigen. Je mehr wir uns ansehen, was die Ukraine brauchen würde, um die Krim und die abtrünnigen Regionen zurückzuerobern – im Wesentlichen Artillerieangriffe und Bombenangriffe auf die Krimbrücke und den Grenzübergang Izvaryne –, können wir nur zu dem Schluss kommen, dass solche Angriffe Russland immer härter getroffen haben jedes Mal eine Reaktion, die vielleicht zu einem weiteren Weltkrieg oder

Atomkrieg eskaliert. Aber es gibt andere Strategien, die es nicht erfordern, dass die Ukraine die Welt in einen eskalierenden Konflikt hineinzieht. Aufgrund der Dynamik, die die Ukraine zu ihren Gunsten hat – dass ohne einen verheerenden Angriff auf russischen Boden jede Strategie, die darauf abzielt, die russische Besatzung zu zermürben und ihre Moral zu schwächen, einen tiefgreifenderen Einfluss auf den Ausgang des Krieges haben würde . Ein Beispiel dafür, was ich meine, ist die ukrainische Regierung, die demoralisierten russischen Soldaten Geld anbietet, die ihre schweren Waffen an die Ukraine übergeben würden. Das ist sehr klug von Seiten der Ukraine. Wenn überhaupt, wird eine Strategie für die Ukraine, vorrangig Unruhen in Russland zu fördern und gleichzeitig weiterhin Druck auf die Besatzungsmächte auszuüben, nicht nur die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs verringern, sondern auch die Wahrscheinlichkeit eines Regimewechsels in Russland und damit des ukrainischen Sieges erhöhen. Wer den ersten Tschetschenienkrieg nicht kennt, wird nicht glauben, dass die Ukraine die annektierten Gebiete leicht zurückerobern könnte. Tschetschenien folgte im Wesentlichen einer einfachen Methode des fortgesetzten und anhaltenden Widerstands, die Russlands Entschlossenheit untergrub. Dieser Krieg hatte keinen Hintergrund zu einem von Tschetschenen verübten Terroranschlag innerhalb Russlands, der die öffentliche Unterstützung für die russische Invasion in Tschetschenien im Jahr 1994 geweckt hätte. Und deswegen war Russland dem Untergang geweiht. Dasselbe gilt für die russische Invasion in der Ukraine. Es gab keinen von Ukrainern in Russland verübten Terroranschlag, der öffentliche Unterstützung für Russlands Invasion hervorrief, und daher ist Russlands Krieg in der Ukraine – zumindest dieses erste Mal – zum Scheitern verurteilt, vorausgesetzt, die Ukraine bleibt zumindest für die nächsten zwei Jahre widerstandsfähig . Und Widerstandsfähigkeit bedeutet

nicht, dass die Ukraine Artillerieangriffe durchführt, die Zivilisten in der Ostukraine gefährden, sondern dass die Ukraine einen ausreichenden und nachhaltigen Versuch unternimmt, diese Gebiete zurückzuerobern. Dies würde schließlich zu immer mehr Unruhen innerhalb Russlands wegen des Krieges in der Ukraine führen. Ähnlich wie viele forderten, Boris Jelzin wegen seiner Unfähigkeit, die erste russische Invasion in Tschetschenien zu leiten, zu verdrängen, ist Wladimir Putin tatsächlich dasselbe passiert – da Beamte in 18 russischen Bezirken bereits seinen Rücktritt wegen seines Versagens in der Ukraine gefordert haben . Unter dem Strich liegt die existenzielle Bedrohung des gegenwärtigen russischen Regierungsapparats im Inneren, weil Russland, insbesondere in Anbetracht der Geschichte, eindeutig nicht unabhängig von der öffentlichen Unterstützung des russischen Volkes militärisch operieren kann. Aufgrund dieser Unterstützung konnte Russland den zweiten Tschetschenienkrieg gewinnen, und das Fehlen dieser Unterstützung ist der Grund, warum es den ersten Tschetschenienkrieg verloren hat und warum es diesen ersten Krieg gegen die Ukraine verlieren wird. Ja, der erste Krieg ist genau das, was gemeint ist, denn ein zweiter Krieg gegen die Ukraine wird wahrscheinlich von Russland fortgesetzt, wenn nach einer langen Zeit relativer Ruhe, nach einer Verhandlungslösung – sei es ein vollständiger russischer Rückzug oder ein teilweiser russischer Rückzug , eine abtrünnige ukrainische Miliz, beschließt, die gleiche Taktik zu verfolgen, die die Islamisten im Nordkaukasus nach dem ersten Tschetschenienkrieg angewendet haben, und startet groß angelegte Angriffe auf russischem Boden, bei denen zahlreiche Zivilisten getötet werden. Dann wird Russland in diesem Fall in der Lage sein, öffentliche Unterstützung zu erhalten, um alle möglichen Mittel einzusetzen, um die gesamte Ukraine zu zerstören. Aber im Moment hat Russland diese Dynamik nicht zu seinen Gunsten, und das wird sie daran hindern, ihre Ziele dort zu

verwirklichen. Daher dürfte Russlands Versuch, durch die Annexion ukrainischer Gebiete öffentliche Unterstützung zu gewinnen, scheitern, wenn man davon ausgeht, dass ukrainische Angriffe auf jetzt russisches Territorium vom Kreml und der russischen Öffentlichkeit gleichermaßen als Angriffe auf die Russische Föderation angesehen würden. Wieso den? Da der Krieg andauert und für einen Großteil der russischen Öffentlichkeit noch nicht untergegangen ist, ist dieser Teil der Ost- und Südukraine nun vollständig russisches Territorium. Da es in der Psyche der russischen Öffentlichkeit nicht vollständig erfasst ist, werden Angriffe ukrainischer Streitkräfte auf diese annektierten Gebiete von der russischen Öffentlichkeit immer noch als ukrainische Angriffe auf ukrainisches Territorium wahrgenommen und sind daher für die russische Sicherheit nicht relevant. Daher wird der Grund für die fortgesetzten ukrainischen Versuche, diese Gebiete zurückzuerobern, nur eine Erschöpfungswirkung auf die russische Öffentlichkeit haben, nicht Empörung, wie der Kreml hoffen würde. Russlands Ziel mit der Annexion war es, die russische Öffentlichkeit dazu zu bringen, ukrainische Angriffe in der Ost- und Südukraine in direktem Zusammenhang mit Russlands Sicherheit zu sehen. Dies erfordert jedoch eine Ruhezeit von mindestens 3 Jahren, damit die Annexionen in die russische Psyche eindringen und die russische Öffentlichkeit ukrainische Angriffe in den annektierten Gebieten als Angriffe auf russischen Boden wahrnimmt.

Ende September 2022 fanden in den besetzten Gebieten der Ost- und Südukraine Referenden statt, um zu entscheiden, ob diese Gebiete unabhängig bleiben oder Teil der Russischen Föderation werden sollen. Diese Referenden galten als mit vorgehaltener Waffe durchgeführt und damit als Scheinstimmen. Nordkorea erkannte jedoch die Legitimität der Referenden an und war damals die einzige Nation, die dies tat. Vier Regionen der Ost- und Südukraine haben die Referenden abgehalten – die

Volksrepublik Donezk, die Volksrepublik Luhansk, die Region Cherson und Saporischschja, wo sich das größte Kernkraftwerk Europas befindet. Die Referenden folgten dem Beginn einer großen ukrainischen Gegenoffensive, und alle vier Regionen sind noch immer von anhaltendem ukrainischem Widerstand und Kämpfen betroffen. Die internationale Gemeinschaft hat die Referenden nicht als legitim anerkannt und die UN hat die Referenden als Verletzung ihrer Charta angesehen. Das Ergebnis der Volksabstimmungen war fast einstimmig zugunsten des Beitritts der abtrünnigen Regionen zur Russischen Föderation, wie der russische Präsident Wladimir Putin am 30. September 2022 angekündigt hatte. Vor diesem Referendum bestanden DVR und LVR auf ihrer Autonomie und verzichteten ebenfalls auf eine Aufnahme Ukraine oder der Russischen Föderation. Während der Separatistenrevolte 2014 wurden prorussische Militante gezwungen, Verwaltungsgebäude und Polizeistationen gewaltsam und gegen erheblichen Widerstand von Einwohnern der Ostukraine, die sich nicht von der Ukraine abspalten wollten, zu besetzen. Nachdem sie dies getan und eine ukrainische Reaktion ausgelöst hatten, ließen die Separatisten den Bewohnern dieses Teils des Landes keine andere Wahl, indem sie sie im Wesentlichen in einen Krieg hineinzogen, an dem sie nicht teilnehmen wollten. Die Separatisten wussten, dass ihre Aktionen eine Reaktion hervorrufen sollten von der ukrainischen Regierung würde Selbsterhaltung unter den russischsprachigen Einwohnern inspirieren und mit der Zeit würden sie pro-russischer werden. Wie wir bei den Referenden im Jahr 2022 sehen, hat dieser Plan letztendlich funktioniert, da die Bewohner mit überwältigender Mehrheit glaubten, dass die Referenden ihnen mehr Sicherheit bieten würden. Denken Sie daran, dass der Separatismus auf der ganzen Welt weit verbreitet ist und eine der anfänglichen Strategien unter ihnen darin besteht, Chaos zu säen und denen, die sie zu repräsentieren vorgeben, Selbsterhaltung einzuflößen.

Politische Analysten dokumentierten, dass nicht mehr als 25 % der Bevölkerung in den abtrünnigen Regionen den Beitritt zur Russischen Föderation befürworteten. Tatsächlich ist die Zahl der Menschen, die der Russischen Föderation beitreten wollen, zwischen 2014 und 2021 im Einklang mit dem Rückgang der Feindseligkeiten zurückgegangen. Als der Beschuss zwischen der ukrainischen Regierung und den Separatisten ihren Höhepunkt erreichte, wollten mehr ethnische Russen in der Ostukraine der Russischen Föderation beitreten. Dieser Prozentsatz sank, als der Beschuss im Laufe der Jahre abnahm, und angesichts dieser Dynamik ist es offensichtlich nicht verwunderlich, dass die Zahl der Unterstützer der abtrünnigen Regionen, die sich der Russischen Föderation anschließen, nach der russischen Invasion in der Ukraine zunehmen würde, wenn der exponentiell zunehmende Beschuss eskalieren würde. Die Separatisten wussten, dass dies passieren würde, daher gab es für sie während des Krieges im Donbass von 2014 bis 2021 keinen Anreiz, die Waffenstillstandsvereinbarungen einzuhalten . Auch in Cherson und Zaporzhia wurden Annexionen angekündigt. Referenden werden im Oblast Cherson seit März in Betracht gezogen, als russische Truppen die Region schnell eroberten. Während dieser Zeit stießen Demonstrationen zur Unterstützung eines Referendums auf Gegenproteste. Viele der Teilnehmer an Gegendemonstrationen gegen ein Referendum, das Cherson zu Russland machen würde, wurden entführt und gefoltert, wie Oleg Baturin dokumentiert, der eines der Opfer war. Die russischen Streitkräfte in Cherson hatten beschlossen, keine Referenden abzuhalten, bis Russland die Region vollständig unter Kontrolle hatte. Im August 2022 reichten sie Papiere zur Abstimmung ein. Die Entscheidung, Referenden in den besetzten Gebieten abzuhalten, wurde vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit Bestürzung aufgenommen, der dies als unhaltbar für zukünftige Friedensverhandlungen mit Russland ansehen

würde. Zelenskyy warnte auch davor, dass jeder, der an den Referenden teilnimmt, wegen Kollaboration angeklagt und möglicherweise mit 12 Jahren Gefängnis konfrontiert würde, wenn die Ukraine die annektierten Regionen zurückerobert. Zum Glück für die Ukraine erstickte die im September eingeleitete Gegenoffensive den Versuch Russlands, in Charkiw ein Referendum abzuhalten. Die Ergebnisse der Volksabstimmungen vom 23. bis 27. September 2022 sprachen sich fast einstimmig für den Anschluss der besetzten Gebiete an die Russische Föderation aus. In der DVR und der LVR sprachen sich die Ergebnisse zu 99 % bzw. 98 % für einen Beitritt zu Russland aus. In Cherson stimmten 87 % für den Beitritt zu Russland. Und in Saporischschja sprachen sich 93 % für einen Beitritt zu Russland aus. Russlands Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums folgten unmittelbar Angriffe. Die erste bedeutende kurz danach war die Bombardierung der Unterwasserpipeline Nord Stream 2, die gebaut wurde, um den Ölfluss von Russland nach Deutschland zu erleichtern. Schweden leitete eine Untersuchung ein und kam zu dem Schluss, dass der Angriff das Ergebnis von Sabotage war. Russland wurde vom Westen beschuldigt, die Pipeline in die Luft gesprengt zu haben, während viele die Vereinigten Staaten von Polen verdächtigten, den Angriff durchgeführt zu haben. Es folgte ein weiterer Angriff auf die Krimbrücke, die Russland mit der annektierten Krim verbindet. Der Angriff war strategisch und hätte die russischen Verstärkungen zur Krim über eine Brücke abgeschnitten und sie gezwungen, Nachschub per Fähre oder durch andere Teile der Ostukraine zu bringen. Dieser Angriff der Ukraine war offensichtlich deckungsgleich mit ihrem Ziel, annektiertes Territorium zurückzuerobern, und wie in diesem Buch erörtert, wird die Ukraine wahrscheinlich den Grenzübergang Izvaryne angreifen müssen, wenn sie versucht, Luhansk und Donezk militärisch zurückzuerobern, da der Grenzübergang Izvaryne der russische ist ein größerer

militärischer Einmarsch in diese abtrünnigen Regionen. Ohne die Eroberung oder Sicherung des Grenzübergangs Izvaryne oder der Krimbrücke wird es der Ukraine schwerer fallen, die annektierten Gebiete zurückzuerobern. Nach den Annexionen kündigte Russland an, dass alle Angriffe auf von Russland gehaltene Gebiete in der Ukraine als Angriffe auf Russland selbst betrachtet würden. Und nach der Zerstörung von Nord Stream 2 und einem Teil der Krimbrücke führte Russland Anfang Oktober 2022 eine Reihe von Angriffen in der gesamten Ukraine durch und zerstörte Kraftwerke und militärische Infrastruktur sowie zivile Gebiete. Die durchgeführten Angriffe gingen bis nach Lemberg. In Kiew wurden eine Fußgängerbrücke und einige Regierungsgebäude von russischer Artillerie getroffen. Selenskyjs Büro wurde jedoch nicht zerstört, wie bisher angenommen. Der Angriff wurde während der Hauptverkehrszeit durchgeführt, als die Mehrheit der Menschen in der Öffentlichkeit gewesen wäre. Die Zerstörung der Energieinfrastruktur ließ einen Großteil der Ukraine tagelang ohne Strom. Einige Orte hatten keinen Zugang zu Nahrung und Wasser. Russlands Strategie bestand darin, den Willen der Ukrainer zu brechen. Da der aktuelle Konflikt jedoch auf eine präventive Invasion in der Ukraine folgt, bei der es keinen größeren Angriff ukrainischer Einheiten auf russischem Boden gab, der eine tatsächliche Invasion rechtfertigen würde, wird es Russland immer noch schwer fallen, weitere Unterstützung für die russische Öffentlichkeit zu gewinnen. Daher führte die Ankündigung der Mobilisierung zu einem großen Exodus russischer Männer im wehrfähigen Alter aus dem Land. Viele entschieden sich für einen Fluchtversuch, anstatt gegen die Ukraine in den Krieg zu ziehen. Dies spricht für die niedrige Moral der Russen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, der nur zu Gunsten der Ukraine wirken wird, ähnlich wie es mit Tschetschenien während des ersten Tschetschenienkriegs gegen Russland geschah, wo Tschetschenien de facto unabhängig wurde.

Der einzige Unterschied zwischen Tschetschenien und der Ukraine in Bezug auf die russische Besetzung besteht darin, dass Russland Gebiete der Ukraine besetzt, in denen sich die Bewohner als Russen identifizieren, ein Faktor, der ihre Besetzung der Ostukraine viel einfacher machen wird als ihre Besetzung Tschetscheniens während des ersten Tschetschenienkrieges. Dieses Buch erklärt jedoch, dass die Ukraine diese Hürde mit kritischen Rassentheorien überwinden könnte, die einem Russischsprachigen in der Ukraine zu einem neuen Selbstverständnis inmitten der ostslawischen Ethnologie verhelfen könnten.

Nach der Annexion eines Teils der Ukraine durch Russland im Jahr 2022 hat die Gefahr eines Atomkriegs zugenommen, was im Westen zu einer größeren Dringlichkeit geführt hat, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, da sie nicht in einen Konflikt hineingezogen werden wollen, in dem sie sich befinden würde in einem Atomkrieg der vollständigen Vernichtung entgegensehen. Die USA haben diese Möglichkeit eines Friedens jedoch ausgeschlossen, und die Ukraine bleibt standhaft im Streben nach Gerechtigkeit für die Opfer der russischen Aggression. Wir sehen, dass der Kampf für Gerechtigkeit gerechtfertigt ist, wenn Sie Opfer eines Konflikts sind. Schauen Sie sich die USA am 12. September 2001 an. Niemand im Land war an diesem Tag nach den Terroranschlägen vom 11. September gegen den Krieg. Gaza und das Westjordanland sind ein weiteres Beispiel. Die Palästinenser streben größtenteils keinen Frieden mit Israel an, bis sie ihr Land zurückbekommen. Das ist die gleiche Stimmung in Kiew – wo der Durchschnittsbürger keine Lust hat, mit Russland Frieden zu schließen. Aller Wahrscheinlichkeit nach, ähnlich wie die USA bereit waren, bis zum letzten Amerikaner Gerechtigkeit für die Opfer des 11. September zu fordern, und ähnlich wie die Palästinenser bereit sind, bis zum letzten Palästinenser für Gerechtigkeit für die Bombenanschläge im Gazastreifen zu

kämpfen, folgt die Ukraine dem folgenden Beispiel – bereit, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen, um Gerechtigkeit für die Opfer russischer Gräueltaten zu fordern. Dieses Buch hat versucht, andere Wege zur Abschreckung der russischen Aggression zu untersuchen, an die vielleicht nicht gedacht wurde, wie die Fälschung des Rubels und die Anwendung kritischer Rassentheorien, die im Erfolgsfall den Bedarf an externer Unterstützung verringern würden, um einen ukrainischen Sieg zu sichern. und damit das Risiko eines Atomkriegs verringern. Da sich immer mehr Menschen in den besetzten Gebieten der Ukraine immer weniger selbst als Russen identifizieren, öffnet dies die Tür für einen internen Guerilla-Widerstand gegen die russische Besatzung, der Russland zum Rückzug zwingen wird, ähnlich wie sie es während des ersten Tschetschenienkrieges tun mussten . Je mehr Ukrainer sich jedoch in den besetzten Gebieten als Russen identifizieren und je mehr sie von ukrainischen Streitkräften beschossen werden, desto wahrscheinlicher wird die Chance der Ukraine, diese Gebiete zurückzuerobern, von der militärischen Unterstützung des Westens und einer erhöhten Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs abhängig. Nachdem Russland nach der Annexion einen Land-, Boden- und Seeangriff auf die Ukraine gestartet hatte, versprachen die USA, die Ukraine mit ihren Raketenabwehrsystemen zu beliefern, die der Ukraine helfen würden, sich gegen eingehende russische Artillerieangriffe zu verteidigen. Auch ohne US-Raketenabwehrsysteme gelang es der Ukraine, Anfang Oktober 2022 54 der 82 von Russland abgefeuerten Raketen abzuschießen. Mit einer Lieferung westlich hergestellter Raketenabwehrsysteme wäre die Treffsicherheit noch höher, was ukrainische Leben retten würde.

Viele fragen sich, wie ein ukrainischer Sieg aussehen und wie er ablaufen würde. Das erste, was wir erwarten können, sind weitere Unruhen innerhalb Russlands, beispielsweise mehr russische Beamte in verschiedenen Bezirken, die den Rücktritt des

russischen Präsidenten fordern. Ein weiterer Umstand wären wiederholte Anfragen der Russischen Föderation an die Ukraine zu Friedensgesprächen. Ein weiteres Szenario ist der vollständige Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, der laut Buch möglich ist, wenn den Sanktionen ein weiteres Element hinzugefügt wird. Der entscheidende Umstand, der fast dafür sorgen würde, dass die Ukraine ihre Territorien wiedererlangt, wäre, wenn es innerhalb der annektierten Gebiete zu Aufständen kommt, die ihren Ursprung in der russischsprachigen Bevölkerung haben. Dies ist nur mit kritischen Rassentheorien möglich, aber wenn dies in den annektierten Gebieten der Fall wäre, wäre ein ukrainischer Sieg sehr nahe. Dann wäre die Anwendung des Anthony-Vertrags in diesem Szenario sehr gut möglich.

Kapitel 1: Machtvakuum

Das Ausnutzen des Machtvakuums, das entsteht, wenn es zu Reibungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen kommt, ist eine der ältesten Methoden der Einflussnahme. Die Vereinigten Staaten sind dafür bekannt, diese Taktik in mehreren Ländern anzuwenden. Und Russland auch. Dieses Buch wird erklären, dass die Ukraine dieses Spiel auch erfolgreich spielen kann, wenn sie wollte, und dass sie dadurch die gesamte Ukraine zurückerobern könnte, sogar die abtrünnigen Regionen der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk. Der Grund, warum dieses Buch diesen Ansatz verfolgt, ist, dass, wenn eine Verhandlungslösung in Kiew vor dem Massaker von Bucha auf breite Verurteilung stieß, jede Verhandlungslösung danach – die weder den vollständigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine noch die Rückkehr der Abtrünnigen beinhaltet Regionen, die wieder unter ukrainischer Kontrolle stehen - würde ebenfalls verurteilt und möglicherweise noch mehr angefeindet werden, was zum Sturz von Präsident Selenskyj führen würde, der eindeutig ein Mann des Friedens ist, aber nun gezwungen ist, Gerechtigkeit für die Opfer des Bucha-Massakers zu suchen. Das Buch Anthony's Treaty legte einen Friedensplan dar, der dazu führen könnte, dass die Ukraine ihr gesamtes international anerkanntes Territorium zurückerhält. Die Separatisten bekannten sich des Terrorismus schuldig und wurden für 10 Jahre nach Russland verbannt und erhielten eine Rente von der russischen Regierung. Russland hätte seine Truppen aus der Ukraine abgezogen und die Verantwortung für die Verletzung des Waffenstillstands während des 8-jährigen Bürgerkriegs im Donbass übernommen. Als Gegenleistung dafür, dass die Ukraine Wasser auf die Krim lasse, hätte Russland der Krim erlaubt, 100 Jahre lang alle 10 Jahre Referenden abzuhalten. Schließlich hätte man der Ostukraine 500 Jahre Zeit gegeben, um zur ukrainischen

Sprache überzugehen. Ein solcher Vertrag ist jetzt fast unhaltbar und könnte theoretisch nur umgesetzt werden, wenn die Ukraine einen signifikanten militärischen Vorteil gegenüber Russland sowie einen Abschreckungsmechanismus erhält, um zu verhindern, dass Russland jemals wieder in das Land eindringt. Dieses Buch erklärt ausführlich, wie dies mit anderen Formen der Kriegsführung erreicht werden kann, wobei die eine das Machtvakuum ausnutzt, die andere sowohl wirtschaftliche Kriegsführung als auch kritische Rassentheorien verwendet, die beide keinen Rückgriff auf Gewalt, einschließlich Terrorismus, erfordern. Es muss jedoch gesagt werden, dass der gewalttätige Terrorismus eine gewisse Wirkung hatte, insbesondere mit der Unabhängigkeit Tschetscheniens von Russland 1996 und der Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich 1960, aber gleichzeitig, insbesondere im Fall des zweiten Krieges Tschetscheniens mit Russland, wirkte der Terrorismus gegen sie und führte dazu, dass Russland schließlich das gesamte Land annektierte. Die oben erwähnten gewaltfreien Taktiken könnten jedoch zu Zelenskyis Liberalismus und Neigung zur Gewaltlosigkeit passen, wobei die Ausnutzung des Machtvakuums am vorteilhaftesten ist.

Russische Agenten, die in den Vereinigten Staaten operieren, haben vielleicht den größten Akt des Schürens sozialer Unruhen und Spaltungen in einem Land der Großmacht vollbracht, bis zu dem Punkt, dass mindestens 40 % der dort lebenden Menschen es begrüßen würden, wenn Russland beschließt, in die Vereinigten Staaten einzumarschieren sie mit offenen Armen. Russland hat nicht nur diese Aufgabe, Zwietracht in den Vereinigten Staaten zu säen, erfolgreich bewältigt, sondern auch in der Ostukraine, indem es angeboten hat, den Separatisten zu helfen, wenn sie Unruhen in der gesamten Donbass-Region provozieren und Russland eine Rechtfertigung für eine Intervention liefern, die Wasser und andere Vorräte bringen könnte zur Krim. Wenn wir in die Vereinigten Staaten ins Jahr 2016 zurückgehen, brauten

sich im ganzen Land politische und rassistische Spannungen zusammen. Polizeibrutalität und die damit verbundenen ethnischen Untertöne schufen eine ethnozentrische Bewegung, die andere Bevölkerungsgruppen im Land entfremdete. Während russische Aktivisten den Aufstieg der verschiedenen Spaltungsbewegungen im Land nicht erleichterten, trugen sie dazu bei, die Spaltung zu akzentuieren, indem sie beide Seiten der sozialen und politischen Unruhen unterstützten. Russische Aktivisten haben mehrere gefälschte Social-Media-Konten eingerichtet, um die Unterstützung der Bewegung Black Lives Matter (BLM) zu fördern. Aber sie haben auch Konten eingerichtet, die ihre Opposition wie die Trump-Bewegung und die Alt-Right-Bewegung ermutigen. Russische Aktivisten waren auch an der Organisation von Protesten im Namen beider Seiten der Zwietracht beteiligt. Dieses Vorgehen hat letztlich sein Ziel erreicht, das Land zu spalten und innerlich zu schwächen, und es könnte Russland ermutigt haben, sich US-Drohungen zu widersetzen, die darauf abzielen, Russland daran zu hindern, in die Ukraine einzudringen, angesichts der Spannungen in den USA, die Russland dazu veranlassten, ihm auszuweichen, könnte angenommen werden große Teile der Bevölkerung in den USA würden Russland eigentlich unterstützen, um sich deren politischer Opposition zu entziehen. Man kann sagen, dass das politische Klima in den USA und die dortige Intensität der Uneinigkeit die Gründe sind, warum der Ukraine-Krieg im Westen so viel Aufmerksamkeit erregt hat. Denn wenn wir den Krieg objektiv betrachten, ist dies nicht das erste Mal, dass Russland eine großangelegte Invasion eines seiner Nachbarn startet. Russland marschierte 1994 in Tschetschenien ein und Georgien sowohl 1993 als auch 2008. Und in beiden Fällen gab es nicht annähernd so viel westliche Empörung, Berichterstattung oder Unterstützung zugunsten Georgiens oder Tschetscheniens. Daher können wir bestätigen, dass dem, was in der Ukraine passiert, ein

politisierter Aspekt zugrunde liegt, der letztendlich die Aufmerksamkeit darauf lenkt. Wir können sagen, dass die Aufteilung in Amerika in gewissem Maße sowohl für die Ukraine als auch für Russland funktioniert hat.

Westliche Medien haben in den letzten Jahren aufgrund der Wahl von Donald Trump im Jahr 2016 weitgehend eine konträre Haltung zur GOP-Politik in Amerika eingenommen. Um die Verlegenheit zu lindern und sich von der Bewegung zu distanzieren, die Trump damals hatte, lehnten die Medien oft jede ab Sichtweise fühlten sie sich von der konservativen Sichtweise unterstützt. Um sich von den linksgerichteten Medien zu distanzieren, würden sich viele von Trumps Anhängern automatisch auf die Seite Russlands stellen, in der Annahme, dass dies der Standardmodus Operandi sei, um sich gegen die Opposition zu vereinen. Wir sehen also, wie Russland den gewünschten Effekt erzielen konnte. Es gibt jedoch zahlreiche Beweise dafür, dass die GOP nicht vollständig pro-russisch war, da republikanische Senatoren wie Lindsey Graham und John McCain maßgeblich daran beteiligt waren, Waffen in die Ukraine zu schicken. Aufgrund des russischen Einflusses bei den Wahlen 2016 gab es jedoch immer noch die starke Wahrnehmung, dass die GOP pro-russisch sei, und es stellte sich heraus, dass viele GOP-Anhänger ebenfalls die gleiche Meinung teilten und Russland auf der Grundlage dieser Wahrnehmung unterstützen würden. Es wurde auch behauptet, Russland habe sich nur in die Wahlen von 2016 eingemischt, um Donald Trump zur Wahl zu bringen, und aus diesem Grund würden viele trotz Beweisen, dass Russland Trumps extremistische Oppositionsbewegungen wie BLM und Antifa unterstützt, dies voreilig vermuten, indem sie sich selbst die Schuld geben und sich von ihnen distanzieren Die GOP bietet ihren extremistischen Oppositionsgruppen wie BLM und Antifa zwar eine Plattform, distanziert sich aber auch von Russland. Dies war nicht der Fall, weil die Demokraten durch die Bereitstellung

einer Plattform für Extremisten in anderen Bevölkerungsgruppen außerhalb der weißen männlichen republikanischen Bevölkerungsgruppe auch Russland unwissentlich in die Hände spielten, weil extremistische Elemente in anderen Bevölkerungsgruppen tatsächlich von russischen Aktivisten unterstützt wurden. Eine Reihe ethnozentrischer Gruppen in den Vereinigten Staaten haben Verbindungen zur russischen Regierung. Tatsächlich hat das FBI kürzlich eine pro-schwarze sozialistische Solidaritätsgruppe wegen des Verdachts, Verbindungen zum Kreml zu haben, durchsucht. Ein weiterer Faktor, der zu einer verstärkten GOP-Unterstützung für Russland führte, war, dass Donald Trump während seiner Amtszeit offen über seine Bewunderung für den russischen Präsidenten Putin sprach. Aber 2017 kam es zu Verwirrung, als Präsident Trump die Entsendung tödlicher Militärhilfe in die Ukraine genehmigte, was nicht in die Erzählung von Trump/pro-Russland passte, und westliche Medien wie Reuters dies verurteilten. Sie veröffentlichten 2017 einen Artikel, in dem sie die Entscheidung, die Ukraine zu bewaffnen, missbilligten. Der Kommentar von Daniel Depetris trug die Überschrift „Warum die USA keine Waffen in die Ukraine schicken sollten“. Es gab auch viele Berichte in westlichen Medien, dass die Ukraine ein Neonazi-Problem habe. Aber nach 2019, als sich der Quid-pro-quo-Skandal entfaltete, in dem Trump damit drohte, die tödliche Hilfe für die Ukraine einzustellen, änderten die Medien ihre Haltung gegenüber der Ukraine, um gegen die GOP zu bleiben. Letztendlich würde der Contrarianismus die linksgerichteten Medien gegen Russland aufbringen. Aber es ist ein großes Missverständnis zu glauben, dass Russland fest auf der Seite der GOP stand, angesichts der Beweise, dass Russland beide Seiten der Reibung gespielt und alle extremistischen Bewegungen unterstützt hat, die das Land weiter spalten könnten. Während Demokraten davon ausgehen, dass sie sich mit kritischen

Theorien wie der Critical Race Theory von der Trump-Bewegung und Russland distanzieren, spielt dies in Wirklichkeit auch Russlands Ziel in die Hände, das Land zu spalten und zu destabilisieren. Daher können wir davon ausgehen, dass Russlands Einmischung in die Wahlen 2016 keine Partei unterstützt hat. Es war nur die Unterstützung für das, was die größte Spaltung innerhalb der USA entfachen würde, was durch die Tatsache veranschaulicht wird, dass russische Aktivisten nach der Wahl von Donald Trump immer noch aktiv waren, um ethnozentrische Bewegungen in den USA gegen die Republikanische Partei zu unterstützen. Man kann leicht vermuten, dass russische Aktivisten derzeit die radikalen Elemente in allen Bevölkerungsschichten unterstützen, und wer das bis zu einem gewissen Grad tut, schließt sich letztlich, ob er es weiß oder nicht, Russlands Zielen an, das Land zu destabilisieren. Es ist durchaus möglich, dass Russland sein Ziel bereits erreicht hat, da die USA auf einen möglichen Bürgerkrieg zusteuern. Das durch die Teilung in den USA hinterlassene Machtvakuum lässt Russland die Tür offen, um die Vereinigten Staaten für immer vollständig zu lähmen, was etwas wäre, was ein Bürgerkrieg tun würde.

Russland war auch maßgeblich an der Erleichterung des Separatismus in der Ukraine beteiligt und hinterließ ein Machtvakuum, das dazu führen würde, dass Russland schließlich die Kontrolle über 20 % der Ostukraine erlangte. Das Machtvakuum war so groß, dass Kiews Opposition in der Ostukraine schließlich Russland aufforderte, einzugreifen und einzumarschieren, denn 2014, als die Ukraine kurz davor stand, die Separatisten in der Volksrepublik Donezk (DVR) zu besiegen, zwangen diese Niederlagen der DVR Igor Girkin, der damalige Anführer der Separatisten, Russland um Verstärkung zu bitten. Er argumentierte, dass die Niederlage der DVR die Russische Föderation in ein schlechtes Licht rücken würde, da es Präsident

Wladimir Putin war, der die Republik "Neurussland" nannte. Russland verpflichtete sich, und als Ergebnis hat Russland nun die Kontrolle über 20 % des Territoriums der Ukraine erlangt. Dieses Buch argumentiert, dass Selenskyj, um dieses Machtvakuum zwischen ukrainischsprachigen und russischsprachigen Menschen zu schließen, so viele Menschen wie möglich in der Ukraine zurück in die Mitte und weg von den Extremen bringen muss. Nicht nur das, Selenskyj muss eine kritische Rassentheorie entwickeln und seine eigene Version geheimer Angelegenheiten in der Ostukraine führen, aber anstatt den Separatismus zwischen Ukrainischsprachigen und Russischsprachigen zu schüren, müsste er Reibung zwischen diesen Elementen in der Ostukraine schüren die das Gegenteil tun, um der Russischen Föderation beizutreten, und diejenigen, die für einen Beitritt zur Russischen Föderation sind. Und zwar so, dass diejenigen, die auf der Seite der Autonomie stehen, sich auf die Seite Kiews und weg von der Russischen Föderation lehnen werden. Es gibt bestimmte Dinge, die Russlands Invasion in der Ukraine tut, um gegen den Kreml zu arbeiten, und diese Dinge können von Selenskyj mit großer Wirkung ausgenutzt werden.

Die United States Central Intelligence Agency (CIA) hat sich im Laufe der Jahre das Machtvakuum in einer Reihe von Ländern zunutze gemacht. In den 1950er Jahren, nach der anglo-sowjetischen Invasion im Iran, mischten sich die USA schließlich in den dortigen politischen Prozess ein, als Mohammad Mosaddegh zum Premierminister gewählt wurde. In den 1940er Jahren, als Öl gerade als wichtige Ressource im Iran bekannt wurde, unternahmen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion alle Versuche, die ölreiche Nation auszubeuten. Die Anglo-Iranian Oil Company wurde gegründet, aber viele der Lizenzgebühren wurden dem Iran vorenthalten, während England den größten Teil der Gewinne nahm. Kurz bevor er 1952 iranischer Premierminister wurde, half Mohammad Mosaddegh

bei der Ausarbeitung von Gesetzen, die es dem Iran ermöglichen würden, die anglo-iranische Ölgesellschaft zu verstaatlichen, und nachdem er Premierminister geworden war, weigerte sich die internationale Gemeinschaft, Öl von der jetzt verstaatlichten zu kaufen, um anglo-iranisches Öl zu kaufen Gesellschaft. Iranische Ölgesellschaft. Viele befürchteten, Mohammad Mosaddegh sei ein Kommunist. Da der Iran seit 1944 eine konstitutionelle Monarchie unter Führung des Schahs war, nutzten die USA das Machtvakuum aus, das durch die Kluft zwischen dem Schah und dem iranischen Premierminister über die Befugnisse beider Positionen entstanden war. Die CIA hatte die gesamte politische Opposition von Mosaddegh unterstützt, aber später den Schah mit Bestechungsgeldern angeheuert und ihn überredet, einen Putsch gegen Mosaddegh zu inszenieren und ihn von der Macht zu entfernen. Dieser Putsch wurde 1953 durchgeführt, was dazu führte, dass General Fazlollah Zahedi als sein Nachfolger eingesetzt wurde. Später in diesem und im nächsten Jahrzehnt nutzten die USA den Wirtschaftskrieg in Kuba, um die Menschen gegen die Castro-Regierung aufzubringen. Fidel Castro kam 1958 an die Macht, nachdem er während der Kubanischen Revolution den von den USA unterstützten Führer General Fulgencio Batista gestürzt hatte. Nachdem Fidel an die Macht kam und dann eine amerikanisch-kubanische Ölgesellschaft verstaatlichte, wandten die USA zahlreiche Taktiken an, um seine Regierung zu stürzen, indem sie Attentate einsetzten und Kuba daran hinderten, bestimmte Waren zu exportieren und zu importieren. Später, als John F. Kennedy Präsident der Vereinigten Staaten wurde, wurden alle Exporte Kubas mit einem Embargo belegt, und dieses Embargo gilt noch heute. Später in den 1990er Jahren versuchten die USA im Irak, Saddam Husseins schiitische Opposition und kurdische Minderheiten davon zu überzeugen, seine Regierung zu stürzen. Dies führt zu einem brutalen Vorgehen der Saddam-Regierung und einer Weigerung der USA, den schiitischen und

kurdischen Milizen zu helfen, die sie zum Aufstand ermutigt haben. Der schiitische Aufstand war ein kompletter Fehlschlag und viele wurden von Saddams Truppen massakriert. Die Kurden hingegen konnten zumindest im Nordirak eine Autonomie errichten.

Es wurde viel über die Rolle der USA bei der Erleichterung der Unruhen in der Ukraine spekuliert. Während Russland seit Anfang der 2000er Jahre versucht hatte, die Ukraine wieder in seinen Einflussbereich zu bringen, als der ukrainische Präsident Leonid Kutschma mit erheblicher Ablehnung wegen Korruptionsskandalen konfrontiert wurde, waren die Vereinigten Staaten besorgt über Russlands Fähigkeit, US-Militärziele in den Vereinigten Staaten einzudämmen Staaten, den Nahen Osten zu behindern, insbesondere in Bezug auf Syrien und den Iran, zwei Nationen, die überzeugte Verbündete der Russischen Föderation sind. Die USA waren seit der iranischen Revolution von 1979 immer besorgt über den Iran, als Irans antiwestliches Mantra „Tod Israel, Tod den Vereinigten Staaten" regelmäßig wiederholt wurde. Die USA waren so besorgt über den Iran, dass sie Anfang der 1990er Jahre hofften, dass ihre Forderungen nach dem Sturz Saddams im Irak nur ausreichen würden, um den Irak bis zu dem Punkt zu schwächen, an dem der Irak keine Bedrohung mehr darstellen würde, die die USA aber noch halten könnten Iran im Schach. Der Iran hatte mit der Entwicklung von Atomwaffen gedroht, und aufgrund seiner Politik gegenüber den USA ist der Westen besorgt darüber, was der Iran tun könnte, wenn er in der Lage wäre, sie zu entwickeln. Der Iran verfügt über eine Zentrifugentechnologie, die es ihm ermöglichen würde, Uran in Rekordgeschwindigkeit anzureichern, falls er versuchen sollte, eine Atomwaffe zu entwickeln. Anstelle dieser Aussicht würden die USA einfach in das Land einmarschieren, wenn sie könnten, und eine andere Führung einsetzen, aber da die USA wissen, dass Russland dem Iran mit ziemlicher Sicherheit zu Hilfe kommen

wird, ist die Diplomatie die einzige Option, der sie folgen muss. Russland ist auch ein wichtiger Lieferant schwerer Waffen für den Iran und versorgt ihn mit Luftverteidigungssystemen, die einer möglichen US-Invasion schweren Widerstand leisten könnten. Aber nicht nur dieser Aspekt hat eine US-Strategie gegen den Iran ausgelöst. Tatsächlich nutzte der Iran das Machtvakuum aus, das im Irak nach dem Einmarsch der USA im Jahr 2003 entstanden war. Das entstandene Machtvakuum kam daher, dass große Teile der irakischen schiitischen Bevölkerung keine ausländischen Truppen auf ihrem Boden haben wollten, unabhängig davon, ob diese Truppen dort waren Hilf ihnen. Vielen Schiiten im Irak war es egal, dass die USA da waren, um die sunnitische Regierung zu stürzen und durch eine schiitische Mehrheit zu ersetzen. Für sie bestand die Gräueltat darin, ausländische Truppen auf ihrem Boden zu haben. Dies ließ eine Möglichkeit im Irak offen, die der Iran ausnutzen konnte. Diese neue schiitische Bevölkerungsgruppe gegen die US-Besatzung passte perfekt zur iranischen Geopolitik und würde daher dazu führen, dass der Iran die schiitische Fraktion des irakischen Aufstands gegen die US-Streitkräfte im Jahr 2005 unterstützte. Da der Iran so enge Beziehungen zu Russland hat, könnten die USA den Iran nicht einfach angreifen, um ihn zu stoppen sie davon abhalten, den Aufstand zu unterstützen. Die nächstbeste Option bestand darin, Wege zu finden, Russland von den Geschehnissen im Nahen Osten abzulenken, weshalb die Bush-Regierung 2008 ankündigte, dass die Ukraine und Georgien der NATO beitreten könnten. Dies trug dazu bei, Russlands umfassende Invasion in Georgien auszulösen, die nicht lange genug anhielt, um Russland in Osteuropa zu beschäftigen, im Gegensatz zum Nahen Osten. Auf diese Weise war der Iran in der Lage, seine Stellvertreter im Irak weiterhin bei Angriffen auf dortige US-Stützpunkte zu unterstützen, ohne eine US-Militärintervention im Iran befürchten zu müssen. In der Zwischenzeit, etwa zur Zeit des irakischen Aufstands, hatte

Syrien, nachdem es den USA zunächst im Krieg gegen den Terror geholfen hatte, damit begonnen, Al-Qaida-Kämpfern, die in den Irak gehen wollten, um sich den Widerstandsbewegungen anzuschließen, einen sicheren Hafen zu bieten, um die Durchreise zu gewähren. Syrien erlaubte dem Iran auch, sein Territorium zu nutzen, um Stützpunkte zu errichten und Waffen an seine Stellvertreter im Jemen, im Libanon und im Gazastreifen zu liefern. Die USA sahen später im Jahr 2011 während des Arabischen Frühlings eine Gelegenheit, das syrische Assad-Regime zu stürzen, als Assads Polizeikräfte den Protesten oft mit tödlicher Gewalt begegneten. Dies schuf ein Machtvakuum und gab den USA die Rechtfertigung, sich auf die Seite der gewalttätigen Separatisten zu stellen und dabei zu helfen, einen Bürgerkrieg im Land zu schüren. Dies führte jedoch 2015 zu einer russischen Intervention in Syrien, die die USA daran hinderte, ihr Ziel zu verwirklichen, Assad von der Macht zu entfernen. Es ist sicher, dass Russlands subversives Verhalten gegenüber der US-Hegemonialpolitik im Nahen Osten die USA dazu veranlasst hat, schwere Waffen in die Ukraine zu schicken, weil sie glauben, dass dies Russland zwingen würde, sich weiterhin auf Probleme in Osteuropa zu konzentrieren. Jetzt, da Russland in der Ukraine gebunden ist, blieb Russland keine andere Wahl, als sich aus Syrien zurückzuziehen. Dies öffnete den USA die Tür, um mehr Einfluss in der Region geltend zu machen, da der Wert des US-Dollars an die Sicherheit seiner Verbündeten im Nahen Osten gebunden ist. Dieses Buch erklärt jedoch, dass ein plötzlicher Rückzug der USA aus der Ukraine geopolitische Auswirkungen haben könnte, die das Ansehen der USA im Nahen Osten als vertrauenswürdiger Verbündeter beschädigen würden, was wiederum den Wert des US-Dollars gefährden würde. Selenskyj kann dies tatsächlich nutzen, um noch mehr Nachschub in sein Land zu bringen. Darüber hinaus gibt es einige Missverständnisse über die beteiligten Akteure, wenn es darum geht, dass die USA

einen Putsch in der Ukraine orchestrieren, und es wird in konservativen Kreisen weithin angenommen, dass die Demokraten maßgeblich daran beteiligt waren, aber im Nachhinein war es eine weitgehend überparteiliche Anstrengung, die von geführt wurde Republikaner. Bereits 2013 reiste der republikanische US-Senator John McCain in die Ukraine, um regierungsfeindliche Demonstranten in Kiew zu unterstützen, einen Monat nachdem die Polizei begonnen hatte, die Proteste mit Gewalt niederzuschlagen. Wieder einmal entstand ein Machtvakuum, das es den USA sehr leicht machte, sich in ukrainische Angelegenheiten einzumischen. Während dieser Zeit äußerte McCain seine Besorgnis darüber, dass Russland versuche, Freiheit und Demokratie zu unterdrücken, und dass sich die Ukraine von Moskau distanzieren sollte. Die Unruhen boten den USA die Gelegenheit, sich auf die Seite regierungsfeindlicher Gruppen in der Ukraine zu stellen, um sie nicht nur von Moskau wegzulenken, sondern sie auch für die Vereinigten Staaten zu gewinnen. Später stellte sich heraus, dass die stellvertretende Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, Victoria Nuland, in einem Telefongespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffery Pyatt, Arseniy Yatsenyuk als besten Kandidaten für das Amt des Premierministers der Ukraine in der neuen Regierung unterstützte, was sie auch zum Ausdruck gebracht hatte der Wunsch, die EU aus den politischen Angelegenheiten der Ukraine herauszuhalten. Jazenjuk war Teil der Opposition gegen Janukowitsch. Aber weil eine Vereinbarung, dem damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch zu erlauben, bis zu den nächsten Wahlen Präsident zu bleiben, nicht zustande kam – mit dem Ergebnis, dass stattdessen Janukowitsch abgesetzt würde, gingen einige westliche politische Kreise davon aus, dass dies einer der von den USA unterstützten Staatsstreiche war und war weil es geschah Während der Obama/Biden-Regierung gingen

viele davon aus, dass sie weitgehend parteiisch und von Demokraten geführt war, aber es ist klar, dass beide Seiten versuchten, in der Ukraine einen Vorteil zu erlangen – dann die Demokraten politisch und die Republikaner militärisch. Tatsächlich war es im Jahr 2012 der republikanische Senator Mitt Romney, der die Demokraten vor der Bedrohung durch Russland für die Vereinigten Staaten warnte. In den Jahren 2013 und 2015 kritisierte John McCain die Demokraten für ihre mangelnde militärische Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression. 2017 war es der republikanische Präsident Donald Trump, der sich bereit erklärte, schwere Waffen in die Ukraine zu schicken, und die republikanischen Senatoren Lindsey Graham und John McCain waren tatsächlich ein Jahr zuvor in die Ukraine gereist, um den ukrainischen Streitkräften zu versichern, dass die USA ihnen die Waffen liefern werden, die sie haben müssen sich gegen die russische Aggression wehren. Rückblickend würde Russland nach dem Sturz von Viktor Janukowitsch den USA vorwerfen, einen Regimewechsel in der Ukraine inszeniert zu haben. Unabhängig davon ermöglichte die Vertiefung der Spaltung in der Ukraine sowohl Russland als auch den USA, das Machtvakuum auszunutzen. Russland annektierte daraufhin die Krim und stiftete 2014 einen Bürgerkrieg in der Donbass-Region an, wobei es die Ukraine in einem blutigen achtjährigen Bürgerkrieg zurückließ, bevor es 2022 in das Land einfiel und zahlreiche Kriegsverbrechen beging. Dieses Buch stellt die Idee dar, dass sowohl Russland als auch die Vereinigten Staaten dieses Spiel spielen können, indem sie Politik und Militär mithilfe von Machtvakuums zu ihren Gunsten beeinflussen. Präsident Zelenskyy der Ukraine wird und könnte die Gelegenheit haben, dasselbe zu tun des Einflusses.

Kapitel 2: Russische Invasion in der Ukraine

Russland beschloss, in die Ukraine einzumarschieren, unter ähnlichen falschen Vorwänden, die von den USA verwendet wurden, um den Einmarsch in den Irak zu rechtfertigen – die Aussicht, dass ein kleineres Land mächtige Waffen erwirbt, die offensiv gegen das größere Land eingesetzt werden könnten. Kurz vor der russischen Invasion stellte die Ukraine keine Bedrohung für die Russische Föderation dar, und nicht nur das, es gab kein auslösendes Ereignis wie einen größeren Terroranschlag innerhalb Russlands, das eine umfassende russische Invasion des Landes gerechtfertigt hätte. Aus diesem Grund hat die geopolitische Politik Russlands und der Vereinigten Staaten die Welt gezwungen, sowohl zu untersuchen, wie die Kriegsgesetze angewandt werden, als auch wie sich andere Länder möglicherweise auf einen zukünftigen möglichen ungerechtfertigten Angriff durch die Großmächte der Welt wie Russland vorbereiten müssen. die Vereinigten Staaten oder China. Die Ukraine hat einen tapferen Kampf gegen die russische Invasion ihres Landes geführt und versucht, eine Gegenoffensive in der Region Cherson zu starten, bevor der Winter einsetzt. Während viele ukrainische Beamte besorgt sind, was der Winter bringen wird, was die Strategie betrifft In Bezug auf Maßnahmen hat Zelenskyy dennoch geschworen, weiterhin gegen russische Streitkräfte zu kämpfen, da befürchtet wird, dass Russland die thermische Infrastruktur der Ukraine im Winter angreifen und sie zur Rechenschaft ziehen könnte, was dazu führen könnte, dass ein großer Teil der Bevölkerung nicht ausreichend mit Wärme versorgt wird. Dies würde zu Auswanderung und einer weiteren Flüchtlingskrise führen, da mehr Ukrainer das Land verlassen würden, um anständige Winterunterkünfte zu suchen. Die Ukraine wird versuchen, ihre aktive Phase des Krieges vor Beginn des Winters zu beenden, aber wenn Selenskyj auf fortgesetztem

Widerstand besteht, könnte eine andere Strategie angewendet werden, eine, die andere Wege des Widerstands gegen die Aggression einschließt, die nicht das Abfeuern von Raketen beinhalten, einschließlich Artillerie. Andere Taktiken müssen erkundet werden, da der Winter viele Herausforderungen auf dem Schlachtfeld mit sich bringt. Die NATO hat gewarnt und setzt sich dafür ein, mehr Winteruniformen in die Ukraine zu bringen, sowie Generatoren, die Soldaten mit Wärme versorgen und verhindern, dass Soldaten im Frost sterben. Wenn die Ukraine in der Lage ist, mehr Winterausrüstung zu haben, während Russland in Engpässe gerät, könnte dies zu einem größeren Vorteil für die Ukraine in den Wintermonaten führen. Die Beschränkungen des Winters zu umgehen, erfordert Innovation, und oft ist das kleinere Land besser darin, in Notsituationen Einfallsreichtum anzuwenden. Die Herausforderung des Winters sowie Europas Gasknappheit werden Europas anhaltende Unterstützung für die Ukraine herausfordern, und dies ist etwas, was die Ukraine wachsam bleiben muss. Außerdem könnte es im Winter weniger Mobilität geben, da die Truppen noch mehr Zeit in Bunkern verbringen und vor Artillerieangriffen Zuflucht suchen, anstatt mit hoher Geschwindigkeit in feindliches Gebiet zu stürmen. Da der Ukraine und Russland kalte Winter nicht fremd sind, ist es wahrscheinlich, dass sie beide einen Weg finden werden, unter solchen Bedingungen zu operieren. Der Krieg könnte jedoch im Winter in einer Pattsituation enden, da das eisige Wetter den Verteidigern zugute kommt. Von russischen Streitkräften konsolidierte Gebiete werden für sie leicht zu verteidigen sein. Ebenso werden von ukrainischen Streitkräften konsolidierte Gebiete für sie leichter zu halten sein. Für einen Soldaten ist es viel einfacher, im Winter Schutz zu finden, als zu reisen und vorzurücken oder in feindliches Gebiet einzudringen. Schließlich behindern Schnee und Schlamm die Bewegungen von Soldaten und Fahrzeugen. Aus diesen Gründen hat sich die Ukraine das Ziel

gesetzt, Cherson vor Beginn des Winters zurückzuerobern, denn wenn sie es vor diesem Zeitpunkt sichert, wird es für sie einfacher sein, es im Winter zu verteidigen, was ihnen einen strategischen Vorteil verschafft und möglicherweise andere Gebiete im Osten zurückerobert Ukraine. Andererseits wirkt sich der Winterfaktor auch zugunsten Russlands aus, sodass absehbar ist, dass die Ukraine im Winter keine großen Fortschritte machen wird. Dieser Aspekt ermöglicht es Russland, die Waffenproduktion zu steigern, und Russland kauft bereits Waffen von Nordkorea und dem Iran, um seine Lieferungen rechtzeitig für Frühjahr und Sommer 2023 zu erhöhen.

Die groß angelegte russische Invasion in der Ukraine begann am 24. Februar 2022, und nachdem Russland Anfang März 2022 in Kiew vorgedrungen war und Bucha, Hostomel, Vorzel und Irpin erobert hatte, hielten die ukrainischen Streitkräfte einen russischen Angriff ab, der logistische Probleme, unter anderem Moralprobleme, zum Stillstand brachte Russische Soldaten (von denen viele auf die ukrainische Seite übergelaufen sind) und ihre eigene Unterschätzung der von ukrainischen Soldaten bemannten schweren Artillerie. Obwohl der Bedarf der Ukraine an Luftunterstützung weitgehend vernachlässigt wurde, gelang es dem Westen, die ukrainischen Streitkräfte mit Hightech-Waffen auszustatten, die sich als entscheidend für die Abwehr des russischen Militärs während des ukrainischen Angriffs erwiesen. Taktische Fehler sowie Mängel im Stadtkampf würden die russischen Streitkräfte dazu zwingen, ukrainische Städte wahllos zu bombardieren. Die Ukraine begann sich jedoch am 25. März 2022 dem russischen Vormarsch zu widersetzen und konnte verschiedene Teile von Ost- und West-Kiew zurückerobern. Ende des Monats begannen die russischen Streitkräfte mit dem Rückzug und hinterließen Massenmorde, insbesondere in der Stadt Bucha, wo fast 1.000 Zivilisten von russischen Soldaten verstümmelt und gefoltert aufgefunden wurden. Am 1. April eroberte die

ukrainische Armee ganz Kiew zurück. Im Nachhinein war Russland nicht auf Häuserkämpfe vorbereitet, also setzten sie tschetschenische Kämpfer in Bucha ein, in der Hoffnung, dass sich ihre Erfahrung im Kampf gegen Russland in den 1990er Jahren in städtischen Kampfszenarien in Kiew gegen die Ukraine als anwendbar erweisen würde. Viele dieser erfahrenen tschetschenischen Kämpfer reisten jedoch in die Ukraine, um den Ukrainern bei der Verteidigung ihres Territoriums zu helfen. Die Tschetschenen, die für ihre brutalen Taktiken bekannt sind, behielten ihre Unabhängigkeit Mitte der 1990er Jahre, nachdem Russland 1994 in Tschetschenien einmarschiert war. Die Tschetschenen kombinierten Terrorismus mit hochqualifiziertem Bürger- und Guerillakrieg, um 1996 de facto die Unabhängigkeit von Russland zu errichten In vielen Fällen besteht die einzige erfolgreiche Strategie, die eine kleinere Anzahl von Militanten gegen eine herannahende größere Militärmacht anwenden kann, darin, auf Überraschungsangriffe und Hinterhalte zurückzugreifen und sich an Orten zu verstecken, an denen sie am wenigsten erwartet würden. Leider besteht die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, darin, sich hinter weichen Zielen wie Schulen, Krankenhäusern, Bibliotheken zu verstecken und dann von diesen Positionen aus Angriffe aus dem Hinterhalt zu starten, was nur die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Gegend gefährdet, aber oft die einzige Möglichkeit ist, zu helfen sich selbst - sich gegen einen Feind zu verteidigen, den man im Voraus nicht kennt, würde über skrupellose Taktiken und Terrorakte hinausgehen. Für Tschetschenien hat es Mitte der 1990er-Jahre sicherlich funktioniert. Wenn wir ins Jahr 2022 vorspulen, sehen wir, dass die Ukraine keine Möglichkeit hatte zu wissen, ob die ankommende russische Truppe tatsächlich versuchte, einen Völkermord durchzuführen, was in diesem Fall die Stationierung ukrainischer Soldaten in zivilen Gebieten rechtfertigen würde, um Zivilisten zu schützen, die unmittelbar bevorstehen würden

Achtung. Die Genfer Konvention zwingt jedoch beide Seiten des Konflikts zu glauben, dass die Invasionstruppe nicht die Absicht hat, zivile Hinrichtungen durchzuführen, und daher muss die verteidigende Nation durch die Unterzeichnung der Genfer Konvention den Eindringling nicht nur ungehindert eintreten lassen, sondern auch Vertrauen Sie ihnen auch und erwarten Sie, dass der Eindringling den Nichtkombattanten wohlwollend gegenübersteht, während das Militär der verteidigenden Nation die zivilen Gebiete ungeschützt lässt und sich auf den Feldern weit entfernt von Wohngebieten niederlässt. Selbst die Nicht-Konbattanten müssen es vermeiden, sich an Feindseligkeiten zu beteiligen, um ihren zivilen Status zu behalten. Um durch die Genfer Konvention geschützt zu sein, ist es Zivilisten daher im Allgemeinen untersagt, sich an der Selbstverteidigung zu beteiligen. Wenn sie das tun, werden sie sofort zu Kämpfern und sind Freiwild für feindliche Soldaten. Zweifellos nutzen Armeen diese Lücke aus, was einer der Gründe dafür ist, dass das Kriegsrecht überprüft werden muss, da es derzeit die mächtigere Aggressornation begünstigt. Wenn wir uns einige der alten Menschenrechtsberichte ansehen, gibt es viele Fälle, in denen Militärpersonal Artillerie in Wohngebiete abgefeuert hat, in denen es kein Militärpersonal oder militärische Ausrüstung in der Gegend gab. Aus diesem Grund ist es für Menschenrechtsorganisationen unerlässlich, die Anwendung des Kriegsrechts zu überprüfen. Es gibt so viele Nuancen, die berücksichtigt werden müssen, und die Untersuchung all dieser Faktoren erfordert ein hohes Maß an Abgrenzung. Selenskyj, der nur das Schlimmste vermutete – dass Russland tatsächlich nach Kiew gehen würde, um einen Völkermord an den Ukrainern zu begehen – beschloss, es allen ukrainischen Bürgern legal zu machen, Waffen und Feindseligkeiten gegen die russischen Streitkräfte aufzunehmen.

In der Zwischenzeit würde Russland nach den von ihnen in Bucha begangenen Gräueltaten einen zweiten Angriff in anderen Regionen der Ukraine starten, insbesondere im Osten und Süden, wo die russischen Streitkräfte bereits an Boden gegen den ukrainischen Widerstand gewannen, vor allem dank Russlands Zugang zu einer Karte der Ukraine Minenfelder, die ihnen möglicherweise von einem Verräter aus den Reihen der Ukraine geliefert wurden. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, wie schnell die Russen Cherson innerhalb weniger Stunden erobern konnten. Dann umzingelten sie Mariupol bis zum 18. März vollständig, bevor sie am 24. März in das Stadtzentrum eindrangen. Ein Großteil der Wasser- und Lebensmittelversorgung war abgeschnitten und die dort festsitzenden Zivilisten mussten auf Verhandlungen warten, um zivile Evakuierungskorridore einzurichten, die oft von Russen behindert wurden Beschuss entlang der Fluchtwege. Russland verstärkte Anfang April auch die Angriffe auf Odessa, Mykolajiw und das Kernkraftwerk Saporischschja. Russlands frühe Gewinne lassen sich auf die Eroberung von Cherson zurückführen, die es ihnen leicht machte, in diesen anderen Gebieten Gewinne zu erzielen. Russische Streitkräfte kämpften weiter in Charkiw und beschossen ukrainische Stellungen. Charkiw ist weniger als 22 Meilen von der russischen Grenze entfernt. Als russische Streitkräfte Verstärkung mobilisierten, um in die Städte Izium, Sloviansk und Kramatorsk einzudringen, befahl die Ukraine, die in der Nähe der Ostukraine lebenden ukrainischsprachigen Personen in westliche Teile des Landes zu evakuieren. Ein Großteil davon war auf Verzögerungen bei Waffenlieferungen in die östlichen Teile der Ukraine zurückzuführen, die der Ukraine vom Westen versprochen wurden. Die Nähe zu Versorgungslinien für Waffenlieferungen war ebenfalls ein Faktor für die Verzögerung. Zu Beginn des Krieges spielte die Nähe der Ukraine zu den Versorgungsleitungen an der polnischen Grenze eine

entscheidende Rolle für die Fähigkeit der Ukraine, dem anfänglichen russischen Vormarsch auf Kviv standzuhalten, aber im Osten waren die ukrainischen Streitkräfte weiter von diesen Linien entfernt, was den Zugang nach Westen erschwerte - gelieferte Waffen. Natürlich hätte Russland im Osten einen Vorteil, da die russischen Streitkräfte in diesem Teil des Landes näher an ihren Versorgungslinien für Waffen und Vorräte aus der Russischen Föderation sind. Russland war sich dessen bewusst und reagierte, indem es sein gesamtes Militärpersonal in der Südostukraine unter dem alleinigen Kommando von Aleksandr Dvomikov konsolidierte.

Nachdem die russischen Truppen aus Kiew geflohen waren, wurde in Bucha festgestellt, dass dort Kriegsverbrechen stattgefunden hatten. Fotografische Beweise zeigten Dutzende von toten ukrainischen Zivilisten, die aufgereiht und im Stil einer Hinrichtung in den Hinterkopf geschossen wurden. Dies gab den Ton für die aktive Phase des Krieges an, in der die Ukraine später oft mit bösartigen Taktiken zurückschlagen würde. Die ukrainische Zeitung The Kyiv Independent berichtete, dass russische Truppen eine Reihe von Zivilisten in Bucha getötet haben, und Menschenrechtsorganisationen bestätigten dies. Zu den Opfern gehörten Menschen, die einfach Lebensmittel transportierten, oder Familien, die versuchten, den Kämpfen zu entkommen. Am 5. März schossen russische Truppen auf zwei Fahrzeuge, darunter eine Mutter und ihre beiden Kinder. Der Bürgermeister von Bucha, Anatoliy Fedoruk, sagte verschiedenen Journalisten, die über den Krieg berichteten, dass in Bucha vor dem russischen Abzug Kriegsverbrechen begangen worden seien. Er sagte der Associated Press, dass die Freiwilligen während der Kämpfe nicht einmal die Toten zur Beerdigung einsammeln konnten, weil die russischen Streitkräfte endlos schossen. Ganz zu schweigen davon, dass Hunde sich von den menschlichen Kadavern ernährten, die auf den Straßen verstreut waren. Viele in

der internationalen Gemeinschaft erklärten in Solidarität mit Bürgermeister Fedoruk entschieden, dass Russland sich der Kriegsverbrechen schuldig gemacht habe. Der Bürgermeister würde die Massaker von Bucha auch mit den von den Nazis während des Zweiten Weltkriegs begangenen Gräueltaten vergleichen. Ironischerweise sagten russische Truppen den Bewohnern von Bucha, sie seien da, um sie vor den Nazis zu retten. Darüber hinaus wurden Beweise für die Tragödie in Form von Videos gefunden, die in sozialen Medien gepostet wurden, und der Bürgermeister hatte auch festgestellt, dass unter den Toten in Bucha eine Reihe russischer Soldaten waren – tatsächlich Hunderte. Ukrainische Soldaten berichteten, verstümmelte Leichen, bestehend aus Männern, Frauen und Kindern, in einem Keller eines Sommerlagers gefunden zu haben, das von russischen Streitkräften als Folterkammer genutzt wurde. Einige der Folterungen gegen ukrainische Zivilisten umfassten das Abschneiden von Ohren und das Herausziehen von Zähnen. Die ukrainische Zeitung The Kyiv Independent veröffentlichte ein Foto von einem Mann und drei nackten Frauen unter einer Decke, die russische Truppen zu verbrennen versuchten, bevor sie sich aus Bucha zurückzogen. Es wurde von ukrainischen Beamten bestätigt, dass die Frauen vergewaltigt und getötet wurden, während die Männer, die in Bucha ermordet wurden, im Hinrichtungsstil getötet wurden, da viele der toten ukrainischen Männer mit auf den Rücken gefesselten Händen gefunden wurden. Ein großer Teil dieser Opfer ging ihrem Tag nach – neben den Leichen lagen viele Einkaufstüten. Auf einem Foto lag ein Mann leblos neben seinem Fahrrad. Oft trugen viele der Toten Zivilkleidung, was es umso wahrscheinlicher machte, dass in Bucha Zivilisten hingerichtet wurden. Verschiedene Nachrichtenagenturen, darunter CNN und BBC, sendeten Aufnahmen von Dutzenden von Leichen, die auf der Straße lagen, viele mit gefesselten Beinen und Armen. Einige waren aus

nächster Nähe erschossen worden, andere wurden von Panzern überrollt. Auf einem Spielplatz wurden verkohlte Leichen mit Beweisen dafür gesehen, dass sie hingerichtet wurden, bevor sie verbrannt wurden. Die Art der Hinrichtung variierte von Folter über Enthauptung bis hin zu Verstümmelung und Verbrennung. Einige der Leichen waren auch mit Sprengfallen versehen. Viele Bewohner von Bucha beschrieben, wie betrunkene russische Soldaten schwere terroristische und sadistische Akte gegen ukrainische Zivilisten verübten. Als die Forensiker in Bucha ankamen, begannen sie mit der Ausgrabung der in Massengräbern begrabenen Leichen – eines dieser Gräber befand sich in der Nähe der Kirche St. Andrew the Apostle. In der Zwischenzeit wurde der Ukraine geraten, sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu vergewissern und Beweise zu sammeln, die Russlands Status als Kriegsverbrecher implizieren würden. Später wurde entdeckt, dass die russische Armee Pfeile einsetzte, um ukrainische Zivilisten zu verstümmeln. Eine solche Straftat wurde als Verletzung des humanitären Völkerrechts angesehen. Viele Einwohner, die aus Angst vor der russischen Präsenz nach Keller geflohen waren, bestätigten, dass die toten Zivilisten in Bucha von russischen Truppen ermordet worden waren. Den Bewohnern, die in ihren Häusern Zuflucht suchten, fehlten grundlegende Annehmlichkeiten wie Strom und sie mussten Kerzen verwenden, um Wärme zu erzeugen, um Wasser zu kochen und Mahlzeiten zuzubereiten. Sie tauchten schließlich an der Öffentlichkeit auf, als russische Truppen die Stadt evakuierten, und einige Berichte aus erster Hand über das Massaker, die von Nachrichtenagenturen zitiert wurden, enthüllten, dass russische Truppen Zivilisten in der Nähe nahmen und sie im Grunde als Kanonenfutter gegen die eingesetzten ukrainischen Soldaten verwendeten. Eine Person, die Teil einer Gruppe von Ukrainern war, die von russischen Soldaten hingerichtet wurden, überlebte, indem sie sich tot stellte, nachdem sie von der Kugel des Henkers

gestreift worden war. Seine Gruppe wurde an einem Kontrollpunkt aufgegriffen und von russischen Truppen gefangen genommen. Sie wurden alle gefoltert, aber er war der einzige, der die Hinrichtung überlebte. Später erhob er sich und suchte Zuflucht in einer nahe gelegenen Residenz. Viele der Bewohner von Bucha, die den Verlauf der russischen Besatzung beschrieben, berichteten Human Rights Watch, dass russische Soldaten von Tür zu Tür gingen, die Bewohner verhörten und ihnen Kleidung, Schmuck und andere nützliche Gegenstände wegnahmen. Die russischen Soldaten befahlen den Bewohnern auch, in ihre Häuser zurückzukehren, obwohl Ressourcen wie Wasser und Lebensmittel knapp wurden. Die russischen Truppen setzten ihren Angriff auf die Infrastruktur der Stadt fort. Russische gepanzerte Fahrzeuge feuerten auch wahllos auf Gebäude, während sie den Überlebenden des Beschusses Erste Hilfe verweigerten. Die Bewohner erklärten auch, wie russische Truppen damit begannen, Massengräber für Opfer des Konflikts und für diejenigen auszuheben, die von russischen Soldaten hingerichtet wurden. Die summarischen Hinrichtungen wurden von Human Rights Watch bestätigt. Die New York Times nannte das Massaker von Bucha eine „Terrorkampagne" und stellte fest, dass russische Soldaten kaltblütig ahnungslose Zivilisten töteten und Frauen vergewaltigten – einige von ihnen wurden in einem Keller gefangen gehalten und später durch wiederholten sexuellen Missbrauch schwanger gemacht . Ein Einwohner Kiews, der die Besetzung von Bucha durch russische Truppen miterlebte und der im Hauptquartier der ukrainischen Verteidigungskräfte anwesend war, als es von russischem Militärpersonal überfallen wurde, sagte, die Russen durchkämmten Dokumente, um nach den Namen von Personen zu suchen, die daran beteiligt gewesen wären den Krieg im Donbass, bevor sie absichtlich hingerichtet wurden. Anschließend erklärte er, wie russische Soldaten Personen mit Tätowierungen, die rechtsextreme und

neonazistische Gruppen symbolisierten, sowie Personen, deren Tätowierungen offiziell mit der Ukraine in Verbindung gebracht wurden, gezielt angegriffen und hingerichtet haben. Er sagte Journalisten auch, dass tschetschenische Kämpfer wahllos Menschen töteten. Später wurde die Aufmerksamkeit der Medien auf die Tatsache gelenkt, dass russische Soldaten Mobiltelefone von ukrainischen Einwohnern beschlagnahmten und Inhalte überwachten, um festzustellen, ob sie antirussische Ansichten zum Ausdruck brachten. Sollte dies der Fall sein, würden russische Soldaten die Person entweder festnehmen oder hinrichten. Nach vielen Augenzeugenberichten könnten die Massaker als willkürliche Tötungen russischer Soldaten gegen nicht an den Kämpfen beteiligte ukrainische Zivilisten bezeichnet werden, für die es keine Rechtfertigung gab. Man hörte, wie ein russischer Soldat mit seiner Treffsicherheit prahlte und damit prahlte, wie er zwei Ukrainer in ihrer Wohnung erschoss, indem er durch die Fenster schoss. Laut Lyudmyla Denisova, Menschenrechtskommissarin der Ukraine, wurden etwa 25 Mädchen und Frauen von russischen Soldaten vergewaltigt. Als der russische Staat Vorwürfe von Kriegsverbrechen zurückwies und darauf bestand, dass die Massaker von ukrainischen Streitkräften inszeniert wurden, zeigten Satellitenbilder – vor dem Rückzug Russlands aus Bucha – offenbar Tote an denselben Orten, an denen ukrainische Streitkräfte sagten, sie hätten sie zurückerobert die Stadt Anfang April. Es wurde bestätigt, dass die Morde stattfanden, als die Russen Bucha besetzten. Sowohl die New York Times als auch die BBC schlossen sich der Einschätzung an. Die Bilder zeigten auch Massengräber, die am 10. März in der Nähe einer Kirche ausgehoben worden waren. Viele der Satellitenbilder wurden durch Drohnen- und Videoaufnahmen verifiziert, die zeigen, wie russische Truppen einen Zivilisten auf einem Fahrrad erschießen. Die in einem anderen Video gezeigte Person entpuppte sich als dieselbe Person, die tot in Zivil neben

einem Fahrrad lag. Zusätzliche gesammelte Videobeweise zeigten russische Fallschirmjäger, die Zivilisten zwangen, sich auf den Boden zu legen, während Drohnenaufnahmen später Leichen an genau derselben Stelle zeigten. Diese Videos wurden am 19. Mai von der New York Times veröffentlicht. Bürgermeister Fedoruk bestätigte, dass die meisten Hinrichtungen ukrainischer Zivilisten durch russische Streitkräfte in den Gebieten Yablonska, Sklozavodska und Lisova von Bucha stattfanden und dass 280 Menschen aus Bucha in Massengräbern begraben werden mussten. Die überlebenden Einwohner der Stadt mussten 57 weitere tote ukrainische Zivilisten begraben, während Gerichtsmediziner 100 weitere Leichen einsammelten. Ohne Strom konnte das Leichenschauhaus weder die Toten beherbergen noch die Leichen kühlen, was dazu führte, dass Gerichtsmediziner Landschaftsgärtner bezahlen mussten, um ein Massengrab für die Opfer zu graben. Der Bürgermeister schätzte die Zahl der bei dem Massaker getöteten Menschen auf etwa 300, während der stellvertretende Bürgermeister Taras Shapravskyi schätzte, dass etwa 50 dieser 300 im Hinrichtungsstil hingerichtet wurden. Am 12. April soll die Zahl der bei dem Massaker von Bucha getöteten Menschen bei etwa 400 gelegen haben. Die BBC-Nachrichten bezifferten die Zahl der Todesopfer später auf 500 und dann bis zum 16. Mai auf über 1000, mit einer Schätzung, dass 650 der +1000 getötet wurden direkt von russischen Soldaten. Die 64. separate motorisierte Schützenbrigade wurde während der russischen Invasion als Hauptbesatzer von Bucha identifiziert. Sie sind eine Infanteriebrigade, die dem östlichen Militärbezirk der 35. Armee angegliedert ist. Tschetschenische Einheiten der Special Rapid Response Force und der OMON wurden ebenfalls als Teil der russischen Besetzung von Bucha identifiziert. Diese Militärangehörigen, die während der Bucha-Massaker anwesend waren, wurden vom ukrainischen Geheimdienst identifiziert. Anschließend wurden die Namen der russischen Soldaten von

ukrainischen Medien veröffentlicht, was von Parteien, die die Täter der Massaker mit Kriegsverbrechen verfolgen wollten, als oberste Priorität angesehen wurde. Darüber hinaus konnten deutsche Intel-Quellen Funkübertragungen von russischen Soldaten abfangen und feststellen, dass die Wagner-Gruppe an der Orchestrierung der Massaker beteiligt war. Die Beweise zeigten, dass die russischen Soldaten die Durchführung von Massentötungen dort als Tagesgeschäft oder Standardmodus Operandi ansahen. Unterdessen hat die Nationalpolizei der Ukraine eine Untersuchung der Gräueltaten in Bucha eingeleitet und ist an die Situation wie an einen typischen Tatort herangegangen. Dies geschah zur gleichen Zeit wie Anträge des Außenministeriums der Ukraine, den Internationalen Strafgerichtshof und andere internationale Organisationen untersuchen zu lassen, was in Bucha und anderen Teilen von Kiew passiert ist. Russland hingegen versuchte, eine Sonderkonferenz des UN-Sicherheitsrates zu initiieren, um zu behaupten, dass die schrecklichen Folgen des russischen Rückzugs aus Bucha von ukrainischen Radikalen zu Provokationszwecken orchestriert wurden. Russland ordnete eigene Ermittlungen an und verdächtigte die Ukraine, Falschinformationen verbreitet zu haben. Aber Amnesty International, eine höchst unparteiische Menschenrechtsorganisation, bestätigte, dass Russland in Bucha Kriegsverbrechen begangen hat. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba verglich Russland mit dem IS und sagte, Russland sei noch schlimmer als die islamistische Terrorgruppe. Er schlug auch vor, dass die G7-Staaten strenge finanzielle Beschränkungen für Russland einführen. Der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, nannte das Massaker einen Völkermord am ukrainischen Volk mit direkter Verantwortung von Wladimir Putin. Präsident Selenskyj traf am 4. April in Bucha ein und sprach am nächsten Tag vor dem UN-Sicherheitsrat mit der Forderung, Russland aus dem Rat zu entfernen, wenn es sich

weigere, die Konsequenzen zu tragen. Er erklärte, Russland freue sich über die vorsätzliche Tötung von Zivilisten und forderte die internationale Gemeinschaft auf, Russland für die Geschehnisse in Bucha zur Rechenschaft zu ziehen. Das Massaker von Bucha würde einen großen Einfluss auf Präsident Zelesnkyy und seine Weltanschauung von Russland und Russen im Allgemeinen haben. Die Gräueltaten wurden auch vom EU-Rat verurteilt. Ihr Präsident Charles Michel versprach der Ukraine, dass die EU alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um Russland für die begangenen Verbrechen verantwortlich zu machen. Auch die Nato und die UN waren schockiert, als sie von den Vorfällen in Bucha hörten. Antonio Guterres, Generalsekretär der UNO, sprach im Namen der UNO und forderte eine Untersuchung, die mit Sicherheit dazu führen würde, dass die Verantwortlichen vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt würden. Die USA forderten den Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat, was zu einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung führte. Dort wurde dafür gestimmt, Russland aus dem Rat zu entfernen. Allerdings stimmten 24 Nationen gegen den Vorschlag, während sich 58 der Stimme enthielten. Libyen war die einzige andere Nation, die 2011 aus dem Rat entfernt wurde. Andere europäische Organisationen wie die Europäische Kommission verurteilten die Massaker von Bucha und erlaubten der Ukraine offiziell, einen beschleunigten Beitrittsprozess zur Europäischen Union (EU) zu beginnen. Estland verurteilte Russland und verglich das Massaker von Bucha mit den Gräueltaten der Nazis und der Sowjetunion und forderte Ermittlungen und Strafverfahren gegen die Organisatoren der Gräueltaten. Der Premierminister der Slowakei sagte, dass die Ereignisse in Bucha an die Ereignisse während des Jugoslawienkrieges erinnerten. Was in Bucha geschah, gab den Ton für den Rest des Krieges an, und der ukrainische Widerstand im Westen machte deutlich, dass Russland nicht in der Lage sein wird, die gesamte Ukraine zu erobern. Tatsächlich ist klar, dass

die Gebiete westlich des Dnjepr das russische Militär vor logistische Probleme stellen, und Russland wird sich deshalb schließlich aus vielen der Gebiete in der Ostukraine zurückziehen, die es erobert hat. Das ukrainische Arsenal an HIMARS-Raketensystemen schafft ein sehr strategisches Problem für Russlands Fähigkeit, mehr Territorium westlich der Ukraine jenseits des Dnjepr zu konsolidieren. Es gibt noch einen weiteren Faktor. Die Dynamik, die den Krieg in der Ukraine geprägt hat, hat Ähnlichkeiten mit Russlands Krieg in Georgien im Jahr 2008, und aus diesem Grund könnten Berichte über Russlands möglichen Einsatz einer Atomwaffe übertrieben erscheinen. Denken Sie daran, dass Russland 2008 eine umfassende Invasion in Georgien gestartet und die Separatisten in Südossetien und Abchasien unterstützt hat. Kurz darauf zog Russland seine Truppen jedoch aus den während der Invasion eroberten Gebieten Georgiens ab, während es seine Truppen in den separatistischen Regionen Südossetien und Abchasien stationiert ließ. Rückblickend begannen die Spannungen in Georgien, nachdem Georgien nach dem Fall der Sowjetunion 1991 seine Unabhängigkeit behauptet hatte. Russland wollte Georgien jedoch in seinem Einflussbereich behalten und beschloss, separatistische Bewegungen in den georgischen Gebieten Südossetien und Abchasien zu unterstützen um die georgische Unabhängigkeit zu untergraben. Nach dem Bürgerkrieg in den frühen 1990er Jahren blieben die separatistischen Regionen in Georgien inmitten einer langen Pattsituation autonom, und es gab viele Versuche der georgischen Regierung in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren, sie wieder unter georgische Kontrolle zu integrieren; Georgien installierte sogar seine eigene pro-georgische Führung in Südossetien. Es wurde jedoch nie von Russland anerkannt und auch von den Separatisten heftig bekämpft. Ironischerweise zögert Russland trotz wiederholter Bitten der Separatisten, die Unabhängigkeit dieser abtrünnigen Regionen anzuerkennen.

Irgendwann einigten sich die EU und Russland auf einen Friedensplan, den die Separatisten selbst ablehnten. Die Spannungen verschlechterten sich, als die NATO 2008 ihre Absicht ankündigte, Georgien in den Militärblock aufzunehmen. Russische Beamte wussten, dass dies den Kreml nur zwingen würde, aggressive Maßnahmen zu ergreifen und die Unabhängigkeit der abtrünnigen Regionen in Georgien anzuerkennen und schließlich militärische Gewalt einzusetzen dort, um es zu zementieren. Deshalb startete Russland im August 2008 eine umfassende Invasion Georgiens, um ethnische Georgier aus den von Separatisten kontrollierten Gebieten zu vertreiben. Hier sehen wir, dass Russland nicht ganz Georgien erobert, sondern eine Reihe von Gebieten in Georgien erobert hat, die an die von Separatisten kontrollierten Gebiete Südossetiens und Abchasiens grenzen, und später seine Streitkräfte aus diesen angrenzenden Regionen abgezogen hat. Russland erkannte daraufhin die Unabhängigkeit der separatistischen Regionen in Georgien an, um eine fortgesetzte russische Truppenpräsenz speziell in diesen Gebieten zu rechtfertigen. Aus diesem Grund ist angesichts des Krieges zwischen der Ukraine und Russland im Jahr 2022 damit zu rechnen, dass Russland innerhalb von zwei Jahren seine Truppen aus vielen Regionen der Ostukraine abziehen wird, die an die separatistischen Gebiete der Volksrepublik Donezk (DVR) grenzen. und der Volksrepublik Lugansk (LPR), während die Truppenpräsenz in der DVR und der LVR aufrechterhalten wird. Wir können auch vermuten, dass Russlands Hauptziel in der Ukraine nicht unbedingt die Eroberung der gesamten Ukraine war, sondern die ethnische Säuberung der abtrünnigen Regionen von den Überresten der ukrainischsprachigen Ukrainer in den mehrheitlich russischen Gebieten der Ostukraine. Aufgrund dieser Dynamik, die sich während des russisch-georgischen Krieges abspielte, wird die Ukraine vor einem ähnlichen Ergebnis stehen. Allerdings würde

es in den abtrünnigen Regionen ein Machtvakuum geben, das niemand zu erkennen scheint und das die Ukraine leicht ausnutzen könnte.

Kapitel 3: Selenskyj und die extreme Rechte

Während Wlodymyr Selenskyj 2019 in der Ukraine durch eine Plattform des Friedens an die Macht kam, wird ihn eine Plattform des anhaltenden Widerstands gegen die russische Invasion in der Ukraine auch nach 2022 an der Macht halten Russland und die Beendigung des Konflikts in der Ostukraine, indem es der DVR und der LVR erlaubte, Wahlen abzuhalten, stießen in Kiew auf breite Verurteilung. Demonstranten gingen auf die Straße und forderten, dass es keine Kapitulation gegenüber Moskau geben sollte, und jetzt, nach der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022, hat Selenskyj keine andere Wahl, als den Krieg mit einem Sieg zu beenden, nicht mit einer Verhandlungslösung. Dennoch könnte es von Vorteil für ihn sein, offen für die Wiedervereinigung von Russisch- und Ukrainischsprachigen in der Ukraine zu bleiben. Die Herausforderung, vor der er steht, besteht darin, die Auswirkungen des Massakers von Bucha zu überwinden und zu erfahren, wie es seine Sicht auf das russische Element in der Ukraine verändern wird. Ganz zu schweigen davon, dass die meisten Ukrainer das Massaker von Bucha im Einklang mit dem Holodomor sehen werden, einer weiteren großen Gräueltat, die Russland in den 1930er Jahren gegen die Ukraine begangen hat. Der Ukrainer wird erwarten, dass der Tod von Unschuldigen in Bucha in irgendeiner Form oder Weise gerächt wird. Das ändert aber nichts daran, dass Selenskyj ohne Frage eines der besten Beispiele des Liberalismus der jüngeren Geschichte ist, dessen Toleranz weitreichende Wirkung entfaltet hat. Einerseits kann er sich als russischer Muttersprachler für rechtsextreme ukrainische Extremisten einsetzen, andererseits kann er sich für linksextreme Inklusion einsetzen. Als wir unser Amt antraten, hatte er aufgrund seiner Neigung zur Gewaltlosigkeit die Unterstützung sowohl der Russisch- als auch der Ukrainischsprachigen. Dies ist die richtige Wahrnehmung von

Vlodymyr Selenskyy und ein Beweis für seine große Anziehungskraft. Tatsächlich kann dieser von Selenskyj oft gezeigte Faktor der Toleranz es der Ukraine ermöglichen, die Gebiete Donezk und Luhansk zurückzuerobern, ohne dass ein einziger Schuss vom ukrainischen Militär abgefeuert wird. Ich werde erklären. Der Schlüssel zu Selenskyjs Erfolg bei der Ausnutzung des Machtvakuums in der Ostukraine wird seine Fähigkeit sein, aus den Fehlern von Viktor Janukoitsch und Barack Obama zu lernen. Beide Männer wurden in ihren jeweiligen Ländern, in denen ihr ethnischer Hintergrund eine Minderheit der Gesamtbevölkerung darstellt, in die Präsidentschaft gewählt. Viktor Janukowitsch war als ethnisch russischsprachiger Ukrainer Präsident der Ukraine, und Barack Obama war als Afroamerikaner Präsident der Vereinigten Staaten, eine Bevölkerungsgruppe, die nur 12 % der US-Bevölkerung ausmacht. Der Fehler, den beide machten, war jedoch, dass sie beide gegen Ende ihrer jeweiligen Regierungen die Rassen-/Ethnizitätskarte ausspielten, was letztendlich ihre Länder zersplitterte. Janukowitsch wies die Ukraine auf das hin, was seinen ethnischen russischen Hintergrund repräsentierte, während Barack Obama offen eine Bewegung unterstützte, die seinen ethnischen Hintergrund repräsentierte. Zelenskyy befindet sich in einer ähnlichen Situation, hat sich jedoch nicht mit dem, was seinen ethnischen jüdischen Hintergrund repräsentiert, in Einklang gebracht und kann als solcher immer noch eine gewisse Einheit zwischen russischsprachigen und ukrainischsprachigen Menschen inspirieren, die es ihm ermöglichen könnte, aus dem bestehenden Machtvakuum in der Ostukraine Kapital zu schlagen. Zelenskyy hat das Privileg der natürlichen Neutralität, ganz zu schweigen von der rechtsradikalen Gruppe, der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die sich dafür einsetzt, dass jeder Nichtukrainer nur zugelassen werden kann, wenn dies im besten Interesse der Ukrainer ist. Selenskyj hat als

Staatsoberhaupt bewiesen, dass die Ideologie der Banderisten es einem ermöglichen kann, die Führung in der Ukraine zu übernehmen, obwohl sie eigentlich im besten Interesse der Ukrainer sind. Und nur weil Selenskyj sich dem ukrainischen Element zugewandt hat, kann er aus Sicht des russischen Elements keineswegs als ethnozentrisch gelten, denn er ist gleichzeitig russischer Muttersprachler und auch kein ethnischer Russe oder ethnischer Ukrainer . Man kann sich also die Nuancen ansehen und erkennen, dass es in Selenskyj ein gewisses Maß an Neutralität gibt, das der Ukraine nur helfen wird, die von Separatisten kontrollierten, von Russland gehaltenen Gebiete zurückzuerobern. Erinnern Sie sich daran, dass Selenskyj Gerechtigkeit für die Opfer des Brandes von Odessa 2014 fordern wollte, und selbst nach der russischen Invasion von 2022 hat Selenskyj einige der Aktionen ukrainischer Soldaten während des Krieges verurteilt, insbesondere in Bezug auf Folter.

Nachdem Amnesty International einen Bericht veröffentlicht hatte, in dem die Taktik der Ukraine kritisiert wurde, zivile Gebiete während der Feindseligkeiten zu nutzen, sah sich Amnesty International mit weit verbreiteter Kritik aus der Ukraine und vielen ihrer westlichen Unterstützer konfrontiert. Amnesty International wurde schließlich kritisiert, weil der Bericht weitgehend auf die humanitären Menschenrechtsverletzungen der Ukraine hinwies, indem er sich auf die Seite des Angreifers stellte und dem Opfer die Schuld gab. Amnesty International reiste in die Donbass-Region, nach Charkiw und Mykolajiw und fand Beweise dafür, dass die Ukraine Militärstützpunkte in Krankenhäusern und Schulen baute, was gegen internationale Menschenrechtsnormen verstößt. Amnesty interviewte auch Anwohner in diesen Gebieten, die sagten, dass sie sich sehr unwohl fühlten, wenn ukrainische Streitkräfte Artillerie in der Nähe ihrer Häuser stationierten. Es wurde auch entdeckt, dass es genügend Waldgebiete gab, die die ukrainische Armee hätte

nutzen können, um ihre Stützpunkte gegen die russischen Streitkräfte zu errichten. Die Ukraine ist seit dem 24. Februar 2022 gezwungen, sich gegen eine brutale russische Invasion zu verteidigen, bei der russische Streitkräfte in mehreren Gebieten der Ukraine Hinrichtungen im Schnellverfahren und Kriegsverbrechen begangen haben, am bedrohlichsten in Bucha, wo ein Massaker stattfand, bei dem wahllos getötet wurde von ukrainischen Männern, Frauen und Kindern. Der Vorteil des Amnesty-Berichts, der die Ukraine verurteilt, besteht darin, dass er es unmöglich macht, zu leugnen, dass das russische Militär das Massaker von Bucha tatsächlich ausgeführt hat, das Amnesty ausführlich dokumentiert hat. Das internationale Menschenrechtsgesetz macht beide Seiten eines Konflikts für Gesetze zum Schutz ziviler Gebiete verantwortlich, und dies veranlasste viele, anschließend zu überlegen, ob der verteidigenden Nation eine gewisse Freiheit eingeräumt werden sollte, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um einer bevorstehenden Invasion durch einen größeren Angreifer mit skrupellosen Methoden Widerstand zu leisten Territorium zu besetzen. Vor diesem Hintergrund muss man sich darüber im Klaren sein, dass andere Verteidigungseinheiten die gleichen Rechte hätten, und dass schwächeren Kräften auf der ganzen Welt ein gewisser Spielraum eingeräumt wird, wie aggressive Aktionen von der internationalen Gemeinschaft wahrgenommen werden. Dennoch lässt sich in vielen Fällen erklären, dass Taktiken, die zivile Gebiete gefährden, im objektiven Sinne zwingend und auch zur Verteidigung einer Nation effektiv sind. Der erste Tschetschenienkrieg ist ein klares Beispiel. Aber ich versuche dem Leser auch zu zeigen, dass es andere Wege gibt, um Abschreckung zu erreichen, die keine Gefährdung von Zivilisten oder direkte Feindseligkeiten mit der Besatzungsmacht beinhalten und tatsächlich eine größere beabsichtigte Abschreckungswirkung haben und der Ukraine letztendlich helfen könnten, der

Abschreckung zu helfen, abtrünnige Gebiete zurückzugewinnen im Osten, ohne einen einzigen Schuss auf die Besatzer abzugeben.

Als die umfassende russische Invasion am 24. Februar 2022 begann, richtete Selenskyj in den ersten Monaten zahlreiche Appelle an die russische Bevölkerung und zeigte Geduld angesichts des Vorfalls russischer Artillerie, die zahlreiche ukrainische Soldaten verstümmeln und auslöschen würde Zivilisten. Diese Strategie, an das russische Volk zu appellieren, war eine gute von Zelesnkyy, da der Sieg der Ukraine davon abhängen wird, mit wem sie in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine zusammenarbeiten können. Und zu Beginn der russischen Invasion brachen in Russland Demonstrationen zugunsten des ukrainischen Volkes aus. Als sich der Krieg jedoch in seinen sechsten Monat hinzog, hat sich Selenskyjs Rhetorik gegenüber dem russischen Element erheblich verändert, und dies könnte eine unkluge Strategie sein, da Selenskyjs Erfolg oder Wahrscheinlichkeit, verlorene Gebiete in der Ostukraine zurückzuerobern, von seiner Fähigkeit abhängen wird, innerhalb von a zu rekrutieren Bevölkerung, die sich weitgehend als Russen identifiziert, weshalb sein Liberalismus die Geheimwaffe sein könnte, die den Sieg der Ukraine ermöglichen wird, ganz zu schweigen davon, dass seine fließenden Russischkenntnisse derzeit eine riesige Waffe für die Ukraine sind, weshalb es umso wichtiger ist, dass die Ukraine Platz macht für die russische Sprache. Um es unverblümt auszudrücken, erfordern verdeckte Operationen, die darauf abzielen, die abtrünnigen Regionen zurück in den Einflussbereich der Ukraine zu bringen, fließendes Russisch. Vor diesem Hintergrund kann man erklären, wie es möglich sein könnte, verlorenes Territorium zurückzugewinnen, ohne auf Taktiken zurückzugreifen, die für Tschetschenien weitgehend effektiv waren, wenn die Ukraine ihre Karten richtig spielt. Tschetschenien verwendete Taktiken wie Terrorismus und Geiselnahmen, die den beabsichtigten Effekt hatten, die

russischen Streitkräfte während des ersten Tschetschenienkrieges zu zermürben, aber wie noch erläutert wird, muss die Ukraine möglicherweise nicht auf solche Taktiken zurückgreifen, und ironischerweise kann dies Russland dienen Ziele in der Ukraine gegen zu gehen. Dieser Brief bezieht sich auf die Ausweichtaktiken von ISIS und Hamas bei Luftangriffen, die laut Experten erstklassig sind, und erklärt, wie die Ukraine ihre unterirdische Infrastruktur auf ähnliche Weise aufbauen muss, wenn sie gegenüber ausländischer Aggression widerstandsfähig bleiben und Zivilisten vor russischer Artillerie schützen will . Während einige im Westen ein verhandeltes Ende des Krieges anstreben – mich eingeschlossen – wird ein solches Ergebnis, wenn die Ukraine ohne eigene international anerkannte Grenzen bleibt, das Exekutivbüro in der Ukraine wahrscheinlich in politisches heißes Wasser mit den Extremisten bringen, wenn man bedenkt, wie Frieden kann oft mit Kapitulation und Verrat durch die nationalistischsten Elemente des Landes gleichgesetzt werden. Schauen Sie sich nur an, was mit dem ägyptischen und dem israelischen Präsidenten in den 1980er Jahren geschah, nachdem sie beide versucht hatten, mit den langjährigen Feinden ihres Landes Frieden zu schließen. Anwar Sadat, Ägyptens Präsident, wurde von arabischen Extremisten bei einer Militärparade ermordet, kurz nachdem er das Camp-David-Abkommen unterzeichnet hatte, das Ägyptens Beziehungen zu Israel normalisierte und die Sinai-Halbinsel offiziell an israelische Kontrolle abtrat. Yitskah Rabin, Premierminister Israels, wurde von einem jüdischen Extremisten ermordet, als er eine Kundgebung zur Unterstützung des Oslo-II-Abkommens abhielt, das darauf abzielte, Frieden mit den Palästinensern zu schließen und dem Rückzug einiger israelischer Siedlungen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen zuzustimmen den Palästinensern eine gewisse politische Kontrolle und Autonomie in diesen Gebieten. Die Oslo-II-Abkommen wurden weitgehend

von jüdischen Extremisten abgelehnt, die auf Israels Anspruch auf ganz Palästina bestanden, ohne zu glauben, dass die Palästinenser die Feindseligkeiten einstellen würden. Wie wir in diesen Fällen sehen, geht es den Extremisten, die für die Fortsetzung des Krieges kämpfen, um sein endgültiges Ende zu erreichen, nicht um die Kampagne für die Rechte der Lebenden, sondern um die Kampagne für die Rechte derer, die bereits für die Sache gestorben sind. Aus diesem Grund war die extreme Rechte in der Ukraine mit den Minsker Abkommen unzufrieden, weil die Minsker Abkommen im Wesentlichen die Bemühungen derer missachteten, die bei dem Versuch starben, Donezk und Luhansk von gewalttätigen Separatisten zurückzuerobern. Leider ist dies das Stadium des ukrainisch-russischen Konflikts erreicht – Frieden ist im Wesentlichen eine Art Kapitulation für die ukrainische Armee. Russland hat auch Schritte unternommen, um Äußerungen zu unterdrücken, die eine fortgesetzte russische Aggression nicht unterstützen. Diese Dynamik ist auch der Grund, warum Militante in Gaza sich weiterhin dem israelischen Einfluss widersetzen und der ISIS weiterhin im Irak und in Syrien operiert. Ich habe mir online ein Video von einem Typen angesehen, der durch die palästinensischen Gebiete ging und zufällige Leute fragte, ob sie Frieden wollten. Nun, viele derjenigen, denen diese Frage gestellt wurde, antworteten mit einem klaren „Ja", aber als sie speziell gefragt wurden, ob sie Frieden mit Israel wollten, antwortete die Mehrheit derer, die diese Frage stellten, entschieden mit „Nein". Von dieser kleinen Stichprobe bestanden sogar die Frauen dort darauf, einen Frieden mit Israel zu vermeiden. Nur ein Teil der Befragten gab eine Antwort, die die Vorteile des Friedens mit Israel berücksichtigte, Vorteile wie mehr Freiheit. Andere Männer in dem Video erklärten, dass ihre einzige Sorge um Israel die Extremisten seien – jene Israelis, die wollen, dass das gesamte Land Palästina unter israelische Besatzung fällt. So wie es heute aussieht, unterstützen

viele im Westen die fortgesetzten Bemühungen einiger dieser Gruppen, sich der Kapitulation zu widersetzen, aber gleichzeitig sind viele im Westen nicht in der Lage zu verstehen, warum die Kapitulation der Grund dafür ist, dass einige Orte im Westen derzeit nicht bereit sind Krieg. Was wäre, wenn die Konföderierten im Süden der Vereinigten Staaten anfangen würden, über die Laster der Kapitulation nachzudenken? Es wäre schlecht für das Land. Was wäre, wenn indianische Gruppen dasselbe tun würden? Oder was wäre, wenn Mexiko anfangen würde, die Laster der Kapitulation in Bezug auf den ursprünglich mexikanischen Bundesstaat Texas in Betracht zu ziehen? Dies ist eine besorgniserregende Aussicht, aber sehr wahrscheinlich, wenn sozialer Druck mit solchen Zielen ausgeglichen wird. Russische Agenten haben diese Dynamik des Separatismus genutzt, um die USA intern zu schwächen, und das mit großer Wirkung. Im Jahr 2016 gab es viele russische Elemente, die mit Social-Media-Seiten verknüpft waren, die Organisationen wie die „alternative Rechte“ und „Black Lives Matter“ förderten, die beide letztendlich zum Zusammenbruch des Landes führten, da die extremistischen Elemente innerhalb dieser Bewegungen fragmentiert wurden . Solche Aktionen russischer Agenten bringen das Land auf den Weg zu einem großen politischen Wandel. Tatsächlich haben die USA und Russland geheime Mittel eingesetzt, um sich gegenseitig zu schwächen. Die Wissenschaft ist mit der NATO-Erweiterung bestens vertraut. Bis heute schürt Russland Spaltungen in den Vereinigten Staaten. Das FBI hat kürzlich eine proafrikanische sozialistische Gruppe mit Verbindungen zur russischen Regierung durchsucht, und dies stellte sich als ein weiteres Beispiel dafür heraus, wie Russland kritische Theorien, die in den USA kursieren, nutzen kann, um Separatismus zu fördern – das Endergebnis ist das, was wir in der Ukraine sehen. gewaltsamen Konflikt. Aber jetzt könnte die Ukraine an der Reihe sein, den Separatismus auf eine Weise zu

schüren, die der Ukraine zugute kommt. Separatismus hat die Fähigkeit, Menschen in die Sache einzuschüchtern und die gesamte Region einem erheblichen Risiko einer Menschenrechtskatastrophe auszusetzen. Daher müssen die pro-russischen Separatisten letztendlich die Verantwortung für den gesamten Konflikt übernehmen. Dies rechtfertigt in keiner Weise den Beschuss und die Verletzung von Zivilisten in Separatistengebieten durch die Ukraine seit 2014, aber es zeigt, dass Separatismus eine Geißel ist, die es angesichts des vorhergesagten Ergebnisses von Massenaggression und Krieg zu vermeiden gilt. Aber Vorsicht, die Ukraine kann diese Spaltungstaktiken auch anwenden, und zwar mit großer Wirkung, was zu einem unvorhersehbaren und scheinbar unmöglichen Ergebnis führen würde, von dem die Ukraine profitieren wird, ein Ergebnis, das niemand hätte vorhersagen können.

Wir können sehen, dass in einem andauernden Krieg, wenn Kapitulation oder Kapitulation zu einem Laster wird, der Krieg selbst endlos wird. Im Fall der Ukraine ist die einzige mittlere Perspektive, die ein Pazifist in diesem unglücklichen Umstand, dass Frieden in Kapitulation, wenn nicht in Verrat umschlägt, haben kann, eine, die eine Strategie der Klugheit artikulieren kann, bei der der totale Sieg durch Schmeichelei oder Nichtkrieg erreicht werden könnte - Kriminelle Aktivität. Abgesehen von diesen anderen gewaltfreien Methoden muss jeder, der den Sieg der Ukraine unterstützt, die Realität akzeptieren, dass ein solches Ergebnis nur mit der Anwendung der gleichen Guerilla und brutalen Taktiken zu erwarten ist, die von Organisationen angewendet werden, die von einem Großteil der westlichen Welt weitgehend geprügelt werden. Dieses Papier versucht zu zeigen, dass diese brutalen Taktiken zwar von Ländern wie Tschetschenien während des ersten Tschetschenienkrieges eingesetzt wurden, es aber auch andere Möglichkeiten gibt, einen

Krieg zu gewinnen, die über den Einsatz von Waffen oder direkte Feindseligkeiten hinausgehen.

Im Moment gibt es einen starken Kanal für Geld- und Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte, aber es sollte klargestellt werden, dass sich die ukrainischen Streitkräfte gezwungen fühlen könnten, ähnliche Taktiken anzuwenden wie diejenigen, die ähnliche Ziele verfolgen, um Luftangriffe und eine Rückeroberung zu vermeiden verlorene Gebiete, während sich dieser Konflikt hinzieht. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die ukrainische Strategie stark mit den Strategien der aufständischen Gruppen im Nahen Osten wie ISIS und Hamas übereinstimmt, deren Hintergrund darin besteht, sich einer viel größeren Militärmacht als ihrer eigenen zu stellen. Ein Großteil der ISIS-Führung besteht aus Saddam-Loyalisten, die sich weigern, den Sturz ihres langjährigen Führers zu akzeptieren. Was die ukrainische Gegenoffensive betrifft, scheint es außerdem keine Möglichkeit zu geben, das zu stoppen, was durch die russische Invasion in Gang gesetzt wurde – die Aussicht, dass Russen und Ukrainer jetzt bis ins Mark verfeindet sind. Daher könnte die Ukraine unter irgendeiner Form rechtsextremer Ideologie landen, selbst wenn sie nach dem Krieg mit einem gewissen Grad westlicher Demokratie verflochten ist. Die Frage des Nationalsozialismus ist eine große Kontroverse für die Ukraine. Das Buch Anthony's Treaty versucht, das Fundament zu legen, das der Nationalsozialismus in einigen Teilen der Ukraine darstellte, hat aufgrund des historischen Hintergrunds Deutschlands als Befreier einer Nation von Menschen, die von Sowjetdiktator Joseph Stalin fast vollständig ausgelöscht wurden, einen anderen Kontext. Unmittelbar nach der Übernahme der Ukraine durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg erklärten der Vorsitzende der OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten), Stephan Bandera, und andere Beamte die Unabhängigkeit der Ukraine. Die OUN war weitgehend gegen Polen und Russen, die beide die

langjährige Unterdrückung ihrer einzigartigen Sprache und Kultur durch die Ukraine repräsentierten. Stephen Bandera schrieb 1941 sogar einen Brief an Hitler, in dem er seinen Fall für die ukrainische Souveränität erklärte. Als die deutschen Streitkräfte jedoch 1941 die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine hörten, verhafteten sie sofort diejenigen, die die Erklärung abgaben, und schickten sie in Gefangenenlager, wo sie den größten Teil des Krieges verbringen würden. Unter den Festgenommenen war auch Stephan Bandera. Seine Anhänger blieben jedoch in der Ukraine aktiv und arbeiteten mit deutschen Streitkräften gegen Polen, Juden und die Sowjetunion zusammen. Bandera wurde später gegen Ende des Krieges aus dem Gefangenenlager entlassen, in der Hoffnung, Deutschland bei der Abwehr der sowjetischen Gegenoffensive zu helfen. Nach dem Krieg reiste Bandera in die amerikanische Zone Westdeutschlands und wurde aufgrund seiner Kenntnisse über die inneren Abläufe der Sowjetunion schließlich zu einem Aktivposten für britische und US-amerikanische Geheimdienste. Der britische Geheimdienst begann, die OUN zu sponsern, und die USA schützten Bandera, indem sie seine Auslieferung an die Sowjetunion blockierten, die alle Ukrainer zu Sowjetbürgern erklärt hatte. Bandera wurde jedoch später von KGB-Agenten aufgespürt und getötet. 2018 erklärte die Ukraine Banderas Geburtstag am 1. Januar zum Nationalfeiertag. Die Ukraine hat versucht, ihr Image aufzupolieren, aber Bandera bleibt eine polarisierende Figur, mit der viele Ost- und Südukrainer einen Nazi-Kollaborateur sehen und sich daher schwer damit identifizieren können. Die Nazis selbst schrieben jedoch, dass die OUN den Juden gegenüber gleichgültig sei und ihnen entweder helfen oder schaden würde, je nachdem, wo sie in der Ukraine stünden. Eines der Gründungsprinzipien der OUN scheint in die gleiche Richtung zu gehen, Nichtukrainer nur aufzunehmen, wenn sie hinter der ukrainischen Sache stehen. Dies ist vielleicht die

einzige Möglichkeit, das Nebeneinander von Vlodymyr Selenskyj als ukrainischem Präsidenten und der Präsenz dieses Elements in der ukrainischen Regierung zu erklären – nämlich, dass Selenskyj das ukrainische Volk und die ukrainische Sprache und damit die Unterstützung und den Respekt der extremen Rechten uneingeschränkt unterstützt Die Ukraine gewinnt. Dies erklärt auch, warum die russischen Muttersprachler Leonid Kutschma und Wiktor Janukowitsch noch genug Unterstützung für ein Amt in der Ukraine gewinnen konnten, da sie, obwohl sie russische Muttersprachler sind, in der ersten Zeit ihrer Amtszeit zunächst als im besten Interesse der Ukraine angesehen wurden Ukrainer. Es ist auch wichtig, die nationalsozialistischen Ursprünge des umstrittenen Asow-Bataillons vom übergreifenden Rahmen der ukrainischen Kultur zu unterscheiden, indem man die Tatsache anerkennt, dass ein Großteil der ursprünglichen Neonazi-Mitgliedschaft des Asow-Bataillons aus russischen Muttersprachlern aus der Ostukraine bestand. Sie waren keine Produkte der ukrainischen Kultur in den westlichen Teilen der Ukraine, wo die Mehrheit der ukrainischen Muttersprachler lebt. Eine andere zu berücksichtigende Sache ist, dass in der Ukraine die Verbreitung von Nostalgie für die Sowjetzeit und Führer wie Joseph Stalin, der der Haupttäter des Holodomor (Mord und Hunger von Millionen von Ukrainern) war, zu Gegenextremismus wie dem Nationalsozialismus führen kann. Da Asow während des 8-jährigen Bürgerkriegs Teil eines weitgehend dezentralisierten ukrainischen Widerstands gegen die pro-russischen Separatisten in der Ostukraine war (es gab viele private Milizen, die gegen die Separatisten kämpften), annektierte die ukrainische Regierung im Wesentlichen die paramilitärische Gruppe sowie andere private Milizen in die ukrainische Armee ... alles für einen besser organisierten Widerstand gegen separatistische und russische Kräfte in der Donbass-Region. Gleichzeitig hat die ukrainische Armee ihre Ideologie nicht übernommen. Es war umgekehrt. Die

privaten Milizen wurden indoktriniert und dem wahren ukrainischen Nationalismus übergeben. Es ist wahr, dass die Asowschen maßgeblich dazu beigetragen haben, der Ukraine zu helfen, während sie hochqualifiziert und taktisch waren und eine echte Bedrohung darstellen, wenn sie weiterhin an ihrer Nazi-Ideologie festhalten und sich einer vollständigen Integration in die ukrainische Armee widersetzen. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da weder Präsident Selenskyj noch ein Großteil der ukrainischsprachigen Bevölkerung der Ukraine dies tolerieren würden. Inzwischen hatte Asow begonnen, viele seiner Nazi-Perspektiven abzulehnen.

Nun, da sich Ukrainer und Russen an die Vorstellung von Krieg, Tod und Konflikt gewöhnt haben, werden viele ohne zu zögern diese Realität für die kommenden Jahre heimsuchen. Es ist nicht anders als Hamas oder ISIS, da sich diese beiden Einheiten der Realität von Krieg und Tod verschrieben haben und darauf bestehen, dies auf unbestimmte Zeit zu bleiben, zumindest bis ihre Ziele, verlorenes Territorium zurückzuerobern, endlich erreicht sind. Die aufständischen Strategien wurden von den Tschetschenen während des Ersten Tschetschenienkrieges mit großem Erfolg eingesetzt und sind vielleicht das relevanteste Beispiel dafür, wie ein kleineres osteuropäisches Land einem Angriff einer größeren russischen Streitmacht standhalten konnte, die auf ihr Land vordrang. Die mit Zucker überzogene Ansicht ist einfacher zu lesen. Die realistische Perspektive zwingt einen jedoch dazu, die Realitäten zu akzeptieren, in denen wir leben, wenn es darum geht, wie Nationen gebildet und verteidigt werden. Die Militanten in Tschetschenien verwendeten Kriegsstrategien, die Aufständische im Nahen Osten heute anwenden, Strategien, die Guerilla-Taktiken und unterirdische Kriegsführung beinhalten. Wenn man im Nachhinein glaubt, dass Tschetschenien sich im ersten Tschetschenienkrieg zu Recht gegen den russischen Imperialismus gewehrt hat, dann muss man

behaupten, dass die Taktiken, mit denen sie ihn durchgesetzt haben, richtig waren. Während erklärt wird, wie diese Taktiken für Tschetschenien funktionierten, erklärt es auch, wie diese Taktiken theoretisch auf die Ukraine anwendbar wären, zusammen mit der Möglichkeit, dass die Ukraine es vermeiden könnte, auf diese Extreme zurückzugreifen, während sie dennoch eine hohe Wahrscheinlichkeit behält, verlorenes Territorium zurückzugewinnen, wenn Der ukrainische Geheimdienstapparat könnte einfach einige alte Tricks anwenden, die von seinen US-amerikanischen und russischen Kollegen verwendet werden.

Kapitel 4: Der Wert unterirdischer Kriegsführung

Eines wird der ukrainische Aufstand der Welt bieten. Weitere Fortschritte und Kenntnisse der unterirdischen Kriegsführung und der Raketenabwehr, die eine wahrscheinliche Strategie ukrainischer Aufständischer gegen die russische Besatzung sein werden, da die einzige Kriegsführungsmethode, die von Großmächten angewendet wird, um Aufstände zu stoppen, in den meisten Fällen erfolglos ist, Luftangriffe waren. Dies war während der gesamten modernen Geschichte der Fall. Die Ukraine demonstrierte die Wirksamkeit geheimer unterirdischer Tunnel, als sie inmitten des russischen Angriffs auf Mariupol während des Krieges zwischen der Ukraine und Russland 2022 bittere Unnachgiebigkeit zeigte. Mitte April dieses Jahres flüchteten ukrainische Verteidigungskräfte in die Stahlfabrik Azovstal Iron and Steel Works in Mariupol und leisteten den russischen Streitkräften außergewöhnlichen Widerstand. Die Fabrik war mit Stahl und unterirdischen Tunneln befestigt, was es russischen Luftangriffen erschwerte, ukrainische Streitkräfte genau zu lokalisieren und zu zerstören. Als russische Truppen weiter nach Mariupol vordrangen und die Fabrik umzingelten, blieben die ukrainischen Streitkräfte aufgrund der Befestigungen durch den unterirdischen Schutzraum unnachgiebig, bis zum letzten Mann zu kämpfen. Bereits im Februar, zu Beginn der Invasion in der Ukraine, startete Russland einen amphibischen Angriff auf Mariupol und beschoss es unerbittlich, wobei 10 griechische Zivilisten und ein 6-jähriges Mädchen getötet wurden. Im Jahr 2015 tötete eine Reihe russischer Luftangriffe 29 Zivilisten in Mariupol. Ende Februar/Anfang März war Mariupol, obwohl es immer noch unter ukrainischer Kontrolle stand, vollständig von russischen Streitkräften umzingelt, deren Beschuss der Stadt den Zugang zu Wasser, Internet und Strom unterbrach. Diese Einstellung lebenswichtiger Ressourcen war das einzige Mittel,

um den ukrainischen Widerstand zu stoppen. Viele der in Mariupol Getöteten wurden nicht in unterirdischen Bunkern untergebracht. Als die Russen am 2. März Zivilisten daran hinderten, die Stadt zu verlassen, wurden Hunderte von Zivilisten getötet, nachdem ein Wohngebiet von russischen Streitkräften erbarmungslos beschossen worden war. Der Beschuss wurde am nächsten Tag fortgesetzt, als die DVR den ukrainischen Kämpfern befahl, sich zu ergeben oder sich geführten Artillerieangriffen zu stellen. Das russische Verteidigungsministerium berichtete, dass russische Truppen andere Gebiete in der Nähe erobert hätten. Unterdessen begannen die Vorräte in Mariupol zur Neige zu gehen, was Verstärkung und die Evakuierung von Zivilisten forderte, während russische Streitkräfte kritische Lebensadern wie Krankenhäuser beschossen. Hätten die unterirdischen Befestigungen der Azovstal-Fabrik einen geheimen Tunnel eingeschlossen, der lang genug war, um ukrainisch kontrollierte Gebiete zu erreichen, hätte eine Versorgungsleitung eingerichtet werden können, die es Zivilisten ermöglicht hätte, zu entkommen, und auch ukrainischen Truppen, die sich mit ihrer lebenswichtigen Verstärkung im Bunker versteckten, um den Widerstand gegen die Russen fortzusetzen Ansturm. Anschließend war ein Waffenstillstand erlassen worden, um den 200.000 in Mariupol eingeschlossenen Zivilisten die Evakuierung zu ermöglichen, aber das lag daran, dass das Rote Kreuz als Vermittler beteiligt war und versprach, den Abschluss von Waffenstillstandsvereinbarungen sicherzustellen, die es den Zivilisten ermöglichen würden, die Stadt zu verlassen. Ein umfangreiches geheimes Untergrundnetz, das mehrere Gebiete der Ukraine erreichen könnte, hätte es Zivilisten ermöglicht, unabhängig von Russlands Operationen zu fliehen. Als der ausgehandelte Waffenstillstand endlich in Kraft war, durften Zivilisten Mariupol jedoch nur kurz verlassen und in der Stadt Saporischschja Zuflucht suchen. Der Grund dafür ist, dass

russische Truppen begannen, die Stadt zu beschießen, was die Zivilbevölkerung zwang, umzukehren und zu bleiben. Russlands Verständnis des Waffenstillstands war, dass Zivilisten ausreisen dürften, aber durch einen Korridor nach Russland, nicht nach Saporischschja. Die Ukraine befürchtete jedoch, dass Russland gefangene ukrainische Zivilisten in geheime Konzentrationslager entweder in Russland oder in von Separatisten gehaltene Gebiete schicken würde. Dieser erste Versuch am 5. März, humanitäre Korridore einzurichten, führte nur zur Evakuierung von 17 Personen. Der zweite Versuch am nächsten Tag wurde erneut durch russische Artillerieangriffe untergraben, die die Kraftstoffleitung der Stadt und den Zugang zu Wärme in weiten Teilen der Stadt zerstörten, was dazu führte, dass 700.000 Menschen ohne Wärme endeten und anschließend durch die steigenden Temperaturen unter Null Grad gefährdet waren. Die letzte verbliebene Kommunikationsleitung, ein Mobilfunkmast, wurde durch russischen Beschuss beschädigt. Das Rote Kreuz sagte, der neue Waffenstillstand sei nur im Prinzip und viele der anderen Umstände im Zusammenhang mit der Evakuierung von Zivilisten blieben vage. Eine der Straßen, die für die Evakuierung von Zivilisten vorgesehen waren, wurde vermint. Und am 8. März beschossen russische Truppen einen der Evakuierungswege, als Zivilisten evakuiert wurden. Eine große Zahl von Zivilisten wurde in Mariupol getötet und viele wurden in Massengräbern begraben. Während dies geschah, gelang es Russland, die Begräbnisstätten zu bombardieren, auf denen viele Opfer begraben wurden. Ein Versuch eines weiteren Waffenstillstands wurde am 9. März erstickt, als die russischen Streitkräfte begannen, auf Bauarbeiter zu schießen und Evakuierungskontrollpunkte einzurichten. Es folgte ein Luftangriff auf eine Entbindungsstation und ein Krankenhaus, bei dem drei Zivilisten getötet und 17 verletzt wurden. Drei Tage später, als russische Truppen die östlichen Teile von Mariupol eroberten, konnten etwa 82 ethnische

Griechen Mariupol durch einen der eingerichteten Korridore verlassen. Weitere Artillerie-Bombardierungen Mariupols durch russische Streitkräfte folgten. Vadym Boychenko, der Bürgermeister von Mariupol, sagte, dass das russische Militär am 13. März innerhalb von 24 Stunden Hunderte von Bomben abgeworfen habe, als Nahrung und Wasser extrem knapp wurden. Die ukrainischen Streitkräfte konnten sich dennoch widersetzen und zerstörten eine Reihe russischer Militärfahrzeuge und töteten 150 russische Truppen, die in der Stadt kämpften. In der Zwischenzeit warteten ethnische Türken darauf, von der türkischen Regierung gerettet und evakuiert zu werden. Am 14. März wurde einem Konvoi von Evakuierten erlaubt, Mariupol zu evakuieren, und das russische Verteidigungsministerium bestätigte, dass Hilfe in die Stadt geschickt wurde. Am nächsten Tag, dem 15. März, konnten noch mehr Zivilisten abreisen, etwa 20.000. Am 16. März wurde jedoch ein Theater in Mariupol, in das Hunderte von Zivilisten geflüchtet waren, von einem russischen Luftangriff getroffen. Es wurde berichtet, dass 600 Menschen getötet wurden. Diese Zahl erwies sich als übertrieben. Zudem ermöglichte der unterirdische Keller des Theaters zahlreichen Menschen, den dortigen Luftangriff zu überleben. Dies beweist die Wirksamkeit von unterirdischen Bauten, die die höchste Effektivität bei der Vermeidung von Luftangriffen bieten. Nach dem Angriff überlebten über 100 der im Keller Versteckten und tauchten am 17. März aus den Trümmern des Theaters auf. Tatsächlich berichteten ukrainische Beamte zunächst, dass während des Streiks niemand getötet wurde.

Der Angriff wurde fortgesetzt, als DVR-Truppen zwei Tage später den Flughafen Mariupol eroberten und die ukrainischen Streitkräfte vertrieben. Als die DVR kurz darauf in das Zentrum von Mariupol vordrang, kam es im Azovstal-Stahlwerk zu Zusammenstößen zwischen ihnen und ukrainischen Streitkräften. Während dieser Zeit begannen Vorwürfe zu kursieren, Russland

würde Zivilisten in Lager und abgelegene Gebiete Russlands deportieren. Nachdem Russland diese Anschuldigungen zurückwies, wurde eine weitere Schule in Mariupol bombardiert, eine Schule, die von 400 Zivilisten genutzt wurde, um sich vor dem Beschuss der Stadt zu schützen. In der Zwischenzeit forderten die russischen Streitkräfte weiterhin die Kapitulation der Ukraine. Die ukrainischen Streitkräfte weigerten sich jedoch weiterhin. Am 21. März reagierte Russland mit einer Flut von Luftangriffen, die den Bürgermeister und andere Stadtbeamte kurz darauf zur Flucht veranlassten. Die Russen bewegten sich zu diesem Zeitpunkt um das Zentrum von Mariupol herum und erklärten den Sieg, als russische Truppen tiefer in die Stadt vordrangen. Am 27. März forderte der Bürgermeister die sofortige Evakuierung der verbliebenen Bewohner von Mariupol, da Essen und Wasser so weit aufgebraucht waren, dass selbst ukrainische Soldaten nichts zu essen hatten. Trotz dieser Härten bestanden die ukrainischen Soldaten darauf, bis zum letzten Mann zu kämpfen und weder Zivilisten noch Soldaten zurückzulassen. Am nächsten Tag gab der Bürgermeister zu, dass Mariupol unter russischer Kontrolle stand und dass 5.000 Menschen während der Belagerung starben. Die Ukraine berichtete, dass 20.000 bis 30.000 von russischen Streitkräften gefangen genommen und in Lager in Russland gebracht wurden. Am selben Tag besetzten die Russen das militärische Hauptquartier, das Verwaltungsgebäude und das Hauptquartier des Asowschen Regiments. Während des gesamten Konflikts schossen die Russen 90 % der Rettungshubschrauber ab, die vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj entsandt worden waren, um Evakuierungen durchzuführen und Asow-Soldaten zu versorgen, die im Azovstal-Stahlwerk Deckung suchten. Das ukrainische Militär hatte keine andere Wahl, als sich schließlich in mehrere Zellen zu zersplittern, nachdem die Russen am 4. April 267 Marinesoldaten des 503. Bataillons der ukrainischen Seestreitkräfte gefangen

genommen hatten. Dies führte zu einer Kluft zwischen ukrainischen Kämpfern des Asowschen Regiments und der 36. deren Kommunikationswege durch die Kapitulation der 267 Marinesoldaten des 503. Bataillons der ukrainischen Seestreitkräfte unterbrochen worden waren. Als Reaktion darauf versuchte die Ukraine, die im Azovstal-Stahlwerk stationierten Asow-Kämpfer mit Nachschub zu versorgen, aber Nachschub konnte nicht hergestellt werden, da russische Kämpfer die für die Mission eingesetzten MI-8 abschossen. Nachdem die Russen die Brücke erobert hatten, die zur Stahlfabrik Asowstal führte, konnten sie die Kontrolle über den Fischereihafen übernehmen und die Zugangslinie zwischen den ukrainischen Soldaten im Fischereihafen und denen in der Stahlfabrik unterbrechen. Hätte es am Fischereihafen einen unterirdischen Weg zu den ukrainischen Streitkräften gegeben, wäre die Sache anders gelaufen. Dass Russland den Zugang durch die Zerstörung der Brücke unterbrach, war ein schwerer Schlag, der mit einem schweren Munitionsmangel zusammenfiel, der den Widerstand der in der Fabrik stationierten ukrainischen Truppen gegen herannahende russische Soldaten einschränkte. Zu diesem Zeitpunkt war leicht vorhersehbar, dass Mariupol innerhalb kurzer Zeit in die Hände der DVR und der russischen Streitkräfte fallen würde. Am 11. April wurde eine Reihe ukrainischer Truppen aus der Tasche ukrainischer Soldaten der 36. Separaten Marinebrigade gefangen genommen, die im Stahlwerk von Ilich festgehalten wurden. Einigen von ihnen gelang die Flucht und sie schlossen sich dem Azov-Regiment im Azovstal-Stahlwerk an, während andere auf dem Weg getötet wurden. Der Anführer, Baranyuk, wurde von russischen Streitkräften gefangen genommen, als er versuchte, aus der Stadt zu fliehen, anstatt sich mit den Asowschen zu verbinden. Die verbleibenden 1.026 ukrainischen Kämpfer der llich Steelworks ergaben sich am nächsten Tag und ließen Mariupol von zwei kleinen Gruppen

ukrainischer Soldaten verteidigt zurück. Es überrascht nicht, dass die Asowsche Führung von Baranyuk enttäuscht war, weil er weder den Fluchtplan mit anderen Militärangehörigen teilte, noch versuchte, sich mit dem Asowschen Regiment zu verbinden, wie es andere, die aus dem Werk geflohen waren, versuchen würden. Stattdessen versuchte er, wie Ilia Samoilenko es ausdrückte, zu fliehen, "und nahm Menschen, Panzer und Munition mit". Anschließend forderten ukrainische Kämpfer, die von russischen Streitkräften im Werk Azovstal umzingelt waren, Verstärkung und weitere Vorräte an und teilten dem ukrainischen Kommando mit, dass die Situation schlimm sei, Kämpfe aber immer noch möglich seien. Das Stahlwerk war eine starke Festung und es gab viele unterirdische Tunnel, die es den Menschen dort ermöglichten, in Deckung zu gehen und sich vor Luftangriffen der russischen Streitkräfte zu schützen. Es bot den ukrainischen Truppen auch Tarnung, was es für feindliche Streitkräfte noch schwieriger machte, sie zu lokalisieren. Ohne eine Versorgungsleitung gab es für die ukrainischen Streitkräfte jedoch keine Möglichkeit, die ständigen russischen Angriffe abzuwehren, da Munition, Lebensmittel und Wasser irgendwann zur Neige gehen würden und die dort untergebrachten Menschen keine andere Wahl hätten, als sich entweder zu ergeben oder an Armut zu sterben.

Nach der Eroberung eines Hafens in der Nähe des Strandes von Mariupol retteten und evakuierten einige der Asow-Kämpfer aus dem Werk Azovstal die 500 ukrainischen Truppen und Polizisten, die am Hafen eingekreist waren. Laut einem Offizier des ukrainischen Marinekorps hat die Asow den Hafen durchbrochen und den im Hafen festsitzenden ukrainischen Truppen Deckung gegeben, so dass sie entkommen konnten. Damit blieben dieses Azov-Regiment und andere ukrainische Kämpfer im Azovstal-Stahlwerk die letzte verbleibende Gruppe ukrainischer Soldaten, die dem russischen Vormarsch Widerstand leisteten. Sie weigerten sich jedoch, sich angesichts

der Drohungen Russlands zu ergeben, sie zu vernichten. Die verbleibende Zahl der ukrainischen Kämpfer wurde nach Angaben russischer Beamter auf etwa 2900 geschätzt. Selbst mit der russischen Kontrolle über die Stadt war den russischen Truppen noch nicht befohlen worden, das Azovstal-Werk zu überfallen. Der Kreml glaubte, dass die ukrainischen Streitkräfte kapitulieren würden, sobald ihnen die kritischen Vorräte ausgingen. Aber ukrainische Beamte nahmen es so, dass Russland zugab, dass sie nicht in der Lage waren, die komplexe Infrastruktur des Werks zu infiltrieren. Die unterirdischen Aspekte des Stahlwerks ähnelten den Methoden, die von ISIS und Hamas verwendet wurden, um Luftangriffen im Nahen Osten erfolgreich auszuweichen. Russlands Hauptziel in Mariupol war jedoch, die Stadt mit der Krim zu verbinden, damit Wasser und andere Versorgungsgüter dorthin fließen können. Sobald dieses Ziel erreicht war, hatte Russland keine Eile, die Kontrolle über das Stahlwerk zu übernehmen, da es glaubte, dass ein umfassender Angriff dort unnötig Militärpersonal verschwenden und extrem kostspielig sein würde.

Am 22. April begannen russische Truppen, ihre Präsenz außerhalb des Azovstal-Stahlwerks in unmittelbarer Nähe der Positionen ukrainischer Soldaten in Asovstal auszuweiten. An diesem Tag wurde bestätigt, dass die einzigen verbleibenden ukrainischen Streitkräfte in Mariupol diejenigen waren, die sich im Stahlwerk versteckten. Anschließend begann Russland, einen Teil seiner Truppen aus Mariupol abzuziehen und sie anderen Teilen der Ostukraine zuzuweisen. Darauf folgte eine Reihe von Luftangriffen russischer Streitkräfte auf die Anlage in Azovstal, von denen einer ein Feldkrankenhaus des Militärs traf und Hunderte weitere verletzte. Unmittelbar danach, am 30. April, wurde unter Vermittlung von Antonio Guterres bei seinem Besuch in Moskau in der Woche zuvor ein humanitärer Korridor eingerichtet. Anfang Mai durften Zivilisten, die sich in der

Azovstal-Einrichtung versteckt hatten, nach und nach abreisen. 100 verließen Mariupol am 2. Mai, während Russland viele seiner Streitkräfte aus der Stadt abzog und sie an einen anderen Ort in der Donbass-Region verlegte. Das bestätigte das US-Verteidigungsministerium. Nach dem Abzug war Russlands Offensive in Mariupol zu reinen Luftangriffen geworden. Am folgenden Tag, dem 3. Mai, versuchten die Russen jedoch, das Tunnelsystem zu durchbrechen, nachdem sie von einem Elektriker in einer heimtückischen Tat auf den Standort des U-Bahn-Netzes aufmerksam gemacht worden waren. Zwei Tage später waren weitere Zivilisten aus der Azovstal-Einrichtung durch einen humanitären Korridor evakuiert worden, der zwischen 8.00 und 18.00 Uhr in Betrieb sein sollte

Die Russen setzten thermobare Bomben auf ukrainische Soldaten ein, um ukrainische Truppen zur Kapitulation in der Azovstal-Einrichtung zu bewegen. Nach einer langen Pause im Asow-Regiment und anderen ukrainischen Kämpfern würde Präsident Selenskyj den ukrainischen Streitkräften in Mariupol befehlen, sich zu ergeben. Dies geschah, nachdem er geschworen hatte, kein Territorium an russische Streitkräfte abzutreten. Anschließend würden die verbleibenden Zivilisten bis zum 7. Mai vollständig evakuiert. Die verbleibenden Soldaten, die herauskamen, um über die Kapitulation zu verhandeln, wurden von russischen Soldaten gefangen genommen, die sie aus dem Werk evakuierten, die Verwundeten behandelten und sie zusammen mit den verbleibenden ukrainischen Soldaten in einem Gebiet festhielten von DPR-Streitkräften kontrolliert. Das ukrainische Kommando bestätigte, dass die Schlacht vorbei sei und sich Mariupol nun in den Händen der DVR und der russischen Streitkräfte befinde. Die letzten verbliebenen ukrainischen Soldaten ergaben sich am 20. Mai den Russen. Der russische Präsident Wladimir Putin versprach, die Kriegsgefangenen nach internationalen Standards zu behandeln.

Einige Mitglieder der russischen Regierung lehnten jedoch die Freilassung von Mitgliedern des Asowschen Regiments im Falle eines künftigen Gefangenenaustauschs ab. Der ukrainische Widerstand, der die unterirdischen Befestigungen des Werks Azovstal nutzte, war ein gutes Beispiel dafür, wie effektiv Tunnel bei der Abwehr von Luftangriffen sind.

In der gesamten Geschichte der Kriegsführung wurden unterirdische Strukturen mit großem Erfolg gegen feindliche Streitkräfte eingesetzt. Während der arabischen Invasionen im 7. Jahrhundert stellten die Mönche fest, dass sie den arabischen Streitkräften erfolgreich entkommen konnten, indem sie sich im Untergrund versteckten. Während des Zweiten Weltkriegs gelang es den Japanern, unterirdische Befestigungen gegen die US-Luftmacht zu bauen, ebenso wie die Chinesen, die unterirdische Befestigungen gegen die japanische Luftwaffe bauten. Die Vietnamesen während des Vietnamkrieges waren möglicherweise das beste Beispiel dafür, wie effektiv unterirdische Befestigungen gegen eine überlegene Luftwaffe sind. Viele der größeren Militärmächte hatten keine beeindruckende Reaktion auf diese Art der Verteidigung, selbst gegen kleine Gruppen von Militanten. Der aktuelle Konflikt im Nahen Osten (von jetzt an 2001-2022) wird durch das anhaltende Überleben dieser aufständischen militanten Gruppen beeinträchtigt. Große Militärmächte wie Russland und die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren eine Reihe von Luftangriffen gegen sie gestartet, aber nur mit ausreichendem Erfolg, um die Bedrohung zu schwächen, nicht vollständig zu beseitigen. In den letzten Jahren hatte Israel zahlreiche Probleme mit den Untergrundoperationen der Hamas, der militanten Gruppe, die den Gazastreifen kontrolliert. Nicht nur, um Ressourcen in den Gazastreifen zu schmuggeln, die von der Hamas benutzten Tunnel erlaubten ihr an einem Punkt, einen israelischen Soldaten aus dem israelischen Territorium zu überfallen und zu entführen. Die Hamas ist auch in der Lage, die

Tunnel zu nutzen, um Raketenfeuerstellen zu verbergen, was es Israel erschwert, sie zu lokalisieren und zu zerstören. Diese Untergrundmethode ist auch die Art und Weise, wie ISIS, die Al-Qaida-Terrororganisation, die sich aus Saddam-Loyalisten zusammensetzt, weiterhin Hinterhalte gegen Soldaten des syrischen Regimes startet, selbst nachdem sie jahrelang sowohl von den USA angegriffen als auch von amerikanischen und russischen Luftangriffen bombardiert wurden. Die Operationen von Hamas und ISIS und ihr fortgesetztes Überleben in geringer Zahl bereiten die Voraussetzungen für eine neue Art der Kriegsführung: unterirdische Kriegsführung. Dies wird in der Ukraine weiterverfolgt, wo Aufständische versuchen, sich der russischen Besatzung zu widersetzen, indem sie Luftangriffen ausweichen. Es hat sich gezeigt, dass die größeren Mächte keine wirkliche Antwort darauf haben, wie sie Untergrundtruppen effektiv bekämpfen können, außer Sprengstoff an den Eingängen oder Ausgängen zu platzieren oder Luftbomber einzusetzen, um tief eindringende Raketen in Tunnelstandorte abzuwerfen. Dies ist jedoch weitgehend wirkungslos, da viele unterirdische Strukturen Umwege haben, die zu mehreren Ein- und Ausgangspunkten führen, was ihre Zerstörung komplizierter macht. Es hilft auch nicht, dass die durch Sprengstoff zerstörten Abschnitte leicht zu reparieren sind. Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Such- und Zerstörungsaspekt bei der Bekämpfung dieses unterirdischen Systems besteht darin, dass Soldaten oft nicht in der Lage sind, festzustellen, ob die Tunnel mit Sprengfallen versehen sind oder nicht. Der Einsatz von Vakuumbomben in Syrien, die jeden vernichten können, der sich in Tunneln versteckt, hat die ISIS-Bedrohung immer noch nicht beseitigt, da ein Hauptproblem bei Angriffen auf Tunnelstandorte darin besteht, sie überhaupt zu finden.

Diese Art der Kriegsführung ist seit Jahrhunderten effektiv; Was ISIS und Hamas tun, ist Bewusstseinsbildung. Und jetzt

dürften die ukrainischen Aufständischen nachziehen. Die meisten Nationen im Nahen Osten und auf der ganzen Welt haben diese unterirdischen Strukturen bereits errichtet und werden nur dann gegenüber stärkeren Nationen ermutigt, je länger eine kleine Anzahl von Militanten in der Lage ist - relativ gesehen - einfach durch den Bau unterirdischer Befestigungen zu überleben. Israel und die USA arbeiten an einer Technologie, die es ihnen ermöglicht, unterirdische Tunnel zu erkennen, und wenn dies erfolgreich ist, sehen wir möglicherweise ein Ende des anhaltenden Konflikts im Nahen Osten und in Osteuropa, da diese Technologie es auch Russland ermöglichen würde, ein endgültiges Ende des Konflikts zu erreichen Ukrainischer Aufstand. Aber wenn dies nicht der Fall ist, dann müssen wir damit rechnen, dass alle versuchen werden, die Selbstbestimmung zu verfolgen, unabhängig von der überlegenen Luftmacht eines anderen Landes. Die zur Erkennung unterirdischer Tunnel verwendete Technologie umfasst die Verwendung von seismischen oder Schwerkraftdetektoren. Seismische Detektoren sind in der Lage, die Vibrationen zu messen, wenn sie Objekte unter der Erdoberfläche passieren, und wenn sie in der Lage sind, eine gemeinsame Anomalie zu finden, die das Vorhandensein eines Tunnels identifizieren würde, könnten diese Detektoren wirksam sein. Es müssten jedoch noch Informationen vorhanden sein, die den allgemeinen Bereich bestimmen würden, in dem ein Tunnel existieren könnte. Gravitationsdetektoren wie Gravimeter sind in der Lage, Änderungen im Gravitationsfeld der Erde anhand der Dichte unter der Erdoberfläche zu erkennen. Das Vorhandensein eines Hohlraums im Untergrund würde die Gravitationskraft verringern und würde daher entsprechend auf dem Gravimeter erscheinen. Ein anderes Verfahren besteht darin, die Spannung eines elektrischen Stroms zu messen, der sich in einem Hohlraum bei einer niedrigeren Spannung bewegen würde. Bodenradar (GPR) ist ein weiteres Gerät, das verwendet wird. Tunnel

erkennen. GPR verwendet Impulse von Hochfrequenzenergie, um unter Tage zu sehen. Allerdings sind die unterirdisch detektierten Entfernungen begrenzt, da sie sich in einer maximalen Tiefe von 50 Fuß befinden. Tunnel wurden von Drogenschmugglern und Militanten bis zu 100 Fuß unter die Oberfläche gegraben. Der Einsatz von Bunker Bustern (von den USA gegen ISIS eingesetzte Luftbomber), die hunderte von Metern in Erde und Beton eindringen können, wird immer noch durch die mögliche Ausdehnung der Tunnel in Frage gestellt. Einige Tunnel haben mehrere Umleitungen, die eine Flucht und den Wiederaufbau beschädigter Abschnitte ermöglichen. Drogenschmuggler stellen heute ein viel größeres Risiko für die nationale Sicherheit dar, weil ein Tunnelsystem sowohl eine Verteidigungs- als auch eine Angriffswaffe ist - unabhängig von seinem Einsatz im Schlepphandel. Die Verhaftung von zwei Houthi-Kämpfern an der Grenze zwischen den USA und Mexiko im Jahr 2021 wirft die Frage der Anfälligkeit auf, da postuliert werden kann, dass die Infiltration Lateinamerikas durch radikale Militante die USA nicht nur dem Risiko aussetzt, dass unentdeckte Drogen in das Land gelangen, sondern auch die Implikationen rund um die Wahrscheinlichkeit eines militanten Angriffs oder Hinterhalts, der von einem unterirdischen Tunnel ausgeht, der von Mexiko ausgeht. Die von Hamas und ISIS gebauten Tunneleingänge sind etwa 1 Meter breit und reichen bis zu 100 Fuß unter die Oberfläche. Beim Vortrieb der Stollen kommen häufig Presslufthämmer zum Einsatz, mit denen die Arbeiter täglich etwa zwei bis drei Meter zurücklegen. Militante beschäftigen in der Regel Facharbeiter, um die Arbeit zu erledigen. Diese Arbeiter verfügen normalerweise über einige Kenntnisse der technischen und geologischen Aspekte, die mit dem Bau eines Tunnels verbunden sind. Die Tunnel werden oft aus einem Safehouse oder Haus heraus gegraben, was den Agenten mehr Tarnung gibt. ISIS-Kämpfer, die dem feindlichen Feuer entkommen sind, suchen oft

Zuflucht in nahe gelegenen Dörfern und bezahlen Anwohner dafür, dass sie beim Graben von Tunneln helfen. Es gibt einige Gefahren, die mit dem anfänglichen Bauprozess verbunden sind, wie z. B. Einstürze und Einstürze. Es ist üblich, dass Arbeiter während des Aushubvorgangs sterben, und Einstürze resultieren normalerweise daraus, dass sie nicht lange genug warten, um den Tunnelbau nach einem sintflutartigen Regensturm fortzusetzen. Infolgedessen setzt die Bodenerosion, die häufig die Landschaft beeinträchtigt, die Arbeiter unter Tage der Gefahr aus, nach dem Einsturz eingeschlossen zu werden. Ironischerweise haben Opfer es Hamas und ISIS ermöglicht, zu improvisieren und ein besseres Gesamtverständnis des unterirdischen Bauprozesses zu erlangen. Die Hamas wiederum hat es geschafft, ihr Tunnelsystem mit Strom, Betonwänden und -decken auszustatten und ist in der Lage, Festnetzkommunikation zu nutzen, was es umso schwieriger macht, ihre Position zu ermitteln. Ukrainische Milizen nutzten erfolgreich Festnetzanschlüsse, um zu verhindern, dass russische Drohnen während des Krieges im Donbass ihre Positionen ausfindig machten. Diese Art von technischem Wissen, das von den Aufständischen im Nahen Osten entwickelt wurde, könnte für die ukrainischen Aufständischen von Vorteil sein, und es ist vorhersehbar, dass sie einen Kommunikationskanal mit Militanten im Nahen Osten aufbauen werden, um mehr technisches Wissen über den Tunnelbau zu gewinnen. Die Hamas konnte Beton nach Gaza schmuggeln und damit ihr Tunnelsystem befestigen. Die Hamas hat erklärt, dass die Wahrscheinlichkeit eines Einsturzes verringert wird, wenn die Breite der Tunnel dünn gehalten wird (ungefähr 3 Fuß), während die Tunnel ausgehoben werden, so dass die Decke gewölbt ist. Nach dem Aushub werden die Tunnel mit 12 bis 18 Zoll breiten Betonbögen stabilisiert, die etwa 3 Fuß breit und auf zwei rechteckigen Betonplatten von etwa 5 Fuß Höhe verlegt sind – eine Betonplatte hält ein Ende des Bogens, die andere Beton Platte hält das andere Ende des Bogens.

Die Tunnelgräber setzen wahrscheinlich jeden Betonbogen und jede Betonplatte, während sie den Tunnel ausheben, und stellen sicher, dass sie beim weiteren Graben unter dem Bogen bleiben, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, im Falle eines möglichen Einsturzes direkt unter der Erde und dem Felsen eingeschlossen zu werden. Der Zementbogen würde Stabilität und Sicherheit beim Ausheben bieten. Die Platten an der Seite könnten vor Einstürzen schützen. Aus Videos, die Hamas-Tunnel zeigen, ist der Teil des Bogens, der auf den Platten sitzt, so entworfen und geschnitten, dass die Platten an den Wänden des Tunnels durch den Bogen stabilisiert werden, wodurch die Möglichkeit eines Einsturzes ausgeschlossen wird was normalerweise an Sandstränden während des vertikalen Aushubvorgangs durch Strandbesucher sehr häufig vorkommt. An Sandstränden kann dieses Risiko verringert werden, indem Holzbohlen und andere Stützen an den Wänden der vertikalen Ausgrabung angebracht werden. Darüber hinaus hat die Hamas unterirdische Fabriken zur Herstellung von Raketen entwickelt, und sie haben auch ein Tiefseetauchteam, das alte Granatenfragmente sammelt, die dann zu Sprengköpfen verarbeitet werden. Die Ukraine soll eine geheime unterirdische Fabrik haben, in der sie Langstreckenraketen namens Grim Missiles baut, die ein über 200 Kilometer entferntes Ziel treffen können.

ISIS hingegen hat ein weniger gut ausgerüstetes System, hat aber im Laufe der Jahre gelernt, direkte Luftangriffe zu überleben, indem er sich im Untergrund versteckt. Es ist wahrscheinlich, dass ISIS seine Tunnel auf der Grundlage nahe gelegener Gasfelder bauen wird. Viele der jüngsten ISIS-Angriffe aus dem Hinterhalt gegen Syrien fanden in der Nähe von Öl- und Gasfeldern statt. Öl und Gas sind beide wichtige Elemente der Kriegsführung, die es Militanten ermöglichen, elektrische, logistische und Kommunikationskanäle aufrechtzuerhalten. Ähnlich wie die Hamas unterirdische Tunnel für den Schmuggel

nach Ägypten entwickelt hat. Ukrainische Aufständische versuchen aus demselben Grund, ein ähnliches Untergrundnetz in Polen aufzubauen. Tatsächlich muss die gesamte Ukraine mit einem ausgedehnten unterirdischen System befestigt werden. Viele der neuen Technologien in dieser Hinsicht sollten sich stark an der Entwicklung unterirdischer Tunnelsysteme in der Ukraine orientieren. Es ist erwiesen, dass Gebiete, die mit unterirdischer Infrastruktur befestigt sind, für die Besatzer viel schwieriger zu kontrollieren sind. Daher könnte die Ukraine als kleines Land eine echte Kraft sein, weil sie mit einer massiven unterirdischen Infrastruktur einen übermäßigen geopolitischen Einfluss ausüben könnte, der nicht viel östliche oder westliche Unterstützung erfordern würde. Dies ist der Weg zur wahren ukrainischen Unabhängigkeit, aber es wird Zeit, Mühe und Geheimhaltung erfordern.

Die größte Bedrohung für jede unterirdische Struktur ist starker Regen. Starkregen ist oft die Hauptursache für die meisten Tunneleinstürze. Geologisch gesehen werden Regeneinwirkungen auf unterirdische Tunnel oft durch Dinge wie Beton, Asphalt oder Mulch abgewehrt, die den Boden vor den Auswirkungen von starkem Regen oder Wind schützen. Bei Tunneleinstürzen dringt Regenwasser, nachdem es auf den Boden auftrifft, schließlich in die Tunnel ein, die den Felsen umgeben, und schwächt ihn durch Erosion. Wasser sickert in Risse und Fugen, wodurch die Felsen schließlich Risse bekommen und auseinanderbrechen. Im Augenblick. Niederschlag gilt als die vielleicht größte Bedrohung für unterirdische Tunnel. Dies ist an sich schon eine Form der Aufklärung, da Militante aus diesem Grund wahrscheinlich an Tagen mit starkem Regen keinen Unterschlupf suchen oder unterirdisch bauen werden. Als Improvisationsoption können sie auch mit dem Bau von Tunnelwegen direkt unter oberirdischen Beton- oder Asphaltwegen, dh Stadtstraßen, beginnen. Dies würde die Auswirkungen von Starkregen auf die Tunnelstabilität

verringern. Der Mangel an Ackerland und anhaltende Dürren im Nahen Osten ermöglichen jedoch immer noch den ununterbrochenen Bau nachhaltiger Tunnel dort. Dies ermöglicht es uns, die Vorstellung zu verstehen, dass unterirdische Strukturen während Dürreperioden betriebsfähiger oder bevölkerter wären als während Niederschlagsperioden. Es ist wahrscheinlich, dass Militante im Nahen Osten Klimafaktoren im Voraus geplant haben. Es wird auch gesagt, dass der Bau von Tunneln mit einer gewölbten Decke etwas mehr Stabilität verleiht als der Bau von Tunneln mit einer flachen Decke.

Die Ukraine sollte nicht nur in der Lage sein, die aufwendigsten Tunnel zu bauen, sondern auch Technologien für deren Erkennung zu entwickeln. Dies würde dazu beitragen, die Ukraine auf künftige Fälle von Separatismus vorzubereiten. Allerdings sollte der Umgang mit diesem Spannungsfeld etwas differenzierter betrachtet werden, da Faktoren wie „Wofür werden die Tunnel genutzt" berücksichtigt werden müssen. Schmuggelzwecke würden eine Such- und Zerstörungsoperation zur Terrorismusbekämpfung nicht rechtfertigen, da Zivilisten oft beschäftigt und in vielen Fällen gezwungen sind, Fracht hin und her zu transportieren. Werden die Tunnel für beides genutzt, ist eine entsprechende Unterscheidung umso schwieriger. Es wurden Ideen präsentiert, die darauf hindeuten, dass Soldaten die eigentlichen Tunnel zu Fuß betreten und von dort aus Operationen durchführen. Die Herausforderung bei dieser Idee besteht darin, dass Signale unter der Oberfläche oft schwächer oder deaktiviert sind, was es schwierig macht, eine gute Kommunikation aufrechtzuerhalten. Ein weiteres Problem ist, ob die Soldaten den Sauerstoff haben, den sie für längere Einsätze brauchen. unterirdische Missionen. Unter der Oberfläche ist der Sauerstoffgehalt normalerweise niedriger, was die Soldaten gefährdet und die Mission gefährdet. Es besteht auch die Möglichkeit einer Kohlenmonoxidvergiftung, wenn Soldaten

starkem Rauch ausgesetzt sind. Gasmasken und andere Sauerstoffspeichergeräte wären beim Schutz des Personals vor einer Ansammlung von Kohlenmonoxid in einem solchen geschlossenen Raum unwirksam. Im Idealfall ist die Fähigkeit, Tunnel auf einem oberirdischen Radar zu erkennen und anzuzeigen, eine klügere Gegentunnelstrategie, da weniger Personal erforderlich wäre, um die unterirdische Festung zu betreten. Sie können einfach warten, bis die Agenten die unterirdische Struktur verlassen, bevor Sie die Situation erkennen. Dies erleichtert die genaue Unterscheidung, wer in die Tunnel ein- und ausfährt.

Die obigen Oberflächenstrukturen bieten einen gewissen Schutz für unterirdische Tunnel. Beton und Asphalt reduzieren die Auswirkungen von starkem Regen auf den Boden und vermeiden die Möglichkeit einer unterirdischen Gesteinserosion, die normalerweise zum Einsturz vieler unterirdischer Strukturen führt. Damit ist Beton das Interessengebiet Nummer eins bei der Entwicklung eines unterirdischen Tunnels. Wenn Arbeiter die Auswirkungen von Niederschlägen befürchten, haben sie wahrscheinlich improvisiert, indem sie Tunnel verlegt haben, um eine Ausrichtung mit dem Oberflächenbeton zu verfolgen. Wenn nicht, hätten sie improvisiert Tunnel nur während der Trockenzeit gebaut oder bewohnt und den Betrieb dort während der Regenzeit reduziert. Militante aus dem Gazastreifen verstärken ihre Tunnel mit einer Betonumrandung, aber aufgrund des Kriechens (was mit Beton unter anhaltender Belastung passiert) kann der Betonuntergrund leicht einstürzen. Das Eindringen von schwerem Boden und Regen in unterirdische Felsen führt dazu, dass Felsen brechen und ihre Fähigkeit verlieren, den umgebenden Boden zu tragen. Der nasse, schwerere Boden übt dann mehr Druck auf die unterirdischen Tunnel aus und lässt sie schließlich einstürzen. Es gibt eine Technik namens Felsverankerung, die zur Stabilisierung eines Tunnelsystems beiträgt und häufig im Tunnelbau verwendet

wird. Felsanker sind einfach lange Ankerbolzen, die in die Decke eines Tunnels gebohrt werden, um für Stabilität zu sorgen und ein Einstürzen durch anhaltende Belastungen zu verhindern. Gesteinsanker werden normalerweise in Verbindung mit Maschendraht verwendet, um das Einsturzrisiko weiter zu verringern. Im Vergleich zu anderen Orten birgt der Nahe Osten aufgrund der vorherrschenden Dürren ein geringeres Risiko eines Tunneleinsturzes. Der unterirdische Tunnelbau wäre in tropischen Klimazonen, in denen es regelmäßig regnet, viel gefährlicher, was den Bau von unterirdischen Tunneln, die auf den oberirdischen Beton abzielen, viel zwingender macht. Kopfsteinpflasterstraßen in städtischen Gebieten stellen ein Sicherheitsrisiko für Tunnelbauer dar und stellen ein Sicherheitsrisiko für Städte dar, sollten Militante diese Art der Kriegsführung einsetzen.

Um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, während eines Einsturzes im Tunnel zu sein, müsste man klimatische Faktoren wie Niederschlag, der eine Hauptursache für Tunneleinstürze ist, genau beachten. Das Vermeiden von Tunnelausflügen bei starkem Regen erhöht die Überlebenswahrscheinlichkeit und verringert das Einsturzrisiko im Tunnel. Ein weiteres Problem ist die Möglichkeit einer Kohlenmonoxidvergiftung, falls im Tunnel ein Feuer ausbrechen sollte. Die Schutzmasken schützen in der Regel nicht vor Rauch. Das Einatmen von Ethanoldämpfen kann jedoch einen gewissen Schutz vor einer Exposition gegenüber Kohlenmonoxid bieten. In einer Studie an Ratten wurde festgestellt, dass eine Ethanolvergiftung bei unterirdischer Anwendung eine schützende Wirkung gegen eine Kohlenmonoxidvergiftung hat, wenn das Ethanol, das ein brennbares Mittel ist, sicher von jedem Kontakt mit Brandmaterialien oder Zündfaktoren abgedichtet ist. Brennbare Materialien sollten in gut belüfteten Räumen gelagert werden. Bei unterirdischen Bauwerken fehlt es diesbezüglich jedoch meist. Die

einzige Problemumgehung besteht darin, dass Mitarbeiter unterirdische Tunnel mit Alkohol in ihrem System betreten. Die Kehrseite davon ist, dass der Alkohol im Falle eines ernsthaften Notfalls zu einer Verringerung des Urteilsvermögens und der Reaktionszeit beitragen würde. Dies ist nicht die ideale Situation. Jeder kann bei einer riskanten Operation anwesend sein, aber es ist die einzige Möglichkeit, den Alkoholschutz gegen eine Kohlenmonoxidvergiftung im Auto in einem schlecht belüfteten geschlossenen Raum sicher anzuwenden. Dies bietet auch die Idee, dass ein Kompromiss erforderlich sein könnte, indem man etwas Reaktionszeit und Urteilsvermögen im Austausch für längere Zeit in den Tunneln aufgibt. Da Alkohol mit höheren Serumkaliumspiegeln korreliert, kann die Hypothese aufgestellt werden, dass die höheren Serumkaliumspiegel im Körper die Schutzwirkung gegen eine Kohlenmonoxidvergiftung ausüben. Ich würde sogar die Hypothese aufstellen, dass höhere Kaliumspiegel im Körper den Sauerstoffbedarf des Körpers verringern, dass tatsächlich höhere Kaliumspiegel im System einer Person dazu führen können, dass der Sauerstoff selbst giftiger wird. Wenn dies zutrifft, könnte dies ein Durchbruch sein, der es Menschen ermöglicht, länger in Tunneln zu überleben. In beiden Fällen könnten während des Fracturing-Prozesses Ethanoldämpfe in die Atemschutzgeräte gelangen. Die Wichtigkeit einer Umgehung wird dadurch deutlich, dass Personal länger unter Tage bleiben könnte. Dies würde auch dazu beitragen, dass Soldaten, die sich gegen eine Besatzung verteidigen, viel länger vor feindlichen Streitkräften verborgen bleiben.

In der heutigen Zeit ist der Nahe Osten vielleicht das beste Beispiel dafür, wie effektiv Tunnel gegen städtische Verteidigung sind. Ab Ende 2013 konnte der IS große Teile des Territoriums im Irak und in Syrien im Untergrundkrieg belagern und besetzen, bevor die USA 2014 eine russische Intervention im Irak und 2015 in Syrien starteten. Auch nach zahlreichen Luftangriffen aus

amerikanischer und russischer Luft Streitkräfte im Irak bzw. in Syrien, ISIS hat es immer noch geschafft, durch die Nutzung von Tunneln zu überleben und trotz ihrer schwindenden Zahl sogar erfolgreiche Hinterhalte gegen die Streitkräfte des syrischen Regimes zu starten, was den Konflikt verlängert und eine Dringlichkeit für mehr Disziplin auf dem Schlachtfeld geschaffen hat. Im Jahr 2016, während einer irakischen Offensive zur Rückeroberung von Mossul, fasste der IS in der Stadt Fuß, indem er dort ein großes Tunnelnetz entwickelte. Die Tarnung der Tunnel ermöglichte es ISIS, sich vor feindlichen Streitkräften zu verstecken. Sie waren auch in der Lage, den Standort der irakischen und kurdischen Streitkräfte mithilfe von Drohnen zu identifizieren. Während er sich im Untergrund versteckte, war ISIS im Wesentlichen in der Lage, die Drohnen zu verwenden, um feindliche Stellungen zu lokalisieren und dann Überraschungsangriffe auf sie zu starten. Viele der Streitkräfte auf der ganzen Welt haben die Bedrohung erkannt und begonnen, Zugeständnisse zu machen, um das Problem anzugehen. Israel steht vor der größten Herausforderung, mit der Bedrohung durch Untergrundoperationen durch feindliche Streitkräfte fertig zu werden. Hisbollah und Hamas haben beide Tunnelkriege eingesetzt und an zahlreichen Stellen erfolgreich israelisches Territorium infiltriert. Als Reaktion darauf hat Israel seine Verteidigung verstärkt und im Laufe der Jahre Technologie eingesetzt, um eine Reihe von grenzüberschreitenden Tunneln zu lokalisieren. Die Gefahren von Entführungen, Anbringen von Sprengstoff, Geiselnahmen und umfassenden Belagerungen ergeben sich aus der effektiven Nutzung unterirdischer Tunnel, die in der Ukraine wahrscheinlich auftreten werden, wenn Aufständische versuchen, Territorium von russischen Invasoren zurückzuerobern. Viele unterirdische Strukturen wurden im Westen gebaut, aber hauptsächlich für Drogenschmuggel und Einwanderungszwecke. Es gibt mindestens ein Beispiel für einen

Tunnel, der für einen Banküberfall gebaut wurde, der schließlich aufgrund eines Einsturzes aufgrund starker Regenfälle scheiterte. Ein Teil des Tunnels ist wahrscheinlich auf Oberflächengelände ausgerichtet, bei dem es sich um Schmutz handelt. Wenn es regnete, sickerte das Wasser wahrscheinlich in den Boden und erodierte den Felsen, der den Tunnel umgab, wodurch er einstürzte. Es ist wahrscheinlich, dass in Zukunft Angriffstunnel gebaut werden, die sich an Oberflächenbetonflächen ausrichten, um das Einsturzrisiko durch starke Regenfälle zu verringern.

Kapitel 5: Materielle Unterstützung

Luftangriffe und Raketenstarts sind die Hauptursachen für zivile Opfer in militärischen Konflikten. Großmächte wie die USA, Russland und Israel verfügen zum Schutz ihrer Bevölkerung über umfangreiche Raketen- und Flugabwehrsysteme. Russlands System heißt S-400. Die USA haben das sogenannte Patriot-Raketensystem. Und Israel hat das berühmte Iron Dome-System, das nachweislich Tausende von Raketen abschießt, die aus Gaza abgefeuert wurden, und Tausende von israelischen Zivilistenleben rettet. Die Ukraine wird aufgrund des russischen Angriffs auf das Land mit zahlreichen Luftangriffen und Raketenstarts gezwungen sein, einen Plan zum Aufbau eines eigenen Raketenabwehrsystems zu entwickeln, wenn sie beabsichtigt, von Russland und den Separatisten eroberte Gebiete in der Ost- und Südukraine zurückzuerobern. Die Ukraine wird wahrscheinlich eine Strategie anwenden, die die Stärke der Luft- und Raketenabwehr sowie Ausweichtaktiken wie unterirdische Kriegsführung nutzt. Wenn die Vereinigten Staaten planen, das ukrainische Militär auf unbestimmte Zeit zu bewaffnen, ohne sich militärisch in den Konflikt einzumischen, müssen sie dazu beitragen, die Entwicklung eines unterirdischen Waffenschmuggelnetzwerks zu erleichtern, zumindest bis die ukrainische Luftverteidigung ausreicht, um russische Raketen abzuschießen und sie daran zu hindern, sie zu zerstören die Depots, die westliche Waffen lagern. Ähnlich wie die Hamas in der Lage ist, Waffen über Ägypten in den Untergrund zu schmuggeln, wird die Ukraine wahrscheinlich einen ähnlichen Untergrundapparat benötigen, um westliche Waffen über Polen einzuschmuggeln.

Die heutigen Flugabwehr- und Raketenabwehrsysteme verwenden Verfolgungsradar, um Ziele abzufangen, und werden von bodengestützten Raketenbatterien abgefeuert. Die Batterie

besteht im Wesentlichen aus fünf Komponenten. Die erste ist die eigentliche Rakete. Dann ist da noch der Werfer, der die Rakete hält, sie auf das Ziel richtet und sie abfeuert. Ebenfalls enthalten ist eine Radarantenne, die anfliegende Raketen, Flugzeuge oder Flugkörper erkennt. All dies wird von einer Leitstelle aus gesteuert, die sich meist in einem Gerätewagen befindet. Dort sind die Computer mit Radarschnittstelle und Konsolen mit Operatoren besetzt. Eine weitere Komponente des Systems ist ein Kraftwerkslastwagen, der mindestens zwei 150-kW-Generatoren enthält, die für die Stromversorgung der Radar- und Computerausrüstung des Kontrollzentrums verantwortlich sind. Das Flugabwehr- und Raketenabwehrsystem unterscheidet sich von tragbaren, von der Schulter getragenen Raketenwerfern darin, dass die Flugabwehr- und Raketenabwehrsysteme ein bodengestütztes Radar verwenden, um die ankommenden Raketen- und Flugzeugziele zu verfolgen. Die vom Menschen tragbaren, von der Schulter getragenen Raketenwerfer verwenden Infrarot-Homing, um ihre Ziele zu verfolgen. Dieses Verfahren kann jedoch leicht umgangen werden, indem Flugzeuge Fackeln abwerfen, was dazu führt, dass der Infrarotsucher vom Kurs abkommt und stattdessen die Hitze der Fackeln im Gegensatz zu den Flugzeugabgasen verfolgt. Bei bodengestützten Radar-Raketensystemen kann das Radar eine sich nähernde Rakete in einer Entfernung von 50 Meilen erkennen, bevor sie vom Boden aus für das menschliche Auge überhaupt sichtbar ist. Flugabwehr- und Raketenabwehrsysteme wurden im Laufe der Jahre verbessert, um andere Formen von Bedrohungen aus der Luft, wie etwa ballistische Raketen, zu erkennen. Sie wurden auch mit Bordradarsystemen ausgestattet, die die Fähigkeit der Rakete verbessern, ihr Ziel zu verfolgen. Da das Radar durch Hochfrequenzsignale gestört werden kann, können Flugkörper mit batteriebetriebenem Bordradar so programmiert werden, dass sie auf Infrarotzielen umschalten, wenn ihr Radar gestört ist.

Moderne Raketen können mit Überschallgeschwindigkeit fliegen. Ausgestattet mit einem Splittergefechtskopf, der beim Aufprall explodiert, tragen die 17-Fuß-Raketen auch eine große Splitterbombe mit einem Annäherungszünder, der so konstruiert ist, dass er explodiert, wenn er sich innerhalb einer bestimmten Reichweite des Zielflugzeugs oder der Rakete befindet. Die Streubombe ist die Hauptkomponente des israelischen Iron Dome-Systems, das es der IDF ermöglicht, Gaza-Raketen im Flug zu stoppen, indem Raketen abgefeuert werden, die in unmittelbarer Nähe der Gaza-Raketen explodieren, wodurch sie im Flug zerstört oder natürlich davon abgehalten werden. Die neuen Bordradarsender und Leitsysteme, die in die Raketen eingebaut sind, ermöglichen es ihnen, Kontakt mit dem Ziel herzustellen, bevor sie detonieren, wodurch das Ziel vollständig zerstört wird. Die zum Transport auf einem Lastwagen montierten Raketenwerfer können zwischen 4 und 16 Raketen aufnehmen. Zum Beispiel hat im US-amerikanischen Patriot-Raketensystem ein Werfer 4 Startkanister, die jeweils 4 Raketen enthalten. Die Trägerrakete wird normalerweise von dem Elektrofahrzeug angetrieben, das zwei 150-kW-Generatoren trägt. Israels Iron Dome-System verfügt über etwa 3 bis 4 Trägerraketen, von denen jede 20 Tamir-Abfangraketen aufnehmen kann. Russlands s-400-Systemwerfer verfügt über 4 Kanister, die jeweils 3 Kurzstreckenraketen aufnehmen können. Typischerweise sind etwa 90 Soldaten erforderlich, um eine Raketenabwehrbatterie zu betreiben, und Bediener müssen im Lastwagen anwesend sein, in dem sich die Radarschnittstelle und Computersysteme befinden, die das Raketensystem steuern und steuern. Bediener haben Zugriff auf jedes vom Radar und den Sensoren erkannte Ziel und können das System manuell oder automatisch betreiben. Sie sind auch für die Kommunikation mit der regionalen Kommandozentrale zuständig. Das zur Erkennung ankommender Ziele verwendete Radar kann auch deren Flugbahn, Höhe und

Geschwindigkeit messen. Sobald das Radar nach dem Scannen des Himmels das Ziel als feindlich identifiziert und beleuchtet, können die abgefeuerten Raketen das Ziel verfolgen, und die Bediener können die Rakete richtig auf das entgegenkommende Flugzeug oder die Rakete richten, indem sie den Abfangpunkt berechnen, was normalerweise der Fall ist wird basierend auf der vorherigen Flugbahn des Ziels berechnet, die auf dem Radar angezeigt wird. Die Rakete hat normalerweise eine Antenne an der Nase, die mehr Informationen über die ankommende Rakete liefern kann, während sie in die Richtung der ankommenden Rakete fliegt. Die von der Antenne empfangenen Informationen werden dann an die Kommandokabine zurückgesendet, wo die Bediener die Informationen verwenden, um den Abfangpunkt neu zu berechnen, die Führung anzupassen und die Führungsbefehle an die Rakete zurückzusenden, die dann den Kurs der Rakete anpasst und näher bringt zum Ziel. Andere Abfangraketen haben ihre eigenen Radar- und Computersysteme eingebaut, die es der Rakete ermöglichen, alle notwendigen Berechnungen und Anleitungen selbst durchzuführen. Die Geschwindigkeit dieser Raketen lässt wenig Spielraum für Fehler. Außerdem muss die Software des Radars abgestimmt werden, um bestimmte Objekte in der Luft zu erkennen, seien es ballistische Raketen, Raketen/Mörser oder Flugzeuge/Kampfflugzeuge. Algorithmen werden auch auf Radarsysteme angewendet, die es ihnen ermöglichen, zu erkennen, ob ein in der Luft befindliches Objekt freundlich oder unfreundlich ist oder nicht. Am 1. August [2022] traf Russland auf eine heftige ukrainische Gegenoffensive, die von US-HIMARS-Raketen angetrieben wurde. Einige dieser Raketen konnten russischen Luftverteidigungssystemen ausweichen, und einige Experten glauben, dass Russland nicht die Software auf seinem Radar hat, um HIMARS-Raketen von Grad-Raketen zu unterscheiden. Damit steht Russland vor einem Dilemma. Daher kann die Ukraine von Zeit zu Zeit einfach Grad-Raketen

zusammen mit HIMARS-Raketen starten, was Russland zwingt, mehr seiner teuren Luft-Luft-Raketen zu starten, die es lieber gegen die HIMARS-Raketen einsetzen würde. Dies wird schließlich Russlands Vorräte erschöpfen, da sie versuchen, eine Software für das Radar zu entwickeln, die es ihm ermöglichen würde, HIMARS-Raketen von Grad-Raketen zu unterscheiden.

Eine neue Entwicklung bei Raketenabwehrsystemen wird dieselbe Technologie umfassen, die selbstfahrende Autos unterstützt und antreibt. Während Kameras/Radare/Sensoren, die in selbstfahrende Fahrzeuge eingebaut sind, dazu dienen, dem Auto zu helfen, Personen und andere Objekte zu erkennen und um sie herum zu navigieren, helfen dieselben Kameras/Radare/Sensoren, die in Flugkörper eingebaut sind, Flugkörpern, die es einfacher machen, feindliche Luftziele zu durchdringen und zu treffen. Autonome Fahrzeuge, auch als selbstfahrende Autos bekannt, verwenden Kameras, Sensoren und Radar, um ihre eigenen Bewegungen sowie die Position und Bewegungen von Objekten und Personen in der Umgebung zu verfolgen, damit das selbstfahrende Auto richtig navigieren kann, ohne in die Nähe zu stoßen Menschen rammen oder Gegenstände. Die Hauptkomponenten dieser autonomen Fahrzeuge sind LiDar, Radar und Bewegungs-/Objekterkennungskameras. Das in selbstfahrenden Fahrzeugen verwendete Radar ist von zwei Arten: gepulste und frequenzmodulierte kontinuierliche Welle (FMCW). Die Entwicklung autonomer Fahrzeuge wurde durch eine Fülle von Einfallsreichtum einiger der besten Ingenieure der Welt vorangetrieben, die es der Autoindustrie ermöglicht haben, sich von von Menschen angetriebenen Fahrzeugen zu automatisierten, selbstfahrenden Fahrzeugen zu entwickeln. In der Automobilindustrie herrscht ein riesiger Wettlauf darum, das effizienteste System für selbstfahrende Autos auf den Markt zu bringen. Diese Aufgabe erfordert umfangreiche Forschung in den Bereichen Sensorik, Bewegungserkennung, Codierung, KI und

Radarsysteme. Selbstfahrende Autos sind auf Radar, Lidar und Ultraschall angewiesen. Diese Sensoren ermöglichen den Betrieb des Fahrzeugs ohne menschliche Führung und geben dem Fahrzeug die Fähigkeit, Kollisionen mit Hindernissen, Objekten und Fußgängern in unmittelbarer Nähe zu erkennen und zu vermeiden. Dieselbe Technologie, die in Flugkörpern verwendet wird, könnte für genau den entgegengesetzten Zweck verwendet werden – für die Kollision mit und Zerstörung von Objekten oder Hindernissen, die als feindliches Ziel gelten. Die Technologie hinter selbstfahrenden Autos, die in der Raketenentwicklung verwendet werden, wird die Genauigkeit von Raketenangriffen und Raketenabwehr erhöhen, da die Objekterkennungstechnologie über Programme verfügen würde, die die Rakete zum Ziel manövrieren würden, ohne dass die Wahrscheinlichkeitsberechnungen erforderlich sind, die derzeitige Raketensysteme verwenden. Hypothetisch könnte der Begrenzungsrahmen, der zum Identifizieren eines Ziels verwendet wird, angepasst werden, um den Winkelpunkt zwischen den beiden Raketen zu lokalisieren, was es der Abfangrakete ermöglicht, direkt auf den Winkelpunkt zuzusteuern, um die Zielrakete oder das Zielflugzeug zu treffen und zu zerstören. Diese Aussicht würde Fortschritte bei der Bewegungsvorhersage durch die LiDar-Technologie erfordern. Viele der heutigen Raketensysteme beruhen auf der Berechnung und Vorhersage der Flugbahn des Ziels und der Lokalisierung des Abfangpunkts, aber manchmal ist die Vorhersage falsch. Selbstfahrende Technologie, die bei der Raketenentwicklung verwendet wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass eine Rakete ihr Ziel findet, erheblich. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass feindliche Raketen mit selbstfahrender Technologie gebaut werden könnten, um einfallendes Feuer zu erkennen und auszuweichen, ähnlich wie selbstfahrende Autos gebaut werden, um Menschen und Dingen in der Umgebung auszuweichen. Darüber hinaus erfordert die

Verwendung von Kameras und Objekt- und Bewegungserkennung in Raketensystemen aufgrund der Hyperschallgeschwindigkeiten, mit denen sich Raketen bewegen, Quantencomputer, sodass die Erkennung und automatisierten Manöver nur Millisekunden dauern werden.

Raketen werden mit einem seitlich schwenkbaren Triebwerk manövriert. Wenn die Düse in der Mitte stabil bleibt, bleibt der Schub entlang der Mittellinie der Rakete und hält die Rakete auf einem geraden Weg. Wenn die Düse nach links geschwenkt wird, wird die Schublinie zur Mittellinie der Rakete geneigt, wodurch ein Winkel entsteht, der als Gimbal-Winkel bezeichnet wird. Da die Achse in diesem Fall nicht mehr durch die Mittellinie des Flugkörpers verläuft, wird ein Drehmoment erzeugt, das bewirkt, dass sich die Nase des Flugkörpers nach links dreht. Analog geschieht dies auch, wenn die Düse nach rechts geschwenkt wird, wodurch sich die Nase des Flugkörpers nach rechts dreht. Mit der auf Raketensysteme angewendeten Selbstantriebstechnologie kann die Düse automatisiert werden, um die Rakete in der Position zu halten, die die Objekterkennungsanzeige der Bordkamera auf das Ziel fixiert hält. In der Selbstfahrtechnologie können die Sensoren ein Objekt über ein Raspberry Pi-Board, das mit einem Pi-Kameramodul verbunden ist, sowie einen Ultraschallsensor, der für die Datenerfassung verantwortlich ist, identifizieren. Auf dem Raspberry Pi läuft dann ein Python-Programm, das die Bilder der Pi-Kamera aufnimmt und die darin enthaltenen Objekte wie Ampeln (Rot- oder Grünlicht) und Fahrspuren erkennt. Die Ultraschallsensoren erkennen andere Hindernisse im Fahrweg des Autos. Alle Frames werden beschnitten und in ein numpy-Array geändert. Die Bilder werden ordnungsgemäß kommentiert und die Daten werden dann in eine npz-Datei geschrieben, bevor sie in eine XML-Datei generiert werden, die vom Raspberry Pi geladen wird, sobald das Auto in den Selbstfahrmodus gestartet wird, sodass das Auto Objekte

basierend auf erkennen kann trainierte Daten. Wenn also das Auto in Bewegung gesetzt wird, beginnt die Bordkamera im Wesentlichen mit der Erfassung von Frames aus dem Streaming-Video und überträgt sie dann an den Raspberry Pi-Controller, wo der Algorithmus das Objekt identifizieren und entsprechend reagieren kann. Bei der Ampelerkennung kann der Algorithmus erkennen, ob die Farbe Rot oder Grün ist, und das Fahrzeug initialisieren, bei Rot an der Ampel anzuhalten und loszufahren, sobald die Ampel auf Grün schaltet. Ein Großteil dieser Technologie ist in Form von einfachem Code für viele Geräte ohne Weiteres verfügbar. Webcams auf Laptops können mit einfachem HTML-Code in Bewegungs- und Objekterkennungsgeräte umgewandelt werden, was einem fortgeschrittenen Benutzer einen grundlegenden Einblick in Bewegungs- und Objekterkennungsalgorithmen gibt. Es ist wahrscheinlich, dass die Raketenerkennung unter Verwendung von Haars funktionsbasierter Kaskadenklassifizierermethode entwickelt wird, die in einem Artikel von Paul Voila und Michael Jones aus dem Jahr 2001 erläutert wird. Diese Methode ist eine Form des maschinellen Lernens, die eine Kaskadenfunktion oder einen Klassifikator verwendet, der durch Extrahieren von Merkmalen aus positiven und negativen Bildern entwickelt wird. Zum Beispiel erfordert die Gesichtserkennung sowohl eine anständige Anzahl positiver Bilder, die echte Gesichter enthalten, als auch eine anständige Anzahl negativer Bilder, die Bilder ohne Gesichter sind, um einen Algorithmus zu entwickeln, der Gesichter erkennen kann. Für eine bessere Genauigkeit sind oft Hunderte bis Tausende positiver und negativer Bilder und eine starke Rechenleistung erforderlich. Der nächste Schritt ist das Extrahieren von Merkmalen aus den Bildern, und dies geschieht mit kaskadierenden Fenstern, sogenannten Haarfiltern, die sowohl schwarze als auch weiße Rechtecke enthalten, die über verschiedenen Teilen des Bildes platziert sind. Die extrahierten

Merkmale werden berechnet, indem die Summe der Pixel unter dem weißen Abschnitt des Haarfilters von der Summe der Pixel unter dem schwarzen Abschnitt des Haarfilters subtrahiert wird. Dieser Prozess identifiziert Aspekte des Bildes in Relation zu anderen Teilen des Bildes, z. B. ob der Bereich um die Augen typischerweise dunkler ist als der Bereich um die Nase und die Wangen. Oder wenn die Augenpartie dunkler als der Nasenrücken ist. Diese Daten helfen dem Algorithmus, Gesichter und Nicht-Gesichter zu unterscheiden und zu klassifizieren. Dieser Vorgang wird als Trainieren der Bilder bezeichnet und nach Abschluss werden die Vektordaten in einer XML-Datei generiert. Dieser Trainingsprozess kann an jedem Objekt durchgeführt werden, einschließlich Raketen und Flugzeugen. Und ähnlich wie selbstfahrende Autos all diese Funktionen nutzen, um sich selbst zum Laufen zu bringen, könnte eine Rakete ein Raspberry Pi-Board haben, das mit einem Pi-Kameramodul und einem Ultraschallsensor ausgestattet ist, um Eingabedaten zu sammeln. Positivbilder jedes Zielflugkörpers können zusammen mit Negativbildern trainiert werden, die den Zielflugkörper nicht enthalten, wobei die Daten, die die extrahierten Merkmale enthalten, in einer XML-Datei generiert werden. Ein Beispiel wäre die Ukraine, die Hunderte von Bildern der russischen Kh-22-Rakete aufnimmt, die im Juni die Kredmash-Fabrik und das angrenzende Amstor-Einkaufszentrum traf, und sowohl die positiven als auch die negativen Bilder trainiert, damit eine Kh-22-Rakete von der entdeckt werden kann Bordkamera der Abfangrakete. Immer wenn eine kh-22-Rakete abgefeuert wurde, erkannte das Radar des Raketenabwehrsystems die ankommende Rakete und startete eine eigene Rakete, um das Ziel abzufangen. Die Abfangrakete könnte theoretisch einen Raspberry Pi-Controller an Bord haben, wobei die XML-Datei vortrainiert ist, um die Zielrakete zu klassifizieren – in diesem Fall eine kh-22-Rakete. Im Flug könnte der Algorithmus die kh-22-Rakete

identifizieren, während das in die Rakete eingebaute Idar- und Radarsystem die Reichweite bestimmen würde. Die Kameras an der Rakete würden die kh-22 lokalisieren und mit dem Begrenzungsrahmen verfolgen, wobei die Raketendüse automatisch so programmiert ist, dass sie sich entsprechend dreht, um ihren Weg zum Ziel zu führen, möglicherweise durch Anpassung an eine Manövrierbarkeit, die die Begrenzung beibehält Box in einer statischen Position fixiert. Eine andere Möglichkeit ist eine Technologie, bei der ein Algorithmus es der Bordkamera ermöglicht, den Winkelpunkt zwischen der Abfangrakete und der Flugbahn der Zielrakete zu erkennen, wodurch die Abfangrakete das Ziel an diesem Punkt treffen und zerstören kann. Dies erfordert Fortschritte in der LiDar-Technologie und ihren Fähigkeiten zur Bewegungsvorhersage. Open CV ist eine beliebte plattformübergreifende Bibliothek, mit der Programmierer ihre eigenen Klassifikatoren für beliebige Objekte trainieren können. Ukrainische Forscher haben wahrscheinlich bereits vortrainierte Klassifikatoren entwickelt, die als XML-Dateien generiert wurden, um russische Raketen zu erkennen.

Typisch für Kriegsoperationen in der Ukraine ist die Methode, UAVs auszusenden, um feindliche Stellungen zu lokalisieren, und dann auf der Grundlage dieser Informationen Artillerie abzufeuern. Der tägliche russische Beschuss ist doppelt so hoch wie der ukrainische Beschuss, und wenn es darum geht, feste Stellungen anzugreifen, hat sich Russland in dieser Hinsicht als sehr effektiv erwiesen. Tatsächlich konnte es die schlechte Leistung Russlands am Boden ausgleichen. Russlands Schwäche in der Bodenleistung ist ein Bereich, den die Ukraine auszunutzen versuchen wird, was sie in Sievierodonetsk versuchten. Aber um russische Streitkräfte in einen Häuser- oder Bodenkrieg zu verwickeln, muss man in der Lage sein, Russlands massive Artillerie zu neutralisieren. Wiederholte Bombardierungen durch

russische Artillerie haben die ukrainischen Streitkräfte vertrieben und sie gezwungen, ihre Stellungen aufzugeben, wodurch sie daran gehindert wurden, genügend Truppen für einen Gegenangriff zu mobilisieren. Dies war der Vorteil, den Russland im Osten gegenüber dem Westen an Orten wie Kiew hatte, wo Russlands Artillerieeinheiten hinter befreundeten Truppen stationiert waren, die weiter östlich operierten. Dieser Nachteil ist der Grund, warum die ukrainischen Streitkräfte in der Westukraine mehr Erfolg gegen russische Truppen hatten als in der Ostukraine. Wie bereits erwähnt, ist die Nähe zu Versorgungslinien entscheidend, aber das Vorrücken von Artillerieeinheiten zu neuen Konsolidierungspunkten ist leichter gesagt als getan. Noch schwieriger wird es für die Ukraine wegen der russischen Langstreckenraketensysteme, die hunderte Kilometer entfernte Waffendepots treffen können. Da die Ukraine mit den neuen HIMARS-Raketensystemen einen erbitterten Widerstand leistet, muss Russland sein verbessertes Waffenarsenal, das technologisch fortschrittlicher ist als seine älteren Systeme, noch einsetzen. Das Problem ist das technische Know-how, das für die Bedienung erforderlich ist. Russland verfügt über eine Technologie, bei der die Feuerkontrolle über ein Kommunikationssystem namens ISTAR vermittelt wird, das es taktischen Artilleriegruppen ermöglichen würde, die Positionen feindlicher Ziele in Echtzeit zu ermitteln, auf die Artillerieeinheiten dann das Feuer mehrerer Artilleriestationen richten und auch bereitstellen könnten Unterstützung für andere Einheiten auf dem Schlachtfeld. Es gibt auch eine schnellere Reaktionszeit auf eingehendes Feuer. Diese Art von Kommunikationssystem erfordert jedoch Fachwissen, das in Russland derzeit fehlt. Außerdem erfordern diese Kommunikationssysteme ein hohes Maß an Verschlüsselung, ein weiterer Mangel, mit dem Russland konfrontiert ist, wenn es um Ausrüstung geht, die die Kommunikation sicher halten kann. Viele

der hochrangigen Führer in Russlands taktischen Bataillonsgruppen haben mit unverschlüsselten Kommunikationsgeräten wie Mobiltelefonen kommuniziert. Trotzdem konnte Russland diese Hürde überwinden, indem es immer mehr Artillerie und Munition auf das Schlachtfeld brachte. Der Mangel an ISTAR-Ausrüstungsbedienern und die daraus resultierende verkürzte Reaktionszeit auf ukrainisches Artilleriefeuer haben es ukrainischen taktischen Einheiten ermöglicht, der russischen Artilleriereaktion auszuweichen. Die Ukraine war zeitweise auch in der Lage, erfolgreiche Artilleriefeuer mit ISTAR-Koordination unter Verwendung von UAVs durchzuführen.

Es gibt immer noch große Bestände an Artillerie aus der Sowjetzeit, aus denen Russland schöpfen kann, ganz zu schweigen von der damit verbundenen Massenproduktionsfähigkeit. Zwischen den 1980er Jahren und 2014 belieferten die ukrainischen Fabriken Russland jährlich mit 2.000.000 152-mm-Haubitzen. Infolgedessen feuert Russland diese Granaten etwa dreimal so oft ab wie die Ukraine jeden Tag während des Krieges. Russland verfügt auch über ein größeres Arsenal an Lenkwaffensystemen. Mit Ausnahme der HIMARS-Raketen sind die meisten ukrainischen Raketensysteme ungelenkt. Diese Diskrepanz wird jedoch etwas durch die Tatsache ausgeglichen, dass Russland einen Mangel an Bedienern hat, die für die Steuerung seines Lenkwaffensystems geschult sind, weshalb die Ukraine gesehen hat, wie Russland lasergelenkte Raketen abfeuerte, ohne den Laser auf das Ziel zu richten. Russland positioniert seine Artillerieeinheiten normalerweise hinter dem Frontpersonal, basierend auf der Artilleriereichweite. Systeme mit größerer Reichweite sind tendenziell weiter hinten als Artilleriesysteme, die auf mittlere Entfernungen feuern. Etwas Improvisation ist erlaubt, Artillerie vorwärts bewegen, wenn ein Ziel in Reichweite kommt. Auf einer Fläche von 100 mal 300

Metern sind Batterien stationiert, die alle Bestandteile eines Raketensystems sind - das Fahrzeug, auf dem es montiert ist, die Männer, die es bedienen, und die Computerkabine und Container, aus denen die Raketen abgefeuert werden. mit etwa 40 Metern Abstand zwischen jeder Kanone. Die Multiple Launch Rocket Systems (MLRS) sind entlang einer Linie positioniert, wobei jedes MLRS 150 Meter voneinander entfernt ist. Einige der Raketenbatterien wurden in separate Einheiten zersplittert, die Battalion Tactical Groups (BTGs) unterstützen würden, deren Mobilität und Informationen über feindliche Ziele durch UAV-Aufklärung bereitgestellt werden. Diese Improvisation der russischen Streitkräfte hat dazu beigetragen, mit größerer Genauigkeit auf ukrainische Stellungen zu schießen. Russland hat auch Köder verwendet, die aus beschädigter Artillerie und vielleicht einem funktionierenden Artilleriegeschütz bestehen, um den Eindruck zu erwecken, einsatzbereit zu sein. Auf diese Weise würde die Ukraine auf die Dummy-Artillerie schießen, was es Russland ermöglichen würde, ihre Position zu lokalisieren und das Gegenfeuer zu starten. Letztendlich werden die MLRS eingesetzt, um zu verhindern, dass ukrainische Streitkräfte in bestimmte Gebiete vordringen. Haubitzen hingegen sind darauf ausgelegt, ein Ziel zu treffen.

Wenn es um die Bekämpfung der ukrainischen Artillerie geht, übernehmen normalerweise die Artillerieeinheiten mit Langstreckenraketen wie den Tochka-U-Raketen, die sich weiter hinter der Front befinden, die Aufgabe. Nachdem die UAV (Drohnen)-Aufklärung das Ziel lokalisiert hat, können russische Artillerie-Crews es innerhalb von 3-5 Minuten nach Erhalt dieser Informationen angreifen. Andere Aufklärungsinstrumente sind nicht annähernd so effektiv. Es gibt Electronic Warfare (EW)-Systeme, Aufklärungsinstrumente, die sich auf Schall und Artillerie-Radar verlassen. Keines davon ist so effektiv wie UAV. Mit diesen anderen Werkzeugen dauert es eine halbe Stunde, um

das Ziel genau zu treffen. Mit UAVs dauert es durchschnittlich 3 bis 5 Minuten. Um dem entgegenzuwirken, hat die Ukraine spezialisierte Teams namens MANPADS eingesetzt, die von der Schulter abgefeuerte, präzisionsgelenkte Boden-Luft-Raketen einsetzen, die UAVs und andere Aufklärungsinstrumente verfolgen und zerstören. Wenn UAVs ihr Ziel überwachen, selbst wenn sich das Ziel bewegt, können russische Artillerieeinheiten gleichzeitig ihr Ziel anpassen.

Die Nutzung von Mobiltelefonen während des Russland-Ukraine-Krieges hatte zu zahlreichen Opfern geführt. In vielen Fällen wurden ganze Züge ausgelöscht, weil eine Person ihr Handy einschaltete, das ihren Standort preisgab. Das Vorhandensein von Mobilfunkmasten in der Ukraine hat es der Ukraine ermöglicht, den Standort des russischen Militärpersonals zu verfolgen, das Mobiltelefone zur Kommunikation verwendet. Mobiltelefone werden oft verwendet, wenn andere Kommunikationsgeräte versagen, und wir sehen in der Ukraine ein Beispiel dafür, wie die Verwendung von Mobiltelefonen gegen Operationen auf dem Schlachtfeld funktioniert. Die Ukraine war in der Lage, eine Reihe russischer Generäle zu töten, indem sie ihr Handysignal aus dem Mobilfunknetz der Ukraine lokalisierte. Russland hingegen ist in der Lage, Handysignale von ukrainischen Soldaten zu lokalisieren, indem es ein elektronisches Kriegsführungssystem Leer-3 verwendet, das aus zwei Drohnen mit IMSI-Catchern und einem darunter operierenden Kommandolastwagen besteht. Russlands EW-System kann ungefähr 2.000 Telefone innerhalb einer Reichweite von 3,7 Meilen verfolgen. IMSI-Catcher sind gefälschte Mobilfunkmasten, die Mobilfunkstandorte in einem bestimmten Bereich erkennen können. Mit IMSI kann der genaue Standort des interessierenden Telefons durch Triangulation der Signalstärken von nahe gelegenen Mobilfunkmasten lokalisiert werden. Denken Sie daran, dass ein eingeschaltetes Mobiltelefon ein Roaming-Signal aussendet, das von einem Mobilfunknetz empfangen wird,

entweder IMSI oder dem Mobilfunknetz der Ukraine. Wenn das ukrainische Mobilfunknetz ein Signal vom Mobiltelefon eines russischen Soldaten erkennt, können ukrainische Betreiber die Position dieses Soldaten anhand der drei nächstgelegenen Mobilfunkmasten triangulieren. Bei der Triangulation mit dem Mobilfunknetz und Mobilfunkmasten kann die Signalstärke zwischen dem Telefon und dem Mast bestimmen, wie weit das Telefon vom Mobilfunkmast entfernt ist. Durch die Verwendung von drei Mobilfunkmasten zur Bestimmung der Entfernung des Telefons von jedem Mast kann der Standort genau bestimmt werden. Mit dieser Methode können die ukrainischen Streitkräfte die ID des Telefons, die Roaming-Nummer sowie den genauen Standort herausfinden. Als russische Soldaten die I-Phones ukrainischer Soldaten stahlen, wurden die russischen Soldaten mithilfe der Find My I-Phone-App lokalisiert. Eine Person, die die App verwendet, demonstrierte die App auf Instagram, die die Bewegungen der sich zurückziehenden russischen Soldaten von Kiew über Weißrussland nach Belgorod verfolgt. Es ist auch möglich, das GPS-System eines Geräts zu pingen, um seinen Standort zu erhalten. Fast alle modernen Mobiltelefone haben einen eingebauten GPS-Empfänger. Der Grund, warum die Russen die Mobilfunkmasten nicht angreifen und zerstören, liegt darin, dass ein Großteil ihrer Ausrüstung, sogar die IMSI-Catcher, auf Hochgeschwindigkeits-4G- und 5G-WLAN angewiesen sind. Während GPS beim Auffinden feindlicher Ziele effektiv ist, gibt es Möglichkeiten, ihre Fähigkeit dazu zu behindern. Zu den Methoden, die verwendet werden können, um die Tracking-Fähigkeiten von Drohnen mit IMSI-Catchern zu behindern, gehört die Verwendung von Funksendern, um das GPS-Signal der Drohne zu stören und zu verhindern, dass sie ein GPS-Signal empfängt. Es gibt auch eine Technik namens GPS-Spoofing, die einen Funksender verwendet, um die Fähigkeit der Drohne zu stören, ihren genauen Standort zu überprüfen. Es gibt jedoch

Problemumgehungen für diese Spoofing- und Jamming-Systeme, und einige GPS-Validierungssysteme wurden bereits während des Krieges in der Ukraine verwendet. Das US-Militär verfügt auch über ein eigenes Anti-Jamming- und Anti-Spoofing-GPS-Validierungssystem namens M-Code, das, wenn es an die Ukraine geliefert würde, einen tiefgreifenden Einfluss auf die Fähigkeit der Ukraine hätte, Russland zu bekämpfen. Eine andere Methode, um den Standort von Mobiltelefonen zu verfolgen, ist der Einsatz von Spyware. Die Hamas hat dies gegen israelische Soldaten versucht. Sie würden sich in den sozialen Medien als schöne Frauen ausgeben, um Soldaten dazu zu bringen, bösartige Software herunterzuladen, die den genauen Standort des Geräts verfolgen kann.

Es gibt eine Reihe von Dingen, die aus dem Standort des Mobiltelefons extrapoliert werden können. Es gibt Hinweise auf Versorgungsrouten, Stützpunkte und Truppenbewegungen sowie Strategien. Russland hat seine UAVs mit IMSI-Catchern in den letzten Jahren verwendet, um NATO-Länder auszuspionieren und zu versuchen festzustellen, ob die Zahl der Truppen auf NATO-Stützpunkten mit der tatsächlichen Zahl übereinstimmt, die die NATO dort angegeben hat. Wenn es darum geht, die Gefahr des Besitzes eines Mobiltelefons auf dem Schlachtfeld zu mindern, besteht der einzige große Konsens darin, seine Verwendung vollständig zu verbieten. Dennoch gibt es Fälle, in denen Generäle Mobiltelefone ihrer eigenen Truppen beschlagnahmen, die sich weigern, das Sicherheitsprotokoll einzuhalten. Einige Platoons haben eine Richtlinie, die vorschreibt, dass Mitarbeiter ihre Mobiltelefone mehr als 1000 Fuß von ihrem Platoon-Standort entfernt verwenden müssen. Taliban-Führer entgingen einem Attentatsziel, indem sie SIM-Karten mit anderen Personen an verschiedenen Orten austauschten. Eine weitere Ausweichtaktik ist die Verwendung von Faraday-Fällen, die drahtlose Signale an elektronische Geräte blockieren. Mit einem Faraday-Fall kann

eine Person absichtlich in die falsche Richtung gehen, um die Tracker zu täuschen, und dann einfach ihr Telefon in den Faraday-Fall stecken, das Signal blockieren, und dann in die richtige Richtung zurückgehen, wodurch der Bediener getäuscht wird, um seine Position zu lokalisieren.

Wenn es um Gegenbatteriefeuer geht, können Multiple Launch Rocket Systems (MLRS) leicht eingesetzt werden, um dem Angriff auszuweichen. Haubitzen können dies jedoch nicht. Im Falle eines Gegenartilleriefeuers müssen die Soldaten, die die Haubitzen bedienen, in Deckung gehen und die Haubitzen an Ort und Stelle lassen. In einigen Fällen können die Haubitzen repariert werden. Nach einem Artilleriebeschuss wird das MLRS normalerweise nicht an seinen ursprünglichen Standort zurückgebracht, sondern an eine andere Position in der gleichen Umgebung wie die vorherige verlegt. Außerdem ist die Batterie, die von Artilleriefeuer angegriffen wird, normalerweise nicht diejenige, die Gegenartillerie abfeuert. Dieser Prozess wird durch die sogenannte AKATSIA-Feuerleitarchitektur erleichtert, die den nicht angegriffenen Batterien Rückfeuerverfahren zuweist. Für diese Operationen werden typischerweise Tochka-U-Raketen verwendet. Ihre Langstreckenfähigkeiten ermöglichen es Russland, elektronische Kriegsführungssysteme und Kommandoposten anzugreifen, die sich hinter und weit hinter den Frontlinien feindlicher Streitkräfte befinden. Diese Aspekte des russischen Arsenals haben es der Ukraine erschwert, eine erfolgreiche Gegenoffensive zu starten. Logistisch gesehen ist Russland jedoch stark im Nachteil, zumal die Ukraine über präzisionsgelenkte HIMARS-Raketen verfügt, die russische Versorgungsrouten zerstören und Russland daran hindern können, weiter westlich Stellungen zu errichten und zu festigen. Die daraus resultierenden Transporthindernisse könnten der Ukraine zugute kommen.

Zu Beginn des Krieges hat Russland Schwierigkeiten, Eisenbahnlinien zu nutzen, um Munition an die Front zu bringen. Um dieses Problem zu umgehen, transportieren sie Munition von den Schienenköpfen nach hinten und dann zu Munitionsdepots, die hinter ihren operierenden Artillerieeinheiten stationiert sind. Von dort wird die Munition dann in Zivilfahrzeugen, die nicht im Gelände fahren können, zu den Artillerieeinheiten transportiert. Sie müssen auf der Straße bleiben. Dieser Prozess der Munitionsbewegung ist sehr vorhersehbar und in einigen Fällen unmöglich, sich dagegen zu wehren. Aber der Mangel an ausgeklügelter Langstreckenartillerie in der Ukraine hindert sie daran, diese Schwäche der russischen Logistik auszunutzen. Dies ist eines der Handicaps, mit denen die Ukraine zu kämpfen hat – Russland hat die Fähigkeit, Operationen in den rückwärtigen Gebieten der Ukraine anzugreifen, aber der Ukraine fehlt die Fähigkeit, auf die rückwärtigen Gebiete Russlands zu schießen. Die Ukraine scheint jedoch in der Lage gewesen zu sein, Saboteure innerhalb der russischen Armee einzusetzen, um die Arbeit zu erledigen. Eine Reihe russischer Munitionsdepots wurden kurz vor der Gegenoffensive der Ukraine in Cherson Ende August in die Luft gesprengt. Schließlich gelang es der Ukraine Anfang August, MLRS-Systeme aus Deutschland und Großbritannien zu erhalten, die Ziele in einer Entfernung von 186 Meilen treffen können. Diese Systeme sollten das Ausmaß des kontinuierlichen russischen Artilleriebeschusses effektiv verringern und der Ukraine helfen, weiter in die östlichen Gebiete vorzudringen. In Kombination mit mehr 152-mm-Haubitzen wird die Ukraine auch in der Lage sein, ihre Fähigkeit zur Unterstützung ihrer mobilen Einheiten zu erhöhen. Die NATO hat jedoch ihre Besorgnis über ihre Fähigkeit zum Ausdruck gebracht, die Produktion mit den Verlusten an Gefechtsfeldausrüstung der Ukraine in Einklang zu bringen. Darüber hinaus besteht ein weiteres Problem bei der Lieferung von Haubitzen aus verschiedenen westlichen Nationen darin, dass

jeder Haubitzentyp einen anderen Betriebsstandard hat und unterschiedliche Ausbildung und Fachkenntnisse erfordert. Granaten, die mit einem Haubitzentyp kompatibel sind, sind nicht mit einem anderen Typ kompatibel. Dies stellt ein logistisches Problem für die Ukraine dar und macht es zwingend erforderlich, dass sie reichlich mit einem Haubitzentyp versorgt wird, damit die Wartung dieser Systeme angemessener aufrechterhalten werden kann.

Der militärische Erfolg der Ukraine wird von ihrer Fähigkeit abhängen, den Rücken der russischen Streitkräfte anzugreifen, sowie von den logistischen Aspekten ihres Munitionstransports. Dies würde den effizienten Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen, elektronischen Kampfsystemen und Langstrecken-Präzisionsraketensystemen erfordern. Russlands elektronische Kriegsführungssysteme konnten jedoch feststellen, dass die Fähigkeit der Ukraine, die Position russischer Streitkräfte durch den kombinierten Einsatz von UAVs (Drohnen) und anderer Artillerie- und Kommunikationsausrüstung zu lokalisieren und anzugreifen, von Signalen abhängt, die über ein von den USA betriebenes weltraumgestütztes GPS übertragen werden Satelliten werden empfangen. Um diese Fähigkeit zu behindern, setzte Russland sein Störsystem Pole 21 sowie sein automatisches Störsystem namens R330Zh ein. Sie haben auch ein UAV namens Orlan-10, das Teil ihres EW-Systems ist, das Mobilfunkmasten stören und die mobile Kommunikation unterdrücken kann. Die USA haben jedoch ein Anti-Jamming- und Anti-Spoofing-GPS-Validierungssystem namens M-Code, das sie der Ukraine liefern könnten, um Russlands GPS-Störsysteme zu umgehen. Das einzige Land außerhalb der USA, das M-CODE erhalten hat, ist Deutschland. Es gibt jedoch eine Art Catch-22 in den Störsystemen, und Russland muss seine Störsysteme vorübergehend ausschalten, um seine eigene GPS-basierte Positionierung und Zielerfassung der ukrainischen Streitkräfte zu

verwenden. Russland ist auch auf das Festnetz angewiesen, um zu kommunizieren. Das sind auf dem Boden verlegte Kabel, mit denen Sie viel sicherer kommunizieren können, ohne Ihre Position preiszugeben. Die ukrainischen Streitkräfte haben diese auch während des Krieges im Donbass vor dem 24. Februar 2022 effektiv eingesetzt. Außerdem wird beim Einsatz von Jamming- und Spoofing-Systemen viel Treibstoff benötigt, weshalb Geräte wie Pole-21 und R330Zh dies nicht sind immer verwendet. Russland hat auch ein weiteres Stör- und Spoofing-System, das auf einem Lastwagen montiert ist. Es heißt Shipovnik-Aero und kann UAVs erkennen, indem es die Steuerfrequenz des UAVs analysiert und verschiedene Kommunikationsnetzwerke blockiert. Nach Bestätigung der Steuerfrequenz kann der Shipovnik Aero die Befehlsfrequenz sperren. Es ahmt auch das Navigationssystem des UAV nach und beeinträchtigt seine Fähigkeit, seinen Standort genau zu überprüfen, bis zu dem Punkt, an dem die Person, die das UAV bedient, glauben könnte, er lenke es zurück zur Basis, obwohl die Drohne in Wirklichkeit tatsächlich zu einem vom benannten Ort fliegt Spoofing-Schema von Shipovnik Arso. Das Shipovnik-Areo-Störsystem hat die Fähigkeit der Ukraine, bestimmte Gebiete zu patrouillieren, eingeschränkt, aber wenn die Ukraine in der Lage wäre, es zu lokalisieren und zu zerstören, wäre es für die Ukraine von strategischer Bedeutung. Aufgrund der Zeit, die zum Aufbau des Shipovnik Aero benötigt wird, wird er zunehmend anfälliger für Treffer durch ukrainische Artillerie. Wenn es jedoch um die Fähigkeiten Russlands geht, wo Jamming und Spoofing nicht verwendet werden, um ukrainische UAVs anzugreifen, konnten andere Angriffsformen die Bedrohung neutralisieren. Russland hat seine Haubitzen, MLRS und Tochka-U auf UAV-Betreiber abgefeuert. Insgesamt halten die ukrainischen UAVs anstelle der verschiedenen Anti-UAV-Systeme im Durchschnitt etwa sieben Tage. Die Ukraine hat erwogen, UAVs nur nach einem voreingestellten Flugplan auszusenden, um das

Risiko des Verlusts des UAVs zu verringern, auf Kosten einer schnelleren Ortung, Zielerfassung und Zerstörung feindlicher Ziele. Es wurde festgestellt, dass das Einstellen von UAVs auf eine voreingestellte Flugbahn dazu beiträgt, ernsthafte Störungen durch EW-Systeme zu vermeiden, während UAVs, die einen Bediener überfliegen sollen, stärkeren Störungen durch elektronische Kriegsführungssysteme ausgesetzt waren.

Es wurde festgestellt, dass russische Streitkräfte selten Gebiete verlassen, die sie vor der Aufklärungsausrüstung und den Raketenkapazitäten der Ukraine verstecken können. Wenn die Ukraine das Anti-Jamming- und Anti-Spoofing-M-Code-System des US-Militärs hätte, könnte sie eine größere Fähigkeit erlangen, diese russischen Stellungen anzugreifen. Während der Starlink-Satellit der Ukraine geholfen hat, die GPS-Überwachung auf dem Schlachtfeld aufrechtzuerhalten, ist Russland gelegentlich in der Lage, Satellitennetzwerke zu stören. Russlands bodengestützte EW-Systeme sind umfangreich und verfügen über mehrere Funktionen wie Störsender, Spoofing und Tracking. Das TORN-MDM, ein weiteres bodengestütztes EW-System, kann Triangulation verwenden, um Truppen zu lokalisieren, die innerhalb eines Radius von 70 Kilometern kommunizieren. Sie können auch gleichzeitig die Kommunikation von Motorola-Funkgeräten entschlüsseln, die von den ukrainischen Streitkräften verwendet werden. (Harris-Funkgeräte sollen sicherer und immun gegen EW-Systeme sein.) Ukrainischen Streitkräften gelang es, ein TORN MDM-System zu Beginn des Krieges zu erobern.

Bei der Bodenkriegsführung ist Russland im Nachteil. Trotz der Probleme an dieser Front in früheren Kriegen und auch der Improvisation in denselben Kriegen gelang es den Russen, ähnliche Fehler zu Beginn ihrer Invasion in der Ukraine zu wiederholen. Russland organisiert seine Infanterie in BTGs oder Battalion Tactical Groups. Doch wieder einmal mussten sie

massive Verluste hinnehmen, um zu erkennen, dass die effektivste Methode zur Durchführung von Bodenangriffen der Einsatz von Angriffstrupps sowie Bodeninfanterie ist, die sich neben gepanzerten Fahrzeugen bewegt, um Hinterhalte zu verhindern. Andererseits wird die Ukraine daran gehindert, jede Schwäche der russischen Bodentruppen auszunutzen, weil wiederholte Bombardierungen durch russische Artillerie ukrainische Streitkräfte oft daran hindern, sich in etwas Größerem als einer Kompanie von 200 Soldaten zu versammeln, und das schiere Volumen der russischen Artillerie gibt ihnen einen Vorteil, wenn es kommt zu Kämpfen um ein größeres Gebiet. Zu Beginn der Cherson-Gegenoffensive Ende August 2022 berichteten in der Schlacht verwundete Soldaten über das Ausmaß der russischen Artillerie im Vergleich zu ihrer und schätzten, dass ukrainische Truppen im Verhältnis 5:1 getötet wurden. Für jeweils fünf getötete ukrainische Truppen wurde nur eine russische Truppe getötet. Trotz des Nachteils machten die ukrainischen Streitkräfte Gewinne und eroberten Dörfer entlang mehrerer Achsen in Cherson zurück. Sie eroberten auch Gebiete jenseits des Flusses Siverskyi Donets im Oblast Donezk. Die anfängliche Scheinoperation der Cherson-Gegenoffensive sollte den beabsichtigten Effekt haben, die Ukraine in die Lage zu versetzen, Russlands logistische Fähigkeiten anzugreifen, und die russischen Streitkräfte zu veranlassen, mehr Truppen nach Cherson zu schicken. Russland begann, mehr seiner Streitkräfte von Charkiw und der Ostukraine in die Südukraine in der Region Cherson zu verlegen. Dies geschah, um die russischen Positionen dort zu stärken, da Cherson von größter strategischer Bedeutung für Russlands Einfluss auf die Krim ist. Sie ließ der Ukraine jedoch die Gelegenheit, nach Charkiw vorzudringen, was ihr am 6. September 2022 erfolgreich gelang, indem sie Verbivka eroberte und die russischen Streitkräfte zurück an die linken Ufer der Flüsse Severskyi Donets und Serednya Balakliika jagte.

Anschließend würde Russland eine Reihe von Brücken in Balakliya zerstören, um zu verhindern, dass die Ukraine weiter nach Osten vordringt.

Einer der Hauptvorteile Russlands ist seine Fähigkeit, mit ballistischen Langstreckenraketen tief in das ukrainische Territorium einzudringen. Aus diesem Grund sind einige der Meinung, dass f35 von f16 der Ukraine nicht ausreichen wird, um diesem besonderen russischen Vorteil entgegenzuwirken. Diese Fähigkeit des russischen Militärs hindert die Ukraine daran, kontinuierlich Verteidigungsausrüstung zu produzieren, und Russland kann jederzeit auf den Einsatz ballistischer Raketen zurückgreifen. Ständige Streiks bis nach Kiew würden die Bevölkerung demoralisieren und Wiederaufbauversuche ersticken. Russlands verheerendste Langstreckenrakete ist die quasi-ballistische Rakete Iskander-M, die mit ihrer Manövrierfähigkeit während des Fluges Luftverteidigungssystemen ausweichen kann. Wenn sich die quasi-ballistische Iskander-M-Rakete im Flug auf das Ziel zubewegt, kann sie Emitter zerstreuen, die Radarsysteme hinsichtlich der Flugbahn der Rakete verwirren, was es für Raketenabwehrsysteme umso schwieriger macht, sie zu verfolgen und zu zerstören. Die Emitter sind kleine Objekte von der Größe einer Coca-Cola-Dose, aber wenn sie von der Rakete ausgesandt werden, können sie dazu beitragen, die Flugbahn der Rakete zu verzerren, wodurch Radarmesswerte und nachfolgende Flugbahnberechnungen verändert werden. Russland bewahrt diese normalerweise für mögliche Konflikte mit NATO-Streitkräften im Falle eines umfassenden Russland/NATO-Krieges auf.

In der Ukraine hat Russland Marschflugkörper eingesetzt, um Ziele zu treffen, Raketen wie die 9M727, Kh-101, Kh-59 und 3M-54. Die 9M727 kann mit dem Iskander-Werfer abgefeuert werden. Die Kh-101 wird normalerweise von russischen Bombern abgefeuert.

Die Kh-59 werden normalerweise vom Boden aus gestartet, während die 3M-54 von Schiffen im Schwarzen Meer aus gestartet werden. Die Raketen 9M727 und Kalibr operieren mit Unterschallgeschwindigkeit und fliegen niedrig, um nicht vom Radar des Raketenabwehrsystems entdeckt zu werden. Russland verwendet auch E95M-Luftziele, um seine Flugabwehrmannschaften zu trainieren. Viele der russischen Raketen sind ausweichend mit hoher Manövrierfähigkeit, was es sehr schwierig macht, ihre Flugbahn vorherzusagen, da die Rakete während des Fluges die Richtung ändern kann. Der Ukraine wurde empfohlen, ihre Luftangriffswarngeräte flächendeckend einzusetzen, um der Manövrierfähigkeit russischer Raketen Rechnung zu tragen. In der Ukraine ist es oft so, dass Hilfssirenen so weit verbreitet sind, dass sie in vielen Fällen von der allgemeinen Bevölkerung einfach ignoriert werden.

Leitsysteme sind in Russlands Raketen eingebaut. Die Raketen verwenden eingebaute Sensoren, um ihren Flug zu steuern. Russlands Raketen verfügen über eine Bildgebungstechnologie, die es der Rakete ermöglicht, Echtzeit-Bildmaterial mit vorinstallierter Kartierung zu vergleichen. Andere Raketen haben ein eingebautes Radar und Komponenten zum Empfangen von Satellitensignalen. Wenn diese Signale gestört werden, verfügt die Rakete über andere Komponenten, die es ihr ermöglichen würden, ihre Position zu kennen. Zu diesem Zweck verfügen russische Raketen über ein Trägheitsnavigationssystem (INS), das aus Beschleunigungsmessern zur Messung der Translation und Gyroskopen zur Messung der Rotation besteht, die beide die Bestimmung der Position der Rakete ermöglichen. Nachdem die anfängliche Orientierung durch das GPS bereitgestellt wurde und das GPS-Signal von der Rakete später gestört wird, kann das INS den Bedienern helfen, die Position der Rakete aus Informationen zu berechnen, die von den Bordgyrometern, Beschleunigungsmessern und anderen Bewegungssensoren

bereitgestellt werden. Diese Informationen werden mit der anfänglichen Ausrichtung kombiniert, um die aktuelle Position des Flugkörpers zu berechnen. Diese Methode ist stausicher. Aber selbst mit der Aussicht auf Störungen verlassen sich Russlands ballistische Raketen auf GPS für die Satellitennavigation, da von anderen Ländern erwartet wird, dass sie GPS-Signale auf ihrem Territorium immer zulassen. Wenn es um russische Raketen geht, die niedrig und mit Unterschallgeschwindigkeit fliegen, können die ukrainischen Streitkräfte Gewehreinheiten alarmieren, wenn eine Rakete gerade vorbeigeflogen ist, und sie im Voraus auf den Start der Rakete vorbereiten. Dies hat den ukrainischen Streitkräften gut getan, die mit ihren eigenen Luftverteidigungssystemen eine Reihe russischer Raketen abschießen konnten. Damit die Ukraine ernsthafte militärische Fortschritte erzielen kann, muss sie außerdem mit Langstreckenraketensystemen wie den Army Tactical Missile Systems (ATACMS) ausgestattet sein, die eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern erreichen können. Eine solche Waffe würde es der Ukraine ermöglichen, weit hinter Russlands Front zuzuschlagen und russische Munitionsdepots und Munitionstransportgeräte zu zerstören. Ein weiterer Faktor, der für die Ukraine von Vorteil wäre, wenn sie das ATACMS erhalten würde, besteht darin, dass es die Wahrscheinlichkeit erhöhen könnte, von Separatisten gehaltenes Territorium zurückzuerobern. Einer der Gründe, warum die Separatisten in Luhansk und Donezk diese Gebiete so lange halten konnten, ist, dass es ihnen 2014 gelang, ukrainische Streitkräfte von ihrem Posten an der luhanskisch-russischen Grenze in Izvaryne zu vertreiben. Folglich war Russland in der Lage, über den Grenzübergang Izvaryne Waffen und Verstärkung in die separatistischen Gebiete zu bringen, um die Separatisten gegen die ukrainischen Regierungstruppen zu unterstützen. Ohne eine Rückeroberung oder Streiks am Grenzübergang Izvaryne und die

Abwehr von Artillerie aus der Russischen Föderation wird die Ukraine keine Möglichkeit haben, die separatistische Bedrohung in Luhansk und Donezk zu neutralisieren und die Region wieder unter ukrainische Kontrolle zu bringen. Aus diesem Grund würden Langstreckenraketensysteme einen erheblichen Unterschied in der Fähigkeit der Ukraine machen, die Moral und das Vertrauen unter ihren eigenen Truppen sehr hoch zu halten, weil die Truppen mehr Vertrauen in ihre Mission hätten, die gesamte Ukraine zurückzuerobern.

Die andere Wendung wäre, wenn das ukrainische Militär das Anti-Jamming- und Anti-Spoofing-System M-CODE des US-Militärs in die Hände bekommen könnte. In Kombination mit ATACMS würde dies der Ukraine die Möglichkeit geben, mehr Aufklärung zu betreiben und feindliche Ziele auf große Entfernung zu lokalisieren. Ukrainische UAVs wären in der Lage, ihre Kommandoverbindung mit den Betreibern aufrechtzuerhalten, ohne das erhöhte Risiko von Störungen und Störungen durch Russlands EW-Systeme.

Die USA haben auch Radarjägerraketen namens (HARM) stationiert, die der Ukraine die Möglichkeit geben, Russlands Radarstationen auszuschalten. Die HARM-Raketen können von den ukrainischen MIG-29-Kampfflugzeugen abgefeuert werden und würden den ukrainischen Streitkräften einen großen Vorteil in ihrer Gegenoffensive verschaffen. Die USA haben in der Vergangenheit HARM-Raketen in Kriegen gegen den Irak eingesetzt. Die Raketen arbeiten, indem sie Radaremissionen erkennen.

Kapitel 6: Lehren aus dem Russland/Tschetschenien-Krieg

Die Welle nationalistischer Gefühle, das Gefühl, gerechtfertigt zu sein, ist nicht immer eine Formel für militärischen Erfolg. Es kann helfen, Unterstützung zu gewinnen, wie wir im Fall der Ukraine sehen, aber in den meisten Fällen hat es keinen Einfluss auf den Ausgang des Konflikts. Wie die Ukraine fühlten sich sowohl Tschetschenien als auch Georgien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion berechtigt, sich aus dem Einflussbereich Russlands zurückzuziehen, aber in beiden Fällen bahnte sich Russland durch solche Rechtfertigungsgefühle und den Widerstand des russischen Einflusses schließlich seinen Weg auf russisches Territorium in beiden Ländern ausgelagert. Tschetschenien ist jetzt Teil der Russischen Föderation. Aus diesem Grund ist es eine Sache, auf den Sieg der Ukraine zu vertrauen, es ist eine andere, ihn aus einer realistischen Perspektive zu sehen. Russland steht in der Ukraine vor einer Situation, die stark widerspiegelt, was in Georgien und Tschetschenien vor der russischen Intervention geschah – Unterdrückung und feindselige Behandlung ethnischer Russen. Das war die Rechtfertigung Russlands für die militärische Intervention in diesen beiden Ländern, und es war auch die Rechtfertigung Russlands für die Intervention in der Ukraine. Historisch gesehen existierte die Ukraine erst in den 1990er Jahren unter Kutschmas Präsidentschaft nach dem Fall der Sowjetunion als wirklich neutraler Staat. In früheren Jahren stand die Ukraine entweder unter dem Schutz Russlands, wie es der Fall war, als Bohdan Khemlynitsky, der Gründer der Ukraine, die Ukraine im 17 Ukraine. Als die Ukraine nicht unter russischer Kontrolle stand, wurde sie typischerweise sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg von deutschen Streitkräften besetzt. Daher muss die Ukraine ihre Ziele deutlich machen – wollen sie unter dem Einfluss Deutschlands oder unter dem Einfluss Russlands stehen? Oder möchten Sie neutral sein? Wenn sie sich

zu einem Protektorat des Westens machen, dann muss die Ukraine westlichen Vorstellungen über die westliche Vision von Demokratie nachgeben und auch dem Beharren des Westens auf bürgerlichem Nationalismus, nicht auf ethnischem Nationalismus, eine Aussicht, die dem ukrainischen Nationalismus einen schweren Schlag versetzen wird möchten. Aber als neutraler Staat, selbst mit nur 80 % seines Territoriums, würde der ukrainische Nationalismus gedeihen wie kein anderer. Wenn sich die Ukraine unter westliche Gerichtsbarkeit stellt, dann muss sich die Ukraine auszahlen – eine Auszahlung, die die Rückgabe des gesamten von Russland gehaltenen Territoriums im Land sicherstellen würde, aber dies würde erfordern, dass die Ukraine schließlich ausländischen Streitkräften erlaubt, auf ihrem Boden zu operieren und im Wesentlichen das politische Paradigma dort kontrollieren. Im Moment liefert die Westukraine nur Waffen, und diese reichen möglicherweise nicht aus, damit die Ukraine Territorium von Russland zurückerobern kann. Eine Möglichkeit für die Ukraine, Gebiete von der russischen Besatzung zurückzuerobern, wäre ein Regimewechsel in Russland und nicht nur ein reibungsloser Übergang des Regimewechsels. Es müsste die Art von Regimewechsel sein, der von großen Umwälzungen geprägt ist, ähnlich der bolschewistischen Revolution und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In beiden Fällen war die wirtschaftliche Situation ein wichtiger Katalysator für die Revolutionen und Unabhängigkeitsbewegungen. Aber nach der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 gelang es den globalen Sanktionen gegen Russland nicht, eine kathartische Situation in Russland auszulösen, die Unruhen hervorrufen würde. Tatsächlich bewirkte es das Gegenteil. Russlands Wirtschaft und Währung sind eigentlich stabil geblieben. Der Rubel wertete kurz darauf nach einem kurzen Rückgang auf und war 2022 zu einer der stärksten Währungen des Jahres geworden. Aufgrund dieses positiven Ergebnisses für Russland wird die

Ukraine, wenn sie versucht, einen Regimewechsel in Russland herbeizuführen, eine neue Strategie entwickeln müssen. Wenn wir auf den Fall des Russischen Reiches und den Fall der Sowjetunion zurückblicken, gibt es einige Feinheiten, die mit der Ähnlichkeit in Bezug auf den wirtschaftlichen Rückfall einhergehen, der zum Zusammenbruch beider Regime beigetragen hat. Anscheinend war der Untergang des Russischen Reiches größtenteils auf wirtschaftliche Ungleichheiten zurückzuführen, wobei das einfache Volk in bitterer Armut lebte, während hochrangige Beamte im Luxus lebten. Die gleiche Dynamik führte im 18. Jahrhundert zur Französischen Revolution . Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, befand sich nicht nur die Wirtschaft in einer desaströsen Lage – wahrscheinlich aufgrund der Übersubventionierung der Industrie durch die Sowjetregierung kam ein linksextremer sowjetischer Generalsekretär, Michail Gorbatschow, an die Macht und stellte all die Hauptgrundsätze der sowjetischen Politik auf, die sie am Laufen hielten, wie Beschränkungen der Rede, der Wahl der Partei usw. Michail Gorbatschow hob solche Beschränkungen auf, und die Menschen in der Sowjetunion reagierten nicht mit Dankbarkeit, weil sie dachten, es sei so eine Geste der Versöhnung, um ein positives Bild der Sowjetunion hervorzurufen, wurde von den Sowjetstaaten buchstäblich als Lizenz zur Unabhängigkeit verstanden. Wenn man also auf den Fall beider Regime zurückblickt – den Zusammenbruch des Russischen Reiches und den Zusammenbruch der Sowjetunion – wie kann man sich vorstellen, was in Russland passieren müsste, um einen totalen Zusammenbruch Russlands auszulösen und der Ukraine zu ermöglichen, Russland schnell zu erobern? ehemalige Territorien?

Am 9. August 2022 hat die ukrainische Armee möglicherweise einen russischen Luftwaffenstützpunkt auf der Krim angegriffen und offenbar ihre eigenen Langstreckenraketen eingesetzt, die Ziele in einer Entfernung von über 200 km erreichen können.

Allerdings gab es immer noch einige Spekulationen darüber, woher die Ukraine die Raketen hatte. Haben sie sie tatsächlich hergestellt oder wurden sie heimlich von den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich geliefert? Wie auch immer, das Ergebnis brachte der Ukraine eine gewisse Bestätigung für ihr anhaltendes Beharren darauf, dass sie in der Lage ist, russische Streitkräfte aus ukrainischen Gebieten zu vertreiben. Die Tatsache klarzustellen, dass dies ein wahrscheinliches Szenario ist, hilft der Kriegsmaschinerie der Ukraine, der anhaltenden Lieferung ausländischer Waffen und der Aussicht, Russlands militärische Infrastruktur zu schwächen und zu erschöpfen. Das Demonstrieren der Durchführbarkeit einer ukrainischen Militäroperation nicht nur gegenüber westlichen Verbündeten, sondern auch gegenüber russischen Beamten könnte die Dringlichkeit unter russischen Beamten anheizen, einen Friedensvertrag auszuhandeln, der einige Zugeständnisse an die von der Ukraine festgelegten Bedingungen macht. Am 9. August wurden neun russische Kampfflugzeuge auf dem Luftwaffenstützpunkt Saky auf der Krim vollständig zerstört, was einen wichtigen Wendepunkt im aktuellen Verlauf des Krieges markierte, einem Verlauf, der dazu führen würde, dass Russland einen Großteil der Ost- und Südukraine bequem besetzen würde. Der Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt Saky war der erste große ukrainische Angriff auf einen russischen Stützpunkt in der Nähe des Schwarzen Meeres und auch auf Territorium, das Russland als zu Russland gehörig betrachtet. Russland hat die Krim 2014 in einem Referendum annektiert. Darüber hinaus verwirrten die Berichte über die Explosionen einige der Nachkriegsangehörigen, da man annehmen würde, dass Russland eine Art Raketenabwehrschild zum Schutz des Luftwaffenstützpunkts haben würde. Während viele davon ausgingen, dass die Ukraine tatsächlich den Angriff durchgeführt hat, bekannte sich der ukrainische Präsident Wlodymyr Selenskyj

nicht direkt zu dem Angriff, sondern wies nur auf den Schaden hin, der dem russischen Luftwaffenstützpunkt zugefügt wurde. Selenskyj hatte jedoch kürzlich westliche Medien auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die mit der Enthüllung der entscheidenden strategischen Manöver der Ukraine verbunden sind. Daher wird die Ukraine wahrscheinlich diskreter mit ihren taktischen Errungenschaften umgehen. Russland bestritt, dass die Ukraine den Angriff durchgeführt habe, und sagte, Fahrlässigkeit habe die Explosionen verursacht. Als das Thema HIMARS als potenzielle Waffe angesprochen wurde, mit der Ukrainer die Basis angreifen könnten, stellten Experten fest, dass HIMARS-Raketen nur eine maximale Reichweite von 120 km haben. Die Saky Airbase ist etwa 225 km von der Front entfernt. Die von den USA gelieferten HIMARS-Raketen konnten nicht so weit reichen. Bei anderen strategischen Manövern sprengt die Ukraine auch die Brücken über den Dnjepr, sodass Russland möglicherweise auf Fähren angewiesen sein muss, um die westlich des Dnjepr stationierten Truppen zu versorgen. Dies könnte jedoch für Russland unpraktisch sein, da diese russischen Truppen in einigen Gebieten westlich des Dnjepr der Gnade der ukrainischen Artillerie ausgeliefert sind. Es gibt offenbar auch pro-ukrainische russische Sympathisanten, die im Auftrag der Ukraine Sabotageaktionen durchführen und russische Munitionsdepots sprengen. Einige ukrainische Quellen sagten der New York Times, dass einige ukrainische Sympathisanten, die im russischen Militär tätig sind, den Angriff inszeniert hätten. Niemand ist sich der Herkunft dieser Eindringlinge sicher, ob sie tatsächlich Sympathisanten sind oder von ausländischen Geheimdiensten ausgebildet wurden. Selenskyj äußerte sich sehr diskret über die jüngsten Angriffe auf russisches Territorium auf der Krim und vermied es, direkt zu sagen, dass die Ukraine den Angriff ausgeführt habe, oder zu bestätigen, dass einige Eindringlinge die Operation hinter den feindlichen Linien gestartet hätten. Das ist sehr klug, denn das

Eingeständnis der Infiltration in russisches Territorium könnte es Russland ermöglichen, einen Vorwand zu inszenieren, um eine weitere Eskalation des Konflikts zu rechtfertigen. Dennoch werden die jüngsten ukrainischen Erfolge Zelenskyys Fähigkeit, westliche Nationen davon zu überzeugen, die Lieferungen und Hilfeleistungen zu erhöhen, weiter stärken. Russland wird wahrscheinlich Provokationen in Lateinamerika durchführen, um die USA dazu zu bringen, ihre Außenpolitik dort zu konzentrieren. Solche Provokationen könnten Russlands Entsendung von Kriegsschiffen nach Nicaragua oder die Lieferung von Langstreckenraketensystemen an lateinamerikanische Länder umfassen, was die USA zwar provozieren würde, sie aber zwingen würde, ihren Fokus näher an ihr Heimatland zu verlagern – eine Aussicht, die einen enormen Versorgungsverlust für die Ukraine mit sich bringt würde vorne bedeuten.

Ein Hauptanliegen der internationalen Gemeinschaft ist das Kernkraftwerk Saporischschja, das derzeit unter der Kontrolle der russischen Armee steht. Das Dilemma rund um die Einrichtung besteht darin, dass die Natur des Konflikts es erfordert, dass russisches Militärpersonal in der Nähe der Einrichtung präsent ist. Gleichzeitig macht es das Kernkraftwerk zu einem Ziel für die Ukraine, auf das Raketen abgefeuert werden können. Wenn Russland zustimmt, die Anlage zu entmilitarisieren, können ukrainische Streitkräfte vorrücken und sie zurückerobern, da sie international immer noch als ukrainisches Territorium anerkannt ist. Die IAEA war zum Standort der Anlage gegangen, um eine Inspektion durchzuführen, hat aber keine Seite herausgegriffen, die sie gefährdet hat. Wenn etwas passieren sollte, würde ein Raketenangriff auf das Gebäude, in dem sich die Reaktoren befinden, zu einem Strahlungsleck führen. Ein Großteil der Bedenken bezieht sich auf die Wassersysteme, die zur Kühlung der Becken für abgebrannte Brennelemente und der Reaktoren

verwendet werden. Werden diese beschädigt, würde sich Wärme aufbauen und Strahlung in die Luft abgegeben werden. Aufgrund der Lage des Kraftwerks wäre ganz Europa von dem Strahlungsleck betroffen, wenn das Kraftwerk durch den Beschuss erheblich beschädigt würde

Die Ukraine hat großes Vertrauen, die größte Militärmacht in Osteuropa besiegen zu können. Ein aktuelles Beispiel in Osteuropa dafür, wie eine kleinere Nation ihr Ziel gegen die Aggression einer größeren Streitmacht erreichen kann, ist der Erste Tschetschenienkrieg, der dazu führte, dass Russland nach einem zweijährigen Kampf zwischen 1994 und 1996 Truppen aus dem Land abzog. Tschetschenien wurde unter der Führung von Dzhokhar Dudayev, und während seiner Amtszeit gab es viele Unruhen aufgrund seiner Behandlung der dort lebenden ethnischen Russen und Ukrainer sowie seiner Verwaltungspolitik, die zu Opposition und separatistischen Einheiten führte, die von Russland unterstützt würden. Viele Tschetschenen missbilligten Dudayevs Politik und begrüßten zunächst die russische Intervention und ihre Unterstützung der Oppositionsfraktionen von Dudayev. Als Oppositionskräfte und russische Truppen in Grosny vorrückten, erwarteten sie daher nichts weiter, als eine Machtdemonstration zu zeigen, um Dudayevs Streitkräfte zur Kapitulation zu bewegen, da Russland nicht lange brauchte, um Tschetscheniens Luftwaffe auszulöschen. Dudayevs Streitkräfte waren größtenteils nicht ausgerüstet, um sich der russischen Armee zu stellen, aber ihre Kenntnis des Geländes und die Nutzung der Infrastruktur würden der russischen Armee kurz darauf massive Probleme bereiten, da die tschetschenischen Streitkräfte eine Guerilla-Operation starten würden, die die russischen Besatzer verwirren würde. Sie benutzten Keller und unterirdische Tunnel, um ihre Bewegungen vor russischer Überwachungsausrüstung zu verbergen, und die Tschetschenen wurden auch durch die Hilfe von mehr Soldaten und Ausrüstung

verstärkt, die aus Moskau kamen, um ihnen zu helfen, und sich oft von Inguscheta aus nach Tschetschenien schlichen. Russlands Unvorbereitetheit wurde der Unerfahrenheit der Bodentruppen zugeschrieben, denen befohlen wurde, militärische Protokolle zu befolgen, die in der Hitze des Gefechts oft schwer zu befolgen waren – Protokolle wie zum Beispiel, nicht zu schießen, wenn nicht zuerst geschossen wurde. Viele der russischen Truppen sollen für den Stadtkampf untrainiert gewesen sein, da sie an den alten sowjetischen Kampfstil gewöhnt waren, als Truppen der Roten Armee in Schlachten kämpften, in denen städtische Gebiete offen gelassen wurden, um die Infrastruktur intakt zu halten. Historisch gesehen sind viele Kriege Russlands stark von einer anfänglichen Lernphase geprägt, die zu großen Verlusten führte, gefolgt von einer Anpassung, die zu einer erfolgreichen Gegenoffensive führte. Dies war im Zweiten Weltkrieg der Fall, als Russland darum kämpfte, Ostpolen, Finnland und später sein eigenes Territorium von der deutschen Besatzung zu beanspruchen. Dies scheint auch in der Ukraine der Fall zu sein, als Russland kurz nach dem Einmarsch in Kiew auf unerwarteten und starken ukrainischen Widerstand stieß. All dies ist dem russischen Vormarsch auf Grosny im Jahr 1994 sehr ähnlich, als tschetschenische Guerillaeinheiten, die oft aus kleinen Teams bestanden, über die Stadt verteilt waren, mit Einheiten, die aus Männern bestanden, die schultergestützte Granatwerfer, Sturmwaffen und Scharfschützengewehre trugen getragen. Es gab ein kleines Missgeschick für die russische Armee, das dazu führen würde, dass Russland den tschetschenischen Streitkräften auf dem Schlachtfeld weichen musste. Ein Großteil des ursprünglichen Militärpersonals, das während des Anpassungs- und Improvisationsprozesses im ersten Jahr des Tschetschenienkriegs eingesetzt worden war und wusste, was schief gelaufen war und was korrigiert werden musste, gab dieses Wissen nicht an das später nach Grosny entsandte Personal weiter

, die das anfängliche Militärpersonal nach Verbüßung seiner Amtszeit schließlich vom Dienst entbunden und nach Hause geschickt wurde. Die für die ankommenden unerfahrenen Soldaten angeforderte Ausbildung war für eine Echtzeitanwendung in städtischen Kampfsituationen unzureichend. Aus diesem Grund wurden die islamischen Streitkräfte in Tschetschenien maßgeblich an der Durchführung von Angriffen beteiligt, die später im Krieg über tausend russische Truppen auslöschen sollten – die tschetschenischen Streitkräfte wurden zwischen Säkularisten und Dschihadisten aufgeteilt. Rückblickend sehen wir in diesem Fall des ersten Tschetschenienkrieges, wie russische Truppen zunächst erhebliche Verluste durch tschetschenische Guerillas und unterirdische Kriegstaktiken erlitten, sich aber später an städtische Kämpfe anpassten und den tschetschenischen Widerstand erstickten. Dieser Prozess an sich war die Übung für Russland, denn kurz darauf begann Russland zu improvisieren und unbemannte ferngesteuerte gepanzerte Fahrzeuge einzusetzen. Sie hatten auch erfahrene russische Truppen, die Bodenvorstöße initiierten, während die weniger erfahrenen Truppen aus einer anderen Richtung vorrückten. Wie wir oft in der modernen Kriegsführung sehen, hat die Nutzung ziviler Gebiete als menschliche Schutzschilde aus strategischer Sicht den Tschetschenen enorm geholfen, so dass es ohne diese Taktik wahrscheinlich ist, dass die Tschetschenen die russische Besatzung nicht zurückgeschlagen hätten. Tschetschenische Kämpfer nutzten nicht nur zivile Gebiete, sondern bewegten auch Panzer, die sie von russischen Soldaten beschlagnahmt und in Kellern platziert hatten, um von dort aus zu feuern, damit Russland das Haus oder Wohngebiet angreifen und Zivilisten töten konnte. Tschetschenische urbane Taktiken waren Lehrbuchtaktiken, die jetzt von Aufständischen im Nahen Osten angewendet werden. Interessanterweise hat der Krieg in der

Ukraine einige Fragen darüber aufgeworfen, ob Verteidigungsarmeen zivile Gebiete für strategische Zwecke nutzen dürfen oder nicht.

Ein weiterer Aspekt, der den tschetschenischen Fraktionen half, den russischen Vormarsch während des ersten Tschetschenienkrieges zunächst abzuwehren, war ihre Fähigkeit, russische Funkgeräte zu beschlagnahmen und russische Kommunikation abzufangen. Dies war äußerst wichtig und ermöglichte es den tschetschenischen Kämpfern, im Voraus zu wissen, wohin sich die russischen Streitkräfte bewegten, sodass die Tschetschenen erfolgreiche Angriffe aus dem Hinterhalt durchführen konnten. Russland fand jedoch später heraus, wie es seine Kommunikation besser verschlüsseln kann; Sie fanden auch Wege, tschetschenische Kämpfer anzulocken, vermuteten russische Ignoranz und löschten dann die tschetschenischen Kämpfer bei ihrer Annäherung aus, nachdem sie auf den Köder hereingefallen waren. Man könnte meinen, dass Russland nach dem 24. Februar 2022 eine Strategie für Kiew entwickelt hätte, die den Truppen ein gewisses Wissen darüber vermittelt hätte, wie sie auf städtische Kämpfe reagieren sollen. Vielleicht haben die Russen deshalb viele tschetschenische Kämpfer nach Kiew geschickt, da es möglich ist, dass einige ihrer Kommandos während des ersten Tschetschenienkrieges im Stadtkampf gegen die Russen gekämpft haben und daher einige Kenntnisse darüber haben, wie man mit den ukrainischen Kämpfern umgeht, die Taktik der Stadtkriegsführung in Kiew Anfang 2022.

Nachdem die Russen die Kontrolle über Grosny erlangt hatten, hatten die tschetschenischen Fraktionen gespuckt. Ein Teil bestand aus Säkularisten, während der andere Teil aus islamischen Fundamentalisten bestand, angeführt von Shamil Bassaev, der Mitte 1995, als Grosny unter russischer Kontrolle stand, 200 seiner Kämpfer in die Stadt Budennovsk auf russischem Territorium führte. Diese Kampagne legte den

Grundstein für den späteren Truppenabzug Russlands aus Tschetschenien. Im Juni 1995 startete Basayev einen Angriff auf Budenovsk und versuchte zunächst, die Polizeistation zu erobern. (Die Beschlagnahme von Polizeistationen scheint der erste Angriffspunkt während einer Machtübernahme zu sein. So übernahmen Separatisten in der Ostukraine die Kontrolle über Donezk.) Aber im Fall von Basayev gelang es seiner Einheit nicht, die Kontrolle über die Polizeistation zu übernehmen, sondern übernahm sie schließlich ein Bankgebäude und das Gebäude der Stadtverwaltung, gefolgt vom örtlichen Krankenhaus, wo sie Sprengfallen platzierten und Geiseln nahmen. Dies verschaffte tschetschenischen islamistischen Kämpfern ein Druckmittel, um Forderungen nach einem russischen Rückzug aus Tschetschenien im Austausch für die Freilassung von Geiseln zu stellen. Sie behaupteten auch, wenn die Russen versuchen würden, die Geiseln mit Gewalt freizulassen, würden sie sie hinrichten. Die russische Regierung war gezwungen, mit Basayev zu verhandeln, aber gleichzeitig versuchte das Militär immer noch, das Krankenhaus von Basayevs Streitkräften zu erobern. Es gelang ihnen, die Kontrolle über den ersten Stock zu übernehmen und einige der Geiseln zu befreien, während sie einige von Basayevs Männern eliminierten, die mit Scharfschützengewehren und Maschinengewehren Wache standen. Das russische Militär tat dies zweimal und erstickte schließlich Verhandlungen, die kurz darauf endeten, und erlaubte Basasev, nach Tschetschenien zurückzukehren, nachdem er während seiner Terroroperation in Budennovsk 150 Zivilisten getötet hatte. Während seine Aktionen dort ihm seine Forderung nach dem Abzug der russischen Streitkräfte aus Tschetschenien nicht einbrachten, verursachte das Ereignis eine Kluft zwischen den Verhandlungsführern der russischen Regierung und den russischen Streitkräften, die das Krankenhaus auf eigene Faust zurückeroberten. Die russische

Regierung würde Bassajew mitteilen, dass das russische Militär unabhängig von der Regierung operiere.

Basayevs Männer starteten zwei weitere Angriffe in Grosny, die beide orchestriert und nach Monaten der Ruhe durchgeführt wurden. In beiden Fällen machte die relative Ruhe die russischen Soldaten selbstzufrieden und verursachte während Basayevs Angriffen schwere Verluste. Der erste Angriff in Grosny nach einer ruhigen Zeit ereignete sich im März 1996, als Basayevs Männer einen Zug eroberten, bevor sie ausstiegen und russische MVD-Streitkräfte angriffen, die nördlich, westlich und südlich von Grosny stationiert waren. Der Angriff dauerte fünf Tage und forderte 200 Menschenleben. Wieder einmal waren die Russen zunächst nervös wegen des Überraschungsangriffs und brauchten einige Zeit, um den Feind zu neutralisieren. Basayev konnte mit mehreren Geiseln fliehen. Auf diesen Angriff folgten einige weitere Monate der Ruhe, bevor Basayev im August 1996 einen weiteren Überraschungsangriff startete, diesmal mit mehr Männern und einer Kampfstrategie, die die russischen Streitkräfte von ihren Versorgungsleitungen abschnitt, was zu fast 1000 russischen Opfern führte und Russland zum Ende zwang den Krieg zu verhandeln und zu beenden und seine Truppen aus Tschetschenien abzuziehen. Die abscheulichen Geiselnahmen und Angriffe nach ruhigen Zeiten untergruben Russlands Entschlossenheit, die Kontrolle über Tschetschenien zu behalten. Tschetschenien ist nicht das erste Mal, dass Angriffe auf Zivilisten ein Land in die Unabhängigkeit getrieben haben. Algerien konnte seine Unabhängigkeit von Frankreich erlangen, als algerische Separatisten namens FLN sporadische Terroranschläge auf Zivilisten starteten, sowohl Franzosen, die in Algerien lebten, als auch Franzosen, die in Paris lebten, was schließlich zur Erschöpfung Frankreichs und seiner Bevölkerung durch endlose Kämpfe und zivile Todesfälle führte. Die unverhältnismäßige Reaktion des französischen Militärs und anderer französischer

nationalistischer Gruppen, die zum Tod zahlreicher algerischer Zivilisten führte, löste eine internationale Verurteilung aus, die sich weiter zugunsten einer wahrscheinlichen Unabhängigkeit Algeriens auswirkte. Ein weiteres Beispiel ist der Gazastreifen. Militante dort konnten Israel davon überzeugen, seine Truppen 2005 von dort abzuziehen, indem sie schreckliche Angriffe auf Zivilisten und überraschende Hinterhalte auf israelische Truppen starteten. In Afghanistan, nachdem die USA das Land 2002 nach dem Sturz der Taliban-Regierung besetzt hatten, führte die anhaltende Präsenz der Taliban durch Terroranschläge auf Zivilisten sowie überraschende Hinterhalte auf von den USA unterstützte afghanische Sicherheitskräfte dazu, dass die USA schließlich eine Die Taliban hatten ein Abkommen mit den USA auszuhandeln, das den Taliban letztendlich den Weg ebnete, ihr Territorium von den US-amerikanischen und afghanischen Sicherheitskräften zurückzufordern. Die Ukraine steht jedoch vor einer anderen Situation. Im Fall der Ukraine besetzt Russland Teile des Landes, die größtenteils ethnisch russisch sind, und wird sich höchstwahrscheinlich mit dem Status quo begnügen, von russischen Beamten regiert oder beeinflusst zu werden. Im Wesentlichen ist es in diesem Fall weniger wahrscheinlich, dass russische Soldaten aus dem Hinterhalt überfallen werden, und dass ethnische Russen, die dort leben, auch weniger wahrscheinlich an pro-ukrainischen Gruppen beteiligt sind, die Terroranschläge verüben. Derzeit sind die meisten Angriffe auf diese Gebiete das Ergebnis von Beschuss aus ukrainischen Gebieten. Da russische Truppen überwiegend russisches Territorium besetzen, ist es höchst unwahrscheinlich, dass Russland mit der gleichen Abfolge von Ereignissen konfrontiert wird, die zu seinem Rückzug aus Tschetschenien nach dem ersten Tschetschenienkrieg geführt haben. Die Besetzung ist eine sehr schwache Tortur, wenn ein Militär versucht, eine Bevölkerung außerhalb seiner eigenen nationalen Identität zu besetzen, aber

der Fall der Ukraine ist so, dass die Ukraine nicht in der Lage sein wird, daraus einen Vorteil zu ziehen, da ihre verlorenen Gebiete in der Ostukraine russisch sind. gesprochen, und viele dieser ethnischen Russen identifizieren sich als Russen, und deshalb werden sie weniger geneigt sein, sich dem Status quo zu widersetzen, und alle Versuche, sie mit Schuldgefühlen zum Widerstand zu bewegen, werden nicht viel von einer Plattform dafür bieten, dass es funktioniert. Dies ist eine andere Dynamik als in den oben erwähnten Fällen von Algerien, Gaza, Tschetschenien im Jahr 1996 und Afghanistan, wo es einfacher ist, die Bevölkerung davon zu überzeugen, sich der Besetzung durch eine ausländische Streitmacht zu widersetzen. In der Ostukraine ist dies nicht der Fall. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass es in der DVR und der LVR zu Spannungen über die Beibehaltung der Autonomie oder den Beitritt zur Russischen Föderation kommen könnte. Viele Beamte in der DVR mögen ihre Autonomie und die Möglichkeit, ihre eigene Gesetzgebungsagenda festzulegen, aber man kann erwarten, dass sich in der Ostukraine ein Element zusammenbraut, das darauf bestehen könnte, Teil Russlands zu werden. Und dies könnte Russland vor Probleme stellen, wenn die Spannungen in einer solchen Angelegenheit einen Punkt erreichen, an dem es in der DVR oder LVR zu Zusammenstößen zwischen Fraktionen kommt, die die Autonomie unterstützen, und Fraktionen, die Teil der Russischen Föderation werden wollen. Dies ist ein sehr wahrscheinliches Szenario und wird Beamte der DVR und LPR wieder unter den Einflussbereich der Ukraine stellen, da die Ukraine es vorziehen würde, wenn die abtrünnigen Regionen autonom bleiben würden, und noch mehr, dass sie Russland feindlich, aber der Ukraine gegenüber freundlich eingestellt wären. Der Grund, warum ich das sage, liegt wahrscheinlich an dem, was in Afghanistan geschah, nachdem das Land Russland Ende der 1970er Jahre gezwungen hatte, seine Streitkräfte aus dem Land abzuziehen. Die afghanischen

Freiheitskämpfer hatten keinen Plan, ihre Unabhängigkeit voranzutreiben, und dies führte zu einer Spaltung unter den Kämpfern, die gemeinsam gegen die sowjetische Besatzung gekämpft hatten, was zu mehr Gewalt und Instabilität in Afghanistan führte. Diese Freiheitskämpfer waren gespalten – auf der einen Seite die Nordallianz und auf der anderen die Taliban. Dies geschah auch in Tschetschenien, nachdem sich die russischen Streitkräfte 1996 aus dem Land zurückgezogen hatten – die tschetschenischen Streitkräfte wurden zwischen islamischen Dschihadisten und tschetschenischen Säkularisten aufgeteilt, und eine solche Teilung gab Russland alle Vorteile, die es brauchte, um später das gesamte Land zu erobern und es zu einem Teil Russlands zu machen. In dieser Situation der Ostukraine wird die Ukraine den gleichen Vorteil haben, den Russland hatte, als es darum ging, Tschetschenien Teil der Russischen Föderation zu machen, sollte es zu einer Kluft zwischen denjenigen in der Ostukraine kommen, die autonom bleiben wollen, und denen, die es lieber wären ein Teil Russlands. Aus diesem Grund wäre es für die Ukraine von Vorteil, die DVR und LVR als autonom anzuerkennen, aber auch bereit, militärische Unterstützung zu leisten, um diese Autonomie sicherzustellen, was bedeutet, dass die Ukraine der DVR und LVR militärische Unterstützung gegen Oppositionskräfte leisten wird, die dies wollen Erobern Sie diese Regionen Teil der Russischen Föderation. Dieses Abkommen stellt die DVR und LPR automatisch unter den Einflussbereich der Ukraine und bringt DPR- und LPR-Beamte politisch etwas gegen den russischen Staat. Wenn es zu Zusammenstößen kommt, wird Russland wahrscheinlich schnell eingreifen und die DVR und LVR besetzen und ihre Autonomie stürzen. Aber jetzt müssen sich diese DVR- und LPR-Aufständischen auf die Ukraine stützen und auf Guerillakriegstaktiken zurückgreifen, um der russischen Besatzung zu widerstehen. Jetzt kann die Ukraine aufständische Kämpfer aus der DVR und der LVR dazu überreden, sich im

Austausch für Unterstützung wieder als ukrainisch-aber-russischsprachig zu identifizieren. Wenn die Ukraine weise ist, würde sie nicht nur die Autonomie der DVR und der LVR anerkennen und sich verpflichten, sie militärisch gegen Oppositionsgruppen zu unterstützen, die die DVR und die LVR zu einem Teil der Russischen Föderation machen wollen, sondern die Ukraine würde auch das Hilfspaket der DVR und der LVR anerkennen einen geheimen unterirdischen Waffen- und Hilfsschmuggeltunnel errichten, der den Widerstand der DVR und LVR gegen eine zukünftige russische Besetzung sicherstellen würde. DPR und LPR haben bereits ihre eigene Gesetzgebung und es ist höchst unwahrscheinlich, dass sie die Kontrolle darüber abgeben wollen. Aber jetzt, in diesem Szenario, muss man die Realität dessen berücksichtigen, was passieren wird. DVR- und LPR-Aufständische werden keine andere Wahl haben, als dieselben Guerilla-Taktiken anzuwenden, die tschetschenische Kämpfer während des ersten Tschetschenienkriegs angewandt haben, dh zivile Infrastruktur nutzen, Angriffe auf russisches Territorium durch Geiselnahmen starten, Bahnhöfe übernehmen, russische Streitkräfte in der Ostukraine umzingeln , die Durchführung von Überraschungsangriffen, die die russische Besatzung zermürben werden. Wie tschetschenische Kämpfer während des ersten Tschetschenienkrieges könnten DVR- und LPR-Separatisten möglicherweise Truppenunterstützung von Freiwilligen in der Russischen Föderation erhalten, die sich in die Ostukraine schleichen könnten. Diese Probleme werden Russland weiter an den Verhandlungstisch drängen und es zwingen, seine Streitkräfte abzuziehen, wenn es keine öffentliche Unterstützung für den Krieg aufbringen kann. Der Medienfaktor war entscheidend für den Erfolg der Tschetschenen im ersten Tschetschenienkrieg. Und es war nicht so sehr die Tatsache, dass die Tschetschenen die Medien in Grosny ungehindert laufen ließen, die für diesen Erfolg verantwortlich war, sondern

Russlands mangelnde Bereitschaft, Ressourcen für die Kontrolle der Verbreitung von Informationen über den Krieg aufzuwenden. Diese Nachlässigkeit ihrerseits hielt die russische Öffentlichkeit davon ab, Unterstützung für die fortgesetzten russischen Bemühungen zur Eroberung Tschetscheniens zu sammeln. Unterdessen häuften sich die russischen Opfer weiter und die Mütter machten sich Sorgen um den Verbleib ihrer Söhne, die zum russischen Militär eingezogen wurden. Während des Ukraine-Krieges hielten sowohl die Ukraine als auch Russland die Zuschreibung von Informationen fest im Griff, und beide Länder ließen keinen Zweifel daran, wie der Krieg zu verstehen sei. Während des zweiten Tschetschenienkriegs begann Russland mit der Strategie, militärische Bemühungen nicht als Krieg zu bezeichnen, und dies sollte die Öffentlichkeit davon abhalten, sich Sorgen zu machen, da die Öffentlichkeit eher toleriert, was als militärische Operation angesehen wird. Während des zweiten Tschetschenienkriegs bezeichnete Russland den Konflikt nicht als Krieg, sondern als „Operation zur Terrorismusbekämpfung", und dies bewirkte Wunder, wie die Öffentlichkeit den Konflikt wahrnahm – eine Operation klingt viel weniger beunruhigend als ein tatsächlicher Krieg. Russland nutzte auch verstärkt die Medien, um Narrative über den Krieg zu kontrollieren, was es während des ersten Tschetschenienkriegs nicht tat. Ein weiterer Faktor, der den Russen während des zweiten Tschetschenienkrieges half, war die Invasion Tschetscheniens durch abtrünnige Milizen und abtrünnige Kämpfer nach dem ersten Tschetschenienkrieg. Basayev, der Anführer der islamistischen Kämpfer, hatte große Gelder von islamischen Nationen wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten erhalten. Sie erhielten auch Hilfe von Osama Bin Laden – dem späteren Drahtzieher der Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York City, der Tausende von Söldnern aus Afghanistan und dem Jemen entsandte, um islamischen Kämpfern

in Tschetschenien zu helfen. Der Haken an der Sache ist, dass die Finanzierung Bassajew dazu ermutigt hat, in das russische Territorium Dagestan einzudringen. Basayev hatte einen strategischen Sieg für Tschetschenien errungen, als er seine Männer in das russische Territorium von Budennovsk führte, ein Krankenhaus eroberte und Dutzende von Menschen als Geiseln nahm. Dies führte schließlich dazu, dass Russland verhandelte und seine Truppen aus Tschetschenien abzog, ohne den Status Tschetscheniens offiziell zu garantieren. Aber zu Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs versuchte Bassajew, dieses strategische Manöver zu wiederholen, indem er versuchte, seine geopolitische Agenda durchzusetzen, indem er in russisches Territorium eindrang und eine Invasion in Dagestan startete. Russland hatte im Nordkaukasus für einen möglichen zweiten Krieg gegen Tschetschenien trainiert und konnte die islamistischen Kräfte in kurzer Zeit aus Dagestan vertreiben. Der Fehler, der letztendlich dazu führte, dass Tschetschenien seine Unabhängigkeit verlor, war, als die Islamisten begannen, Zivilisten auf russischem Territorium zu bombardieren. Nachdem die Russen die Islamisten aus Dagestan vertrieben hatten, wurde im August 1999 ein Wohnhaus in Dagestan bombardiert und kurz darauf, im September, weitere Wohnungsbombenanschläge in anderen russischen Städten, einschließlich der Hauptstadt Moskau. Die Bombenanschläge wurden von islamisch-arabischen Militanten durchgeführt, die für tschetschenische Streitkräfte kämpften. Einige spekulierten, dass die Bombenanschläge vom FSB unter falscher Flagge durchgeführt wurden, da drei FSB-Agenten festgenommen wurden, nachdem sie gesehen hatten, wie sie verdächtige Gegenstände in eines der Wohnhäuser in Moskau trugen. Sie erklärten später, es sei nur eine Anti-Terror-Übung gewesen. Dennoch erregte der Zeitpunkt erhebliches Misstrauen. Letztendlich machte es der Einmarsch islamistischer Kräfte auf russisches Territorium jedoch sehr einfach, sie in die

anschließenden Bombenanschläge auf Wohnungen zu verwickeln. Ein solches Ereignis machte es Russland viel leichter, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer weiteren Invasion Tschetscheniens im Namen der nationalen Sicherheit zu überzeugen. Daher würde Russland mehr öffentliche Unterstützung für seine Militäroperationen in Tschetschenien gewinnen und sicherstellen, dass es als „Operation zur Terrorismusbekämpfung" und nicht als Krieg bezeichnet wird. Wenn wir zum 24. Februar 2022 vorspulen, stellen wir fest, dass Russland die gleiche Taktik anwendet, die während des zweiten Tschetschenienkrieges funktioniert hat, und die Invasion der Ukraine als „besondere militärische Operation" bezeichnet. Dies geschah, um alle Bedenken der russischen Öffentlichkeit hinsichtlich der Auswirkungen eines ausgewachsenen Krieges und der potenziellen Opfer, die die russische Öffentlichkeit ertragen müsste, zu zerstreuen.

Nach dem Ersten Tschetschenienkrieg und während des Zweiten Tschetschenienkriegs hatte Russland nach zahlreichen Opfern bei Kämpfen in einem Szenario der städtischen Kriegsführung versucht, eine Strategie anzuwenden, bei der es in Grosny auf der Grundlage der Vermeidung einer Beteiligung an städtischen Kämpfen operieren würde. Zu diesem Zweck bauten sie mehr Luftwaffe und Luftangriffe auf tschetschenische Stellungen in städtischen Gebieten ein. Geheime unterirdische Tunnel und Korridore, die von den tschetschenischen Kämpfern benutzt wurden, zwangen Russland jedoch, seine Strategie, Stadtschlachten zu vermeiden, aufzugeben. Um die Opfer des ersten Tschetschenienkrieges nicht zu wiederholen, setzte Russland zu Beginn seines Vormarsches auf Grosny erfahrenere Kämpfer ein. Sie entsandten auch Bodentruppen, um sich neben gepanzerten Fahrzeugen zu bewegen. Dies hat Hinterhaltsangriffe tschetschenischer Kämpfer stark abgewehrt. Russland verbesserte auch die Kommunikation und teilte oft absichtlich seinen

nächsten Schritt, um tschetschenische Kämpfer in ein Gebiet zu locken, wo sie von russischen Streitkräften überfallen würden. Tschetschenische Kämpfer haben Funkübertragungen abgehört, aber als Russland davon Wind bekam, teilten sie einfach ihre Positionen, um tschetschenische Kämpfer anzulocken. Nach Russlands erstem Angriff auf Grosny als Reaktion auf die Bombenanschläge auf Wohnungen in Dagestan und Moskau verübten islamistische tschetschenische Kämpfer weitere Terroranschläge auf russischem Territorium, darunter auch Entführungen und Bombenanschläge. Im Mai 2002 führte Basayev seine Militanten in einer Terrorkampagne an, die Bombenanschläge auf Züge in Stavropol und Moskau und die Bombardierung eines russischen Flugzeugs im Jahr 2004 beinhaltete. Dabei töteten Basayevs Militante Hunderte von Zivilisten, als der russische FSB versuchte, die Gebäude zu durchbrechen. Die islamistischen Kräfte nutzten diese Taktik, um die russische Entschlossenheit zu zermürben, ähnlich wie sie diese Taktik während des ersten Tschetschenienkrieges anwandten. Russland kündigte jedoch bereits 2002 ein Ende des Krieges an, was eine weitere Form der Informationsstrategie ist, um die Besorgnis der Öffentlichkeit über steigende Truppenverluste zu zerstreuen. Militante in Tschetschenien bestritten dies und beteiligten sich weiterhin an Guerillakrieg und Terrortaktiken auf russischem Territorium und waren im Nordkaukasus mit über 1000 Separatisten weit verbreitet. Basayev wurde 2006 durch eine versehentliche Minenexplosion getötet, und ein Jahr zuvor, 2005, wurde der separatistische tschetschenische Präsident Aslan Maschadov bei einer Razzia getötet, als russische Streitkräfte versuchten, ihn festzunehmen. Zu Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs verurteilte Maschadow die terroristischen Operationen Basayevs in Russland weitgehend, begann aber später, sie zu ermutigen. Russland hatte Beweise dafür gesammelt, dass Mashakadov zu verstärkten

terroristischen Aktivitäten auf russischem Territorium aufrief, und ermittelte. Rückblickend kann argumentiert werden, dass während des ersten Tschetschenienkriegs terroristische Taktiken eine Rolle bei der Zermürbung der russischen Besetzung Tschetscheniens zwischen 1994 und 1996 gespielt haben, verbunden mit der Tatsache, dass Russland keine Propaganda eingesetzt hat, um die russische Öffentlichkeit von einer Intervention in Tschetschenien abzubringen Tschetschenien überzeugen War notwendig. Russlands Erfolg während des zweiten Tschetschenienkriegs wurzelte nicht nur in der Vorbereitung, sondern auch in der Nutzung von Geheimdiensten, um die Bedenken der Öffentlichkeit über Russlands Militäroperationen dort zu zerstreuen. Russland würde den zweiten Tschetschenienkrieg als „Operation zur Terrorismusbekämpfung" bezeichnen. Einerseits hatte dies automatisch einen psychologischen Effekt auf die russische Bevölkerung, wo sie lieber eine Operation des russischen Militärs billigen würde, als eine groß angelegte Invasion oder einen groß angelegten Krieg zu beginnen. Dies gab Russland im Wesentlichen Zeit, sein militärisches Engagement durchzuführen, bevor die öffentliche Stimmung begann, sich der russischen Außenpolitik zu widersetzen, ähnlich wie während des Russisch-Japanischen Krieges im Jahr 1905, als Russland erhebliche Verluste erlitt, was zu einer Revolution im Land führte, die Reformen forderte die russische Verfassung. Dasselbe geschah während des Ersten Weltkriegs, als Russland schwere Verluste erlitt, was dazu führte, dass das russische Volk die Nase voll davon hatte, dass es das Russische Reich in der sogenannten bolschewistischen Revolution stürzte. Wir sehen sogar am 24. August, dass sich mit der Ermordung von Alexandr [Dugins Tochter] bereits einige innenpolitische Meinungsverschiedenheiten innerhalb Russlands manifestiert haben. Eine Anti-Putin-Gruppe namens National Republican Army, die in Russland im Untergrund operiert, übernahm die

Verantwortung für die Tat und ist wahrscheinlich für Sabotageoperationen verantwortlich, die auf der Krim stattfanden, von denen eine ein Angriff auf einen russischen Luftwaffenstützpunkt und eine andere auf einen war Munitionsdepot. Dieses Ereignis ist ein Schlüsselindikator dafür, dass Russland keine Zeit mehr hat, seinen eigenen Streitkräften zu erlauben, in der Ostukraine weiter zu operieren. Aus diesem Grund hat Russland daran gearbeitet, Söldner zu finden, die freiwillig in ihrem Namen kämpfen, weil Russland weiß, dass eine negative öffentliche Wahrnehmung seiner Ziele im Ausland Russlands Chancen, sie zu erreichen, ersticken wird. Dies ist größtenteils der Grund, warum Russland 1996 gezwungen war, sich aus Tschetschenien zurückzuziehen. Russland gelang es jedoch Anfang der 2000er Jahre, die öffentliche Meinung über seine Ziele in Tschetschenien davon abzuhalten, in totaler Opposition gegen die russische Regierung auszubrechen. Erstens nannten sie, wie bereits erwähnt, die militärischen Bemühungen eine „Operation zur Terrorismusbekämpfung". Zweitens wurde die Operation durch einen Terroranschlag in Russland ausgelöst, was die Notwendigkeit einer russischen Invasion in Tschetschenien aus Gründen der nationalen Sicherheit Russlands unterstreicht. Drittens hat Russland den Krieg nach 2 Jahren für beendet erklärt, was auch die Öffentlichkeit beruhigt. Dies ermöglichte es Russland, weiterhin in Tschetschenien zu operieren, ohne Gefahr zu laufen, öffentliche Besorgnis zu erregen.

Dies ist ein Schlüsselelement, um den Krieg in der Ukraine zu verstehen, da es ein Indikator dafür sein könnte, dass die Ukraine diese erste Runde gewinnen könnte. Wir können auch vorhersagen, dass Russland den Krieg in 2 Jahren für beendet erklären wird. Sie geben sich ganz klar eine Frist von zwei Jahren. Russland ist auch nach einem großen Terroranschlag nicht in diesen Krieg eingetreten. Dies war auch im ersten

Tschetschenienkrieg der Fall, der dazu führte, dass Russland die öffentliche Unterstützung nicht aufrechterhalten konnte und sich daher 1996 zurückziehen musste. Wir können also vorhersagen, dass die sich in der Ukraine entfaltende Dynamik letztendlich zu einem vollständigen russischen Rückzug bis 2024 führen wird. Sie nicht mehr über den Hintergrund verfügen, um die öffentliche Zustimmung zu ihrem Krieg aufrechtzuerhalten. Dies scheint ein historisches Muster zu sein. Die Ukraine kann zumindest mit dem Abzug der Streitkräfte der Russischen Föderation aus dem Donbass im Jahr 2024 rechnen.

Wenn man also auf die Tschetschenienkriege zurückblickt, muss die Ukraine darauf achten, nicht den gleichen Fehler zu wiederholen, den die Islamisten 1999 begangen haben, als sie einer Serie von Wohnungsbombenanschlägen auf russischem Boden gleichkamen. Damit gab der Islamist Russland letztlich Gelegenheit, der russischen Öffentlichkeit eine Rechtfertigung für den Einmarsch in Tschetschenien im Namen der inneren nationalen Sicherheit zu präsentieren. Dies gab Russland alle Zeit, die es brauchte, um seine militärischen Ziele dort durchzuführen und zu verfolgen. Russland hatte diese Rechtfertigung im ersten Tschetschenienkrieg nicht, was sich letztendlich zugunsten der Tschetschenen in ihrem Widerstand gegen die russische Besatzung auswirkte. Auch im Jahr 2022, wenn es um die Ukraine geht, hat Russland diesen Faktor nicht – die Ukraine verübt einen Terroranschlag auf russischem Boden oder stellt eine Bedrohung für die innere nationale Sicherheit Russlands dar. Wir können also davon ausgehen, dass die Ukraine das erste Mal möglicherweise als Sieger hervorgehen könnte, wenn sie ihre Karten richtig spielt. Es gibt jedoch noch einen weiteren Faktor zu berücksichtigen. Ein Großteil der Ostukraine identifiziert sich als russisch. Um diesen Faktor genauer zu untersuchen, müssen wir uns die Dynamik dessen ansehen, was nach dem ersten Tschetschenienkrieg geschah, und daher möglicherweise

vorhersagen, dass diese Dynamik in den abtrünnigen Regionen der DVR und der LVR anhalten wird könnte spielen.

Kapitel 7: Ausnutzung des Machtvakuums in der Ostukraine

Nach dem ersten Tschetschenienkrieg war das Land von verschiedenen Schurkenmilizen und abtrünnigen radikalen islamistischen Gruppen überfallen worden, und es hatte immer einige Spannungen zwischen tschetschenischen Säkularisten und islamistischen Radikalen gegeben. Die Ukraine hingegen war klug darin, Asow in das ukrainische Militär einzugliedern, um zu verhindern, dass sie zu einer Schurkenmiliz werden. Wir können damit rechnen, dass es bereits vor dem endgültigen Rückzug Russlands aus der Donbass-Region im Jahr 2024 zu politischen Spannungen innerhalb der DVR und der LVR kommen wird, sowohl in Bezug auf die Autonomie als auch auf die Integration in die Russische Föderation. Es wird Beamte in der DVR/LPR geben, die auf Autonomie bestehen, und es wird Beamte in der DVR/LPR geben, die gegen Autonomie, aber dafür sind, Teil der Russischen Föderation zu werden. Davon wird die Ukraine profitieren, wenn sie ihre Karten richtig spielt. Wenn sie irgendwie eingreifen können, Spannungen zwischen Pro-Autonomie-Fraktionen in der DVR und Pro-Integration-Fraktionen in der DVR schüren, Risse schüren und eine Seite (die Seite, die die Autonomie unterstützt) in den Einflussbereich der Ukraine ziehen, dann könnte es möglich sein Möglichkeit, diese Regionen wieder in die Ukraine zu integrieren, weil die Russische Föderation letztendlich auf der Seite der Fraktion der DVR oder LVR stehen wird, die in die Russische Föderation eingegliedert werden will, und der Fraktion, die autonom bleiben will, auf der Seite der Ukraine verbleibt. In den sozialen Medien gibt es einige Hinweise darauf, dass viele in diesen abtrünnigen Regionen eine Mitgliedschaft in der Russischen Föderation nicht unterstützen, und je nachdem, wie stark diese Stimmung ist, könnte es eine gewisse Militanz geben, die das unterstützt, was sie standardmäßig zurück auf die Seite bringen würden der Ukraine zugunsten der Autonomie von DVR

und LPR. In diesem Szenario kann die Ukraine anbieten, ihre Autonomie zu respektieren, vielleicht Minsk II bekräftigen und dann anbieten, die in Minsk II festgelegte Autonomie beizubehalten, wenn diese Pro-Autonomie-Fraktionen der DVR und LVR der ukrainischen Armee erlauben, in die Ostukraine einzumarschieren, um ihnen zu helfen Widerstehen Sie denen, die versuchen, die DVR und LPR in die Russische Föderation einzugliedern. Es gibt eine Menge Dinge, die in einer solchen Verhandlung angesprochen werden müssten, Dinge wie die Zulassung der russischen Sprache und auch die Bereitstellung von Amnestie für diese DPR- und LPR-Kämpfer. Die Frage ist, ob die Ukraine oder die Geheimdienste ihrer Verbündeten eine politische Spaltung zwischen denen in der DVR und LVR, die die Autonomie unterstützen, und denen in der DVR und LVR, die darauf bestehen, Teil der Russischen Föderation zu werden, schüren können. Das Ausmaß der Feindseligkeit, das sich zwischen diesen beiden Lagern entwickelt, wird mit der Wahrscheinlichkeit korrelieren, dass die Ukraine die Kontrolle über die östlichen abtrünnigen Gebiete behält. Diese Kluft müsste irgendwo gegen Ende der zweijährigen Frist, die Russland seinem Militär für den Einsatz während eines Konflikts zur Verfügung stellt, angeheizt und gefördert werden, was Russland daran hindern würde, seine eigene Öffentlichkeit davon zu überzeugen, für längere Zeit in der Ostukraine zu bleiben. Um es noch einmal zu wiederholen: Die Ukraine darf Russland nicht die Mittel geben, um in den Jahren nach dem möglichen Rückzug Russlands im Jahr 2024 einen umfassenden zweiten Krieg zu führen, indem sie ihre eigene Öffentlichkeit davon überzeugt, dass russische Operationen in der Ukraine eine Frage der inneren russischen Sicherheit sind. Angriffe auf russischem Boden während der aktuellen Feindseligkeiten werden jedoch die russische Besatzung zermürben, wenn sie näher am Ende des Zweijahreszeitraums durchgeführt werden. Aber wenn Russland sich zurückzieht und

dann auf seinem eigenen Boden auf einen Angriff eines ausländischen Gegners trifft, könnte dies als Anstoß für eine weitere Invasion der Ukraine dienen. Grundsätzlich gilt die Regel aus dem ersten Tschetschenienkrieg, dass Angriffe auf feindlichem Boden ihre Besatzungsbemühungen in einem anderen Land zermürben können. Aber wenn sich dieses Land bereits militärisch aus dem Land zurückgezogen hat, dann werden Angriffe auf ihren Boden das Gegenteil bewirken. Es wird sie dazu motivieren, eine groß angelegte Invasion zu starten und schließlich die verantwortlichen Nationen zu erobern, während sie die öffentliche Unterstützung dafür gewinnen. Besonders jetzt, da Russland den Krieg zwischen der Ukraine und Russland nicht für beendet erklärt und die Öffentlichkeit nicht von der Rechtfertigung überzeugt hat, da noch nie zuvor ein Terroranschlag von Ukrainern auf russischem Boden verübt wurde, gehen die Angriffe auf ihren Boden während dieser Kriegszeit weiter die Entschlossenheit des russischen Militärs in der Ostukraine niedergeschlagen. Dies war während des ersten Tschetschenienkrieges der Fall. Aber wenn Russland seine Truppen aus der Ostukraine abzieht, werden alle nachfolgenden Angriffe auf russischem Boden die russische Öffentlichkeit zwingen, einen weiteren russischen Militäreinmarsch in die Ukraine zu unterstützen. So auch im zweiten Tschetschenienkrieg, der von der russischen Öffentlichkeit breit unterstützt wurde und letztlich zum Sieg Russlands führte.

Der Krieg zwischen der Ukraine und Russland hat Fragen zur Tragfähigkeit der Genfer Konvention aufgeworfen. Die Genfer Konvention und das humanitäre Völkerrecht ergreifen während eines andauernden Konflikts keine Partei und berücksichtigen nicht die Ursachen des Konflikts. Wenn eine Nation von einem Aggressor angegriffen wird, darf die angegriffene Nation im Wesentlichen keine ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um der Aggression Widerstand zu leisten, und muss darauf

achten, zivile Opfer in einer Situation zu vermeiden, in der die angreifende Nation dazu gezwungen ist, sich einfach zurückziehen kann in ihr eigenes Land, während die angegriffene Nation in vielen Fällen in ihrem eigenen Land gefangen ist und wenig Gelegenheit lässt, in anderen Gebieten als besiedelten oder städtischen Gebieten Zuflucht zu suchen. Die Nutzung von Wohngebieten zur Vermeidung von Angriffen durch feindliche Streitkräfte ist nach dem humanitären Völkerrecht ein Kriegsverbrechen, da das Gesetz darauf abzielt, Zivilisten vor offensiven oder defensiven Militäroperationen zu schützen. Dies stellt nicht nur ein Problem für die Ukraine dar, sondern auch für diejenigen, die die ukrainische Armee dabei unterstützen, vom russischen Militär eroberte Gebiete zurückzuerobern. Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, kann man davon ausgehen, dass der einzige Weg, einer Besatzung Widerstand zu leisten und sie zu besiegen, darin besteht, zivile Gebiete zu nutzen, um Taktiken der städtischen Kriegsführung durchzuführen, die nachweislich gegen Invasionen und Besetzungen wirken. Daher gibt es keine Möglichkeit, eine Verteidigung zu unterstützen Militär, ohne ihre Nutzung der zivilen und städtischen Infrastruktur zu unterstützen, um Überraschungsangriffe auf das Militär der Aggressornation zu starten. Oft führt dies zu zivilen Opfern, was ironischerweise die Invasionsnation weiter verleumdet, dazu beiträgt, Unterstützung für die verteidigende Armee zu sammeln und auch die Chancen zu erhöhen, dass die verteidigende Nation den Konflikt gewinnt. Ohne diesen Aspekt hätten die Tschetschenen die russischen Streitkräfte während des ersten Tschetschenienkrieges nicht abwehren können. Aus diesem Grund muss es eine Änderung der Genfer Konvention geben, wonach die verteidigende Nation, sowohl Kombattant als auch Nichtkombattant, während des gesamten Konflikts den Zivilstatus behält. Denn die Zivilbevölkerung unterstützt im Großen und Ganzen jede Aktion, die als Selbstverteidigung zu qualifizieren ist

und daher möglicherweise nicht geschützt werden muss - wie es die Genfer Konvention vorschreibt, zumindest wenn es darum geht, losgelöst vom militärischen Rahmen Militär ihres eigenen Landes zu werden. Hypothetisch können sie nach einer neuen Konvention in Bezug auf den Aggressorstaat einfach als „zivil" betrachtet werden. Die ukrainischen Bürger unterstützen mit überwältigender Mehrheit das ukrainische Militär, das das Land mit allen erforderlichen Mitteln verteidigt, und da es sich um eine Verteidigung handelt, sollten sie immer noch einen „zivilen Status" im Verhältnis zur Aggressornation erhalten, aber nicht im Verhältnis zu ihrer eigenen Verteidigungsarmee. Das heißt, Zivilisten in der Verteidigungsnation sollten so behandelt werden, wie ihr eigenes Militär sie behandelt, und wenn das Militär ihre eigenen Zivilisten gefährdet, sollte dies nicht als Kriegsverbrechen betrachtet werden, sondern als Verstoß gegen die eigenen internen Richtlinien der Nation, wenn ihre Gesetzgebung dies tut bietet eine Rechtsgrundlage dafür, dass das Militär seine Zivilisten nicht gefährdet. Die Art und Weise, wie dieses neue vorgeschlagene Gesetz für die Ukraine gelten würde, würde darin bestehen, dass alle Zivilisten innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen vom Völkerrecht als „Verteidiger" anerkannt würden, jedoch nur in Bezug auf ihr eigenes Militär. Sie würden von der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf die angreifende Nation oder separatistische Einheit als „Zivilisten" anerkannt. Wenn die angreifende Nation oder separatistische Einheit das Kriegsrecht verletzt, indem sie in oder aus zivilen Gebieten in der Ukraine schießt, würde dies international als Kriegsverbrechen gegen Zivilisten anerkannt. Wenn jedoch der verteidigende Staat (Ukraine) auf seine eigenen Bürger schießt oder ihre eigenen Bürger innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen gefährdet, dann würde dies von der internationalen Gemeinschaft als freundliches Feuer angesehen und die Rechenschaftspflicht könnte nur im Rahmen der

innerstaatlichen Gesetze von angewendet werden das Land. Außerdem würde gemäß dieser neuen hypothetischen Konvention davon ausgegangen, dass das Invasionsland (Russland) die Zivilbevölkerung seines eigenen Landes gefährdet, indem es zivile Gebiete eines anderen Landes angreift. Das heißt, wenn das angegriffene Land Vergeltungsmaßnahmen ergreifen und Angriffe auf die Nation des angreifenden Landes starten und dabei Zivilisten töten würde, würden in diesem Fall sowohl das angreifende Land als auch das angegriffene Land als Übertreter der Kriegsgesetze betrachtet. Die Angriffe auf die Invasionsnation würden als Einladung durch den Vormarsch der Invasionsnation in die Invasionsnation angesehen, wodurch Zivilisten in der Invasionsnation systematisch einem Risiko ausgesetzt würden. Ein Beispiel im Rahmen dieser neuen hypothetischen Konvention wäre die russische Invasion in der Ukraine, die von der internationalen Gemeinschaft als Russland angeführt wird, das seine eigenen Zivilisten in Russland gefährdet, wobei jede Vergeltung durch ukrainische Streitkräfte auf russischem Territorium immer noch als Kriegsverbrechen angesehen wird. aber nachdem er von russischen Streitkräften eingeladen wurde, in die Ukraine einzumarschieren. Dieser neue Parameter würde das Problem lösen, dass die verteidigende Nation auf alle Vorteile der Aufrechterhaltung ihres Status quo und ihrer Existenz verzichten muss, nur um die Genfer Konvention und das internationale Kriegsrecht einzuhalten, das auf dem Papier die angreifende Nation begünstigt und die verteidigende Nation behindert. Dieser neue Vorschlag sollte in eine neue Konvention aufgenommen werden, vielleicht in die „Kiew-Konvention“, da der Krieg in der Ukraine erneut Fragen zur Anwendung des Kriegsrechts aufgeworfen hat.

In Bezug auf die Rückeroberung der abtrünnigen Region ist ein gutes Beispiel, wie ISIS Teile des Irak von der Shitte-Regierung zurückerobern konnte. 2013 gingen viele Sunniten auf die Straße,

um gegen die repressive Politik zu protestieren, und fühlten sich von der neuen, von den USA unterstützten Shitte-Regierung geächtet. Diese Unruhen ermöglichten es ISIS, lokale sunnitische Milizen zu rekrutieren und sich mit ihnen zu verbünden, ihre Zahl zu erhöhen und schließlich die Kontrolle über verschiedene Teile des Irak, dh Mosul, Falludscha und Ramadi, zu übernehmen. In der Ukraine haben die Ukrainer keine kulturellen oder religiösen Bindungen zu vielen Einwohnern der Ostukraine, und dies würde es der Ukraine erschweren, das Machtvakuum auszunutzen, das entstehen würde, wenn die Feindseligkeiten zwischen autonomiebefürwortenden DVR/LPR-Beamten beginnen würden DPR/LPR-Beamte, die der Russischen Föderation beitreten wollen. Im Falle von diesbezüglichen Protesten von DVR/LPR-Bürgern hätte die Ukraine nicht die Möglichkeit der Verwandtschaft, sich mit diesen Demonstranten zu solidarisieren. Im Fall des Irak setzt sich der IS aus Sunniten zusammen und konnte daher seine Solidarität mit der lokalen sunnitischen Bevölkerung und Milizen bekunden, die gegen die neue schiitische Regierung protestierten. Damit diese Dynamik die Ukraine bei ihrem Versuch begünstigt, verlorenes Territorium mit Hilfe der Einheimischen zurückzuerobern, muss die Ukraine einen Weg finden, sich mit den russischsprachigen Personen in der DVR/LPR zu identifizieren, die Autonomie wollen, aber nicht Teil davon werden wollen Die Russische Föderation. Dies erfordert, dass die Ukraine die Organisation einer eigenen russischsprachigen, sich aber ukrainisch identifizierenden Miliz erleichtert. Im Wesentlichen würde die Ukraine eine militärische Streitmacht aufbauen und unterstützen, die sich als ukrainisch identifiziert, sich aber dafür entscheidet, Russisch zu sprechen. Dies würde geschehen, um ein gewisses Maß an Solidarität mit denen in der DVR/LPR zu zeigen, die sich für Autonomie gegen die Annexion durch Russland entscheiden. Viele der Asov-Mitglieder bezeichnen sich in gewisser Weise als ukrainisch, sogar als

russische Muttersprachler, sind aber in einige ungeheuerliche Taten verwickelt, die in Mariupol begangen werden, was es den Mitgliedern dieser Gruppe erschweren würde, auch nur den Anschein einer Verwandtschaft mit russischsprachigen Personen zu haben Ukraine erhält DPR/LPR. Hier ist jedoch Zelenskyy, ein russischer Muttersprachler, der sich letztendlich als Ukrainer identifizierte und sein Amt auf einer Plattform antrat, die versuchte, die Unterscheidung zwischen ukrainischsprachigen und russischsprachigen Personen auszulöschen. Dieser Aspekt, den ich erwähne, ist der Grund, warum die Ukraine vorsichtig bleiben muss, um sich nicht vollständig von der russischen Kultur zu entfremden, denn eine wichtige Strategie der Ukraine zur Rückeroberung von Donezk und Luhansk wird die Fähigkeit der Ukraine sein, mit russischsprachigen Personen zu kommunizieren, um mit den Gebieten zusammenzuarbeiten, die dies nicht wollen Teil der Russischen Föderation werden. Darüber hinaus würde dies auch erfordern, dass die Ukraine ihre Artillerie-Bombardierungen dieser Gebiete reduziert. Darüber hinaus wird die Reduzierung der antirussischen Rhetorik durch die Ukraine Russland daran hindern, dies als Beweismittel zu verwenden, um die Ukraine in Angriffe zu verwickeln, die auf russischem Boden stattfinden könnten, falls Russland versuchen sollte, eine Operation unter falscher Flagge zu inszenieren, um so mehr öffentliche Unterstützung zu erreichen eine weitere russische Offensive in die Ukraine.

Es steht außer Frage, dass es in Donezk und Luhansk Menschen geben wird, die sich militant gegen einen Beitritt zur Russischen Föderation wehren werden. Aus diesem Grund muss die Ukraine ihre Politik so ändern, dass es für LPR/DVR-Bürger noch schwieriger wird, sich für einen Beitritt zur Russischen Föderation zu entscheiden. Die Frage ist, kann die Ukraine einem Russisch sprechenden Menschen, der sich immer noch als Ukrainisch identifiziert, eine greifbare Terminologie geben? Was

wäre ein gutes Wort dafür? Können die Ukrainer sie Rus-Leute nennen, ähnlich wie die Rus-Leute der alten Kiewer Rus? Wenn Selenskyj diejenigen ansprechen kann, die autonom bleiben wollen, ohne der Russischen Föderation beizutreten, könnte es möglich sein, sich auf die Verwandtschaft zu berufen, ohne die überzeugten ukrainischen Nationalisten zu verärgern, die auf dem ukrainischen Sprachmandat bestehen. In der Ukraine gibt es eine ukrainische nationalistische Bewegung namens Ukrainische Nationalversammlung und die ihr angeschlossene Ukrainische Selbstverteidigungsorganisation (UNA-UNSO), die sich auf die Einheit der ostslawischen Völker einigt. Diese Gruppe glaubt jedoch, dass die Ukraine und nicht Russland berechtigt ist, der dominierende Staat der Völker der Rus zu sein, da das ursprüngliche Zentrum des Reiches der Kiewer Rus Kiew war. Wenn die Ukraine diese Bewegung in eine Richtung lenken kann, die eine Doktrin fördert, die dazu beitragen könnte, ein gewisses Identitätsgefühl wiederzubeleben, das einen russischsprachigen Ostslawen mit Kiew verbindet, ist es möglich, dass die Ukraine in der Lage sein könnte, einen möglichen Weg aufzuzeigen, um ihn zu bringen Ostukraine zurück in den Einflussbereich Kiews. Denken Sie daran, dass der Widerstand gegen die Besetzung etwas ganz anderes ist als die Rückeroberung von Territorium. Letzteres ist schwieriger und erfordert in diesem Bereich ein Element, das zum Eingreifen einlädt. Damit die USA beispielsweise 2001 in Afghanistan einmarschieren konnten, mussten sie der Nordallianz helfen, die sich in den 1990er Jahren im Krieg mit den Taliban befand. Das gleiche mit Russland. Russland marschierte in die Ukraine ein, weil die Separatisten in der Ostukraine, die mit Kiew uneins waren, im Wesentlichen Russland aufforderten, in die Ukraine einzumarschieren und die Besetzung zu lockern. Dies geschah auch in Tschetschenien – pro-russische Tschetschenen mussten Russlands Vormarsch nach Grosny einladen und helfen, es zu erleichtern. Wenn die Ukraine den Osten ihres Landes

zurückerobern will, dann wird sie eine ähnliche Dynamik bei der Arbeit brauchen, wenn eine umstrittene Einheit in der Ostukraine mit bestimmten Richtlinien in der DVR/LPR kollidiert und so die Rückkehr des ukrainischen Militärs einlädt und erleichtert diese Regionen. Dies muss jedoch mit der Vorbereitung Russlands auf den Abzug seiner Streitkräfte aus der Ostukraine zusammenfallen. Man muss bedenken, dass Russland nur so lange in einem militärischen Konflikt bleiben kann, wie es die eigene Bevölkerung zulässt. Daher gibt sich Russland maximal zwei Jahre Zeit, um seine Ziele zu erreichen, bevor es sich entweder zurückzieht oder den Krieg für beendet erklärt. Andernfalls spielen sie mit dem Feuer und einer möglichen Geschichte, die sich wiederholt, als Revolutionen in Russland zu einem Regimewechsel führten. Russland ist sich dessen bewusst und wird nicht länger als zwei Jahre in der Ostukraine bleiben können. Sie werden sich zurückziehen und sich dann auf eine zweite Offensive vorbereiten, diesmal jedoch unter dem Vorwand eines größeren Terroranschlags in Russland, da solche Ereignisse die öffentliche Unterstützung für eine weitere militärische Intervention hervorrufen werden. Genau so konnte Russland den zweiten Tschetschenienkrieg gewinnen – er wurde im Wesentlichen durch eine Reihe von Terroranschlägen in Russland ausgelöst, die die öffentliche Unterstützung für eine weitere russische Invasion in Grosny auslösten. Was diesen Prozess unterstützte, war der Versuch von Schurkenmilizen in Tschetschenien, Dagestan einzunehmen. Aus diesem Grund muss die Ukraine darauf achten, nicht den gleichen Fehler zu machen, den die Islamisten begangen haben, der ihre Niederlage im zweiten Tschetschenienkrieg ausgelöst hat, damit Russland der russischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens gegen ganz Tschetschenien vermitteln kann. Russland ist dies bei der ersten Invasion in der Ukraine nicht gelungen – im Grunde hat es die russische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit

überzeugt, wird es aber dennoch mit einer zweiten Offensive auf Kiew versuchen. Wenn Selenskyj nach dem russischen Rückzug aus der Ostukraine im Jahr 2024 eine harte antirussische Rhetorik vermeiden kann, wird dies ein strategischer Sieg für die Ukraine, weil Russland keinen Vorwand haben wird, die öffentliche Unterstützung für eine zweite Offensive gegen Kiew hervorzurufen. Wenn wir in Bezug auf den ersten Tschetschenienkrieg zurückblicken, war der Grund, warum Angriffe auf russischem Boden dazu beigetragen haben, einen russischen Rückzug auszulösen, weil sie stattfanden, als der Krieg noch andauerte und die russischen Truppen und die russische Öffentlichkeit bereits müde waren. Ganz zu schweigen davon, dass Angriffe auf russische Truppen in Grosny nach langen Phasen der Untätigkeit eine sehr stark demoralisierende Wirkung hatten. Der Grund, warum die Angriffe auf russischem Boden im zweiten Tschetschenienkrieg tatsächlich gegen die Tschetschenen funktionierten, war, dass sie Jahre nach dem Abzug der russischen Streitkräfte aus Tschetschenien stattfanden, wodurch Russland die russische Öffentlichkeit über die Aggression Tschetscheniens und die Notwendigkeit des russischen Militärs informieren konnte die Übernahme des Landes zu vollenden und es Russland leichter machen, öffentliche Unterstützung zu gewinnen. Es war eine ganz andere Dynamik bei der Arbeit. Während des ersten Tschetschenienkriegs untergruben Angriffe auf russischem Boden die russische Entschlossenheit, weil sie stattfanden, als der Krieg über ein Jahr tobte – sie brachten auch die russische Regierung und das Militär in Konflikt (erinnern Sie sich an die Geiselkrise in Buddenowsk?). Tatsächlich haben die Angriffe auf russischem Boden während des zweiten Tschetschenienkriegs die russische Entschlossenheit geweckt und den Konflikt entfacht, und das war der Fehler für Tschetschenien, weil Russlands militärische Offensiven fast ausschließlich von der Fähigkeit des Kremls abhängen, öffentliche Unterstützung zu

gewinnen, die sie im zweiten brauchten Zeit gegen Tschetschenien. Die Ukraine müsste jedoch keine so heimtückischen Taktiken wie Terrorismus anwenden und könnte die DVR/LPR auf Einladung von autonomen DPR/LPR-Beamten und mit wenig bis gar keinem Widerstand ihrer Opposition zurückerobern.

Die ukrainische nationalistische Bewegung mit dem Namen Ukrainische Nationalversammlung und die damit verbundene Ukrainische Selbstverteidigungsorganisation (UNA-UNSO) wurde Anfang der 1990er Jahre nach dem Fall der Sowjetunion in der Ukraine gegründet und stützte ihre Plattform auf die Idee einer unabhängigen Ukraine, die sich für die Loyalität zu ihr einsetzt die ukrainische Staatlichkeit unabhängig von der kulturellen Zugehörigkeit, ob ukrainischsprachig oder russischsprachig. Diese Gruppe war maßgeblich daran beteiligt, den osteuropäischen Ländern zu helfen, dem russischen Imperialismus in den 1990er Jahren zu widerstehen. Sie beteiligten sich am Konflikt in Transnistrien und schützten dort ethnische Ukrainer vor der moldawischen Regierung. Die UNA-UNSO kämpfte im Georgienkrieg 1992 gegen die pro-russischen Separatisten in Abchasien und half Tschetschenien auch im Kampf gegen die russische Invasion während des Ersten Tschetschenienkriegs von 1994-1996, der zur De-facto-Unabhängigkeit Tschetscheniens führte. Die UNA-UNSO kämpfte auch im Donbass-Krieg im Jahr 2014 und im anschließenden Ukraine-Russland-Krieg im Jahr 2022. Während die UNA-UNSO-Plattform den bürgerlichen Nationalismus vertrat, haben viele ihrer Komponenten rechtsextreme Neigungen bewahrt. Die Gruppe fusionierte später mit der Partei des Rechten Sektors, die das Hauptziel der russischen Rhetorik war, die die Gruppe als überzeugte Neonazis und Terroristen identifizierte. Ein Großteil der Besorgnis Russlands über den Rechten Sektor hatte mit der Komponente des Rechten Sektors zu tun, die sich aus Mitgliedern

der UNA-UNSO zusammensetzt, die seit dem Fall der Sowjetunion ein Problem für Russlands geopolitische Ambitionen darstellen. Russland betrachtete auch die UNA-UNSO-Kämpfer in Tschetschenien aufgrund ihres slawischen Aussehens und ihrer fließenden russischen Sprache als die gefährlichsten. Die UNA-UNSO hat auch Kontakte zu pro-ukrainischen rechtsextremen russischen Gruppen innerhalb Russlands aufgebaut, und dies wird das wichtigste Schlüsselelement sein, das die Ostukraine wieder unter Kiewer Kontrolle bringen könnte. Strategisch gesehen müsste die Ukraine zunächst politische Spannungen innerhalb der DVR/LPR schüren, um den Kurs in Richtung einer DVR/LPR-Zugehörigkeit zur Russischen Föderation umzukehren. Das würde der Ukraine zugute kommen. Wenn die Ukraine diesen Weg einschlägt und die Taktiken anwendet, die die CIA während ihres gesamten Bestehens angewandt hat, um andere Nationen politisch zu schwächen, dann sollte die Ukraine den Weg für die UNA-UNSO ebnen, damit sie mit ihren pro-ukrainischen russischen Kontakten in Russland in Kontakt treten kann die UNA-UNSO könnte orchestrieren, dass sie nach Donezk und Luhansk gehen und eine Strategie starten, um die DVR und LPR dazu zu bringen, Teil der Russischen Föderation zu werden – sie würden auch auf dieser Plattform rekrutieren, damit eine Gegenbewegung entsteht, die die Autonomie der DVR/LPR betont Antwort. Nachdem dies erreicht ist und es zu politischen Spannungen kommt, könnten diejenigen, die das Schisma ermöglicht haben, einfach nach Russland zurückkehren und mehr pro-ukrainische Russen in die DVR/LPR-Regionen schicken, um dort zu mehr politischen Spannungen beizutragen. Sobald die Spannungen eskalieren und die für die Autonomie eintretenden DPR/LPR-Beamten anfangen, eine Rhetorik zu verwenden, die jede Opposition vor den Kopf stößt, würden die pro-ukrainischen Russen, die dort inkognito operieren, – als Teil des Plans – beginnen, im Namen der Russischen Föderation zu handeln, um

an die Russische Föderation zu appellieren Anti-Autonomie-Fraktion der DPR/LPR. Dies wiederum wird die Pro-Autonomie-Fraktionen DPR und LPR zwingen, Kiew um Hilfe zu bitten, um sich dagegen zu wehren, Teil der Russischen Föderation zu werden. In dieser Hinsicht würde Kiew später die Oberhand in Verhandlungen mit seinen ehemaligen Feinden haben, die jetzt zu Verbündeten im Kampf gegen die russische Hegemonie geworden sind. Sobald dies erreicht ist, könnten die pro-ukrainischen Russen, die sich auf die Seite der gegen die Autonomie gerichteten DPR/LPR-Fraktionen gestellt und die Spannungen gemildert haben, einfach ohne Vorankündigung oder Verdacht nach Russland zurückkehren. In der Zwischenzeit könnte die Ukraine damit beginnen, die ursprüngliche UNA-UNSO-Plattform des bürgerlichen Nationalismus im ganzen Land voranzutreiben und sich sowohl für die Rechte als auch für den Ukrainismus/die Zweideutigkeit der Russischsprachigen einzusetzen. Dies wird der Ukraine die Tür öffnen, um mehr Russischsprachige in den DVR/LPR-Regionen gegen die Anti-Autonomie- und pro-Russischen Föderationskomponenten der DVR/LPR zu rekrutieren. Zu diesem Zeitpunkt würden die für die Autonomie eintretenden DPR/LPR-Beamten wahrscheinlich damit beginnen, ukrainischen Streitkräften die Rückkehr in die Region zu gestatten. Wenn dies kurz nach dem Abzug Russlands aus der Ostukraine im Jahr 2024 geschieht, wird Russland seine Öffentlichkeit nicht von der Notwendigkeit überzeugen können, zurückzukehren und weitere Truppen in die Ostukraine zu entsenden. Daher könnte Russland im Jahr 2023 darauf drängen, dass sich die DVR/LPR beeilen und der Russischen Föderation beitreten, was jede Chance der Ukraine auf eine Rückeroberung dieses Territoriums beenden würde, da russische Truppen auf unbestimmte Zeit dort bleiben würden und alle Angriffe ukrainischer Streitkräfte dort würden bedrohen die innere Sicherheit des russischen Staates. Daher ist es wichtig, dass die

Ukraine interne Streitigkeiten innerhalb der DVR/LPR über den Status dieser Regionen schürt, damit Russland diese Gebiete nicht in die Russische Föderation eingliedern kann, zumindest nicht ohne den Widerstand dieser Komponenten der DVR/LPR Autonomie. Und da die Ukraine idealerweise den zivilen Nationalismus gefördert hätte, wäre es für jeden in Russland schwer zu glauben, dass die Ukraine die Absicht hat, den Russen in der Ukraine Schaden zuzufügen. Das Endergebnis der autonomiebefürwortenden DVR/LPR-Fraktionen, die Kiew zuneigen, sollte ein russischer Rückzug im Jahr 2024 sein, eine schnelle Machtdemonstration der Ukraine im DPR/LPR-Territorium gegen diejenigen, die versuchen, diese Gebiete im Namen Russlands anzugreifen, gefolgt von eine schnelle Übergabe aller russischen Militäreinheiten an die ukrainischen Streitkräfte. Im Idealfall würden die für die Autonomie eintretenden DPR/LPR-Beamten und die Ukraine Minsk II erneut geltend machen, wodurch die DPR/LPR nach einer ausgehandelten Zeit langsam wieder in die Ukraine integriert werden könnte. Selenskyj würde dann Gesetze verabschieden, die der russischen Sprache einen gewissen Schutz verleihen.

Von diesem Zeitpunkt an wird die ukrainische Identität eine ideologiebasierte Identität sein, die unabhängig von der Sprache in Übereinstimmung mit der ukrainischen Staatlichkeit definiert wird, die ihre ostslawische Komponente von den belarussischen und russischen Komponenten unterscheiden würde, die den Schwerpunkt auf Sprache legen. Im Wesentlichen werden Ostslawen, die die Sprache nicht über die ukrainische Staatlichkeit stellen, automatisch einen Ukrainer bilden, und dies wird einen Weg einschlagen, der eines Tages alle Menschen der Rus vereinen und Kiew wieder zum Zentrum dieser Union machen könnte.

Alles, was die Ukraine tun müsste, um diesen Plan umzusetzen, ist, dass Kiew im Laufe des Jahres 2023 Appelle an

das russische Volk richtet und ihm versichert, dass es nicht die Absicht hat, innerhalb Russlands anzugreifen. In der Zwischenzeit würde UNA-UNS O versuchen, im Jahr 2023 Kontakte zu ihren rechtsextremen Verbindungen in Russland herzustellen und einen Plan aufstellen, dass diese pro-ukrainischen Russen in die DVR/LPR reisen, um politische Spannungen zwischen denen zu säen, die autonom bleiben wollen und diejenigen, die Teil Russlands werden wollen. Damit dies funktioniert, müsste die Ukraine den DVR/LPR-Kämpfern erlauben, sich in ihrer Kontrolle über die Region zumindest für eine gewisse Zeit wohl zu fühlen, damit der politische Aspekt, ob sie autonom bleiben oder Teil Russlands werden sollen, ein Thema werden kann Streitpunkt in der DPR/LPR-Politik. Ende 2023 wird das russische Militär nach anhaltendem Widerstand der ukrainischen Streitkräfte sehr kriegsmüde werden, und Berichte über weitere russische Opfer werden letztendlich die russische Öffentlichkeit beunruhigen und das russische Militär zwingen, seine Truppen kurz danach aus der Region der Ostukraine abzuziehen. Anschließend wird das russische Militär mit den Vorbereitungen für eine zweite Offensive auf Kiew beginnen und gleichzeitig nach Gründen dafür suchen. Da sich die Ukraine bereits mit den autonomiefreundlichen DVR/LPR-Streitkräften verbündet hat, sollte die Wiederbesetzung der dortigen Gebiete durch die ukrainischen Streitkräfte sehr schnell und ohne Widerstand erfolgen, ähnlich wie die rasche Übernahme Afghanistans durch die Taliban im Jahr 2021 nach dem Abzug der US-Streitkräfte aus der Land.

Kapitel 8: Fälschung des Rubels

Einige politische Kreise glauben, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland nicht gewinnen kann, da die Vereinigten Staaten darauf bestehen, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, die das Blatt wenden könnten. Kampfjets zum Beispiel. Grund ist die Angst vor einer Eskalation des Krieges. Daher ist der wahrscheinliche Weg, wie er am 28. August 2022 aussieht, eine Verhandlungslösung, die Russland die Kontrolle über etwas mehr als 20 % des international anerkannten Territoriums der Ukraine geben wird, von denen ein Großteil landwirtschaftliche und industrielle Gebiete sind. Dies würde die Ukraine völlig abhängig von anderen Nationen machen, um sich selbst zu erhalten. Ganz zu schweigen davon, dass die derzeitige internationale Unterstützung und Hilfe für die Ukraine im Laufe der Zeit wahrscheinlich nachlassen wird, da mehrere Nationen auf der ganzen Welt die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland auf ihre Volkswirtschaften bereits satt haben. Der Frieden für die Ukraine würde seinen Preis haben, was es umso wahrscheinlicher macht, dass sich viele Elemente in der Ukraine weiter radikalisieren und vielleicht andere Wege suchen, um ihrer Empörung Luft zu machen. Die Ukraine hat bei zahlreichen Gelegenheiten angegeben, welche Ausrüstung sie benötigt, um den Krieg zu gewinnen, aber vieles davon ist auf taube Ohren gestoßen. Während die westliche Hilfe der Ukraine in einigen Bereichen strategisch hilft, wird sie letztendlich nicht ausreichen und alle Kämpfe werden zu Symbolen, die eher auf Prinzipien als auf einer soliden Strategie beruhen. Dies wird letztendlich das prognostizierte Endergebnis beschleunigen. Aber alles in allem hat die Hilfe, die die Ukraine von westlichen Nationen in Bezug auf Finanzen und Sicherheit erhalten hat, es der Ukraine ermöglicht, der russischen Armee sowohl am Boden als auch in der Luft erhebliche Verluste zuzufügen. Aber der Mangel an Luftstreitkräften und Langstreckenraketen wird die Ukraine

daran hindern, eine große Gegenoffensive zu starten, da die Ukraine nur so verlorene Gebiete zurückgewinnen kann, die von russischen Streitkräften besetzt sind und größtenteils aus Menschen bestehen, die sich als Russen identifizieren. Wenn diese besetzten Gebiete aus Ukrainern bestehen würden, dann würde der Mangel an Luftstreitkräften und Langstreckenartillerie die Ukraine nicht daran hindern, diese Gebiete zurückzuerobern, weil die Ukraine einfach mehr Freiwillige aus den besetzten Gebieten rekrutieren könnte, um gegen die Besatzungsmächte zu kämpfen. In Gebieten mit demselben ethnischen Hintergrund wie die Besatzer ist dies viel schwieriger. Ein Szenario, in dem die besetzten Gebiete der Ukraine aus Ukrainern bestehen, würde es der Ukraine ermöglichen, das zu tun, was ISIS nicht getan hat, um Territorium von den von den USA unterstützten Streitkräften im Irak zurückzuerobern – Rekrutierung aus den besetzten Gebieten auf der Grundlage von Verwandtschaft und dem Versuch, die Gebiete zurückzuerobern. ISIS konnte dies in der Provinz Anbar, Mossul und Falludscha tun, weil es dort Proteste gegen die Regierung gab, Proteste, die aus Sunniten bestanden – der gleichen islamischen Sekte, die von ISIS praktiziert wird. Wenn die besetzten Gebiete in der Ukraine aus Ukrainern bestehen würden, würden aufständische Elemente dort, ähnlich wie ISIS, der Ukraine erlauben , aus ihrer eigenen Bevölkerung zu rekrutieren und das verlorene Territorium leichter zurückzuerobern. Da die Ukraine diesen Faktor nicht zu ihren Gunsten hat, wird der aktuelle Waffenvorrat nicht ausreichen, um die Russen aus der Ostukraine zu vertreiben. Die Angst der Westmächte, alles Erforderliche zu tun, um zu verhindern, dass Russland sie mit Atomwaffen angreift, ist ein weiterer Faktor, der nicht zu Gunsten der Ukraine wirkt. Und die meisten Experten und Akademiker sehen das so, weshalb viele der prominenten Gelehrten für eine Reduzierung der Verluste der Ukraine plädieren – nicht weil sie Russland unterstützen, sondern weil sie

einen Weg sehen, der einem ukrainischen Sieg offensichtlich nicht förderlich ist. Auf der anderen Seite glauben einige Militärexperten, dass Russland zwar militärisch erschöpft und die Moral unter den russischen Soldaten niedrig ist, es aber besser wäre, selbstbewusst vorzugehen. Ganz zu schweigen davon, dass die Ukraine in der Lage ist, eine sehr große Streitmacht ukrainischer Soldaten und ausländischer Kämpfer aufzustellen. Russland ist vorsichtig, zu viele Truppen in den Konflikt zu schicken.

Die Ukraine wurde mit einer beträchtlichen Menge an Schusswaffen, Körperschutz, Drohnen, Panzerabwehr- und Flugabwehrraketentechnologie sowie mit Intelligenz und einem effizienten Schienensystem für den Transport von Vorräten ausgestattet. Die ukrainische Artillerie hat keinen guten Schutz vor feindlichem Feuer und wird in Kampfszenarien leicht angegriffen und zerstört. Russland hat auch Langstreckenraketen in seinen Artilleriesystemen. Die USA verfügen über mächtige Waffen wie Kampfflugzeuge, mit denen die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnen könnte, aber die USA zögerten, sie an die Ukraine zu liefern. Sie haben der Ukraine jedoch HIMARS-Raketen zur Verfügung gestellt, was der Ukraine den Schub gibt, den sie braucht, um eine Gegenoffensive im Süden zu starten. Ein Großteil der Zurückhaltung der USA, der Ukraine volle Unterstützung zu gewähren, rührt von Russlands Drohung her, Atomwaffen gegen jedes Land einzusetzen, das die Ukraine während des Krieges militärisch unterstützt. Darüber hinaus erwerben Nationen Atomwaffen typischerweise nicht nur, um geopolitische Stärke auszuüben, sondern auch, um eine gegenseitig zugesicherte Zerstörung sicherzustellen, dh wenn eine Nation eine existenzielle Bedrohung darstellt, muss diese Nation auch ihre eigene existenzielle Zerstörung durch einen Atomschlag riskieren. Die meisten Atomwaffen sind heute weitaus mächtiger als die, die im Zweiten Weltkrieg gegen Japan eingesetzt wurden.

Aber einige politische Elemente in den USA glauben, dass Russland seine Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen blufft, und deshalb sollten die USA ihre Hilfe für die Ukraine verstärken, indem sie Kampfflugzeuge und Langstreckenraketensysteme liefern. Es ist wichtig zu beachten, dass die USA zusätzlich zu den Drohungen Russlands eine weitere Bedrohung bekämpfen, wenn es darum geht, der Ukraine zu helfen. Die USA stehen vor einem totalen Vertrauensverlust in ihre Verbündeten im Ausland, was verheerende Auswirkungen auf ihre Landeswährung hätte. Wenn die USA ihre Unterstützung für die Ukraine in einer Weise zurückziehen, die es rechtfertigt, dass die Ukraine die USA des Verrats beschuldigt, werden viele der wichtigsten Verbündeten der USA dies bemerken und wahrscheinlich Pläne schmieden, ihre Bündnisse und Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten zum Rückzug zu ändern. Zum Beispiel der Petrodollar-Deal zwischen den USA und Saudi-Arabien, in dem Saudi-Arabien sich verpflichtete, Öl für US-Dollar im Austausch für militärische Unterstützung zu verkaufen. Die Ukraine weiß, dass dies der Fall ist, und nutzt diesen Faktor weise, um Hilfe und Waffen von den USA zu erhalten, in der Hoffnung, nicht nur die benötigten Waffen zu bekommen, sondern endlich die Kampfflugzeuge und andere Vorräte zu bekommen, um die russischen Streitkräfte von den international anerkannten zu vertreiben Gebiete der Ukraine. Man kann also sagen, dass der Wert des US-Dollars auf ausländischen Militärinterventionen und dem Vertrauen der US-Verbündeten aufbaut.

Eine von der Ukraine angewandte Strategie zur Abschreckung einer russischen Aggression bestand darin, die Nationen zu drängen, Sanktionen gegen die russische Wirtschaft zu verhängen. Dies scheiterte jedoch vor allem daran, dass Russland auf einer riesigen Menge an Rohstoffen sitzt, von denen ein Großteil der westlichen Welt abhängt, sodass niemand glauben kann, dass eine

solche Beschränkung der russischen Exportmärkte langfristig nachhaltig wäre, wie es westliche Nationen tun würden der Strafen überdrüssig werden, die sie sich selbst auferlegen müssten, nur um Russland wirtschaftlich zu schwächen. Man muss also davon ausgehen, dass sich westliche Länder langfristig nicht mit Einkäufen aus Russland zurückhalten können. Dieser Faktor zusammen mit der Tatsache, dass Russland mit all diesen Rohstoffen immer die Möglichkeit hat, den Kauf dieser Materialien ausschließlich auf russische Rubel zu beschränken. Allein diese Bedrohung stützt den Wert des Rubels. Tatsächlich reicht es aus, wenn Russland öffentlich sagt, dass es sein Öl nur für Rubel verkaufen wird, damit der Rubel in der Zeit, in der Sanktionen gegen Russland verhängt werden, an Wert gewinnt. Viele Ökonomen sind ratlos, dass der Rubel als Reaktion auf westliche Sanktionen stärker denn je geworden ist. Überraschend ist, dass weitgehend ignoriert wird, wie viel Einfluss Russlands Äußerungen oder Drohungen, seine Rohstoffe für Rubel zu verkaufen, allein auf die Stützung der eigenen Wirtschaft haben. Wenn Ökonomen sich dieses Faktors bewusst wären, wäre die Lösung, ihm entgegenzuwirken, einfach mit der internationalen Massenfälschung von Rubel zu drohen und das Vertrauen, das der Rubel gewinnen kann, einzuschränken. Wenn also Russland droht, sein Öl nur für Rubel zu verkaufen, würden die Zuhörer sich an die Fälschungsdrohungen erinnern und vermuten, dass es sich bei den im Ausland gekauften Rubeln möglicherweise um Fälschungen handelt, und sie auch dem Risiko aussetzen, wegen Fälschung untersucht zu werden . Allein die Auswirkungen der Drohung könnten auch dazu führen, dass die russischen Verbraucher das Vertrauen in die Reibung verlieren. Natürlich sind Fälschungen international möglich, und eine solche Drohung zusammen mit Sanktionen würde es Russland ermöglichen, sowohl den Rubel zu stützen als auch die Auswirkungen von Sanktionen zu untergraben, indem es droht, sein Öl für Rubel zu

verkaufen. Die Ukraine kann die russische Aggression abschrecken, indem sie droht, ihre internationalen Rubelfälschungsoperationen auszuweiten, und abhängig von Russlands Beharren auf fortgesetzten Angriffen auf ukrainische Zivilisten, kann die Ukraine noch weiter gehen und drohen, ihre Kontakte innerhalb Russlands zu nutzen, um gefälschte, nicht nachweisbare Rubel in den Russen zu injizieren Wirtschaft über die Ostukraine, was den Wirtschaftsmarkt lähmt und möglicherweise dazu beiträgt, dass die russische Öffentlichkeit unzufriedener mit dem Kreml über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine wird. Allein die Drohung mit Fälschungen wird dazu führen, dass die Menschen das Vertrauen in den Rubel verlieren. Und in der Tat werden aufgedeckte Fälle von Rubelfälschungen den Wert des Rubels weiter herabsetzen, weil sie nur noch mehr Besorgnis hervorrufen, bis zu dem Punkt, dass Russland durch die Veröffentlichung solcher Operationen tatsächlich noch mehr gegen seine eigene Währung arbeitet. Dies wird zu einem riesigen Rätsel. Russland müsste auch erhebliche Ressourcen für die Bekämpfung von Fälschungen aufwenden, was bedeutet, dass Strafverfolgungspersonal neu zugewiesen, von anderen Aufgaben entbunden und Geld für Geräte ausgegeben werden müsste, die Falschgeld erkennen könnten. Natürlich kann Russland einen Workaround verwenden, der Bitcoin nur für internationale Transaktionen legalisiert. Im September 2022 taten sie genau das und ermöglichten die Verwendung von Bitcoin für grenzüberschreitende Transaktionen. Dies wird die Möglichkeit haben, den Rubel zu stützen, indem eine künstliche Nachfrage geschaffen wird. Russland zum Beispiel kann, nachdem es Öl für Bitcoin verkauft hat, die Bitcoin einfach für Rubel verkaufen. Rückblickend hat Bitcoin dazu beigetragen, den Rubel über Wasser zu halten, nachdem der Westen erste Sanktionen gegen Russland verhängt hatte. Der Grund dafür ist, dass

Familienmitglieder von Russen Bitcoin nur verwenden konnten, um Geld an in Russland lebende Familienmitglieder nach Hause zu schicken. Infolgedessen wurden diese Bitcoins dann für Rubel liquidiert, da Rubel die einzige Währung sind, die russische Bürger seit der Invasion verwenden dürfen. Durch die Legalisierung von Bitcoin für internationale Transaktionen hilft Russland ihnen nicht nur, Sanktionen zu umgehen, sondern hilft ihnen auch, einen Mechanismus zur Aufwertung des Rubels einzusetzen. Und das ist eigentlich der Grund, warum viele Länder zögern, Bitcoin ganz zu verbieten. Der Westen hat versucht, dem entgegenzuwirken, indem er versucht hat, Bitcoin-Börsen davon zu überzeugen, Russen die Nutzung der Plattform zu verbieten. Dies war vergebens, da so ziemlich alle Börsen dies ablehnten. Um einer Fälschung entgegenzuwirken, die darauf abzielt, den Rubel zu zerstören, wäre eine sehr erhebliche Menge an Bitcoin erforderlich, um die Aufgabe zu erfüllen. Darüber hinaus können Fälscher wahrscheinlich auch von den USA bewaffnet werden, um Nationen davon abzuhalten, Sanktionen durch die Verwendung von Kryptowährung zu umgehen.

Einige Studien zeigen, dass Fälschungen einen minimalen Einfluss auf die Inflation haben, insbesondere wenn die Kosten der Fälschung hoch sind, vorausgesetzt, dass derjenige, der die Fälschungsaufgabe ausführt, in der Währung bezahlt wird, die er fälscht. Wenn die Fälschung jedoch im Ausland stattfindet und die Kosten dafür entweder gering sind oder in anderen Wertmitteln bezahlt werden, würde dieser Abwägungsfaktor nicht für das Land gelten, in das alle gefälschten Währungen importiert werden. Ökonomen würden jedoch darauf bestehen, dass Russland dem entgegenwirken könnte, indem es die Menschen dazu ermutigt, elektronische Mittel für Einkäufe zu verwenden, aber Menschen, die Angst vor gefälschten Rubeln haben, würden auch Angst haben, sie bei Banken zu hinterlegen. Russland und China haben angeboten, einige ihrer Rohstoffe in Bitcoin zu verkaufen, um

Sanktionen zu vermeiden. Und Russland kokettiert mit der Idee, den Rubel auf den Goldstandard zu setzen, um die Gefahren einer hohen Inflation abzumildern. Allerdings könnten überschüssige gefälschte Rubel, die das Finanzsystem im Ausland in Umlauf bringen, zu der gleichen Dynamik führen, die die USA 1971 dazu veranlasste, den Goldstandard zu verlassen – nicht genug Gold zu haben, um es gegen alle im Ausland gehaltenen Währungen einzutauschen, sollten die meisten gefälschten Rubel unentdeckt bleiben.

Aus diesem Grund ist es für die Ukraine zwingend erforderlich, dass Selenskyj in der Ukraine an der Macht bleibt, weil er die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gewinnen kann. Wenn die Ukraine einen gefälschten Rubel im Ausland orchestriert, könnten die Produktionskosten in ukrainischer Währung angegeben werden, was auch die ukrainische Wirtschaft unterstützen würde. Jetzt, da dies in Kraft ist, wird der Wert des Rubels bei jeder Aussage aus Kiew über Fälschungsversuche angegeben. Kiew kann einen solchen Faktor in Verhandlungen nutzen und beschließen, Drohungen mit Fälschungsaktivitäten zurückzuziehen, im Austausch für alle Forderungen, die die Ukraine für angemessen hält, an Russland zu richten. Die Macht dieser Methode könnte die Ukraine daran hindern, militärische Mittel einzusetzen, um die russische Besatzung abzuschrecken. Auf diese Weise verringern sie die Verluste, die ihnen ihre eigenen Streitkräfte beim Versuch der Rückeroberung von Territorien zufügen, und sind außerdem in der Lage, eine Verteidigungsmaßnahme durchzuführen, die nicht als Kriegsverbrechen gilt. Die Nazis versuchten diese Fälschungsmethode gegen England während des Zweiten Weltkriegs, indem sie gefälschte britische Banknoten druckten und planten, sie in England abzuwerfen, in der Hoffnung, die britische Wirtschaft zu lähmen. Die Nazis gingen davon aus, dass ehrliche britische Bürger zwar das Falschgeld ausgraben und es

den Behörden melden würden, andere skrupellose Typen wie Kriminelle jedoch eher die Geschäftsmöglichkeiten nutzen würden, die Falschgeld bieten könnte, wenn es ohne Verdacht getauscht werden könnte erregen. Wenn sich genügend Menschen in England dafür entschieden hätten, die gefälschten Banknoten für den Handel zu verwenden, hätte dies Englands Wirtschaft verwüstet und sie unfähig gemacht, ihren Militärapparat während des Zweiten Weltkriegs zu bezahlen und zu unterhalten. Die Nazis kamen jedoch nie dazu, diesen Plan umzusetzen, sondern druckten stattdessen eine große Menge britischer Banknoten und entschieden sich später, die Banknoten zur Finanzierung der Kriegsmaschinerie zu verwenden, indem sie Materialien kauften, die die Fälschungen enthielten. Der Vorteil, den die Nazis beim Drucken der gefälschten Banknoten hatten, rührte von ihrer Möglichkeit her, die kostenlose Arbeitskraft von Facharbeitern zu nutzen, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren. Mit der Ukraine ist die Situation günstiger als für die Nazis, da die Ukraine ausländische Hilfe anfordern könnte, um die Rubelfälschung zu einer internationalen Operation zu machen. Aber das geht nur mit Zelenskyj an der Spitze, da er auf internationaler Ebene Anklang finden kann. Diese Operation, verbunden mit Sanktionen, würde Russlands Wirtschaft lahmlegen und es daran hindern, die Kriegsanstrengungen gegen die Ukraine zu finanzieren. Es würde auch den Wert des Rubels den Aussagen aus Kiew überlassen. Wie bereits erwähnt, kann allein die Bedrohung durch Fälschungen eine Wirtschaft erschüttern. Ein weiteres Machtspiel, das Selenskyj ausnutzen kann, ist die Rolle der Ukraine bei der Aufrechterhaltung der Macht des US-Dollars. Der Wert des US-Dollars geht auf das zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten unterzeichnete Petrodollar-Abkommen zurück, wonach die USA zustimmen würden, Saudi-Arabien militärisch zu verteidigen, wenn Saudi-Arabien und die OPEC-Länder ihr Öl an US-Dollar

verkaufen würden. Dieses Abkommen besteht seit 1973 und wurde in Echtzeit demonstriert, als das US-Militär Anfang der 1990er Jahre in den Irak entsandt wurde, um Saudi-Arabien gegen die irakische Aggression zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten haben jedoch in den folgenden Jahren ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, militärische Verpflichtungen gegenüber Nationen einzugehen und sich dann von ihnen zurückzuziehen, wenn der Druck im eigenen Land zu groß wurde, um sie zu ertragen. Dies war der Fall in Afghanistan, als die USA 2021 beschlossen, sich nach 20 Jahren Besatzung aus dem Land zurückzuziehen und die afghanischen Sicherheitskräfte der Gnade der wiederauflebenden Taliban-Armee überließen. Dies geschah auch in Libyen und Syrien, als die NATO-Streitkräfte in beiden Ländern Unruhen schürten, sich gegen die Separatisten wandten und sie schließlich ihrem Schicksal überließen. Libyen muss sich noch erholen und wird nun von anhaltenden Kämpfen zwischen verschiedenen Milizen überschattet, die um die Kontrolle über die Region wetteifern. In Syrien unterstützten die USA kurdische Streitkräfte gegen ISIS, der seit 2014 Gebiete in Syrien erobert hatte. 2017 zogen die USA jedoch plötzlich ihre Truppen aus Syrien ab und ließen militante Kurden wehrlos gegen türkische Streitkräfte zurück, die versuchten, sie aus dem syrischen Raum zu vertreiben. Türkische Grenze. Die Beispiele Afghanistan, Syrien und Libyen stehen für die schnelle Abkehr von Verbündeten. Die Ukraine erlitt fast das gleiche Schicksal, als sie am 24. Februar 2022 von den Vereinigten Staaten im Stich gelassen wurde, als russische Streitkräfte in die Ukraine einmarschierten. Kurz vor dem Krieg machten die Vereinigten Staaten der Ukraine sehr starke Annäherungsversuche und sagten ihr, dass sie reagieren würden, wenn Russland in die Ukraine einmarschieren würde schnell und entschieden. Aber nur 24 Stunden nach Beginn des Krieges erklärte Selenskyj, dass der Westen sie im Stich gelassen habe. Aber dank Selenskyjs Beharrlichkeit kamen der Westen und die

Vereinigten Staaten endlich dazu, Waffen in die Ukraine zu bringen. Obwohl sie die von der Ukraine angeforderten Kampfflugzeuge nie geliefert haben, haben sie Milliarden von Dollar an tödlicher Hilfe bereitgestellt, die der Ukraine mehr Möglichkeiten geben würden, russischen Militäreinfällen im ganzen Land zu widerstehen. Seit die USA sich dafür eingesetzt haben, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, und versprochen haben, alles Erforderliche zu tun, um der Ukraine zum Sieg zu verhelfen, haben sie die Auswirkungen dessen, was passiert wäre, wenn sie die Ukraine besiegt hätten, sich selbst überlassen, nachdem sie sie aufgefordert hatten, der NATO beizutreten und dann versprach, schnell und entschlossen gegen Russland vorzugehen, falls Russland einmarschiert. Wenn die USA am 24. Februar 2022 beschlossen hätten, die Ukraine aufzugeben, wäre der US-Dollar einem ernsthaften Risiko ausgesetzt gewesen, da die wichtigsten Verbündeten der USA in höchster Alarmbereitschaft hinsichtlich des Verdienstes des US-Engagements mit ihren Verbündeten im Ausland gewesen wären. Wir haben gesehen, wie Saudi-Arabien kurz nach der russischen Invasion in der Ukraine etwas noch nie Dagewesenes getan hat, verbunden mit der Sorge der USA, der Ukraine Hilfe zu leisten. Sie überlegten tatsächlich, ihr Öl für chinesische Yuan statt für US-Dollar an China zu verkaufen. Dies alarmierte viele US-Ökonomen und es gab zahlreiche Berichte über die schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Abkehr Saudi-Arabiens vom US-Dollar. Man kann sagen, dass das US-Engagement mit der Ukraine eine Form der Buße dafür ist, dass sie viele ihrer ehemaligen Verbündeten im Stich gelassen haben. Wenn dieses Engagement mit der Ukraine also zu einem ukrainischen Sieg führt, könnten die übrigen kritischsten Verbündeten der Vereinigten Staaten dazu in der Lage sein um das Vertrauen in die US-Militärbeteiligung wiederherzustellen, was dann den Dollar über Wasser halten würde, da sein Wert auf der US-Beteiligung an

einer ausländischen Militärintervention basiert. Aber wenn die USA zu irgendeinem Zeitpunkt versuchen, auf die Bremse zu treten und die Hilfe aus der Ukraine zurückzuziehen, ohne die Ukraine dazu zu bringen, die von Russland gehaltenen Gebiete zurückzuerobern, dann könnte die Ukraine damit drohen, den Abzug entscheidender Hilfe von den USA zu fordern, um dies als Verrat und Aufgabe zu verkünden der Ukraine durch den militärisch-industriellen Komplex der USA. Dieses Szenario würde US-Allianzen gefährden und könnte die Stabilität und Stärke des US-Dollars gefährden, sollte Saudi-Arabien dem US-Militär nicht mehr als relevantem Verbündeten vertrauen. Selenskyj weiß das. Mit diesem Einfluss, kombiniert mit dem oben erwähnten rubelschmiedenden Einfluss, könnte Vlodymyr Selenskyj ein Machtniveau ausüben, das die Welt schon lange nicht mehr gesehen hat, und die wirtschaftliche Stabilität beider Supermächte wäre ihnen ausgeliefert.

Kapitel 9: Verwendung der Critical Race Theory zur Rückforderung von DPR/LPR

Russlands Nutzung der Medien, die während des Zweiten Tschetschenienkriegs stark verbessert wurde, wirkte sich erneut zu seinen Gunsten aus, als es in die Ukraine einmarschierte. Russland hat es geschafft, westliche Journalisten dazu zu bringen, über ihre Seite der Geschichte zu berichten, zu einer Zeit, in der die breite Öffentlichkeit im Westen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, seit einiger Zeit das Vertrauen in die Mainstream-Medien verliert, da viele Amerikaner ihnen misstrauen Krieg wurde in den Mainstream-Medien geäußert. Dies bringt einen weiteren Faktor ans Licht, auf den man während eines Konflikts achten sollte – wenn die nationalen Medien eines anderen Landes bereit sind, die offizielle Darstellung einer der Konfliktparteien zu unterstützen, tut dies die breite Öffentlichkeit in diesem anderen Land als Ganzes gute Einschätzung oder Wahrnehmung dessen, was von ihren Mainstream-Medien berichtet wird. Während die USA voll und ganz hinter dem standen, was die Ukraine in Bezug auf Informationen kontrollieren wollte, war das politische Klima in den USA so, dass erwartet wurde, dass Informationen, die von den Mainstream-Medien dort präsentiert würden, von einem bedeutenden Teil der amerikanischen Öffentlichkeit geteilt würden, auf Misstrauen stoßen würden aufgrund innenpolitischer Neigungen, die mit jedem Thema in den Nachrichten verbunden sind. Dies veranlasst dann viele in der Öffentlichkeit, nach alternativen Informationsquellen zu suchen, um zu sehen, ob es eine Verbindung zu dem gibt, was die Mainstream-Medien in Bezug auf die Erzählung vorantreiben. Im Fall der Ukraine und Russlands konnten viele Amerikaner alternative Informationsquellen von westlichen Landsleuten finden, die tatsächlich berichten, was auf der russischen und von Russland unterstützten Seite des Konflikts

passiert. Und manchmal stimmten einige dieser Informationen nicht mit einigen Komponenten der Mainstream-Erzählung überein. Offensichtlich wirkte sich diese Dynamik zu Gunsten Russlands aus, weil sie im Westen genügend Skepsis hervorrief, dass viele, die sich von der vom Westen angewandten Mainstream-Erzählung abwandten, letztendlich dazu verleitet wurden, den offiziellen Mainstream-Erzählungen der russischen Seite zu folgen, dh dass das Bucha-Massaker war inszeniert wurde und die Ukraine ausschließlich aus Nazis bestand. Denn wenn die meisten Menschen in die Mitte wechseln, landen sie oft am anderen Extrem, ohne es zu merken. Um eine völlige Verschiebung der westlichen Wahrnehmung der Ukraine zu vermeiden, muss die Ukraine Rhetorik vermeiden, die später im Falle eines größeren Angriffs gegen sie verwendet werden könnte. Anscheinend hostet die CIA/NATO eine Liste der Feinde der Ukraine auf einer Website namens myrotvorets.center. Diese Seite beleidigt Menschen, die sie als Feinde der Ukraine betrachtet. Es gibt sogar amerikanische Bürger, die sich für eine Verhandlungslösung einsetzen. Oliver Stone und Noam Chomsky kommentieren die Ukraine. Neu hinzugekommen ist Roger Waters von Pink Floyd. Sie werden beschuldigt, Komplizen bei der russischen Invasion zu sein. Keiner von ihnen ermutigte Russland jedoch, in die Ukraine einzumarschieren. Aber aufgrund dieser Liste werden sie zu strategischen Zielen. Nicht nur für ukrainische Extremisten, wenn sie jemanden zum Schweigen bringen wollen, sondern auch für Russland, denn wenn den Westlern auf der Liste etwas passiert, werden viele im Westen zuerst mit dem Finger auf die Seite zeigen und könnten ihre Unterstützung der Ukraine entziehen, egal wer oder was für ihren Tod verantwortlich ist, sollte etwas Tragisches passieren. Noch unheilvoller ist, dass Westler damit beginnen könnten, Russlands Invasion des Landes offen zu unterstützen, was geopolitisch sehr schlecht für die Ukraine wäre. Einige der Personen auf dieser Liste wurden bereits getötet. Darya Dugina,

die Tochter des russischen Philosophen Alexandr Dugin, stand wegen ihres Journalismus auf der Liste, und nachdem sie bei einem Autobombenanschlag getötet wurde, war ihr Bild auf der Website mit dem Wort "liquidiert" gespickt. Es muss gesagt werden, dass eine Schlüsselstrategie für den Sieg der Ukraine darin bestehen wird, den Feind daran zu hindern, sie in irgendetwas hineinzuziehen, das eine zweite Militäroffensive gegen Kiew rechtfertigen könnte. Russland wird so lange militärisch kämpfen, wie es seine Öffentlichkeit zulässt, und wenn es die Öffentlichkeit und den Westen davon überzeugen kann, dass die Ukraine eine Bedrohung für ihre eigene nationale Sicherheit darstellt, dann wird Russland alles haben, was es braucht, um eine umfassende zweite Offensive gegen Russland zu starten Russland Kiew, das die gesamte Ukraine unter russischer Besatzung belassen könnte. Gerade durch diese Dynamik konnte Russland den zweiten Tschetschenienkrieg gewinnen. Selenskyjs frühe Strategie, Russischsprachige anzusprechen, war sehr effektiv, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass die Ukraine keine Absichten innerhalb Russlands hat. Die Fortsetzung dieses Weges könnte der Ukraine helfen, eine zweite russische Offensive abzuwehren, noch bevor sie beginnt.

Und hier ist das Machtvakuum, das derzeit in Donezk und Luhansk besteht. Während die Führer der DVR und LPR angekündigt haben, dass sie in Zukunft ein Referendum abhalten werden, bei dem die Menschen in diesen Städten darüber abstimmen können, ob die DVR oder die LVR der Russischen Föderation beitreten sollen oder nicht, muss Selenskyj darauf achten, die Ukraine nicht zuzulassen die russischsprachigen Menschen in diesen östlichen Gebieten als "Russen" anzuerkennen, da dies es ihnen nur erleichtert, sich selbst als ethnische Russen zu bezeichnen . Aufgrund dieses Aspekts muss die Ukraine die Gelegenheit nutzen, genau festzulegen, was ein russischsprachiger ukrainischer Staatsbürger sein sollte. Oder

lassen Sie zumindest die russischsprachigen Personen selbst entscheiden, als was sie sich identifizieren möchten. Wenn sich herausstellt, dass viele in der DVR und LPR sich auch nicht als solche identifizieren, wird diese Bevölkerungsgruppe am Ende außerhalb der Grenzen dessen landen, was Russland als in ihre Zuständigkeit betrachtet. Russland versteht, dass Russischsprachige in der Ukraine sich als Russen ausweisen, weshalb Russland Pässe und militärische Hilfe für russischsprachige Regionen bereitgestellt hat. Wenn also in der DVR und LVR eine Bevölkerungsgruppe auftaucht, die sich weder als Ukrainer noch als Russe identifizieren will, dann liegt sie außerhalb des Bereichs der russischen Unterstützung, was diese neue neutrale Bevölkerungsgruppe ohne jegliche Unterstützung zurücklassen würde. Daher gibt es eine Lücke, die die Ukraine füllen kann, indem sie anbietet, diese rassistisch zweideutigen Mitglieder der ostrussisch besetzten Gebiete als ethnisch neutral anzuerkennen. Wenn jemand mit dieser Denkweise in die DVR- oder LPR-Führung eingebettet ist, dann könnte die Ukraine einen Weg finden, den Osten wieder in ihren Einflussbereich und weg von Russland zu bringen, indem sie die DVR- und LPR-Regierung in zwei Fraktionen aufteilt. Es ist klar, dass die rassistisch zweideutigen Russischsprachigen darauf bestehen werden, dass die DVR und die LVR autonom bleiben, während der Rest darauf bestehen wird, der Russischen Föderation beizutreten. Die Ukraine kann dieses potenzielle Schisma schüren, indem sie die UNA-UNSO dazu bringt, ihre russischen Kollegen in Russland zu kontaktieren und sie in die DVR und LPR reisen zu lassen, um die Meinungsverschiedenheiten so weit eskalieren zu lassen, dass Beamte der DVR und LPR erwägen, sich an Kiew zu wenden. Jene Russen, die in die Ostukraine reisen würden, würden im Namen der Seite der Argumentation handeln, die der Russischen Föderation beitreten möchte, und vielleicht dazu beitragen, eine Rhetorik anzuwenden, die die rassistisch zweideutigen Bürger der

DVR und LVR weiter davon abhält, jemals eine Entscheidung zu treffen Beitritt zur Russischen Föderation. Dies geschieht, um nicht den Verdacht zu erregen, für Kiew zu arbeiten. Die Intensität der Meinungsverschiedenheiten zwischen rassisch mehrdeutigen Russischsprachigen, die Autonomie befürworten, und Russischsprachigen, die Russisch identifizieren und den Beitritt zur Russischen Föderation unterstützen, wird mit der Wahrscheinlichkeit korrelieren, dass die Ukraine eingeladen wird, im Namen der rassisch mehrdeutigen Russischsprachigen einzugreifen. Wenn Russland versucht, die Dinge in der Ostukraine zu beruhigen, könnte sich die Ukraine immer noch einmischen, indem sie heimlich die rassistisch zweideutigen russischen Sprecher bei den Wahlen der DVR und LPR unterstützt, ohne den Anschein zu erwecken, dass die Autonomie der DVR/LPR legitim ist. Dies hält die Kiewer Regierung davon ab, unter überzeugten ukrainischen Nationalisten Verachtung zu erregen, während sie sie involviert und beeinflusst, was in ihren international anerkannten Territorien passiert. Wenn die politischen Spannungen eskalieren, wird diese Bevölkerungsgruppe von rassisch zweideutigen Russischsprechern nur in der Lage sein, Zuflucht vor der radikalen Russophilie zu suchen, indem sie sich nach Westen in Richtung Kiew neigt. Wenn die Dinge zwischen ihnen und Russischsprachigen weiter eskalieren und möglicherweise dazu führen, dass russische Truppen gegenüber rassisch mehrdeutigen Russischsprachigen aggressiv werden, könnte Kiew hinzugezogen werden, um die rassisch mehrdeutigen Russischsprachigen vor russischer Aggression zu schützen. Das ist etwas, was Russisch nicht will, und gleichzeitig könnte Russland, wenn es anfängt, rassistisch zweideutige Russischsprachige in der Ostukraine anzugreifen, eine Kluft innerhalb Russlands schaffen, da es wahrscheinlich ist, dass sich viele russische Liberale in Russland auch als rassisch zweideutig identifizieren könnten . Alles in

allem, wenn Selenskyj mit einer Rhetorik helfen kann, die die Identität von rassistisch mehrdeutigen Russischsprachigen in der Ostukraine bestätigt, wird dies die Chancen verringern, dass Teile der Ostukraine Teil der Russischen Föderation werden. Wenn es zu Feindseligkeiten zwischen rassisch mehrdeutigen Russischsprachigen und Russischsprachigen kommt, die sich als Russen identifizieren, würde dies die Chancen der Ukraine erhöhen, wieder Zugang zu den besetzten Gebieten zu erhalten. Russland will das nicht. Darüber hinaus kann Zelenskky die Neuangleichung von Russischsprachigen an Kiew verwirklichen, indem er Umfragen in der Westukraine über deren Bereitschaft durchführt, rassistisch zweideutige Russischsprachige aufzunehmen. Wenn diese rassistisch zweideutigen Typen das Gefühl haben, dass die Ukraine eher bereit ist, ihre Zweideutigkeit aufrechtzuerhalten, werden sich viele in der DVR/LPR eher mit Kiew als mit Moskau abfinden. Der Schlüssel hier ist, dass Selenskyj die Identitätskrise in der Ostukraine sieht und dann einen Weg findet, die Situation zu lösen, indem er ihnen einen Namen und ein Gesicht gibt. Selenskyj muss möglicherweise auch einige Zugeständnisse an die russische Sprache im Westen machen, und wenn dies im Interesse der Einigung des ukrainischen Landes geschieht, sollte er kein Problem haben, seine politische Opposition von der Notwendigkeit zu überzeugen. Das Fazit ist, dass die Ukraine, damit sie ihre international anerkannten Grenzen zurückerobern kann, in der Lage sein muss, einen gewissen Anschein grundlegender Verwandtschaft mit ihren Einwohnern zu entwickeln. Derzeit ist dies nur möglich, indem ein Machtvakuum ausgenutzt wird, das durch die potenzielle Entfremdung von nicht russischsprachigen Personen, die sich als russischsprachige Personen identifizieren, sowohl von den russischsprachigen Personen, die sich als russisch identifizieren, als auch von Moskau geschaffen wird. Interessant ist, dass Zelenskyy selbst unter diese neue Kategorie der rassischen

Ambiguität fallen würde und es daher leichter hätte, sich mit diesem neuen Ethnotyp in der Ostukraine zu verbinden. Jetzt kann die Ukraine auf die Geschichte der Ukraine seit 1991 verweisen und darauf hinweisen, dass die rassisch zweideutigen Völker der Ostukraine schon immer ein Teil der Ukraine waren, und Zelenskyy kann sich selbst als Beispiel dafür anführen, wie die Ukraine immer bereit war, die rassisch zweideutigen Menschen anzunehmen Menschen, die Russisch sprechende Menschen aufnehmen. Offensichtlich sollte eine Linie gezogen werden. Die Ukraine sollte die ukrainische Sprache in einigen Teilen der Gesellschaft schützen. Nun würde der Versuch, die russischsprachigen Länder des Ostens und Südens wieder in die Westukraine zu integrieren, einige Zeit in Anspruch nehmen, wenn man bedenkt, dass gerade ein Krieg stattgefunden hat, in dem das russische Militär im Wesentlichen von prorussischen Separatisten in der Ostukraine gerufen wurde, um in die gesamte Ukraine einzudringen Töte so viele Ukrainer wie möglich. Folglich werden die Ukrainer dies in den kommenden Jahren nicht vergessen. Derzeit könnte das bloße Hören der russischen Sprache für Ukrainer traumatisierend sein, und aus diesem Grund wird es schwierig sein, russischsprachige Menschen kurzfristig in der gesamten Ukraine wieder zu integrieren. Damit die Ukraine jedoch Russischsprachige gegen die russischen Besatzer aufbringen kann, müsste die Ukraine einen Weg finden zu zeigen, dass es eine größere Verbindung zwischen Russischsprachigen in der Ostukraine und Ukrainern gibt als zwischen Russischsprachigen im Osten und Russen . Der beste Mittelweg wäre, russischsprachige Ostukrainer als ethnisch zweideutig und kulturell von Russland und der Ukraine verschieden anzuerkennen, aber gleichzeitig besser dran zu bleiben, politisch der Ukraine zuzuneigen. Aber selbst das ist eine schwierige Aufgabe, da ein Großteil der Ostukraine seit 2014 mit Beschuss von ukrainischer Seite zu tun hat, was den Separatisten

die Beinfreiheit gab, die sie brauchten, um die russischsprachigen Menschen davon zu überzeugen, dass Kiew tatsächlich ihr Feind war, unabhängig davon, wer sie waren dass die pro-russischen Separatisten in der Ostukraine für das gesamte Gemetzel des Krieges mehr Schuld tragen als die NATO, da sie versucht haben, die Sezession im Ostteil der Ukraine durchzusetzen, selbst als klar war, dass dies die russischsprachigen Bürger taten dieses Ergebnis nicht wollen. Dies sind dringende Probleme, die einer Wiederbesetzung der eigenen international anerkannten Gebiete durch die Ukraine im Wege stehen, aber es ist möglich. Die gleichzeitig im Irak stattfindenden Ereignisse könnten ein Vorspiel sein für das, was in den abtrünnigen Regionen in der DVR und LVR passiert. Im Irak ist das Land seit der US-Invasion im Jahr 2003, angeführt von al-Sadr, der einst von den US-Streitkräften nach ihrer Invasion im Irak als Feind Nummer 1 betrachtet wurde, mit erheblicher politischer Instabilität konfrontiert. Al Sadrs Aufstieg zur Macht geht auf seine Rolle als Anführer der schiitischen Mahdi-Armee während des irakischen Aufstands 2004 zurück. Tatsächlich bestand der irakische Aufstand nach der US-Invasion sowohl aus sunnitischen Kämpfern, die Saddam Hussein treu ergeben waren, der gerade durch die Invasion gestürzt worden war, als auch aus schiitischen Kämpfern, die größtenteils in Al Sadrs Mahdi-Armee eingebettet waren. Diese schiitischen Kämpfer wurden vom Iran unterstützt und boten später Zuflucht, nachdem sie mit der Mahdi-Armee gekämpft hatten, die sich der US-Besatzung widersetzte. Al Sadr war weitgehend gegen die Präsenz ausländischer Truppen auf irakischem Boden, und als Schiit konnte sich der Iran mit den damaligen Zielen von Al Sadr solidarisieren. Andererseits waren die sunnitischen Kämpfer weitgehend in Al-Qaida eingebettet. Während sowohl Sunniten als auch Schiiten gegen die US-Besatzung waren, gab es während des Aufstands keine Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppen. Tatsächlich

waren die Mahdi-Armee und Al Sadr nur wenige Jahre nach Beginn des Aufstands maßgeblich an der Entrechtung der sunnitischen Minderheiten im Irak beteiligt. Als die neue, vom Westen unterstützte schiitische Regierung begann, den Irak zu übernehmen, nachdem die USA ihre Militäroperationen zurückgefahren hatten, begannen sunnitische Minderheiten im ganzen Land gegen das zu protestieren, was sie als sektiererische Politik betrachteten, die sich gegen die sunnitische Gemeinschaft richtete. Die USA hatten die neue irakische Regierung bereits davor gewarnt, der Versuchung zu widerstehen, eine Politik umzusetzen, die die sunnitische Minderheit entfremden und ein Machtvakuum schaffen würde, das einen erneuten Aufstand ermöglichen würde. Wie vorhergesagt, war ISIS in der Lage, die Unruhen auszunutzen und innerhalb lokaler sunnitischer Organisationen und Protestbewegungen zu rekrutieren, bevor er eine militante Aktion startete, die dazu führen würde, dass ISIS verschiedene Gebiete des Irak zurückeroberte. Wenn wir versuchen, analog auf die Ukraine anzuwenden, wie dies funktionieren würde, bleiben wir stecken, weil der Faktor, der ISIS den Vorteil verschafft hat, Territorium zurückzuerobern, in der Situation um die Ukraine nicht ohne weiteres ersichtlich ist. Dies liegt daran, dass die meisten ethnischen Ukrainer wahrscheinlich aus den pro-russischen Separatistenregionen ausgerottet wurden, und vielleicht genau aus diesem Grund absichtlich, um interne Unruhen zu verhindern, die ein Machtvakuum und ein mögliches Wiederaufleben des ukrainischen Widerstands in den östlichen Gebieten schaffen würden. Es wurde bereits erwähnt, dass eine Problemumgehung für die Ukraine in dieser Hinsicht darin bestehen würde, Aktivisten aus Russland zu rekrutieren, die in die Ostukraine reisen, um eine Spaltung zwischen denen zu säen, die autonom bleiben wollen, und denen, die der Russischen Föderation beitreten wollen, um eine ausreichende Kluft zu schaffen, die dies

tun würde dazu führen, dass sich die Seite, die autonom bleiben will, politisch zu Kiew neigt. In der Zwischenzeit würde Russland stillstehen und nicht wissen, wie es mit einer Situation umgehen soll, in der es möglicherweise mit russischsprachigen Parteien konfrontiert wird. Aus diesem Grund, um das interne Gleichgewicht im Inland nicht zu stören, würde Russland mit einer Einmischung zurückhaltend bleiben. Auch die in den östlichen abtrünnigen Gebieten verbliebenen russischen Truppen müssten sich zurückhalten. Wenn wir nun auf die Situation im Irak mit dem Wiederaufleben von ISIS im Jahr 2014 zurückblicken, sehen wir, dass der Iran in der Lage war, das Machtvakuum auszunutzen und sich stärker in die irakische Politik einzumischen, indem er Organisationen unterstützte, die sich dem Kampf gegen ISIS verschrieben hatten . Zu dieser Zeit war al Sadr maßgeblich an der Organisation von Einheiten zum Schutz schiitischer Kulturstätten vor ISIS beteiligt. Aus der ehemaligen Mahdi-Armee wurden die Friedensbrigaden. Wegen der Bedrohung durch den IS solidarisierten sich der Iran und die meisten irakischen Schiiten. Aber nachdem die ISIS-Bedrohung bis 2019 neutralisiert war, war klar, dass die Bewegung von al Sadr gegen ausländischen Einfluss nicht nur auf die Vereinigten Staaten oder den sunnitischen Extremismus beschränkt war. Es richtete sich auch gegen den Iran, und die Unruhen der letzten Jahre im Irak führten zu internen Streitigkeiten und Gewalt innerhalb der schiitischen Sekte. Die Anti-Iran-Bewegung von Al Sadr besteht aus Säkularisten, Sunniten und Schiiten, die alle gegen die Einmischung des Iran in die irakische Politik sind. Im Wesentlichen nutzte der Iran das Machtvakuum aus, das durch den Aufstieg des IS entstanden war, wodurch schiitische Sekten von der iranischen Unterstützung abhängig waren, um die extremistische militante sunnitische Gruppe abzuwehren. Einer vom Iran finanzierten politischen Organisation war es sogar gelungen, die Mehrheit der Sitze im irakischen Parlament zu

gewinnen, eine Situation, die von al Sadr und seiner Bewegung abgelehnt wurde. Später im Jahr 2021 war es der Bewegung von al Sadr gelungen, dem iranischen Einfluss auf die irakische Politik entgegenzuwirken, indem sie die Mehrheit der Sitze im irakischen Parlament gewann, aber nachdem es ihr nicht gelungen war, eine Regierung zu bilden, zog al Sadr seinen Block aus dem irakischen Parlament zurück und ließ die vom Iran unterstützte politische Partei zu Partei, um die Mehrheit der Sitze zurückzuerobern. Alles in allem kann man ab 2022 sagen, dass im Irak ein weiteres Machtvakuum entstanden ist. Es gibt säkulare, sunnitische und schiitische Mitglieder, die die Gruppe von al Sadr bilden, während der Rest der irakischen schiitischen Sekten vom Iran unterstützt wird. Die Frage in diesem Fall ist, da beide jetzt einen gemeinsamen politischen Feind haben, könnte ISIS einen Vorteil daraus ziehen und an Al Sadrs Bewegung gegen den Iran festhalten? Denn während ISIS eine extremistische Form des sunnitischen Islam aufrechterhält, die den schiitischen Islam als eine Form der Ketzerei betrachtet, geht ein Großteil der Argumentation hinter ihrer Rekrutierungsfähigkeit oft über den religiösen Faktor hinaus. Vieles hat mit dem politischen Hintergrund zu tun. ISIS hatte mehr Verbindungen zu den Sunniten im Irak als zu den Sunniten in Syrien. Im Irak gab es eine gemeinsame Grundlage zwischen Sunniten und ISIS bezüglich der Auswirkungen der Entrechtung durch den dortigen schiitischen Regierungsapparat, sodass ISIS in der Lage war, Solidarität zu bekunden und somit Sunniten für ihre Befreiungsangelegenheit zu rekrutieren. In Syrien fehlte diese Dynamik, weshalb so viele Sunniten von der militanten Gruppe weitgehend abgewehrt wurden. Ein weiterer Faktor, der die Rekrutierung durch ISIS ermöglicht, sind die wirtschaftlichen Umstände, unter denen Menschen bereit sind, sich gegen Ressourcen und Geld anzuschließen, die ihnen in ihrer aktuellen Situation nicht zur Verfügung stehen. Damit die Ukraine ihre

international anerkannten Gebiete wieder betreten kann, müsste sie einen Weg finden, ein gewisses Maß an Solidarität mit den russischsprachigen Ländern im Osten auszudrücken, die autonom bleiben wollen. Wir können auf das Beispiel der UNA-UNSO-Kämpfe in Tranistria in den 1990er Jahren zurückblicken, um ethnische Ukrainer vor der moldawischen Regierung zu schützen. Es wurde festgestellt, dass die UNA-UNSO zur gleichen Zeit dort unwissentlich Seite an Seite mit pro-russischen Separatisten gekämpft hatte, die auch gegen die moldauische Regierung kämpften, und es könnte zu einer Zusammenarbeit gekommen sein. Wenn es also um Faktoren geht, die Menschen trennen, können diese Faktoren in vielen Fällen von einem gemeinsamen Feind außer Kraft gesetzt werden, wie wir im Fall ukrainischer Nationalisten sehen, die Seite an Seite mit pro-russischen Separatisten in Moldawien kämpfen. Ein Echtzeitbeispiel in der Ukraine, wie diese Strategie funktionieren würde, ist in Kherson zu sehen. Die Ukraine startete eine Gegenoffensive, um Cherson von den russischen Streitkräften zurückzuerobern. Der ukrainische Präsident Selenskyj hat sich zum Ziel gesetzt, Cherson noch vor dem Winter zurückzuerobern. Kurz vor der Offensive konnte die Ukraine HIMARS-Raketensysteme von den Vereinigten Staaten erwerben, die es der Ukraine ermöglichten, die Brücken anzugreifen, die Cherson mit der Ostukraine und der Krim verbinden. Die Zerstörung dieser Brücken führte dazu, dass russisches Militärpersonal westlich des Flusses Dnipro gestrandet und von seinen Versorgungswegen abgeschnitten war und gleichzeitig ukrainischen Artillerieangriffen ausgesetzt war. Eine der Schlüsselstrategien der ukrainischen Gegenoffensive gegen Cherson Ende August 2022 bestand darin, die russischen Streitkräfte weiter von ihren Versorgungslinien wegzudrängen. Theoretisch würde die Ukraine nach der Zerstörung der Brücken über den Dnjepr die russischen Streitkräfte westlich des Dnjepr in die Falle locken und sie für ukrainische Artillerie anfällig machen,

ohne ihnen den Rückzug zu gestatten. Die Brücken, die die Ukraine entlang des Flusses Dnjepr trennen, sind ein logistischer Albtraum für die russische Besatzung, weshalb sie zögern, sich weiter westlich zu konsolidieren. Darüber hinaus ist Cherson wichtig, weil es Zugang zu anderen Teilen der Ostukraine bietet. Die Russen, die Cherson zu Beginn des Krieges erobern konnten, erlaubten ihnen, weitere Gebiete wie Mariupol, Saporischschja, Dnipro und Mykolajiw zu erobern. Wenn sie die ukrainische Gegenoffensive abwehren, wird Russland in der Lage sein, Angriffe auf andere ostukrainische Städte wie Odessa zu starten, was es ihnen ermöglichen würde, die wichtigsten Häfen der Ukraine zu erobern und den Weg für russische Streitkräfte zum Bau einer Landbrücke nach Tranistria zu ebnen. was dann die moldauische Regierung unter den Einfluss Russlands stellen würde. Ein Faktor, der die strategische Stärke des ukrainischen Plans zur Rückeroberung von Cherson behindert haben könnte, war die Tatsache, dass jemand innerhalb der ukrainischen SBU möglicherweise eine Karte der Minenfelder an die russischen Streitkräfte übergeben hat, wodurch es Russland ermöglicht wurde, Cherson von Anfang an sehr schnell zu beanspruchen der Krieg. Cherson liegt sehr nahe an der Krim, wo Russland seit 2014, als es nach einem Referendum von der Ukraine annektiert wurde, eine starke militärische Präsenz unterhält. Seitdem war das russische Militär eine Bedrohung für die Region geblieben. Und so hatte die Ukraine Cherson vor der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 energisch darauf vorbereitet, stark gegen einen russischen Vormarsch verteidigt zu werden. Selenskyj selbst besuchte Cherson am 12. Februar 2022 persönlich, um die dort stattfindenden Militärübungen zu überwachen. Hätte die Ukraine im Nachhinein Cherson erfolgreich verteidigen können, hätte dies einen Dominoeffekt ausgelöst, da die Ukraine in der Lage gewesen wäre, die russische Aggression in anderen Teilen der Ostukraine abzuwehren. Als jedoch ein Verräter in den

ukrainischen Reihen der russischen Armee eine Karte mit Minenfeldern offenbarte, konnte Russland Cherson innerhalb weniger Stunden erobern. Offensichtlich wird der Umgang mit Kollaborateuren der wichtigste Schlüssel für die Ukraine sein, um ihre international anerkannten Gebiete von den Russen zurückzuerobern. Nachdem Russland zu Beginn des Krieges Cherson erobert hatte, gibt es dort jedoch immer noch ein pro-ukrainisches Element, trotz des Missbrauchs und der Belästigung pro-ukrainischer Aktivisten, Journalisten und Kriegsveteranen, deren Informationen alle auf von den Russen beschlagnahmten Festplatten gespeichert waren Militär, nachdem die Polizei am 24. Februar 2022 aus der Stadt geflohen war **. Kurz vor der Invasion trieben pro-russische Elemente in Cherson pro-russische Propaganda voran und bereiteten die Bühne für den Empfang russischer Streitkräfte in der Stadt, und dies ist ein perfektes Beispiel dafür, wie Russland ein Machtvakuum ausnutzt, das durch die kulturelle Kluft entstanden ist. Während die Ukraine ihren Verdacht hegt, wer die Stadt verlassen haben könnte, bleibt unklar, wer tatsächlich verantwortlich war. Die Ukraine konnte einige kleine Dörfer in Cherson zurückerobern, aber die Ukraine hat Berichten zufolge schwere Verluste erlitten. Cherson ist für das russische Militär von strategischer Bedeutung, weil es sauberes Wasser zur Krim fließen lässt, einem wichtigen Brennpunkt während der russischen Intervention in der Ukraine im Jahr 2014. Russland hatte auch die Blockierung des Wasserflusses zur Krim durch die Ukraine als eine Art Völkermord beschuldigt. Der Kreml hat eine beträchtliche Anzahl Männer eingesetzt, um Cherson zu verteidigen, viele davon junge Wehrpflichtige ohne militärische Ausbildung. Wenn die Ukraine in der Lage ist, Cherson zurückzuerobern, wird sie in einer besseren Position sein, die Krim zurückzuerobern, und Russland, um die Flotte in Sewastopol anzugreifen.**

In der Zwischenzeit setzte Russland in Cherson unter russischer Besatzung weiterhin nichtmilitärische Strategien ein, die einen großen Einfluss auf die Fähigkeit Russlands hatten, die Stadt zu besetzen. Russland hat erfolgreich die Idee verbreitet, dass russischsprachige Menschen in den letzten Jahren von der ukrainischen Regierung entrechtet und unterdrückt wurden. Dieser Aspekt ist entscheidend, um die Bevölkerung mit dem neuen Status quo zufrieden zu stellen. In den besetzten Gebieten der Ostukraine wird den Besatzern auch eine gewisse Freiheit eingeräumt, welche Methoden sie anwenden, um die Bewohner dazu zu bringen, sich an das implementierte Paradigma anzupassen. Wer in diesen Bereichen Verdacht erregt, wird oft inhaftiert, gefoltert, entführt, getötet oder deportiert. Ethnische Säuberungen sind oft das Endspiel dieser Besetzungen, weil sie die Wahrscheinlichkeit von Meinungsverschiedenheiten verringern, die zu Unruhen führen könnten. Daher wird den Gebieten der Ostukraine die russische Sprache und russische Kultur aufgezwungen. In den von Russland besetzten Gebieten zwingen Truppen die Bewohner, Rubel für alle ihre kommerziellen Aktivitäten und Gehälter zu verwenden, was dies so weit zur Pflicht macht, dass jemand, der dies nicht tut, seinen gesamten Lebensunterhalt kosten kann. Ein Großteil der antiukrainischen Indoktrination wird durch ein Narrativ aufrechterhalten, das die Ukrainer für das Leiden der Menschen in der Ostukraine verantwortlich macht. Dieser Versuch, die Bevölkerung mit den Besatzern zu vereinen, wird Russlands Erfolg verheißen, wenn es darum geht, die Bürger der Ostukraine dazu zu bringen, sich an den Alltag anzupassen, den Russland von ihnen erwartet. Trotz all dieser Faktoren gibt es in Cherson immer noch Partisanen, die weiterhin auf die Befreiung der Stadt durch die ukrainische Armee hoffen. Diese Pro-Ukrainer versuchen oft, die Stadtbewohner daran zu erinnern, dass die ukrainische Armee ihre Aktionen sieht und dass jede Aktion, die als Kollaboration mit

dem Feind angesehen wird, bestraft wird. Während einige der verbleibenden Pro-Ukrainer in Cherson aktiv und gewaltlos sind, gibt es auch eine Schattenarmee, die gewalttätige Methoden anwendet, um die Besatzung zu zermürben, dh Autobombenanschläge und andere Formen des Terrors. Je schneller die russischen Besatzungstruppen jedoch ein gewisses Gefühl der Normalität in das Leben der Russischsprachigen in der Ostukraine bringen, desto einfacher wird es für die Russen, die Kontrolle über diese Gebiete zu behalten. Die Kluft zwischen Kiewer Loyalisten und Moskauer Loyalisten kommt der Ukraine immer noch zugute. Der Unterschied zwischen der Präsenz pro-ukrainischer Elemente in Cherson und der Präsenz sunnitischer Militanter im Irak um 2013, die es dem IS leicht machten, in die Offensive zu gehen und einige Teile des Irak zurückzuerobern, rührt jedoch von der Tatsache her, dass die irakische A Die meisten US-Streitkräfte hatten sich bereits 2011 aus dem Irak zurückgezogen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, wäre es für IS- und sunnitische Kämpfer schwieriger gewesen, Mossul, Ramadi oder Falludscha zu belagern. Wir können davon ausgehen, dass Russland wahrscheinlich alle ukrainischen Elemente aus den besetzten Gebieten säubern wird, bevor es sich zurückzieht. Sobald dies geschieht, wird es für die Ukraine viel schwieriger, aus einem Machtvakuum Kapital zu schlagen, das inmitten möglicher politischer Machtkämpfe in den ostukrainischen Gebieten entstehen könnte. Wenn ein Referendum abgehalten wird und Cherson sich selbst in die Russische Föderation wählt, wird Russland in der Lage sein, Truppen in der Region zu rechtfertigen. Letztendlich wird es sehr schwierig, ein Machtvakuum vorherzusehen, in dem ein pro-ukrainisches Element dazu beitragen würde, dass besetzte ostukrainische Gebiete wieder in Kiews Hände fallen. Warum ist es also wichtig, die Möglichkeit zu erbitten, eine kritische Rassentheorie zu kultivieren, die es Russischsprachigen in der Ostukraine ermöglichen würde, sich als

rassisch zweideutig zu identifizieren, im Gegensatz zu Ukrainisch für Russisch? Es wird die Hypothese aufgestellt, dass diejenigen, die sich als rassisch mehrdeutig identifizieren, sich letztendlich von denen entfremden würden, die sich als Russen identifizieren, und daher mehr Solidarität mit der Ukraine als mit Moskau zeigen würden. Der Schlüssel zur Wirksamkeit einer solchen kritischen Theorie, die in den besetzten Gebieten geschürt wird, liegt darin, dass sie auch in den westlichen Teilen der Ukraine kultiviert wird. Der einzige Stolperstein ist der Sprachfaktor, der bei überzeugten ukrainischen Nationalisten, die aufgrund der russischen Aggression heute wahrscheinlicher denn je der russischen Kultur feindlich gesinnt sind, Verdacht erregen könnte. Ukrainische Nationalisten sind in der Praxis nicht unbedingt panostslawische Nationalisten, aber auf dem Papier befürworten sie die russische Vereinigung, aber mit Kiew als Zentrum, nicht Moskau. Aus diesem Grund entspricht ein panostslawischer Nationalismus dem historischen Hintergrund der Ukraine, wobei Kiew das Zentrum der alten Kiewer Rus, des ersten Reiches und der Vereinigung des Volkes der Rus, war. Die Entwicklung einer kritischen Theorie entlang dieser Punkte könnte also die Landschaft so weit verändern, dass es einige politische Aspekte in besetzten Gebieten geben könnte, die in Richtung Kiew tendieren könnten. Der Aspekt, dass die UNA-UNSO ihre pro-ukrainischen Kontakte innerhalb Russlands orchestriert, um in die Ostukraine einzudringen, um eine politische Spaltung zwischen den Pro-Autonomie-Fraktionen und den Pro-Russland-Föderations-Fraktionen zu schüren, sollte nicht im selben Kontext wie Beides gesehen werden Russland und die USA haben aus politischen Gründen Unruhen in anderen Ländern geschürt. Die Ukraine ist in ihrem Fall der Beeinflussung der Politik in der abtrünnigen Region zum Zwecke geopolitischen Gewinns nicht dasselbe wie das Säen politischer Zwietracht, denn im Fall der Ukraine geht es letztlich darum, ihr international anerkanntes Land zu vereinen.

Hier gibt es keine heimtückische Qualität, denn es geht darum, das Land Ukraine zu vereinen, nicht um es zu spalten. Natürlich gehen wir diesbezüglich davon aus, dass die Ukraine und die internationale Gemeinschaft die Legitimität der abtrünnigen Staaten in der Ost- und Südukraine anerkennen würden. Aber wenn die Ukraine die abtrünnigen Staaten anerkennt, dann würde es eine heimtückische Qualität geben, die damit einhergehen würde, dort politische Unruhen zu schüren. Solange dies nicht der Fall ist, sollte die Ukraine Vertrauen in die Operation haben. Eine weitere Aktion gegen Russland, die keine heimtückische Qualität haben sollte, ist die Drohung, Rubel zu fälschen, um eine russische Aggression abzuschrecken. Gegenwärtig hat Russland die offizielle Währung der Ukraine, die Griwna, im international anerkannten Territorium der Ukraine in der Ost- und Südukraine illegal durch den Rubel ersetzt. Daher werden die Maßnahmen der ukrainischen Regierung, ihren wirtschaftlichen Status quo wiederherzustellen, indem sie Maßnahmen ergreifen, um ihre Bürger in der Ostukraine dazu zu bringen, das Vertrauen in den Rubel zu verlieren, eine ernsthafte abschreckende Wirkung auf die russische Aggression haben, da Fälschungen, die in die Ostukraine importiert werden, nach Russland fließen könnten und die Wirtschaft aufrütteln. Diese Dynamik fand tatsächlich in den frühen 1990er Jahren statt, als die weiche monetäre Fiskalpolitik der Ukraine zu einer Abwertung des Rubels führte, was sich auf die russische Wirtschaft auswirkte, da viele dieser überschüssigen Rubel in der Ukraine nach Russland flossen. Wenn die Ukraine beschließt, gefälschte Rubel in der Westukraine massenhaft zu fälschen, und dann irgendwie einen Weg findet, sie in die Ostukraine zu injizieren, könnte das Ergebnis sehr negative Auswirkungen auf den Rubel haben, insbesondere wenn einige dieser Rubel nach Russland fließen. Wenn die Ukraine die Nazi-Deutschland-Strategie übernimmt, könnte sie einfach Milliarden Rubel in einem Kampfhubschrauber in die Ostukraine werfen und

davon ausgehen, dass die rücksichtsloseren Typen dieser Region sie nicht den Behörden melden, sondern sie für kommerzielle Aktivitäten verwenden und damit verursachen Anstieg der Inflation. Die Gefahren einer extremen Inflation bestehen darin, dass sie ernsthafte wirtschaftliche Ungleichheiten sowie große Vermögensungleichheiten verursachen kann, die zu Unruhen führen können. In schweren Inflationsfällen ist es für die finanziell klugen Mitglieder der Bevölkerung immer üblich, ihre Anlagebestände in andere Wertaufbewahrungsmittel zu diversifizieren. Allerdings sind die einfachen Leute oft nicht gut über Wirtschaft und Strategien zur Vorbereitung auf eine Wirtschaftskrise informiert. Die Reichen sind jedoch oft gut vorbereitet, und in vielerlei Hinsicht kann dies zu extremer Vermögensungleichheit führen, eine gefährliche Aussicht während einer großen wirtschaftlichen Katastrophe, da das Gefühl der Unzulänglichkeit, insbesondere in Bezug auf andere in der Gesellschaft, viel akuter ist Umgebung . Diese Dynamik hat im Laufe der Geschichte große Revolutionen ausgelöst. Darüber hinaus könnten Drohungen mit gefälschten Rubeln im Ausland Russland dazu bringen, zweimal darüber nachzudenken, ob es weiterhin militärisch in der Ukraine engagiert bleiben soll.

Kapitel 10: Bewährte Taktiken, die Verluste reduzieren

Wenn es um die tatsächliche militärische Strategie im Umgang mit dem flachen Land geht, das die Effektivität eines ukrainischen Gegenangriffs in Cherson minimiert, könnte eine Ausweichmöglichkeit einfach darin bestehen, dass die Ukraine unerbittlich die offenen Felder beschießt, um sie in ein günstigeres Terrain für Angriffe zu verwandeln Entwicklung, Abdeckung und Konsolidierung. Mit dem Einsatz von Drohnen wäre es für Soldaten, die sich in den Kratern befinden, nicht schwierig, die Anordnung des Landes und die Standorte der nächsten Krater zu kommunizieren. Der Grund dafür ist, dass Sie, wenn Sie die Zeugnisse von Soldaten lesen, die an diesem Tag gekämpft haben, sehen können, wie einige der Soldaten Granatenkrater als das zugeschrieben haben, was ihnen am D-Day das Leben gerettet hat. First Sergeant Leonard Lomell, US Army Ranger, 2nd Ranger Battalion, berichtete von seinen Kampferfahrungen am D-Day:

Als ich über die Spitze ging, fiel ich in einen Muschelkrater. Da war Kapitän Gilbert Baugh. Er war Kommandant der E Company. Er hielt eine .45 und eine Kugel war durch den Handrücken in das Magazin im Kolben der .45 eingedrungen. Er stand unter Schock und blutete stark, und alles, was wir tun konnten, war, ihm etwas Morphium zu geben und zu sagen: „Hör zu. Wir müssen es verschieben. Wir sind auf dem Weg, Captain. Wir schicken einen Sanitäter zurück. du bleibst einfach hier, es wird dir gut gehen.“ Dann verließen wir den Krater, wo wir uns versammelt hatten, als wir über die Klippe kamen. Wir sprangen in einen größeren Krater und er hielt vielleicht ein Dutzend unserer Leute. Wir konnten nicht alle 22 in einem Krater zusammenbringen, um uns auf 4, 5 und 6 Stellungen zuzubewegen. Wir haben nicht erwartet, dass Krater uns

schützen. Wir hätten noch mehr Männer verloren, aber die Krater haben uns geschützt.

Dies sollte die Ukraine berücksichtigen, wenn es darum geht, in Zukunft Gegenoffensiven in Gebieten zu starten, die aus offenen Ebenen bestehen – einfach offene Felder zu beschießen, um Krater zu bauen, die Soldaten auf dem Weg in besetzte Gebiete schützen könnten. Dem Beschuss müsste jedoch ein rascher Vormarsch und eine Konsolidierung folgen. Dies war eine der Strategien, die kanadische und britische Streitkräfte 1916 in der Schlacht von Eloi während des Ersten Weltkriegs gegen deutsche Streitkräfte anwandten. Sowohl die britischen als auch die deutschen Soldaten hatten auf dem Schlachtfeld Tunnel gegraben, um die Schützengräben des jeweils anderen zu erreichen. Linien und sprengen sie aus dem Untergrund. Mehrere dieser Explosionen wurden auf dem Schlachtfeld des belgischen Dorfes St. Eloi durchgeführt und hinterließen riesige Krater, die die britische Armee als Deckung zu nutzen versuchte, um den Kamm einzunehmen. Die Schlacht wurde zu einer Schlacht um die Sicherung der Krater, die die Deutschen schließlich gewannen. Damals gab es keine Drohnentechnologie, die den Bodentruppen helfen konnte, ihren Standort zu bestimmen, und so gab es während der Schlacht von St. Eloi große Verwirrung darüber, in welchen Kratern sich die feindlichen Streitkräfte befanden. Eloi in der heutigen Zeit könnte sicherlich durch den Einsatz von Drohnentechnologie unterstützt werden, die ihnen helfen würde, das Gelände zu navigieren und zu verstehen. Das Vorhandensein von Kratern auf den offenen Feldern von Cherson würde den ukrainischen Streitkräften helfen, vorzurücken und ebenfalls in Deckung zu gehen. Eine andere Strategie, die auch unter diesen Umständen gelten würde, ist, wie das Vorhandensein von Kratern in Cherson die russischen Streitkräfte dazu zwingen würde, ihre Sicherung in Betracht zu ziehen, bevor die ukrainischen Truppen

dies tun würden. Das Vorhandensein von Kratern, die als Deckung für die vorrückende ukrainische Armee dienen könnten, bringt das russische Militär in eine prekäre Position – das Vorrücken und der Versuch, die Krater zu sichern, würde der ukrainischen Strategie, die russischen Streitkräfte weiter nach Westen auszudehnen, in die Hände spielen, sie durch Abschneiden zu erobern Zugang zu den Brücken über den Dnjepr. Auf der anderen Seite, wenn Russland zurückbleibt und sich nicht auf dem Schlachtfeld engagiert, würden sie den ukrainischen Streitkräften erlauben, vorzurücken und in den Kratern Deckung zu suchen, während sie sich vorwärts bewegen. Damit das Gelände für einen ukrainischen Vormarsch in Richtung Cherson förderlich ist, muss die Ukraine möglicherweise Monate damit verbringen, die offenen Felder intensiv zu beschießen, wodurch sie unkenntlich, aber für eine ukrainische Gegenoffensive von Vorteil sind. Eine weitere Option besteht darin, in der Nähe von Cherson ernsthaften Untertageabbau durchzuführen, um weiter in separatistische und von Russen gehaltene Gebiete vorzudringen.

Eine andere Strategie, die verwendet werden könnte, um Krater auf offenen Feldern zu erzeugen, ist die Verwendung von Mylar-Raumdecken. Die Taliban-Streitkräfte in Afghanistan nutzten effizient Mylar-Raumdecken, dünne Materialien, die normalerweise zur Behandlung von Unterkühlung durch Einfangen der Körperwärme entwickelt wurden. Viele Drohnensysteme verwenden Wärmebildkameras, um Ziele nachts über einen Prozess zu sehen, der im Wesentlichen die Körperwärme (Infrarotenergie) einer Person in ein visuelles Bild umwandelt. Da die Mylar-Decken jedoch so konstruiert sind, dass sie die eigene Körperwärme zurück zur Person reflektieren, können die Mylar-Decken – wenn sie um eine Person drapiert werden – letztendlich verhindern, dass eine Wärmebildkamera die Körperwärme der Person und damit die Person erfasst. Diese Methode zur Umgehung von Wärmebildkameras ist nur nachts

und bei kühlerem Wetter effektiv. Aus diesem Grund gelang es den Taliban-Streitkräften in Afghanistan, zu einem US-Stützpunkt an der afghanisch-pakistanischen Grenze zu kriechen und dort Überraschungsangriffe zu starten, einen Granatwerfer vom Hubschrauberlandeplatz abzufeuern, bevor sie wieder in der Nacht verschwanden und ihre über sie drapierten Mylar-Decken ablegten zurück in Sicherheit kriechen. Apache-Hubschrauber, die in der Gegend patrouillierten, konnten die Taliban-Kämpfer nicht orten, als sie die Basis betraten. Darüber hinaus ist dies sicherlich eine Taktik, die die Ukraine näher an russische Stützpunkte westlich des Dnjepr bringen könnte. Nützlich könnte auch das 2011 von Al-Qaida-Kommandeur Abdallah bin Muhammad veröffentlichte PDF sein, das 22 Tipps enthält, wie man Drohnen vermeidet oder stoppt:

Es ist möglich, die Absicht und Mission der Drohne zu erfahren, indem das in Russland hergestellte Gerät „Sky Grabber“ verwendet wird, um die Wellen und Frequenzen der Drohne zu infiltrieren. Das Gerät ist für 2.595 US-Dollar auf dem Markt erhältlich, und derjenige, der es bedient, sollte ein Computerkenner sein.

Verwendung von Geräten, die Frequenzen oder Frequenzpakete aussenden, um Kontakte zu trennen und die zur Steuerung der Drohne verwendeten Frequenzen zu verwirren. Die Mudschaheddin führten erfolgreiche Experimente mit dem in Russland hergestellten „Racal“ durch.

Verteilen der reflektierenden Glasstücke auf einem Auto oder auf dem Dach des Gebäudes.

Stellen Sie einen Trupp erfahrener Scharfschützen zusammen, um die Drohne zu jagen, insbesondere die Späher, weil sie niedrig fliegen, etwa vier Meilen oder weniger.

Unterbrechung und Verwirrung der elektronischen Kommunikation mit dem gewöhnlichen Wasserhebedynamo, der mit einem 30-Meter-Kupfermast ausgestattet ist.

Unterbrechen und verwirren Sie die elektronische Kommunikation mit alten Geräten und deren 24-Stunden-Betrieb aufgrund ihrer starken Frequenzen, und es ist mit einfachen Ideen möglich, die Geräte zu täuschen, um elektronische Wellengeräte anzuziehen, die denen ähneln, die von der jugoslawischen Armee verwendet wurden, als sie die Mikrowelle benutzten (Ofen) beim Anlocken und Verwirren der mit elektromagnetischen Suchern ausgestatteten NATO-Raketen.

Mit allgemeinen Methoden der Verwirrung und ohne permanentes Hauptquartier.

Erkennen Sie die Anwesenheit einer Drohne durch gut platzierte Aufklärungsnetzwerke und alarmieren Sie alle Formationen, um jede Bewegung in der Umgebung zu stoppen.

Um sich vor direkter oder indirekter Erkennung zu verstecken, insbesondere nachts.

Verstecke dich unter dicken Bäumen, weil sie die beste Deckung gegen Flugzeuge sind.

An Orten, die nicht von der Sonne beleuchtet werden, wie z. B. im Schatten von Gebäuden oder Bäumen.

Bewahren Sie absolutes Schweigen über alle drahtlosen Kontakte.

Steigen Sie aus Fahrzeugen aus und halten Sie sich von ihnen fern, besonders wenn Sie verfolgt werden oder während eines Kampfes.

Um die Drohne zu täuschen, indem man Orte mit mehreren Ein- und Ausgängen betritt.

Die Verwendung unterirdischer Schutzräume, da die von diesen Flugzeugen abgefeuerten Raketen normalerweise vom Typ zersplitterte Antipersonen und nicht vom Typ Anti-Gebäude sind.

Um Menschenansammlungen im Freien und in dringenden Fällen zu vermeiden, nutzen Sie den Bau mehrerer Türen oder Ausgänge.

Gründung von Anti-Spionage-Gruppen zur Suche nach Spionen und Agenten.

Bildung falscher Versammlungen wie die Verwendung von Puppen und Statuen, die außerhalb falscher Gräben aufgestellt werden, um den Feind in die Irre zu führen.

Wenn Sie feststellen, dass eine Drohne ein Auto verfolgt, steigen Sie sofort aus und jeder sollte in eine andere Richtung gehen, da die Flugzeuge nicht alle verfolgen können.

Verwenden Sie natürliche Barrikaden wie Wälder und Höhlen, wenn ein dringender Trainings- oder Versammlungsbedarf besteht.

Verwenden Sie Rauch zur Deckung in Bereichen, die häufig von brennenden Reifen angegriffen werden.

Die Anführer oder Gesuchten sollten keine Kommunikationsgeräte verwenden, da der Feind normalerweise eine Sprachmarke hat, mit der er die sprechende Person identifizieren und sie dann orten kann.

Der Einsatz anderer Taktiken, um der russischen Aggression auszuweichen, könnte überzeugender werden, da die Rüstungsentwicklung der NATO und der USA nicht mehr in der Lage ist, mit dem ukrainischen Verbrauch Schritt zu halten. Dies war die Meinung von US-Brigadier Mark T. Kimmitt, der am 1. September 2022 einen Artikel im Wall Street Journal schrieb, in dem er detailliert darlegte, **wie schwierig es für die US- und NATO-Waffenherstellung sein wird, mit den Versorgungsverlusten fertig zu werden, um mit dem Schlachtfeld Schritt zu halten . Dies schafft ein logistisches Problem für die Ukraine. Der Artikel erwähnte auch, dass es möglich ist, dass Russland seine eigenen Reserven an stärkeren Waffen noch anzapfen muss. Es wurden eine Reihe von Optionen identifiziert, die diese Probleme lösen könnten. Einer davon war, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre jeweilige Bevölkerung davon überzeugen konnten, dass sich die NATO-Mitgliedstaaten aufgrund der Schwächung Russlands durch den Einsatz seiner militärischen Ressourcen in der Ukraine keine Gedanken über die Folgen des Einsatzes von Waffen aus ihren ursprünglich beabsichtigten eigenen Beständen machen sollten Ukraine zum Schutz des Mitgliedslandes. Eine weitere in dem Artikel untersuchte Option war, dass die USA F-16-Kampfflugzeuge sowie Langstreckenraketen entsenden, in der Annahme, dass dies den Krieg nicht weiter nach Westeuropa ausdehnen würde. Schließlich wurde vorgeschlagen, dass die Ukraine ihre Verluste reduzieren und ein Friedensabkommen**

aushandeln sollte. Dieser endgültige Vorschlag ist wahrscheinlich unhaltbar, da die Ukraine immer noch glaubt, dass sie eine Chance hat, den Krieg zu gewinnen, und aus diesem Grund eine solche Option offenkundig defätistisch erscheinen würde und ein solcher Defätismus als ungerechtfertigt angesehen würde. Die Tatsache, dass der Artikel sogar in westlichen Medien veröffentlicht wurde, zeigt jedoch, dass die Lieferanten der Ukraine zunehmend besorgt sind, wie sich der Krieg auf ihre Rüstungsbestände auswirken wird, die ausschließlich zur Verteidigung der NATO-Mitgliedsstaaten bestimmt sind. Aufgrund der Angebote der NATO und der USA an die Ukraine kurz vor dem Krieg führt das Versprechen, dass sie die Ukraine im Falle einer russischen Invasion schützen würden, dazu, jeden Entzug der US- oder NATO-Unterstützung als Verrat zu definieren. Dies hätte massive Auswirkungen, insbesondere für die Vereinigten Staaten, deren Wert auf dem Vertrauen ausländischer Nationen beruht, dass die USA für sie militärisch eingreifen würden. Ein weiterer Grund für den Zeitpunkt des Artikels könnte sein, was sich zwischen China und den Vereinigten Staaten über Taiwan zusammenbraut. Ein US-Konflikt mit China würde die USA daran hindern, das Niveau der Waffenverkäufe an die Ukraine aufrechtzuerhalten. Wenn es um den möglichen Rückzug der US-Hilfe für die Ukraine geht, könnte Selenskyj den gesamten US-Dollar-Aspekt nutzen, der mit dem US-Engagement im Ausland einhergeht, und einfach damit drohen, jeden Rückzug der US-Unterstützung als offenen Verrat anzusehen und eine negative Reflexion über die US-Moral zu bezeichnen. Dies würde US-Bündnisse mit kritischen Verbündeten wie Saudi-Arabien bedrohen, ein Bündnis, das den US-Dollar über Wasser hält und verhindert, dass Amerika trotz hoher Inflation in eine wirtschaftliche Depression abgleitet. Selenskyj, der diese Perspektive einnimmt, würde die USA davon abhalten, die Hilfe jederzeit in naher Zukunft zurückzuziehen. Wenn Saudi-Arabien

aus demselben Blickwinkel auch den Krieg zwischen der Ukraine und Russland als Verrat betrachtet und offen erklärt, dass es den Petrodollar-Deal neu bewerten wird, wenn ein solches Szenario eintritt, würde dies die USA weiter davon abhalten, die Hilfe für die Ukraine einzustellen. Außerdem könnte Selenskyj, wie bereits erwähnt, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn er diese Drohung gleichzeitig mit der Drohung, den russischen Rubel zu fälschen, aussprechen würde. Verhindern Sie im Wesentlichen, dass die USA die Hilfe zurückziehen, und schrecken Sie auch die russische Aggression ab, indem Sie drohen, Milliarden gefälschter Rubel in die Ostukraine zu werfen, die in Russland landen und die Wirtschaft schädigen und möglicherweise Unruhen verursachen könnten. In dieser Hinsicht gibt Selenskyj der Ukraine die Kontrolle über die Lage in ihren international anerkannten Gebieten zurück, ohne auf militärische Aggression zurückgreifen zu müssen. Es ist sicherlich möglich, dass beide Taktiken zu einer fortgesetzten US-Finanzierung und einem langsamen Rückzug Russlands aus der Ost- und Südukraine führen könnten, je nachdem, wie stark die gefälschten Rubel die russische Wirtschaft beeinträchtigen. Das ist natürlich die ökonomische Taktik der Abschreckung. Die politische Taktik wäre, wie bereits erwähnt, die UNA-UNSO ihre Kontakte von Russland in die Ost- und Südukraine reisen zu lassen, um eine Spaltung zwischen Befürwortern der Autonomie und denen, die der Russischen Föderation beitreten wollen, zu schüren. Die russischen Aktivisten würden sich mit denen verbünden, die der Russischen Föderation beitreten wollen, und eine Rhetorik verwenden, die die Pro-Autonomisten von denen entfremden würde, die Teil Russlands werden wollen, wodurch die Pro-Autonomisten dazu gebracht würden, mehr für Kiew zu sein. Unterdessen würden in der Westukraine Doktrinen etabliert, die den russischsprachigen Menschen, der sich nicht als Russe identifiziert, als einen rassisch mehrdeutigen Ethnotyp definieren würden, der aber eher der

Ukraine ähnelt. Dies sät die Saat für Russischsprachige in den westlichen Teilen der Ukraine, selbstbewusster zu werden, während sie gleichzeitig in den östlichen Teilen offener pro-Kiew werden. Diese Taktik müsste mit einem groß angelegten russischen Rückzug aus der Ukraine zusammenfallen, damit die Kiewer Streitkräfte von den Pro-Autonomisten die Chance erhalten, in die Ostukraine zurückzumarschieren und verlorenes Territorium in einer Machtdemonstration ohne größere Maßnahmen zu erobern Feindseligkeit, die der Rückeroberung Afghanistans durch die Taliban sehr ähnlich ist, als die USA ihre Truppen aus dem Land abzogen. Die ukrainische Truppenpräsenz soll die Autonomie der russischsprachigen Gebiete der Ukraine wahren. Damit hat Kiew im Grunde wieder die Kontrolle über die Geografie. Die Idee ist, dort ukrainische Truppen zu stationieren, um pro-autonomistische Milizen zu unterstützen. Im Anschluss an dieses Abkommen kann ein Abkommen orchestriert werden, bei dem die ukrainischen Truppen ihre Autonomie auf unbestimmte Zeit beibehalten oder planen, sie nach einer gewissen Zeit wieder in die Ukraine zu integrieren, je nachdem, wie reaktionsschnell der Westen auf Russischsprachige reagiert.

Damit die Ukraine gegen die russische Aggression Fortschritte machen kann, müsste sie unterirdische Militäroperationen durchführen, die darauf abzielen, die Landschaft der offenen Felder zu verändern, die sie daran hindern, in von Russland gehaltene Gebiete vorzudringen. Dies würde erfordern, die offenen Felder absichtlich zu bombardieren, nur um Krater zu haben, in denen man sich im Voraus verstecken kann. Die Krater sollten weit genug voneinander entfernt sein, damit ukrainische Soldaten nachts zu jedem Krater kriechen und ihn mit darüber drapierten Mylar-Decken sichern können, damit sie nicht von Überwachungsdrohnen und Wärmebildkameras von Hubschraubern gesehen werden können. Das Vorhandensein von Kratern selbst, die von der Ukraine genutzt werden, bringt es

dorthin, wo Russland seine Streitkräfte dehnen müsste, um die Krater zu sichern und zu verhindern, dass die Ukraine sie erreicht. Dies wirkt sich jedoch auch zugunsten der Ukraine aus, da es die russischen Streitkräfte weiter von ihren Versorgungslinien entfernt, wodurch sie möglicherweise gefangen und anfällig für ukrainische Artillerie werden. So werden die offenen Felder zum Marsfeld, wo der anhaltende Widerstand der Ukraine Russland schließlich zwingen wird, seine Streitkräfte von dort abzuziehen. Tatsächlich können wir erwarten, dass der anhaltende Widerstand der Ukraine gegen die russischen Streitkräfte westlich des Dnjepr dazu führen wird, dass Russland seine Truppen aus diesen Gebieten abzieht. Mit der Hinzufügung von HIMARS reicht der oben erwähnte wirtschaftliche, politische und militärische Spielplan aus, um die Moral der Ukraine hoch genug zu halten und auch politische Machtkämpfe zwischen der extremen Rechten und der politischen Partei von Selenskyj zu verhindern.

Wenn es jedoch darum geht, Gebiete östlich des Dnjepr zurückzuerobern, wird es für die Ukraine ohne die Anzahl und Menge an Artillerie, die in der Nähe stationiert werden müsste, viel schwieriger sein, dies militärisch zu tun. Dies war bereits während der Schlacht von Siewerodonezk in der Region Luhansk ein Problem, als die ukrainischen Streitkräfte erhebliche Verluste erlitten und den russischen Truppen und Ausrüstung stark unterlegen waren. Wieder einmal haben wir einen Fall von unmittelbarer Nähe zu Versorgungslinien, die zu Gunsten Russlands arbeiten, während die entfernte Nähe zu Versorgungslinien, die gegen die Ukraine arbeiten, vorliegt. Mitte Juni ging der kritische Kampf bei Sievierodonetsk in der Donbass-Region in der Ostukraine weiter. Während Sjewjerodonezk im Oblast Luhansk, einer der abtrünnigen Regionen, liegt, blieb die Stadt Sjewjerodonezk Teil der Ukraine. Im Juni begannen jedoch russische Truppen, die Stadt zu umzingeln. Sowohl

Siewerodonezk als auch Lysychansk waren während des Krieges im Donbass 2014 Schauplatz vieler heftiger Zusammenstöße zwischen ukrainischen Streitkräften und separatistischen Kräften. Kurz nachdem russische Streitkräfte im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert waren, begannen russische Truppen sofort mit dem Beschuss von Sievierodonetsk, und es kam zu Zusammenstößen zwischen russischen und ukrainischen Streitkräften in der Stadt. Ukrainische Truppen wehrten zunächst die russischen Streitkräfte vom Einmarsch in Sievierodonetsk ab, aber das änderte sich schließlich, als Russland begann, sie mit mehr Truppen und Artillerie zu überwältigen. Im Verlauf der Schlacht gelang es den russischen Streitkräften, einen Großteil der umliegenden Region in Luhansk unter ihre Kontrolle zu bringen, und eroberten Rubizhne und Popasna, zwei Städte in unmittelbarer Nähe von Sievierodonetsk. Die russischen Truppen beschossen weiterhin Sievierodonetsk, während die Ukrainer weiterhin dem russischen Vormarsch Widerstand leisteten. In der Zwischenzeit begannen viele Zivilisten in der Stadt zu fliehen, und im April begannen russische Truppen, in unbesetzte Gebiete der Donbass-Region einzurücken. Damit die Ukraine bei der Rückeroberung von Gebieten in der Donbass-Region erfolgreich sein kann, ist es wichtig, dass sie keinen Weg finden muss, die Versorgungsleitungen von der Russischen Föderation abzuschneiden. Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, war dies ein Beispiel während der sowjetischen Invasion in Finnland kurz vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Rote Armee war Finnland an Arbeitskräften und militärischer Ausrüstung weit überlegen, aber die Finnen konnten frühe Erfolge erzielen, indem sie ihre Streitkräfte über die Grenzgebiete verteilten, was es ihnen ermöglichte, die Lieferungen der Roten Armee aus Russland abzuschneiden und so frühe Schlachten zu gewinnen. An einem Punkt sah es so aus, als würde Finnland die Sowjetunion besiegen, aber wie zu erwarten war, setzte die Rote Armee einfach mehr

Truppen und militärische Artillerie ein, um die Finnen zu überwältigen.

In Sievierodonetsk begannen die ukrainischen Streitkräfte infolge intensiver Kämpfe massive Verluste zu erleiden, verloren etwa 100 Soldaten pro Tag und flehten westliche Nationen an, mehr schwere Waffen bereitzustellen. Anfang Mai begannen sowohl russische Truppen als auch LPR-Kämpfer, Gebiete außerhalb von Sievierodonetsk zu sichern, um die ukrainischen Streitkräfte zu umzingeln und zu überwältigen. Die Strategie bestand darin, die Kontrolle über alle umliegenden Dörfer zu übernehmen und die Stadt effektiv zu umzingeln und ihren Zugang nach außen abzuschneiden. Die ukrainische Basis weigerte sich dennoch, sich trotz Ultimaten der LPR und russischer Kämpfer zu ergeben. Russische Streitkräfte griffen weiterhin Dörfer in der Umgebung von Sievierodonetsk an – Rubizhne, Voevodivka, Popasna und Bilohorivka stießen auf erhebliche russische Kämpfe und bald darauf umkreisten russische Streitkräfte die Stadt. Sie konnten es dann unerbittlich bombardieren, nachdem die LPR die ukrainischen Streitkräfte in der Schlacht von Rubizhne besiegt hatte. Russland stoppte daraufhin den Bodenvormarsch und griff ausschließlich auf Artillerieschläge sowohl auf Sievierodonetsk als auch auf Lysychansk zurück. Während die russischen Streitkräfte im Norden weitgehend zurückgeschlagen wurden, konnten sie südlich der Stadt gewinnen. Ende Mai begannen die russischen Streitkräfte einen Bodenangriff und versuchten, weiter nach Sievierodontsk vorzudringen und in mehrere Taschen innerhalb der Stadt einzudringen. Im Westen wurden die Versorgungsleitungen durch russische Artillerie zerstört. Russische Truppen machten am 28. Mai geringfügige Fortschritte, aber zu diesem Zeitpunkt erlitten beide Seiten des Konflikts schwere Verluste. Russland wollte sein Engagement für die Stärkung der Region nicht übertreiben, und zu diesem Zeitpunkt

erwies sich die Stärkung der LPR-Kämpfer als sehr schwierig. Am nächsten Tag kam es im Herzen von Sievierodonetsk zu Kämpfen, als einige russische Truppen den ukrainischen Widerstand am Stadtrand durchbrachen. Kurz darauf erlangte Russland die Kontrolle über 80 % der Stadt, was dazu führte, dass sich viele ukrainische Truppen zurückzogen und sich auf eine Gegenoffensive vorbereiteten. Anfang Juni traf russische Artillerie einen Salpetersäuretank im Chemiewerk Azot, unter dem sich etwa 800 Zivilisten in Luftschutzbunkern versteckten. Trotz des russischen Vormarsches in die Innenstadt gelang es ukrainischen Truppen, 200 russische Soldaten zu töten und einen Teil des verlorenen Territoriums in Sievierodonetsk zurückzugewinnen, nachdem sie am 3. Juni eine Gegenoffensive gestartet hatten. Viele ausländische Kämpfer aus der Ukraine waren auch in der Stadt aktiv. Trotz der neu entdeckten Dynamik hatte Russland Versorgungsleitungen unterbrochen, Brücken gesprengt, die in die Stadt führten, was es den ukrainischen Truppen erschwerte, Lebensmittel und Medikamente nach Sieryerodonetsk zu bringen. Russland hat diesen Vorteil, weil es im Osten konsolidiert ist – es kann den Hilfsfluss aus dem Westen abschneiden. Unterdessen beschuldigte das ukrainische Verteidigungsministerium Russland, sein nichtrussisches Militärpersonal zu gefährden, um die Verluste innerhalb der russischen Armee zu minimieren. Der Gouverneur von Lugansk, Serhij Haidai, war erstaunt über die schiere Größe des russischen Militärarsenals in Bezug auf Truppen und Ausrüstung. Präsident Selenskyj bekräftigte dieselben Ansichten, versprach jedoch, dass die ukrainischen Truppen weiterhin Widerstand leisten werden. Doch niemand war sich sicher, wer was in und um die Stadt kontrollierte, aber ukrainische Beamte blieben standhaft und versicherten allen, dass die ukrainischen Streitkräfte weiterhin standhalten würden. Dies geschieht inmitten russischer Berichte, dass die ukrainischen Streitkräfte an kritischen Vorräten und

Truppen erschöpft waren. Kurze Zeit später gab der Gouverneur von Luhansk zu, dass die ukrainischen Streitkräfte durch den russischen Beschuss zurückgedrängt worden seien und dass 800 Zivilisten in der Chemiefabrik Azot eingeschlossen seien. Bis zum 9. Juni würden die russischen Streitkräfte 90 % der Stadt kontrollieren. Ukrainische Streitkräfte versuchten, russische Streitkräfte in ein städtisches Kampfszenario zu locken, das die Schwäche Russlands darstellt. Aber der Mangel an Waffen und anderer Ausrüstung ließ die ukrainischen Streitkräfte stagnieren. Die Kämpfe in den Städten gingen weiter und die Verluste auf beiden Seiten nahmen weiter zu, aber ukrainische Beamte gaben zu, dass sie schwere Verluste erlitten und dass Russland einen Großteil von Sievierodonetsk kontrollierte. Ukrainische Beamte wiederholten auch weiterhin, dass die Russen einen erheblichen Vorteil in Bezug auf Arbeitskräfte und Artillerie hätten, und forderten den Westen auf, mehr schwere Waffen zu schicken. Später beschuldigten LPR-Beamte die Ukraine, Streiks vom Azot-Werk aus zu starten und möglicherweise Zivilisten dort als menschliche Schutzschilde einzusetzen. Bis zum 13. Juni waren die letzten verbliebenen Brücken, die Sievierodonetsk mit anderen Teilen von Luhansk verbanden, von russischen Streitkräften zerstört worden, so dass die ukrainischen Streitkräfte auf unbestimmte Zeit ohne Versorgungsleitungen oder Fluchtwege in der Stadt feststeckten. Es war klar, dass die ukrainischen Streitkräfte so weit von ihren Versorgungslinien in der Westukraine entfernt waren, dass sie dem russischen Angriff auf Sjewjerodonezk nicht standhalten konnten. Zu diesem Zeitpunkt waren das Gemetzel und der Tod in Sievierodonetsk so bedeutend geworden, dass ukrainische Beamte aufhörten, Opfer zu zählen. Aber ähnlich wie in anderen Teilen der Ukraine gab es Berichte über den russischen Beschuss weicher Ziele wie Schulen, Kirchen und humanitärer Zentren. Der Bürgermeister sagte Ende Mai, seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 seien in

Siewerodonezk etwa 1.500 Zivilisten getötet worden. Am 25. Juni 2022 übernahmen die russischen Streitkräfte die volle Kontrolle über Siewerodonezk und zwangen die ukrainischen Streitkräfte, sich zurückzuziehen und in Lysyhansk höher gelegenes Gelände zu suchen, damit sich die Ukraine auf einen zukünftigen Gegenangriff vorbereiten konnte. Dies war der größte Rückschlag für die ukrainischen Streitkräfte. Ukrainische Beamte bestehen jedoch darauf, dass der Rückzug rein taktischer Natur war und dass die neu eingetroffenen HIMARS-Raketensysteme es der Ukraine ermöglichen werden, Ziele in den von Russland gehaltenen Gebieten des Landes zu treffen, was es den ukrainischen Streitkräften ermöglicht, verlorene Gebiete zurückzuerobern. Aber leider würde Lysychansk innerhalb weniger Tage an die Russen fallen. Die Ankunft der HIMARS-Waffen wird es der Ukraine jedoch ermöglichen, ihre eigene Strategie der Zerstörung von Brücken und der Unterbrechung russischer Versorgungsleitungen anzuwenden, die Waffen aus dem Osten des Dnjepr importieren. Wenn die Ukraine versucht, in die Ostukraine zurückzukehren, müsste sie mit HIMARS den Grenzübergang Izvaryne angreifen, der Nachschub aus Russland in die Ostukraine fließen lässt.

Eine Strategie, bei der die Ukraine wachsam bleiben muss, hat mit dem Zeitpunkt des russischen Truppenabzugs aus der Ostukraine zu tun. Dieser Aspekt war entscheidend für die Rückeroberung von Teilen des Irak durch ISIS im Jahr 2014 und auch für das Wiederaufleben der Taliban, das nach 2014 stattfand. Tatsächlich war die Strategie der Taliban sehr bewusst. Zwischen 2011 und 2014 kündigten die USA und die NATO den Truppenabzug aus Afghanistan an und versuchten, die Kontrolle und die Sicherheitslage an die afghanischen Sicherheitskräfte zu übergeben. Unterdessen entschieden sich die Taliban während dieser Zeit dafür, den Eindruck zu erwecken, dass ihre Fähigkeiten weitgehend geschwächt und daher keine Bedrohung

für die neue, von den USA unterstützte afghanische Regierung seien. Der Grund, warum die Taliban diesen Ansatz wählten, war, den Rückzug zu erleichtern, da der Rückzug der USA aus der NATO auf der Idee beruhte, dass die Taliban keine Bedrohung mehr darstellen würden. Ebenso wird Russland in der Ukraine, sofern nicht andere Taktiken Russland zum Rückzug bewegen, schließlich innerhalb von zwei Jahren den Abzug der meisten seiner Streitkräfte ankündigen, wodurch wahrscheinlich einige russische Streitkräfte in der Region zurückbleiben, aber auch die Kontrolle an lokale separatistische Kräfte übergeben wird. Die zeitliche Verzögerung zwischen dem angekündigten Rückzug Russlands und seinem tatsächlichen Rückzug müsste damit zusammenfallen, dass die Ukraine politische Kämpfe in von Separatisten kontrollierten Gebieten um den Status der Region schürt und die Voraussetzungen dafür schafft, dass Pro-Autonomie-Fraktionen in von Separatisten kontrollierten Gebieten umkehren und einen Rapid ermöglichen Die Ukraine rückt unmittelbar nach dem Abzug der meisten ihrer Streitkräfte durch die Russen in das Gebiet vor. Die Idee ist, dass eine kritische Rassentheorie, die die Identität der Russischsprachigen in der Ukraine als rassisch zweideutig zementiert, ihren Willen schwächt, weiter für eine Sache zu kämpfen, die sie nicht finden, und sie deshalb offen für Verhandlungen mit Kiew sind. Außerdem werden die separatistischen Regionen, genau wie in Afghanistan, nicht den gleichen Zugang zu Luftunterstützung haben, den sie während des Krieges hatten. Dies war ein weiterer Faktor, der das Wiederaufleben und die Wiedererlangung der Macht der Taliban in Afghanistan erleichterte – viele afghanische Sicherheitskräfte mit geringer Moral wussten auch, dass sie ohne NATO/US-Luftunterstützung den Taliban hilflos gegenüberstehen würden. Dasselbe gilt für die Separatisten. Sie werden wahrscheinlich das Vertrauen in ihre Fähigkeit verlieren, ukrainische Streitkräfte ohne die volle Unterstützung der

russischen Luftverteidigung abzuwehren. Nun ist es wahrscheinlich, dass Russland Kräfte in den separatistischen Regionen auf unbestimmte Zeit halten wird, aufgrund seiner eigenen Verfassungsfaktoren, die es in Gebieten rechtfertigen, die es für unabhängig und souverän hält und mit denen es auch verbündet ist. Aber wenn die Ukraine die politischen Probleme in den separatistischen Regionen löst, zusammen mit Doktrinen, die zeigen, dass Russischsprachige in der Ost- und Südukraine rassistisch zweideutig sind, wird die Moral unter den Separatistenkämpfern sinken, die sich nun mit einem Umfeld auseinandersetzen müssen, das sie tendenziell dem Ukrainischen vorziehen Seite und hilf ihnen, die Macht in den östlichen und südlichen Gebieten zurückzugewinnen. Ein weiterer übersehener Aspekt, der es den Taliban ermöglichte, die Hilfe afghanischer Sicherheitskräfte in Anspruch zu nehmen, um das Land zurückzuerobern, war die Tatsache, dass der durchschnittliche Afghane mehr mit den Taliban gemeinsam hatte als mit den USA oder der NATO. Viele in Afghanistan fühlten sich einer westlichen Identität aufgezwungen. Diese Dynamik ist der Grund, warum die Ukraine aus der Tatsache Kapital schlagen kann, dass das Aufzwingen einer russischen Identität auf Russischsprachige in von Separatisten gehaltenen Gebieten nur Ressentiments schüren und die Moral dort verletzen wird. Infolgedessen werden sich viele Russischsprachige der Ukraine stärker verbunden fühlen, da die Ukraine ihnen keine Identität aufzwingen würde, sondern einfach die Mehrdeutigkeit der Russischsprachigen im Donbass und in der Südukraine respektieren würde. Während sich Russischsprachige früher mehr mit dem durchschnittlichen Russen verbunden fühlten, werden sich Russischsprachige in der Ukraine jetzt stärker mit Kiew verbunden fühlen, da Kiew ihren Wunsch, autonom zu bleiben, respektieren würde.

Ein weiterer Aspekt, der feindliche Kämpfer beruhigen kann, ist die Aussicht auf eine bessere Behandlung, wenn sie gefangen

genommen werden. Russland hat dies bei mehreren Gelegenheiten ausgenutzt, indem es Videos und Zeugenaussagen von gefangenen Soldaten zeigte, die erklärten, wie gut ihre Entführer sie behandelten. In Afghanistan filmten die Taliban Überläufer, die sich trafen, Hände schüttelten und Taliban-Kämpfer umarmten, nachdem ihnen eine sichere Passage und Geld für die Umsiedlung und den Neuanfang zur Verfügung gestellt worden waren. Das hatte ein strategisches Element. Es funktioniert, um feindliche Kämpfer davon abzuhalten, den Kampf fortzusetzen, und es inspiriert auch die Versuchung, in feindliche Hände zu fliehen, wenn das Ergebnis vorteilhafter wäre. Russland setzte diese Strategie mit großer Effizienz ein und zeigte ukrainische Kämpfer, die aussagten, dass sie sich während des Gefangenenaustauschs weigerten, auf die ukrainische Seite zurückversetzt zu werden. Solche Dinge sind für feindliche Soldaten beruhigend und könnten sie dazu verleiten, mutwillig in feindliche Hände zu fallen. Da in der Ukraine seit vielen Jahren Korruption festgestellt wird, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass ukrainische Soldaten solchen Versuchungen ausgesetzt werden. Die Ukraine muss schnell die gleiche Strategie übernehmen und Filme von russischen Soldaten zeigen, die Zeugnis davon geben, wie gut ihre ukrainischen Häscher sie behandeln. Wenn es der Ukraine gelingt, den Rubel in den östlichen Gebieten aufzublähen, kann sie möglicherweise große Summen in US-Dollar an russische Überläufer zahlen, damit sie die separatistischen Armeen verlassen. Die Strategie der Taliban bestand im Wesentlichen darin, sich gegen Geld zu ergeben, und die Ukraine könnte dies in einem Szenario ausnutzen, in dem die Wirtschaft in den separatistischen Regionen die Versuchung fördern könnte, Auszahlungen von der anderen Seite anzunehmen. Die Auswirkungen von Sparsamkeit/Bestechung bei der Rückeroberung von Territorien dürfen nicht unterschätzt

werden, und Afghanistan ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie diese Methode maximiert werden kann.

Diese potenziellen Machtvakuum-Szenarien finden auch in Georgien statt, einem anderen Land, das mit einer umfassenden russischen Invasion konfrontiert war. Während des russischen Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 stellte Südossetien Truppen zur Unterstützung der russischen Armee. Der ehemalige südossetische Separatistenführer Eduard Kokoity beschuldigte Russland jedoch, sie als Kanonenfutter zu verwenden. Diese Erklärung wurde ungefähr zu der Zeit abgegeben, als Südossetien unter Anatoly Bibilov die Einleitung eines Referendums vorbereitete, um darüber abzustimmen, ob es der Russischen Föderation beitreten soll oder nicht. Interessant war, dass nach der Wahl eines neuen Führers, Alan Gagloyev, im Mai 2022 das Referendum schnell verschoben wurde. Man kann sich fragen, ob sich in Georgien ein politisches Schisma über die Autonomie oder den Beitritt zur Russischen Föderation zusammenbraut und ob diese Meinungsverschiedenheit darauf zurückzuführen ist, wie Russland die südossetischen Truppen geführt hat, um Russland in der Ukraine zu helfen. Die Intensität dieses Streits könnte ein Machtvakuum schaffen, das die georgische Regierung ausnutzen könnte. Das Rätsel ist jedoch, dass jedes Engagement der georgischen Regierung als Anerkennung ausgelegt werden könnte. Hier muss eine neue Terminologie benannt werden, die Engagement definieren würde, ohne es als Anerkennung zu verstehen.

Nach sechs Monaten ist der Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu einem harten Zermürbungskampf geworden. Da sich Russland jedoch nur langsam an die Kriegsführung gegen die widerstandsfähigen ukrainischen Streitkräfte gewöhnt hat, lässt der Zustrom westlicher Waffen in die Ukraine die Aussicht auf einen eventuellen russischen Rückzug optimistisch erscheinen. Aufgrund der vergangenen Kriege der letzten Jahre ist davon

auszugehen, dass Russland im Jahr 2024 versuchen wird, seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen. In der Zwischenzeit muss die Ukraine jedoch wachsam bleiben hinsichtlich der Fähigkeit Russlands, die ukrainischen Lagerbestände westlicher Waffen zu abbauen als seine Reservekämpfer, obwohl die verteidigenden Nationen in den meisten Fällen in der Lage wären, eine höhere Moral auf dem Schlachtfeld aufrechtzuerhalten. In dieser Hinsicht hat die Ukraine die Nase vorn. Daneben gibt es auch internationale Unterstützung, basierend auf der Annahme, dass diese Unterstützung ausreicht, damit sich die Ukraine verteidigen kann, ohne zu einem ausgewachsenen Krieg zu führen. Ein weiterer Faktor im Zusammenhang mit Waffen, die von der internationalen Gemeinschaft geliefert werden, ist, wie schnell ukrainische Truppen für die Verwendung der Ausrüstung ausgebildet werden können. Dieser Faktor hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Westen der Ukraine nur ungern F-16-Kampfflugzeuge zur Verfügung stellt, da in dem Szenario, in dem der Westen ihren Einsatz genehmigen würde, immer noch die Frage bleibt, ob die ukrainischen Truppen die Zeit haben werden, das Fliegen zu lernen F-16-16s. Unter normalen Bedingungen würde es etwa sechs Monate dauern, bis ukrainische Piloten den Umgang mit den Kampfflugzeugen erlernen, und die Ukraine hat vorgeschlagen, dass die Ausbildung der Piloten sofort stattfinden sollte, damit die Kampfflugzeuge nach der Genehmigung in die Ukraine geliefert werden könnten, ukrainische Piloten mit den neuen Jets sofort in Kampfeinsätzen eingesetzt werden könnten. Die USA waren besorgt über F-16-Lieferungen, weil sie befürchteten, dass der Krieg eskalieren und den Krieg über Osteuropa hinaus ausdehnen könnte. Stattdessen haben die USA erwogen, der Ukraine ihren Überschuss an A-10-Jets anzubieten, die beim Angriff auf große Kolonnen russischer Panzer wirksam wären. Die A-10 sind jedoch viel langsamer als andere Kampfflugzeuge, was sie sehr anfällig für russische

Luftverteidigungssysteme macht. Sie sind jedoch immer noch leistungsstärker als das aktuelle Arsenal an Kampfflugzeugen der Ukraine, zu denen MIGs und Su-25 aus der Sowjetzeit gehören, aber nicht so schnell, wendig oder schwer fassbar wie F16- oder F35-Kampfflugzeuge. Das Ziel des Westens bei Waffenlieferungen an die Ukraine ist es, Russlands Militärarsenal zu erschöpfen. Eine Pattsituation würde die westlichen Nationen nur dazu zwingen, sich über die Auswirkungen der ukrainischen Lieferungen auf ihre eigenen Reserven Sorgen zu machen, was dazu führen würde, dass westliche Länder die Ukraine drängen, eine Verhandlungslösung mit Russland anzustreben.

Trotz der Befürchtungen westlicher Führer, Waffen zu schicken, die den Verlauf des Krieges erheblich verändern würden, müssten noch andere Aspekte in die Strategie der Ukraine einbezogen werden, und diese Methoden schließen die in diesem Buch erörterten nichtmilitärischen Aspekte ein. Der Einsatz kritischer Rassentheorien, geheimer Operationen, ukrainischer Sympathisanten in Russland, durch politische Spannungen entstandene Machtvakuen und gefälschte Operationen könnten einen erheblichen Einfluss auf die Erhöhung der Aussichten haben, dass die Ukraine abtrünnige Gebiete in der Ost- und Südukraine zurückerobert.

Bibliography for Anthony's Treaty

**Content in the book "Anthony's Treaty" was heavily paraphrased from Wikipedia articles. The section that explains the history of the grand princes of Novgorod, Kiev, Vladimir and Moscow can be traced from:
https://en.wikipedia.org/wiki/Oleg_of_Novgorod**

Wikipedia contributors. (2021, December 18). Russo-Ukrainian War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:28, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russo-Ukrainian_War&oldid=1060895101

Wikipedia contributors. (2021, December 18). Tatars. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:29, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Tatars&oldid=1060853966

Applebaum, Anne. Red Famine: Stalin's War on Ukraine. , 2017. Print.

Gregorovich, Andrew. Ukraine, Rus', Russia and Muscovy: A Selected Bibliography of the Names. Toronto: New Review Books, 1971. Print.

Rybakov, Boris. Kievan Rus. Moskva: Progress, 1989. Print.

Senyk, Sophia. A History of the Church in Ukraine: Volume I. Roma: Pontificio Istituto Orientale, 1993. Print.

**Klid, Bohdan, and Alexander J. Motyl. The Holodomor Reader: A Sourcebook on the Famine of 1932-1933 in Ukraine. Toronto: CIUS Press, 2012. Print.
("Anthony's Treaty" paraphrases content from this source about the Holodomor)**

Wikipedia contributors. (2021, December 18). Kyiv. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:30, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Kyiv&oldid=1060850287

Wikipedia contributors. (2021, December 17). History of the Polish– Lithuanian Commonwealth (1648–1764). In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:30, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?

**title=History_of_the_Polish
%E2%80%93Lithuanian_Commonwealth_(1648%E2%80%931764)&oldi
d=1060738625**

Wikipedia contributors. (2021, December 10). Khmelnytsky Uprising. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:31, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php? title=Khmelnytsky_Uprising&oldid=1059600556

Wilson, Andrew, and Igor Burakovsky. The Ukrainian Economy Under Kuchma. London: The Royal Institute of international affairs, 1996. Print.

Grimsted, Patricia K. Trophies of War and Empire: The Archival Heritage of Ukraine, World War Ii, and the International Politics of Restitution. Cambridge, MA: Harvard Ukrainian Research Institute, 2001. Print.

Wikipedia contributors. (2021, November 30). Battle of Zboriv (1649). In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:33, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php? title=Battle_of_Zboriv_(1649)&oldid=1057975106

Boshyk, Yuri, Roman Waschuk, and Andriy Wynnyckyj. Ukraine During World War Ii: History and Its Aftermath : a Symposium. Edmonton: Canadian Institute of Ukrainian Studies, University of Alberta, 1986. Print.

Wilson, Andrew, and Jakob Hauter. Civil War? Interstate War? HybridWar?: Dimensions and Interpretations of the Donbas Conflict in 2014-2020. , 2021. Print.

Wikipedia contributors. (2021, May 27). Treaty of Bila Tserkva. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:34, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php? title=Treaty_of_Bila_Tserkva&oldid=1025438980

Black Sea and Sea of Azov Pilot: Marmara Denizi, Black Sea and Sea of Azov with Adjacent Coasts of Turkey, Bulgaria, Romania, Ukraine, Russia and Georgia. , 2019. Print.

Bibliography

Service, Robert. The Last of the Tsars: Nicholas Ii and the Russian Revolution. , 2018. Print.

Tolstoy, Leo, and Jonathan Oliver. The Cossacks. , 2016. Sound recording.

Wikipedia contributors. (2021, November 11). Russians in Ukraine. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:34, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russians_in_Ukraine&oldid=1054624206

Wikipedia contributors. (2021, December 11). Peter the Great. In

Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:35, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Peter_the_Great&oldid=1059709376

Sakwa, Richard. Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands. , 2020. Internet resource.

Ross, Smith N. Eu-russian Relations and the Ukraine Crisis. , 2016. Print.

Wilson, Andrew. Ukraine Crisis: What It Means for the West. , 2014. Print.

Wilson, Francesca M. Muscovy; Russia Through Foreign Eyes, 1553-1900. New York: Praeger, 1971. Print.

PLOKHY, SERHII. Lost Kingdom: A History of Russian Nationalism from Ivan the Great to Vladimir Putin. Place of publication not identified: PENGUIN Books, 2018. Print.

Wikipedia contributors. (2021, November 24). Russians. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:36, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russians&oldid=1056992310

Wikipedia contributors. (2021, December 15). Grand Duchy of Moscow. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:36, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Grand_Duchy_of_Moscow&oldid=1060423056

Wikipedia contributors. (2021, November 20). Kievan Rus'. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:37, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Kievan_Rus%27&oldid=1056197909

Wikipedia contributors. (2021, December 9). History of Ukraine. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:37, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=History_of_Ukraine&oldid=1059383063

Delaere, A. Memorandum on the Attempts of Schism and Heresy

Among the Ruthenians (commonly Called "galicians") in the Canadian Northwest. Winnipeg: West Canada Pub, 2018. Internet resource.

**Khar'kov VN, Stepanov VA, Borinskaia SA, Kozhekbaeva ZhM, Gusar VA, Grechanina EIa, Puzyrev VP, Khusnutdinova EK, Iankovskiĭ NK. Struktura genofonda vostochnykh Ukraintsev po gaplogruppam Y-khromosomy [Structure of the gene pool of eastern Ukrainians from Y-chromosome haplogroups]. Genetika. 2004 Mar;40(3):415-21.
Russian. PMID: 15125258.
("Anthony's Treaty" uses info)**

Wikipedia contributors. (2021, December 10). Mazeppa. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:38, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Mazeppa&oldid=1059529863

**Petro, Nicolai N. Ukraine in Crisis. , 2019. Print.
Kirchner, Walther. Russian History. New York, N.Y: Harper Perennial,
1991. Print.**

Plokhy, Serhii. The Gates of Europe: A History of Ukraine. , 2021. Print.

Russell, Bertrand. Practice and Theory of Bolshevism. Forgotten

Books, 2019. Internet resource.

Wikipedia contributors. (2021, December 2). Stanislaw Leszczyński.

In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:38, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Stanis %C5%82aw_Leszczy%C5%84ski&oldid=1058260059

Marples, David R, and Frederick V. Mills. Ukraine's Euromaidan: Analyses of a Civil Revolution. , 2015. Internet resource.

Wikipedia contributors. (2021, December 8). Catherine the Great. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:39, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php? title=Catherine_the_Great&oldid=1059219845

Wikipedia contributors. (2021, December 17). Russification of Ukraine. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:39,

December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php? title=Russification_of_Ukraine&oldid=1060766670

Platonova, Daria. The Donbas Conflict in Ukraine: Elites, Protest, and Partition. , 2022. Internet resource.

Yekelchyk, Serhy. The Conflict in Ukraine: What Everyone Needs to Know. , 2015. Print.

Wikipedia contributors. (2021, December 18). Ukrainian Greek Catholic Church. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:40, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php? title=Ukrainian_Greek_Catholic_Church&oldid=1060932725

Chirovsky, Nicholas L. F. Moscow's Russification of Ukraine: Papers and Articles. New York: Ukrainian congress committee of America, 1987. Print.

McCauley, Martin. Gorbachev. Harlow: Longman, 2001. Print.

Wikipedia contributors. (2021, December 12). Russo-Japanese War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:40, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russo-Japanese_War&oldid=1059944194

**Wikipedia contributors. (2021, December 15). War in Donbas. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:41, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=War_in_Donbas&oldid=1060398706
(Anthony's Treaty" paraphrases content of this article)**

Wikipedia contributors. (2021, December 18). Swedish invasion of Russia. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:42, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Swedish_invasion_of_Russia&oldid=1060928437

Wikipedia contributors. (2021, December 13). Azov Battalion. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 20:43, December 18, 2021, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Azov_Battalion&oldid=1060152654

**The Rise of Muscovy
By Jeffrey L. Neal Copyright © Jeffrey L. Neal, 2006
The Holodomor Reader
Compiled and edited by Bohdan Klid and Alexander J. Motyl
Canadian Institute of Ukrainian Studies Press
Edmonton • 2012 • Toronto**

Kryzhanivsky, Stepan Andriyovich , Yerofeyev, Ivan Alekseyevich , Zasenko, Oleksa Eliseyovich , Stebelsky, Ihor , Hajda, Lubomyr A. and Makuch, Andrij. "Ukraine". Encyclopedia Britannica, 29 Jun. 2021, https://www.britannica.com/place/Ukraine. Accessed 18 December 2021.

Kryzhanivsky, Stepan Andriyovich , Yerofeyev, Ivan Alekseyevich , Zasenko, Oleksa Eliseyovich , Stebelsky, Ihor , Hajda, Lubomyr A. and Makuch, Andrij. "Ukraine". Encyclopedia Britannica, 29 Jun. 2021, https://www.britannica.com/place/Ukraine. Accessed 18 December 2021.

**Ukraine & Russia : a fraternal rivalry / Anatol Lieven. Washington, DC : United States Institute of Peace Press, 1999.
DESCRIPTION xvi, 182 p. : map ; 23 cm.
("Anthony's Treaty" paraphrases ideas from this book concerning Galacia and Ukrainian nationalism) (it also paraphrases ideas concerning mixed Ukrainian and**

Russian
families) (info about Tatar demonstrations paraphrased from here)

Ukraine crisis : what it means for the West / Andrew Wilson.
PUBLICATION
New Haven : Yale University Press, [2014]
©2014

Ukrainian nationalism : politics, ideology, and literature, 1929-1956 / Myroslav Shkandrij.
PUBLICATION
New Haven ; London : Yale University Press, [2015] ©2015

Ukraine over the edge : Russia, the West and the "new Cold War" /
Gordon M. Hahn.
VARIANT TITLE Russia, the West and the "new Cold War"
("Anthony's Treaty" did derive content from this book)

102 Imperial gamble : Putin, Ukraine, and the new Cold War /
MarvinKalb.
PUBLICATION
Washington, D.C. : Brookings Institution Press, 2015.
DESCRIPTION
xix, 287 pages ; 25 cm

Internet Encyclopedia of Ukraine, 47 Queen's Park Crescent East, Suite B-12, University of Toronto, Toronto, ON M5S 2C3 Canada. Tel: (416) 946-7326; fax: (416) 978-2672
http://www.encyclopediaofukraine.com/
Khmelnytsky quote from "Anthony's Treaty" taken from here http://www.encyclopediaofukraine.com/display.asp?linkpath=pages%5CK%5CH%5CKhmelnytskyBohdan.htm

Ukraine: Birth of a Modern Nation
Author: Serhy Yekelchyk
(pages 193 - 213 of this book is heavily paraphrased in the book "Anthony's Treaty" uses this to explain the tenures of Ukraine presidents Kravchuk and Kuchma)
Youtube Video: The Breakup of the Soviet Union Explained by History Scope https://www.youtube.com/watch?v=t2GmtBCVHzY&t
(Content in this video was used for explaining the fall of the Soviet

Union during Mikhail Gorbachev's tenure in "Anthony's Treaty")

Youtube Video: Holodomor: Stalin's Secret Genocide (2016 documentary short) uploaded by Roman Kononenko (book "Anthony's Treaty" used this video to explain Pavel Postyshev's actions during the Holodomor)

Wikipedia contributors. "Ukrainians." Wikipedia, The Free Encyclopedia. Wikipedia, The Free Encyclopedia, 13 Dec. 2021. Web. 23 Dec. 2021.
(Anthony's Treaty" mentions DNA haplogroup)

Bibliography for The Fall of the US Dollar

all sources below used for paraphrasing and explaining topics in this book

https://www.sandstoneam.com/insight/rise-of-the-petrodollar

THE U.S. DOLLAR'S ROLE AS THE WORLD'S RESERVE CURRENCY WAS FIRST ESTABLISHED IN 1944 WITH THE BRETTON WOODS AGREEMENT(page 9 uses this source to explain 1973 petrodollar agreement)

Kevin L. Kliesen and David C. Wheelock, "Managing a New Policy Framework: Paul Volcker, the St. Louis Fed, and the 1979-82 War on Inflation," Federal Reserve Bank of St. Louis Review, First Quarter 2021, pp. 71-97. https://doi.org/10.20955/r.103.71-97 (uses this source to explain Volcker and interest rates)

Wikipedia contributors. (2021, September 10). 1973–1974 stock market crash. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 21:19, March 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=1973%E2%80%931974_stock_market_crash&oldid=1043567392

Wikipedia contributors. (2022, March 8). Gulf War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 21:20, March 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php title=Gulf_War&oldid=1075986328 (uses this source to explain gulf war)

“The Mars Hypothesis” by Anthony of Boston (Much of Chapter 1 copies directly from this source with permission from the author)

“What sanctions are being imposed on Russia over Ukraine invasion?” https://www.bbc.com/news/world-europe-60125659 (uses this source to explain sanctions against Russia)

“Reduce the Pentagon’s Dependence on China by Recharging US Battery, Electronics Industry” by Jeffrey Nadaner https://www.defenseone.com/ideas/2021/07/reduce-pentagons-dependence-china-recharging-us-battery-electronics-industry/183729/ (uses this source to explain battery importance on US defense)

“Before invasion, Ukraine’s lithium wealth was drawing global

attention" Written by Hiroko Tabuchi https://indianexpress.com/article/world/before-invasion-ukraines- lithium-wealth-was-drawing-global-attention-7799024/ (page 26 uses this for stating 500,000 tons lithium oxide in eastern Ukraine)

"Chinese Company Removed as Operator of Cobalt Mine in Congo" New York Times article by

By Eric Lipton and Dionne Searcey https://www.nytimes.com/2022/02/28/world/congo-cobalt-mining- china.html (uses this to explain China cobalt mine)

Bernstein, Edward. "Reflections on Bretton Woods." In The International Monetary System: Forty Years After Bretton Woods, 15-20. Boston: Federal Reserve Bank of Boston, May 1984. (uses this source)

Bordo, Michael D. "Gold Standard." In The Concise Encyclopedia of Economics. Library of Economics and Liberty. Article published 2008.

Bordo, Michael, Owen Humpage, and Anna J. Schwartz, "U.S. Intervention during the Bretton Wood Era: 1962-1973," Working Paper 11-08, Federal Reserve Bank of Cleveland, Cleveland, Ohio, April 2011.

ARGONNE NATIONAL LABORATORY

Researchers eye manganese as key to safer, cheaper lithium-ion batteries BY CHRISTINA NUNEZ|JUNE 4, 2020 https://www.anl.gov/article/researchers-eye-manganese-as-key-to-safer-cheaper-lithiumion-batteries

Eichengreen, Barry. Exorbitant Privilege: The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System. New York: Oxford University Press, 2011.

"Oil, weapons and realpolitik: Why some countries want to stay on friendly terms with Russia" By Dan De Luce

https://www.nbcnews.com/news/world/even-us-allies-are-reluctant-confront-russia-invasion-ukraine-rcna20686

Lessons from the Collapse of the Ruble Zone Anders Aslund PDF https://www.ifo.de/DocDL/forum-2016-4-aslund-ruble-zone-collapse-december.pdf

Afghan commander says army was 'betrayed by politics and presidents' BY MYCHAEL SCHNELL - 08/25/21 2:10 PM ET https://thehill.com/policy/international/569386-afghan-commander-says-army-was-betrayed-by-politics-and-presidents/

Wikipedia contributors. (2022, March 21). Withdrawal of United States troops from Afghanistan (2020–2021). In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:04, April 9, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Withdrawal_of_United_States_troops_from_Afghanistan_(2020%E2%80%932021)&oldid=1078361536

Twin Deficits and the Fate of the US Dollar: A Hard Landing Reexamined by Rod Thompson https://jpia.princeton.edu/sites/jpia/files/2008-6.pdf

https://www.forbes.com/sites/afontevecchia/2011/09/08/what-would-happen-if-germany-seceded-from-the-eu/

https://www.dw.com/en/germany-commits-100-billion-to-defense-spending/a-60933724

Kenen, Peter. "Bretton Woods System." In The New Palgrave Dictionary of Economics, Second Edition, edited by Steven N. Durlauf and Lawrence E. Blume. Palgrave Macmillan, 2008.

Meltzer, Allan H. "U.S. Policy in the Bretton Woods Era." Federal Reserve Bank of St. Louis Review 73, no. 3 (May/June 1991): 54-83.

Patinkin, Don. "Keynes, John Maynard (1883–1946)." In The New Palgrave Dictionary of Economics, Second Edition, edited by Steven N. Durlauf and Lawrence E. Blume. Palgrave Macmillan, 2008.

"Stasi State or Workers' Paradise – socialism in the German Democratic Republic and what became of it" by Bruni de la Motte & John GreenFirst published in Britain in 2015 Copyright © John Green & Bruni de la Motte

Wikipedia contributors. (2021, July 21). Economic history of the German reunification. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 13:49, April 4, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Economic_history_of_the_German_reunification&oldid=1034725466

Bibliography

April 2019 Country report Middle East and North Africa Department

"Saudi Arabia's Perspectives on Germany: Perceptions and Future

Potential for Cooperation" written by René Rieger & Sebastian Sons(pages 14-18 uses this source to explain Germany's relations with Saudi Arabia)

Caldwell, P. C., & Hanshew, K. (2018). Germany since 1945: Politics, culture, and society. (uses this book to explain west german constitution)

"World's largest hydro dam 'could send cheap green hydrogen from Congo to Germany'" By Bernd Radowitz https://www.rechargenews.com/transition/worlds-largest-hydro-dam- could-send-cheap-green-hydrogen-from-congo-to-germany/2-1-871059

Creation of the Bretton Woods System by Sandra Kollen Ghizoni, Federal Reserve Bank of Atlanta https://www.federalreservehistory.org/essays/bretton-woods-created (pages 7 – 9 in Chapter 1 uses this source)

Ousted President Is 'Ready To Fight For The Future Of Ukraine' February 28, 20148:30 AM ET MARK MEMMOTT https://www.npr.org/sections/thetwo-way/2014/02/28/283878194/ousted-president-is-ready-to-fight-for-the-future-of-ukraine

US officials say lethal weapons headed to Ukraine https://www.cnbc.com/2017/12/23/us-officials-say-lethal-weapons-headed-to-ukraine.html

Fedir Zhuravka, Rostislav Botvinov, Marharyta Parshyna, Tetiana Makarenko and Natalia Nebaba (2021). Ukraine's integration into the world arms market. Innovative Marketing , 17(4), 146-158. doi:10.21511/im.17(4).2021.13

https://www.bbc.com/news/world-15572775 Russia angry at Viktor Bout's US guilty verdict

June 2018 edition of the Finance and Development Journal pg 14

https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2018/06/pdf/fd0618.pdf

"Understanding Russian Priorities in Latin America" by Vladimir Rouvinski https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/media/documents/publication/ki_170117_cable_russia_latin_american_v1.pdf

(Document by R. Craig Nation is from NATO's official website nato.int) https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_25864.htm?selectedLocale=en

Here is the url for the PDF: https://www.nato.int/acad/fellow/98-00/nation.pdf (pg 103 uses this source for quote about NATO provocation)

Wikipedia contributors. (2022, March 15). Houthi takeover in Yemen. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 12:20, April 12, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Houthi_takeover_in_Yemen&oldid=1077329319 (uses this source for information about Yemen)

Bibliography for Russia'a Komfort

"Ukraine: Russian Forces' Trail of Death in Bucha Preserving Evidence Critical for War Crimes Prosecutions" https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha (This source was used in to explain how Human Rights Watch documented the Bucha Massacre)

Wikipedia contributors. (2022, June 19). 2014 Odessa clashes. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:11, June 21, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.phptitle=2014_Odessa_clashes&oldid=1093953691 (This source was used to explain the Odessa fire in the Introduction section)

Ukrainian unrest spreads as dozens killed in Odessa https://www.france24.com/en/20140502-dozens-killed-building-fire-ukraine-odessa-clashes-pro-russia-activists (This source was used to explain the Odessa fire)

https://carnegieeurope.eu/2018/09/12/how-eastern-ukraine-is-adapting-and-surviving-case-of-kharkiv-pub-77216 (This source was used to explain the situation in Kharkiv prior to Feb 24, 2022)

Wikipedia contributors. (2022, April 20). Criticism of Human Rights Watch. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:18, June 21, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Criticism_of_Human_Rights_Watch&oldid=1083779764 (This source was used to explain criticism of HRW)

SUMMARY KILLINGS DURING THE CONFLICT IN EASTERN UKRAINE by Amnesty International

https://www.amnesty.eu/wp-content/uploads/2018/10/Ukraine.pdf (this source was used to explain Ukraine's war crimes in the Donbas region before Russian invasion)

"HE'S NOT COMING BACK" WAR CRIMES IN NORTHWEST AREAS OF KYIV OBLAST First published in 2022 by Amnesty International Ltd Peter Benenson House, 1 Easton Street, London

WC1X 0DW, UK(this report was used asa source in other areas of the book)

100,000 Iraqi civilians dead, says study - Article by Sarah Boseley https://www.theguardian.com/world/2004/oct/29/iraq.sarahboseley (this source was used)

Iraq's bloodiest battle will be a video game By Alaa Elassar, CNN https://lite.cnn.com/en/article/h_be54549e672188884b44322316d0777a (this source was used on page to explain war crimes by US soldiers)

Wikipedia contributors. (2022, June 13). Mahmudiyah rape and killings. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:54, June 21, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Mahmudiyah_rape_and_killings&oldid=1092983734 (uses this source to explain rapes carried out by US soldiers)

The Haditha shootings: What the witnesses saw by Josh White https://www.seattletimes.com/nation-world/the-haditha-shootings-what-the-witnesses-saw/ (this source is used to explain the Haditha Massacre)

https://carnegieeurope.eu/2018/09/12/how-eastern-ukraine-is-adapting-and-surviving-case-of-kharkiv-pub-77216
LIBYA THE FORGOTTEN VICTIMS OF NATO STRIKES Amnesty International 2012 https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/07/mde190032012en.pdf (uses this source to explain NATO war crimes)

https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/natbm002.pdf CIVILIAN DEATHS IN THE NATO AIR CAMPAIGN

Who is Viktor Medvedchuk and why does his arrest matter to the Kremlin? https://www.theguardian.com/world/2022/apr/13/viktor-medvedchuk-arrest-matter-to-kremlin (uses this source to explain capture of Medvedchuk)

Putin says Russia to use Middle East volunteer fighters https://www.reuters.com/world/europe/putin-says-volunteers-welcome-help-fight-against-ukrainian-forces-2022-03-11/ (uses this source to explain how Reuters calls Russian

**volunteers
mercenaries)**

**American fighters who surrendered in Donbass speak to RT
https://www.rt.com/news/557340-us-fighters-captured-ukraine/
(uses this source to document how Russian fighters captured American volunteers in Ukraine)**

**American Fighters, Ukraine, and the Neutrality Act: The Law and the Urgent Need for Clarity by Dakota Rudesill
https://www.justsecurity.org/80612/american-fighters-ukraine-and-the-neutrality-act-the-law-and-the-urgent-need-for-clarity/
(used this source to explain the Neutrality Act)**

**Ukraine war: Britons Aiden Aslin and Shaun Pinner sentenced to death
https://www.bbc.com/news/uk-61745556
(uses this source)**

**Wikipedia contributors. (2022, June 21). 2022 Russian invasion of Ukraine. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:44, June 21, 2022, from
https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=2022_Russian_invasion_of_Ukraine&oldid=1094244748
(This source was used to document the Russian war in Ukraine and other events)**

Wikipedia contributors. (2022, June 21). Siege of Mariupol. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:45, June 21, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Siege_of_Mariupol&oldid=1094257054 (this source was used to explain the siege of Mariupol)

**Wikipedia contributors. (2022, June 21). Battle of Sievierodonetsk (2022). In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:47, June 21, 2022, from
https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Battle_of_Sievierodonetsk_(2022)&oldid=1094229854
(uses this source to explain battle of Sievierodonetsk)**

**Wikipedia contributors. (2022, June 20). Bucha massacre. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:48, June 21, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Bucha_massacre&oldid=1094073072
(uses this source to summarize the Bucha massacre)**

Wikipedia contributors. (2022, June 11). Nisour Square massacre. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 16:50, June 21, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Nisour_Square_massacre&oldid=1092571806 (uses this source to explain the Blackwater massacre)

TORTURE BY THE UNITED STATES The Status of Compliance by the U.S. Government with the International Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman and Degrading Treatment or Punishment Submitted to the United Nation's Committee Against Torture in conjunction with the expected filing by the U.S. Government in January, 2005 of their report on compliance with CAT standards by The World Organization for Human Rights USA Morton Sklar, Executive Director and Jenny-Brooke Condon, Litigation Director January 2005 https://www2.ohchr.org/english/bodies/hrc/docs/ngos/wohr.pdf (uses this source to describe US tortures of detainees)

NATO/FEDERAL REPUBLIC OF YUGOSLAVIA "COLLATERAL DAMAGE" OR UNLAWFUL KILLINGS? Violations of the Laws of War by NATO during Operation Allied Force (uses this source)

Bibliography for Power Vacuum

Subterranean Warfare: A Counter to U.S. Airpower by Donald M. Heilig

Sharma P, Penney DG. Effects of ethanol in acute carbon monoxide poisoning. Toxicology. 1990 May 31;62(2):213-26. doi: 10.1016/0300-483X(90)90111-S. PMID: 2353360

Yingchao Wang, Shunhua Zheng, Yongliang Li, Yueming Wang & Yanhua Huang (2021) The failure characteristics around shallow buried tunnels under rainfall conditions, Geomatics, Natural Hazards and Risk,

12:1, 363-380, DOI: 10.1080/19475705.2021.1875058

Online Video YouTube International institute for Counter Terrerism (ICT) "The International Working Group on Subterranean Warfare

Conference"

A UKRAINIAN INSURGENCY WILL BE LONG AND BLOODY

Thomas B. Pepinsky | 03.03.22 https://mwi.usma.edu/a-ukrainian-insurgency-will-be-long-and-bloody/ (paraphrased heavily)

Wikipedia contributors. "2022 Russian invasion of Ukraine." Wikipedia, The Free Encyclopedia. Wikipedia, The Free Encyclopedia, 5 Mar. 2022. Web. 5 Mar. 2022.

Implementation of Driverless Car Using Haar Cascade Algorithm
"Harshada Kashid1", "Ashwini Pujari 2i","Farheen Mujawar3","Hafsa Majgaonkar4"
123" Student, Department of Computer Science Engineering, Jaywant College of Engineering and Polytechnic, K.M.Gad, Sangli, Maharastra, India "4"Assitant Professor, Department of computer Science Engineering, Jaywant College of Engineering and Polytechnic, K.M.Gad, Sangli, Maharastra, India"
https://www.irjet.net/archives/V8/i6/IRJET-V8I6558.pdf

The Social Costs of Currency Counterfeiting Nathan Viles, Alexandra Rush and Thomas Rohling
https://www.rba.gov.au/publications/rdp/2015/pdf/rdp2015-05.pdf

https://www.thedrive.com/the-war-zone/31822/upgraded-israeli-iron-dome-defense-system-swats-down-100-percent-of-targets-in-tests

The Islamic State has tunnels everywhere. It's making ISIS much harder to defeat. Analysis by Amanda Erickson https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2017/04/14/the-islamic-state-has-tunnels-everywhere-its-making-them-much-harder-to-defeat

https://www.army-technology.com/projects/patriot/

https://www.theverge.com/2013/2/21/4016416/al-qaeda-22-suggestions-for-dealing-with-drones

Royal United Services Institute for Defence and Security Studies Ukraine at War Paving the Road from Survival to Victory Jack Watling and Nick Reynolds https://static.rusi.org/special-report-202207-ukraine-final-web.pdf

Wounded Ukrainian soldiers reveal steep toll of Kherson offensive By John Hudson September 7, 2022 at 2:00 a.m. EDT https://www.washingtonpost.com/world/2022/09/07/ukraine-kherson-offensive-casualties-ammunition/

U.S. dials up shipments of radar-hunting missiles for Ukraine By Dan Lamothe https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/09/08/ukraine-harms-missiles/

Why a fractured Taliban is endangering the U.S. mission in Afghanistan By Shawn Snow https://www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2015/12/21/why-a-fractured-taliban-is-endangering-the-u-s-mission-in-afghanistan/

Afghanistan's military collapse: Illicit deals and mass desertions By Susannah George https://www.washingtonpost.com/world/2021/08/15/afghanistan-military-collapse-taliban/

Russia's Chechen Wars 1994-2000 Lessons from Urban Combat by Olga Oliker https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monograph_reports/MR1289/RAND_MR1289.pdf

Wikipedia contributors. (2022, August 16). Aslan Maskhadov. In

Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:35, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Aslan_Maskhadov&oldid=1104690027

Wikipedia contributors. (2022, July 3). Russia–Chechnya Peace Treaty. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:36, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russia%E2%80%93Chechnya_Peace_Treaty&oldid=1096337583

Wikipedia contributors. (2022, September 4). First Chechen War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:36, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=First_Chechen_War&oldid=1108437191

Wikipedia contributors. (2022, July 17). Algerian Civil War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:37, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Algerian_Civil_War&oldid=1098761499

Wikipedia contributors. (2022, September 10). Myrotvorets. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:37, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Myrotvorets&oldid=1109463394

Wikipedia contributors. (2022, September 8). Second Chechen War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:38, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Second_Chechen_War&oldid=1109134044

Wikipedia contributors. (2022, August 27). Russian apartment bombings. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:39, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russian_apartment_bombings&oldid=1106951554

Wikipedia contributors. (2022, August 31). Shamil Basayev. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:39, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Shamil_Basayev&oldid=1107687716

Wikipedia contributors. (2022, June 27). Iraq–Syria relations. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:39, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Iraq

%E2%80%93Syria_relations&oldid=1095353304

Wikipedia contributors. (2022, August 27). Dmytro Yarosh. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:40, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Dmytro_Yarosh&oldid=1107058778

Wikipedia contributors. (2022, August 18). Georgian Civil War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:40, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Georgian_Civil_War&oldid=1105135932

Wikipedia contributors. (2022, September 9). Right Sector. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:41, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Right_Sector&oldid=1109436038

Wikipedia contributors. (2022, August 21). Ukrainian National Assembly – Ukrainian People's Self-Defence. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:41, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Ukrainian_National_Assembly_%E2%80%93_Ukrainian_People%27s_Self-Defence&oldid=1105686550

Wikipedia contributors. (2022, May 16). Camp David Accords. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:41, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Camp_David_Accords&oldid=1088224510

Wikipedia contributors. (2022, September 9). Stepan Bandera. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:42, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Stepan_Bandera&oldid=1109430708

Wikipedia contributors. (2022, August 12). Russo-Georgian War. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:42, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russo-Georgian_War&oldid=1104048449

Wikipedia contributors. (2022, September 3). United States involvement in regime change. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:42, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?

title=United_States_involvement_in_regime_change&oldid=1108226547

Wikipedia contributors. (2022, September 7). Proposed Russian annexation of South Ossetia. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:43, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Proposed_Russian_annexation_of_South_Ossetia&oldid=1108930425

Wikipedia contributors. (2022, September 2). Sadrist Movement. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:43, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Sadrist_Movement&oldid=1108059250

Wikipedia contributors. (2022, September 4). 2019–2021 Iraqi protests. In Wikipedia, The Free Encyclopedia. Retrieved 15:43, September 10, 2022, from https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=2019%E2%80%932021_Iraqi_protests&oldid=1108407216